Jackson Library-UNCG
D531 .A42 1926 c.1 v.2 NGUU
Germany / Die Ursachen des deutschen Zusammen
3 0510 06488620 5

UNIVERSITY OF NORTH CAROLINA AT GREENSBORO

BOOK CARD

Please keep this card in book pocket

DIE-URSACHEN-DES-

PART

University of North Carolina at
Greensboro, North Carolina 27412

Walter Clinton Jackson Library

Das Werk des Untersuchungsausschusses 1919–1928

Herausgegeben
im Auftrage des Deutschen Reichstages

DVPG

Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919—1928

Verhandlungen / Gutachten / Urkunden

Im Auftrage des Reichstages

unter Mitwirkung von

Dr. Eugen Fischer

als Generalsekretär

Dr. Walther Bloch / Dr. Berthold Widmann

als Sekretären des 3. und 4. Unterausschusses

herausgegeben von den Abgeordneten

Dr. Walter Schücking / Dr. Johannes Bell

als Vorsitzenden des Gesamtausschusses

Dr. Johannes Bell / Dr. Rudolf Breitscheid
Dr. Albrecht Philipp

als Vorsitzenden der Unterausschüsse

Vierte Reihe

Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918

1 9 2 8

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

I. Germany. Nationalversammlung. 1

Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918

Erste Abteilung
Der militärische und außenpolitische Zusammenbruch

Im Auftrage des Vierten Unterausschusses
unter Mitwirkung von
Dr. Eugen Fischer
als Generalsekretär

Dr. Walther Bloch
als Sekretär des 4. Unterausschusses

herausgegeben von
Dr. Albrecht Philipp, M. d. R.
Vorsitzendem des 4. Unterausschusses

Zweiter Band
Gutachten des Sachverständigen
Oberst a. D. Bernhard Schwertfeger

1 9 2 8

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

3.
Auflage
Alle Rechte,
besonders das der
Übersetzung, vorbehalten
Amerikanisches Copyright 1925
by Deutsche Verlagsgesellschaft für
Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8,
Wilhelmstraße 66 / Amerikanische
Schutzzollformel: Made in Ger-
many / Gesetzt und gedruckt
in der Buchdruckerei
F. E. Haag
in Melle
i. H.

D
531
A42
1926
v.2

Inhalt

Seite

Vorbemerkung IX

Gutachten des Obersten a. D. Bernhard Schwertfeger:

Die politischen und militärischen Verantwortlichkeiten im Verlaufe der Offensive von 1918

Erster Teil . . . . . 3—155

Zweiter Teil . . . . . 156—450

412265

Vorbemerkung

Der vorliegende Band der Veröffentlichungen des 4. Unterausschusses über die „Ursachen des deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918“ enthält das Gutachten des Sachverständigen des Ausschusses Oberst a. D. Schwertfeger über „Die politischen und militärischen Verantwortlichkeiten im Verlaufe der Offensive von 1918“.

Der erste Teil dieses Gutachtens, das die Zeit bis zum Beginn der Offensive 1918 (21. März 1918) behandelt, wurde in den Sitzungen des Unterausschusses am 24. und 25. Juni 1921, 19. November 1921, 22. Januar 1924 mündlich erstattet und besprochen (vgl. Verhandlungsbericht in Band 1 dieser Reihe, S. 155) und als Sonderheft bereits 1922 veröffentlicht.

Der zweite Teil des Gutachtens, der die Verantwortlichkeit an der Offensive selbst behandelt, kam in der Sitzung des Unterausschusses am 11. Juli 1923 und am 13. Februar 1924 zum Vortrag und ist dann bis zum Abschluß der Untersuchungen eine der Grundlagen der Beratungen gewesen und kritisch gewürdigt worden. (Vgl. Verhandlungsbericht Band 1 S. 118, 216.) Der endgültige Wortlaut des Gesamtgutachtens liegt seit Anfang 1924 fest. Das Korreferat des Geheimrats Prof. Dr. Delbrück zum Gutachten des Obersten Schwertfeger befindet sich in Band 3, die Entschließungen des Unterausschusses und den Verhandlungsbericht enthält Band 1 der Veröffentlichungen des 4. Unterausschusses.

Berlin, den 26. Mai 1925

Albrecht Philipp
Vorsitzender des 4. Unterausschusses

C[1)]

Gutachten

[1)] Vgl. „A Entschließungen“ (Reihe IV, Bd. 1) und „B Verhandlungsbericht“ (Reihe IV, Bd. 1). „C Gutachten“ erstreckt sich noch durch Bd. 3.

Gutachten
des Sachverständigen Obersten a. D. Schwertfeger

Die politischen und militärischen Verantwortlichkeiten im Verlaufe der Offensive von 1918

Erster Teil

Inhalt

Seite

Vorwort 7
I. Die Verantwortlichkeit für die Offensive 1918 11
II. Rückblick auf die Vorgänge bei und seit dem Sturze des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg 28
III. Versuche der dritten O. H. L., Reichsleitung und O. H. L. zu einigen 38
IV. Die Verhandlungen von Brest-Litowsk 46
V. Die endgültige Regelung der Verantwortlichkeitsfrage 58
VI. Die Literatur zur Schuldfrage 73
Ergebnis 86
VII. Der Entschluß zur Offensive 1918 89
VIII. Kriegsziele und Offensive 1918 99
IX. Streiks und Frühjahrsoffensive 1918 112
X. Schlußbetrachtung 117

Anlagen 121
1. Schreiben des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an den Kaiser vom 7. Januar 1918 123
2. Bericht des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an den Reichskanzler vom 10. September 1917 125
3. Schreiben des Reichskanzlers an den Feldmarschall vom 7. Januar 1918 128
4. Schreiben des Staatssekretärs v. Kühlmann an den Reichskanzler vom 11. Januar 1918 130
5. Schreiben des Feldmarschalls an den Reichskanzler vom 9. Januar 1918 134
6. Aufzeichnung des Vertreters der O. H. L. beim Reichskanzler vom 14. Januar 1918 135
7. Aufzeichnung des Vortragenden Rates im Auswärtigen Amt v. Radowitz vom 24. Januar 1918 135
8. Eingabe der Herren Friedrich Naumann, Prof. Jäckh, Dr. Bosch an General Ludendorff vom 11. Februar 1918 136
9. Schreiben des Feldmarschalls an den Reichskanzler vom 15. September 1917 140
10. Schreiben des Admirals v. Holtzendorff an den Reichskanzler vom 14. September 1917 141
11. Telegramm des Vertreters des Auswärtigen Amtes bei der O. H. L. an den Reichskanzler vom 14. Dezember 1917 142
12. Schreiben des Herrn v. Bethmann Hollweg an den Reichskanzler vom 26. Januar 1918 142
13. Bericht des Dr. Naumann über seine Wiener Eindrücke vom 21. Februar 1918 145
14. Schreiben des Feldmarschalls an den Reichskanzler vom 17. Februar 1918 (Entwurf) 149
15. Schreiben des Generals Ludendorff an den Kriegsminister vom 18. Februar 1918 (Entwurf) 151
16. Aufzeichnungen des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg vom 11. und 14. Juli 1917 152

Vorwort

Der Weltkrieg ist verloren. Ganz Deutschland, vom ersten bis zum letzten seiner Bewohner, leidet unter den Nachwirkungen des Krieges und unter dem Drucke der Siegerstaaten. Das Übermaß des Elends hat dem Streite um die Verantwortlichkeit an solchem Unglück eine Schärfe gegeben, die zu einer schweren innerpolitischen Gefahr geworden ist. Die Parteipolitik hat sich der Verantwortlichkeitsfragen bemächtigt und sucht nun alle Schuld an unserer heutigen Lage dem politischen Gegner aufzubürden. Gereizte Entgegnungen aus dem anderen Lager sind die Folge, und so erleben wir gerade jetzt, wo die ganze Nation in den Hauptfragen des Wiederaufbaues einig sein sollte, einen Kampf aller gegen alle. Nicht eher werden wir zum inneren Frieden gelangen, ehe nicht über die Hauptfragen unseres Zusammenbruches Klarheit geschaffen ist. Diese Klarheit anzubahnen, betrachte ich als die Hauptaufgabe des von der Weimarer Nationalversammlung eingerichteten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Bei der Bewilligung des Nachtragsetats für 1919, der die Schaffung eines Reichsarchivs für das gesamte Urkunden- und Aktenmaterial des Reiches seit seiner Gründung enthielt, ist man davon ausgegangen, „daß das deutsche Volk ein Anrecht darauf habe, über die den einzelnen besonders wichtigen Kriegsphasen zugrunde liegenden Tatbestände restlos aufgeklärt zu werden“. Das große Rätsel, das für die Mehrzahl der Volksgenossen noch heute der Krieg mit seinen anfänglichen überwältigenden Erfolgen und der späteren furchtbaren Niederlage ist, müsse gelöst werden. Erst so werde das tote Aktenmaterial zum lebendigen Spiegelbilde des Geschehens im Weltkriege; erst so gewähre es die Möglichkeit, objektive Darstellungen der verschiedenen Abschnitte zu geben, unbeeinflußt von der persönlichen Stellungnahme der jeweils an leitender Stelle stehenden Männer.

Die vom Parlamentarischen Untersuchungsausschusse zu lösenden Aufgaben erstreben das gleiche Ziel. Sie sollen, meiner persönlichen Auffassung nach, durch möglichst restlose Aufklärung zur Beruhigung der öffentlichen Meinung beitragen. Keineswegs kann es beabsichtigt sein, in farbloser Objektivität alles weiß zu waschen. Wo tatsächlich schuldhafte Versäumnis oder fehlerhafte Handlungen vorliegen, müssen

sie als solche gekennzeichnet werden. Von grundlegender Bedeutung ist dabei, die für die Handlungen oder Unterlassungen im eigentlichen Sinne Verantwortlichen festzustellen. Je verwickelter die Vorgänge des Weltkrieges mit seinen ungeheuren räumlichen und zeitlichen Ausdehnungen gewesen sind, um so mehr macht sich die Neigung breit, für Geschehnisse oder Unterlassungen Persönlichkeiten verantwortlich zu machen, die auf die Gestaltung der Dinge vielleicht gar keinen oder doch nur geringen Einfluß besaßen.

Die Klarstellung der Verantwortlichkeiten rührt an die empfindlichsten Gründe unserer Beziehungen zu dem alten 1918 untergegangenen Staatswesen. Kein Mann, der dem alten Staate mit überzeugter Treue angehangen hat, kein Offizier der alten Armee kann leichten Herzens zu einer Untersuchung der Gründe unseres Zusammenbruches schreiten. Dennoch muß diese Arbeit im Interesse der ganzen Nation geleistet werden. Denn das deutsche Volk als solches muß erkennen lernen, wieviel an seinem heutigen Schicksal auf menschlicher Schuld beruht, und wieviel davon in eigentlichem Sinne als sein, wie die Dinge einmal lagen, unabwendbares Schicksal angesehen werden muß.

Der Aufgabe, an der Erforschung der Gründe unseres Zusammenbruches als Sachverständiger mitzuwirken, habe ich mich nicht entziehen zu dürfen geglaubt. Wer wie ich die innerpolitische Notwendigkeit einer solchen Untersuchung so zwingend empfindet, durfte vor den großen mit ihrer Lösung verknüpften Schwierigkeiten nicht zurückschrecken. Vorbedingung mußte nur sein, daß überall da, wo ein endgültiges Urteil noch nicht möglich ist, dies auch zum Ausdruck kommt und die Gründe dafür mit hinreichender Deutlichkeit aufgezeigt werden.

In diesem Zusammenhange halte ich es nicht für überflüssig, darauf hinzuweisen, daß die Sachverständigen des Untersuchungsausschusses eidlich haben geloben müssen, über die ihnen zur Beantwortung vorgelegten Fragen nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden, nichts für die Urteilsbildung Wichtiges außer acht zu lassen, aber auch nichts vorzubringen, was nicht ganz zweifelsfrei belegt werden kann. Weichliche Zurückhaltung im Urteile über den einen könnte die höchste Ungerechtigkeit gegen den anderen bedeuten. So muß denn der Versuch gemacht werden, den Anteil der Personen an den Geschehnissen des Weltkrieges möglichst so zu schildern, daß eine spätere, den aufgeregten heutigen Zeitläuften entrückte Geschichtsschreibung möglichst wenig daran zu ändern findet.

Die Aufgabe ist schwer, aber nicht unlösbar. Für die Frage, die mir zur Beantwortung gestellt ist, liegen maßgebende Äußerungen der zum Handeln berufen gewesenen Persönlichkeiten in solcher Fülle und inhaltlichen Ausführlichkeit vor, daß eine abschließende Prüfung des grundlegenden Problems bereits möglich erscheint. Ich unterziehe

mich dieser Aufgabe mit dem Gefühle meiner hohen Verantwortlichkeit, zugleich aber mit dem Bewußtsein, daß das Ergebnis nur dazu beitragen kann, durch Klärung der Ansichten den Wiederaufbau unseres Vaterlandes zu fördern.

Bad Pyrmont, den 16. September 1922

Bernhard Schwertfeger
Oberst a. D.

I

Die Verantwortlichkeit für die Offensive 1918

In einem Schreiben des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, das er als Chef des Generalstabes des Feldheeres am 7. Januar 1918 an Kaiser Wilhelm II. als Obersten Kriegsherrn richtete, heißt es wörtlich: „Ich vermag die Befürchtung nicht zu unterdrücken, daß die Art der Verhandlungen und das Ergebnis in Brest die Stimmung des Heeres ungünstig beeinflussen. Diese wird jetzt auf die größte Probe gestellt. Um uns die politische und wirtschaftliche Weltstellung zu sichern, deren wir bedürfen, müssen wir die Westmächte schlagen. Dazu haben Euer Majestät die Angriffsschlacht im Westen befohlen."

Dieses Schreiben (Anlage 1) ist dem Kaiser am 8. Januar zugegangen und von ihm mit Anstrichen am Rande und im Text versehen worden. Gegen die Fassung: „Dazu haben Euer Majestät die Angriffsschlacht im Westen befohlen" hat der Monarch Einspruch nicht erhoben. Somit liegt die Hauptfrage nach der Verantwortung für die Angriffsschlacht im Westen 1918 völlig klar. Der Kaiser selbst hat als Oberster Kriegsherr die Offensive befohlen, die Männer der Obersten Heeresleitung sind dadurch formell gedeckt.

Die ganze Untersuchung könnte damit erledigt scheinen. Dieses Ergebnis reicht aber für unsere Zwecke nicht aus; denn es handelt sich nicht nur um die formelle, sondern um die sachliche Verantwortlichkeit, und es leuchtet ohne weiteres ein, daß ein an der Spitze eines großen Staates stehender Monarch, noch obendrein in Kriegszeiten, sich in hohem Grade auf seine Ratgeber verlassen muß. Es bedarf daher noch einer Erörterung darüber, inwieweit eine Verantwortlichkeit des Monarchen für Kriegshandlungen durch die bis 1918 gültige Verfassung des Deutschen Reiches gegeben war. Hierbei ist ein historischer Rückblick unerläßlich.

Die deutsche Reichsverfassung kannte keine Verantwortlichkeit des deutschen Kaisers im Frieden. Für alle politischen Handlungen trug der Reichskanzler, für alle militärischen der königlich preußische Kriegsminister die Verantwortung. Im Kriege aber führte der König von Preußen in seiner Eigenschaft als deutscher Kaiser den Ober-

befehl über alle deutschen Truppenkontingente einschließlich der bayerischen Truppen. Ihm zur Seite trat der preußische Chef des Generalstabes der Armee als Chef des Generalstabes des Feldheeres.

In der Person Kaiser Wilhelms II. war somit die Oberste Heeresleitung verkörpert. General Erich v. Falkenhayn, der am 14. September 1914 an Stelle des erkrankten Generaloberſten v. Moltke mit Führung der Geschäfte als Chef des Generalstabes des Feldheeres betraut wurde und diese Stellung bis zum 29. August 1916 innegehabt hat, gibt folgende begriffliche Darlegung der „Obersten Heeresleitung“ [1]: „Auf Grund der Reichsverfassung ruhte im Kriege die Führung der gesamten deutschen Wehrmacht und damit auch die oberste Leitung des Heeres, nicht etwa nur diejenige des Heeres im Felde, sondern alles dessen, was überhaupt als zum Heere gehörig anzusehen war — sowie der Marine —, unmittelbar beim Kaiser, als dem Obersten Kriegsherrn. In seiner Person war mithin die Oberste Heeresleitung (O.H.L.) verkörpert. Seine Organe in der Erfüllung der Aufgaben des Obersten Kriegsherrn waren für die Landstreitkräfte der preußische Chef des Generalstabes des Feldheeres, für die Seestreitkräfte der deutsche Chef des Admiralstabes, wobei stillschweigend angenommen wurde, daß die Stimme des Generalstabschefs in Fragen, welche die Land- und Seekriegführung gemeinsam berührten, ausschlaggebend wäre.

„Der Kaiser hatte zur Erleichterung, besser gesagt, zur Ermöglichung geregelter Geschäftsführung dem Generalstabschef das Recht eingeräumt, in seinem Namen operative Befehle zu erteilen. Infolgedessen, mehr noch durch die geschichtliche Entwicklung, war dieser der eigentliche Träger der Befugnisse der Obersten Heeresleitung geworden und jedenfalls der einzige, der für deren Handlungen oder Unterlassungen verantwortlich war.“ Hierzu ist zu bemerken, daß im höheren Sinne dennoch eine Verantwortlichkeit des Monarchen zweifellos vorliegt, wie denn auch die ganze Tragweite etwaiger Mißerfolge oder sogar eines ganzen verlorenen Krieges in erster Linie auf ihm lasten mußte.

General v. Falkenhayn fährt fort: „Die selbstverständliche Voraussetzung war, daß er [2]) den Kaiser fortlaufend über die Kriegsvorgänge unterrichtete und vor wichtigen Entschlüssen dessen Entscheidung erwirkte. Dies ist während der Amtszeit des Generals v. Falkenhayn auch ausnahmslos geschehen. Weder ist dem Obersten Kriegsherrn irgendein Vorgang von einiger Wichtigkeit vorenthalten, noch eine Maßnahme von Bedeutung getroffen worden, die ihm nicht

---

[1]) Erich v. Falkenhayn. „Die Oberste Heeresleitung 1914—1916 in ihren wichtigsten Entschließungen“. Berlin 1920. Ernst Siegfried Mittler u. Sohn. S. 3 ff.

[2]) Nämlich der Generalstabschef.

vorher unterbreitet war.“ Daß General v. Falkenhayn tatsächlich während seiner Amtszeit das geschilderte Verhältnis zum Obersten Kriegsherrn, wo es nur irgend ging, aufrechtzuerhalten gesucht hat, wird ihm von allen bestätigt, die Einblick in die Dinge besaßen.

Wichtig ist, was Falkenhayn über das Verhältnis der Obersten Heeresleitung zur Politik ausführt. Er sagt: „Der Wirkungsbereich des Generalstabschefs in seiner Eigenschaft als Vertreter des Obersten Kriegsherrn in der O.H.L. fand seine Begrenzung nur durch die den höchsten Reichsbehörden verfassungsmäßig zustehenden Befugnisse. So blieben z. B. — was in diesem Zusammenhange zu erwähnen von Wert ist — die Führung der Politik des Reiches, die dem Reichskanzler oblag, und die Leitung der Verwaltung des Heeres, die Sache des Kriegsministers war, selbständig.“

General v. Falkenhayn war bekanntlich Kriegsminister, als er die Stelle als Chef des Generalstabes des Feldheeres übernahm, und behielt sein Amt als Kriegsminister auch dann noch bei, als er am 3. November 1914 endgültig zum Generalstabschef ernannt wurde. In der vorübergehenden Vereinigung der beiden wichtigen Ämter in einer Hand erblickt Falkenhayn eine der wesentlichsten Vorbedingungen für die Durchführung des Krieges gegen eine so gewaltige Übermacht. Er sagt hierüber: „Die Ausführung des nicht fernliegenden Gedankens, denselben Zweck durch Einrichtung der Stelle eines besonderen Oberbefehlshabers, der über Kriegsminister und Generalstabschef gestanden hätte, zu erreichen, kam in einer starken, aber konstitutionellen Monarchie, wie es die preußische war, nicht in Frage. Der Oberbefehlshaber war in der Person des Kaisers schon vorhanden, und wenn der hohe Herr auch vielfach durch anderweitige Aufgaben in Anspruch genommen wurde, so hat er doch niemals seine Pflichten als Oberbefehlshaber hinter andere zurücktreten lassen.“

Falkenhayn betont dann noch, daß er sich als Generalstabschef oft mit der Politik habe befassen müssen, es dabei aber bis auf wenige unvermeidliche Ausnahmen streng vermieden habe, sich bei der Ausführung zu betätigen. „Denn er[3]) war überzeugt und ist in dieser Meinung durch seine Erfahrungen in der Zeit, in der er die Geschäfte als Kriegsminister und Generalstabschef gleichzeitig führte, lediglich bestärkt worden, daß keines einzelnen Mannes Kraft ausreichen konnte, dauernd neben den Geschäften der O.H.L. noch andere Ämter zu betreuen. Sicherlich ist diese Ansicht durch Vorgänge im späteren Kriegsverlauf nicht widerlegt worden. Man darf behaupten, daß die hier geschilderte deutsche Lösung der Aufgabe der Leitung eines großen, neuzeitlichen Staatswesens im Kriege

[3]) General v. Falkenhayn spricht in seinem Buche von sich stets in der dritten Person.

dem Grundsatz nach glücklich war. Eine bessere hat bei unseren Feinden nirgends bestanden. Ob sich die Lösung auch im Leben bewährte, das hing freilich, wie in allen Dingen auf dieser unvollkommenen Erde, in erster Linie von den Männern ab, welche die Grundsätze in die Wirklichkeit zu übertragen hatten."

Aus den Darlegungen des Generals v. Falkenhayn, als desjenigen Mannes, auf dessen Schultern während zweier schwerer Kriegsjahre die größte Verantwortung gelastet hat, geht also hervor, daß er den Generalstabschef als technisch einzig Verantwortlichen, in der Hauptsache aber den Kaiser als Obersten Kriegsherrn für allein ausschlaggebend angesehen hat.

Wie stehen die Nachfolger des Generals v. Falkenhayn zu dieser Frage?

Generalfeldmarschall v. Hindenburg hatte „den Krieg schon zweimal kennen gelernt, jedesmal unter kraftvoller politischer Führung, vereint mit einfachen, klaren kriegerischen Zielen[4])". Die Art, wie die Entschlußfassung im Großen Hauptquartier geregelt war, schildert Hindenburg wie folgt: „Um die Mittagsstunde war ich regelmäßig zum Vortrage bei Seiner Majestät dem Kaiser befohlen. Hierbei entwarf General Ludendorff das Bild der Lage. Bei wichtigeren Beschlüssen übernahm ich selbst den Vortrag und erbat, sofern solches notwendig war, die kaiserliche Genehmigung unserer Pläne. Das hohe Vertrauen unseres Kaisers entband uns in allen nicht grundsätzlichen Fragen von einer besonderen Allerhöchsten Zustimmung. Seine Majestät begnügte sich übrigens auch bei Vorschlägen über neue Operationen allermeist mit der Entgegennahme meiner Begründungen. Ich erinnere mich keines Gegensatzes, der nicht schon während des Vortrags durch meinen Kriegsherrn ausgeglichen wurde. Das ausgezeichnete Gedächtnis des Kaisers für Kriegslagen unterstützte uns bei diesen Vorträgen in hohem Maße. Seine Majestät studierte nicht nur die Karten mit größter Genauigkeit, sondern nahm auch persönliche Einzeichnungen vor. Die Zeit des mittäglichen Vortrages vor dem Kaiser wurde vielfach auch zu Besprechungen mit Vertretern der Reichsleitung ausgenutzt[5])."

Eine völlige Zurückhaltung der Kriegsleitung von der Politik hielt auch Hindenburg für unmöglich. Er stand auf dem Boden der Anschauungen, die sich aus den Vorgängen der Kriege 1866 und 1870/71 bei uns in Deutschland entwickelt hatten. Ausdrücklich nimmt Hindenburg auf Moltkes Ausspruch Bezug: „Der Führer hat

---

[4]) Generalfeldmarschall v. Hindenburg, „Aus meinem Leben". S. Hirzel, Leipzig. 1920. S. 73.

[5]) Generalfeldmarschall v. Hindenburg, „Aus meinem Leben". S. 170.

bei seinen Operationen den militärischen Erfolg in erster Linie im Auge zu behalten. Was aber die Politik mit seinen Siegen oder Niederlagen anfängt, ist nicht seine Sache, deren Ausnützung ist vielmehr allein Sache der Politiker." Hindenburg betont aber hierbei, daß er es für seine Gewissenspflicht gehalten habe, seine Anschauungen in allen den Fällen zur Geltung zu bringen, in denen die Bestrebungen Anderer seiner Überzeugung nach auf eine bedenkliche Bahn führten, da zur Tat zu treiben, wo er Tatenlosigkeit oder Tatenunlust zu bemerken glaubte. Das galt besonders für den Fall, daß „die Kriegführung und die zukünftige militärische Sicherheit des Vaterlandes durch politische Maßnahmen berührt oder gar gefährdet wurden". Politik und Kriegführung „müssen sich im Kriege, in dem ihre Fäden tausendfach verschlungen sind, gegenseitig ununterbrochen ergänzen. Dieses schwierige Verhältnis wird sich nie durch Bestimmungen regeln lassen. Auch der lapidare Stil Bismarcks läßt die Grenzlinien ineinander überfließend erscheinen. Es entscheidet eben in diesen Fragen nicht nur die sachliche Materie, sondern auch der Charakter der an ihrer Lösung arbeitenden Persönlichkeiten." [6])

Generalfeldmarschall v. Hindenburg spricht damit denselben Gedanken aus, wie General v. Falkenhayn in seinen mitgeteilten Bemerkungen über die Organisation der Obersten Heeresleitung. Auch er ist der Ansicht, daß die Bewährung dieser Organisation in erster Linie von den Männern abgehangen habe, welche die Grundsätze in die Wirklichkeit zu übertragen hatten.

In diesem Zusammenhange ist es wichtig, gleich das Urteil des Feldmarschalls v. Hindenburg über den damals verantwortlichen Leiter der deutschen Reichspolitik, den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, mitzuteilen. Hindenburg kannte den Kanzler schon von seinem im Winter 1914/15 im Hauptquartier des Oberbefehlshabers Ost in Posen abgestatteten Besuche her. Der Feldmarschall gewann damals die Überzeugung, daß er es mit einem klugen und gewissenhaften Manne zu tun habe. Die Anschauungen beider Männer über die damaligen Kriegsnotwendigkeiten deckten sich in allen wesentlichen Punkten. „Ein tiefes Verantwortungsgefühl sprach aus allen Äußerungen des Kanzlers." Doch glaubte Hindenburg, daß Bethmann die damalige Lage mit „etwas zuviel Bedenken und infolgedessen etwas zu wenig Zuversichtlichkeit" ansähe [7]).

Dieses Vertrauensverhältnis zwischen dem Generalfeldmarschall und dem Reichskanzler hätte, wenn es andauerte, eine fast ideale Lösung des Problems der obersten Führung im Kriege bedeutet.

---

[6]) Generalfeldmarschall v. Hindenburg, „Aus meinem Leben". S. 200/201.

[7]) Generalfeldmarschall v. Hindenburg, „Aus meinem Leben". S. 131/132.

Gerade der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg ist es gewesen, der im Sommer 1916 dafür eintrat, den Personenwechsel in der Obersten Heeresleitung zu vollziehen und damit eine Persönlichkeit an die Spitze zu bringen, der das ganze deutsche Volk mit gläubigem Vertrauen anhing. Zweifellos haben damals beim Reichskanzler seine auf Erhaltung des inneren Burgfriedens abzielenden Wünsche mitgewirkt, wenn er sich dem Kaiser gegenüber zum Dolmetsch der Volksstimmung machte, die eine Berufung des durch seine unerhörten Erfolge auf dem östlichen Kriegsschauplatze zu größtem Ansehen gelangten Feldherrenpaares an die maßgebende Stelle immer dringlicher forderte. Falkenhayn selbst erwähnt, daß der Reichskanzler als eifriger Vorkämpfer und Förderer dieser Bestrebungen gewirkt habe[8]). Zum Verhängnis Deutschlands hat dieses glückliche Verhältnis zwischen oberster Reichs- und Heeresleitung, das durch Bethmanns Eintreten für die Berufung Hindenburgs und Ludendorffs in der denkbar glücklichsten Weise angebahnt worden ist, die Stürme der Zeit nicht überstanden. Elf Monate später war es soweit, daß die Männer der Obersten Heeresleitung sich berechtigt, ja sogar verpflichtet glaubten, den Abgang des Kanzlers zu erzwingen, obwohl ein geeigneter Nachfolger für ihn nicht vorhanden war. Über diese Dinge wird weiter unten im Zusammenhange gesprochen werden.

Am ausführlichsten hat sich über das Problem der Obersten Heeresleitung General Ludendorff in seinem Buche „Meine Kriegserinnerungen 1914—1918“[9]) geäußert. Als am 29. August 1916 in Pleß der Personenwechsel in der Obersten Heeresleitung geregelt wurde, war anfangs beabsichtigt gewesen, den General Ludendorff zum zweiten Chef des Generalstabes des Feldheeres zu machen. Ludendorff selbst widerriet dieser Bezeichnung, da es seiner Ansicht nach nur e i n e n Chef des Generalstabes geben dürfe. Er ließ sich indes ausdrücklich volle Mitverantwortung für alle zu fassenden Entschließungen und Maßnahmen zusichern. Hier liegt also eine klare, von beiden Männern der Obersten Heeresleitung gewollte Teilung der Verantwortlichkeit vor, wenn auch Hindenburg selbst betont, daß er bisher als Oberbefehlshaber Ost, also als Führer, die eigentliche Verantwortung getragen habe. „Die Art der Zusammenarbeit und das Ausmaß der gegenseitigen Ergänzung hängen von den Persönlichkeiten ab. Die Grenzen der beiderseitigen Wirkungsbereiche sind also nicht scharf voneinander getrennt . . . Auf die Harmonie unserer kriegerischen und politischen Überzeugungen gründete sich die Einheitlichkeit unserer Anschauungen in dem Gebrauch unserer

---

[8]) E r i c h v. F a l k e n h a y n. „Die Oberste Heeresleitung 1914—1916 in ihren wichtigsten Entschließungen“. S. 229.

[9]) Berlin 1919. Ernst Siegfried Mittler u. Sohn.

Streitmittel. Verschiedenheiten der Auffassungen fanden ihren natürlichen Ausgleich und Abgleich, ohne daß das Gefühl gemachter Nachgiebigkeiten auf einer oder der anderen Seite jemals störend dazwischentrat. Die gewaltige Arbeit meines Generalstabschefs setzte unsere Gedanken und Pläne auf das Räderwerk unserer Armeeführung um und später auf das der gesamten Obersten Heeresleitung, nachdem diese uns anvertraut worden war[10])." Danach besteht kein Zweifel, daß Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff, solange sie in der O.H.L. zusammenwirkten, die Verantwortung zu gleichen Teilen tragen wollten.

Die Organisation der obersten Leitung schildert Ludendorff wie folgt[11]): „Seine Majestät der Kaiser war Oberster Kriegsherr. In ihm ruhte die höchste Kommandogewalt über Heer und Marine. Die Oberbefehlshaber der Armeen und der Flotte unterstanden ihm. Der Chef des Generalstabes des Feldheeres leitete nach dem Willen seiner Majestät die Operationen selbständig. Entscheidende Entschließungen bedurften der kaiserlichen Zustimmung. Kommandogewalt besaß er nicht. Der Kaiser stand demnach an der Spitze der Obersten Heeresleitung. Wenn ich in diesen Erinnerungen diese Bezeichnung im engeren Sinne auf den Generalstab des Feldheeres anwende, so folge ich dem nicht richtigen, aber üblichen Sprachgebrauch. . . .

„Die Oberste Heeresleitung und der Reichskanzler waren gleichgestellt. Auch hier war die gemeinsame Spitze Seine Majestät. Unser Verkehr mit der Reichsregierung wurde bald ein sehr reger, allerdings auch unerfreulicher. Wir fanden nicht das erforderliche Entgegenkommen, nachdem wir der Regierung mitgeteilt hatten, was die Kriegführung von ihr unbedingt erwartete, um das deutsche Volk zum Siege zu befähigen."

Zu welchen Vorgängen der hier schon angedeutete Gegensatz zwischen politischer und militärischer Leitung geführt hat, ist bekannt. Schließlich gelang es der Obersten Heeresleitung im Sommer 1917, unter Mitheranziehung von Parlamentariern und durch die Stellung der Kabinettsfrage den ihrer Meinung nach seiner Aufgabe nicht gewachsenen Reichskanzler aus seiner Stellung zu verdrängen.

Wie stellt sich die uns beschäftigende Frage, das Problem der obersten Führung im Kriege, nun dar, wenn man die in dieser Hinsicht lehrreichsten Vorgänge der letzten Jahrhunderte und einige bemerkenswerte Urteile deutscher Denker mit heranzieht?

„In einer absoluten Monarchie", so schildert Bismarck bei der

[10]) Generalfeldmarschall v. Hindenburg, „Aus meinem Leben". S. 77/79.

[11]) Erich Ludendorff, „Meine Kriegserinnerungen 1914—1918". S. 203 ff.

Besprechung der Epoche Friedrich Wilhelms IV. die Dinge[12]), „hat an der Verantwortlichkeit für die Politik außer dem Souverän niemand einen genau nachweislichen Anteil; faßt oder genehmigt dieser verhängnisvolle Beschlüsse, so kann niemand beurteilen, ob sie das Ergebnis eigenen moralischen Willens oder des Einflusses sind, den die verschiedenartigsten Persönlichkeiten männlichen und weiblichen Geschlechts, Adjutanten, Höflinge und politische Intriganten, Schmeichler, Schwätzer und Ohrenbläser auf den Monarchen geübt haben. Die Allerhöchste Unterschrift deckt schließlich alles; wie sie erreicht worden ist, erfährt kein Mensch. . . . Eine wirkliche Verantwortlichkeit in der großen Politik aber kann nur ein einzelner leitender Minister, niemals ein anonymes Kollegium mit Majoritätsabstimmung leisten."

Die Verhältnisse, wie sie sich im Weltkriege allmählich herausgebildet hatten, entsprachen ungefähr der Kennzeichnung, wie sie Bismarck hier für die absolute Monarchie gibt. In die Verantwortung für die vom Obersten Kriegsherrn getroffenen Entscheidungen haben sich vor der Geschichte eine Reihe von Personen zu teilen. Es würde der Gerechtigkeit nicht entsprechen, die untragbar große Verantwortung für den Verlust eines solchen Krieges der Person des Monarchen allein aufzubürden, wenn dieser auch unbestritten bei allen Entschlüssen die letzte Entscheidung zu treffen hatte.

Als Ideal für die beste Schichtung der obersten Gewalt im Kriege hat bei allen Forschern eigentlich immer der gekrönte Feldherr gegolten. Friedrich der Große, Napoleon I., Kaiser Wilhelm I. vermochten die höchste Kraftleistung zu erzielen, da sie über alle Machtmittel des Staates unbeschränkt geboten, da politisches Wollen und militärisches Handeln gleichermaßen von ihnen abhing. Wenn es ihnen gelang, für die Einzelheiten der Ausführung tüchtige Gehilfen zu finden, diese in ihrem Handeln anzuleiten, aber, wenn nötig, auch zu begrenzen, so war die Einheitlichkeit der Staatsgewalt hergestellt, und alle Kräfte der Nation vermochten in derselben, von oben gewollten Richtung zu wirken. Es war gar nicht einmal nötig, daß an der Spitze des Ganzen ein gekrönter Feldherr von überragender Größe stand. Letzteres ist ja bei Friedrich dem Großen und Napoleon I. der Fall gewesen, die nur untergeordneter Hilfskräfte für die Umsetzung ihres Wollens in die Tat bedurften. Schon die Verteilung der Rollen, wie sie unter Kaiser Wilhelm I. stattgefunden hat, bot die Gewähr der denkbar größten Leistungsfähigkeit, immer vorausgesetzt, daß die Leistungen des Volkes und des Heeres höchsten Ansprüchen gewachsen waren. Immer aber mußte der politische Wille das Kriegsinstrument beherrschen. Die Politik durchdringt alle Phasen kriegerischer Tätigkeit, und es ist keineswegs so, daß die

[12]) „Gedanken und Erinnerungen", I. S. 278 ff.

Politik erst wieder zu Worte zu kommen hat, wenn die Waffenentscheidungen gefallen sind. In der obersten verantwortlichen Persönlichkeit, bei uns also im Obersten Kriegsherrn, mußte politisches Denken immer an erster Stelle stehen, so zwar, daß es der Heerführung in ihrem eigentlichsten Gebiete freie Hand ließ, dennoch aber stets die obere Führung beibehielt. Denn der Krieg ist ein Mittel der Politik, nicht aber umgekehrt.

Die Geschichte der preußisch-deutschen Feldzüge in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts hat gezeigt, daß eine sachgemäße gemeinsame Führung und Beherrschung politischen und militärischen Wollens in der Praxis die größten Schwierigkeiten bietet.

Das liegt in der Natur der Dinge. Politisches und militärisches Denken sind ihrer ganzen Art nach grundverschieden. Politisches Denken erwächst aus geschichtlich vertiefter Erkenntnis staatlicher Zusammenhänge. Die Arbeit des Staatsmannes ist in die Zukunft gerichtet. Sie muß Dauerhaftigkeit anstreben, kann somit eigentlich nie, kaufmännisch ausgedrückt, auf kurze Sicht arbeiten. Ganz anders die Denkweise des Soldaten. Wo steht der Feind, wie ist die gegenwärtige Lage? Das ist seine erste Frage. Von ihrer Beantwortung hängt es ab, was der Soldat seinerseits zu tun gedenkt, um binnen kürzester Frist eine neue Lage zu schaffen. Die Verhältnisse des Stellungskrieges haben es mit sich gebracht, daß im letzten Kriege gelegentlich auch militärische Entschlüsse gefaßt werden mußten, die zu ihrer Ausführung und Auswirkung längerer Zeiträume bedurften. Im großen und ganzen bleibt aber bestehen, daß das militärische Denken auf kurze Frist eingestellt sein muß, während politische Handlungen von jeder Seite sorgfältig überlegt und in ihrer möglichen Tragweite auf das gewissenhafteste vorher durchdacht werden müssen. Soldatischem Denken erscheint die abwägende Arbeitsform des Staatsmannes nur zu leicht als der frischen Tatkraft entbehrend. Im Weltkriege hat sich diese Abneigung militärischen Denkens gegen die Politik bis zu unverhohlener Feindseligkeit gesteigert.

Deutlich erkennbar ist die innere Gegensätzlichkeit des wahrhaften Soldaten zur Denkweise der Staatsmänner in den Ausführungen des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg über äußere Politik[18]). Es heißt dort: Man hätte „ein volles Recht gehabt, in mir eine unpolitische Natur zu sehen. Betätigung innerhalb der Gegenwartspolitik widersprach meinen Neigungen. Vielleicht war hierfür mein Hang zur politischen Kritik zu schwach, vielleicht auch mein soldatisches Gefühl zu stark entwickelt. Auf letztere Ursache ist dann wohl auch meine Abneigung gegen alles Diplomatische zurückzuführen. Man nenne diese Abneigung Vorurteil oder Mangel an Verständnis, die Tatsache hätte ich auch dann an dieser Stelle nicht

[18]) Generalfeldmarschall v. Hindenburg, „Aus meinem Leben". S. 199ff.

abgeleugnet, wenn ich ihr während des Krieges nicht so oft und so laut hätte Ausdruck geben müssen. Ich hatte das Empfinden, als ob die diplomatische Beschäftigung wesensfremde Anforderungen an uns Deutsche stellt. Darin liegt wohl einer der Hauptgründe für unsere außenpolitische Rückständigkeit." In diesen Worten des Generalfeldmarschalls ist die innere Gegensätzlichkeit politischen und militärischen Denkens klar ausgesprochen.

Die Betrachtung der Kriege der Vergangenheit zeigt, wenn sie tendenzlos betrieben wird, eines mit aller Deutlichkeit, nämlich, daß nur dann ein höchstes Ergebnis erzielt worden ist, wenn politische Mäßigung dauernd den kriegerischen Akt beherrschte. Hierfür bieten der Siebenjährige Krieg und die napoleonische Epoche lehrreiche Beispiele. Das Ergebnis des Siebenjährigen Krieges war die Behauptung des preußischen Besitzstandes gegen eine Welt von Feinden. Als ein Feldherr, der die Schlachtentscheidung um jeden Preis sucht, war Friedrich der Große 1757 gegen Böhmen vorgegangen. Solange er noch auf der Höhe seiner militärischen Leistungsfähigkeit stand, beherrschte ihn der strategische Vernichtungsgedanke. Damals erfocht er seine wirkungsvollsten Siege. Als die Zahl seiner Feinde wuchs, seine eigenen Machtmittel aber dahinschwanden, wandelte sich das Feldherrnwollen des Königs zur Manövrierstrategie, die ihm erlaubte, sich an der Spitze eines kleinen Heeres noch im Felde zu behaupten. Gelang es der Überzahl der Gegner, die letzte Armee des Königs entscheidend zu schlagen, so war es um den Fortbestand Preußens geschehen. Niemals hat der König aus den Augen verloren, daß alle Strategie nur dem Zwecke zu dienen hat, dem politischen Willen seine Betätigungsmöglichkeit zu verschaffen. Deutschlands feinster militärischer Theoretiker und Kriegsphilosoph, v. Clausewitz, hat das treffend hervorgehoben, wenn er in seinem Buche vom Kriege bei Besprechung des Feldzugsjahres 1760 — Liegnitz und Torgau — sagt: „Wir müssen . . . des Königs Weisheit bewundern, der, bei seinen beschränkten Kräften ein großes Ziel verfolgend nichts unternahm, was diesen Kräften nicht entsprochen hätte und gerade genug, um seinen Zweck zu erreichen. Diese Weisheit des Feldherrn ist nicht bloß in diesem Feldzuge sichtbar, sondern über alle drei Kriege des Großen Königs verbreitet. Schlesien in den sicheren Hafen eines wohlgarantierten Friedens zu bringen, war sein Zweck. An der Spitze eines kleinen Staates, der den übrigen Staaten in den meisten Dingen ähnlich und nur durch einige Zweige der Verwaltung vor ihnen ausgezeichnet war, konnte er kein Alexander werden, und als Karl XII. würde er sich wie jener das Haupt zerschellt haben. Wir finden daher in seiner ganzen Kriegführung jene verhaltene Kraft, die immer im Gleichgewicht schwebt, die es nie an Nachdruck fehlen läßt, sich im Augenblick großer Bedrängnis zum Erstaunenswürdigen erhebt,

und im nächsten Augenblick wieder ruhig fort oszilliert, um dem Spiel der leisesten politischen Regungen sich unterzuordnen. Weder Eitelkeit, noch Ehrgeiz, noch Rachsucht können ihn von dieser Bahn entfernen, und diese Bahn allein ist es, die ihn an den glücklichen Ausgang des Streites geführt hat[14])."

Napoleon I. hat seine gigantische Laufbahn mit der Zertrümmerung seines eigenen Werkes geendet. Ihm gestatteten, im Vergleich zu Friedrich dem Großen, ganz neue Kampfmittel und die unerschöpflichen Quellen der Konskription in einem volkreichen und sich immer noch erweiternden Großstaate einen ganz anderen Kräfteeinsatz, als er für Friedrich den Großen möglich war. Napoleon konnte der genialen Eingebung seines Hirns folgen und fast ohne Rücksicht auf den Kräfteverbrauch alles an alles setzen. In unablässiger strategischer Offensive brachte er seine Heere zum Einsatz, um alles zu gewinnen. Aber der geniale Feldherr überwog in ihm. Seine militärischen Kraftinstinkte blieben zu jeder Zeit stärker als die im Geistigen wohl erkannten, aber doch — häufig vielleicht mehr gefühlsmäßig — in die zweite Linie verwiesenen Grundsätze politischer Mäßigung. Ihm fehlte bei aller seiner unvergleichlichen Gedankenschärfe der politische Wirklichkeitssinn, die Fähigkeit für das Innehalten bestimmter Grenzen, deren jedes Menschenwerk bedarf, wenn es Bestand haben soll. Friedrich der Große wußte jederzeit die Kriegführung den höheren Interessen des Staatserhalters unterzuordnen, obwohl auch er persönlich gewaltige kriegerische Leidenschaften in sich niederzukämpfen hatte. Kriege sollten seiner Ansicht nach nur geführt werden, um den Feind so schnell wie möglich zu zwingen, „einen für uns vorteilhaften Frieden zu unterzeichnen". Die Betrachtung der Feldzüge Karls XII., insonderheit seines Vormarsches nach der Ukraine, den er unternahm, um nach Moskau vorzudringen und den Zaren zu entthronen, führte Friedrich den Großen zu der Feststellung: „Im Kriege wie in allen Handlungen des Lebens kann der verständige Mensch schwierige Dinge unternehmen, aber er darf sich niemals in unausführbare Projekte einlassen."

Ob ein Volk in der schweren Bewährungsstunde eines mit der gesamten Volkskraft geführten Krieges die sowohl politisch wie militärisch bestmögliche Führung findet, ist Schicksal. In allen Nationen schlummern Kräfte, harren Persönlichkeiten des Aufstieges. Gelingt es, sie rechtzeitig zu finden und an die richtige Stelle zu bringen? Hierfür ist zweifellos die staatliche Gesamtstruktur entscheidend. Nach Napoleon bildeten Revolutionen für fähige Köpfe die beste Möglichkeit, nach oben zu kommen. Aber gerade die

---

[14]) Vergl. B. Schwertfeger, „Die Strategie Friedrichs des Großen im Siebenjährigen Kriege". Berlin, Beiheft 2 zum Militär-Wochenblatt 1913.

Geschichte der französischen Revolution hat auch gezeigt, daß dieses chaotische Empordringen junger und in der Praxis des staatlichen Lebens ungeübter Kräfte auch die schwersten Gefahren für den Weiterbestand des Gemeinwesens einschließt. Wie das Auf und Ab im Leben der Völker eine weltgeschichtliche Wellenbewegung darstellt, die von menschlichem Wollen auf die Dauer entscheidend nicht beherrscht werden kann, so kann keine noch so hohe geistige und staatliche Kultur eine Gewähr dafür bieten, daß die zur Führung geeignetsten Persönlichkeiten gerade dann am Ruder stehen, wenn ein Orkan sich erhebt. Wir müssen uns damit abfinden, daß die theoretisch bei uns in Deutschland sehr wohl erkannte Ideallösung des Führerproblems im Weltkriege ihre Erfüllung nicht gefunden hat. Und das ist Schicksal, nicht schuldhafte Unterlassung einzelner Persönlichkeiten.

Am schärfsten hat sich über das Führerproblem Feldmarschall Graf Schlieffen ausgesprochen: „Zum Feldherrn wird man nicht ernannt, sondern geboren und vorausbestimmt. . . . Allen Anforderungen kann nur ein König gerecht werden, der über die gesamten Mittel des Staates verfügt. Der Feldherr muß also König sein. . . . Solange die uralte Übereinstimmung der Begriffe König und Anführer im Kriege aufrechterhalten wurde, fehlte es nicht an Material, um Feldherren daraus erstehen zu lassen. Es mangelte daran, als die Throninsassen der Erbmonarchien sich selbst nicht für geeignet oder berufen hielten, an die Spitze eines Heeres zu treten, aber doch Kriege führen wollten und mußten. Sie sahen sich genötigt, die wichtigsten ihrer königlichen Vorrechte einem General anzuvertrauen. Das war nicht unbedenklich . . . Endlich fand in Preußen das Problem des Feldherrntums seine Lösung. Der König tritt 1866 selbst an die Spitze der von ihm geschaffenen, ihm eigenen Armee. Ihm zur Seite steht ein Staatsmann und ein Chef des Generalstabes. Keiner der drei Männer erfüllt alle an einen Feldherrn zu stellenden Bedingungen, aber jeder besitzt ein größeres oder geringeres Maß von Eigenschaften, die einen solchen ausmachen, und kann die der anderen ergänzen. . . . Daß der Feldherr durch ein Triumvirat dargestellt wird, ist 1866 und 1870 geglückt, braucht aber nicht immer zu glücken. Eins wenigstens der Mitglieder des Komitees, das gegenwärtig den Feldherrn zu ersetzen hat, muß etwas von dem Salböl Samuels abbekommen haben [15])."

Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" haben uns darüber unterrichtet, daß es selbst bei dieser vom Grafen Schlieffen als besten Lösung bezeichneten Schichtung der Obersten Leitung im

[15]) Aus dem Aufsatze „Feldherr" in dem „Handbuch für Heer und Flotte", herausgegeben von General v. Alten. 3. Band.

Kriege schwere Kämpfe gekostet hat, um die Politik an der ihr gebührenden ersten Stelle zu behaupten. Die Geringschätzung des politischen Geschäfts war in Preußen schon seit den Befreiungskriegen Tradition. Man erinnere sich der schweren Konflikte zwischen Preußens Staats- und Heeresleitung während der Okkupation in Frankreich nach dem siegreichen Abschlusse des Feldzuges von 1815 und des Trinkspruches, den der alte Blücher im Juli 1815 bei jenem berühmt gewordenen Diner hielt, das der Herzog von Wellington den in Paris anwesenden Ministern und Generalen gab: „Ich leere dies Glas auf die Erfüllung des frommen Wunsches, daß die Diplomaten nicht zum zweiten Male verderben mögen, was die Armeen mit ihrem Blute siegreich erkämpft." Dieses Wort von der unfähigen Diplomatie hat das ganze neunzehnte Jahrhundert und das unserige bis zum Abschluß des Weltkrieges und darüber hinaus beherrscht und häufig zu den ungerechtesten Verallgemeinerungen geführt. Vielfach wurde dabei sogar ganz außer acht gelassen, daß die zur diplomatischen Tätigkeit berufenen Persönlichkeiten meist auch in irgendeinem näheren oder ferneren Verhältnis zur Armee standen, zum Teil sogar aus dem Offizierkorps hervorgegangen waren. Das Schlagwort von der unfähigen und energielosen Diplomatie wurde mehr gefühlsmäßig unterschiedslos jedem Vertreter der politischen Leitung angehängt und erschwerte sehr häufig die Betätigung des politischen Willens. Das ist während des Weltkrieges auf fast allen Gebieten des staatlichen Lebens einschneidend empfunden worden.

Die Entwicklung der Dinge im Weltkriege, die gewaltigen Erfolge des Feldherrnpaares Hindenburg-Ludendorff auf dem östlichen Kriegsschauplatze, die unverhältnismäßig großen Schwierigkeiten, mit denen die Staatsverwaltung sich abzumühen hatte, um den Anforderungen des Weltkrieges auch nur einigermaßen zu genügen, alles dies verschaffte der Obersten Heeresleitung, nachdem Hindenburg und Ludendorff an ihre Spitze gerufen waren, ein ganz ungeheures Maß von allgemeinem Ansehen. Jedes Volk, und zumal in Kriegszeiten, neigt zur Heldenverehrung. Konnte es da wundernehmen, daß alsbald nach der Übernahme der Obersten Heeresleitung durch Hindenburg und Ludendorff die Tätigkeit dieser beiden Männer und ihres Stabes in immer steigendem Maße mit Dingen belastet worden ist, die an sich mit der Kriegführung nur in losem Zusammenhange standen? In weitesten Kreisen des deutschen Volkes hat man tatsächlich zeitweise eine Übernahme der gesamten Staatsgewalt durch die Feldherren, die so Großes geleistet hatten, ersehnt. Es ist zwecklos, zu untersuchen, wie weit die einzelnen politischen Parteien des heutigen Deutschlands hierbei beteiligt gewesen sind. Ein Maß der Verantwortlichkeit an diesen Dingen läßt sich nicht feststellen; aber es kann von keiner Seite ernstlich bestritten werden, daß Vertreter aller Volkskreise dazu beigetragen haben, die Männer der Obersten Heeres-

leitung von ihrem eigentlichen Gebiete abzulenken und ihnen einen führenden Einfluß auf die Politik einzuräumen.

Noch ein weiteres ist zu beachten. Die Offiziere des Generalstabes der Armee waren in Moltke-Schlieffenschem Sinne zu unablässiger, aber nach außen überhaupt nicht in Erscheinung tretender Arbeit erzogen. Ihnen, wie jedem Offizier der deutschen Wehrmacht vor dem Kriege, galt die verantwortungsvolle Selbständigkeit jedes einzelnen als oberstes Gesetz. Geschichtliche Forschung erkannte in dem Vorhandensein dieser Eigenschaften im preußisch-deutschen Heere während des vergangenen Jahrhunderts die Hauptquelle unserer großen Erfolge. In der für die ganze Armee gültigen „Felddienst-Ordnung" hieß es: „Vom jüngsten Soldaten aufwärts muß überall selbsttätiges Einsetzen der ganzen geistigen und körperlichen Kraft gefordert werden. Nur so läßt sich die volle Leistungsfähigkeit der Truppe in übereinstimmendem Handeln zur Geltung bringen. Dann nur erwachsen die Männer, die auch in der Stunde der Gefahr Mut und Entschlußkraft bewahren und den schwächeren Kameraden zu kühner Tat mit fortreißen. — So bleibt entschlossenes Handeln das erste Erfordernis im Kriege. Ein jeder — der höchste Führer wie der jüngste Soldat — muß sich stets bewußt sein, daß Unterlassen und Versäumnis ihn schwerer belasten als Fehlgreifen in der Wahl der Mittel."

Man kann den zu verantwortlichem Handeln an die Spitze der Obersten Heeresleitung berufenen Männern nicht gerecht werden, wenn man diesen preußisch-deutschen militärischen Erziehungsgrundsatz nicht in seiner ganzen Tragweite beachtet. Immer wieder ertönten aus der Heimat und aus dem Munde solcher Männer, die den Führern in der Obersten Heeresleitung als unbestrittene Sachverständige galten oder als hohe Intelligenzen erschienen, Wünsche, ja Forderungen, die es als eine Pflicht gegen das Vaterland hinstellten, der an anderen Stellen herrschenden Rat- und Tatlosigkeit mit dem Kraftüberschuß und der Arbeitsenergie der Obersten Heeresleitung auszuhelfen. Da alles, was mit der Leitung der Operationen zusammenhing, keiner öffentlichen Kritik unterlag, politische Maßnahmen aber nur zu oft unbefangen erörtert werden durften, so nahmen die Dinge schließlich einen verhängnisvollen Verlauf, und es wurde für die zur politischen Führung berufenen Persönlichkeiten immer schwerer, ihren Entschließungen Geltung zu verschaffen. Schließlich kam es so weit, daß die Oberste Heeresleitung im Sommer 1917 selbst mit Hand anlegte, ja sogar die entscheidende Führung übernahm, als der Kaiser gezwungen werden sollte, sich einen neuen politischen Berater zu suchen. Das Kräfteverhältnis zwischen den obersten Gewalten, wie es sich in den Kriegen des vorigen Jahrhunderts als das Beste herausgestellt hatte, und wie es auch dem Grafen Schlieffen für den Fall vorschwebte, daß der Monarch nicht

in der Lage war, als Feldherr selbst zu führen, war seit dem Juli 1917 jedenfalls nicht mehr vorhanden.

Vielfach ist die Meinung ausgesprochen worden, daß die Erklärung hierfür hauptsächlich in dem Fehlen eines Staatsmannes vom Format Bismarcks zu suchen sei. Es sei niemand vorhanden gewesen, der imstande war, „das Volk zu führen und klare Ziele in der Außenpolitik aufzustellen und zu verfolgen. Es fand sich aber auch nicht der Staatsmann, der sich mit der Obersten Heeresleitung über die Grundbedingungen und Notwendigkeiten des Sieges geeinigt hätte. Im Weltkriege sind die Wechselbeziehungen zwischen Politik und Kriegführung unendlich vielgestaltiger geworden als früher. Fragen der inneren und Wirtschaftspolitik spielten eine ausschlaggebende Rolle. Auf diesen Gebieten stellte sich das Verhältnis zwischen Politik und Kriegführung anders dar als in dem Satze von Clausewitz: ‚Die Politik hat den Krieg erzeugt, sie ist die Intelligenz, der Krieg aber bloß das Instrument, und nicht umgekehrt.' Hier wird der Staatsmann zum Gehilfen der Heeresleitung, der ihr die Mittel zur Kriegführung im weitesten Sinne — physisch, intellektuell und moralisch — geben muß. Auch dieser Aufgabe ist die politische Leitung des Staates zum mindesten nicht im vollen Umfange gerecht geworden. Die Art, wie sie zum Teil die Fragen der inneren Politik behandelte, hat der Kriegführung Eintrag getan. Der Obersten Heeresleitung ist es trotz heißer Bemühungen nicht gelungen, hierin Wandel zu schaffen."

So stellt sich Wolfgang Foerster in seinem Buche „Graf Schlieffen und der Weltkrieg"[16]) zu dem Problem der politischen und militärischen Führung. Er betont, wie es im Weltkriege auf deutscher Seite versucht wurde, „das Problem des Feldherrntums in dem vom Grafen Schlieffen gekennzeichneten Sinne durch ein Triumvirat von Herrscher, Staatsmann und Generalstabschef zu lösen". Aber die Einheit des Gedankens und der Tat zwischen der politischen und militärischen Leitung hätte schon lange vor dem Kriege gefehlt, und alle Bemühungen des jüngeren Generals v. Moltke, sie noch im Frieden anzubahnen, seien erfolglos geblieben.

Foerster glaubt die Schuld hierfür in erster Linie dem damaligen Staatsmanne zuschieben zu dürfen, und hebt mit Recht hervor, daß in der mangelnden Zusammenarbeit der verantwortlichen politischen und militärischen Stellen Deutschlands in den Jahren vor dem Kriege eine verhängnisvolle Unterlassungssünde erblickt werden müsse, deren Folgen sich im Weltkriege bitter gerächt hätten[17]). So richtig das im großen und ganzen ist, so sind die letzten Verantwortlichkeiten damit doch noch nicht erschöpfend aufgezeigt. Bei der über-

---

[16]) 3. Teil. Berlin. E. S. Mittler u. Sohn, 1921.
[17]) 3. Teil. S. 60/61.

ragenden Stellung des Monarchen und den Verhältnissen, wie sie sich in der langen und an inneren und äußeren Erfolgen so überreichen Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. entwickelt hatten, war es für einen jeden — letzten Endes doch vom Monarchen persönlich zu berufenden und abzusetzenden — politischen und militärischen Ratgeber ungewöhnlich schwierig, tief einschneidende Neuerungen des Staatslebens vorzuschlagen und durchzusetzen. Es geht nicht an, die zur Führung zwar berufen gewesenen, aber durch zahlreiche Rücksichten und Kompetenzschwierigkeiten gehemmten Männer mit der ganzen geschichtlichen Verantwortung für alle früheren Unterlassungen und Fehler zu belasten.

In einer so vielköpfigen und mit einem so ungeheuren Arbeitsgebiet belasteten Behörde wie der Obersten Heeresleitung konnte es nicht ausbleiben, daß nachgeordnete Persönlichkeiten zu großem sachlichen und persönlichen Einflusse gelangten. Das ist zu allen Zeiten und in allen Feldherrnstäben so gewesen, wenn auch naturgemäß in den Armeen früherer Jahrhunderte bei ihrem geringeren Umfange alles sich in kleineren Verhältnissen abspielte. Daß Bismarck 1866 und 1870 erhebliche Energie aufzuwenden hatte, um sich gegen die höheren Generalstabsoffiziere im Großen Hauptquartier durchzusetzen, ist bekannt. Bismarck hat sich in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ [18]) an der Stelle darüber ausgesprochen, wo von den Präventivkriegen die Rede ist. Er sagt dort: „Es ist natürlich, daß in dem Generalstabe der Armee nicht nur jüngere strebsame Offiziere, sondern auch erfahrene Strategen das Bedürfnis haben, die Tüchtigkeit der von ihnen geleiteten Truppen und die eigene Befähigung zu dieser Leitung zu verwerten und in der Geschichte zur Anschauung zu bringen. Es wäre zu bedauern, wenn diese Wirkung kriegerischen Geistes in der Armee nicht stattfände.“ Bismarck spricht sodann von der Neigung des Generalstabes zu Präventivkriegen und meint, diese läge in dem „notwendigen Geiste der Institution“, den er nicht missen möchte. Dieser werde gefährlich „nur unter einem Monarchen, dessen Politik das Augenmaß und die Widerstandsfähigkeit gegen einseitige und verfassungsmäßig unberechtigte Einflüsse fehlt“.

An solchen Einflüssen militärischer Persönlichkeiten im Großen Hauptquartier hat es auch bei uns im Weltkriege nicht gefehlt. Das Buch des Obersten Bauer „Der große Krieg in Feld und Heimat, Erinnerungen und Betrachtungen“ [19]) klärt uns darüber auf, daß dieser Offizier, dem in der Hauptsache anfangs die Beschaffung der artilleristischen Ergänzung oblag, und der sich auf diesem Gebiete sehr große Verdienste erworben hat, infolge der immer weiteren

---

[18]) Band II, S. 93.
[19]) Tübingen, 1921. Osiandersche Buchhandlung.

Ausgestaltung seines wichtigen Arbeitsgebietes allmählich zu einem politischen Einfluß gelangt ist und diesen Einfluß in einer Art zu gebrauchen gewußt hat, die sich zweifellos über die ihm durch seinen damaligen Wirkungskreis gezogenen Schranken erhob. Nach seinem eigenen Eingeständnis, gegen das ernstliche Widersprüche bisher von keiner Seite laut geworden sind, das vielmehr in der bisher erschienenen Literatur des Weltkrieges seine Stütze findet, hat Oberst Bauer am Sturze des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg maßgebenden Anteil genommen und auch alles getan, was in seinen Kräften stand, um noch andere, nach seiner Auffassung ihren Stellungen nicht gewachsene, Ratgeber des Monarchen aus ihren Posten zu verdrängen. Diese Dinge waren durch die ganze Entwicklung des Weltkrieges mit bestimmt, und die Generale v. Hindenburg und Ludendorff fanden z. B. den damaligen Oberstleutnant Bauer schon an seiner Stelle, als sie die Oberste Heeresleitung übernahmen. Das große persönliche Vertrauen, auf das die überragende Mehrzahl der in der Obersten Heeresleitung tätigen Männer Anspruch hatte, hat allmählich auch dazu geführt, daß manche Maßnahmen von nachgeordneten Persönlichkeiten getroffen worden sind, von denen die verantwortlichen Generale vorher nichts wußten, denen sie aber nachträglich ihre Billigung gaben. Der Generalstabschef rückte in einem solchen Falle gegenüber seinen ausführenden Organen etwa in die gleiche Stelle wie der Monarch selbst gegenüber der Obersten Heeresleitung. Der Monarch war als Oberster Kriegsherr im letzten Sinne auch für alles verantwortlich, erfuhr aber die getroffenen Maßregeln häufig erst aus ihrem Erfolge oder Mißerfolge.

Der Zweck der ganzen bisherigen Untersuchung ist, festzustellen, ob im Verlaufe des Weltkrieges und besonders im Frühjahr 1918 der harmonische Dreiklang zwischen dem Obersten Kriegsherrn, seinem politischen und militärischen Berater vorhanden gewesen ist, wie wir ihn zur Erzielung der größtmöglichsten Leistung brauchten. War insonderheit im Frühjahr 1918 die erwünschte Harmonie des Denkens und Wollens vorhanden, die uns eine nicht nur militärisch richtige und kraftvolle, sondern auch eine politisch einsichtsvolle Führung des Reichsschiffes im Orkan des Weltkrieges verbürgte?

Die Lösung dieser Frage ist für die Erkenntnis der Verantwortlichkeiten an den Kriegsereignissen des Jahres 1918 von entscheidender Bedeutung. Einen Prüfstein für die richtige Konstruktion der obersten Gewalten in unserem letzten Kriegsjahre bieten die Beziehungen zwischen der politischen und militärischen Führung bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Diese Verhandlungen unterschieden sich dadurch grundlegend von anderen der Geschichte, daß sie aus militärischen Gründen so schnell wie nur irgend möglich zum Abschlusse gebracht werden mußten. Von der Gestaltung der

Dinge in Brest-Litowsk hing es ab, ob die deutsche Oberste Heeresleitung den überwiegenden Teil der noch im Osten befindlichen Streitkräfte von dort wegziehen konnte. Die Stärke unseres Auftretens an der Westfront und die Möglichkeit eines entscheidenden Schlages wurden dadurch bedingt. Die Verhandlungen von Brest-Litowsk bildeten somit ein Mittelding zwischen einer diplomatischen und einer Kriegshandlung. Sie erfolgten unter stärkstem Druck, was ihren Ergebnissen nicht zum Segen gereichen konnte.

Um aber das Zusammenwirken der politischen und militärischen Leitung, ihre Übereinstimmung und Gegensätze vom Frühjahr 1918 ab zutreffend würdigen zu können, ist es unerläßlich, auf die Entwicklung der Verhältnisse seit dem Juli 1917 zurückzugehen. Dabei ist zu untersuchen, welchen Anteil die Oberste Heeresleitung an der Beseitigung des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg gehabt hat, und welche Versuche ihrerseits unternommen worden sind, um nach dem Sturze des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg nunmehr ein möglichst vorteilhaftes Zusammenarbeiten zwischen ziviler und militärischer Leitung zu erreichen.

II

Rückblick auf die Vorgänge bei und seit dem Sturze des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg

Es gehört nicht in den Rahmen dieses Gutachtens, den Kanzlersturz im Juli 1917 verantwortlich zu prüfen. Aber es ist doch unerläßlich, die Hauptlinien dieser Vorgänge, so weit sie aktenmäßig feststehen, hier kurz nachzuzeichnen, um so die Entwicklung verstehen zu lernen, die einerseits der Kaiser als Oberster Kriegsherr, andererseits die um die Durchsetzung ihres Einflusses ringenden obersten zivilen und militärischen Ratgeber des Kaisers durchgemacht haben.

Von vornherein steht fest, daß der Kaiser als Oberster Kriegsherr, wenn es ihm nicht gelang, in wichtigen Einzelfragen die notwendige Übereinstimmung des Denkens und Handelns bei seinen höchsten verantwortlichen Ratgebern zu erzielen, entweder die Persönlichkeiten hätte wechseln oder wenigstens bei Unstimmigkeiten die ausschlaggebende Führung selbst hätte übernehmen müssen. Diese Tätigkeit war aber dem Monarchen schon seit den Vorgängen bei der Entlassung des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg verleidet.

Der Kaiser hatte mit dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg im allgemeinen glücklich gearbeitet. Zwar hatte er es sich gelegentlich nicht versagen können, auch den Kanzler in amtlichen Schrift-

stücken durch Randbemerkungen abfällig zu glossieren[20]). Im großen und ganzen aber übten die überlegene geistige Art des Kanzlers und sein hoher sittlicher Idealismus doch einen großen Eindruck auf den Monarchen aus. Bethmann Hollweg war viel zu klug, als daß er nicht die vollste Einheitlichkeit im Oberbefehl und damit eine restlose Übereinstimmung zwischen politischer und militärischer Führung als die Hauptvoraussetzung für einen glücklichen Ausgang des Krieges erkannt hätte. War es möglich, auch die große Masse des deutschen Volkes mit der Zuversicht zu erfüllen, daß bei der obersten Leitung des Krieges alles auf das beste geregelt sei, so konnte das auf die Stimmung des ganzen Volkes nur in der günstigsten Weise einwirken. Es gab wohl kein wirksameres Mittel für die Erhaltung des Burgfriedens, als wenn gerade die Heerführer, denen die überwiegende Masse des Volkes mit gläubigem Vertrauen entgegenkam, an die oberste Stelle gebracht wurden. Aus diesem Grunde hatte sich Bethmann Hollweg für die Berufung Hindenburgs und Ludendorffs in die O.H.L. tatkräftig eingesetzt, obwohl es dem Kaiser schwer fiel, sich von dem mit ihm sehr gut zusammenarbeitenden Generalstabschef v. Falkenhayn zu trennen.

Es ist eine tragische Verkettung der deutschen Geschichte, daß Hindenburg und Ludendorff alsbald in einen schließlich nicht mehr zu überbrückenden Gegensatz zur obersten Reichsleitung gerieten. Wahrscheinlich haben die beiden bisher auf dem östlichen Kriegsschauplatze tätigen Heerführer die Grundlage dieser abfälligen Beurteilung des Kanzlers von Persönlichkeiten der Obersten Heeresleitung, die in dieser Beziehung schon längere Zeit der obersten Reichsleitung mit schärfster Kritik gegenüberstanden, allmählich übernommen. Das Buch des Obersten Bauer „Der große Krieg in Feld und Heimat" zeigt eindringlich, daß innerhalb des Stabes der Obersten Heeresleitung jüngere Männer, von anfangs nur geringem Wirkungskreise, allmählich zu einer Bedeutung gelangt waren, die ihnen einen gar nicht hoch genug zu veranschlagenden Einfluß sicherte. Sie sahen die Dinge natürlich hauptsächlich vom Standpunkte ihres Ressorts aus und bewerteten die Leistungen der Zivilpolitik nach den Ergebnissen, die sie persönlich wahrnahmen, wobei ausschlaggebend blieb, ob sie sich in ihrem Arbeitsgebiet dadurch gefördert oder gehemmt fühlten. Dinge, Stimmungen und Vorgänge, die aus der langen Dauer des Krieges, aus der ungeheueren Erschöpfung der Heimat und aus vielen anderen Gründen zwangsläufig erwuchsen, schoben sie häufig ohne weiteres der Unfähigkeit oder „Schlappheit"

---

[20]) „Und die allgemeine Lage hat der Zivilkanzler noch nicht begriffen." (Der Reichskanzler an den Kaiser, Berlin, 25. Juli 1914. Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch. Charlottenburg, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, 1919. Bd. I. Nr. 182.)

der zivilen Behörden zu. Oberst Bauer bekennt sich selbst dazu[21]), daß er den Kanzler Bethmann Hollweg und den Chef des Zivilkabinetts, v. Valentini, als „die Hauptfeinde jeder starken Regung beim Kaiser und der Zivilregierung" angesehen, und daß er beide, ebenso wie später den Grafen Hertling, mit aller Kraft bekämpft habe.

Wir müssen der Darstellung, die Bauer von Bethmanns Abgange gibt, unbedingt etwas genauer folgen, um zu erkennen, wie weit die Dinge sich bereits im Sommer 1917 in unheilvoller Richtung verschoben hatten.

Bauer betont, daß Bethmanns Schwäche und völliges Versagen in jedem Punkte der Innen- und Außenpolitik damals auch den Feldmarschall und Ludendorff überzeugt hätten, daß der Kanzler weg müsse. Dem Feldmarschall habe dieser politische Schritt widerstrebt, und nur zögernd habe er sich dazu entschlossen, selbst bei dem Kanzlersturze mitzuwirken. Von Ludendorff behauptet Oberst Bauer, daß ihm die innere Politik wenig „gelegen" habe. Er habe daher nur allzu willig dem „allerdings hierfür verantwortlichen" Reichskanzler das Feld überlassen und zu lange auf dessen Unterstützung gehofft. Oberst Bauer bekennt sich nun dazu, daß er im Juli 1917, als die Parlamentarisierung und Demokratisierung Deutschlands Wirklichkeit zu werden drohte, nur den Ausweg gesehen habe, zum Sturze Bethmann Hollwegs selbst mit Hand anzulegen. Er ist es gewesen, der den Kronprinzen nach Berlin gerufen hat, und der ihm die Besprechung mit den Parlamentariern vermittelte, nachdem er selbst mit ihnen vorher Fühlung genommen hatte.

Kaum ein merkwürdigeres Vorkommnis ist in den politischen Auseinandersetzungen des Weltkrieges festzustellen, als daß hier zur Abwendung der Parlamentarisierung der Thronfolger des Deutschen Reiches den Rat der Parlamentarier einzuholen veranlaßt wurde, um gestützt auf ihr Votum die Beseitigung des zu parlamentarisch denkenden Reichskanzlers zu erreichen. Die Stellungnahme der Parteiführer hat tatsächlich in dieser Schicksalsfrage des deutschen Volkes den Ausschlag gegeben, und Erzbergers Stimme war entscheidend.

Verstärkt wurde die ganze Aktion durch ein gemeinsames Abschiedsgesuch Hindenburgs und Ludendorffs vom 12. Juli 1917. Die Nachricht davon ging am 12. Juli nachmittags telephonisch in Berlin ein. General v. Lyncker teilte sie sofort dem Kaiser mit und gab als Begründung, daß die Generale mit Bethmann als Kanzler nicht zu arbeiten vermöchten; Oberst v. Marschall habe dazu Ludendorffs Äußerung telephonisch mitgeteilt, er werde nicht nachgeben, sondern unter allen Umständen auf seinem Willen bestehen. Bethmann selbst erklärte daraufhin dem Kaiser, von einer Verabschiedung der Generale

---

[21]) „Der große Krieg in Feld und Heimat", S. 141.

könne selbstverständlich keine Rede sein, und reichte am nächsten Vormittage (13. Juli) sein Abschiedsgesuch ein, indem er zugleich den Grafen Hertling als seinen Nachfolger empfahl. Ursprünglich war eine Kanzlerschaft des Grafen Bernstorff ins Auge gefaßt worden, die aber der Kaiser nicht wünschte. Nachdem Hertling abgelehnt hatte, wurde unter anderen auch der Name Michaelis genannt. Der Kaiser hatte den Auftrag gegeben, Hindenburg zu fragen, ob ihm dieser als Kanzler genehm sei, und der Feldmarschall ebenso wie Ludendorff hatten dieser Kandidatur mit Wärme zugestimmt [22]).

Daß auch Michaelis die Dinge nicht im Sinne der Obersten Heeresleitung zu meistern vermocht hat, ist bekannt. Feldmarschall v. Hindenburg selbst erklärt, daß die Folgen von Bethmanns Rücktritt bedenkliche waren. „Der bisher nach außen hin aufrechterhaltene Schein des politischen Burgfriedens zwischen den Parteien hörte auf. Es bildete sich eine Mehrheitspartei mit dem ausgesprochenen Anschluß nach links. Die Versäumnisse, die angeblich in früheren Zeiten in der Weiterentwicklung unserer innerstaatlichen Verhältnisse begangen waren, wurden nunmehr im Kriege und unter dem Drucke einer politisch ungeheuer schwierigen äußeren Lage des Vaterlandes dazu benutzt, um (von) der Regierung immer weitere Zugeständnisse zugunsten einer sogenannten parlamentarischen Entwicklung zu erpressen. Wir mußten auf diesem Wege an innerer Festigkeit verlieren. Die Zügel der Staatsleitung gerieten allmählich in die Hände extremer Parteien." („Aus meinem Leben", S. 285.)

Mit dem Sturze des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg, den der Kaiser sich trotz schwerer innerer Hemmungen schließlich von außen her aufzwingen ließ, hat der Kaiser endgültig auf seine Führerrolle verzichtet. Bezeichnend hierfür ist, daß er Hindenburg selbst hat fragen lassen, wen er als Kanzler zu haben wünsche [22]). Damit ist eine Abhängigkeit der politischen Führung von der militärischen durch den Monarchen, dem die oberste Führung oblag, selbst zugegeben. Das Schlimmste dabei war, daß tatsächlich kein Mann vorhanden war, der in jener schweren Zeit den Gesamtüberblick und die Fähigkeiten besaß, um die Reichskanzlerschaft zu übernehmen. Ludendorff äußert in seinen „Kriegserinnerungen" [23]), er sei überrascht gewesen, „daß nicht jederzeit ein Nachfolger für den Reichskanzler seitens der entscheidenden Instanzen bereitgehalten wurde, und daß Deutschland in dieser für sein Geschick so bedeutungsvollen Frage von der Hand in den Mund leben mußte". Es war sicher nicht so ganz einfach, für die schwerste Rolle des ganzen Weltkrieges eine Reihe geeigneter Kandidaten jederzeit verfügbar zu halten.

---

[22]) Vgl. Anm. 26 (Seite 34).
[23]) Seite 363.

Die Tragweite der Verantwortung für den Sturz des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg wird durch die Tatsache erheblich verstärkt, daß für ihn ein geeigneter Nachfolger überhaupt nicht zu finden war, denn der von der Obersten Heeresleitung hierfür gedachte Fürst Bülow konnte angesichts der persönlichen Stellung des Monarchen zu ihm seit den Vorgängen, die sich an die Veröffentlichung im „Daily Telegraph" knüpfen, ernstlich gar nicht in Frage kommen. So mußte man denn auf die Suche gehen, um binnen weniger Stunden einen Reichskanzler zu finden, der zunächst im besten Falle nicht viel anderes zu sein vermochte als ein von seinen Untergebenen abhängiger Stelleninhaber.

Auch Kronprinz Wilhelm bekennt in seinen „Erinnerungen"[24]), daß der Kaiser seit November 1908, wo er sich in der schweren Krisis der Veröffentlichungen des „Daily Telegraph" vom Fürsten Bülow im Stiche gelassen fühlte, seine Stimme bis zur völligen Ausschaltung seiner eigenen Meinung immer mehr zurückgehalten habe. „Eine heimliche, unausgesprochene Sorge vor neuen Konflikten und Verantwortungen, die er etwa tragen solle, war über ihn gekommen" (S. 21). „Gesundet ist er niemals wieder von diesem Schlage. Unter dem äußeren Mantel seines alten Selbstbewußtseins hat er sich von da ab mehr und mehr eine Zurückhaltung auferlegt, die vielfach noch hinter den durch seine verfassungsmäßige Stellung gezogenen Grenzen zurückblieb. Im Kriege führte ihn diese Selbstbescheidung fast bis zur völligen Ausschaltung seiner Person gegenüber den operativen und organisatorischen Maßnahmen des Chefs des Generalstabes" (S. 94). Ob es, wie der Kronprinz andeutet, bei dieser Lage der Dinge möglich gewesen wäre, den Kaiser zur Wiederwahl des Fürsten Bülow als Kanzler an Bethmanns Stelle zu bewegen, muß zweifelhaft bleiben (S. 84). Sicherlich hätte aber der Monarch zu einer Diktatur, die ihn ganz in den Hintergrund drängte und allen Hohenzollerntraditionen widersprach, nur unter schwerstem Druck seine Zustimmung gegeben. Den Großadmiral v. Tirpitz hätte er nie zum Kanzler gemacht.

Der Kaiser also zog sich, durch die angedeuteten Vorgänge verbittert, immer mehr zurück. Sein unbestreitbar hoch entwickeltes Verantwortlichkeitsgefühl und seine auf Vorgänge seiner Jugend zurückgehende Empfindsamkeit legten ihm den Gedanken nahe, ob es für ihn und für das Deutsche Reich nicht vielleicht das beste sei, die Führung in der Hauptsache den vom deutschen Volke gewünschten Männern der Obersten Heeresleitung zu überlassen und sich selbst immer mehr zurückzuziehen. Wohl hat er noch bei verschiedenen Anlässen sein persönliches Übergewicht als Monarch in die Wag-

---

[24]) Karl Rosner, „Erinnerungen des Kronprinzen Wilhelm". Stuttgart u. Berlin, J. G. Cotta, 1922.

schale der Entscheidungen geworfen und ist auch gelegentlich vor persönlichen Konflikten nicht zurückgeschreckt, so peinlich ihm solche bei seiner hohen Auffassung von seiner monarchischen Würde auch gewesen sind. Aber im großen und ganzen verstummte die politische Saite in ihm immer mehr. Er verzichtete, zwar nicht formell, aber doch in der Tat, von Tag zu Tag deutlicher auf die oberste Leitung, hielt sich auch wiederholt in wichtigen Perioden der Kriegführung vom Zentralpunkte der Operationen fern, um nicht durch seine Anwesenheit arbeitserschwerend zu wirken. Wichtige ihm vorgetragene Entscheidungen deckte er nach wie vor mit seiner Verantwortlichkeit. Von dem Dreigestirn aber, das nach unserer Auffassung die glücklichste Verkörperung der obersten Leitung im Kriege darstellt, konnte nicht mehr die Rede sein. Die Spitze fehlte. Sache der Politiker und der Militärs war es, sich, so gut sie es vermochten, durchzusetzen. Von ausschlaggebendem Einfluß mußte es dabei sein, ob es gelang, für die Stellung als Reichskanzler und für die Leitung des Auswärtigen Amts Persönlichkeiten zu gewinnen, die mit der Obersten Heeresleitung Hand in Hand zu arbeiten vermochten.

Aus dem Rückblick auf die Vorgänge beim Sturze des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg entnehmen wir also als Ergebnis, daß die oberste Führung sich im Laufe der Kriegsjahre und bei der persönlichen Eigenart des Monarchen in ungünstigem Sinne verlagert hatte. Bei der steigenden Resignation des Monarchen fehlte es an einem entsprechenden Gegengewicht für eine hauptsächlich militärisch gerichtete Betrachtung der Dinge. Die Militärs hielten sich für verpflichtet und befähigt, die entstehende Lücke auszufüllen [25]).

Sucht man nach einer Verantwortung für die hier geschilderte Entwicklung, so kann man den Männern der Obersten Heeresleitung den guten Glauben nicht absprechen. Sie glaubten der Sache des Vaterlandes zu dienen, wenn sie sich für die Beseitigung eines nach ihrer Meinung seiner Aufgabe nicht gewachsenen Reichskanzlers einsetzten. Aber es darf doch nicht außer acht gelassen werden, daß der mit allen Mitteln erzwungene Rücktritt des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg in seinen von den Generalen selbst zugegebenen nachteiligen Wirkungen ihnen mit zur Last fällt. Sie hatten sich die Tragweite ihres Schrittes im Hinblick auf die Unmöglichkeit, einen geeigneten Nachfolger zu finden, nicht hinreichend klar gemacht. Der Gedanke, es müsse für den Posten des Reichskanzlers in einem solchen Weltkriege „jederzeit ein Nachfolger seitens der entscheidenden Instanzen bereitgehalten werden", ist unhaltbar. Ehe der Erste Generalquartiermeister das ganze Maß des allgemeinen Vertrauens auf die Führerschaft des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg und

[25]) Vergl. hierzu das Urteil des Generals v. Falkenhayn, „daß keines einzelnen Mannes Kraft ausreichen konnte, dauernd neben den Geschäften der Obersten Heeresleitung noch andere Ämter zu betreuen". Siehe oben S. 13.

seines eigenen Einflusses einsetzte, um den Kanzler zu stürzen, hätte er sich vergewissern müssen, ob einer der von ihm für möglich gehaltenen Nachfolgerkandidaten auch wirklich Aussicht hatte, vom Kaiser an die Spitze der obersten Reichsleitung berufen zu werden. General Ludendorff aber hatte die Parlamentarier bereits von seinem bevorstehenden Abschiedsgesuch unterrichten lassen, und, noch ehe der Kaiser endgültig mit der Angelegenheit befaßt wurde, dem bayrischen Kriegsminister dienstlich mitgeteilt, er und Hindenburg würden gehen, falls Bethmann im Amte bliebe[26]). Dieser Sachverhalt wird durch die tatsächliche Einreichung der Abschiedsgesuche beider Generale bestätigt.

Der Unterstaatssekretär Wahnschaffe in der Reichskanzlei hatte zu bremsen versucht. Am 10. Juli 1917 schrieb er dem General Ludendorff, daß bei namhaften Abgeordneten Ludendorffs Äußerung kolportiert werde: „Wenn Bethmann Hollweg Kanzler bleibt, verlieren wir den Krieg"; er, Wahnschaffe, trete allen derartigen Erzählungen entgegen, aber damit seien sie nicht abzutöten und täten ungeheuren Schaden. Wahnschaffe bat den General um die „ausdrückliche autographische Ermächtigung", solchen Erzählungen im Namen Ludendorffs entgegentreten zu können, „weil sonst diese selbstverständlich unwahren, aber mit großer Dreistigkeit erzählten Angaben geglaubt werden". General Ludendorff hat dem Unterstaatssekretär am 18. Juli — also nach Bethmanns Rücktritt — geantwortet, er wisse, daß der unüberbrückbare Gegensatz zwischen der früheren Reichsleitung und der Obersten Heeresleitung in politischen Kreisen nicht verborgen geblieben sei. Er halte es für wahrscheinlich, daß das Bekanntwerden dieses Gegensatzes auf Indiskretionen von nichtmilitärischer Seite zurückgehe. Im übrigen aber glaube er, daß der erwähnte Gegensatz auch ohne Indiskretionen durch seine oft nach außen gar nicht zu verbergenden Folgen bekannt werden mußte; er halte es daher nicht für vorteilhaft, den Unterstaatssekretär Wahnschaffe zu dem erbetenen Dementi zu ermächtigen. Welche Ansicht er tatsächlich in seinem Herzen habe, werde dem Unterstaatssekretär nicht unbekannt sein, das gehöre aber nicht zur Sache[27]).

Für die Beurteilung der Verantwortlichkeitsfrage ist die Betrachtung der weiteren Korrespondenz zwischen General Ludendorff und Unterstaatssekretär Wahnschaffe unerläßlich. Dem Unterstaatssekretär schien die Krisis durch den Rücktritt des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg offenbar noch nicht behoben.

---

[26]) Handschriftliche Aufzeichnungen des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg vom 11. und 14. Juli 1917. (Akten der Reichskanzlei, Kr. 1, adh. 5, Bd. I.) Siehe Anlage 16, S. 152 ff.

[27]) I. Gen. Qu. Mstr. II, 60128 op., geheim. Anm. 18. 7. 17 durch Feldjäger abgesandt.

In einem Schreiben vom 21. Juli 1917 hebt er das nachdrücklich hervor[28]).

„Die von mir erwähnten, unter Berufung auf die Oberste Heeresleitung und insbesondere auf Euer Exzellenz von Abgeordneten wiedergegebenen Äußerungen und Gerüchte haben in der Zeit schwerer innerer und äußerer Bedrängnis eine unheilvolle Verwirrung hervorgerufen und steigern helfen. Ich habe die Wahrheit dieser Gerüchte, wo sie mir entgegentraten, in der denkbar entschiedensten Form bestritten. Sie sind trotzdem unter Berufung auf autoritative Quellen wiederholt worden. Nach dem Schreiben Euer Exzellenz kann ich nur meinem aufrichtigen Bedauern darüber Ausdruck geben, daß Euer Exzellenz mich nicht ermächtigen, meine Dementis durch eine Berufung auf Euer Exzellenz zu unterstützen. Die schädliche, die Staatsautorität schwer erschütternde, ja die Festigkeit des Staatsgefüges bedrohende Wirkung jener Ausstreuungen geht weiter und ist im Wachsen. Ich muß für meine Person die Verantwortung dafür ablehnen, nachdem mir das einzige Mittel, ihnen wirksam zu begegnen, entgegen meiner Bitte von Euer Exzellenz verweigert worden ist.

In größter Hochachtung Euer Exzellenz ergebener

gez. Wahnschaffe."

Dieses Schreiben ist von erheblicher Tragweite. Es stellt eine „schädliche, die Staatsautorität schwer erschütternde, ja die Festigkeit des Staatsgefüges bedrohende Wirkung" der Gerüchte über eine Gegensätzlichkeit zwischen der Obersten Heeresleitung und dem Kanzler fest. Aus diesem Grunde erbat Wahnschaffe ein persönliches Dementi durch den Ersten Generalquartiermeister. Ludendorff hatte diesem Ersuchen nicht entsprochen, und Bethmann Hollweg hatte inzwischen am 13. Juli seinen Abschied eingereicht und bewilligt erhalten. Trotzdem kam Wahnschaffe nun nochmals darauf zurück. Offenbar war er dabei der Ansicht, daß die „Wirkung jener Ausstreuungen" weitergehe, wenn auch der Kanzler selbst gewechselt war. In schärfster Form lehnt er jede Verantwortung für diese Entwicklung der Dinge ab, mit anderen Worten, er empfindet die Tatsache, daß die Oberste Heeresleitung hier über die Geeignetheit des führenden Staatsmannes ausschlaggebend geurteilt hatte, als eine die Festigkeit des Staatsgefüges bedrohende Handlung.

So hat es jedenfalls General Ludendorff und der Chef der Abteilung IIop (Oberst Bauer) aufgefaßt. Bei den Akten befindet sich ein nicht abgesandtes, aber erst nach Eingang des Schreibens Wahnschaffes vom 21. Juli entworfenes Konzept zu einem Briefe an den Reichskanzler Michaelis. Offenbar sollte dieses Schriftstück, dessen

[28]) Antwortschreiben auf Ludendorffs Brief vom 18. Juli 1917.

Tagesdatum nicht ausgefüllt ist, Ludendorff zur Unterschrift vorgelegt werden. Der Reichskanzler wird darin von den zwischen Ludendorff und Wahnschaffe gewechselten Briefen, von denen Abschriften beigefügt werden sollten, verständigt, und zwar mit dem Bemerken, daß es noch unbekannt sei, ob der Kanzler durch Wahnschaffe von dem Schriftwechsel bereits unterrichtet sei. Sodann folgt die Feststellung, daß der General sich verpflichtet gefühlt habe, für den Sturz Bethmann Hollwegs zu wirken.

„Ich darf dazu bemerken, daß ich tatsächlich der Meinung war und bin, daß ein Verbleiben des bisherigen Reichskanzlers in seinem Amte eine schwere Gefahr für den Ausgang des Krieges gewesen wäre. Ich habe diese Ansicht in vertraulichen Gesprächen sowohl Militärs wie hohen Staatsbeamten gegenüber einige Male geäußert. Ob sie, wie ich in dem Schreiben an den Herrn Unterstaatssekretär ausgeführt habe, durch Indiskretion an die Öffentlichkeit gelangt ist, weiß ich nicht. Jedenfalls aber haben die Gegensätze zwischen der früheren Reichsleitung und der Obersten Heeresleitung schon wegen ihrer nach außen nicht immer zu verbergenden Folgen bekannt werden müssen.

Ich war daher der Ansicht, daß ich die vom Herrn Unterstaatssekretär erbetene Ermächtigung zum Bestreiten dieses tiefen Gegensatzes — denn darauf läuft die Bitte des Herrn Unterstaatssekretärs doch hinaus — gar nicht erteilen konnte. Das Dementi würde nicht geglaubt werden. —

Da aber der Herr Unterstaatssekretär meint, daß die erwähnten Ausstreuungen die Staatsautorität schwer erschüttern und eine die Festigkeit des Staatsgefüges bedrohende Wirkung haben, so lege ich großen Wert darauf, zu erfahren, ob Euer Exzellenz der gleichen Meinung sind, und ob und welche Maßnahmen Euer Exzellenz für angezeigt halten, um diese Wirkungen aufzuheben. (Ohne Unterschrift.)“

Dieses Schreiben ist, wie bereits bemerkt, nicht abgesendet worden, dafür aber ein kürzeres an den Unterstaatssekretär Wahnschaffe selbst. Das Schreiben lautet:

I. G. Q. Reinschrift. Geschr. Hoke.
Ab 29. 7. 1917.

27. Juli 1917.

„An Unterstaatssekretär der Reichskanzlei
(persönliche Adresse).

E. E. Schreiben vom 21. Juli habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Ich möchte mich augenblicklich auf die Bemerkung beschränken, daß ich es bestreite, jemals durch mein

Verhalten eine schädliche, die Staatsautorität schwer erschütternde und die Festigkeit des Staatsgefüges bedrohende Wirkung hervorgerufen zu haben. Ich glaube vielmehr, für mich in Anspruch nehmen zu können, nicht unwesentlich mit dazu beigetragen zu haben, daß unser Vaterland wiederholt aus schwerer Gefahr glücklich gerettet worden ist.

Ich behalte mir vor, auf den Inhalt unserer Korrespondenz dienstlich zurückzukommen.

In größter Hochachtung

E. E. ergebenster

gez. Ludendorff."

Dieses Schreiben stellt die Auffassung des Generals in klare Beleuchtung, wenn es auch in Rücksicht auf die persönliche Differenz zwischen den in Betracht kommenden Männern kürzer und schärfer gehalten ist, als der besprochene, nicht zur Absendung gelangte Schriftsatz an den Reichskanzler. Ludendorff sah tatsächlich in dem Verbleiben des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg in seinem Amte „eine schwere Gefahr für den Ausgang des Krieges". Er fühlte sich daher zum Handeln verpflichtet und empfand das Ersuchen des Unterstaatssekretärs, ein Dementi für Anschauungen zu erhalten, die Ludendorff gar nicht bestreiten wollte, als eine ihn persönlich kränkende Handlung. Es schien ihm unfaßbar, daß sein Verhalten eine solche staatsgefährliche Wirkung haben sollte, wo er sich gerade und — vom militärischen Standpunkte aus zweifellos mit vollem Recht — als Erretter des Vaterlandes aus wiederholter schwerer Notlage fühlte.

Trotzdem hielt sich Wahnschaffe für verpflichtet, seinen sachlichen Standpunkt — nämlich den der Überordnung der politischen Reichsleitung über die militärische Leitung — nochmals zu betonen. Auch er hielt sich pflichtgemäß dazu berufen, Entwicklungen die Spitze abzubrechen, die er für staatsgefährlich ansah. Er richtete daher folgenden Brief an den General Ludendorff:

„Berlin W 8, den 31. Juli 1917.
Wilhelmstr. 77.

Euer Exzellenz gefälliges Schreiben vom 27. d. M. ist mir zugegangen und nötigt mich zu folgender kurzer Erwiderung. Die unvergänglichen militärischen Verdienste, die sich Euer Exzellenz in schwerster Zeit um unser Vaterland erworben haben, zieht sicherlich niemand in Zweifel, und niemand kann sie aufrichtiger bewundern als ich. Euer Exzellenz haben für diese auch heute noch unverminderte Bewunderung von mir früher so viel tatsächliche Belege erhalten, daß ich darüber kein Wort zu verlieren brauche.

Wenn Euer Exzellenz glauben bestreiten zu sollen, jemals durch Ihr Verhalten „eine schädliche, die Staatsautorität schwer erschütternde und die Festigkeit des Staatsgefüges bedrohende Wirkung hervorgerufen zu haben", so darf ich darauf aufmerksam machen, daß ich in meinem Schreiben diese Wirkung gewissen, im Umlauf befindlichen Erzählungen zugeschrieben habe, die ich in Wahrnehmung meiner dienstlichen Pflichten als unwahr bekämpft habe, und zu deren Widerlegung ich die mir leider nicht gewährte Mitwirkung Euer Exzellenz erbeten hatte.

In größter Hochachtung

Euer Exzellenz ergebenster

gez. Wahnschaffe."

Am Rande dieses Schreibens befindet sich folgender Aktenvermerk: „Von einer Antwort ist abgesehen worden, da die Angelegenheit inzwischen durch mündliche Besprechung des Herrn Reichskanzlers mit Exz. Wahnschaffe erledigt ist. Dem Herrn Reichskanzler war durch Herrn v. Harbou der gesamte Schriftwechsel zwischen Exz. Ludendorff und Exz. Wahnschaffe unterbreitet. Exz. Michaelis teilte dabei mit, daß er Exz. Wahnschaffe auf das Unzulässige seiner Schreiben bereits hingewiesen habe. gez. Bauer. 3.8."

Dieser Aktenvermerk bestätigt den vollen Sieg der Obersten Heeresleitung. Der neue Reichskanzler selbst stellte sich auf die Seite der Obersten Heeresleitung und erklärte das Verhalten des Unterstaatssekretärs in der Reichskanzlei als „unzulässig".

III

Versuche der dritten Obersten Heeresleitung, Reichsleitung und Oberste Heeresleitung zu einigen

Nachdem es der Obersten Heeresleitung gelungen war, den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg von seinem Platze zu verdrängen, weil sie ihn für ungeeignet hielt, hat sie sich sofort tatkräftig dafür eingesetzt, nunmehr ein möglichst enges Zusammenwirken zwischen Reichsleitung und militärischer Führung zu erreichen. Sie suchte aus Eigenem zu improvisieren, was eigentlich die Sache des Monarchen gewesen wäre, dem die oberste Verantwortung zufiel.

Am 10. August 1917 sandte der Chef des Generalstabes (II Nr. 61 732) eine Denkschrift an den Reichskanzler Michaelis, die in ihren Darlegungen für die Verantwortungsfrage so wichtig ist, daß sie hier in ganzem Wortlaute folgen muß:

„Chef des Generalstabes des Feldheeres.
II Nr. 61 732.
Großes Hauptquartier, im August 1917.

Denkschrift.

„Wie Heer und Flotte im Kriege zusammenstehen müssen, so müssen auch Reichsleitung und Oberste Heeresleitung unbedingt gemeinsame Wege gehen. Leider war dies bisher nicht der Fall. Ich will die Tatsachen aufführen, die mich mehr und mehr gezwungen haben, gegen die Reichsleitung Stellung zu nehmen oder auf ihre Maßnahmen einen gewissen Druck auszuüben. Ich beschränke mich dabei auf eine Zusammenstellung in Gruppen von Vorgängen.

1. Vornahme wichtiger außenpolitischer Schritte ohne genügendes Einvernehmen mit Oberster Heeresleitung, obwohl das militärische Interesse an diesen Schritten bedeutend war: Schwäche gegen Neutrale hinsichtlich Ein- und Ausfuhr, eigenmächtige Behandlung von militärisch wichtigen Fragen, zum Beispiel hinsichtlich Lieferung von Kohle an Neutrale, obwohl Kohle als Kriegsmaterial anzusehen ist.
2. Die schwankende Haltung und der passive Widerstand beim rücksichtslosen U-Boot-Kriege. Dieses Schwanken hat uns gegenüber den Neutralen und den Vereinigten Staaten sehr geschadet.
3. Abwälzung der Verantwortung bei Mißgriffen (Polenfrage, zwangsweise Heranführung belgischer Arbeiter) auf Oberste Heeresleitung, die in der Öffentlichkeit zeitweise allgemein als Schuldige in diesen Fragen angesehen wurde. Da diese Ausstreuungen nur aus unterrichteten Kreisen stammen können und von hier gewiß nicht ausgingen, so müssen sie von Unterorganen der Regierung verbreitet sein.
4. Zu spätes und zu wenig tatkräftiges Eingreifen bei inneren Schäden zum Beispiel auf dem Gebiet der
   a) Ernährungspolitik,
   b) Vorsorge für Hebung der Produkte (Kraftfutter, Stickstoff, Strohaufschließung),
   c) Transportkrise,
   d) Kohlenlage.
5. Ungenügende Ausnutzung unserer Volkskraft. Auf Drängen der Obersten Heeresleitung endlich Einbringung des Hilfsdienstgesetzes, das jedoch durch Nachgiebigkeit dem Reichstag gegenüber zu einem außerordentlich schädlichen Gesetze wurde.
6. Versagen jeder Aufklärung im Volk. Fehlen einer zielbewußten Leitung im Innern. Der schwerste Vorwurf! Folgen unübersehbar:

a) Demoralisation (Wucher, Genußsucht, Verwirrung der Begriffe von Recht und Pflicht),
b) Pessimismus,
c) Verkommen in Alltagssorgen und Fehlen jeden Verständnisses für Größe und Ernst der Zeit,
d) Pflichtvergessenheit (Streiks),
e) Politische Forderungen, (die an sich nur auf dem Versagen der bisherigen leitenden Persönlichkeiten beruhen, aber sicher nicht geeignet sind, grundsätzlich zu bessern),
f) Schädigung des Ansehens der Monarchie (Abschließung des Kaisers, überragender Einfluß des Kabinetts, Drängenlassen zu Entschließungen usw.),
g) Laufenlassen der Presse. Einflußnahme nur auf einige Leitblätter übelster Art.

„Insgesamt hatten alle diese Umstände mir die Überzeugung beigebracht, daß wir trotz militärischer Erfolge unfehlbar dem Abgrund zugingen, und deshalb mußte ich pflichtgemäß bei Seiner Majestät gegen Herrn v. Bethmann Hollweg auftreten. Ich habe lange gezögert, da ein derartiges Heraustreten aus meinem Wirkungskreis gegen eine einzelne Person mich schwere innere Kämpfe gekostet hat. —

Daß ich es unangenehm empfunden habe, in Fragen, die mich berührten, ausgeschaltet zu werden, oder in solchen, an denen ich unschuldig war, als schuldig hingestellt zu werden, ist auch im Interesse der Sache wohl erklärlich. Daß umgekehrt die Reichsleitung meine vielfachen Anregungen, zum Beispiel in Ernährungsfragen, Kohlenfragen, Produktionssteigerung usw., als Eingriffe in ihr Ressort empfand, verstehe ich. Aber erstens war es nötig, denn es geschah sonst eben nichts oder nichts Ausreichendes. Zweitens aber war das militärische Interesse bei allen diesen Dingen doch zweifellos vorhanden. Die Ansicht, daß Politik und Heerführung sich trennen lassen, war schon immer falsch. Sie ist grundverkehrt in einem Kriege, an dem das ganze Volk mitarbeitet. Ich hätte also nur dann schweigen können, wenn die Reichsleitung von sich aus alles Nötige getan hätte. Der Vorwurf, der, wie mir gesagt ist, gegen mich erhoben ist, daß ich ganz allgemein eine Abhängigkeit der Reichsleitung von der Obersten Heeresleitung erstrebe, ist sinnlos. Ich wäre der erste gewesen, der mit einer zielbewußten Reichsleitung zusammengegangen wäre. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß, falls E. E. den einen oder anderen der oben erwähnten Punkte nachprüfen wollen, E. E. Vertreter jederzeit Einsicht in die hiesigen Akten erhalten kann. Sofern es E. E. nötig erscheint, bitte ich sogar darum, alle diese Punkte restlos klarzustellen. Dies kann nur das gegenseitige Vertrauen stärken."

„Nachdem nun E. E. die Reichsleitung übernommen haben, betone ich nochmals, daß, wie Heer und Volk zusammengehören, so auch die beiden leitenden Stellen eng zusammenarbeiten und Vertrauen zueinander haben müssen. Wie dies Bestreben bei mir herrscht, so setze ich es auch bei E. E. voraus. Es ist aber auch nötig, daß die unterstellten Organe beiderseits in gleichem Sinne arbeiten. Für besonders wünschenswert halte ich öftere mündliche Aussprache, sowohl zwischen E. E. und mir, wie zwischen unseren Untergebenen.

Eine Regelung folgender Fragen, über welche E. E. die Entscheidung haben, an denen aber auch ich ein militärisches Interesse habe, halte ich für besonders dringlich:

1. Maßnahmen zur Leitung der Presse.
2. Aufklärungstätigkeit im Volk (Schule, Geistlichkeit, Abgeordnete aus der Front).
3. Sicherstellung der Stetigkeit in der Kriegsindustrie. Erfassung aller Arbeitskräfte und Ersatz der Wehrfähigen in den Fabriken (Änderung und Erweiterung des Hilfsdienstgesetzes. Maßnahmen gegen Streiks).
4. Sicherung der Kohlenversorgung für Volk, Heer und Rüstungsindustrie (Erhöhung der Förderung, Transportfrage, Einteilung der Kohlen auf die verschiedenen Verbrauchszweige).
5. Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung für Heer und Volk[29]).

gez. v. H. 10. 8. 17."

Aus dieser Denkschrift ist äußerst bemerkenswert, daß die Oberste Heeresleitung gleich nach der Ernennung des Reichskanzlers Michaelis von sich aus den Versuch gemacht hat, ein möglichst nahes Verhältnis zur obersten Reichsleitung anzubahnen. Sie bekennt sich dazu, gegen die Reichsleitung Stellung genommen oder auf ihre Maßnahmen einen gewissen Druck ausgeübt zu haben. Aber sie fühlte sich zu diesen Schritten durch die Entwicklung der Gesamtlage gezwungen. Deutlich betont der Generalfeldmarschall, er sei der Überzeugung gewesen, daß wir trotz aller militärischen Erfolge unfehlbar dem Abgrunde zugingen. Aus diesem Grunde habe er pflichtmäßig beim Kaiser gegen den Kanzler auftreten müssen. Lange habe er gezögert, da ihn ein derartiges Heraustreten aus seinem Pflichtenkreise gegen eine einzelne Person schwere innere Kämpfe gekostet habe. Er belegt sodann im einzelnen, daß er in den verschiedensten Dingen, in der Ernährungs- und Kohlenfrage sowie im Interesse einer gesteigerten Produktion seinen Einfluß habe zur Geltung bringen müssen, und gibt auch zu, daß die Reichsleitung

[29]) Das Schreiben trägt den Aktenvermerk „Reinschrift an den Reichskanzler. Mit zwei Durchschlägen. Geschr. Osterwald. Ab. VIII. 17." (Ohne Tagesdatum.)

seine vielfachen Anregungen als Eingriffe in ihr Ressort habe empfinden können. Aber es sei doch nötig gewesen, so zu handeln, denn sonst sei nichts oder jedenfalls nichts Ausreichendes geschehen. Zweifellos bestand an allen diesen Dingen ein erhebliches militärisches Interesse. Der Generalfeldmarschall hätte also nur dann schweigen können, wenn die Reichsleitung von sich aus alles Nötige getan hätte. Nachdrücklich setzt er sich gegen den Vorwurf zur Wehr, daß er „ganz allgemein eine Abhängigkeit der Reichsleitung von der Obersten Heeresleitung anstrebe". Er wäre der erste gewesen, der mit einer zielbewußten Reichsleitung gern zusammengegangen wäre.

Die Denkschrift macht auch den ehrlichen Versuch, der nunmehrigen Reichsleitung das Gefühl zu nehmen, als wenn sie etwa eine Beauftragte der Obersten Heeresleitung darstellen sollte. Daher das Anerbieten, der Reichskanzler Michaelis möge, falls ihm das erwünscht erscheine, die Vorgänge durch Vertreter seines Dienstbereichs nachprüfen lassen. Auch der Vorschlag, daß hinfort öfters mündliche Aussprachen sowohl zwischen Michaelis und der Obersten Heeresleitung, wie auch zwischen den beiderseitigen Untergebenen stattfinden möchten, beweist die Aufrichtigkeit des Wunsches der Obersten Heeresleitung, nunmehr zu einer möglichst wirkungsvollen Zusammenfassung der obersten Leitung zu gelangen. Mit breiter ethischer Betonung arbeitet der Feldmarschall diesen Gesichtspunkt in seiner Denkschrift heraus, wenn er sagt, daß, „wie Heer und Volk zusammengehören, so auch die beiden leitenden Stellen eng zusammenarbeiten und Vertrauen zueinander haben müssen. Wie dies Bestreben bei mir herrscht, so setze ich es auch bei Euer Exzellenz voraus."

Wenn die Grundabsicht dieser Denkschrift der Obersten Heeresleitung vollste Zustimmung verdient, so darf doch nicht übersehen werden, daß viele von den Vorwürfen, die hier gegen die oberste Reichsleitung erhoben worden sind, nicht als abschließende Urteile genommen werden dürfen. Aus der ganzen Denkschrift, die unverkennbar die Merkmale der Bearbeitung in der Abteilung des Obersten Bauer (II op.) trägt, geht hervor, daß die politische Leitung für viele Maßnahmen ohne weiteres verantwortlich gemacht wird, die sie entweder getroffen hat, um die Zahl unserer Gegner nicht noch zu vermehren — so z. B. wenn ihr Schwäche gegen die Neutralen und Schwanken im U-Boot-Krieg vorgeworfen wird — oder um Wünschen der Obersten Heeresleitung entgegenzukommen, so z. B. in der Polenfrage und bei der Abschiebung der belgischen Arbeiter. Das Maß der Verantwortlichkeit an den von der Denkschrift zugegebenen „Mißgriffen" festzustellen, gehört nicht in den Rahmen dieses Gutachtens. Sicherlich kann die politische Leitung nicht, wie es hier geschieht, **allein** dafür verantwortlich gemacht werden.

Was über die inneren Schäden, das Fehlen einer starken Leitung, das Überwuchern von Alltagssorgen bei der Bevölkerung gesagt wird, ergab sich zum Teil zwangsläufig aus dem Wesen eines so gewaltigen, durch die Aushungerung verschärften Weltkrieges. Wenn schließlich auch von einer Schädigung des Ansehens der Monarchie, von einer Abschließung des Kaisers und einem überragenden Einfluß des Kabinetts gesprochen wird, so rührt die Denkschrift hier an den wundesten Punkt unserer Organisation. Ebensowenig wie die militärische war die oberste Reichsleitung in der Lage, die aus der Eigenart des Monarchen sich ergebenden Schwierigkeiten zu bannen.

Aus der ganzen Denkschrift spricht die militärische Anschauung, daß es nur der Erkenntnis der Mängel und ihrer klaren Aufzeigung bedürfe, um sie nun auch beseitigen zu können. Die unzähligen Friktionen, die sich allen zur Besserung bestimmten Maßnahmen bei ihrer praktischen Ausführung in einem unter schwerstem Druck stehenden Millionenvolke entgegenstellen mußten, sind unterschätzt. Sie im Verordnungswege beseitigen zu wollen, entspricht durchaus der militärischen Denkweise, für die es Hindernisse in der praktischen Ausführung nicht gibt. In der Sprache des Heeres galt das Wort: „Was befohlen ist, wird gemacht!“ Hindernisse waren nur dazu da, um überwunden zu werden. Gewiß ein idealer Erziehungsgrundsatz, solange man sich dessen bewußt bleibt, daß im Kriege die Dinge häufig stärker sind als der Mensch. Gefährlich war an diesen Gedankengängen nur, daß sie, wie es tatsächlich gegenüber den Nachfolgern des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg geschehen ist, die Männer des militärischen Denkens mit einer immer noch zunehmenden Geringschätzung gegen die Betätigung der Politiker überhaupt erfüllt haben. Auch darf nicht außer acht gelassen werden, daß bei diesem Versuche der Obersten Heeresleitung, eine tatkräftige oberste Leitung im Kriege — sozusagen ohne Beteiligung des Monarchen — zu improvisieren, die Oberste Heeresleitung von vornherein als richtunggebend erschien. Der obersten Reichsleitung blieb nur die Ausführung der ihr gemachten Vorschläge. Fast konnte sie damals schon als eine Beauftragte der Obersten Heeresleitung erscheinen.

Wir erkennen aus diesen Vorgängen, wie sehr sich zu dieser Zeit schon der Idealzustand monarchistischer, zugleich politischer und militärischer Leitung zum Nachteil gewandelt hatte. Da die Führung von der obersten Stelle ausblieb, bemühte sich die Oberste Heeresleitung um die Schaffung einer solchen von sich aus durch freie Vereinbarung mit der politischen Leitung. Der Kaiser, der die oberste Spitze bilden sollte, erscheint nur im Hintergrunde, indem festgestellt wird, daß er sich in einer Abschließung befinde und dem Kabinett überragenden Einfluß eingeräumt habe.

Den Männern der Obersten Heeresleitung war es bei ihrer Absicht, ein vertrauensvolles Zusammenwirken mit der politischen Leitung zu erreichen, sicherlich bitter ernst. Als Beleg dafür möchte ich nur ein am 10. September 1917 an den Reichskanzler und die beteiligten militärischen Stellen gerichtetes Schreiben über die sehr dringend gewordene Ersatz- und Arbeiterfrage anführen.

Der Entwurf selbst ist als Anlage 2 beigefügt. Aus seinem Inhalte müssen indes noch einige Punkte hervorgehoben werden, da sie für die Beurteilung der uns interessierenden Entwicklung von Bedeutung sind.

Das Schreiben vom 10. September geht von der Tatsache aus, daß über die Ersatz- und Arbeiterfrage zwischen dem Reichskanzler, dem Kriegsminister bzw. den von diesen entsandten Offizieren im Großen Hauptquartier Besprechungen stattgefunden hätten. Unsere Gegner machten die verzweifeltesten Anstrengungen, den Sieg an sich zu reißen. Ihnen stehe ein an sich zahlenmäßig weit überlegenes Menschenmaterial zur Verfügung, das durch das Eintreten Amerikas noch vermehrt werde, selbst wenn man dessen Leistungen nicht überschätzen dürfe. Ähnlich stehe es mit dem Kriegsgerät, insbesondere der Munition. Die Industrie der ganzen Welt kämpfe gegen uns, und die Kraftentfaltung der feindlichen Artillerie sei der unsrigen überlegen. Der U-Boot-Krieg werde zweifellos Entlastung bringen, aber noch lasse sich der Zeitpunkt nicht bestimmen, zu dem er eine entscheidende Schwächung bei unseren Gegnern hervorrufen werde. Sicher sei ein Versuch unserer Gegner, noch vor diesem Zeitpunkte durch eine militärische Entscheidung den Krieg zu ihren Gunsten zu beenden. Demgegenüber bleibe es aber nach wie vor möglich, uns siegreich zu behaupten, wenn der Ersatz des Heeres sichergestellt sei, unsere Rüstungsindustrie das Möglichste leiste, und der entschlossene Wille, den Krieg bis zur Erreichung eines unsere Zukunft sichernden Friedens fortzusetzen, sich allgemein durchsetze und trotz der im Winter fraglos auftretenden Schwierigkeiten und Entbehrungen anhalte.

Auf allen diesen Gebieten macht der Chef des Generalstabes des Feldheeres in seinem Schreiben grundlegende Vorschläge, auf die an dieser Stelle näher einzugehen sich erübrigt. Hier kommt es nur darauf an, festzustellen, daß es der Obersten Heeresleitung ernstlich darum zu tun gewesen ist, ihr für notwendig erachtetes Zusammenwirken mit der politischen Leitung zu verwirklichen. Dafür spricht insbesondere der Schluß des Schreibens: „Es ist nicht meines Amtes, weitere Vorschläge zu machen, was auf Grund der vorstehend niedergelegten Besprechungen in die Praxis umgesetzt werden kann. Das aber muß ich pflichtgemäß betonen: Die Lage muß sich kritisch gestalten, wenn wir nicht tatkräftig und sofort handeln. Handeln wir in diesem Sinne, so wird

auch das Heer den Krieg zum guten Ende führen. Für alle an den vorstehend behandelten Fragen verantwortlichen Stellen besteht also eine ungeheure Verantwortung. Insbesondere darf namentlich dem Reichstag, den Gewerkschaften usw. kein Zweifel darüber gelassen werden, daß auch s i e durch Zaudern oder Ablehnen die schwerste Schuld auf sich laden. Daß, nachdem Monate ungenützt verstrichen, schnelles Handeln geboten ist, bedarf keines Hinweises."

An gutem Willen zum Zusammenarbeiten mit der Reichsleitung hat es den Männern der Obersten Heeresleitung zu dieser Zeit also nicht gefehlt, wobei sie freilich die tatsächliche Führung übernahmen. Aber nur sie allein waren in der Lage zu übersehen, was zu geschehen hatte. Ob es freilich zu leisten war, das war eine andere Frage.

In wie hohem Maße aber zivile Behörden damals die Männer der Obersten Heeresleitung in Anspruch genommen haben, dafür ist ein Schreiben des Ministers des Innern Drews vom 11. September 1917 an den General Ludendorff ein schlagender Beweis. Der Minister des Innern beabsichtigte mit diesem Schreiben, Ludendorff dazu zu veranlassen, daß er Erzberger empfangen möge, da der General und vielleicht er allein bedeutsamen Einfluß auf diesen Abgeordneten besitze. Der Wunsch des Ministers ging dahin, Ludendorf möge Erzberger dahin beeinflussen, daß die Zentrumspartei sich von der damals „recht innigen Bindung an die Linke" wenigstens in der Friedensfrage freimache. Erzberger selber hatte gegenüber einem Herrn des Ministeriums des Innern den Wunsch geäußert, von Ludendorff empfangen zu werden, um sich mit ihm aussprechen zu können. Für den Fall, daß Ludendorff den Zentrumsführer nicht empfangen würde, fürchtete der Minister, daß Erzberger und mit ihm die Zentrumspartei nur noch weiter in die gegenwärtige Mehrheitskombination hineingetrieben werden könnten. Daraus würde sich sodann eine Verschärfung der an sich schon schweren Lage ergeben. Eindringlich hebt der Minister hervor, daß das Vertrauensverhältnis, das sich seit Berufung des Feldmarschalls zwischen dem Volke und der Heeresleitung durch ständige persönliche Fühlung zwischen den populären Männern des öffentlichen Lebens und Ludendorff herausgebildet habe, im Grunde Deutschlands bester innerpolitischer Aktivposten sei. Der Minister empfindet sehr wohl, daß er den General mit seinem Ersuchen in die Politik hineinzieht. Aber er begründet seine Handlungsweise in einer Art, die für unser heutiges Urteil von Bedeutung ist. „Es ist eine Anregung rein politischer Art," schreibt er, „mit der ich an Euer Exzellenz herantrete, und die im Sinne des Kompetenzformalismus an sich der Obersten Heeresleitung ja nicht nahegebracht werden sollte. Aber dieser Krieg hat die Front und die Heimat so eng ineinander verstrickt, wirkt nicht nur mit den auswärtig-politischen, sondern ebenso mit den innerpolitischen Ereig-

nissen so unmittelbar auf die Kriegführung ein, legt auf der anderen Seite die letzten Entscheidungen über die gesamtpolitischen Probleme mit ihrer Abhängigkeit vom kriegerischen Erfolge so sehr in die Hand der Heeresführung, daß ich mich für verpflichtet halte, mich an Sie zu wenden." Hiermit ist deutlich ausgesprochen, daß ein maßgebender Staatsmann damals von sich aus die politische Mitwirkung der Obersten Heeresleitung, in vollem Bewußtsein der Kompetenzbedenken, dennoch mit eindringlichster Begründung gefordert hat. Als Stimmungsmoment für die Beurteilung der Verantwortungsfrage darf diese Tatsache nicht außer Betracht bleiben [30]).

Es ist also unbestreitbar, daß gegen Ende des Jahres 1917 sich ein erhebliches Übergewicht der Obersten Heeresleitung allmählich und unter Beteiligung nicht nur des größten Teiles der Bevölkerung, sondern sogar hoher amtlicher Zivilstellen herausgebildet hatte. Daher entsprach es auch dem Volksempfinden, wenn der Kaiser am 18. Dezember 1917 bei der grundlegenden Besprechung in Kreuznach eine Mitwirkung der Obersten Heeresleitung bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk anordnete. Bei den Verhandlungen selbst sollte es sich alsbald ergeben, daß bei diesem ersten ernsthaften Versuche des Zusammenwirkens grundlegende Meinungsverschiedenheiten über die zu erreichenden Ziele bestanden. Sie führten die Männer der Obersten Heeresleitung in eine scharfe Kampfstellung zur politischen Leitung des Reiches und eröffneten damit die letzte Phase des Völkerringens in einer für die deutsche Sache verhängnisvollen Gegensätzlichkeit der obersten Gewalten.

IV

Die Verhandlungen von Brest-Litowsk

Über die Beteiligung der militärischen Führer an Friedensverhandlungen hat sich Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen" wie folgt geäußert: „Zu beurteilen, wann der richtige Moment eingetreten sei, den Übergang vom Kriege zum Frieden einzuleiten, dazu sind Kenntnisse der europäischen Lage erforderlich, die dem Militär nicht geläufig zu sein brauchen, Informationen, die ihm nicht zugänglich sein können. Die Verhandlungen in Nikolsburg 1866 beweisen, daß die Frage von Krieg und Frieden auch im Kriege stets zur Kompetenz des verantwortlichen politischen Ministers gehört und nicht von der technischen Armeeleitung entschieden werden kann; der kompetente Minister aber kann dem Könige nur dann sachkundigen Rat erteilen, wenn er Kenntnis von der jeweiligen Lage und den Intentionen der Kriegführung hat [31])."

[30]) Erzbergers Empfang durch den General Ludendorff hat nach einer Aktennotiz am 11. 9. in Berlin stattgefunden. (Akten des Reichsarchivs.)

[31]) „Gedanken und Erinnerungen". Band II. Seite 96/97.

Mit dem Augenblick, wo während des Weltkrieges zum ersten Male Friedensbesprechungen größeren Umfanges stattfanden, gewann die Zuständigkeitsfrage einschneidende Bedeutung. Von den im Osten zu erreichenden Friedensergebnissen hing es ab, ob und in welchem Maße eine Beteiligung noch im Osten stehender Streitkräfte an der geplanten Westoffensive in Frage kommen konnte. Sogar der Zeitpunkt des Operationsbeginns im Westen war von dem östlichen Friedensschlusse abhängig, da sich erst aus dessen Festsetzungen ergab, in welchem Maßstabe, von welchen Stellen der weitgedehnten Front und wann Truppen fortgenommen werden konnten, die dann erst mit Bahntransporten auf den westlichen Kriegsschauplatz überführt werden mußten.

Je enger also hier politische und militärische Maßnahmen sich berührten, um so dringender erforderlich war ein zeitlich ununterbrochenes, sachlich vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen der politischen und der militärischen Leitung. Es entsprach daher an sich durchaus der Lage, daß der Kaiser bei den grundlegenden Besprechungen in Kreuznach am 18. Dezember 1917, in denen auch über den Umfang des sogenannten polnischen Schutzstreifens verhandelt wurde, eine Mitwirkung der Obersten Heeresleitung an den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk anordnete.

Über die weitere Entwicklung der Dinge sind verschiedene Versionen verbreitet, auf die näher einzugehen hier nicht erforderlich ist. Für die Klarstellung der Verantwortlichkeit ist es belanglos, welche Wirkungen die Erklärung des Grafen Czernin vom 25. Dezember 1917, die einen „russischen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigung" forderte, ausgelöst hat, und wie im einzelnen die viel erörterte, auch von Nowak in seinem Buche „Der Sturz der Mittelmächte[32])" ausführlich geschilderte Besprechung im Schlosse Bellevue in Berlin am 2. Januar 1918 verlaufen ist. In dieser Besprechung wies General Ludendorff darauf hin, „daß in Rücksicht auf einen Schlag im Westen ein baldiger Frieden im Osten erforderlich sei; nur wenn dieser in greifbare Nähe gerückt wäre, könne der Abtransport, wie nötig, erfolgen. Aus militärischen Gründen müsse jedem Verschleppungsversuch entgegengetreten werden. Wir wären stark genug, ihn zu verhindern. Besondere Weisungen erhielt Staatssekretär v. Kühlmann nach dieser Richtung hin jedoch nicht.

„Darauf wurde wieder einmal der polnische Grenzstreifen behandelt. Graf Czernin hatte seine Anwesenheit in Brest benutzt, um von Staatssekretär v. Kühlmann eine Verschmälerung des Grenzstreifens gegen den Beschluß vom 18. Dezember zu erreichen. Dieser muß wohl hierauf eingegangen sein und hatte auch die Zustimmung des Generals Hoffmann gefunden, der daraufhin zum Vortrage bei

---

[32]) Verlag Georg D. W. Callwey, München 1921.

Seiner Majestät dem Kaiser befohlen war. Unter Berufung auf General Hoffmann schloß sich Seine Majestät der Ansicht des Staatssekretärs v. Kühlmann an. Der Kaiser hatte naturgemäß die Entscheidung. Die Begründung schmerzte mich indes; ich hatte geglaubt, daß der Generalfeldmarschall und ich die verantwortlichen militärischen Berater Seiner Majestät wären, auch sah ich in der starken Verschmälerung eine Gefahr für die Provinzen Ost- und Westpreußen. Ich hielt es für meine Pflicht, nochmals meinen Standpunkt zu betonen, und gewann dabei das Gefühl, daß ich das Mißfallen des Kaisers erregt habe[33])."

Ludendorff schildert dann weiter, wie aus den dargelegten Empfindungen seine Überzeugung erwuchs, er besitze nicht mehr das Vertrauen des Kaisers, wie aber Hindenburg ihm abriet, auf seinen Rücktritt abzielende Schritte zu unternehmen. Die Tatsache, daß Ludendorff seinen Rücktritt in Erwägung gezogen und hierüber mit dem Chef des Militärkabinetts, General v. Lyncker, gesprochen hatte, war aber bereits durchgesickert und in Berlin bekannt geworden, wo man sie mit den Brester Verhandlungen in unmittelbaren Zusammenhang brachte. Ludendorff lehnt diesen Zusammenhang ab und betont ausdrücklich, daß ihm lediglich die persönliche Stellungnahme des Kaisers gegen ihn „unerträglich und mit seinem Selbstgefühl unvereinbar" erschienen sei.

Der weitere Gang der Dinge geht mit voller Klarheit aus den in der Anlage mitgeteilten Schriftstücken hervor. Am gleichen 7. Januar 1918 richtete aus Berlin der Reichskanzler Graf Hertling ein auf Beruhigung der Männer der Obersten Heeresleitung abzielendes Schreiben an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg (Anlage 3), und der Generalfeldmarschall eine ausführliche Denkschrift an den Kaiser (Anlage 1). Beide Schriftstücke vom 7. Januar beschäftigen sich mit der Kompetenz der obersten Gewalten und verdienen für die Beurteilung der Verantwortlichkeitsfrage genaue Beachtung.

Das Schreiben des Reichskanzlers Grafen Hertling an den Feldmarschall v. Hindenburg ist durchaus auf den Ton der Beruhigung gestimmt. Graf Hertling teilt mit, daß er den Staatssekretär v. Kühlmann sogleich angewiesen habe, mit dem Grafen Czernin über die Frage der polnischen Grenze einstweilen nicht zu sprechen. Die vom Kaiser am 2. Januar 1918 im Anschlusse an einen Vortrag des Generals Hoffmann gegebene Lösung sei nach seiner (Hertlings) Überzeugung keine endgültige. Unter diesen Umständen könne man auch nicht davon sprechen, daß die Oberste Heeresleitung vor eine vollendete Tatsache gestellt worden sei. Damit entfalle für Ludendorff die Veranlassung, seinen Rücktritt in Erwägung zu ziehen.

---

[33]) Erich Ludendorff, „Meine Kriegserinnerungen 1914—1918". S. 438/439.

„Wie tief ein solcher Entschluß auf die Stimmung des Volkes einwirken würde, zeigt sich darin, daß schon die bedauerlicherweise in der Öffentlichkeit verbreiteten Gerüchte in allen vaterländisch gesinnten Kreisen die größte Erregung hervorgerufen haben. Ich verstehe dies Gefühl und gebe mich der festen Hoffnung hin, daß im Interesse des glücklichen Ausganges des Krieges ein befriedigender Ausweg aus den entstandenen Schwierigkeiten sich wird finden lassen. . . . Ich möchte aber auch dringend bitten, das Mißtrauen gegen unsere dortigen Unterhändler zurückzustellen. Herr v. Kühlmann hat die Verhandlungen in steter Fühlung mit mir und nach meiner Überzeugung mit bestem Erfolge geleitet."

Dieser Satz läßt bereits erkennen, wie schwierig es für die Männer der politischen Leitung damals geworden war, sich gegenüber der Obersten Heeresleitung zu behaupten. Hertling suchte zu lavieren und die dringend notwendige Übereinstimmung politischen und militärischen Denkens herbeizuführen. Das schien um so wichtiger, als auch er keine Veranlassung sah, an den Erfolgen der in Vorbereitung befindlichen Westoffensive zu zweifeln. Mit dem Ausdrucke des Vertrauens auf den Sieg schließt er daher auch sein Schreiben vom 7. Januar: „Wenn also mit Gottes gnädiger Hilfe die in Aussicht genommene neue Offensive unter Euer Exzellenz bewährter Führung, gestützt auf den Heldenmut und den Siegeswillen unserer Soldaten, zu dem erhofften durchschlagenden Erfolge führen wird, so sind wir in der Lage, für einen mit den Westmächten zu schließenden Frieden diejenigen Bedingungen zu stellen, welche von der Sicherung unserer Grenzen, unserer wirtschaftlichen Interessen und unserer internationalen Stellung nach dem Kriege gefordert werden. Ich hoffe, daß es gelingen wird, hiervon auch den Reichstag, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, zu überzeugen. An Bemühungen nach dieser Richtung wird es nicht fehlen."

Auf einen wesentlich schärferen Ton ist das am 7. Januar 1918 vom Generalfeldmarschall v. Hindenburg an den Kaiser gerichtete Schreiben (Anlage 1) gestimmt. Es ist offenbar vom General Ludendorff oder nach seinen Weisungen entworfen und findet sich in den von Ludendorff herausgegebenen „Urkunden der Obersten Heeresleitung[34])", wo es aber in wichtigen Einzelheiten einen ganz anderen Wortlaut hat, also wahrscheinlich nach dem ursprünglichen Entwurfe Ludendorffs abgedruckt ist. Daher ist es erforderlich, das ganze Schriftstück noch einmal in der endgültigen Form zum Abdruck zu bringen, in der es dem Kaiser vorgelegt worden ist.

Die einleitenden Sätze der Denkschrift betonen zunächst, daß die verantwortliche Mitwirkung Hindenburgs und Ludendorffs an den Friedensverhandlungen einem Kaiserlichen Befehle entspreche. „Euer

[34]) Seite 452 ff.

Majestät haben uns damit das Recht und die Pflicht übertragen, darüber mitzuwachen, daß das Ergebnis des Friedens den Opfern und Leistungen des deutschen Volkes und Heeres entspricht, und der Frieden uns materiell so kräftigt und uns so starke Grenzen bringt, daß unsere Gegner nicht so bald einen neuen Krieg zu entfesseln wagen werden."

Von dieser Feststellung ausgehend, äußert nun der Feldmarschall schwere Bedenken hinsichtlich der Einsicht und Tatkraft der politischen Leitung. Es scheine zweifelhaft, daß gesicherte Grenzen erreicht würden, und das beunruhige ihn, den Feldmarschall, im höchsten Maße. Selbst da, wo wir unabhängig vom Feinde etwas erreichen könnten nämlich in Elsaß-Lothringen, sei noch nichts Grundlegendes geschehen, und in den Besprechungen über Belgien habe die Reichsregierung für militärische Forderungen stets nur die größte Zurückhaltung gezeigt.

Sodann wird der polnische Grenzstreifen erörtert. Der Kaiser habe die austro-polnische Lösung befohlen, und Hindenburg sowohl wie Ludendorff hätten trotz ihrer schweren Bedenken gegen diese Lösung pflichtmäßig mitgearbeitet. Jetzt habe der Kaiser in der Besprechung vom 2. Januar 1918 eine Linie festgelegt, „die unsere Forderungen stark beschränkte und die austro-polnische Lösung für mich und General Ludendorff nicht mehr annehmbar macht". Auch die Schaffung des ukrainischen Staates und die Verhältnisse in Kurland und Litauen scheinen dem Feldmarschall durch ihre Unklarheiten bedrohlich. Der Feldmarschall glaubt nicht, daß die Kriegslage Deutschland nötige, derartig ungünstige militärische Grenzverhältnisse im Osten auf sich zu nehmen.

Auch die wirtschaftlichen bisher getroffenen Abmachungen befriedigen den Feldmarschall wenig. Er bezieht sich mit seinem Urteil auf den Staatsminister Dr. Helfferich, den Staatssekretär Frhr. v. Stein und die gesamte Industrie und schiebt das bisher ungenügende politische und wirtschaftliche Ergebnis im wesentlichen auf die mangelhafte Vorbereitung der Friedensverhandlungen seitens des Auswärtigen Amtes sowie auf die Nachgiebigkeit der deutschen Diplomatie gegenüber dem verbündeten und feindlichen Auslande.

Offenbar gehe das Auswärtige Amt seine ganz eigenen Wege. Diesen Eindruck hatte der Feldmarschall aus vielen Besprechungen im Auswärtigen Amt gewonnen. Das Amt lasse ihn und den General Ludendorff „wohl reden", kümmere aber sich weiter nicht darum. In der polnischen Frage habe der Staatssekretär v. Kühlmann einseitig die Entscheidung des Kaisers eingeholt und nicht einmal den Reichskanzler verständigt. Der Kaiser aber habe das Urteil des Generals Hoffmann höher gestellt als das Hindenburgs und Ludendorffs. Hierbei wirft der Feldmarschall die Kompetenzfrage auf und betont, Hoffmann sei ihm unterstellt „und ohne eigene Verantwortung

in der polnischen Frage". Die Stellungnahme des Kaisers habe daher den Feldmarschall sowohl wie den General Ludendorff schmerzlich berührt; beweise sie doch, daß der Kaiser in einer das Leben des deutschen Vaterlandes berührenden Frage das Urteil der Generale hintansetze.

Der Feldmarschall geht nunmehr zu einer Kritik des Verhaltens der deutschen Unterhändler in Brest-Litowsk über. Die russischen Unterhändler selbst hätten den Eindruck gewonnen, daß Deutschland den Frieden ebenso brauche wie Rußland. Der gleiche Eindruck herrsche bei vielen Stellen des Heeres. Da dieses Hindenburg und Ludendorff dafür verantwortlich mache, sei das nachgiebige Verhalten der deutschen Unterhändler in Brest-Litowsk wohl geeignet, eine ungünstige Beurteilung auch der Generale der Obersten Heeresleitung hervorzurufen. Der Schützengrabenkrieg und die zerfahrenen Verhältnisse im Inneren hätten auch im Heere die Lust an der Kritik gesteigert.

Die weiteren Ausführungen in der Denkschrift des Feldmarschalls mögen hier im Wortlaute folgen, da sie — mit Ausnahme des ersten Satzes bis „beeinflussen" — in dem vom General Ludendorff herausgegebenen Urkundenbande fehlen. Sie lauten: „Ich vermag die Befürchtung nicht zu unterdrücken, daß die Art der Verhandlungen und das Ergebnis in Brest die Stimmung des Heeres ungünstig beeinflussen. Diese wird jetzt auf die größte Probe gestellt. Um uns die politische und wirtschaftliche Weltstellung zu sichern, deren wir bedürfen, müssen wir die Westmächte schlagen. Dazu haben Euer Majestät die Angriffsschlacht im Westen befohlen. Es bedeutet dies die allergrößte Anstrengung, die wir im ganzen Kriege gemacht haben; die allerschwersten Opfer werden gefordert werden. Ob wir dann den Gewinn für Deutschland im Friedensschluß erhalten, den unsre Machtstellung erfordert, und der unserer Opfer wert ist, muß ich nach den Vorgängen in Brest bezweifeln. Eine ungeheure Enttäuschung des heimkehrenden Heeres und des Volkes, das unerschwingliche Steuerlasten tragen müßte, würde die unausbleibliche Folge sein."

Diese für die Beurteilung der Abgrenzung zwischen politischer und militärischer Leitung wichtigen Ausführungen fehlen, wie schon bemerkt, in dem von Ludendorff herausgegebenen Urkundenbande. Sie erweisen zunächst in zweifelsfreier Form, daß der Kaiser sich mit dem Grundgedanken einer im Westen zu schlagenden Angriffsschlacht aus eigener Erkenntnis abgefunden hatte[35]). Er trägt dafür mithin die volle Verantwortung, und die Generale der Obersten Heeresleitung können mit Recht darauf hinweisen, daß der Kaiser die Angriffsschlacht im Westen „befohlen" habe. Ferner beweisen

[35]) Vgl. Seite 11.

die bei Ludendorff fehlenden Sätze, daß die Oberste Heeresleitung sich über die Schwere der bevorstehenden Kämpfe keinem Zweifel hingegeben hat. Es wird mit Nachdruck von der „allergrößten Anstrengung" im ganzen Kriege und von den zu fordernden „allerschwersten Opfern" gesprochen.

Dann aber schlägt die Denkschrift von diesen Feststellungen eine Brücke in die Zukunft hinein, geht von der Annahme eines siegreichen Abschlusses der westlichen Angriffsschlacht aus und stellt in Zweifel, ob die deutsche Reichsleitung und Diplomatie den der deutschen Machtstellung und den gebrachten Opfern entsprechenden Gewinn zu sichern in der Lage sein werde. Die bisherigen Vorgänge in Brest-Litowsk werden dazu benutzt, bereits auf die ungeheure Enttäuschung des deutschen Heeres und Volkes hinzuweisen, die sich aus der Unfähigkeit der politischen Leitung unweigerlich ergeben müsse.

Die Denkschrift spricht weiter von der schweren Lage, in die Hindenburg und Ludendorff dem Kaiser gegenüber gekommen seien. Diese beruhe auf der Verschiedenheit der Anschauungen des Auswärtigen Amtes und der Obersten Heeresleitung. Von der Anschauung der Obersten Heeresleitung nimmt die Denkschrift in Anspruch, daß sie nach der festen Überzeugung des Feldmarschalls zur Stärkung der Monarchie und zur erweiterten Machtstellung Deutschlands führen werde; die gegenteilige — vom Staatssekretär des Auswärtigen vertretene — könne Deutschland nur von der Höhe wieder herabführen, auf die der Kaiser und seine Vorfahren Preußen und Deutschland geleitet hätten.

Die Gegensätze zwischen politischer und militärischer Leitung werden scharf hervorgehoben. Sie träten scheinbar zurück, solange nur beraten und nicht gehandelt werde. Sowie man aber zur Tat schreite, wie jetzt in der austro-polnischen Lösung gegen Österreich oder in Brest gegen die Russen, so zeigten sich die gegensätzlichen Auffassungen in ihrer ganzen Schärfe. Das werde sich bei jeder Gelegenheit wiederholen.

Die Verhältnisse, wie sie sich allmählich entwickelt haben, schienen den Männern der Obersten Heeresleitung angesichts der schweren bevorstehenden Entscheidungen nicht mehr länger tragbar. Die Denkschrift kommt daher folgerichtig zu der Forderung einer endgültigen Klärung. Dieser Schlußteil der Denkschrift soll hier nochmals im Wortlaute wiedergegeben werden, da in dem Urkundenbande des Generals Ludendorff ein wesentlich anderer, zum Teil schärferer Wortlaut enthalten ist.

In der vom Feldmarschall v. Hindenburg unterzeichneten Denkschrift heißt es wörtlich: „Euer Majestät hohes Recht ist es, zu entscheiden. Aber Euer Majestät werden nicht befehlen — bei Ludendorff heißt es ‚verlangen' —, daß aufrichtige Männer, die Euer

Majestät und dem Vaterlande treu gedient haben, sich mit ihrer Autorität und mit ihrem Namen an Handlungen beteiligen, die sie aus innerster Überzeugung als schädlich für Krone und Reich erkannt haben. Die schwere Aufgabe, die Euer Majestät den Männern auferlegen, die die Operationen im Westen nach Euer Majestät Weisungen vorzubereiten und zu führen haben, bedingt, daß sie des uneingeschränkten persönlichen Vertrauens Euer Majestät sicher sind. Sie und das Heer müssen dabei von dem Gefühl getragen werden, daß der politische Erfolg dem militärischen Erfolge entsprechen wird[86])."

Der Schlußabsatz der Denkschrift stellt die Kabinettsfrage: „Euer Majestät bitte ich alleruntertänigst, Allerhöchst sich grundlegend zu entscheiden. Meine und des Generals Ludendorff Person dürfen bei Staatsnotwendigkeiten keine Rolle spielen. Gez. v. Hindenburg, Generalfeldmarschall."

Das heißt nichts anderes, als daß hier der Generalfeldmarschall v. Hindenburg gemeinsam mit dem Ersten Generalquartiermeister dem Monarchen als dem obersten Träger der Verantwortlichkeit die Entscheidung darüber aufzwingt, welcher Kurs nunmehr gesteuert werden soll. Die Machtfrage zwischen politischer und militärischer Leitung ist gestellt. An dem Kaiser ist es nunmehr, die endgültige Entscheidung zu treffen. Die Generale stellen ihr Amt zur Verfügung, falls der Kaiser es für nötig halten sollte, die Oberste Heeresleitung in andere Hände zu legen.

Sachlich und formell entspricht der ganze Hergang den im alten Machtstaate gebräuchlichen Formen. Die Schwere der Lage, in der sich Deutschland befand, läßt die für den Verkehr zwischen dem Monarchen als Obersten Kriegsherrn und den Generalen immerhin auffallende Schärfe der Ausdrücke erklärlich erscheinen. Der Kaiser mußte sich nunmehr fragen, ob er dem Reichskanzler und dessen außenpolitischem Berater, dem Staatssekretär v. Kühlmann, oder den Auffassungen der Obersten Heeresleitung den Vorrang geben wollte.

Aber auch der Reichskanzler Graf Hertling und der Staatssekretär des Äußeren mußten ihre endgültige Stellung wählen. Die Frage war klar und deutlich gestellt. Sie mußte beantwortet werden.

Das ist denn auch seitens der Reichskanzlei sofort in Angriff genommen worden. Der Kaiser erhielt die Denkschrift des Feld-

[86]) In dem Urkundenbande des Generals Ludendorff lautet dieser Absatz von: „Die schwere Aufgabe" . . . bis „entsprechen wird" ganz anders, nämlich: „Euer Majestät werden nicht verlangen, daß ich Euer Majestät Vorschläge zu Operationen unterbreite, die zu den schwersten der Weltgeschichte gehören, wenn sie zur Erreichung bestimmter militär-politischer Ziele nicht nötig sind." Diese Form ist wesentlich schärfer, wie sich z. B. in dem Ausdruck „verlangen" ausdrückt. Auch läßt sie den Gedanken anklingen, als wenn es vielleicht möglich wäre, auf die große Operation im Westen zu verzichten, falls nämlich bestimmte militär-politische Ziele nicht mehr angestrebt werden sollten.

marschalls am 8. Januar 1918, las sie sofort, versah den Wortlaut mit einigen Anstrichen am Rande und unter dem Text und ließ das Schreiben sodann dem Reichskanzler zugehen. Von der Reichskanzlei aus wurde sein Inhalt am 9. Januar durch Feldjäger dem Staatssekretär v. Kühlmann nach Brest-Litowsk überbracht. Kühlmann schritt sofort zur Beantwortung und sandte bereits am 11. Januar seine ausführlichen „Bemerkungen" vom 10. Januar dem Reichskanzler mit der Bitte „um streng persönliche und vertrauliche Behandlung" zu.

Kühlmanns Bemerkungen vom 10. Januar, die für die endgültige Stellungnahme des Reichskanzlers grundlegend geworden sind, müssen wir genauer kennen lernen. Sie behandeln das Gesamtproblem der obersten Leitung im Kriege.

Bemerkungen des Staatssekretärs v. Kühlmann (Brest-Litowsk, 10. Januar 1918[37])

Staatssekretär v. Kühlmann wendet sich zunächst gegen die Feststellung in der Denkschrift des Feldmarschalls v. Hindenburg vom 7. Januar 1918, daß er und General Ludendorff an den Friedensverhandlungen verantwortlich mitwirken sollten. Es sei nicht bekannt, in welcher Form und mit welcher Motivierung der Kaiser den beiden Generalen die verantwortliche Mitwirkung an den Friedensverhandlungen übertragen habe. Ihm — Kühlmann — scheine, daß der erste Absatz der Hindenburgschen Eingabe alle diejenigen Anschauungen und Gefühle enthalte, die für das ganze folgende Schriftstück und vor allem für das ganze Verhalten der Obersten Heeresleitung maßgebend seien. „Diese Anschauungen lassen sich aber mit den verfassungsmäßigen Grundlagen des politischen Lebens in Deutschland nicht vereinigen. Das politische Gebäude des Deutschen Reiches kennt nur einen verantwortlichen Minister: den Reichskanzler. In politischen Dingen muß — soll nicht unsägliche Verwirrung angerichtet werden — Seiner Majestät nur von einer verantwortlichen Stelle, dem Kanzler, maßgebend vorgetragen werden können."

Nach Kühlmanns Ansicht konnte bei der gedachten Mitwirkung der Obersten Heeresleitung an den Friedensverhandlungen nicht die Absicht vorwalten, die Oberste Heeresleitung solle „mitwachen, daß das Ergebnis des Friedens den Opfern und Leistungen des deutschen Volkes und Heeres entspricht und der Friede uns materiell so kräftigt und uns so starke Grenzen bringt, daß unsere Gegner nicht so bald einen neuen Krieg zu entfesseln wagen werden". Die hier in dieser Allgemeinheit definierten Pflichten könne, so weit sie politischer Natur seien, nur der Reichskanzler ausüben. Nach Kühlmanns Auf-

[37]) Vgl. Anlage 4, S. 130 ff.

fassung bestehe wohl nur die Absicht, die militärischen Erwägungen und Anschauungen vor und bei Fassung der entscheidenden Entschlüsse zur Geltung zu bringen. Sie würden dann bei den politischen Entschlüssen gemäß ihrer großen Bedeutung Berücksichtigung finden. Das Maß der Berücksichtigung aber könne lediglich der formal und materiell verantwortliche Kanzler im Einvernehmen mit der Krone entscheiden. „Eine der glücklichsten Wirkungen des bei uns bestehenden monarchischen Systems ist die Vereinigung der höchsten Zivil- und Militärgewalt in der Person des Monarchen, der dadurch in die Lage gesetzt ist, die letzten, für das Staatswohl ausschlaggebenden Fragen, bei denen, wie es häufig geschieht, politische und militärische Angelegenheiten eng verbunden sind, endgültig und abschließend zu entscheiden. Wird von diesen ganz grundlegenden Prinzipien in erheblichem Maße abgewichen, so gerät das ganze Staatswesen in ernste Gefahr."

Mit diesen Ausführungen stellt sich Staatssekretär v. Kühlmann im großen und ganzen auf den Boden der Anschauungen, wie sie in Preußen-Deutschland für die Definition der obersten Gewalt Geltung gewonnen hatten. Für ihn besteht nur eine formal und sachlich verantwortliche Persönlichkeit, das ist der Reichskanzler. Dabei betont Kühlmann die Tatsache, daß der Monarch „die letzten für das Staatswohl ausschlaggebenden Fragen" endgültig und abschließend entscheiden müsse. So rückt denn der Monarch, auch in der Auffassung Kühlmanns, in die Stelle der höchsten politischen und militärischen Verantwortlichkeit hinein, wobei der Tatsache nicht Erwähnung getan wird, daß der Monarch durch seine Eigenschaft als Oberster Kriegsherr zweifellos auch in allen militärischen Fragen den Ausschlag zu geben hatte und dadurch die Generale der Obersten Heeresleitung von einer eigenen Verantwortlichkeit in letztem Sinne formal und sachlich entlastete. Das muß hervorgehoben werden, da es sonst bei oberflächlicher Betrachtung der Kühlmannschen „Bemerkungen" so erscheinen könnte, als sei auch im Kriege nur eine einzige verantwortliche Persönlichkeit vorhanden, und das sei der Reichskanzler. Diese Feststellung war für die Verhältnisse des Krieges, wo der Gesamtstaat um seinen Fortbestand zu ringen hatte und innerstaatliche Verfassungsprobleme in den Hintergrund traten, nicht mehr zutreffend. Im Kriege wuchs zweifellos der Monarch gerade in der Eigenschaft als Oberster Kriegsherr in die vollste Verantwortung hinein. Er mußte die Gegensätzlichkeit politischen und militärischen Denkens in sich zu überwinden verstehen und in strittigen Fragen unbedingt den Ausschlag geben. Von dieser Verantwortung konnte ihn die verfassungsrechtlich festgesetzte oberste Verantwortlichkeit des Reichskanzlers nicht entlasten. Es war daher nur zu begreiflich, daß im Januar 1918, als die Oberste Heeresleitung die Kabinettsfrage stellte, die Kompetenz in gründlichster

Weise durch die politischen Ratgeber geprüft und festgestellt worden ist.

General Ludendorff nahm zu diesen Dingen einen mehr gefühlsmäßigen Standpunkt ein. Er spricht in seinen „Kriegserinnerungen [38])“ von der moralischen Verantwortlichkeit, die der Feldmarschall und er tief in ihren Herzen fühlten, und die ihnen niemand hätte nehmen können; auch seien sie beide in Heer und Volk tatsächlich ganz ausgesprochen für den Frieden mit verantwortlich gemacht worden. Daran aber sei die Regierung selbst schuld gewesen, die sich oft genug auf die Übereinstimmung ihrer Ansichten mit denen der Obersten Heeresleitung berufen habe. Graf Hertling sei nun sichtlich darauf ausgegangen, „sich von der vermeintlichen Bevormundung der Obersten Heeresleitung freizumachen“. Ludendorff äußert sein Erstaunen über die gelegentlich „strenge“ Art, wie Hertling dieses Ziel zu erreichen gesucht habe. Er bleibt dabei, daß neben der staatsrechtlichen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers eine stillschweigende moralische Mitverantwortlichkeit der Generale der Obersten Heeresleitung bestanden habe. „Je schärfer der Reichskanzler die Trennungslinie hierin zog, desto schwerer wurde die Verantwortlichkeit für ihn selbst.“ Von einer tatsächlichen letzten Verantwortlichkeit des Monarchen spricht Ludendorff nicht.

Wir kehren zu den Bemerkungen des Staatssekretärs v. Kühlmann vom 10. Januar 1918 zurück.

Was Kühlmann im einzelnen über die Bedeutung gesicherter Grenzen, über die Regelung der elsaß-lothringischen, belgischen und austro-polnischen Frage sagt, bietet zu allgemeineren Bemerkungen keinen Anlaß. Wichtig ist die Feststellung, daß die Regelung des polnischen Grenzstreifens eine „innige Verschmelzung politischer und militärischer Gesichtspunkte“ erforderte, so daß hier nur die Krone in letzter Instanz und endgültig entscheiden konnte. Das persönliche Interesse des Monarchen an dem Weitergehen der Verhandlungen mit Österreich war hierfür mit entscheidend.

Bei der Frage der Annexionen hebt Kühlmann scharf hervor, daß hierfür die Genehmigung des Preußischen Landtages sowie des Reichstages erforderlich sein würde. Starke bevölkerungspolitische Bedenken ließen es ihm geraten erscheinen, den Polen gegenüber höchstens ein Minimalprogramm durchzusetzen. Überzeugend führt er aus, daß ein verhältnismäßig geringfügiges Mehr oder Weniger dieser Grenzschutzstreifen für den Fall eines Zukunftskrieges nicht so wesentliche Bedeutung habe, um deshalb etwa die gesamte deutsche Politik aus ihrer Bahn zu werfen.

Den Vorwurf, daß die Oberste Heeresleitung an den Verhandlungen von Brest-Litowsk keinen genügenden Anteil zu nehmen in

[38]) Seite 440.

der Lage gewesen sei, weist Kühlmann zurück. Der älteste Mitarbeiter und Vertrauensmann des Feldmarschalls, General Hoffmann, sei ja als Vertreter der Obersten Heeresleitung bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk gewesen und habe an allen Besprechungen und Entschlüssen mitgewirkt. Den Vorwurf der mangelnden Vorbereitung der Friedensverhandlungen sowie den der Nachgiebigkeit der deutschen Diplomatie gegen das verbündete und feindliche Ausland wünscht Kühlmann durch den Reichskanzler auf das schärfste zurückgewiesen zu sehen. „Die Vorbereitungen sind seit langer Zeit und mit größter Gründlichkeit getroffen worden. Es gehört geringe Kenntnis der zeitgenössischen Geschichte dazu, um zu glauben, daß sämtliche Fragen zwischen seit vier Jahren im Kriege befindlichen Großmächten in einer fünftägigen Verhandlung restlos geordnet werden könnten."

Schließlich setzt sich der Staatssekretär nochmals persönlich und sachlich zur Wehr. Das Vorgehen der deutschen Unterhändler in Brest erfolge nach den Weisungen des Kaisers. Diese und nicht die Rücksicht auf die Stimmung in der Armee seien maßgebend. Auch könne man unmöglich jetzt schon ein Urteil darüber abgeben, welche politischen Forderungen aus dem erhofften Siege im Westen zu ziehen sein würden. Zutreffend bemerkt er bei diesem Anlasse: „Es erscheint zweckmäßig, auch hier die Entwicklung der Lage abzuwarten und bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Herrn Reichskanzler und der Obersten Heeresleitung die Entscheidung der Krone zu erbitten." Auch der Reichskanzler werde die Überzeugung haben, daß die von ihm vertretene Politik zur Stärkung der Monarchie und zur erweiterten Machtstellung Deutschlands führe, während die gegenteilige schlimme Folgen zeitigen könne. „Die Entscheidung, welcher Kurs gefahren werden soll, steht bei Seiner Majestät."

Richtig erkennt Kühlmann, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen Politikern und Militärs eigentlich selbstverständlich seien. Kein gewissenhafter und tatkräftiger Reichskanzler werde sich derartigen Meinungsverschiedenheiten entziehen können. Aber „ein Wechsel in der Person der jetzt die Oberste Heeresleitung bildenden beiden Generale würde bei der augenblicklich herrschenden Stimmung in Deutschland als großes nationales Unglück aufzufassen sein. Nach den bisherigen Erfahrungen hat eine wirklich eingehende und detaillierte Aussprache meistens die politischen Differenzpunkte auf ein sehr erträgliches Maß herabgemindert. In Zweifelsfällen müßte die Allerhöchste Entscheidung angerufen werden. Es gibt kein anderes Mittel, als diesen für den Kanzler außerordentlich mühsamen Weg auch in Zukunft weiterzugehen, da die Vermeidung schwerer innerer Krisen die wichtigste Voraussetzung für einen erfolgreichen Abschluß des gegenwärtigen Krieges bildet."

V

Die endgültige Regelung der Verantwortlichkeitsfrage

Noch ehe die Bemerkungen des Staatssekretärs v. Kühlmann nebst seinem Anschreiben vom 11. Januar 1918 beim Reichskanzler eingingen, hatte dieser ein persönliches Schreiben des Feldmarschalls v. Hindenburg vom 9. Januar 1918 erhalten[89]). Der Feldmarschall bat darin, in der Frage des polnischen Grenzstreifens eine Willensmeinung des Kaisers herbeizuführen. Mit Ernst wies er darauf hin, daß in erster Linie er selbst, nicht nur General Ludendorff allein, seinen Rücktritt in Erwägung ziehen müsse, falls die Oberste Heeresleitung vor eine Tatsache gestellt werde, aus der sie verhängnisvolle Folgen für das Vaterland befürchten müsse. „Wir beide wissen sehr wohl, daß wir mit diesem Gedanken nicht spielen und Seiner Majestät nur dann mit einer solchen Bitte nahen dürfen, wenn das Gewissen es uns gebietet."

Für die Verhandlungen in Brest-Litowsk empfiehlt der Feldmarschall, fest zu sein und den Russen gegenüber die Sprache des Siegers zu sprechen. Nur so werde es seiner Überzeugung nach gelingen, zu einem guten Frieden mit Rußland zu kommen, zu einem solchen, den das deutsche Volk verstehe, und der den Thron stütze.

Bei seinem abfälligen Urteil über die Art der bisher geführten politischen und wirtschaftlichen Verhandlungen bleibt Hindenburg stehen. Sein Schreiben klingt in zuversichtlicher Erwartung auf einen günstigen Kriegsausgang aus. „Bleiben wir, gestützt auf unsere militärische Lage, bei den Verhandlungen stark und ausdauernd, so hoffe ich mit Eurer Exzellenz, daß wir auf beiden Fronten zu einem Frieden kommen werden, der unsere Grenzen dauernd schützt und uns wirtschaftlich in die Lage versetzt, den Wettkampf mit den anderen großen Völkern von neuem aufnehmen zu können."

Dieser Brief des Feldmarschalls v. Hindenburg bildet die Antwort auf das bereits erwähnte Schreiben des Reichskanzlers an den Feldmarschall vom 7. Januar 1918 (Anlage 3), das sich mit der Denkschrift Hindenburgs vom 7. Januar 1918 (Anlage 1) gekreuzt hatte.

Die Oberste Heeresleitung legte nunmehr großen Wert darauf, die Frage der Kompetenz zwischen ihr und der politischen Leitung endgültig und unzweideutig geklärt zu sehen. Der Vertreter der Obersten Heeresleitung beim Reichskanzler, Generalmajor v. Winterfeldt, übernahm in dieser schwierigen Angelegenheit die Vermittlung und setzte sich gegenüber dem Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei v. Radowitz am 14. Januar (Anlage 6) dafür ein, daß die

---

[89]) Anlage 5, S. 134.

Denkschrift Hindenburgs vom 7. Januar 1918 unter Bezugnahme auf die einzelnen Hauptpunkte auch ihre Beantwortung finde[40]).

Die Verantwortlichkeitsfrage ist an der Hand der Denkschrift des Feldmarschalls v. Hindenburg vom 7. Januar 1918, unter Verwendung der Bemerkungen des Staatssekretärs v. Kühlmann vom 10. Januar 1918 und unter Benutzung von Ausarbeitungen des Unterstaatssekretärs v. Radowitz sowie des Staatssekretärs des Reichsschatzamts Grafen Roedern in Berlin, eingehend geprüft worden. Das Ergebnis unterbreitete der Reichskanzler Graf Hertling am 23. Januar 1918 dem Kaiser. Die ausführlichen Festsetzungen sind so wichtig, daß sie hier im vollen Wortlaute mitgeteilt werden müssen.

„Der Reichskanzler. Berlin, den 23. Januar 1918.
Rk. 205 II.

Euer Majestät haben die Gnade gehabt, mir die Denkschrift des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg vom 7. Januar d. J. zur Kenntnisnahme zu übersenden. Indem ich diese Denkschrift alleruntertänigst in die Hände Euer Majestät zurücklege, bitte ich die in der Anlage zusammengestellten Bemerkungen dazu Euer Majestät ehrfurchtsvoll unterbreiten zu dürfen.

gez. Hertling."

An des Kaisers und Königs Majestät.

„Bemerkungen zum Schreiben des Reichskanzlers vom 23. Januar 1918 über die Verantwortlichkeitsfrage[41])

„Der erste Absatz der Denkschrift behandelt die Verantwortlichkeit des Feldmarschalls v. Hindenburg und des Generals Ludendorff und die daraus hergeleitete Berechtigung und Verpflichtung, darüber zu wachen, daß das Ergebnis des Friedens den Opfern und Leistungen des deutschen Volkes und Heeres entspricht und der Friede uns materiell so kräftigt und uns so starke Grenzen bringt, daß unsere Gegner nicht so bald einen neuen Krieg zu entfesseln wagen werden. Es ist daher notwendig, auf das Wesen und den Begriff der Verantwortlichkeit hier einzugehen. Das politische Gebäude des Deutschen Reiches kennt nur einen verantwortlichen Minister: den Reichskanzler. In politischen Dingen muß — soll nicht unsägliche Verwirrung angerichtet werden — Seiner Majestät nur von einer verantwortlichen Stelle, dem Kanzler, maßgebend vorgetragen wer-

---

[40]) Schreiben des Generalmajors v. Winterfeldt vom 14. Januar 1918 an den Unterstaatssekretär v. Radowitz. Anlage 6.

[41]) Vergl. hierzu den Text der in Ludendorffs „Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18" mitgeteilten Schriftstücke, S. 452 ff.

den können. Wenn Wert darauf gelegt worden ist, daß die Heerführer bei den Friedensverhandlungen mitwirken, so ist hierfür der Gedanke maßgebend gewesen, ihnen bei den großen und entscheidenden militärischen Interessen, die bei dem Friedensschlusse im weitesten Umfang berührt werden, die Möglichkeit zu geben, die militärischen Erwägungen und Anschauungen vor und bei Fassung der entscheidenden Entschlüsse zur Geltung zu bringen. Diese Darlegungen werden bei Fassung der politischen Entschlüsse gemäß ihrer großen Bedeutung berücksichtigt werden. Das Maß der Berücksichtigung kann lediglich die Krone auf Vortrag des formal und materiell verantwortlichen Kanzlers entscheiden.

„Eine der glücklichsten Wirkungen des bei uns bestehenden monarchischen Systems ist die Vereinigung der höchsten Zivil- und Militärgewalt in der Person des Monarchen, der dadurch in die Lage gesetzt ist, die letzten, für das Staatswohl ausschlaggebenden Fragen, bei denen, wie es häufig geschieht, politische und militärische Angelegenheiten eng verbunden sind, endgültig und abschließend zu entscheiden. Wird von diesen ganz grundlegenden Prinzipien in erheblichem Maße abgewichen, so gerät das gesamte Staatswesen in ernste Gefahr.

„Die besondere Stellung, die der Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff einnehmen, bringt es mit sich, daß ihre persönlichen Anschauungen und Gedanken größeres Gewicht beanspruchen dürfen, als dies der militärischen Leitung sonst von der Reichsleitung zugestanden werden kann. Bei dem berechtigten Vertrauen, welches das Volk auf diese Männer setzt, ist es selbstverständlich, daß sie in sich die Verantwortung fühlen, diesem Vertrauen gerecht zu werden. Dieses persönliche Verantwortlichkeitsgefühl[42]) kann aber nie so weit führen, daß in politischen Fragen, die für die Zukunft des deutschen Volkes entscheidend sind, den militärischen Gesichtspunkten infolge des moralischen Gewichtes der sie vertretenden Persönlichkeiten eine so ausschlaggebende Bedeutung zugesprochen wird, daß die politischen Erwägungen dagegen ohne weiteres zurücktreten müßten. Es erscheint deshalb auch nicht vertretbar, daß der Generalfeldmarschall und General Ludendorff die Fortsetzung ihrer unentbehrlichen militärischen Arbeit unter Umständen von der Erfüllung politischer Forderungen abhängig machen, über deren Notwendigkeiten zu entscheiden verfassungsmäßig aus-

[42]) „Wie weit das persönliche Verantwortlichkeitsgefühl die beiden Generale führt, ist ihre Sache. Auch in politischen Dingen, die für die Zukunft des deutschen Volkes entscheidend sind, kann sehr wohl den militärischen Gesichtspunkten eine so ausschlaggebende Bedeutung innewohnen — wenn davon der Ausgang des Krieges abhängt —, daß die politischen Erwägungen dagegen zurücktreten müssen. Auch die Entscheidung Seiner Majestät kann die Generale vor ihrem Gewissen nicht entlasten." (In Ludendorffs „Urkunden der Obersten Heeresleitung" [S. 466] mitgeteilter Aktenvermerk der O. H. L.)

schließlich Sache der Krone und ihres staatsrechtlich verantwortlichen Ratgebers ist. Sollte man aber das Kapital an Vertrauen des deutschen Volkes, das die beiden Heerführer sich erworben haben, auch in politischer Beziehung restlos so weit ausnutzen wollen, daß auch ihre politischen Anschauungen uneingeschränkt maßgebend sein sollen, so kann dies nur dadurch geschehen, daß die gesamte militärische und politische Leitung verantwortlich in die Hände der Herren gelegt würde. Ich kann zu dieser Lösung allerdings pflichtgemäß nicht raten, da das Zusammenlegen der militärischen und politischen Exekutive in einer Hand die Rechte der Krone beeinträchtigen und dem Grundgedanken unserer politischen Struktur zuwiderlaufen würde. Eine derartige Gestaltung der Reichsleitung würde vermutlich nicht ohne schwere innere Folgen bleiben.

„Solange der bisherige Zustand aber beibehalten wird, erscheint es mir notwendig, die Abgrenzung der Verantwortlichkeit in einer formulierten Erklärung festzulegen. Eine derartige Erklärung habe ich den Herren Generalen vorgelegt. Sie hat Gegenstand einer Besprechung gebildet und ist in der anliegenden Form von mir und den Herren Generalen gebilligt worden[43]).

„Übergehend auf die einzelnen Punkte der Denkschrift darf ich mir folgende Bemerkungen gestatten:

„Die Bedeutung gesicherter Grenzen ist auch von mir keinen Augenblick verkannt worden. Mein Streben ist unablässig darauf gerichtet, die Grenzgestaltung nach diesem Kriege so günstig als möglich zu machen. Hierbei muß aber in Betracht gezogen werden, daß die Grenzsicherung nicht unter allen Umständen eine rein militärische zu sein braucht. Nicht nur die militärisch technische Unmöglichkeit für unsere Nachbarn, die Grenze zu überschreiten, sichert uns, sondern auch der feste Wille dieser Nachbarn, mit uns in gutem Einvernehmen zu leben. Eine zwar militärisch technisch unanfechtbare, aber politisch und materiell in die Interessen unserer Nachbarn tief eingreifende Grenzsicherung könnte zur Folge haben, daß wir gerade dadurch den Keim für die zukünftigen Konflikte legen, denen im Interesse der ruhigen Entwicklung unseres Volkes vorzubeugen Aufgabe unserer Politik nach dem Kriege sein muß. Auch bringen Grenzberichtigungen in großem Maßstab dem Deutschen Reich einen unerwünschten Zuwachs an fremdstammlicher Bevölkerung, der auf das innere politische Leben nicht ohne tiefgehenden Einfluß bleiben kann. Endlich haben Gebietserwerbungen[44]) dieser Art verfassungs-

[43]) Siehe S. 68.

[44]) „Die Gebietserwerbungen zur Sicherung unserer Grenzen sind nicht einseitig von der Obersten Heeresleitung gefordert, sondern in früheren Besprechungen nach Zustimmung des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Seiner Majestät gebilligt worden.

„Eine andere Grenzsicherung wie eine militärische bleibt ungenügend. Der feste Wille der Nachbarn, mit uns in gutem Einvernehmen zu leben, ist eine

mäßig die Mitwirkung des Reichstages und, soweit Preußen in Frage kommt, des Preußischen Landtags zur Folge, von denen beiden es zweifelhaft ist, wie sie sich z. B. zu der Erwerbung größerer, von Polen bevölkerter Gebietsteile stellen würden. Es sind also auch hinsichtlich der Grenzsicherungen neben den militärischen noch andere Gesichtspunkte zu berücksichtigen, die nicht ohne weiteres die Zusage möglich machen, daß unter allen Umständen die militärischen Forderungen von der politischen Exekutive angenommen und durchgesetzt werden müssen.

„Die elsaß-lothringische Frage bildet schon lange den Gegenstand eingehender Beratungen sowohl mit den deutschen Bundesregierungen als mit dem Reichstag. Die schweren Bedenken, die gegen eine Autonomielösung sprechen, verkenne auch ich nicht, zumal ich in meiner früheren amtlichen Tätigkeit mit großem Nachdruck für eine ganz andere Lösung eingetreten bin. Da aber die anderen vorgeschlagenen Lösungen gerade im Hinblick auf das Verhältnis der deutschen Bundesstaaten unter sich erheblichen Schwierigkeiten begegnen und die Erhebungen noch nicht abgeschlossen sind, so bin ich auch heute noch nicht in der Lage, eine endgültige Stellung zu dieser außerordentlich komplexen Frage einzunehmen. Allerdings muß ich schon heute zum Ausdruck bringen, daß sie so viele politische Momente in sich birgt, daß sie unmöglich nach rein militärischen Gesichtspunkten entschieden werden kann.

„Die belgische Frage hat schon zu verschiedenen Malen, zuletzt am 18. Dezember in Kreuznach, den Gegenstand eingehender Besprechungen gebildet. Euer Majestät haben zu befehlen geruht, daß die notwendigen militärischen und wirtschaftlichen Sicherungen auf dem Wege der unmittelbaren Verhandlungen mit Belgien anzustreben seien. Über diese allgemeine Richtlinie hinauszugehen, liegt zurzeit keine Veranlassung vor, da die Bedingungen, unter denen ein Friedensschluß im Westen erfolgen wird, heute noch nicht zu übersehen sind und die Lösung der belgischen Frage nur innerhalb der Gesamtheit der dann zu lösenden Fragen möglich sein wird. Sich schon heute auf ein Programm festzulegen, hieße sich die Hände für die Verhandlungen binden. Daß die Fragen der militärischen Sicherung nicht außer acht gelassen werden, braucht nicht besonders betont zu werden. In welchem Rahmen sie zu erreichen sind, hängt von der

---

Grenzsicherung nur so lange, wie es dem Nachbarn in seine Politik hineinpaßt. Bei Österreich wird die Festigkeit im Willen verloren gehen, sobald Polen so weit gestärkt ist, daß es seine Ausdehnungsgelüste nicht mehr zügeln zu müssen glaubt. — Den unerwünschten Zuwachs an fremdstämmiger Bevölkerung müssen wir durch deutsche Kolonisation verhindern. — Die Reichsleitung scheut den Kampf mit widerstrebenden Anschauungen, sie versucht nicht, ihren Willen durchzusetzen, sondern gibt überall nach und damit eine Forderung nach der anderen preis.“ (In Ludendorffs „Urkunden der Obersten Heeresleitung“ [S. 467] mitgeteilter Aktenvermerk der O. H. L.)

politischen und militärischen Situation im Augenblick des Friedensschlusses ab. Auch hier wird zu berücksichtigen sein, wie weit die Gestaltung des zukünftigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisses zu diesem Nachbar, insbesondere auch die Entwicklung unserer Flamenpolitik, die Wahrscheinlichkeit eines künftigen Krieges mit ihm verringert, wodurch dann die Notwendigkeit der militärischen Sicherungen vermindert wird[45]).

„Ebenso kann die austro-polnische oder jede andere Lösung der Polenfrage auch nicht von den Fragen der militärischen Sicherung allein abhängig gemacht werden, sie ist vielmehr in genau demselben Maße von der Erreichung politischer und wirtschaftlicher Sicherungen abhängig. Werden diese durch eine Bindung unserer Verbündeten und der Polen erreicht, so verlieren die militärischen Sicherungen an innerer Notwendigkeit und können beschränkt werden.

„Die Notwendigkeit militärischer Verbesserungen unserer Ostgrenze habe ich stets anerkannt. Ich habe mich aber auch stets auf den Standpunkt gestellt, daß solche Annexionen auf das Mindestmaß und auf das militärisch ganz unbedingt Notwendige beschränkt werden sollten. Was dieses Mindestmaß sei, habe ich, da es sich um eine vorwiegend militärische Frage handelt, selbständig zu entscheiden nie die Absicht gehabt. Es war dies eine derjenigen Fragen, bei denen infolge der innigen Verschmelzung politischer und militärischer Gesichtspunkte nur die Krone in letzter Instanz und endgültig entscheiden konnte. Da anderseits die Verhandlungen mit Österreich, an deren Fortgang Euer Majestät ein Allerhöchstpersönliches Interesse nahmen, wegen mangelnder Übereinstimmung in der Grenzfrage schon seit mehreren Monaten in der Schwebe blieben, haben Euer Majestät, ohne daß ich oder Herr von Kühlmann auf die geographischen Einzelheiten dieser Entschließung irgendwelchen Einfluß gehabt hätten, die künftige Grenzführung Allerhöchstselbst festgelegt, Sich aber bereit erklärt, diese Festlegung einer nochmaligen näheren Bearbeitung unterworfen zu sehen.

---

[45]) „Nach seinem Schreiben vom 12. 12. 1917 drängte der Reichskanzler bis zur Jahreswende 1917 zu einer Entscheidung in der elsaß-lothringischen Frage. Bis heute (Ende Januar 1918) ist sie nicht erfolgt. Daß sie nach rein militärischen Gesichtspunkten gelöst werden müsse, hat die Oberste Heeresleitung nie beansprucht. Sie hat immer nur das Ziel im Auge gehabt, Elsaß-Lothringen für die Zukunft französischem Einfluß zu entreißen.

„Wenn der Herr Reichskanzler ausspricht, die Notwendigkeit der militärischen Sicherungen werde vermindert, wenn die Gestaltung unseres Verhältnisses zu Belgien dieses Land bei einem künftigen Krieg an unsere Seite drängt, so ist dies richtig. Bis Belgien für ein Schutz- und Trutzbündnis politisch und wirtschaftlich reif ist, muß es in deutscher militärischer Kontrolle stehen." (In Ludendorffs „Urkunden der Obersten Heeresleitung" [S. 467] mitgeteilter Aktenvermerk der O. H. L.)

„Ich muß nur hervorheben, daß auch mit Rücksicht auf die schon oben erwähnte Beteiligung des Reichstags und des Preußischen Landtags bei etwaigen Annexionen es mir empfehlenswert erscheint, sich mit einem wirklichen Minimalprogramm zu begnügen. Selbst dieses Minimalprogramm den Polen gegenüber durchzusetzen, wird große Kämpfe kosten und Schwierigkeiten machen. Ich kann übrigens, so hoch ich den militärischen Wert der Erwerbung gewisser Grenzschutzstreifen auch einschätze, keinesfalls zugeben, daß wegen eines geringen Plus oder Minus dieser Streifen die gesamte deutsche Politik aus ihrer Bahn geworfen werden sollte[46]). Das Verhältnis zu Österreich-Ungarn ist das Pivot der gesamten deutschen Politik. Dieses Verhältnis politisch, militärisch und ökonomisch zu festigen und auszubauen, ist der wichtigste Kardinalpunkt der gesamten auswärtigen Politik Euer Majestät. Zur Durchführung dieses völlig grundlegenden Programmpunktes bedarf es aber einer Lösung der polnischen Frage, die mit den österreichischen Lebensinteressen vereinbar ist. Je mehr durch die Haltung unserer Gegner im Westen die Notwendigkeit für uns hervortritt, den Krieg durch entscheidende Waffenerfolge im Westen und volle Auswirkung des U-Boot-Krieges zu beendigen, desto größer wird die Bedeutung des Festhaltens an unserer bisherigen Bündnispolitik. Eine Verständigung mit den Westmächten nach dem Kriege, die es uns möglich machen würde, auf starke militärische Sicherungen gegen sie zu verzichten, wird immer unwahrscheinlicher. Wir müssen daher zunächst unsere Politik nach einem guten Verhältnis zu Rußland orientieren und an dem Bündnis mit Österreich-Ungarn festhalten, um so mehr, als daran der geographischen Lage nach auch die Auswertung unseres Bündnisverhältnisses zu Bulgarien und der Türkei hängt. Eine Lösung der polnischen Frage, die den Keim zukünftiger Konflikte mit Polen und im weiteren Verlauf mit Österreich-Ungarn in sich birgt, muß daher vermieden werden. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen die Grenzsicherungen betrachtet werden. Die aus der polnischen Lage, wie sie heute ist, entspringenden Gefahren verkenne ich keineswegs. Sie entspringen aber dem Zustand, wie er durch Errichtung des selbständigen polnischen Staates geschaffen worden ist, einem Zustand, den ich als vollendete Tatsache vorgefunden habe, und mit dem politisch wir uns jetzt abfinden müssen.

„Rußland gegenüber ist die schon außerordentlich schwierige Aufgabe zu lösen, ein gutes wirtschaftliches und politisches Verhältnis mit dem neuen Rußland herzustellen, uns den Rücken militärisch vollständig frei zu machen, gleichzeitig aber von dem bisherigen Rußland gewaltige Gebietsteile loszulösen und diese Gebietsteile

[46]) „Der polnische Grenzstreifen ist notwendig." (In Ludendorffs „Urkunden der Obersten Heeresleitung" [S. 467] mitgeteilter Aktenvermerk der O. H. L.)

zu wirkungsvollen Bollwerken an unserer Grenze auszugestalten. Diesen Zweck hätte man, da wir zweifellos die Sieger sind und Rußland kraft unserer militärischen Machtstellung unseren Willen aufzwingen können, durch glatte Annexion der in Frage kommenden Gebiete erreichen können. Damit hätten wir aber, für die nächste Zeit wenigstens, ein erträgliches Verhältnis zu Rußland unmöglich gemacht, wir hätten unsere Bevölkerungsverhältnisse ungünstig verschoben und wir hätten im eigenen Lande eine so starke Opposition gefunden, daß eine Durchführung der Annexion ausgeschlossen gewesen wäre, da sie ohne die verfassungsmäßige Mitwirkung der Parlamente nicht möglich ist. Es blieb also die Aufgabe, das erstrebte Ziel ohne die Annexion der Gebietsteile zu erreichen. Hierzu war es zunächst nötig, die Russen dazu zu bringen, daß sie ohne Rücksicht auf ihre Verbündeten mit uns und unseren Bundesgenossen verhandelten; wir mußten also die Entente offiziell sprengen, um einen Separatfrieden mit Rußland zu schließen. Diesem ersten Ziel galt die Erklärung vom 25. Dezember, die einen Schachzug in dem im Osten begonnenen politischen Kampf darstellte. Materiell ist diese Erklärung durch die am 27. Dezember ihr gegebene Auslegung zu unseren Gunsten soweit eingeschränkt worden, wie es nach Lage der Dinge möglich war, formell bildete sie eine Grundlage für die weitere Entwicklung der politischen Lage, wie wir sie erstrebten. Die obersten militärischen Stellen haben unmittelbar nach Bekanntwerden der Erklärung vom 25. Dezember schriftlich und mündlich ihre Bedenken gegen die eingeschlagene Taktik geäußert. Die Verhandlungsleiter in Brest-Litowsk waren durch diese Stellungnahme überrascht, da die Erklärung in vollem Einvernehmen mit dem Vertreter des Generals Ludendorff, Herrn General Hoffmann, in ausführlichen Erörterungen festgestellt worden war. Da übrigens die Stellungnahme der russischen Delegation im einzelnen vor Eintritt in die Verhandlungen nicht zu übersehen war, so war es auch nicht möglich, jeden einzelnen diplomatischen Schachzug vorher festzulegen. Das muß vielmehr dem bevollmächtigten Unterhändler überlassen bleiben, in dessen freie Betätigung von außen her in jeder Phase der Verhandlungen einzugreifen äußerst mißlich ist und die folgerichtige Durchführung der Verhandlungen überhaupt in Frage stellt.

„Die Richtigkeit der Berechnung des Staatssekretärs von Kühlmann über die Wirkung der Erklärung vom 25. Dezember hat sich inzwischen erwiesen. Die Entente hat sich zur Teilnahme an den Verhandlungen nicht eingefunden, die Russen haben sich definitiv zu Verhandlungen über einen Separatfrieden entschlossen und, was das Wichtigste ist, wir sind den Westmächten gegenüber vollständig frei von allen Fesseln, die uns durch unsere früheren Erklärungen auferlegt waren. Unserm Volk gegenüber wird dadurch die Stellung

der Regierung gestärkt und dem Ausland gegenüber tritt unser fester Wille, den Krieg nunmehr nach Ablehnung alles Entgegenkommens durch unsere Feinde bis zum Sieg der Waffen durchzuführen, klar und deutlich hervor.

„Die erste Phase der Verhandlungen hat also zu einem diplomatischen Erfolg geführt. Wie diese Verhandlungen jetzt weiter verlaufen, bleibt abzuwarten.

„Von wirtschaftlichen Abmachungen in dem ersten Abschnitt der Verhandlungen zu sprechen, ist verfrüht. Die wirtschaftlichen Besprechungen in den letzten Dezembertagen dienten lediglich dazu, das Terrain zu sondieren und festzustellen, wie weit überhaupt mit den anwesenden russischen Delegierten derartige Fragen erörtert werden könnten. Die Verhandlungen gingen über das Maß unverbindlicher Besprechungen nicht hinaus, und es lag gar nicht die Absicht vor, bereits feste Abmachungen zu treffen. Den Interessentenkreisen und den beteiligten Reichsämtern aber war nunmehr eine Grundlage gegeben, um ihre Wünsche und Forderungen zu präzisieren und für die zukünftigen verbindlichen Verhandlungen festzulegen. Bei jeder wirtschaftlichen Abmachung wird die Regierung mit dem Widerstand der einen oder der anderen Interessentengruppe zu rechnen haben, da es unmöglich ist, allen den oft widerstreitenden Interessen gerecht zu werden. Den Interessenten aller Kreise aber ist reichlich Gelegenheit geboten, ihre Wünsche zu äußern. Im Einverständnis mit Euer Majestät ist der Staatsminister Dr. Helfferich mit den Vorarbeiten in dieser Richtung beauftragt. Diese Vorarbeiten sind aber keineswegs erst jetzt angefangen worden, sie sind vielmehr in den verschiedenen Ressorts seit langer Zeit im Gange, und die Tätigkeit des Herrn Staatsministers Dr. Helfferich dient in erster Linie der Zusammenfassung des bisher in den einzelnen Ämtern Geleisteten. Der Vorwurf der mangelhaften Vorbereitung trifft daher auf wirtschaftlichem Gebiet ebenso wenig wie auf dem Gebiet der Rechtsfragen und der politischen Erfordernisse zu. Daß alle zwischen zwei seit annähernd vier Jahren im Krieg stehenden Völkern zu lösenden Fragen nicht in einer fünftägigen Verhandlung restlos geordnet werden können, liegt auf der Hand. Es ist daher ungerechtfertigt, von einem ungenügenden politischen und wirtschaftlichen Ergebnis der ersten Phase der Verhandlungen zu sprechen. Ebenso ungerechtfertigt aber ist der Vorwurf einer zu weitgehenden Nachgiebigkeit unserer Diplomatie gegenüber dem verbündeten und dem feindlichen Ausland, ein Vorwurf, für den in der Denkschrift der Versuch einer sachlichen Begründung nicht gemacht ist. Endlich muß ich das Auswärtige Amt nachdrücklich gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, daß es bei Besprechungen mit den Vertretern der Obersten Heeresleitung eine zweideutige Haltung eingenommen hätte. Es ist vielmehr bei allen derartigen Be-

sprechungen immer durchaus loyal verfahren und hat seinen Standpunkt, wo er abweichend war, vollkommen klar dargelegt.

„Was die Haltung der Unterhändler in Brest betrifft, so darf ich bemerken, daß sie gemäß den erhaltenen Weisungen und den ihnen bekannten Intentionen Euer Majestät erfolgte. Nur diese können für unsere Auslandsvertretung maßgebend sein.

„Ich verkenne keinen Augenblick die große Bedeutung der Stimmung im Heere und im Volke. Ich muß es aber ablehnen, die Gestaltung unserer zukünftigen Politik von diesem Moment ausschlaggebend beeinflussen zu lassen. Eine Politik, die sich von der Rücksicht auf solche Stimmungen zu Augenblickserfolgen drängen läßt, ohne auf die spätere Wirkung dieser Erfolge Rücksicht zu nehmen, würde eine für das Volk selbst unheilvolle Bahn einschlagen. Sache des leitenden Staatsmannes ist es, unbeirrt durch Augenblicksstimmungen für Generationen einen Zustand zu schaffen, der eine friedliche Entwicklung aller Volkskräfte gewährleistet. Die von weiten Schichten des Volkes gebilligte Resolution des Reichstags vom 19. Juli 1917 ist ebenfalls ein Produkt einer zeitweiligen Stimmung. Die Regierung hat ihr zugestimmt, weil sie in dem Augenblick, wo sie gefaßt wurde, den tatsächlichen Machtverhältnissen und der politischen Lage zu entsprechen schien. Inzwischen haben die Voraussetzungen sich geändert, und die Regierung wird jetzt, unbekümmert um die Stimmung in weiten Kreisen, die politisch notwendigen Konsequenzen der neuen Situation ziehen. Sie muß aber für sich in Anspruch nehmen, ohne Rücksicht auf Stimmungen in Volk und Heer, gelegentlich auch Maßnahmen zu treffen, die nach außen als Schwäche oder Nachgiebigkeit erscheinen, ihrem inneren Wert nach aber das Ergebnis staatsmännisch weitblickender Überlegung sind. Die Verantwortung hierfür zu übernehmen, muß sie stark genug sein, selbst wenn erst spätere Generationen den Sinn und die Richtigkeit des von ihr eingeschlagenen Weges zu erkennen in der Lage sein werden.

„Zum Schluß ihrer Ausführungen weist die Denkschrift auf die Verschiedenheit der Anschauungen des Generalfeldmarschalls und des Generals Ludendorff einerseits und des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes anderseits hin. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes treibt aber keine eigene Politik, er führt die von mir auf Befehl Euer Majestät geleitete Politik aus. Ich darf aber für mich in Anspruch nehmen, daß ich Euer Majestät zu keiner Politik zu raten imstande wäre, die dahin führen würde, Deutschland von der Höhe herabzuführen, auf die Euer Majestät und Allerhöchstderen Vorgänger es geleitet haben. Im Gegensatz zu den exakten Wissenschaften kennt die Politik nicht eine einzige unumstößlich richtige Lösung gestellter Probleme, sie wird immer von der subjektiven Überzeugung geleitet werden, daß jeder die für das Heil des Vater-

landes richtige Politik vertritt. Die Entscheidung, welcher Kurs eingehalten werden soll, liegt bei Euer Majestät. Ich stehe nicht an zu glauben, daß, wie bisher, auch künftig es der Weisheit Euer Majestät gelingen wird, die für das Vaterland nützlichste Politik durch Abwägen der von Allerhöchstderen Ratgebern vorgetragenen Gründe zu bestimmen und den Männern, die auf militärischem Gebiet Euer Majestät und dem Vaterland so unermeßliche Dienste geleistet haben, das Gefühl zu erhalten, daß sie das Vertrauen ihres Allerhöchsten Kriegsherrn in vollem Umfang genießen. Anderseits dürfen aber auch die durch das ehrenvolle Vertrauen Euer Majestät ausgezeichneten politischen Ratgeber beanspruchen, daß ihnen auch seitens der militärischen Stellen dasselbe Vertrauen auf ihre Leistungsfähigkeit und ihr durch langjährige Erfahrung erworbenes und gebildetes politisches Urteil entgegengebracht wird."

In dieser ausführlichen Denkschrift ist davon die Rede, daß es notwendig erschienen sei, die Abgrenzung der Verantwortlichkeit in einer formulierten Erklärung festzulegen[47]). Eine derartige Erklärung sei den Generalen vorgelegt worden und habe den Gegenstand einer Besprechung gebildet, um dann in der anliegenden Form vom Reichskanzler und den Generalen gebilligt zu werden[48]). Diese Erklärung wird hier im vollen Wortlaute mitgeteilt.

Erklärung
über die Abgrenzung der Verantwortlichkeit

1. Die staatsrechtliche Verantwortung für die Friedensverhandlungen trägt nach der Reichsverfassung allein der Reichskanzler. Eine Teilung der staatsrechtlichen Verantwortung ist unmöglich. Die Verantwortung des Reichskanzlers für die Friedensverhandlungen bezieht sich auf die zu erstrebenden Ziele, die in Anwendung gebrachte Taktik und die Ergebnisse.

2. Die obersten militärischen Stellen, d. h. der Chef des Generalstabes des Feldheeres, der Erste Generalquartiermeister, der Kriegsminister und der Chef des Admiralstabes der Marine, haben, soweit die Friedensverhandlungen die militärischen Interessen berühren, das Recht und die Pflicht, in beratender Weise an den Verhandlungen einschließlich der zur Anwendung zu bringenden Taktik mitzuwirken.

Der Umkreis der militärischen Interessen ist nicht auf die mili-

---

[47]) Siehe oben S. 61.

[48]) Die anfangs gewählte Formulierung ist in Ludendorffs „Urkunden der Obersten Heeresleitung" (S. 455—457) nebst den darauf bezüglichen Schriftstücken abgedruckt.

tärischen Angelegenheiten im engeren Sinne beschränkt, sondern umfaßt auch die Fragen der Änderung der Reichsgrenzen, Fragen unserer künftigen Beziehungen zu anderen Staaten und — soweit diese mit der Führung dieses oder eines künftigen Krieges im Zusammenhang stehen — Fragen unserer inneren Politik, wirtschaftliche Fragen, Ernährungsfragen, Fragen des Handels- und Verkehrswesens, der Arbeiterinteressen, endlich die moralische Wirkung der zu treffenden Maßnahmen auf Heer und Marine.

Die militärischen Stellen können ihre Forderungen nach dieser Richtung jederzeit aus eigener Initiative vorbringen, jedoch immer nur im Sinne von Anregungen, Ratschlägen, Bedenken oder Warnungen. Der Reichskanzler wird alsdann bei seiner Entscheidung darauf Bedacht nehmen, daß Forderungen, die die militärische Durchführung des gegenwärtigen Krieges berühren, vor allen anderen Forderungen den Vorrang erhalten.

3. Sollten die militärischen Stellen glauben, auf einer von dem Reichskanzler abgelehnten Forderung bestehen zu müssen und wird auf dem Wege der gegenseitigen Aussprache eine Einigung nicht erzielt, so ist die Entscheidung Seiner Majestät des Kaisers einzuholen."

Ihre endgültige Regelung fand die so verantwortungsvolle Angelegenheit am 23. Januar 1918. An diesem Tage suchten Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff den Reichskanzler Grafen Hertling auf, um im Auftrage des Kaisers mit ihm Rücksprache zu nehmen. Sie betonten, wie dringend wünschenswert es sei, daß im Osten baldigst Klarheit geschaffen würde, um über die noch dort stehenden Truppen verfügen zu können. Komme man mit Rußland noch nicht zum Ziel, so sei jedenfalls ein baldiger Abschluß mit der Ukraine wünschenswert. Die immer noch strittige Frage des Schutzstreifens an der deutsch-polnischen Grenze wurde durch einen neuen Vorschlag der Obersten Heeresleitung einen Schritt weitergebracht, der sich ungefähr in der Mitte zwischen der vom Kaiser am 2. Januar 1918 gewünschten und der früher von der Obersten Heeresleitung geforderten Linie bewegte. Die formale Unterstellung der Obersten Heeresleitung unter die politische Leitung kam in diesen Vorgängen sinnfällig zum Ausdruck[49]).

Tags darauf, am 24. Januar 1918, richtete der Kaiser ein Handschreiben an den Feldmarschall v. Hindenburg und ließ eine Abschrift dieses Schreibens durch den Chef des Militärkabinetts Frhrn. v. Lyncker gleichzeitig dem Reichskanzler Grafen Hertling zugehen. Dieses Schreiben ist als der sachliche und persönliche Abschluß des

[49]) Aktennotiz des Unterstaatssekretärs v. Radowitz vom 24. Januar 1918. Siehe Anlage 7 (S. 135).

Kompetenzstreites zwischen der politischen und militärischen Leitung anzusehen und folgt daher hier im vollen Wortlaute.

„Mein lieber Generalfeldmarschall v. Hindenburg!

Sie haben Mir in einer Denkschrift vom 7. d. M. Ihre Ansichten und Bedenken über die derzeitige allgemeine militär-politische Lage und über die Lösung der darin enthaltenen Probleme und Fragen zum Ausdruck gebracht. Ich danke Ihnen herzlich für den soldatischen Freimut und die rückhaltlose Klarheit, mit denen Sie für Ihre Überzeugung eingetreten sind. Sie sowohl als der General Ludendorff, den Sie als gleichgesinnt nennen, haben sich auch hierin als Männer gezeigt, deren völlige Hingabe und Tatkraft Mir zur weiteren Führung des Krieges unentbehrlich sind. Mein Vertrauen zu Ihnen beiden kann auch nicht erschüttert werden dadurch, daß Ich und Mein politischer Ratgeber, der Reichskanzler, in manchen Punkten von Ihren Darlegungen abweichen. Daß Soldat und Staatsmann inmitten des gewaltigsten Koalitionskrieges, den je die Welt sah, in den einzelnen Fragen der Kriegsziele und der Art, wie sie zu erreichen sind, verschiedenen Standpunkt vertreten, liegt in der Natur der Sache und ist eine alte durch die Geschichte oft erwiesene Erscheinung, die Mich auch jetzt nicht überrascht hat. Es ist Ihr gutes Recht und Ihre Pflicht, Ihre Ansichten energisch zur Geltung zu bringen, ebenso wie es Pflicht des verantwortlichen Staatsmannes ist, seine anders geartete Anschauung mir vorzutragen. Die Entscheidung liegt bei mir. Ich habe daher Ihre Denkschrift dem Reichskanzler zugestellt und lasse Ihnen in der Anlage die von ihm zusammengestellten Bemerkungen abschriftlich zugehen. Ich stimme den darin enthaltenen Ausführungen zu und spreche vertrauensvoll die Erwartung aus, daß es auch Ihnen und dem General Ludendorff gelingen wird, auf Grund dieser Anschauungen weitere Bedenken fallen zu lassen, um sich unbeeinflußt den Aufgaben der eigentlichen Kriegsführung widmen zu können. Sie können, Mein lieber Generalfeldmarschall, versichert sein, daß Sie jederzeit ein offenes Ohr bei Mir finden, und daß Mir nichts ferner liegt, als Ihren wertvollen Rat ungehört bei Seite zu schieben. Ich bitte Sie vielmehr ausdrücklich, Mir denselben auch fernerhin nicht vorzuenthalten und bleibe

Ihr
wohlgeneigter und dankbarer König
gez. Wilhelm R.

Berlin, den 24. Januar 1918.

An den Generalfeldmarschall v. Beneckendorff und v. Hindenburg,
Chef des Generalstabes des Feldheeres."

Das mitgeteilte Schreiben bedeutet den damaligen vollständigen Sieg der Reichsleitung über die Generale der Obersten Heeresleitung. Die Gedankengänge, denen Staatssekretär v. Kühlmann und Unterstaatssekretär v. Radowitz Ausdruck geliehen hatten, waren vom Reichskanzler Grafen Hertling angenommen, und der Kaiser hatte sich rückhaltlos zu ihnen bekannt. Daher der Hinweis in seinem Schreiben, daß der Kaiser sowohl wie der Reichskanzler in manchen Punkten von den Darlegungen der Generale abwichen. Zutreffend wird in dem kaiserlichen Handschreiben hervorgehoben, daß ein Gegensatz soldatischen und staatsmännischen Denkens inmitten des gewaltigsten Koalitionskrieges, den die Welt jemals sah, völlig naturgemäß sei. In den früheren Feldzügen der Geschichte habe sich das Gleiche oft gezeigt. Den guten Willen, ja sogar die Pflichtmäßigkeit ihres Handelns, wenn die Generale versuchten, ihre Ansichten energisch zur Geltung zu bringen, erkannte der Kaiser ausdrücklich an, betonte aber zugleich die Pflicht des verantwortlichen Staatsmannes, seine abweichende Ansicht dem Monarchen vorzutragen. Die Entscheidung — und damit die volle Verantwortung — nahm der Kaiser ausdrücklich auf sich.

Das Wesentlichste bei der Erledigung dieses Kompetenzstreites war jedenfalls, daß der Kaiser die vom Reichskanzler aufgestellten Bemerkungen zu den seinigen machte und nunmehr den Wunsch aussprach, die Generale möchten sich hinfort „unbeeinflußt den Aufgaben der eigentlichen Kriegsführung widmen". Durch die anerkennende Form, in der der Kaiser den Feldmarschall bat, seinen wertvollen Rat ihm auch fernerhin nicht vorzuenthalten, wurde die Angelegenheit in der denkbar freundlichsten Form beigelegt. Ein Rücktritt der Generale konnte nun nicht mehr in Frage kommen, aber es war ihrer Betätigung doch eine scharfe Grenzlinie gezogen worden.

Die Frage nach der endgültigen Entscheidung über die oberste Leitung und Verantwortlichkeit war also im Januar 1918 in nicht mißzuverstehender Deutlichkeit geklärt. Der Reichskanzler und der Staatssekretär hatten den unbedingten Vorrang der Politik festgestellt, und der Kaiser hatte sich für die oberste Reichsleitung entschieden.

Formell war seitens des Monarchen nunmehr alles geschehen, was möglich war, um die politischen Ratgeber des Reiches der Obersten Heeresleitung gegenüber zu kräftigen. Aber eine Frage darf doch nicht unerörtert bleiben. War der Monarch überhaupt in der Lage, ein Rücktrittsgesuch der beiden Generale zu jener Zeit anzunehmen? Die Frage stellen, heißt, sie verneinen. Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes stand hinter den Männern der Obersten Heeresleitung, und im Heere wäre trotz aller Kriegsverdrossenheit und bedenklichen Symptome im einzelnen der Rück-

tritt der Generale, jedenfalls der des Feldmarschalls v. Hindenburg, vollster Verständnislosigkeit begegnet. Er würde als Katastrophe gewirkt haben. Der Kaiser mußte daher einen Weg suchen, wie er die Forderungen der Politik mit denen der Obersten Heeresleitung versöhnte. Persönlich brachte er dabei weitgehende Opfer, wie es besonders darin zum Ausdruck kommt, daß er dem ihm nahestehenden und in voller Übereinstimmung mit ihm arbeitenden Chef des Zivilkabinetts v. Valentini wenige Tage vorher den erbetenen Abschied hatte bewilligen müssen.

Trotz der formellen Richtigstellung des Verhältnisses zwischen Oberster Reichs- und Heeresleitung bestand also nach wie vor ein starkes Übergewicht der letzteren. Man kann sogar sagen, daß gerade durch die geschilderten Vorgänge nun für den Monarchen eine noch schärfere Notwendigkeit bestand, den Anschauungen der Männer der Obersten Heeresleitung so weit entgegenzukommen, wie es nur irgend möglich war. Für den Kaiser bedeutete das eine starke Verschiebung des Verhältnisses, wie es sich in den langen Friedensjahren seiner Regierung zu seinen Ratgebern, insbesondere zu seinen Generalen, herausgebildet hatte. Er empfand die Notwendigkeit des Nachgebens persönlich sehr stark und geriet nunmehr immer mehr in jene Vereinsamung hinein, die Rosner in seinem „König" und Kronprinz Wilhelm in seinen „Erinnerungen" so anschaulich geschildert hat. Von nun an ließ er die Dinge in der Hauptsache gehen, erteilte formell seine Zustimmung, wo es ihm nötig schien, nahm aber nur noch selten bestimmenden Anteil an den zu fassenden Entschlüssen.

Diese Entwicklung hat sich vom Sturze des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg bis zum Abgange des Kabinettschefs v. Valentini folgerichtig vollzogen. Von einem Triumvirat zwischen Monarchen, politischem und militärischem Führer in einer Person, wie es sich als Idealzustand in den Kriegen des neunzehnten Jahrhunderts herausgebildet hatte, konnte man nicht mehr sprechen. Eine eigene politische Saite erklang im Kaiser kaum mehr, und auf militärischem Gebiete hatte er sich des Hauptteiles seiner Einwirkung begeben.

Es war also in der Hauptsache ein Papiersieg, den die Männer der obersten Reichsleitung in der Kompetenzfrage erfochten hatten. In der begrifflichen Feststellung der Verschiedenheiten politischen und militärischen Denkens und Handelns hatte der Grundgedanke, daß das Heer Instrument der Politik ist und nicht umgekehrt, wie es ja auch gar nicht anders sein konnte, obgesiegt. Vielleicht haben die Männer der Politik geglaubt, hiermit alles erreicht zu haben, was nach Lage der Dinge möglich war. In Friedenszeiten, wo in Deutschland alles durch die straff gegliederte und hierarchisch abgestimmte Regelung der gegenseitigen Beziehungen einen bestimmten Normalgang zu durchlaufen pflegte, wurden Erfolge auf

dem Streitacker der Kompetenz häufig bereits als Beweise amtlicher Tüchtigkeit und überlegener Intelligenz empfunden. Derartige Siege konnten bei dem schematischen Verlaufe beamtlicher Tätigkeiten oft sogar den Anschein eines Heraustretens aus der Alltäglichkeit und einer Eignung für höhere Ziele tragen. Waren solche Verschiebungen der Kompetenz einmal sachlich ausgefochten und von oben endgültig entschieden, so wurde dann auch danach gehandelt. Diese Parallele wird hier nur erwähnt, um das Gefühl der siegreichen Politiker nach der Austragung des peinlichen Kompetenzstreites verständlich zu machen. Man hatte die Grenzen des militärischen Wirkens festgestellt, ein Votum des Monarchen und Obersten Kriegsherrn erstritten, und dieses Votum stellte den Vorrang der politischen Leitung vor der militärischen unzweifelhaft und in nicht mißzuverstehender Deutlichkeit fest. Es kam nun aber sehr darauf an, ob in der tatsächlichen Ausführung die theoretisch geschaffene Klarheit zum Nutzen des Ganzen praktisch wirksam werden würde.

Hierfür war Vorausbedingung, daß der Kaiser die Leitung des Ganzen schärfer in die Hand nahm als bisher. Diese Aufgabe konnte ihm, nachdem einmal Gegensätzlichkeiten zwischen den von ihm selbst berufenen obersten Ratgebern ausgebrochen waren, niemand abnehmen. Gelang es ihm auch jetzt nicht, eine Übereinstimmung wenigstens über die Hauptfragen zu erzielen, so mußte er entweder mit den Persönlichkeiten wechseln oder bei Unstimmigkeiten die ausschlaggebende Führung selbst übernehmen. Diese Tätigkeit aber war dem Kaiser, wie wir schon gesehen haben, seit den Vorgängen bei der Entlassung des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg verleidet. Nachdem im Januar 1918 dann auch noch der Kabinettschef v. Valentini dem dringenden Verlangen der Obersten Heeresleitung hatte geopfert werden müssen, stand der Monarch ganz vereinsamt da. Mußte er sich doch sagen lassen, die Beibehaltung dieses Mannes an seiner wichtigen Stelle habe das Ansehen der Krone in schwerste Gefahr gebracht; der Kabinettschef verhindere ein „freudiges und sicheres Arbeiten“ der Obersten Heeresleitung[50]).

VI

Die Literatur zur Schuldfrage

Die Frage nach der Verantwortlichkeit für das Elend der deutschen Gegenwart erregt die Nation und die Nächstbeteiligten so tief,

[50]) Die Mitteilung eines auf Befehl des Kaisers vom Generalfeldmarschall v. Hindenburg am 16. Januar 1918 erstatteten Berichts über den von der O. H. L. gewünschten Personenwechsel im Zivilkabinett kann hier unterbleiben. Das Schreiben bewegt sich ganz in den Gedankengängen, wie sie im Buche des Obersten Bauer „Der große Krieg in Feld und Heimat“ mitgeteilt sind. Herr v. Valentini hatte schon vorher, am 15. Januar, sein Abschiedsgesuch eingereicht und bewilligt erhalten.

daß eine große Literatur bereits jetzt, kaum vier Jahre nach dem Zusammenbruch, während der Entstehung dieses Gutachtens, entstanden ist. Sie ist naturgemäß sehr ungleichwertig, häufig nach innerpolitischen Wünschen eingestellt, und geht oft von Persönlichkeiten aus, die mangels hinreichender Kenntnis der tatsächlichen Vorgänge als sachverständige Beurteiler abgelehnt werden müssen. Die Bücher der am Handeln unmittelbar und verantwortlich beteiligt gewesenen Staatsmänner und Militärs indes erfordern eine andere Bewertung, da sie häufig geradezu als Zeugenaussagen einer wichtigen Auskunftsperson gelten müssen. Ich fühle mich daher verpflichtet, die auf die Frage der politisch-militärischen Verantwortlichkeit bezüglichen Erörterungen dieser Männer meinem auf selbständigen Wegen gefundenen Gutachten gegenüberzustellen.

Hierfür kommen an Erscheinungen der letzten Zeit hauptsächlich die Bücher von Ludendorff „Kriegführung und Politik“ [51]), der erst nach dem Tode des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg erschienene 2. Band seiner „Betrachtungen zum Weltkriege“ (2. Teil. „Während des Krieges“) [52]), die von Karl Rosner herausgegebenen „Erinnerungen des Kronprinzen Wilhelm“ [53]), soweit sie als vom Kronprinzen selbst herrührend angesehen werden können, und die Schrift des Oberstleutnants a. D. Alfred Niemann „Kaiser und Revolution“ [54]) in Betracht. Sie sollen mit den Ausführungen des Generals Ludendorff, der sich über das in Frage stehende Problem der „Kriegführung und Politik“ am ausführlichsten geäußert hat, in Beziehung gebracht werden.

„Politik und Kriegführung und Kriegführung und Politik sind schließlich eins,“ sagt Ludendorff in der Einführung seines neuen Werkes, indem er sich auf einen Ausspruch von Alfred Krauß in seinem Werke über „die Ursachen unserer Niederlage“ (München 1920) beruft. Er unterscheidet zwischen äußerer, innerer und Wirtschaftspolitik. Nur der äußeren Politik gesteht er den Vorrang vor der Kriegführung zu, falls man überhaupt an einer Trennung dieser Arbeitsgebiete festhalten wolle. Die innere und Wirtschaftspolitik seien aber der Kriegführung unterzuordnen. Ausführliche Zitate aus Clausewitz sollen beweisen, daß dieser große Kriegsphilosoph ebenso gedacht habe. Auch dieser fordere ein gegenseitiges Verstehen von Politik und Kriegführung, meine aber dabei nur die äußere Politik; fehle es an Verständnis auf der einen oder der anderen Seite, so bedürfe es des Ausgleichs. Auch General Ludendorff sieht die ideale Lösung im gekrönten Feldherrn. Alexander, Friedrich der Große und Napoleon sind ihm Vorbilder. Unsere preußisch-deutsche Lösung

[51]) Berlin, Ernst Siegfried Mittler u. Sohn, 1922.
[52]) Berlin, Reimar Hobbing, 1921.
[53]) Stuttgart und Berlin, J. G. Cotta, 1922.
[54]) Berlin, August Scherl, 1922.

der Feldherrnfrage im Weltkriege empfindet er offenbar als ein Zurückbleiben hinter diesem Ideal. Bei uns mußte der in Konfliktsfällen nötige Ausgleich durch die Person des Kaisers erfolgen, der zugleich der Inhaber der politischen Gewalt und oberster Kriegsherr war. „Unter ihm standen in großer Selbständigkeit der preußische Ministerpräsident oder Reichskanzler für Politik und der Chef des Generalstabes des Feldheeres für Kriegführung. Aus der Einheit war eine Dreiheit geworden. (S. 6.) Die Ausführungen des Generals gipfeln in den Worten, die sich an den bekannten Ausspruch von Clausewitz anlehnen: „Der Krieg ist die äußere Politik mit anderen Mitteln." Diesen Satz, den tragenden Pfeiler seiner Anschauungen, ergänzt er durch den weiteren: „Die Gesamtpolitik hat dem Kriege zu dienen."

Durch das ganze Werk des Generals Ludendorff zieht sich nun der unbestreitbar richtige Gedanke, daß es die oberste Pflicht der Politik und somit des Reichskanzlers gewesen sei, „dem Kriege mit allen Mitteln zu dienen". Wie er sich das dachte, erhellt aus seinem Vorwurfe gegen den zweiten deutschen Generalstabschef während des Weltkrieges, den General v. Falkenhayn, dieser habe den Reichskanzler nicht dazu „angehalten" (S. 98). Der Träger der politischen Verantwortung erscheint hier beinahe als Beauftragter der Obersten Heeresleitung. Auf die Kriegführung allein kam es an; die Kriegführung war mit der äußeren Politik fast identisch, sie entwand sich also der Bevormundung durch die Politik und wurde souverän. In diesem Lichte gesehen mußte den Männern der Obersten Heeresleitung der Machtkampf mit dem obersten politischen Ratgeber als ein Verdienst erscheinen.

Den Kaiser läßt Ludendorff in seinem Buche fast außer Betracht. Von Kaiser Wilhelm I. hebt er rühmend hervor, daß sich Politik und Kriegführung unter ihm unvergleichlich in die Hände gearbeitet hätten (S. 28). Eine entsprechende Tätigkeit Kaiser Wilhelms II. wird kaum erwähnt. Das entspricht dem monarchischen Empfinden des Generals, aber es muß doch gesagt werden, daß ein jedes Gesamturteil über diese so außerordentlich empfindlichen politisch-militärischen Grenzfragen notwendig an der Oberfläche bleiben muß, wenn davon abgesehen wird, die Art, in der der Kaiser seines ihm nun einmal obliegenden Ausgleichs-, wenn nicht Führeramtes gewaltet hat, mit zur Prüfung heranzuziehen. Diese Aufgabe konnte ihm, wie die Dinge in Deutschland lagen, niemand abnehmen, wenn es nicht zu einem Ausringen der entgegengerichteten Kräfte, zu einem dauernden Streite um die Kompetenz kommen sollte: der Kaiser spielte dann nur insoweit eine Rolle, als er die Gegensätze zu bannen oder wenigstens zu überbrücken vermochte. Die eigentliche Führung mußte ihm entgleiten und der von der Volksgunst an die erste und entscheidende Stelle gerückten militärischen Leitung zufallen. Da-

mit verschob sich die Konstruktion der obersten Gewalt in verhängnisvoller Weise.

Leider geht Ludendorffs Buch auf diese Verhältnisse nicht ein. Wir sehen in ihm die durch den General vertretene O. H. L. in dauerndem, hartem Kampfe gegen die politische Leitung, die zu der ausführenden Rolle gebracht werden soll, die ihr nach der Meinung des Generals zukommt. Denn die Politik ist ihm nur ein Teil der Kriegführung, und diese wird von Militärs entschieden. Dabei wird ohne weiteres vorausgesetzt, daß die für die Beurteilung politischer Dinge erforderliche Einsicht und Vorbildung auch bei den führenden Militärs vorhanden sei.

Ludendorff nähert sich hier in seiner Denkweise den Anschauungen, wie sie Clemenceau während des Weltkrieges in Frankreich verwirklicht hat. Auch er hat die Identität der äußeren und inneren Politik mit starken Worten herausgestellt, als er sich am 8. März 1918 in der französischen Kammer gegen die von sozialistischer Seite gegen ihn gerichteten Angriffe verteidigte. (Vgl. S. 95.) Aber es besteht doch ein großer Unterschied zwischen dem letzten Sinne dieser Auffassungen bei ihm und Ludendorff. Clemenceau war in seiner Person der Träger der französischen Politik und verfügte mit diktatorischer Gewalt über alle Machtmittel Frankreichs. Er selbst bürgte also dafür, daß die Forderungen der Politik zu ihrem Rechte kamen. Die eigentliche Kriegführung war nicht seine Sache. Die französische Heeresleitung arbeitete unter seiner politischen Führung für den Krieg, als das Instrument der Politik, nicht aber als ihr Beherrscher.

Ähnliche Gedanken haben dem General Ludendorff vorgeschwebt, wenn er, immer im Bestreben, die Kraftleistung seines Vaterlandes auf das Höchste zu steigern, die engste Zusammenarbeit zwischen Politik und Kriegführung forderte.

> „Der Reichskanzler", so sagt er in seinem Buche über Kriegführung und Politik (S. 103/104), „hatte die Aufgabe und die Pflicht, die geeinte Kraft des deutschen Volkes der Kriegführung zum Siege auf dem Schlachtfelde immer wieder zuzuführen. Die Kriegführung mußte der Politik, d. h. dem Reichskanzler, mitteilen, was sie zur Erringung des Sieges brauchte. Die Politik wurde Gehilfin der Kriegführung, nicht nur, wie bisher, im Bereitstellen der Truppen im Frieden, sondern, man kann sagen, auf fachtechnischem Gebiet. Arbeiten und Handeln der Regierung gewannen eine ebensolche kriegsentscheidende Bedeutung wie das Arbeiten und Handeln der O. H. L. . . . Die Zeit war vorüber, in der die Politik der Kriegführung sagen konnte: ‚Gewinne du den Krieg, das andere ist meine Sache', als Kriegführung und Politik noch je eine Staatshandlung war, der die andere untätig zusehen

durfte. Kriegführung und Politik waren eins geworden. Es konnte kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die Gesamtpolitik des Staates dem Kriege zu dienen und dessen Anforderungen zu erfüllen habe. Ich sage dem ‚Kriege' und nicht der ‚Kriegführung', weil ich nicht der Ansicht bin, der Reichskanzler habe sich der militärischen Kriegführung unterstellen sollen. Diese war nur ein Teil der Gesamtkriegführung geworden, gewiß immer noch ein sehr wesentlicher geblieben.

„Das Wesen des Krieges verlangt nicht nur, daß ‚eine gewisse Einsicht in das Kriegswesen der Führung des politischen Verkehrs nicht fehlen solle', sondern der Reichskanzler mußte von solchen Anschauungen über den Krieg beseelt sein, daß er sich selbst an die Spitze der Gesamtkriegführung stellte und sie der Politik als übergeordnet ansah. Nur in der Erreichung des Friedens durfte die äußere Politik besondere, der Kriegführung in gewissem Umfange übergeordnete Wege gehen."

Aus diesen Gedankengängen des Generals ergibt sich eine Anschauung, die das eigentliche Wesen politischer Betätigung kaum hinreichend würdigt. Wenn der Reichskanzler sich an die Spitze der Gesamtkriegführung stellte, so war er die oberste Instanz, also auch der O. H. L. übergeordnet, sollte nun aber die ihm obliegende politische Aufgabe als der Gesamtkriegführung nachgeordnet ansehen. Das ist eine rein gedankliche Konstruktion, die einen gewissen circulus vitiosus einschließt. In Ludendorffs Gegenüberstellung erscheint die Politik als eine untergeordnete Funktion staatlicher Betätigung. Um die Sachlage möglichst klar zu kennzeichnen, darf man an manchen Stellen seines Buches vielleicht für „Politik" den Ausdruck „zivile Leitung" setzen. Dann würde in den Erörterungen hauptsächlich der unanfechtbare Gedanke zum Ausdruck kommen, daß im Kriege alle Arbeit der Heimat diesem zu dienen hatte. Der Begriff der Politik ist damit aber keineswegs erschöpft[55]).

Die Darlegungen Ludendorffs über das Verhalten der O. H. L. zur Politik sind so ausführlich und beschäftigen sich so eingehend mit der innerpolitischen Entwicklung während des Weltkrieges, daß es ausgeschlossen und hier jedenfalls unnötig ist, ihnen im einzelnen zu folgen. Ganz unbestreitbar war es die Pflicht der Männer der O. H. L., immer wieder auf die Abstellung der Mängel in der Heimat hinzuweisen. Der Fehler liegt nur darin, daß die unleugbaren Mißstände häufig einzelnen Personen zur Last gelegt worden sind, ohne genügend zu beachten, wie weit sie unvermeidliche Folgeerscheinun-

[55]) „Der Soldat lebt in Entscheidungen, der Politiker in Entwicklungen. Vortreffliche Generale können sehr schlechte Politiker, hervorragende Politiker miserable Truppenführer sein." (Alfred Niemann, „Kaiser und Revolution". Seite 11).

gen eines jeden Krieges waren und noch dazu eines solchen, der die ganze Nation vor eine Probe stellte, wie sie noch nie einem Volke auferlegt worden ist. Die Politik und der für die Gesamtpolitik verantwortliche Reichskanzler erscheinen in der Rolle säumiger, den Aufgaben ihrer Zeit nicht gewachsener Hilfskräfte der Kriegführung, deren man sich bedient, wenn sie ausnahmsweise arbeiten, die man aber zur Ordnung ruft, wenn sie ihre Schuldigkeit nicht tun. Wie sollte denn der Reichskanzler der O. H. L. auf Anforderung alles, was diese „zur Erringung des Sieges brauchte", immer wieder zuführen, wo es sich um den Kampf gegen eine so erdrückende Übermacht an Menschen und Material handelte, wo außerdem die Entente über das wirksamste und grausamste Mittel aller Zeiten, die Hungerblockade, verfügte und skrupellos davon Gebrauch machte!

Den Gedanken, daß die oberste politische Leitung in der Person des Kaisers, als des tatsächlich im höchsten Sinne Verantwortlichen, ihre Auswirkung zu finden hatte, streift General Ludendorff nur gelegentlich, am schärfsten an folgender Stelle: „In dem Ringen der Kriegführung mit der Politik traf die Krone keine Entscheidung. Seine Majestät der Kaiser, von seiner nächsten Umgebung lange Zeit allein im Sinne des Reichskanzlers beeinflußt, ließ ihm im Innern vollständig freie Hand. Die O.H.L. erkannte dies. So wurde es letzten Endes die Schuld der O.H.L., nicht zur Rettung des Staates und der Monarchie mit deren Zustimmung die Diktatur ergriffen und die unfähige Regierung ersetzt zu haben." (S. 146/147.)

Hier werden ähnliche Gedankengänge laut, wie sie auch Oberst Bauer in seinem Buche „Der große Krieg in Feld und Heimat" (S. 187) angeschlagen hat. Danach will er Anfang Februar 1918 dem Kronprinzen Wilhelm gesagt haben, der Kaiser sei unser Verhängnis, weil er weder selbst zugriffe, noch fähige Leute an die entscheidende Stelle setze; wir gingen in die Revolution, wenn der Kaiser nicht zupacke oder die Zügel der Regierung für einige Zeit niederlege. Der Kronprinz habe es aber damals abgelehnt, irgendwie gegen seinen Vater Stellung zu nehmen, und auch Ludendorff habe diesen Weg für ungangbar gehalten.

„Am Vakuum ist General Ludendorff gescheitert," sagt Wilhelm v. Schweinitz im Abriß seiner Haager Berichterstattung[56]). „Er ist ausgesprochener ‚Nursoldat'. Ihn politisch richtig anzusetzen, war die Aufgabe der Staatsmänner. Unter einem auch nur mittelmäßig begabten hätte er uns den Kontinentalkrieg gewonnen. Daß uns nur eine regierende Regierung zum Siege verhelfen konnte, dürfte er nicht mit voller Klarheit erfaßt haben. Andernfalls hätte er sie uns

[56]) Major a. D. W. v. Schweinitz, der Sohn des ausgezeichneten Botschafters, hat einen Abriß seiner Haager Berichterstattung, wo er vom Herbst 1917 bis zum Schluß des Krieges Militärattaché war, in den „Grenzboten", 1921, Heft 47—52, veröffentlicht.

verschafft. Den Ehrgeiz, selbst zu regieren, hat er nie besessen, war dafür auch ganz ungeeignet. Das Versagen der bürgerlichen Stellen erschien ihm schließlich als ein notwendiges Übel, mit dem er sich als Feldherr, so gut oder schlecht es gehen wollte, abfinden mußte. Den Kaiser zu nehmen, war ihm nicht gegeben. Auch bei dem Vakuum hätte ein anderer vielleicht mehr ausgerichtet." (Die Grenzboten, 1921, Nr. 47, S. 229.) Auch hier klingt der Gedanke einer Diktatur an. Schweinitz spricht von einem Vakuum, das die O.H.L. aus eigener Kraft auszufüllen hätte versuchen sollen. Das kann nur heißen, sie sollte eine oberste Reichsleitung schaffen helfen, der sie sich dann willig unterzuordnen hatte. „General Ludendorff", meint W. v. Schweinitz, „hätte den Kanzler umarmt, der ihm, wie einst Bismarck dem Feldmarschall Moltke, als verantwortlicher und verantwortungsfreudiger Kriegsleiter entgegengetreten wäre." In diesem Gedanken liegt sicher viel Richtiges. Eine jede unter Mithilfe der Obersten Heeresleitung geschaffene politische Leitung aber mußte in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis von dieser bleiben. Die Vorgänge während der Kanzlerschaft Michaelis bestätigen das, wenn man auch nicht sagen kann, daß Michaelis der Kandidat der O.H.L. gewesen sei. Der Ausfall an höchster Stelle konnte auch von der O.H.L. nicht wettgemacht werden.

Kriegführung und Politik sind bei Ludendorff zwei getrennte, feindlich miteinander ringende Persönlichkeiten, die Kriegführung stets mit der Hoffnung und Absicht einer siegreichen Lösung des schweren Konflikts, die Politik und ihre Träger immer mit dem Gefühle des Mißerfolgs, wenn nicht geradezu mit bösem Willen. Daß auch die Männer der Politik treue Söhne ihres Vaterlandes waren und mit allen ihren Kräften nach Maßgabe ihrer Stellung für einen glücklichen Ausgang des Krieges zu wirken gesucht haben, dafür findet sich kaum ein Wort der Anerkennung. Daß ein großer Teil der tief beklagenswerten Verfallserscheinungen in der Heimat sich naturgemäß aus den Verhältnissen dieses Krieges ergeben hatte und ergeben mußte, wird nur gelegentlich angedeutet.

Demgegenüber betont Alfred Niemann[57]), er habe an den verschiedensten Dienststellen, im Großen Hauptquartier und schließlich beim Oberquartiermeister, erfahren, „wie schwer die Not des Krieges auf der Heimat lastete, mit welch unendlichen Reibungen unser ziviler Verwaltungsapparat zu kämpfen hatte, und welch schwere Gefahren dem gesamten Staatsgefüge von innen her drohten. Mir war klar geworden, daß etwas Entscheidendes geschehen mußte, wenn wir den Krieg zu einem glücklichen Ende bringen wollten. Die Kriegführung, die äußere und innere Politik bedurften einheitlicher Zusammenfassung, einer klaren gemeinsamen Linie." Auch

[57]) „Kaiser und Revolution", S. 11/12.

er stellt das „Vakuum“ fest, wenn er den die Einheit des Handelns verbürgenden, übergeordneten Willen vermißt, wenn er von der fehlenden inneren Harmonie der leitenden Persönlichkeiten und schließlich davon spricht, daß es dem Kaiser ungemein erschwert worden sei, „die Einheit des Wollens und des Wirkens herzustellen, die seines hohen Berufs wesentlicher Inhalt war. Schließlich war der Kaiser isoliert, und während die Heeres- und die Reichsleitung nebeneinander und gegeneinander arbeiteten, wurde das instinktlose deutsche Volk die Beute politischer Verführer“ (S. 14). Diese Urteile beanspruchen Bedeutung, da Oberstleutnant Niemann dem Kaiser während der schwersten Entscheidungsstunden dienstlich und persönlich nahegestanden hat.

Staatskunst und Kriegführung arbeiteten also nach der Auffassung des Generals Ludendorff in seinem Buche „Kriegführung und Politik“ eigentlich niemals Hand in Hand. Häufig begegnet man der Gegenüberstellung der feindlichen Pole, wenn es darin z. B. heißt: „Die Politik konnte der Kriegführung danken“ (S. 170) oder: „Kriegführung und Politik konnten mit dem Kampfergebnis des Jahres 1917 zu Lande durchaus zufrieden sein“ (S. 204). Erscheint hier eine gewisse Parallelität der Auffassungen hinsichtlich der erreichten Erfolge, so wird diese erfreuliche Feststellung aber alsbald wieder zurückgenommen, wenn es auf S. 205 heißt:

„Die Politik verschlechterte nun auch weiterhin die Gunst der Kriegslage durch die hinschleppende und unwürdige Art, in der sie die Friedensverhandlungen mit Rußland in Brest-Litowsk und bald darauf mit Rumänien in Bukarest führte.“

Aus den hier dargelegten Gedankengängen heraus ist die Schlußfolgerung, daß es der Obersten Heeresleitung verantwortlich obliege, für einen geeigneten Mann an der Spitze der politischen Leitung zu sorgen, eine Selbstverständlichkeit. Ludendorff erklärt es denn auch als einen schweren Fehler, daß die dritte Oberste Heeresleitung nicht alsbald planmäßig auf die Beseitigung des Reichskanzlers v. Bethmann ausgegangen ist.

> „Es war ein besonderes Verhängnis,“ sagt Ludendorff auf Seite 144 seines Buches, „daß sie (die Oberste Heeresleitung) bei ihrem Amtsantritt glaubte, in dem Reichskanzler einen Mitarbeiter zu haben, und daß sie nicht im August 1916 auf seine Amtsenthebung drang. Sobald sie aber die ganze Unfähigkeit des Reichskanzlers v. Bethmann, das Volk in diesem Kriege zu leiten und dem Kriege zu dienen, erkannt hatte, hat sie Seine Majestät den Kaiser über das verderbliche Wirken des Reichskanzlers aufgeklärt und ihm als einzig möglichen Nachfolger Großadmiral v. Tirpitz und Fürst v. Bülow vorgeschlagen. Sie

hat schließlich Seiner Majestät ihre Stellung zur Verfügung gestellt, falls dieser unheilvolle Mann nicht entlassen würde, weil mit ihm der Krieg nicht zu gewinnen, nur zu verlieren sei."

Deutlicher noch tritt die Stellung, die die Männer der Obersten Heeresleitung zu dem Problem der Abgrenzung der obersten Gewalten schließlich eingenommen haben, in folgender Darlegung zutage:

„In der Zeit, als Graf Hertling Reichskanzler war, ließ das Ringen der Kriegführung mit der Politik zur Herbeiführung des Sieges nach, weil sie doch nichts von ihm (so im Original) erhielt. Die Politik des dritten Kriegsreichskanzlers war nicht besser als die des ersten. Bei der sich bessernden Kriegslage an der Front hoffte damals jedoch die Kriegführung, gegen die Politik und gegen den international-pazifistisch-defaitistisch denkenden Teil des Volkes den Krieg zu gewinnen. Das stellte sich aber als ein schwerer Irrtum heraus, und insofern war es ein Fehler, daß die Oberste Heeresleitung — trotz persönlicher Verehrung — nicht auf schnellsten Ersatz dieses Reichskanzlers durch eine vollkräftige Persönlichkeit drang." (S. 146.)

Die grundlegende, nach und nach erfolgte, Verschiebung der Anschauungen über die Abgrenzung der obersten Gewalten tritt in diesen Sätzen geradezu ergreifend in die Erscheinung. Hier war von einem Dreigestirn, wie es sich bei uns historisch und zwangsläufig herausgebildet hatte, nicht mehr die Rede. Die Oberste Heeresleitung hatte die oberste Gewalt inne. Konnte noch ein Zweifel darüber bestehen, ob wirklich der Kaiser in dieser Zeit zu einer so einflußlosen Rolle hinabgesunken war, wie es Rosner in seinem „König" schildert, so ist nach diesen Darlegungen des Generals Ludendorff ein Zweifel daran kaum mehr zulässig. In ihrem heißen Wunsche, dem Vaterlande zum Siege zu verhelfen, verkannte die Oberste Heeresleitung, daß die Leiter der Politik in vielen Fällen machtlos waren, daß es oft wahrlich nicht an bösem Willen oder an Mangel an Energie, auch nicht an Verantwortungsscheu gelegen hat, wenn die „Politik der Kriegführung nicht zu geben vermochte", wonach sie verlangte. In dieser Hinsicht hat eine gewisse Weltfremdheit der Obersten Heeresleitung zweifellos bestanden. In einem Hauptquartier, wo alles auf militärische Unterordnung gestellt ist, wo die hohe Autorität der vom Ruhme ihrer unvergleichlichen Taten umglänzten Heerführer jeden Gedanken an Widerspruch erstickt, wo ganz naturgemäß die materiellen Nöte der Zeit nur in unbestimmten Linien erkennbar werden, da erscheint es leicht so, als brauche man die Mängel nur aufzuzeigen, um nun auch ihrer

Abstellung gewiß zu sein. Blieb dann die erhoffte Wirkung aus, so hatte die Politik versagt und dem Heere nicht gegeben, wessen es bedurfte. So konnte der Gedanke entstehen, den Krieg „gegen die Politik" gewinnen zu wollen.

Ludendorff sagt selbst, daß die Oberste Heeresleitung dem Kaiser als Ersatz für Herrn v. Bethmann den Großadmiral v. Tirpitz und den Fürsten Bülow vorgeschlagen habe. Hierin ist, meiner persönlichen Überzeugung nach, ein wirklich vertretbarer und schwerwiegender Irrtum der Obersten Heeresleitung festzustellen. Großadmiral v. Tirpitz hatte keine, Fürst Bülow nur sehr geringe Aussicht, von dem hierfür allein zuständigen Kaiser in die Stellung als Reichskanzler berufen zu werden. Unter keinen Umständen durfte der Sturm auf den Reichskanzler unternommen werden, wenn nicht Sicherheit darüber bestand, ihn durch einen besseren ersetzen zu können, der auch dem Monarchen genehm war. Hierüber konnte durch den beim Kaiser in vollem persönlichen und sachlichen Vertrauen stehenden Chef des Zivilkabinetts jederzeit Klarheit geschaffen werden. Aber ohne Aussicht auf einen besseren Nachfolger hat man den verhängnisvollen Schritt unternommen, sicherlich in der besten Absicht und um dem Vaterlande zu dienen, aber doch unter Verschiebung der durch die Gesamtstruktur unseres Staates gegebenen Grenzen und ohne Aussicht auf Erfolg. An dieser Feststellung darf auch nicht vorübergehen, wer, wie ich, alles Persönliche nur so weit in das Licht der Öffentlichkeit rücken möchte, wie es unbedingt erforderlich ist, und der zugleich — nicht nur als alter Offizier — das Gefühl menschlicher Verehrung für die Männer der Obersten Heeresleitung besitzt. Auch die Männer der Politik haben vollen Anspruch auf ehrliche Würdigung ihrer Tätigkeit.

Nach dem Tode des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg erschien der den Weltkrieg behandelnde zweite Teil seiner „Betrachtungen zum Weltkriege". Ausführlich setzt er sich mit dem Problem der obersten Führung im Kriege auseinander. Ich würde glauben, der gebotenen Objektivität gegen diesen gleichfalls von reinstem Wollen geleiteten Staatsmann nicht hinreichend gerecht zu werden, wenn ich nicht den ersten Kriegskanzler mit seinen Ausführungen über diese Grundfragen in meinem Gutachten ausführlich zu Worte kommen ließe.

Bethmann Hollweg hat das „Schicksalshafte" der politisch-militärischen Gegensätzlichkeit klar erkannt und immer in Rechnung gestellt. Er betont es wiederholt, daß ein solcher Widerstreit zwischen politischer und militärischer Auffassung im Kriege selbstverständlich sei; er sei so alt wie die Kriegsgeschichte. „Militärisches Gemeingefühl hat von jeher zu der Auffassung geneigt, daß die Politik zu schweigen habe, wenn Mars die Stunde regiere. Die Verhältnisse

des Weltkrieges haben diese Auffassung auf die Spitze getrieben." (Seite 37.)

Bekanntlich ist es Bethmann Hollweg selbst gewesen, der seinen ganzen persönlichen Einfluß dafür eingesetzt hat, daß Hindenburg und Ludendorff an die Spitze der Obersten Heeresleitung berufen wurden. Sehr bald aber nahm — nach Bethmanns Darstellung — innerhalb der Obersten Heeresleitung General Ludendorff eine ausgesprochen feindliche Haltung gegenüber dem Reichskanzler ein, eine Haltung, für die mindestens ein Teil der Verantwortung nach seinen eigenen Ausführungen in seinem Buche „Der große Krieg in Feld und Heimat" dem Obersten Bauer zugeschrieben werden muß. Bethmann schildert die Entwicklung der Dinge wie folgt:

„Sehr bald wandelte General Ludendorff die Verhältnisse. Es gab kaum eine Frage der Politik, in der er für die Oberste Heeresleitung nicht allein die Mitwirkung, sondern auch die Entscheidung verlangte. Begründet wurde die militärische Ingerenz fast durchgehend mit der Erklärung, daß sonst der Krieg verloren gehe und der Feldmarschall v. Hindenburg die Verantwortung nicht länger tragen könne . . . Anfangend mit der Adoption persönlicher und geschäftlicher Verkehrsformen, die gedeihliche Zusammenarbeit fast ausschlossen, sich steigernd von Nichtunterstützung zu Bekämpfung der politischen Leitung, haben die Verhältnisse in der Julikrisis 1917 zu einem Regime geführt, das die Alleinherrschaft der militärischen Leitung außer Zweifel stellte." (Seite 47.)

„. . . Die Diktatur aber, die General Ludendorff anstrebte, stieß, indem sie den Reichskanzler zum ausführenden Organ seiner eigenen Entschlüsse machen wollte, unsere staatliche Ordnung um. Heilsam wäre sie für Deutschland nur gewesen, wenn sich militärischer Tatkraft überlegene politische Weisheit gesellt hätte. Wie die Dinge persönlich und sachlich lagen, waren die beiden obersten Gewalten auf Zusammenarbeit angewiesen. Aus der Wertschätzung der militärischen Leistungen heraus ist die politische Leitung immer bereit gewesen, den Militärs zu möglichen Kompromissen die Hand zu bieten, Sich ihnen unterordnen, hätte die Approbation ihrer politischen Richtlinien bedeutet." (S. 48.)

„Auch die summarische Behauptung ist nicht diskutierbar, daß die politische Leitung dem Kriege nicht gegeben habe, was zur Kriegführung nötig gewesen sei. Unbeschränkt hat die Heeresleitung über Menschen und Material verfügt. Und innerhalb des Menschenmöglichen hat das Volk physisch und moralisch hergegeben, was das Militär verlangte. Unerfreu-

liche Erscheinungen sind während meiner Amtszeit Ausnahmen gewesen, die die Gesamtleistung nicht berührten. Entscheidend ist ausschließlich, ob der Feldmarschall v. Hindenburg und der General Ludendorff den Krieg militärisch so haben führen können, wie sie es für nötig hielten. Das ist der Fall gewesen. . . . Unsere militärische Lage im Juli 1917 ist so gut und so schlecht gewesen, wie eine völlig freie Heeresführung sie mit der besten Wehrmacht der Welt hat herstellen können. Dieser Tatbestand läßt sich durch nichts verschleiern. Er ist die Basis aller Kritik. Die große, und wie ich glaube, verhängnisvolle Wendung ist eingetreten, als die Heeresleitung, zur Beherrscherin der Politik werdend, dieser Situation nicht die unabwendbaren Folgen gab." (S. 49/50.)

„Der soldatisch gerechtfertigte Wille, an nichts als an den Sieg zu denken, fand keine Hemmung an der Einsicht des militärisch und politisch Erreichbaren. Um das Ziel, die Politik unter diesen soldatischen Willen zu beugen, ist der Kampf des Generals Ludendorff gegen die Reichsleitung gegangen.

„Daß die militärische Leitung aus den entstandenen Konflikten als Sieger hervorging, entsprach dem Willen der großen Mehrheit der Nation. Ganz unabhängig von dem Vorhandensein oder dem Fehlen sachlicher Übereinstimmung optierte deutsche Volksstimmung letzten Endes doch stets für das militärische Votum. Das Bewußtsein davon, daß das Deutsche Reich ohne die Großtaten der preußischen und deutschen Armee nicht hatte zustande kommen können, und die unvergleichlichen jetzigen Kriegstaten, an denen alle die Männer mithandelnd teilnahmen, die in der Friedensarbeit Deutschland groß gemacht hatten, waren Momente, die zusammen mit den unerreichten militärischen Verdiensten der beiden großen Heerführer unbedingtes Vertrauen in die Unfehlbarkeit aller ihrer Entschlüsse erzeugten. Diese geradezu gläubige Hingabe der Nation an ihre militärischen Heroen hat deren Stellung zu einer einzigartigen erhoben. Sie repräsentierten nicht mehr bloß die Heerführung, sondern wurden zu einer politischen Macht, vor der sich auch der Kaiser zu beugen hatte.

„Das deutsche Volk hat, indem es die militärische Leitung auf eine solche Höhe stellte, den Gang der Dinge entscheidend mitbestimmt. Glühender Patriotismus, grandiose Willensenergie und militärische Größe mochten gerade in dem Verantwortungsgefühl für die Macht, die die Nation in seine Hände legte, das Selbstbewußtsein des Generals Ludendorff zu dem Pflichtgefühl steigern, die Hand nach der Alleinherr-

schaft auszustrecken. Vor der Todesgefahr Deutschlands verblaßten alle persönlichen Momente und armseligen Kompetenzfragen, und alles war gut, was zum Erfolge führte. Die Leidenschaftlichkeit, mit der der General, nun das Schicksal anders entschieden hat, die Schuld an dem Mißlingen andern zuweist, bringt die Frage nicht zum Schweigen, ob seine Wege überall die richtigen waren." (S. 51/52.)

In diesen, von hoher Warte gesprochenen Worten hat sich Bethmann Hollweg, der das Erscheinen seines Werkes selbst noch zu erleben hoffte, persönlich in die Reihe derjenigen gestellt, die über die Gründe unseres Zusammenbruchs ihr Urteil abzugeben wünschen. Es wird erforderlich sein, auf seine Urteile im zweiten Teile meines Gutachtens verschiedentlich zurückzukommen.

Nur auf einen Gesichtspunkt muß ich jetzt schon hinweisen. Bethmann Hollweg beruft sich auf die Volksstimmung und den „Willen der großen Mehrheit der Nation". Man muß es der großen Mehrheit der Nation zugute halten, daß sie sich kaum ein anderes Urteil zu bilden vermochte, als es ihr durch die Presse vermittelt wurde. Diese aber stand unter einheitlicher Leitung des Kriegspresseamts, das seinerseits in engster geistiger Fühlung zum Großen Hauptquartier arbeitete und arbeiten mußte. Entscheidend für Deutschlands außen- und innenpolitische Möglichkeiten war die Lage an den Fronten. Diese konnte nur von der militärischen Leitung beurteilt werden, und im Sinne des Durchhaltens war es unvermeidlich, wurde es jedenfalls für unumgänglich nötig gehalten, vollstes Vertrauen in den Stand der Dinge an der Front und zu der allen Schwierigkeiten — selbst bei gefährlichster Entwicklung — gewachsenen O.H.L. zu erzeugen. Das gleiche Vertrauen der öffentlichen Meinung zu den Leitern der Politik herzustellen, ist zu kaum einer Zeit des Weltkrieges für erforderlich gehalten worden. Hierin liegt eine gewisse Entlastung des deutschen Volkes, das sich tatsächlich keine andere Meinung zu bilden vermochte, als sie ihm in den Äußerungen der Presse entgegengebracht wurde.

Aber auch hier handelt es sich um eine zwangsläufig erwachsene Erscheinung. Das Kriegspresseamt war als Verlegenheitsschöpfung des Krieges nach rein militärischen Gesichtspunkten improvisiert worden, ihm fehlten alle Erfahrungen, die schon in der Friedenszeit für eine so überaus wichtige Einrichtung hätten gewonnen werden müssen. Aller guter Wille einzelner, kluger und tatkräftiger Persönlichkeiten konnte diesen Konstruktionsfehler und den Mangel an geistigen Friedenserfahrungen nicht ersetzen. So wurde es möglich, daß die für die Beeinflussung der öffentlichen Meinung wichtigste Stelle gelegentlich selbst dazu beigetragen hat, den Kampf zwischen politischer und militärischer Leitung zu vertiefen und einseitig Partei zu ergreifen.

Wenn Bethmann Hollweg die öffentliche Meinung Deutschlands für die Entwicklung der Dinge mit verantwortlich macht, so darf unbedingt die weitgehende Entlastung nicht außer acht gelassen werden, die der öffentlichen Meinung aus den hier nur kurz skizzierten Verhältnissen erwächst. Es war auch hier wieder mehr Schicksal als vertretbare Schuld, denn wohl alle am Werk befindlichen Persönlichkeiten wollten der Sache des Vaterlandes dienen und taten das auf ihre Weise, so gut oder schlecht, wie sie es verstanden, die O.H.L. jedenfalls in dem Gefühl, alle wertvollen Bestandteile des Volkes hinter sich zu haben.

Ergebnis

Kann man nun, wenn man die Ende Januar 1918 bestehenden Verhältnisse zugrunde legt, dem Kaiser, dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg, dem General Ludendorff, dem Reichskanzler Grafen Hertling aus der geschilderten Entwicklung einen vertretbaren Vorwurf machen? Beginnen wir mit den Männern der Obersten Heeresleitung.

In den bisherigen Darlegungen ist schon darauf hingewiesen worden, daß rastlose Tätigkeit und hoch entwickeltes Verantwortlichkeitsgefühl für die militärische Ausbildung in Preußen und Deutschland grundlegend waren. Ein Gehenlassen der Dinge wog schwerer als ein Fehlgreifen in der Wahl der Mittel. Wenn nun die Männer der Obersten Heeresleitung die Überzeugung in sich trugen, daß die seitens der Zivilleitung zu treffenden Maßnahmen nicht mit dem gebührenden Nachdruck erfolgten, daß die Heimat durch Vernachlässigung verantwortlicher Verwaltungsstellen in den Leistungen zurückblieb, die man von ihr fordern mußte, um den Krieg siegreich zu bestehen; war es dann nicht ein begreiflicher Gedankengang, wenn die Männer der Obersten Heeresleitung auch im Heimatsgebiet auf Grund ihrer ungeheueren Popularität Wandel zu schaffen suchten? Diente nicht alles, was geschah, einzig der Verteidigung des Vaterlandes und dem Wunsche, die Zukunft des Deutschen Reiches sicherzustellen? Wenn sich hierbei Kämpfe mit der politischen Leitung des Reiches ergaben, mußten dann diese Kämpfe — mit den Augen des Großen Hauptquartiers gesehen — nicht geradezu als eine unausweichliche Notwendigkeit und als ein vaterländisches Verdienst erscheinen?

Nicht der Schatten eines Beweises ist dafür erbracht worden, daß etwa persönliche Motive oder unedle Regungen irgendwelcher Art den Kampf der Obersten Heeresleitung gegen die Reichsleitung oder gegen die persönliche Umgebung des Kaisers bestimmt hätten. Alle die zum Teil unerfreulichen Erscheinungen, die wir haben klarlegen müssen, entsprangen dem reinen Motiv, dem Vaterlande

zu dienen. Sie werden dadurch in moralischem Sinne geheiligt. Schossen sie über das Ziel hinaus, griffen sie in die Kompetenz der Reichsleitung ein, so gab es ja in der Person des Monarchen den notwendigen Ausgleich. Der Kaiser übernahm die tatsächliche und formelle Verantwortung für die großen Hauptentscheidungen: die Männer der Obersten Heeresleitung durften sich dadurch in jedem Sinne gedeckt fühlen. Eine vertretbare Schuld kann ihnen daher nicht beigemessen werden.

Die Gegensätzlichkeit der militärisch gerichteten Anschauungen der Obersten Heeresleitung gegen die politische Reichsleitung lag in der Natur der Sache begründet. Ebensowenig wie es dem Fürsten Bismarck erspart geblieben ist, um den ihm gebührenden Einfluß zu ringen, ebensowenig konnten Bethmann Hollweg und die ihm nachfolgenden Reichskanzler darauf rechnen, ohne Konflikte durchzukommen. Nur war es für sie bei der ungeheueren Popularität der Obersten Heeresleitung ungemein schwierig, den ihnen gebührenden Einfluß auch tatsächlich zur Geltung zu bringen. Ausschlaggebend hierfür war die Person des Monarchen.

Damit rühren wir an die empfindlichste Seite des Gesamtproblems. Dem Kaiser als Obersten Kriegsherrn lag es ob, in allen Hauptfragen den Ausschlag zu geben. War eine Einigung zwischen den widerstrebenden Anschauungen nicht zu erzielen, so mußte er persönlich entscheiden und — unter Umständen — andere Persönlichkeiten an die maßgebenden Stellen bringen. Die Verantwortung für die hierbei getroffene Auswahl fiel wiederum ihm allein zu. Kaiser Wilhelm I. verdankte seine großen Erfolge in der Hauptsache dem Umstande, daß er mit scharfem Blick den richtigen Mann an die richtige Stelle zu setzen wußte, aber auch Tatkraft genug besaß, bei Konflikten oberhalb des Streitfalles zu bleiben und sachlich den Ausschlag zu geben. Aus den Verhandlungen um den Nikolsburger Frieden und vor Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses 1879 wissen wir, daß es Bismarck mitunter sehr schwer geworden ist, den Monarchen zu den Schritten zu veranlassen, die er politisch für nötig hielt. Bedurfte es doch bei Nikolsburg des persönlichen Eingreifens des Thronfolgers, um endlich den Verzicht des Kaisers auf weitere Forderungen gegenüber Österreich zu erreichen. Wie damals, wo der König im tiefsten Unmut von einem „schimpflichen" Frieden und davon sprach, daß sein eigener Sohn und sein erster Ratgeber ihn vor dem Feinde verließen, hätte es auch im Weltkriege schwerer persönlicher Auseinandersetzungen bedurft, um die Gegensätzlichkeit der politischen und militärischen Ratgeber des Kaisers von Fall zu Fall zu überwinden. Verschiedentlich hat Kaiser Wilhelm II. in scharfer Form Übergriffe in das Gebiet der politischen Leitung, wo er sie als solche zu erkennen glaubte, zurückgewiesen, so z. B. in den kritischen Tagen vor dem Sturze des Reichskanzlers

v. Bethmann Hollweg, und gelegentlich auch später. Als Bethmanns Entlassung beschlossen war und der Kaiser den nach Berlin gerufenen Generalen der Obersten Heeresleitung diese Tatsache mitteilte, wies er sie ausdrücklich darauf hin, daß sie als Generale zu gehorchen hätten.

Auch bei diesen Vorgängen hat die Person des Thronfolgers, wenn auch in anderer Weise als 1866, eine bedeutende Rolle gespielt. Er war es, der in engem Einvernehmen mit dem Obersten Bauer den endgültigen Anlauf zum Sturze Bethmann Hollwegs unternahm. Für den Kaiser wurde die Lage dadurch nur um so schwieriger. In jeder Richtung fühlte er sich durch die Entwicklung der Dinge gehemmt. Für den Reichskanzler hatte er auch nach seiner eigenen Überzeugung keinen ausreichenden Ersatz. Die Generale der Obersten Heeresleitung aus ihrer Stellung abzuberufen, um den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg zu retten, war bei der damaligen Stimmung in Deutschland ganz unmöglich. Das persönliche Eingreifen des Thronfolgers gab den ganzen Auseinandersetzungen einen noch ernsteren Charakter.

Die einzige Lösung der ungemein schwierigen Lage hätte es bedeutet, wenn der Kaiser jetzt in den Vordergrund trat und die oberste Leitung in scharfer Zügelführung selbst übernahm. Die Entwicklung der Dinge schrie geradezu nach einer derartigen tatkräftigen Zusammenfassung der obersten Gewalt, nach einer solchen legalen „Diktatur“ von oben. Aber dazu fühlte sich der Monarch nicht imstande, war auch durch die bisherige Gesamtentwicklung der Dinge so verstimmt, daß ihm dieser Gedanke wohl kaum gekommen ist. Er blieb im Hintergrunde, gewährte den Männern der Obersten Heeresleitung breitesten Spielraum und begab sich in steigendem Maße seines persönlichen Einflusses. Hierbei glaubte er zweifellos in Übereinstimmung mit den weitesten Kreisen seines Volkes zu handeln, empfand also seinen persönlichen Verzicht als pflichtmäßig und wirkungsvoll. Auch hier also wäre es verfehlt, von einer Schuld zu sprechen. Nicht Schuld, sondern Schicksal ist es gewesen, daß das deutsche Volk bei seinem schwersten Waffengange nicht einen Mann an seiner Spitze fand, der die Eigenschaften Friedrichs des Großen besaß und den fast übermenschlichen Anforderungen der obersten Führung in einem derartigen Weltkriege entsprach.

Bei den Männern der obersten Reichsleitung von einer Schuld zu sprechen, erübrigt sich nach den bisherigen Ausführungen. Selbst einer Persönlichkeit von den überragenden Eigenschaften eines Bismarck würde es schwer gefallen sein, seinen Standpunkt durchzusetzen. Die höchste Verantwortlichkeit verblieb immer dem Monarchen, der ja auch jederzeit in der Lage war, den obersten Beamten des Reiches aus seiner Stellung abzuberufen.

Unsere Frage nach einer vertretbaren Schuld an der Entwicklung der Verantwortlichkeitsfrage beantwortet sich also dahin, daß trotz aller nicht hinwegzuleugnenden unerfreulichen Einzelerscheinungen, wie sie sich besonders in der Eigenpolitik nachgeordneter Persönlichkeiten des Großen Hauptquartiers geltend gemacht haben, von einer eigentlichen Schuld nirgends gesprochen werden kann. Von niemandem kann man verlangen, daß er ein großer Mann sei. Ob aber einem Volke in den Krisen seiner Entwicklung große Männer an den richtigen Stellen zur Verfügung stehen, das ist Schicksal. Diese Gunst des Schicksals ist dem deutschen Volke im Weltkriege versagt geblieben.

VII

Der Entschluß zur Offensive 1918

Mit dem Gefühl, den überwiegenden Teil der öffentlichen Meinung in der deutschen Heimat und die ganze Armee hinter sich zu haben, entschloß sich die Oberste Heeresleitung zum Angriff im Westen.

Es ist nicht meine Aufgabe, die militärischen Grundlagen dieser Offensive nachzuprüfen[58]). Wohl aber habe ich die Pflicht, den politischen Grundlagen des Entschlusses zur Offensive nachzugehen und festzustellen, ob seitens der politischen Reichsleitung oder von anderer Seite, die ihre Stimme im großen Hauptquartier geltend zu machen vermochte, politische Bedenken gegen eine solche Offensive vorgebracht worden sind, und wie sich die Oberste Heeresleitung zu ihnen gestellt hat.

Wie eingehend die Schwierigkeiten einer großen Offensive im Westen seitens der Männer der Obersten Heeresleitung gewürdigt worden sind, dafür legen die ausführlichen Betrachtungen des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg und des Generals Ludendorff in ihren Kriegsbüchern Zeugnis ab. Man war sich im Großen Hauptquartier der ungeheuren Schwierigkeiten voll bewußt, hoffte sie aber zu überwinden, zumal es im Frühjahr 1918 zum ersten Male möglich war, den Heeren der Entente in zahlenmäßig gleicher Stärke, an den Brennpunkten des Kampfes mit Überlegenheit entgegenzutreten. Daß unsere Westgegner in der Gesamtausrüstung, in der Ausstattung mit Flugzeugen und Tanks, besonders aber mit Bekleidungsgegenständen, Munition und vor allem Lebensmitteln uns erheblich überlegen waren, wurde gewissenhaft in Rechnung gestellt. Trotzdem erhoffte die Oberste Heeresleitung den Sieg im Westen und baute hierbei auf die Zauberkraft der Offensive, dieser echt

---

[58]) Vgl. Referat des Generals der Inf. v. Kuhl „Entstehung, Durchführung und Zusammenbruch der Offensive von 1918".

soldatischem Empfinden vertrautesten Kampfform. Tatsächlich wurde im gesamten Heere das Ende des Stellungskrieges und der Entschluß zum Angriff herbeigesehnt, da er den kaum mehr ertragbaren Leiden des Dauerkampfes in den Zonen einer nun schon Jahre andauernden Verwüstung ein Ende zu bereiten versprach. Für die Oberste Heeresleitung konnte der Gedanke eines weiteren Stehenbleibens in passiver Abwehr kaum in Betracht kommen, da die überlegene Ausrüstung unserer Westgegner mit Kampfmitteln aller Art den Stellungskrieg schließlich zu unseren Ungunsten hätte entscheiden müssen. Der Verlauf der großen Materialschlachten im Jahre 1917 ließ darüber keinen Zweifel. Gesellte sich zu den jetzt schon vorhandenen Kräften der Entente im Westen noch der Zustrom frischer amerikanischer Truppen, so war auf einen Erfolg durch Abwehr im Westen, mochte sie auch mit Offensivstößen gepaart sein, kaum mehr zu rechnen.

Von rein militärischem Standpunkte aus kann man gegen den Entschluß der Obersten Heeresleitung zur Offensive im Westen meiner Ansicht nach nichts einwenden. Es muß aber noch untersucht werden, ob seitens der politischen Leitung alle Mittel erschöpft worden sind, die den neuen und mit Sicherheit sehr verlustreich werdenden Waffengang vielleicht hätten überflüssig machen können. Hierfür war mit entscheidend, welche Kriegsziele deutscherseits angestrebt wurden.

Die Frage der Verantwortlichkeit für den Entschluß zu der großen Offensive ist durch das Schreiben des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg an den Kaiser vom 7. Januar 1918 (Anlage 1) geklärt. In diesem Schreiben, das sich auf die Mitwirkung der Generale der Obersten Heeresleitung an den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk bezog, heißt es ausdrücklich: „Um uns die politische und wirtschaftliche Weltstellung zu sichern, deren wir bedürfen, müssen wir die Westmächte schlagen. Dazu haben Euer Majestät die Angriffsschlacht im Westen befohlen.“ Es war also bereits Anfang Januar der Entschluß zur Offensive im Westen vom Kaiser, als dem tatsächlichen Träger der obersten Verantwortlichkeit, endgültig gefaßt. Eine formale Verantwortlichkeit für diesen Entschluß kann daher den Männern der Obersten Heeresleitung nicht zugeschoben werden.

Wie sich besorgten Patrioten die Gesamtlage damals darstellte, geht aus einer Eingabe hervor, die Friedrich Naumann, Professor Jäckh, Dr. Robert Bosch und andere am 11. Februar 1918 an den General Ludendorff richteten. Diese Eingabe ist ihrer Wichtigkeit wegen als Anlage 8 (Seite 136 ff.) wörtlich abgedruckt [59]).

Die Verfasser der Denkschrift gehen davon aus, daß die bisher ganz geschlossene Heimatfront sich in den letzten Wochen nicht mehr

[59]) Sie findet sich ferner gedruckt in Heft 18 der „Deutschen Politik“ vom 30. April 1920.

als gegen Erschütterungen völlig gefeit erwiesen habe. Offenbar sind es die im Januar 1918 zum Ausbruch gekommenen Streiks, auf die hier angespielt wird. Von diesen wird weiter unten (vgl. Seite 112 ff.) noch die Rede sein. Nur dem Festhalten der organisierten, besonnenen und älteren Arbeiterschaft sei es zu verdanken gewesen, daß nicht noch schwerere und beklagenswertere Ereignisse eingetreten seien.

Der Gedankengang der Denkschrift ist in großen Zügen folgender: Die Hinauszögerung des Kriegsendes bis zum Jahre 1919 wird von der Masse der Bevölkerung als etwas kaum Erträgliches empfunden. Ein Hinausziehen des Krieges bis 1919 könnte trotz militärischer Siege unsere politische und wirtschaftliche Niederlage bedeuten. Jeder Monat weiterer Kriegsdauer unterhöhle Mitteleuropa in wirtschaftlichem Sinne, bringe immer riesenhaftere Finanzlasten und schwäche Deutschlands Stellung gegenüber seinen Verbündeten selbst im Falle eines günstigen Kriegsausganges. Das gefühlsmäßige Drängen der breiten Massen in Deutschland habe daher sehr gute objektive Gründe an seiner Seite.

Eindringlich wenden sich die Verfasser der Denkschrift gegen eine Offensive im Westen, die als eine Offensive des deutschen Generalstabes erscheinen könne. Das deutsche Volk werde selbst das große bevorstehende Blutvergießen ertragen, wenn es sichtbar sei, daß die Feinde uns keine andere Wahl lassen, daß es sich also um eine von Lloyd George uns aufgezwungene Offensive handle. „Nur als einen wirklich unentrinnbaren Verteidigungsakt gegen den Eroberungswillen der Feinde will die Bevölkerung die Offensive, so wie sie schon den Kriegsbeginn nur so gewollt hat. Es ist heute die Aufgabe der Politik und der Kriegskunst, die Unentrinnbarkeit dieser Offensive — wenn sie kommen muß — für das Volksgefühl lebendig zu machen. Die freiwillige Hingabe, auch in der Heimat, ist die Vorbedingung für das Gelingen jeder großen militärischen Operation, und diese Hingabe ist heute schwer bedroht. Anderseits schließen wir alle moralischen Kraftquellen der Nation von neuem auf, wenn es gelingt, den feindlichen Krieg als Eroberungskrieg bloßzustellen und damit die Verantwortung für die Offensive vor der öffentlichen Meinung Deutschland dem Feinde anzuheften."

Die Denkschrift fordert aus diesen Erwägungen heraus eine politische Offensive Deutschlands, die Lloyd George zu der öffentlichen Erklärung zwinge, daß er den Krieg um Elsaß-Lothringens willen fortsetzen wolle. Hierfür sei eine unzweideutige Erklärung Deutschlands über die zukünftige Wiederherstellung der Souveränität und Integrität Belgiens die Voraussetzung. „Solange noch Zweideutigkeit in der belgischen Frage besteht, gelingt es Lloyd George immer noch, den Massen glaubhaft zu machen, dieser Krieg würde eigentlich noch um Belgien geführt. So täuscht er den Verteidigungscharakter des englischen Krieges vor."

Mit größter Eindringlichkeit fordert die Denkschrift eine Erklärung über Belgien, so bald und so deutlich wie möglich. Das deutsche Volk soll zum Einsetzen seiner ganzen Kraft im Entscheidungskampfe aufgerufen werden. Als Ziel erscheint den Verfassern der Denkschrift entweder der Sturz der englischen Kriegsregierung und ihr Ersatz durch ein Friedensministerium oder die Bildung eines im Gegensatz zum englischen Volkswillen stehenden chauvinistischen Ministeriums. Mit dem ersteren könne man einen Frieden schließen, der vor der Geschichte als gewaltiger Sieg Deutschlands dastehe, und ein solcher würde so zugleich auch den inneren Sieg in Deutschland sicherstellen; eine Militärdiktatur unter Lloyd George würde aber die denkbar schwerste Behinderung des englischen Krieges bedeuten, der nun seinen Charakter als Volkskrieg verliere. Deutschland aber wäre gegen jede innere Unruhe geschützt, denn unser Krieg würde auf diese Weise wieder zum Volkskriege werden. „Ein Friedensschluß heute würde ein staatsfrohes deutsches Volk in den Frieden hineinführen, das der Armee gegenüber jene Gesinnung bewahren würde, wie sie notwendig ist, um in der Zukunft stark zu bleiben. Diese Gesinnung muß unrettbar verloren gehen, wenn die Suggestion weiter frißt, daß die Oberste Heeresleitung und unter ihrem Druck die deutsche Regierung die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges trägt. Die Widerstandskraft unseres Volkes gegen die revolutionäre Unruhe müßte schließlich zusammenbrechen!“

In einen starken Mahnruf klingt die Denkschrift aus. „Eine furchtbare Verantwortung ruht heute auf der Staatsleitung: der gute Wille der Massen ist noch zu retten. Alle gesunden Kräfte in der Arbeiterschaft möchten die auf die Desorganisation hindrängenden Elemente abstoßen. Aber die Regierung muß ihnen helfen. Sie hat es in der Hand, die zersetzenden Kräfte zu einer großen zerstörenden Macht in Deutschland werden zu lassen oder sie zu dauernder Ohnmacht zu verurteilen.“ Das sind wahrhaft prophetische Worte geworden.

General Ludendorf schätzte die Tragweite der ihm in der Denkschrift gemachten Darlegungen immerhin so hoch ein, daß er die Schrift vom Großen Hauptquartier aus am 22. Februar 1918 selbst beantwortete. Seine Antwort beschränkte sich aber ganz auf die rein militärische Beurteilung der Notwendigkeit einer Westoffensive. Sie mag hier im Wortlaute folgen:

„Großes Hauptquartier, den 22. Februar 1918.

Euer Hochwohlgeboren!

hatten mit einigen anderen Herren die Güte, mir eine Darlegung über die gegenwärtige Lage zu übersenden. Mit der Bitte, auch den anderen Herren Kenntnis zu geben, beehre ich mich, nachfol-

gendes zu erwidern. Ich beschränke mich dabei auf die Frage nach der Notwendigkeit und Bedeutung einer Offensive.

Wir haben nicht die Wahl zwischen Frieden und Krieg, solange wir ein wirtschaftlich starkes und gesichertes Vaterland erstreben. Aber wir haben im Westen zum ersten Male seit dem Einmarsch in Frankreich die Wahl zwischen Verteidigung und Angriff. Sie darf nicht schwer fallen, auch wenn die Aufgabe eine gewaltige ist. Nur Handeln bringt Erfolg. Das haben die Waffenerfolge auf den anderen Kriegsschauplätzen bewiesen und jetzt der Vormarsch nach Ablauf des Waffenstillstandes. Darum wollen und dürfen wir nicht abwarten, bis die Entente sich mit amerikanischer Hilfe stark genug fühlt, uns anzugreifen. Der Krieg wird dadurch abgekürzt, Geld und auch Blut gespart werden.

Diese Erfahrung lehrt, daß bei der heutigen Feuerwirkung in der Verteidigung die Verluste keineswegs geringer sind, als in einem durch Feuer gut unterstützten Angriff.

Der Angriff ist noch immer die Fechtweise des Deutschen gewesen. Das deutsche Heer, das den Frieden genau so will, wie die deutsche Heimat, freut sich der Aussicht, aus dem Stellungskrieg herauszukommen. Die Offensive wird nicht die „Offensive des deutschen Generalstabes", sondern die Offensive des deutschen Heeres und so auch die des deutschen Volkes sein und darum, so Gott will, gelingen.

Mit der Versicherung vorzüglicher Hochachtung
Euer Hochwohlgeboren sehr ergebener
gez. Ludendorff."

In dieser Antwort des Generals Ludendorff ist bezeichnend, daß er sich ganz auf seine Zuständigkeit als Soldat beschränkt, die Dinge nur vom militärischen Standpunkte aus betrachtet und den ihm entgegengetragenen Gedanken einer politischen Offensive Deutschlands überhaupt gar nicht erörtert. Die Denkschrift forderte eine unzweideutige Erklärung Deutschlands über die zukünftige Wiederherstellung der Souveränität und Integrität Belgiens, die so bald und so unzweideutig wie möglich abgegeben werden sollte. Die Verfasser der Denkschrift erhofften von einer solchen Erklärung eine Schwächung des Kriegswillens der Entente. Ludendorff geht auf diese Gedankengänge überhaupt gar nicht ein, sondern beschränkt sich auf die Erörterung der Notwendigkeit und der Bedeutung der militärischen Offensive.

Was er in seiner kurzen Antwort von rein militärischem Standpunkte aus sagt, dagegen ist gewiß nichts einzuwenden. Es ist richtig, daß im Westen zum ersten Male seit unserem Einmarsche in Frankreich die Wahl zwischen Verteidigung und Angriff freistand.

Es ist ferner richtig, daß bei der heutigen Feuerwirkung die Verluste des Verteidigers nicht geringer sind, als bei einem durch Feuer gut unterstützten Angriff. Schließlich ist unbestreitbar, daß das ganze deutsche Heer eine Offensive schon aus dem Grunde willkommen hieß, weil sie den Truppen die Aussicht gewährte, aus dem Stellungskriege herauszukommen. Wenn dann schließlich der Gedanke ausgesprochen wird, die bevorstehende Offensive werde nicht „die Offensive des deutschen Generalstabes", sondern die des deutschen Heeres und so auch die des deutschen Volkes sein, so geht Ludendorff mit diesen Worten einer Beantwortung des eigentlichen geistigen Inhalts der Denkschrift aus dem Wege. Er spricht lediglich als Soldat und mischt sich in die Politik nicht ein.

In seinen „Kriegserinnerungen" hat Ludendorff die politischen Bedenken gegen eine Offensive nur kurz gestreift. Er spricht davon (Seite 476), daß er an eine propagandistische Verwertung etwaiger bei der Offensive zu erzielender Erfolge im Sinne der Stärkung des Friedensgedankens gedacht habe. Oberst v. Haeften hatte darüber eine Denkschrift ausgearbeitet, die Ludendorff dem Reichskanzler Grafen Hertling übersandte[60]). Ludendorff meint, daß Hertling sie dem Auswärtigen Amt überwiesen habe, daß Wesentliches aber nicht veranlaßt worden sei.

Nach seinen Darlegungen in den „Kriegserinnerungen" hat Ludendorff den Reichskanzler über die im Westen beabsichtigte Offensive — auch hinsichtlich des Angriffszeitpunktes — unterrichten lassen. Er weist darauf hin, daß die politische Leitung über die Zusammenhänge des Drängens auf beschleunigten Abschluß der diplomatischen Verhandlungen im Osten mit der Westoffensive und auch darüber aufgeklärt gewesen sei, wie schwer die Oberste Heeresleitung den Angriff einschätzte. Aber er bekennt sich dann auch klar zu einer dem Gedankengange der Denkschrift Naumann, Jäckh entgegengesetzten Auffassung, indem er eine andere Möglichkeit, den Feind friedenswillig zu machen, als den Kampf als nicht gegeben bezeichnet. Seiner Meinung nach konnte die Stellung von Lloyd George und Clemenceau nur durch einen militärischen Sieg der Deutschen erschüttert werden; erst dann hätte man an Frieden denken können. In diesem Zusammenhange erwähnt er, daß Clemenceau sich trotz der Ereignisse im Osten und trotz des bevorstehenden deutschen Angriffs klar und bestimmt über die Fortsetzung des Krieges ausgesprochen habe. Gemeint ist hier die Verteidigungsrede Clemenceaus gegen sozialistische Angriffe, die er am 8. März 1918 in der französischen Kammer gehalten hat. In dieser Rede hieß

---

[60]) Die vom Obersten v. Haeften ausgearbeitete Denkschrift vom 14. 1. 1918, die auf eine propagandistische Erschütterung des englischen Kriegswillens abzielte, ist in Ludendorffs „Urkunden der Obersten Heeresleitung" (S. 473 ff.) abgedruckt.

es: „Meine auswärtige und meine innere Politik sind ganz dasselbe. Innere Politik: Ich führe Krieg. Auswärtige Politik: Ich führe Krieg. Ich führe immer Krieg — —. Mein Bestreben ist, mich mit unseren Verbündeten in einem Vertrauensverhältnis zu erhalten. Rußland verrät uns: Ich führe weiter Krieg. Das unglückliche Rumänien ist gezwungen zu kapitulieren: Ich führe weiter Krieg, und ich werde weiter Krieg führen bis zur letzten Viertelstunde, denn uns wird die letzte Viertelstunde gehören[61])." Mit dieser Rede hatte Clemenceau den Kriegswillen der französischen Nation durch den Hinweis auf die unersättlichen Kriegsziele der Deutschen in Brest-Litowsk auf den Gipfelpunkt zu steigern gewußt.

Wiederum tritt die Zwangsläufigkeit der politischen und militärischen Entwicklung der Dinge vor der großen Offensive 1918 in die Erscheinung. An die Möglichkeit eines Friedens mit der Entente glaubte die Oberste Heeresleitung nicht. Den Feind friedenswillig zu machen, dazu schien ihr die große Offensive das einzige Mittel. Die gewaltigen Schwierigkeiten aber, die gerade diese Offensive erforderte, erzwangen die schleunige Beendigung der Friedensunterhandlungen in Brest-Litowsk, brachten uns dadurch aufs neue in den Verdacht unersättlicher Kriegsziele und entfachten so den Kampfwillen der Entente bis aufs äußerste.

Nach Ludendorffs Darstellung hat die Reichsregierung vor Beginn der Offensive von Friedensmöglichkeiten nicht gesprochen. Weder dem Reichskanzler noch dem Staatssekretär v. Kühlmann, der anfangs in Brest-Litowsk und dann in Bukarest weilte, meint er, sei es gelungen, irgendwelche Verbindungen anzuknüpfen, die ohne weiteren Kampf zum Frieden führen konnten. Ganz klar zieht er hier einen Trennungsstrich zwischen einer derartigen Betätigung der politischen Leitung und seiner eigenen in der Obersten Heeresleitung, wenn er sagt: „Sie" — nämlich Reichskanzler und Staatssekretär des Äußeren — „werden sich darum, trotz der ablehnenden Haltung der Entente der Einladung gegenüber, nach Brest zu kommen, dauernd bemüht haben. Es war ihre Pflicht, Volk und Heer die kommenden Kämpfe, wenn möglich, zu ersparen." (S. 477.)

In diesem Zusammenhange erwähnt Ludendorff eine Reise des Obersten von Haeften in das Ausland, wobei Haeften mit einer über die Ziele und Absichten der amtlichen Stellen in London und Washington unterrichteten Persönlichkeit ohne Ludendorffs Vorwissen in Verbindung trat; die dem Obersten von Haeften damals genannten Bedingungen seien aber von solcher Härte gewesen, daß nur ein geschlagenes Deutschland sie hätte annehmen können. Bei diesem Anlaß teilte Haeften dem General ferner mit, daß der damalige

[61]) Vergl. „Der Tiger". Die Kriegsreden Georges Clemenceaus. Herausgegeben von Oberst B. Schwertfeger. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin 1921. S. 73. Vgl. oben S. 76.

Reichstagsabgeordnete Conrad Haußmann sich im Auslande um den Frieden bemüht hätte, ebenso auch Herr Max Warburg aus Hamburg, beide mit Mißerfolg. Ludendorff betont, die Regierung habe ihm nie von diesen Begebenheiten gesprochen, obwohl sie sie naturgemäß gekannt haben müsse. Er verwahrt sich dagegen, von diesen Friedensschritten irgend etwas gewußt zu haben: es treffe nicht zu, daß ein Friede im März 1918 nur deshalb gescheitert sei, weil er (Ludendorff) durchaus hätte angreifen wollen. (S. 477.)

Aus den Akten geht nicht klar hervor, welchen Weg eine von Conrad Haußmann am 16. Februar 1918 über eine nach der Schweiz unternommene Reise verfertigte Niederschrift genommen hat. Haußmann hatte sich am 23. Januar 1918 mit dem Reichskanzler über die Zweckmäßigkeit der Reise verständigt und sie dann angetreten. Vom 13. bis 16. Februar weilte er in der Schweiz. Bei seiner Rückkehr erstattete er am 17. Februar aus Stuttgart einen Bericht an das Auswärtige Amt und fügte auch eine Niederschrift des bekannten Historikers des Weltkrieges, Hermann Stegemann, vom 16. Februar 1918 bei, die er sich erbeten hatte. Sie lautete:

„Gedanken zur Lage von Hermann Stegemann am 16. Februar 1918 für Conrad Haußmann niedergeschrieben . . .

Mündlich sagte mir Stegemann am 16. Februar 1918, die Offensive nimmt allerhöchstens Reims und Amiens. Oberst Haeften, dem ich das zur sofortigen Weitergabe an Ludendorff mitteilte, sagte, das wäre viel zu wenig.

gez. Conrad Haußmann."

„Angesichts der unverkennbaren Milderung gewisser Anschauungen in ententistischen Kreisen über die Möglichkeit, zu einem Verständigungsfrieden zu kommen, birgt eine neue Offensive gewisse politische Gefahren. Zweifellos ist die militärische Lage Deutschlands heute günstiger als je, und zwar im Gegensatz zu früher nicht nur scheinbar günstiger, sondern wirklich und absolut günstig. Solange die Einkreisung währte, war Deutschland jedem Zufall des Waffenglücks überantwortet; das ist heute nicht mehr der Fall. Selbst ein Versagen Österreichs kann an der Überlegenheit Deutschlands, was die strategische Lage anbetrifft, nichts mehr ändern. Zweifelhaft bleibt aber, ob eine Offensive im Westen zu so großen Ergebnissen geführt werden kann, daß einer seiner Gegner ausscheidet. Theoretisch betrachtet würde es England und Frankreich genügen, die Brückenköpfe von Calais und St. Nazaires und des Operationsgebietes hinter der Seine zu halten, um den Feldzug zu

fristen. Wenn auch sehr zu bezweifeln ist, daß Frankreich den Feldzug dann noch fortsetzen würde, so muß mit dieser Möglichkeit doch gerechnet werden. Darüber hinaus aber bleibt die Sicherheit bestehen, daß alle militärischen Entscheidungen relativ sind, und daß ihre Umwandlung in politische Erfolge angesichts der drohenden Weltrevolution nicht abgeschätzt werden kann. Ich habe überhaupt den Eindruck, daß das Friedensbedürfnis sich schon stark metaphysisch verankert hat, und daß die Weltmeinung neue militärische Entscheidungen anders bewerten würde, als man glaubt. Man will keine militärischen Entscheidungen mehr, da sie nichts für die politische Entwicklung der kriegführenden Völker beweisen, und ich fürchte, daß das Odium einer Westoffensive schwer zu tragen wäre, und zwar selbst dann, wenn diese Offensive zu großen Ergebnissen gelangte. Hinter allem steht eben jetzt doch mit ungeheurem moralischen Prestige der Gedanke der Schiedsgerichtsbarkeit, der Verständigung im weitesten Sinne, so utopisch er sein mag. Mit solchen Imponderabilien muß selbst der Sieger rechnen, und zwar um so mehr, als er nicht in der Lage wäre, Amerika zum Wirtschaftsfrieden zu zwingen. Wiederholt habe ich zum Ausdruck gebracht, daß in diesem Kriege die strategische Bedrohung stärker wirkt und politisch leichter zu fruktifizieren ist als die durchgeführte Operation. Das gilt ganz besonders von der drohenden Offensive im Westen. Es ist unzweifelhaft eine Lockerung des Kriegswillens und der Interessengemeinschaft auf Seiten der Entente eingetreten, die sich mit einer großen Nervosität paart. Ich habe dafür bestimmte Anhaltspunkte, über die ich nicht sprechen darf, die aber in besonderer Kenntnis verankert sind. Dies diplomatisch auszunützen und sich die Opfer und das Odium der Offensive zu ersparen, durch welche unter Umständen der Kriegswille der Entente gestärkt werden könnte, heißt politisch handeln. Allerdings dürfen die militärischen Vorbereitungen darunter nicht leiden, sondern müssen entschlossen zum Ziel getrieben werden. Da dieses Ziel aber nicht die Operation an sich, sondern der Friede ist, so ist die Zweispurigkeit eine scheinbare und die Möglichkeit, daß der politische Komplex sich friedlich gestaltet, während das Schwert noch über ihm hängt, gegeben. Die Weltmeinung und das Weltgewissen haben den Krieg als solchen überwunden, deshalb ist die Herbeiführung einer neuen militärischen Entscheidung gefährlich, außerdem erscheint sie in gewissem Sinne unnötig, da man von der militärischen Überlegenheit Deutschlands überzeugt ist. Deutschland muß indes mit der Möglichkeit rechnen, Österreich und Bulgarien — von der Türkei zu schweigen — unterwegs zu verlieren. Erst wenn eine Verständigung, die durch Klärung der belgischen Frage (mein ceterum censeo) erleichtert wird, binnen wenigen Wochen nicht erfolgt, muß die zweischneidige Offensivwaffe in Anwendung

gebracht werden, deren Eignung zum chirurgischen Instrument zweifelhaft bleibt, deren Anwendung aber dann als notwendig erkannt werden könnte. Das ist heute noch nicht der Fall."

Stegemanns Anschauungen beruhen auf einer geschichtsphilosophisch vertieften Würdigung der politisch-militärischen Gesamtlage, wie sie sich bis zur Jahreswende 1917/18 herausgebildet hatte. Seine Ansichten gipfeln darin, daß selbst das Gelingen der von Deutschland vorbereiteten großen Offensive den Krieg nicht mit Sicherheit beenden werde. Seiner Ansicht nach haben sich die Verhältnisse dahin entwickelt, daß eine strategische Bedrohung stärker wirkt und politisch leichter auszuwerten ist als die durchgeführte Operation. Es sei zweifelhaft, ob durch das Gelingen der deutschen Offensive einer der Westgegner zum Ausscheiden aus der Kampflinie gezwungen werden könne; hingegen sei die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß die Interessengemeinschaft der Westmächte sich durch einen neuen Sieg Deutschlands nur noch verstärke. Auch Stegemann erachtet eine klare unzweideutige Erklärung über Belgien als unerläßlich. Er bezeichnet sie als sein „ceterum censeo". Die Offensive aber ist ihm eine „zweischneidige" Waffe.

Welchen Weg hat die Niederschrift Stegemanns, die Conrad Haußmann seinem am 17. Februar 1918 erstatteten Berichte über seine Schweizer Reise beifügte, genommen?

Aus diesem Berichte, dessen wörtliche Wiedergabe unnötig erscheint, geht hervor, daß Haußmann, einem Rate des Staatssekretärs v. Kühlmann entsprechend, in der Schweiz mit englischen Parlamentariern in Verbindung getreten war. Auch mit einem Amerikaner stand Haußmann schon seit Monaten in Fühlung und hatte dem Reichskanzler schon am 27./28. Dezember 1917 darüber Bericht erstattet. Nach der Ansicht dieses Amerikaners, der als Hauptvertreter Wilsons in der Schweiz galt, hätte die höchste Wahrscheinlichkeit dafür bestanden, daß Wilson von seinen Verbündeten die Einleitung von Friedensverhandlungen verlangt haben würde, falls Deutschland v o r der Offensive auf die vier Punktationen Wilsons ohne Mißtrauen erweckenden Vorbehalt zustimmend hätte antworten können. Selbst wenn Deutschland die große Offensive gewinne, Frankreich und Italien niederwerfe, werde ohne diese vier Punktationen kein Friede kommen. Deutschlands militärische Lage wurde damals sowohl nach den Bekundungen Stegemanns, wie auch nach dem Berichte Haußmanns überall in der Welt als sehr günstig angesehen. Man nahm die militärische Überlegenheit Deutschlands als etwas Selbstverständliches hin, sprach aber der kommenden Offensive den Charakter einer deutschen Verteidigungsmaßregel ab und „steigerte sich in die Vorstellung hinein, daß nach der Offensive der Haß der Entente noch viel größer und der Friede noch viel ferner sei". Auch Haußmann war überzeugt,

„daß ein Friedensschluß n a c h einer siegreichen Offensive schwerer als vor einer drohenden und für erfolgreich gehaltenen Offensive sein werde". Wie wir gesehen haben, war auch Stegemann der Ansicht, daß selbst ein siegreicher Ausgang der Offensive Deutschlands Friedensaussichten nicht verbessern werde.

Diese Auffassungen standen zu denen der deutschen Obersten Heeresleitung in denkbar schärfstem Gegensatz. Den Männern der Obersten Heeresleitung stellte sich die Lage so dar, daß angesichts der feindlichen Ungeneigtheit zu Friedensbesprechungen überhaupt nur noch der Weg der militärischen Entscheidung offen bleibe. Nachdem das Für und Wider der bevorstehenden Offensive nach allen Richtungen hin erörtert und in Gegenwart des Monarchen der Entschluß zur Offensive gefaßt worden war, lag es der militärischen Leitung nur noch ob, die Aussichten des Erfolges so sehr zu vergrößern, wie es nur irgend möglich war. Gerade, wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß in dem scharfen Streite der obersten Gewalten um die Kompetenz durch die von der Krone getroffene Entscheidung nun die militärische Oberste Heeresleitung ausschließlich auf das rein militärische Gebiet beschränkt worden war, dann müßte man auch billigen, daß die Oberste Heeresleitung sich nunmehr aller Erwägungen über die Möglichkeiten eines Friedensschlusses absichtlich entschlug und nur daran dachte, den Krieg militärisch zu gewinnen. Sie war in jedem Falle durch die Entscheidung des Kaisers gedeckt.

VIII

Kriegsziele und Offensive 1918

Für den Entschluß zur Offensive 1918 darf also als festgestellt gelten, daß die Oberste Heeresleitung durch die Verantwortung des Kaisers völlig gedeckt ist. Anders liegt es mit der Frage, ob sie etwa durch ihre für nötig erachteten Kriegsziele die Möglichkeiten eines Friedens ohne Offensive verhindert hat. Eine schuldhafte Verantwortung dafür würde sie dann treffen, wenn nachgewiesen würde, daß sie in der Verfechtung ihrer Kriegsziele so weit gegangen sei, daß es der Politik dadurch unmöglich wurde, den von ihr für richtig gehaltenen Weg zu gehen. Denn Verschiedenheiten in der politischen und militärischen Auffassung sind gerade hier eine Selbstverständlichkeit. Das erweisen die Kriege aller Zeiten.

Für die Beurteilung der militärischen Lage und der damit im Zusammenhange stehenden Kriegsziele muß ich bis in den Sommer 1917 zurückgehen. In den Akten der Reichskanzlei (Kriegsakten I adh. V, Band I, 22. 7. 17 bis Ende Dezember 17) befindet sich eine Niederschrift des Kronprinzen Wilhelm über die Lage Mitte Juli

1917. Der Kronprinz geht davon aus, daß die Friedenssehnsucht in weiteren Schichten sehr stark geworden sei. „Die ungeheuren Blutopfer des nunmehr drei Jahre andauernden Krieges, die fast ausnahmslos jedes deutsche Haus und jede deutsche Familie in Trauer versetzt haben, die Aussicht, daß neue schwere Verluste an kostbarsten Menschenleben zu erwarten stehen, die Gemütsdepression, die durch Entbehrungen aller und jeder Art erzeugt und genährt wird, die Ernährungs- und Kohlennot, alles dies zusammengenommen hat eine Unlust in weiten Volkskreisen, und zwar nicht etwa nur in sozialdemokratischen, erzeugt, die für die Fortführung des Kampfes ebenso erschwerend ist, wie sie zersetzend auf den monarchischen Gedanken gewirkt hat. Rechnet man hinzu, daß die bestimmte Hoffnung auf schnelle Beendigung des U-Boot-Krieges sich nicht erfüllt hat, so wird man sich über die ernsten Stimmungen kaum wundern dürfen [62])."

Nehmen wir einmal die in diesen Worten des Thronerben geschilderte Grundstimmung als Ausgangspunkt und versuchen wir, uns in die Anschauungen des an Bethmann Hollwegs Stelle getretenen Reichskanzlers Michaelis bei Antritt seiner Stellung zu versetzen.

Für Michaelis konnte es bei Übernahme seines schweren Amtes keine wichtigere Frage geben, als die, zu welchen Kriegszielen uns unsere Gesamtlage berechtigte. Am 11. September 1917 fand unter dem Vorsitze des Kaisers in Berlin eine grundlegende Aussprache in Gegenwart des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg und des Generals Ludendorff statt. Über den Inhalt dieser Aussprache sind wir durch ein Schreiben des Reichskanzlers, das er am 12. September 1917 an Hindenburg richtete (Reichskanzlei 14492), unterrichtet. In diesem Schreiben hieß es wörtlich: „Nach Abschluß der gestrigen Verhandlung unter Vorsitz seiner Majestät des Kaisers drängt es mich, Ihnen und General Ludendorff den Dank dafür auszusprechen, daß Sie beide in so weitsichtiger Weise und weitab vom einseitigen Standpunkt militärischer Gesichtspunkte mich darin unterstützt haben, maßlose Kriegsziele für den Fall zu umgrenzen, daß wir bald, etwa im Herbst oder Frühwinter, zu Friedensverhandlungen kommen." Michaelis bat sodann die Oberste Heeresleitung, in besänftigendem Sinne auf die Vertreter einer einseitig annexionistischen Richtung, z. B. den Grafen Westarp, einzuwirken, wenn sie gelegentlich ins Große Hauptquartier kämen. Was Belgien betraf, hatte sich Michaelis mit Lüttich, einem entsprechenden Sicherungsgelände, engem wirtschaftlichen Anschlusse Belgiens an Deutschland sowie mit einer sich auf mehrere Jahre erstreckenden militärischen Sicherung, die dann später fortfallen könnte, abgefunden. Mehr wünschte Michaelis nicht. „Unsere Stürmer und

---

[62]) Vergl. den Wortlaut der ganzen Denkschrift in Karl Rosner, „Erinnerungen des Kronprinzen Wilhelm", S. 161 ff.

Dränger", so schloß Michaelis sein Schreiben, „sollen sich beruhigen! Wenn wir auf obiger Grundlage unserem armen, gequälten Volke und der Welt den Frieden verschaffen können, dann sollen wir es tun und nicht einen Monat länger eines noch so wertvollen Stützpunktes wegen Krieg führen. Helfen Sie also bitte, für Aufklärung sorgen!" (G. Michaelis, „Für Staat und Volk", S. 352 ff.)

In diesem Schreiben ist die Hoffnung des Reichskanzlers Michaelis, die Oberste Heeresleitung zu einem Entgegenkommen in der Kriegszielfrage zu bewegen, das Bestimmende. Wenn Michaelis den Generalen zu Anfang seines Schreibens dafür dankt, daß sie „in so weitsichtiger Weise und weitab vom einseitigen Standpunkte militärischer Gesichtspunkte" ihn bei der Umgrenzung maßvoller Kriegsziele unterstützt hätten, so wünschte er wohl in der Hauptsache, sich die Unterstützung der Generale bei der Einwirkung auf die öffentliche Meinung zu sichern. Wir sind durch vorliegende Schriftstücke in der Lage, genau festzustellen, bis zu welchem Grade dem Reichskanzler Michaelis diese seine Absicht gelungen ist.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg richtete am 15. September 1917 aus dem Großen Hauptquartier sein Antwortschreiben an den Reichskanzler (Anlage 9). Er ging davon aus, daß er gern helfen wolle, führende Männer „über unsere Absichten mit Belgien aufzuklären." In der Marine und in weiten patriotischen Kreisen werde man einen Verzicht auf die flandrische Küste als einen schweren Schlag empfinden, der nur durch Kompensationen für die Marine zu mildern sei. Als solche Kompensation waren in der Besprechung vom 11. September Vorzugsplätze im Hafen von Antwerpen, die Ausschaltung des englischen Einflusses an den Küsten Flanderns und Nordfrankreichs und die Rückgabe der Kolonien an Deutschland festgestellt worden.

Eine wirtschaftliche Angliederung Belgiens hielt Hindenburg ohne eine mehrjährige Okkupation für nicht möglich. Über diese Okkupation hinaus sollte die deutsche Stellung in Lüttich wirken, die als unmittelbarer militärischer Schutz des niederrheinisch-westfälischen Industriegebietes gedacht war. „Nur wenn wir in Lüttich als Besitzer unbeschränkte Herren der Lage sind und bleiben, können wir die erforderlichen militärischen und Verwaltungsmaßregeln treffen. Ich vermag mir daher nicht zu denken, daß wir in irgendeiner absehbaren und vertragsmäßig festgesetzten Zeit aus Lüttich herausgehen könnten."

Hindenburg fügte seinem Schreiben eine ausführliche Denkschrift des Generals Ludendorff bei und machte sich ihre Gedankengänge rückhaltlos zu eigen. Diese Denkschrift hat als Ausgangspunkt für die Grundlagen der großen Offensive des Jahres 1918 erhebliche Bedeutung. Sie wird daher hier im vollen Wortlaute mitgeteilt.

Denkschrift des Generals Ludendorff über die Kriegsziele vom 14. September 1917

(Anlage zum Schreiben des Chefs des Generalstabes des Feldheeres vom 15. 9. 1917. Reichskanzlei 14 535 K. I.)

Erster Generalquartiermeister.

Großes Hauptquartier, den 14. September 1917.

„Bei den Verhandlungen in Berlin ist unsere und die Lage unserer Feinde besprochen. Ich halte mich verpflichtet, hierauf nochmals zurückzukommen und den Gedankengang schriftlich niederzulegen, in dem ich mich bewegte. Ich habe ihn hier in bezug auf Longwy-Briey, auf Landwirtschaft und Überseehandel erweitert.

„Unsere Lage im Innern ist nach Angabe der Ressortvertreter schwierig in bezug auf Futter und Kohle, in bezug auf Kohle leider nicht unverschuldet durch Versäumnisse in früheren Monaten. Unsere Finanzwirtschaft ist außerordentlich angespannt. Durch die Reichstagsmehrheit ist unsere Lage im Innern zu einer wenig erfreulichen gemacht. Die Arbeiter- und damit auch die Ersatzfrage hat sich verschärft. Ich meine aber, diese inneren Schwierigkeiten müssen durch die feste Leitung der jetzigen Regierung überwunden werden. Möglich ist es.

„Österreich-Ungarn ist, wie ich es hier nicht näher erläutern will, für die nächsten Monate durchaus an uns gefesselt. Auch Bulgarien wird entgegenkommender, nachdem westlich des Ochrida-Sees die Franzosen lokale Vorteile errungen haben. Der Türken sind wir vorläufig sicher. Daß unsere militärische Lage gefestigt ist und der U-Boot-Krieg wirkt, brauche ich nicht weiter auszuführen.

„Demgegenüber ist die Lage der Entente erheblich schwieriger.

„Rußland treibt der inneren Auflösung immer schärfer entgegen. Damit scheidet es als vollwertiger Gegner immer mehr aus. Die inneren Zustände müssen eine Verpflegungs- und Heizmittelkrise im Winter mit Sicherheit hervorrufen. Diese Zustände werden auf Rumänien zurückwirken. Die Verhältnisse im Osten haben für uns eine sehr günstige Gestalt angenommen. Die übrigen Ententemächte werden mit Rußland und Rumänien nicht mehr im vollen Umfange rechnen können. Ähnliche Erscheinungen weist unser Bündnis nicht auf.

„Italien rechnet anscheinend auf einen Erfolg in der 12. Isonzoschlacht. Der wird ihm versagt bleiben. Die inneren Verhältnisse treiben damit zur Krise. Die Kohlennot muß sehr groß werden.

„Daß das neue Ministerium in Frankreich für die Dauer kriegerischer sein wird als das bisherige, ist nicht anzunehmen. Das Gegenteil ist zu erwarten. Auch Frankreich steht vor einer Kohlennot.

„Alle neuen Nachrichten aus England stimmen darin überein, daß der U-Boot-Krieg wirkt, daß die Ernährungslage schwierig ist und

daß die englische Regierung mit starken sozialen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Der Drang nach Frieden in England wird stärker. Ich brauche mich hierüber nicht näher auszulassen. Sollte England ernsthafte Schritte unternehmen, so wäre das ein Zeichen, daß es nicht mehr glaubt, den Sieg zu gewinnen. Von hier bis zur Überzeugung, daß es nur noch verlieren kann, ist kein weiter Schritt.

„Die Hoffnung der Entente seit Rußlands Niedergang ist Amerika. Es darf, wenn auch nicht unterschätzt, aber auch nicht überschätzt werden. Zurzeit scheint England zu befürchten, daß die Führung der Entente an Amerika übergeht.

„Wie das Verhältnis zu Italien und seinen Bundesgenossen ist, mag dahingestellt bleiben, jedenfalls sind starke Reibungen unter den Gliedern der Entente entstanden.

„Große kriegerische Erfolge hat das Jahr 1917 der Entente bisher nicht gebracht. Nur Mesopotamien ist von England gewonnen. Die großen Waffenerfolge zu Lande und zu Wasser (U-Boote) stehen auf unserer Seite.

„Ich ziehe den Schluß.

„Unsere militärische Lage ist günstiger als die der Entente. Unser Bündnis ist fester. Die Schwierigkeiten im Innern sind bei uns geringer als bei der Entente.

„Trotzdem bin auch ich der Ansicht, daß ein Frieden für uns vor Beginn des Winters erstrebenswert ist, wenn er uns das Nötigste bringt, was wir zur Sicherstellung unserer späteren wirtschaftlichen Entwicklung bedürfen, und uns in eine militärische und wirtschaftliche Lage versetzt, die uns einem neuen Verteidigungskrieg mit Ruhe ins Auge sehen läßt.

„Die Kraftquellen unseres militärischen und unseres wirtschaftlichen Widerstandes liegen — außer in der Armee und Flotte — in der Landwirtschaft, den Bodenschätzen und unserer stark entwickelten Industrie.

„Ohne Rumänien und die anderen besetzten Gebiete wären wir in eine hochbedenkliche Verpflegungslage gekommen. Auch mit Rumänien ist sie ernst genug geblieben. Sie würde sich noch verschärfen, wenn wir, wie wir später hoffen müssen, Belgien zu verpflegen haben. Dies könnten wir zurzeit nicht. Wir müssen daher einen Zuwachs an Land erhalten. Dieses finden wir nur in Kurland und Litauen, die gute landwirtschaftliche Möglichkeiten bieten. Bei der Haltung Polens müssen wir aus militärischen Rücksichten die Grenze Litauens über Grodno nach Süden schieben und Ost- und Westpreußen etwas verbreitern. Erst dann können wir Preußen schützen. Auch an einigen Stellen der Provinz Posen läuft die Grenze militärisch zu ungünstig.

„Ob wir mit Kurland auf die anderen Ostseeprovinzen anziehend wirken, muß der weiteren politischen Entwicklung überlassen bleiben.

„Wie günstig ein besserer Lebensmittelbestand unser Verhältnis zu den neutralen Staaten beeinflussen würde, soll hier nur gestreift werden. Korn und Kartoffeln sind Macht, wie Kohle und Eisen.

„Unsere Bodenschätze und unsere Industrie liegen an den Grenzen des Reiches so ungünstig wie möglich. Regierung und Reichstag hatten die schwierige Lage des oberschlesischen Kohlenbeckens schon vor dem Kriege erkannt und Standorte dort vermehrt und verstärkt. Dies allein genügt nicht, wir müssen Oberschlesien auch durch Landgewinn schützen. Eine Liquidation der dort liegenden, im feindlichen Besitz befindlichen Werke mit Übergang in deutsche Hand würde dies erleichtern.

„Im Westen haben wir die beiden großen Zentren der lothringisch-luxemburgischen Erzbecken mit dem Saarrevier und das niederrheinisch-westfälische Industriegebiet, das sich nach der belgischen und holländischen Grenze zu immer mehr ausbauen wird. Die Gefährdung dieser Gebiete ist in diesem Kriege nicht in die Erscheinung getreten, weil wir im Aufmarsch der Entente zuvorgekommen sind. Außerdem war die Bedeutung der Industriegebiete anfangs überhaupt nicht voll erkannt. Hieran besteht jetzt kein Zweifel, und es muß damit gerechnet werden, daß unsere Feinde alles versuchen werden, uns in diesen Gebieten zu treffen. Würde nur dies gelingen, so wären wir nicht in der Lage, einen Verteidigungskrieg zu führen. Wir wären auch wirtschaftlich erledigt. Die inneren politischen Folgen brauche ich nicht zu erörtern.

„Der sichere Schutz dieser beiden Gebiete ist für uns eine Lebensfrage. Wir müssen hier das erreichen, was wir irgend erreichen können und wozu unsere Lage berechtigt. Erreichen wir nichts, so kann an unsere Lage nur mit schwerer Sorge gedacht werden, und es wäre dann vorzuziehen, weiterzukämpfen und noch nicht an Frieden zu denken. Wir müssen uns klar darüber sein, daß das, was wir nicht erreichen, im Frieden durch hohen militärischen Aufwand (Luftabwehr, Unterhaltung von Fliegerstreitkräften, starke Grenzbesetzung) ausgeglichen werden muß, soweit dies überhaupt möglich ist.

„Das lothringische Erzbecken verlangt einen Geländezuwachs nach Westen. Je größer er ist, desto leichter wird die Sicherung. Beibehalt der Grenze, wie vor dem Kriege, würde es mit sich bringen, daß jede politische Beunruhigung auf die Werke mit ihrer starken Arbeiterschaft zurückwirken würde. Bei Beginn von Feindseligkeiten wäre der Betrieb lahmgelegt und Zerstörungen ausgesetzt. Auch in dem zu erwerbenden Gebietsstreifen liegen Gruben. Zunächst würde dieser Zuwachs gestatten, im Frieden sparsamer mit unseren Erzen umzugehen. Da die deutschen Erzvorkommen leider ziemlich beschränkt sind, ist dieser Punkt nicht unwesentlich. Vor allem aber wird der zu erwerbende Gebietsstreifen eine Gewähr geben, daß die jetzt in deutschem Besitz befindlichen Gruben auch im Kriege arbeiten, wenn

sie dann unmittelbaren militärischen Schutz haben. Selbstverständlich bleibt das Gebiet durch Artillerie und Flieger immer sehr gefährdet und wird starke Sicherungsmaßnahmen nötig machen, da wir unsere Grenzen dort nicht bis zur Maas vorschieben können.

„Um so dringender ist die Unversehrterhaltung des niederrheinisch-westfälischen Gebiets. Was die flandrische Küste für Luftangriffe auf England für dieses Land ist, das ist die Maaslinie bei Lüttich in noch erhöhterem Maße für das Industriegebiet. Wir müssen das Gebiet zu beiden Seiten der Maas und südwärts bis St. Vith fest in der Hand behalten. Bisher sehe ich nur in der Einverleibung durch das Deutsche Reich das Mittel, dies zu erreichen. Ob es ein anderes Mittel gibt, muß ich dahingestellt sein lassen. Vorläufig scheint es mir noch nicht gefunden.

„Der Besitz der Maaslinie allein genügt nicht, um dem Industriegebiet Sicherheit zu geben. Wir müssen ein englisch-belgisch-französisches Heer noch weiter zurückschieben. Dies kann nur dadurch geschehen, daß Belgien wirtschaftlich so eng an uns angeschlossen wird, daß es auch seinen politischen Anschluß an uns sucht. Der wirtschaftliche Anschluß wird ohne starken militärischen Druck — längere Okkupation — und ohne Besitzergreifung von Lüttich nicht ins Werk zu setzen sein. Die Neutralität Belgiens ist ein Phantom, mit dem praktisch nicht gerechnet werden darf.

„Ganz sicher wären wir erst, namentlich da der Tunnelbau Dover—Calais Wirklichkeit wird, wenn wir ganz Belgien militärisch besetzten und an der flandrischen Küste stünden. Trotz aller Schwierigkeiten Englands können wir dies zurzeit nicht erreichen.

„Es fragt sich, ob wir um dieses Ziel den Krieg fortsetzen müssen. Das ist meines Erachtens der Fall, wenn die Engländer einen Gebietsstreifen in Frankreich (Calais) behalten. Tun sie das nicht, so wäre der Besitz der flandrischen Küste für uns kein Grund zur Fortsetzung des Krieges über den Winter hinaus.

„Wir müssen dann die von der flandrischen Küste aus erstrebte Einwirkung auf England auf Umwegen erreichen können. Ich halte dies für möglich, wenn Belgien, wirtschaftlich mit dem Deutschen Reich eng verbunden und in Wallonien und Vlamland geteilt, mit der Zeit den Schutz gegen Frankreich und England selbst übernimmt und nach Beendigung der Okkupation sich ein Heer und eine Marine hält.

„Der Anschluß Belgiens an Deutschland wird zur Folge haben, daß bei einer klar ihr Ziel verfolgenden Politik Holland an uns gezogen wird, zumal wenn sein Kolonialbesitz durch ein mit uns verbündetes Japan garantiert wird. Damit kommen wir wieder an die England gegenüberliegende Festlandsküste und verwirklichen das Ziel, das die Marine schon jetzt in richtiger Erkenntnis seiner Bedeutung anstrebt. Wir erhalten eine Stellung England gegenüber, die es uns ermöglicht, unseren Handel im nächsten Kriege aufrechtzu-

erhalten. Dies ist das dritte große Ziel, das wir nicht aus den Augen verlieren dürfen.

„Hierzu gehören außer Rußland überseeische Absatzgebiete in Südamerika, ein Kolonialreich in Afrika und Flottenstützpunkte in oder außerhalb des Kolonialreichs. Namentlich wenn wir jetzt auf die flandrische Küste verzichten, hat die Marine ein Recht, Stützpunkte als Kompensation, wie das auch der Herr Reichskanzler ausgesprochen hat, zu fordern, die es ihr ermöglichen, im nächsten Kriege Deutschland den Weg auf dem Weltmeer und damit seine Zufuhr von auswärts zu erhalten. Je mehr wir von diesem Ziele zurückbleiben, desto größer werden die Mittel, die wir zinslos an Rohstoffen in Deutschland niederlegen müssen.

„Daß ein durch günstige Handelsverträge eng mit uns verbundenes Dänemark unsere maritime Geltung und unsere Handelsfreiheit stark erhöhen würde, sei nur gestreift.

gez. Ludendorff."

Ludendorffs ausführliche Denkschrift gipfelt in der starken Betonung unserer durch das Ausscheiden Rußlands wesentlich verbesserten Lage. In Italien und Frankreich droht, seiner Auffassung nach, Kohlennot; in England wird die Ernährung schwierig, und starke soziale Schwierigkeiten wirken für Friedensstimmung. Amerika aber soll zwar nicht unterschätzt, darf aber auch nicht überschätzt werden. Das alles bringt Ludendorff zu dem Schlusse, unsere militärische Lage sei günstiger als die der Entente, unsere Bündnisse fester, und auch im Innern hätten wir mit geringeren Schwierigkeiten zu rechnen als die Entente. Trotzdem hält auch Ludendorff einen Frieden vor Beginn des Winters 1917/18 für erstrebenswert, allerdings nur einen Frieden, der uns in eine solche militärische und wirtschaftliche Lage versetze, daß Deutschland einem neuen Verteidigungskriege mit Ruhe ins Auge sehen könne.

Charakteristisch ist, daß General Ludendorff seine Kriegsziele durchaus auf den Erfordernissen eines neuen Krieges aufbaut. Die Sicherung des lothringischen Erzbeckens erfordert einen Geländezuwachs nach Westen, der Schutz des niederrheinisch-westfälischen Gebietes ein Sicherungsgelände zu beiden Seiten der Maas bei Lüttich und südlich bis St. Vith. Ludendorff sieht damals nur in der Einverleibung dieser Gebiete durch Deutschland das Mittel, diese Sicherung zu erreichen. Er geht noch weiter. Da in einem Zukunftskriege das englisch-belgisch-französische Heer noch weiter zurückgeschoben werden muß, so soll Belgien durch wirtschaftlichen Druck zum politischen Anschluß an uns genötigt werden. Hierfür scheint eine längere Okkupation und die Besitzergreifung von Lüttich ihm die Vorbedingung. „Die Neutralität Belgiens ist ein Phantom, mit dem praktisch nicht gerechnet werden darf." Ludendorff hält das alles aber noch nicht für ausreichend, da der Tunnelbau Dover—Calais

nun zur Ausführung komme. Wir müßten daher eigentlich ganz Belgien militärisch besetzen und an der flandrischen Küste stehen. Behielten die Engländer einen Gebietsstreifen in Frankreich mit Calais, so müßten wir um den Erwerb der flandrischen Küste weiterkämpfen; im anderen Falle sei der Besitz der flandrischen Küste „für uns kein Grund zur Fortsetzung des Krieges über den Winter hinaus".

Die Möglichkeit einer deutschen Einwirkung auf England in einem Zukunftskriege beherrscht den General in erster Linie. In diesem Sinne hält er die Marine für berechtigt, „Kompensationen" für den Verzicht auf die flandrische Küste zu fordern.

Es steht außer Zweifel, daß die erwähnte Denkschrift ein Programm darstellt, das ohne völlige Niederwerfung unserer Gegner niemals zu verwirklichen war. Betrachtet man sie lediglich vom Standpunkt militärischer Ressortwünsche, so kann man nichts Ernstliches gegen sie einwenden, denn es ist das Vorrecht des Soldaten, seine Forderungen nachdrücklich geltend zu machen. Sache der Politik ist es, den berechtigten Kern herauszuschälen und dabei, wenn nötig, auch rücksichtslos über die Wünsche der Militärs hinwegzugehen. Bismarck selbst hat bekanntlich wiederholt gezeigt, wie eine weitschauende Politik in solchen Fällen zu verfahren hat. Die Auffassung, daß ein Teil der bewaffneten Macht, hier z. B. die Marine, für einen militärisch-sachlichen Verzicht ihrerseits „Kompensationen" zu fordern habe, ist zwar verständlich, aber doch ganz unberechtigt. Auch hier ist es Sache der Politik, das Mögliche zu erreichen, ohne Rücksicht darauf, ob ein einzelnes Ressort sich etwa benachteiligt fühlt.

In welchem Sinne die Marine sich zu „Kompensationen" berechtigt glaubte, geht aus einem Schreiben des Chefs des Admiralstabes der Marine, v. Holtzendorff (Großes Hauptquartier, 14. September 1917, Anlage 10), an den Reichskanzler hervor. Der Admiral beruft sich darauf, daß ihm der Kaiser bei der Forderung der Behauptung unserer maritimen Stellung an der flandrischen Küste voll zugestimmt habe. Jetzt heiße es auf einmal, die Behauptung der flandrischen Küste erfordere die Annexion Belgiens. Mit Recht betont Holtzendorff die Schwierigkeit einer Ausschaltung des englischen Einflusses an der Küste Flanderns und Nordfrankreichs ohne militärische Fußfassung Deutschlands an der Küste. Holtzendorff hält es für möglich, die Frage der flandrischen Küste mit der belgischen Regierung gesondert ohne Frankreichs und Englands Mitwirkung zu lösen.

Ein Privatbrief des Admirals v. Tirpitz an den Reichskanzler (St. Blasien, 15. September 1917) unterstrich diesen Standpunkt. Tirpitz bezeichnete Belgien als eine Existenzbedingung für Deutschland, während es für England dem europäischen Kontinent gegenüber nur eine Machtfrage bedeute. Der Großadmiral riet

dem Reichskanzler, die Nerven zu behalten, da der U-Boot-Krieg wirke, und noch kein Desinteressement an Belgien zu erklären; das sei vielmehr Englands Sache.

Aus den mitgeteilten Schriftstücken ergibt sich jedenfalls das eine, daß im Herbst 1917 derjenige Schritt, der von Haußmann, Stegemann, Naumann, Jäckh und anderen für unerläßlich gehalten wurde, nämlich eine offene Erklärung über Belgien, von der politischen Leitung Deutschlands nicht getan werden konnte, ohne schwere Reibungen mit der militärischen und maritimen Leitung heraufzubeschwören. Nur ein felsenfester Glaube an die entscheidende und endgültige Niederwerfung unserer sämtlichen Gegner konnte diese Auffassung der O. H. L. rechtfertigen.

Für die Entwicklung der Ansichten der Obersten Heeresleitung über die Kriegsziele geben uns einige von dem damaligen Chef der Operationsabteilung beim Chef des Generalstabes des Feldheeres, Oberstleutnant Wetzell, herrührende Niederschriften Aufschluß.

Eine am 30. September 1917 niedergeschriebene Betrachtung über „Zukunftsaufmarsch und jetzige Friedensziele" endet mit der Schlußfolgerung, daß Deutschland militärisch aus dem kommenden Frieden gar nicht stark genug hervorgehen könne. Umfangreiches Siedlungsland im Osten — auch für die Volksernährung wichtig — und die beste strategische Basis für eine spätere entscheidende Auseinandersetzung im Westen: diese Forderung müsse den deutschen Kriegszielen zugrunde gelegt und ihre Erreichung mit allen Mitteln versucht werden. Wetzell rechnet bestimmt damit, daß England auch in Zukunft ein starkes stehendes Heer und durch den Ausbau eines, vielleicht sogar zweier leistungsfähigster Tunnels nach Frankreich bestimmt eine Festlandsmacht werden würde. England würde Calais nach dem Kriege als militärischen Stützpunkt festhalten, könne daher in Zukunft seine ganze Armee in viel kürzerer Zeit als 1914 neben der französischen aufmarschieren lassen. Daraus ergäbe sich in einem Zukunftskriege für Deutschland eine schwere Gefahr, die nur durch schnelles Vordringen gegen Calais gemeistert werden könne. Dafür müsse die deutsche Armee in der Lage sein, in der Linie Ostende—Metz—Straßburg aufzumarschieren. Der Krieg im Westen könne dann, wie 1914 beabsichtigt und beinahe geglückt, schnell entschieden werden, und es seien dann noch Kräfte genug vorhanden, um auch der Ostlage gewachsen zu sein.

Wetzell fordert daher für die Zukunft den Besitz Belgiens als Aufmarschgebiet. Die innen- und außenpolitische Gestaltung Belgiens solle dabei unberührt bleiben, falls nur im Kriege die belgischen Bahnen und belgischer Boden für die Zwecke des Aufmarsches zur Verfügung ständen. Deutschland dürfe sich nicht etwa mit der Maaslinie abfinden lassen.

Wetzell kommt zu folgendem Schluß: „Wollen wir uns in dem jetzt zu schließenden Frieden die Grundlagen für einen entscheidenden Sieg in einem Zukunftskriege nicht völlig versperren, so müssen wir die militärische Forderung, Belgien als Aufmarschgebiet ausnutzen zu dürfen, unbedingt durchdrücken. Ich gehe sogar so weit, zu behaupten, daß nur ein solches Friedensergebnis einen Zukunftskrieg weit in die Ferne schiebt, vielleicht unmöglich macht, weil er für England und Frankreich von vornherein ein zu großes Wagnis bedeuten würde. Den französischen und englischen Heerführern und Staatsleitern dürfte der Nachteil ihrer Ausgangslage klar sein und sie veranlassen, das Risiko sich zweimal zu überlegen. In diesem Sinne würde Belgien das erstrebenswerteste wahrhafte Friedensziel! . . . Lieber ‚durch und Belgien behalten' als ‚verzichten' — auch auf eine ‚deutsche Zukunft!'"

Die weiteren zahlreichen Denkschriften des Oberstleutnants Wetzell beschäftigen sich lediglich mit den militärischen Erwägungen für die kommenden Operationen, für die er zuständig war. Sie scheiden daher für unsere Betrachtung aus. Aus den Akten ist nicht ersichtlich, ob die Oberste Heeresleitung sich die Gedankengänge des Oberstleutnants Wetzell ganz zu eigen gemacht hat. Daß aber der Gedanke, Belgien als Aufmarschgebiet in der Hand zu behalten, damit es nicht der Entente zur Verfügung stehe, bei der Obersten Heeresleitung lebendig geblieben ist, hat die spätere Entwicklung gezeigt.

In Deutschland wurde in der damaligen Zeit viel mit aufklärenden Maueranschlägen gearbeitet, die unter grellen Überschriften wie: „Darf Belgien wieder das Aufmarschgebiet unserer Feinde werden?" in bunten Farben die Deutschland in einem Zukunftskriege von feindlichen Fliegern drohende Gefahr zur Anschauung brachten. In dieser Propaganda wurde übersehen, daß keine noch so weitgehende Hinausschiebung der Landesgrenzen angesichts der Entwicklung der heutigen Technik einen Schutz gegen feindliche Fliegerangriffe zu bieten vermag, selbst wenn wir etwa unsere Grenzen bis an den Kamm der Pyrenäen vorgeschoben haben würden. Das von der Obersten Heeresleitung angestrebte belgische Kriegsziel hat leider Deutschlands Gesamtlage in verhängnisvollster Weise beeinflußt. Die Denkschrift des Oberstleutnants Wetzell zeigt, daß man im Großen Hauptquartier geneigt war, diese Frage nur unter dem Gesichtswinkel eines möglichst günstigen deutschen Aufmarsches in einem für sicher gehaltenen Zukunftskriege zu sehen. Daß aber England unter keinen Umständen darauf eingehen konnte, die flandrische Küste in deutscher Hand zu belassen, daß es nach allen Erfahrungen seiner Geschichte bis aufs Äußerste gegen die Verwirklichung einer solchen Absicht kämpfen würde und kämpfen müsse, dafür findet sich in der erwähnten Denkschrift auch nicht die leiseste Andeutung.

Der leitende Gedanke aller Erörterungen im Großen Hauptquar-

tier war damals, angesichts der Verbesserung der Lage im Osten, der unbedingte Waffensieg im Westen. Als anfangs Dezember 1917 vom Auswärtigen Amt in Berlin dem Legationsrat v. Grünau im Großen Hauptquartier die Anregung zuging, es möge in der Frage des Gewinnes von Briey Entgegenkommen gezeigt werden, meldete Grünau am 14. Dezember dem Staatssekretär des Äußeren zurück, er möge jetzt die Anregung nicht weitergeben, „da die Voraussetzungen für eine gute Aufnahme ungünstig sind und der Eindruck erweckt werden würde, als wollten Euer Exzellenz Frankreich gegenüber sehr billig spielen. Man ist hier zurzeit sehr groß und trägt sich mit Zerschmetterungsideen". Grünau erwähnte in diesem Zusammenhange, daß die Oberste Heeresleitung sich früher — so in den Kreuznacher Besprechungen vom April und August 1917 — mit kleinen Abtretungen an Frankreich einverstanden erklärt habe. (Anlage 11.)

Zusammenfassend kann man über die damalige Stellung der Obersten Heeresleitung zu den Kriegszielen sagen, daß sie, nach Ausweis der mitgeteilten Schriftstücke und der Erörterungen des Oberstleutnants Wetzell, im Weltkriege immer in erster Linie an die Erkämpfung möglichst günstiger Stellungen für den nächsten Krieg gedacht hat, von dessen Kommen sie fest überzeugt war. Derartige Gedankengänge kann man von rein militärischem Standpunkte aus billigen, sie durften aber niemals für die politische Leitung bindend maßgebend werden. Zunächst kam es darauf an, den Weltkrieg, in dem wir uns befanden, in möglichst günstiger Form überhaupt erst einmal zu beenden. Die Rücksicht auf Schaffung einer günstigen Ausgangslage für den nächsten Krieg setzte der Führung des Krieges selbst unendlich schwere Ziele, die, wenn man sich die Widerstandsfähigkeit und Ausdauer Englands vor Augen hielt und außerdem mit dem Herankommen der Amerikaner rechnete, nicht zu verwirklichen waren. Schon die Erinnerung an die napoleonische Epoche hätte zeigen sollen, welcher Kraftanstrengung England fähig ist, wenn es sich bei ihm um eine Lebensfrage der Nation handelt.

Gewiß war die Gesamtlage der Mittelmächte durch das Ausschalten Rußlands erheblich verbessert. Aber man unterschätzte bei der Obersten Heeresleitung doch die Friedenssehnsucht nicht nur des Volkes, sondern auch des Heeres. Von einem zukünftigen Kriege und der Erkämpfung einer möglichst günstigen Ausgangslage für diesen Zukunktskrieg wollte kaum jemand etwas wissen. Was man wollte, das war der Frieden. Sehr vielfach war auch die Ansicht vertreten, daß ein Krieg von so ungeheurem Ausmaß nie wiederkommen dürfe und auch niemals wiederkehren werde.

War es bei uns nun so, daß die politische Leitung des Reiches sich von den Kriegszielen der Obersten Heeresleitung ohne weiteres freizumachen vermochte, so lag selbst in ausschweifenden Kriegszielen

keine Gefahr. So stand es aber damals nicht. Die Oberste Heeresleitung war souverän und bestand auf ihrem Rechte, ja empfand es sogar als eine ihr vom Kaiser auferlegte Pflicht, „darüber mitzuwachen, daß das Ergebnis des Friedens den Opfern und Leistungen des deutschen Volkes und Heeres entspricht und der Friede uns materiell so kräftigt und uns so starke Grenzen bringt, daß unsere Gegner nicht so bald einen neuen Krieg zu entfesseln wagen werden". So faßten die Männer der Obersten Heeresleitung, wie bereits ausführlich dargelegt wurde (vgl. S. 49), ihre Mitwirkung an den Friedensverhandlungen auf. (Vgl. Anlage 1, S. 123.) Leistete die politische Leitung den Auffassungen der Obersten Heeresleistung Widerstand, wie es z. B. bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk geschah, so war zu befürchten, daß die für die Führung der Offensive 1918 unentbehrlichen Generale mit ihrem Rücktritt drohten. Kam es aber zu dieser Kraftprobe zwischen der militärischen und der politischen Leitung, so war, wie die Dinge sich einmal entwickelt hatten, letztere zum Nachgeben gezwungen. Denn niemand, auch der Kaiser nicht, hätte die Verantwortung dafür übernehmen können, die von der Nation vergötterten Führer, insbesondere den Feldmarschall v. Hindenburg, von ihrer Stellung zurücktreten zu lassen. Hindenburg aber würde einen Rücktritt des Generals Ludendorff damals durch den seinigen ergänzt haben.

Die Vertretung weitgespannter Kriegsziele im Hinblick auf eine möglichst günstige Anfangslage in einem neuen Kriege entsprang bei der Obersten Heeresleitung zweifellos bestem Wollen. Trotzdem kann man an der Feststellung nicht vorübergehen, daß hier eine irrige Einschätzung des Kampfwillens im deutschen Volke vorgelegen hat. Der Gedanke, daß ein Friede ohne wesentlichen Landverlust für Deutschland ein weltgeschichtlicher Sieg von unsterblicher Bedeutung gewesen wäre, wurde militärischerseits nicht anerkannt. Die Verhandlungen von Brest-Litowsk hätten vielleicht die Möglichkeit geboten, durch weise Mäßigung Deutschlands auf den Kriegswillen der Entente zu wirken. Aber schon wegen des von General Hoffmann zugestandenen Entgegenkommens in der Frage des polnischen Schutzstreifens hatte die Oberste Heeresleitung einen unnachgiebigen Standpunkt eingenommen und beinahe die Kabinettsfrage gestellt (vgl. S. 50). Alles kam für die Offensive des Jahres 1918 darauf an, ob eine wirkliche „Zerschmetterung" möglich war, d. h. ein solcher Sieg, der nicht etwa nur einen der Hauptgegner oder deren zwei zum Einlenken zwang, sondern jede Möglichkeit des Weiterkämpfens für die Entente ausschloß.

Jetzt rächte es sich, daß der Kaiser sich von der tatsächlichen Leitung immer mehr zurückgezogen hatte. In Anlage 12 wird ein Brief des ehemaligen Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg (Hohenfinow, 26. Januar 1918) an den Reichskanzler Grafen Hertling mit-

geteilt, zu dem ihm ein Aufsatz im „Tag“ Veranlassung gegeben hatte. Danach konnte es scheinen, als seien die künftigen militärischen Maßnahmen der Obersten Heeresleitung von dem Kriegszielprogramm der Regierung abhängig. Bethmann bekämpft diese Auffassung und legt dar, daß er beim Kaiser immer den Gedanken scharf vertreten habe, eine völlige militärische Niederwerfung unserer Gegner sei ausgeschlossen und „die siegreiche Abwehr unserer Feinde und die unversehrte Selbstbehauptung Deutschlands bedeute für uns den Gewinn des Krieges“. Bethmann hatte den Kaiser inständig gebeten, besonders eindringlich noch bei seiner Abschiedsaudienz im Juli 1917, einen Friedensschluß auf solcher Grundlage nicht etwa an angeblichen militärischen Notwendigkeiten scheitern zu lassen, da niemand beurteilen könne, ob, was heute militärisch notwendig erscheine, es auch noch nach einem Menschenalter sein werde. Der Kaiser hatte diesem Gedanken jedesmal aus innerer Überzeugung zugestimmt und den Kanzler am 16. Juli 1917 mit den Worten entlassen, er könne ganz unbesorgt sein, er — der Kaiser — denke über den Friedensschluß gerade so wie Bethmann. Herr v. Bethmann verwahrte sich nun dagegen, daß die große Westoffensive etwa als notwendige Folge seiner Kriegspolitik hingestellt werde.

Alles hing bei der geschilderten Entwicklung der Dinge nun davon ab, ob die völlige Niederwerfung der Westgegner gelingen würde. Noch ehe die Offensive einsetzte, traten aber Symptome zutage, die auf einen Rückgang der Kriegsstimmung im Volke schließen ließen, nämlich die großen Streiks im Februar 1918.

IX

Streiks und Frühjahrsoffensive 1918

Unter dem Eindruck der Verhandlungen von Brest-Litowsk und der skrupellosen Agitation linksstehender Radikaler bereitete sich um die Jahreswende 1917/1918 in der deutschen Arbeiterschaft ein für die Weiterführung des Krieges äußerst gefährlicher Umschwung vor. In ihrer Monatsschrift „Spartakus“ vom Januar 1918 verkündete die Liebknecht-Gruppe: „Der allgemeine Friede läßt sich ohne Umsturz der herrschenden Macht in Deutschland nicht erreichen. Nur mit der Fackel der Revolution, nur im offenen Massenkampfe um die politische Macht, um die Volksherrschaft und die Republik in Deutschland läßt sich jetzt das erneute Auflodern des Völkermordens und der Triumph der deutschen Annexionisten im Osten und Westen verhindern. Die deutschen Arbeiter sind jetzt berufen, die Botschaft der Revolution und des Friedens vom Osten nach dem Westen zu tragen.“ (Ernst v. Wrisberg, „Der Weg zur Revolution 1914—1918.“ Leipzig, K. F. Koehler, 1921, S. 96.)

Sehr bedenklich war es auch, daß die deutschen Sozialdemokraten Österreichs mit größtem Nachdruck zum Frieden drängten. Ein ausführlicher Bericht des Dr. Victor Naumann, den er im Anschlusse an eine Wiener Reise am 21. Februar 1918 aus München erstattete und dem Reichskanzler zustellen ließ, beseitigte über die Deutschland von der österreichischen Entwicklung drohende Gefahr die letzten Zweifel (Anlage 13). Naumann führte aus, General Ludendorff sei der bestgehaßte Mann in der Donaumonarchie, und auch Kaiser Wilhelm habe dort jede Popularität eingebüßt. Überall in Wien hoffe man auf einen Sonderfrieden. Als Dr. Naumann von Wien nach Berlin kam, erklärten ihm die Führer der Sozialdemokratie, wenn in den nächsten vier Wochen die preußische Wahlreform nicht sehr erhebliche Fortschritte mache, und man nicht den ehrlichen Friedenswunsch der Regierung und ihre Festigkeit gegenüber annexionistischen Plänen bemerke, so seien die deutschen Sozialdemokraten ebenso machtlos wie ihre österreichischen Kollegen, kommende Ereignisse aufzuhalten, obwohl sie deren Eintreten aus vielen Gründen auf das äußerste bekämpften und befürchteten. Dr. Naumann teilte seine Eindrücke dem Reichskanzler Grafen Hertling auch persönlich mit und erhielt von ihm die Versicherung, er werde in der preußischen Wahlrechtsfrage nicht nachgeben, sei auch nach wie vor ein Gegner großer Annexionen. Auch Dr. Naumann hielt eine offene Erklärung in der belgischen Frage für dringend nötig. Amerika habe kein Bedürfnis nach einem kontinentalen Kriege, und weder England noch Amerika würden um den Erwerb Elsaß-Lothringens den Krieg bis ins Unendliche fortzusetzen geneigt sein. „Uns aber muß ein baldiger Friede aus sozialen, wirtschaftlichen, moralischen und nicht zuletzt aus den Gründen, die für die Erhaltung der Vitalität unserer Nation mitsprechen, willkommen sein."

Die große Gefahr, die sich aus dem Vorbilde der russischen Revolution für die Verschlechterung der Stimmung bei den deutschen Arbeitermassen ergab, war von der politischen Reichsleitung schon seit längerer Zeit in Rechnung gestellt worden. Ein Schreiben des Unterstaatssekretärs v. Radowitz in der Reichskanzlei an den Vertreter des Reichskanzlers bei der Obersten Heeresleitung im Großen Hauptquartier, Grafen Limburg-Stirum, vom 17. Januar 1918 zeigt die klare Erkenntnis, daß der Krieg nur in Übereinstimmung mit der Sozialdemokratie weitergeführt werden könne. Es bestand die Gefahr, daß die sozialdemokratischen Wähler, besonders bei den Gewerkschaften, in die Hände der Unabhängigen glitten, und daß dann wirklich Streiks einträten. „Die Oberste Heeresleitung hat zwar des öfteren erklärt, sie sähe eine solche Gefahr nicht voraus; ich glaube, sie täuscht sich darin. Die Gefahr ist tatsächlich nicht vorhanden, solange die Sozialdemokraten in Gegensatz zu den Unabhängigen stehen. Sie tritt aber sofort ein, wenn die Sozialdemokraten

mit den Unabhängigen gemeinsame Sache machen und unter dem Motto der Kriegsverlängerung und der Parole Wahlrecht, Hunger und Frost auf die Massen einwirken [63])."

Am 28. Januar 1918 brach in Berlin tatsächlich ein großer Streik aus, über dessen Entstehung und Verlauf General v. Wrisberg in seinem schon erwähnten Buche „Der Weg zur Revolution", S. 97 ff., alles Nötige mitteilt. In Berlin allein streikten etwa 500 000 Arbeiter. Die Regierung verhängte den verschärften Belagerungszustand und traf weitere energische Maßnahmen, so daß der Streik nach etwa acht Tagen zusammenbrach. „Die Streikgefahr war zunächst beseitigt. Immerhin zitterte in der Arbeiterschaft eine starke Erregung nach, die sich in unvermindertem Mißtrauen gegen die Absichten der Reichsleitung in der äußeren Politik und gegen die Festigkeit der preußischen Regierung in der Wahlrechtsfrage äußerte" (v. Wrisberg, w. o., S. 102). Die Stellung der Obersten Heeresleitung zu der Gefahr weiterer Streiks geht aus den in Anlage 14 und 15 mitgeteilten Schriftstücken deutlich hervor, so daß ein weiteres Eingehen darauf an dieser Stelle nicht nötig erscheint. Die Oberste Heeresleitung rechnete damit, daß es bei entsprechender Stärke und Festigkeit auch in Zukunft gelingen müsse, größere Streiks auf die Dauer zu verhindern.

Als am 13. Februar 1918 zu Homburg in Gegenwart des Kaisers eine große Aussprache stattfand, war auch von der Gefahr neuer Streiks die Rede. Vizekanzler v. Payer schilderte, welche Mühe es mache, „die Sozialdemokraten und Pazifisten für militärische Operationen im Westen festzuhalten". Sie würden es nicht verstehen, daß der Krieg aus militärischen Gründen auch im Osten fortgesetzt werden müsse. Auch der Reichskanzler betonte, wir wollten das Odium nicht auf uns nehmen, daß wir jetzt die Politik änderten und annexionsmäßig vorgingen. Die Besprechung führte dann dazu, daß aus militärischen Gründen die Wiederaufnahme der Operationen im Osten beschlossen wurde, um dort möglichst schnell Ruhe zu schaffen und Kräfte für die Westoffensive freizumachen [64]).

Um die Mitte des Monats Februar richtete die „Frankfurter Zeitung" eine ausführliche Denkschrift an die Oberste Heeresleitung. Oberstleutnant Nicolai hatte auf Befehl der Obersten Heeresleitung am 31. Januar 1918 eine Unterredung mit einem Vertreter der Redaktion der „Frankfurter Zeitung" gehabt und bei dieser Gelegenheit sich über die Lage ziemlich rückhaltlos ausgesprochen. Die „Frankfurter Zeitung" entnahm aus dieser Unterredung die Veranlassung, eine Denkschrift an die Oberste Heeresleitung zu richten, um „die Oberste Heeresleitung selber über gewisse Illusionen aufzuklären." Öffent-

[63]) Rk. 16149 K. J. (i. a. Kr. XV, Bd. 16).
[64]) Rk. 16520 K. J.

lich hätte sie das, was in der Denkschrift stand, nicht sagen können und wollen, es aber doch für ihre Pflicht gehalten, der Obersten Heeresleitung gegenüber auszusprechen, „was ist".

Die Denkschrift geht davon aus, daß die Oberste Heeresleitung in den politischen Erörterungen der letzten drei Vierteljahre dauernd eine große Rolle gespielt habe, und daß ihre Autorität für die Ziele einer bestimmten Parteigruppe ausgebeutet worden sei. Diese Ausbeutung habe in anderen Teilen des deutschen Volkes böses Blut gemacht, die Autorität der jeweiligen Reichsregierung schwer geschädigt und den Kriegs- und Siegeswillen des Gesamtvolkes geschwächt. „Ohne Aufrechterhaltung des Volkswillens ist aber eine für Deutschland erfolgreiche Beendigung des Krieges nicht möglich. Ebenso wichtig für unsere Kriegführung wie alle Waffen, Materialien und Operationspläne ist der vaterländische Wille aller deutschen Männer und Frauen. So schwer es auch wird, dies auszusprechen: dieser Wille fängt an, brüchig zu werden." Die Hauptschuld daran trage die lebhafte und weitreichende Betätigung der Vaterlandspartei [65]). Die Stimmungsmache durch begeisterte Artikel, durch den Appell an Vaterlandsliebe, Pflichtbewußtsein, nationales und persönliches Interesse an Deutschlands Sieg wirke im vollen Maße nur noch bei denen, die ihrer Wirkung gar nicht bedürften. Breite Volksschichten aber hätten zu Worten keinerlei Vertrauen mehr. Die Heerführer hätten noch am längsten Vertrauen genossen, bis tief in die sozialdemokratischen Kreise hinein; sie genössen es auch heute noch militärisch wie je zuvor, aber politisch hätten sie es verloren durch die immer wiederholten Antworten auf Telegramme der Vaterlandspartei, ähnlicher Verbände und Versammlungen.

Das Volk in seinen breiten Schichten wolle den Frieden. In seiner übergroßen Mehrheit gehe es davon aus, daß wir von der Entente eingekreist und überfallen worden seien. Nun folgere es: „Wir müssen diesen Überfall abwehren, wir wollen uns nicht niederwerfen und uns nichts abnehmen lassen." Anfangs habe man auch noch an Entschädigung gedacht, jetzt wünsche man nur noch einen guten Frieden, einen Frieden ohne Gebietsverlust. „Aber der Lauf der Dinge könnte es mit sich bringen, daß erhebliche Teile des Volkes jeden Frieden der Fortdauer des Krieges vorziehen, Frieden um jeden Preis." Noch seien wir nicht so weit, aber der Großteil des Volkes wolle auch keinen Gewinn, der eine Verlängerung des Krieges erfordere.

Auch über die Stimmung an der Front sprach sich die Denk-

---

[65]) Beim Besuche des Königs von Bayern beim Kaiser in Berlin wurde gleichfalls ein Hauptteil der Schuld an den Streiks den „Treibereien der Vaterlandspartei" zugeschrieben; so sei „die vom Auslande genährte Agitation auf gut vorbereiteten Boden gefallen". Der König von Bayern hatte den Versuchen, ihn „in die Richtung der Vaterlandspartei zu drängen", widerstanden. (Bericht v. Grünau an Ausw. Amt, Gr. H. Qu. Kreuznach, 6. II. 1918.)

schrift offen aus. Noch fehle es der großen Mehrheit nicht an gutem Willen, an tief sittlichem Pflichtgefühl und treuer Hingabe bis zum Letzten, aber die Unzufriedenheit mit tausend vermeidbaren und unvermeidbaren Widrigkeiten habe eine bedenkliche Höhe erreicht. „Für den Schutz des Vaterlandes wollen sie bereitwillig einstehen, für sonst nichts. Kurland, Belgien, Briey sind ihnen durchaus gleichgültig."

Die Denkschrift berührt darauf die empfindliche Frage eines Gegensatzes zwischen Reichsregierung und Oberster Heeresleitung. Die ganze der Vaterlandspartei nahestehende Presse nehme täglich die Oberste Heeresleitung für ihre annexionistischen Kriegsziele in Anspruch, diese aber seien mit der von der Reichsregierung öffentlich vertretenen Politik nicht zu vereinbaren. Das Gerücht, Ludendorff habe im Januar 1918 zurücktreten wollen, sei in sehr demagogischer Weise ausgebeutet worden. In der Öffentlichkeit bestehe die Meinung, daß gegen die Politik der Reichsregierung und des Reichstages ein systematischer Feldzug unter Beihilfe militärischer Stellen organisiert worden sei. In diesem Sinne habe auch die Entlassung des Herrn v. Valentini und die Unklarheit der letzten Rede des Grafen Hertling in bezug auf unsere westlichen Kriegsziele sehr ungünstig gewirkt. „Wenn wir jetzt im Westen vielleicht zu einem großen Stoß ansetzen, der starken inneren Schwung bei allen Beteiligten zur Voraussetzung hat, starke Entschlossenheit, auch schwere Verluste und schwere Not zu ertragen, dann wird eine vorherige gründliche Reinigung der Atmosphäre doppelt notwendig. Es wäre verhängnisvoll, sich darauf zu verlassen, daß der Erfolg einer solchen Offensive allein zur Wiederherstellung des Vertrauens genüge. Eine Besserung der inneren Lage erwarten wir nur noch von der hüllenlosen Feststellung, daß unser Krieg ein Verteidigungskrieg ist und bleibt und auf nichts anderes abzielt, als die Feinde zu einem Frieden der Verständigung zu zwingen, also zu einem Frieden ohne Gebietserwerbungen in Europa. Unseren Gegnern wird damit durchaus kein Freibrief auf beliebige Verlängerung des Krieges ausgestellt." Der „Lokalanzeiger" und ähnliche Blätter hätten ausgeführt, die erwartete Offensive im Westen sei für einen Verständigungsfrieden nicht nötig, sie sei aber geboten durch den Willen, einen sogenannten „starken Frieden" zu erzielen. Nun denke die Mehrheit so: Soll die Offensive für Eroberungen ins Werk gesetzt werden, so soll man sie unterlassen; ist sie nötig, um den Kriegswillen unserer Feinde zu brechen, dann wird das ganze Volk, so schwer es auch die neuen Opfer bedauert, hinter ihr stehen.

In einem eindringlichen Schlußabsatze faßt die Denkschrift ihre Wünsche zusammen. „Gewiß ist es grundsätzlich nicht Sache der Obersten Heeresleitung, in diesen politischen Fragen öffentlich Stellung zu nehmen, und sie hat sich immer vor der Öffentlichkeit ener-

gisch gegen solche Zumutungen verwahrt. Aber sie ist nun einmal in die Politik hineingezogen worden, und dieser Umstand hat wesentlich dazu beigetragen, das Vertrauen des deutschen Volkes zu untergraben. Es wiederherzustellen, ist eine der dringlichsten und wichtigsten Aufgaben, die jetzt zu lösen sind. Das Volk will Klarheit in diesen schicksalsschweren Tagen. Es würde daher als innere Befreiung empfunden werden, wenn die Oberste Heeresleitung durch ein klares und unzweideutiges Wort erkennen ließe, ob sie auf dem Boden der von Regierung und Reichstag festgesetzten Politik steht, oder ob sie gewillt ist, sich für eine anders orientierte Politik verantwortlich einzusetzen."

Man wird sich der Überzeugung nicht verschließen können, daß die Gedankengänge dieser Denkschrift in hohem Maße durch die späteren Ereignisse bestätigt worden sind. Ob die Denkschrift zur Kenntnis der führenden Männer gelangt ist, oder was sie sonst für ein Schicksal gehabt hat, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Nachforschungen sind eingeleitet.

X

Schlußbetrachtung

Wir haben bereits festgestellt, daß für die Offensive an sich der Kaiser nicht nur die formale, sondern auch die tatsächliche Verantwortung als Oberster Kriegsherr zu tragen hat. Anders steht es mit der Frage, ob das strategische Ziel, das sich die Männer der Obersten Heeresleitung setzten, auch vom politischen Standpunkt aus richtig war.

Ludendorffs Gedanke war es, daß der Krieg für Deutschland nur dann gewonnen sei, wenn im Osten und im Westen solche Grenzen geschaffen würden, daß Deutschland auch einen späteren, neuen Verteidigungskrieg, mit dem er bestimmt rechnete, siegreich zu bestehen vermöge. Zugleich sollte auch Deutschlands wirtschaftliche Weiterentwicklung gewährleistet sein. Dieses Ludendorffsche Programm forderte im Osten — so führt es Generalleutnant z. D. Otto v. Moser in seinem „Kurzen strategischen Überblick über den Weltkrieg 1914—1918" [66]) aus — in der Hauptsache die militärische, politische und wirtschaftliche Angliederung von Kurland, Litauen und Polen, im Westen einen Schutzstreifen westlich Metz, das Gebiet von Briey und einen Teil von Belgien mit dem Pfande Lüttich. Aber diese Forderungen seien seit Hinzutritt des ausdrücklich auf Verweigerung jeder Annexion eingeschworenen, militärisch an Zahl und Rüstigkeit seiner Truppen, politisch an Einfluß und Willen seiner Regierung, gefährlich starken amerikanischen Gegners undurchführbar und deshalb auch militärisch unrichtig und diplomatisch bedenklich geworden.

---

[66]) Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1921.

Moser ist ferner der Ansicht, Ludendorff sei 1917 auch politisch derart in den Vordergrund getreten, daß sein Standpunkt und Programm auch für das Staatsoberhaupt und den Reichskanzler, ebenso wie für weite Kreise des deutschen Volkes und Heeres, „zwar nicht ausschließlich maßgebend", aber doch in hohem Maße bestimmend wurde. „Kaiser und Reichskanzler waren nach der Verfassung für die diplomatische Kriegführung, also vor allem auch für die Festlegung der Kriegsziele verantwortlich. Sie konnten freilich im Laufe des Jahres 1917 und am Jahresanfang 1918, so wenig wie irgendein anderer wahrhaft deutscher Mann, von den Heerführern verlangen, daß sie die Flinte ins Korn würfen und kampflos in Deutschlands Zerstückelung und Erniedrigung willigten; wohl aber, daß sie auf die Angliederung belgischen und französischen Gebiets grundsätzlich und laut verzichteten, und dadurch der Welt und dem eigenen Volke ausdrücklich und unwiderleglich vor Augen führten, der unvermeidliche letzte deutsche Entscheidungskampf gelte nicht Eroberungszwecken, sondern nur der auf anderem Wege, wegen des bösen Willens der Entente, nicht erreichbaren Wahrung der deutschen Grenzen und Machtstellung von 1914. Dieses unanfechtbare, maßvolle und deshalb auch am ehesten noch durchsetzbare Ziel entsprach dem Willen und der Stimmung der großen Mehrheit des deutschen Volkes und wäre deshalb auch die beste innerpolitische und militärische Parole für den letzten großen Kampf gewesen; aber auch die beste außerpolitische. Denn dieses Kampfprogramm hätte auch seines Eindrucks auf die Heere der Entente sowie auf die feindlichen und neutralen Völker nicht verfehlt; und außerdem gab es für den Fall des deutschen Teil- oder Mißerfolgs die einzige brauchbare Handhabe und Unterlage für Friedensverhandlungen ab. Allein Kaiser und Kanzler wagten nicht, sich öffentlich zu ihm zu bekennen, sondern begaben sich in das immer gefährliche Schlepptau der strategischen Hoffnungsbarke. Diese Halbheit nahm ihnen beiden jeden höheren Einfluß und jeden festen Halt."

Zutreffend sagt weiter General v. Moser, daß nur durch kräftige und rasch wirkende Erfolge die kriegsüberdrüssige und zweifelnde Stimmung der Heimat in Deutschland, wie bei den Verbündeten, nochmals wirklich emporzuheben war. Gelang der operative Durchbruch nicht, so mußte eine sehr schwierige Lage entstehen. Nach einem etwaigen Mißlingen des großen Angriffs aber bestand für Deutschland keinerlei Aussicht mehr, den Krieg siegreich zu beenden. Dann war vollste Klarheit über die Lage geboten; dann galt es, die feindlichen Heere von den deutschen Landen abzuhalten, und hierfür waren stark ausgebaute rückwärtige Stellungen die Vorbedingung. Insofern wäre der rechtzeitige Ausbau einer großen Stellung in der Linie Antwerpen—Namur—Sedan—Metz auch eine politisch sehr eindrucksvolle Maßregel gewesen. Sie bekundete vor dem ganzen Heere

und Volke den defensiven Charakter des Entscheidungskampfes und gab außerdem der Obersten Heeresleitung ein hohes Maß operativer Sicherheit. Daß dieser Ausbau nicht rechtzeitig erfolgt ist, hat sich schwer gerächt. Die noch im Osten stehenden, für den Kampf an der Westfront nicht vollwertigen Divisionen hätten wohl mit Vorteil dafür Verwendung finden können; im Osten aber erforderte die Durchsetzung der weit gesteckten Ziele immer noch das Zurückbleiben nicht unbeträchtlicher Streitkräfte. So waren auch hier die hauptsächlich von der Obersten Heeresleitung geforderten Ziele, also politische Zwecke, mitbestimmend für die Gestaltung der Dinge auf dem westlichen Kriegsschauplatze.

Als am 21. März 1918 die große Schlacht im Westen anbrach, hing Deutschlands Schicksal nur noch von dem Erfolge der eingeleiteten Operationen ab. Deutschland hatte alles auf eine Karte gesetzt. Ging der große Schlag fehl, so mußte mit Zersetzungserscheinungen in Heer und Heimat gerechnet werden. Die ganze Größe dieser Gefahr ist offenbar von der Obersten Heeresleitung nicht hinreichend scharf erkannt, jedenfalls nicht stark genug in Rechnung gestellt worden. Dringende Anweisungen an die Heimat, für Stimmung zu sorgen, den sinkenden Kriegswillen durch Aufzeigung leuchtender Kriegsziele zu heben, sind in reichlichem Maße gegeben worden. Sie konnten aber die von der Obersten Heeresleitung erhofften Wirkungen bei einem durch nahezu vierjährige Kriegslasten derart zermürbten Volke nicht mehr zeitigen. Auf den Erfolg der Operationen kam alles an.

Daß die Generale der Obersten Heeresleitung an den Sieg glaubten, nachdem sie alles getan hatten, was ihrer Meinung nach geschehen konnte, um ihn sicherzustellen, darf ihnen nicht verdacht werden. Das Vorrecht des Soldaten ist es, Kühnes zu erstreben, Unmögliches zu begehren. Sache der politischen Leitung ist es, die Auswüchse zu beschneiden. Wir haben gesehen, daß von einer politischen Führung, die der militärischen übergeordnet war, seit dem Weggange des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg und seit der Vereinsamung des Kaisers kaum mehr die Rede sein konnte. Wer trägt dafür die Verantwortung? Die Generale, die in vorbildlicher militärischer Tatkraft selbst das höchste Ziel zu meistern suchten? Daß es ihnen an der Erkenntnis für die Grenzen militärisch zu erzwingender Erfolge fehlte, kann man das nach den wunderbaren Siegen der Jahre 1914 und 1915 im Osten nicht nachfühlen?

Ich muß auf mein wiederholt ausgesprochenes Urteil zurückkommen, daß es Deutschlands Schicksal, nicht die vertretbare Schuld einzelner Persönlichkeiten gewesen ist, wenn die Dinge sich allmählich zu einer fast völligen Ausschaltung der politischen Gesichtspunkte entwickelt hatten. Die Persönlichkeiten, denen es oblag, das

ganze Volk einschließlich der Obersten Heeresleitung zu führen, waren vorhanden, aber sie haben der hohen, ihnen gestellten Aufgabe nicht entsprochen.

Die bisherige Untersuchung der politisch-militärischen Verantwortlichkeit für die große Offensive 1918 endet also nach meiner persönlichen Auffassung mit der Feststellung, daß jener hervorragende kriegerische Geist in den Männern der Obersten Heeresleitung gewirkt hat, von dem Bismarck meinte, er läge in dem „notwendigen Geiste der Institution", und er möge ihn nicht missen. Gefährlich werde er nur unter einem Monarchen, „dessen Politik das Augenmaß und die Widerstandsfähigkeit gegen einseitige und verfassungsmäßig unberechtigte Einflüsse fehlt"[67]).

Die Offensive begann. Sollte sie den Krieg zu einem für Deutschland günstigen Ende bringen, so war von ihrem Beginn an die denkbar engste Fühlung zwischen der Obersten Heeresleitung und den Männern der politischen Leitung erforderlich. Die leisesten Schwankungen der Kriegsaussichten mußten, wo alles auf eine Karte gestellt war, letzteren mitgeteilt werden, damit ja keine Gelegenheit verpaßt wurde, wo es möglich war, zu einem annehmbaren Frieden zu kommen.

Der zweite Teil meines Gutachtens wird sich mit der Prüfung der Frage befassen, ob dieses Verhältnis zwischen den Männern der Heerführung und der politischen Leitung vom Beginn der Offensive bis zu ihrem Zusammenbruch bestanden hat.

---

[67]) Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen", Bd. II, S. 93.

Anlagen

1

Schreiben des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an den Kaiser

Zu S. 11, 48, 49, 58, 90 und 111

(Vom Kaiser angestrichene Stellen in Sperrdruck)

Chef des Generalstabes des Feldheeres

Gelesen 8. I. 18. gez. W.

Großes Hauptquartier, den 7. Januar 1918

Euer Majestät

haben zu befehlen geruht, daß ich und General Ludendorff an den Friedensverhandlungen verantwortlich mitwirken sollen. Euer Majestät haben uns damit das Recht und die Pflicht übertragen, darüber mitzuwachen, daß das Ergebnis des Friedens den Opfern und Leistungen des deutschen Volkes und Heeres entspricht und der Frieden uns materiell so kräftigt und uns so starke Grenzen bringt, daß unsere Gegner nicht so bald einen neuen Krieg zu entfesseln wagen werden.

In allen Besprechungen unter Euer Majestät Vorsitz und mit dem Herrn Reichskanzler ist von uns auf die Bedeutung gesicherter Grenzen als eine Lebensfrage Deutschlands hingewiesen. Ob solche Grenzen erreicht werden, ist zweifelhaft und beunruhigt mich im höchsten Maße.

Da, wo wir unabhängig vom Feinde etwas erreichen konnten, in Elsaß-Lothringen, ist noch nichts Grundlegendes geschehen; die Reichsregierung hat den Gedanken der Autonomie noch nicht endgültig von sich gewiesen. In den Besprechungen über Belgien habe ich bei der Reichsregierung nur die größte Zurückhaltung für militärische Forderungen gefunden.

Im Osten hatten Euer Majestät die austro-polnische Lösung befohlen. Trotz der schweren Bedenken, die ich und General Ludendorff gegen diese Lösung hatten, haben wir pflichtmäßig mitgearbeitet, da wir nach Euer Majestät Befehl die Forderungen stellen sollten, die uns die Lösung annehmbar machen. Beim Vortrag am 18. Dezember schränkten wir unsere Forderungen ein; wir hatten nun die Hoffnung, daß Euer Majestät mit unseren Forderungen einverstanden wären und die Reichsregierung entsprechend handeln sollte. Ich glaubte daher, auch einen Vorschlag des K. u. K. Armeeoberkommandos, der uns nur unwesentliche Grenzberechtigungen zumutete, dem General Freiherrn v. Arz gegenüber als mit der Würde Deutschlands nicht vereinbar bezeichnen zu müssen. Am 2. Januar erbat Herr v. Kühlmann Euer Majestät Entscheidung. Euer Majestät legten eine Linie fest, die unsere Forderungen stark beschränkte und die austro-polnische Lösung für mich und General Ludendorff nicht mehr annehmbar macht. Euer Majestät gestatteten zwar, daß die Linie nochmals einer näheren Bearbeitung unterworfen wird. Ich weiß aber nicht, ob noch eine Lösung gefunden werden kann, die unsere schwerwiegenden Bedenken gegen die Überlassung Polens an Österreich zu beschwichtigen imstande wäre.

Die Schaffung eines ukrainischen Staates kann die Polengefahr für Deutschland gewiß mildern. Die Verhältnisse sind aber in Rußland so unklar, daß darauf meines Erachtens nicht die Sicherheit des Deutschen Reiches aufgebaut werden kann.

Auch die Verhältnisse in Kurland und Litauen sind durch die Brester Erklärungen vom 25. Dezember recht unklar geworden. Meldungen, die am 4. Januar über die Haltung der Letten für den Fall einer zweiten Abstimmung eingingen, haben die Besorgnis, die wir am 2. Januar zurückstellten, erneut geweckt. Den Wühlereien der Polen bleibt im litauischen Gebiet Tür und Tor geöffnet. Unsere Bedenken gegen die austro-polnische Lösung werden dadurch noch erheblich bestärkt.

Unsere militärischen Grenzverhältnisse im Osten werden dadurch ganz ungemein schwierig.

Ich glaube nicht, daß es nach der Kriegslage irgendwie gerechtfertigt ist, daß Deutschland dies auf sich zu nehmen hat.

Ich und General Ludendorff sind durch die Abmachungen vom 25. Dezember vollständig überrascht worden. Die späteren Abmachungen haben Deutschlands Lage zwar etwas verbessert, aber doch den Zustand geschaffen, den ich vorstehend festgelegt habe.

Die wirtschaftlichen Abmachungen haben beim Staatsminister Dr. Helfferich und dem Staatssekretär Freiherr v. Stein sowie bei der gesamten Industrie die größte Bestürzung hervorgerufen.

Dieses bisher ungenügende politische und wirtschaftliche Ergebnis muß ich im wesentlichen auf die mangelhafte Vorbereitung der Friedensverhandlungen seitens des Auswärtigen Amtes und auch auf die Nachgiebigkeit unserer Diplomatie gegenüber dem verbündeten und feindlichen Auslande zurückführen.

Ich habe schon viele Besprechungen mit dem Auswärtigen Amt gehabt und dabei den Eindruck gewonnen, daß es mich und General Ludendorff wohl reden läßt, aber nur in der Absicht, hinterher doch seine ganz eigenen Wege zu gehen. So ist es in der litauischen Frage gewesen, so ist es jetzt in der polnischen, wo der Staatssekretär einseitig die Entscheidung Euer Majestät erbat, auch ohne daß der Reichskanzler davon wußte.

In der polnischen Frage haben Euer Majestät geruht, das Urteil des Generals Hoffmann höher zu stellen als das meinige und das des Generals Ludendorff. General Hoffmann ist mir unterstellt und ohne eigene Verantwortung in der polnischen Frage. Der Vorgang am 2. Januar hat mich und General Ludendorff schmerzlich berührt. Er ist für uns ein Zeichen, daß Euer Majestät in einer das Leben des deutschen Vaterlandes berührenden Frage unser Urteil hintansetzen.

Nach den Eindrücken aus Brest scheinen die deutschen Unterhändler mehr diplomatisch als kraftvoll aufgetreten zu sein. Dafür spricht der Eindruck, den die russischen Unterhändler selbst gewonnen haben, nämlich der, daß Deutschland den Frieden ebenso braucht wie Rußland, und ihr Verhalten am 3. und 4. Januar: Ein unflätiges Geschimpfe — dann ein Nachgeben! Der gleiche Eindruck herrscht bei vielen Stellen des Heeres und ist wohl geeignet, eine ungünstige Beurteilung meines und des Generals Ludendorff Verhalten hervorzurufen, die wir im Heere hierfür verantwortlich gemacht werden. Daß dies geschieht, kann ich nicht verhindern, denn der lange Schützengrabenkrieg und die zerfahrenen Verhältnisse im Innern haben auch hier die Lust an der Kritik gesteigert. Ich vermag die Befürchtung nicht zu unterdrücken, daß die Art der Verhandlungen und das Ergebnis in Brest die Stimmung des Heeres ungünstig beeinflussen.

Diese wird jetzt auf die größte Probe gestellt. Um uns die politische und wirtschaftliche Weltstellung zu sichern, deren wir bedürfen, müssen

wir die Westmächte schlagen. Dazu haben Euer Majestät die Angriffsschlacht im Westen befohlen. Es bedeutet dies die allergrößte Anstrengung, die wir im ganzen Kriege gemacht haben; die allerschwersten Opfer werden gefordert werden. Ob wir dann den Gewinn für Deutschland im Friedensschluß erhalten, den unsere Machtstellung erfordert und der unserer Opfer wert ist, muß ich nach den Vorgängen in Brest bezweifeln. Eine ungeheure Enttäuschung des heimkehrenden Heeres und des Volkes, das unerschwingliche Steuerlasten tragen müßte, würde die unausbleibliche Folge sein.

Die schwere Lage, in die ich und General Ludendorff Euer Majestät gegenüber gekommen sind, entspricht der Verschiedenheit der Anschauungen über unsere jetzige und spätere militär-politische Lage, so wie sie Euer Majestät einerseits vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und andererseits von uns vorgetragen wurde. Ich bin der festen Überzeugung, daß die von uns vertretene zur Stärkung der Monarchie und zur erweiterten Machtstellung Deutschlands führt, während die gegenteilige nur von der Höhe wieder herabführen kann, auf die Euer Majestät und Allerhöchstderen erhabene Vorfahren Preußen und Deutschland geleitet haben.

Solange nur beraten und nicht gehandelt wird, treten die Gegensätze scheinbar zurück. Wird aber, wie jetzt in der austro-polnischen Lösung gegen Österreich oder in Brest gegen die Russen, zur Tat geschritten, so zeigen sich die gegensätzlichen Auffassungen in ihrer ganzen Schärfe. Bei jeder Gelegenheit wird sich dies und damit die jetzige Lage wiederholen.

Euer Majestät hohes Recht ist, zu entscheiden. Aber Euer Majestät werden nicht befehlen, daß aufrichtige Männer, die Euer Majestät und dem Vaterlande treu gedient haben, sich mit ihrer Autorität und mit ihrem Namen an Handlungen beteiligen, die sie aus innerster Überzeugung als schädlich für Krone und Reich erkannt haben.

Die schwere Aufgabe, die Euer Majestät den Männern auferlegen, die die Operationen im Westen nach Euer Majestät Weisung vorzubereiten und zu führen haben, bedingt, daß sie des uneingeschränkten, persönlichen Vertrauens Euer Majestät sicher sind. Sie und das Heer müssen dabei von dem Gefühl getragen werden, daß der politische Erfolg dem militärischen Erfolge entsprechen wird.

Euer Majestät bitte ich alleruntertänigst Allerhöchst sich grundlegend zu entscheiden. Meine und des Generals Ludendorff Person dürfen bei Staatsnotwendigkeiten keine Rolle spielen.

gez.: v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.

2

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres an den Reichskanzler

Zu S. 44

Chef des Generalstabes des Feldheeres
II. Nr. 64 550 op.

Großes Hauptquartier, den 10. September 1917

Auf Grund der im Großen Hauptquartier mit dem Herrn Reichskanzler, dem Herrn Kriegsminister bezw. mit den von letzterem entsandten Offizieren stattgehabten Besprechungen stelle ich als Ergebnis hinsichtlich der Ersatz- und Arbeiterfrage folgendes fest:

Unsere Gegner machen die verzweifeltesten Anstrengungen, den Sieg an sich zu reißen. Es steht ihnen an sich ein zahlenmäßig weit überlegenes Menschenmaterial zur Verfügung, das durch das Eintreten Amerikas noch vermehrt wird, selbst wenn dessen Leistungen nicht überschätzt werden dürfen.

Ähnlich sieht es mit dem Kriegsgerät, insbesondere der Munition aus. Wir kämpfen auch darin mit der Industrie der ganzen Welt. Die Kraftentfaltung der feindlichen Artillerie ist der unseren überlegen.

Daß der U-Boot-Krieg Entlastung bringt, ist zweifellos, aber der Zeitpunkt, zu dem er eine entscheidende Schwächung bei unseren Gegnern hervorruft, läßt sich noch nicht bestimmen. Sicher ist jedenfalls, daß unsere Gegner noch v o r h e r versuchen werden, durch eine militärische Entscheidung den Krieg zu ihren Gunsten zu Ende zu bringen.

Demgegenüber bleibt es nach wie vor möglich, uns siegreich zu behaupten, wenn

1. der Ersatz des Heeres sichergestellt ist,
2. unsere Rüstungsindustrie das Möglichste leistet,
3. der entschlossene Wille, den Krieg bis Erreichung eines Friedens, der unsere Zukunft sichert, sich allgemein durchsetzt und trotz der im Winter fraglos auftretenden Schwierigkeiten und Entbehrungen anhält.

Zu 1: Der Ersatz für das Feldheer ist z. B. unzureichend, insbesondere fehlt a u s g e b i l d e t e r Ersatz bei allen Waffen in beängstigendem Maße. Die Ersatzfrage legt schon jetzt erheblich die militärische Operationsfreiheit lahm.

Für das nächste Jahr sieht die Ersatzfrage noch ernster aus, wenn es nicht gelingt, Reklamierte in großer Zahl freizumachen (vgl. unter 2).

Gelingt es nicht, den nötigen Ersatz für das Heer zu schaffen, so ist der Ausgang des Krieges in Frage gestellt.

Zu 2.: Auch hinsichtlich der Rüstungsindustrie ist ein zufriedenstellender Stand n i c h t erreicht. Das an sich nur den notwendigsten Anforderungen entsprechende sogenannte Hindenburg-Programm ist noch jetzt nicht erreicht, obwohl es in seinem Umfange zweimal h e r a b g e s e t z t (— in einzelnen Posten allerdings auch heraufgesetzt —) ist. Es fehlt zurzeit in erheblichem Umfang an dem verschiedensten wichtigsten Kriegsgerät. Jedenfalls darf die Kriegsindustrie nicht weiter eingeschränkt, es muß vielmehr das mit dem Kriegsministerium festgelegte Programm mindestens eingehalten werden. Eine Einschränkung würde nicht nur viel Blut kosten, sondern stellt, ebenso wie Ersatzmangel, den Krieg in Frage. Die Lösung ist um so schwieriger, als gemäß Ziff. 2 auf reklamierte Arbeiter zu E r s a t z z w e c k e n zurückgegriffen werden muß.

Zu 3.: Stimmung und Siegeswille in der Heimat scheinen sich etwas gebessert zu haben. Es fehlt aber nicht an zersetzenden Einflüssen in Gestalt radikaler Hetzer, der internationalen Presse und eigensinnig oder böswillig ihre Sonderziele verfolgender Politiker. Die Gefahr ist z. Zt. nicht groß, sie wächst aber dauernd und wird beim Eintreten von Schwierigkeiten, z. B. in der Ernährung, s o f o r t g r o ß e n U m f a n g gewinnen. Es heißt ihr also in gemeinschaftlicher Arbeit entgegentreten. Für das Heer sind entsprechende Maßnahmen inzwischen getroffen. In der Heimat muß besonders die Stimmung der Arbeiter zur Hebung der Arbeitslust und Leistung gebessert werden.

Zur Beseitigung der unter 1—3 genannten Übelstände ist restlose Erfassung und Ausnutzung aller männlichen Kräfte, sei es als Heeresersatz, sei es für Arbeitszwecke nötig.

Hierzu können dienen:

I. Verbesserung des Hilfsdienstgesetzes

Dies hat bisher in den wichtigsten Punkten versagt und so viel Lücken gelassen, daß sich in der Praxis mit einigem Geschick jeder von der im § 1 vorgesehenen Arbeitspflicht drücken kann. Andererseits hat es der Hetzer- und Wühlarbeit zweifellos Vorschub geleistet. Es könnte in Frage kommen, das Gesetz aufzuheben und sich lediglich auf das Gesetz über den Belagerungszustand und auf das Kriegsleistungsgesetz zu stützen. Ob eine solche Maßnahme innerpolitisch zweckmäßig ist, hat die Regierung zu entscheiden. Es scheint mir aber sicher, daß schon eine Andeutung, der Bundesrat könne sich gezwungen sehen, das Gesetz aufzuheben, auch die linken Parteien zur Nachgiebigkeit veranlassen wird, da das Gesetz den Arbeitern tatsächlich nur erhebliche Rechte — nicht aber Pflichten, wie es dem § 1 entsprechend sein sollte — gebracht hat. Im übrigen kommen als Punkte, die der Verbesserung bedürfen, in Betracht:

1. Größere Befugnisse der Feststellungsausschüsse (§ 4),
2. Abkürzung der Termine für das Suchen von Arbeit (§ 7),
3. Aufhebung der 14tägigen Frist im § 9,
4. Erlaubnis der Abwanderung innerhalb der gleichen Betriebsarten und Möglichkeit, in einzelnen besonders wichtigen Kriegsbetrieben die Abwanderung überhaupt zu verhindern (§ 9),
5. Bestrafung der Umgehung der Arbeitspflicht durch die Feststellungsausschüsse oder dergl. (kurzes einfaches Verfahren).
6. Bessere Kontrolle über alle Hilfsdienstpflichtigen (listliche Überweisung von einer Arbeitsstelle an die andere über Kriegsamtsstelle. Meldepflicht der Arbeitgeber).
7. Ausdehnung der Hilfsdienstpflicht bis auf das 15. Jahr.

II. Änderung der Stellung der Reklamierten

Die jetzige Gleichstellung der Reklamierten mit hilfsdienstpflichtigen Arbeitern ist unhaltbar.

Es muß erreicht werden, daß jeder Mann nur für einen bestimmten Betrieb reklamiert gilt und nicht die Arbeitsstätte wechseln darf. Zu einer Überführung zu anderen Arbeitsstätten ist nur die betreffende Kriegsamtsstelle befugt; Reklamierte, die ihre Arbeitspflichten nicht erfüllen, müssen wieder eingezogen werden.

III. Erhöhung der Leistung des Einzelnen

Die Leistung der Arbeiter, namentlich der Reklamierten, ist stellenweise um 30—40 % gesunken. An der Ernährung liegt es nicht, es ist vielmehr passiver Widerstand, bei den Reklamierten wohl auch der Wunsch, die Arbeit zu strecken und damit der Wiedereinziehung zu entgehen. Neben den unter I und II angegebenen Maßnahmen ist es nötig, die Arbeiter über ihre Pflichten gegen den Staat und ihre kämpfenden Brüder aufzuklären. Gleichzeitig muß mit aller Strenge gegen die gewissenlosen Hetzer eingeschritten werden.

IV. Vorbereitung, um spätestens im Frühjahr eine möglichst große Zahl kv. Leute als Heeresersatz aus der Industrie zu holen

Ein wesentliches Mittel hierfür ist rechtzeitige Ankündigung an alle Fabriken, wieviel Leute sie im Frühjahr abzugeben haben. Nur dann können sie Ersatz anlernen. Ein zweites wesentliches Mittel ist trotz aller schwerwiegenden Bedenken das Zusammenlegen von Betrieben. Kleinere Betriebe arbeiten hinsichtlich Ausnutzung der Arbeiter und des Kohlenverbrauchs bekanntlich unrentabel. Sie müssen also zurücktreten.

Endlich müssen kriegsunwichtige Betriebe, soweit noch nicht geschehen, stillgelegt oder auf das Nötigste beschränkt werden. Hierzu gehören auch Kinos, Theater, Restaurants, Musikkapellen, Modegeschäfte, Warenhäuser, Friseure usw.

V. Verlängerung der Wehrpflicht

Sie kann neben der Verbesserung des Hilfsdienstgesetzes nötig werden. Die älteren kv. und gv. Leute würden besonders dazu benutzt werden können, um in der Etappe alle jungen kv. Leute freizumachen. Unter der Voraussetzung, daß das Reklamiertenverhältnis geändert wird, würde sich auch die Heranziehung dieser Jahrgänge zur Arbeit wirksamer gestalten.

Es ist nicht meines Amtes, weitere Vorschläge zu machen, was auf Grund der vorstehend niedergelegten Besprechung in die Praxis umgesetzt werden kann. Das aber muß ich pflichtgemäß betonen: Die Lage muß sich kritisch gestalten, wenn wir nicht tatkräftig und sofort handeln. Handeln wir in diesem Sinne, so wird auch das Heer den Krieg zum guten Ende führen. Für alle an den vorstehend behandelten Fragen verantwortlichen Stellen besteht also eine ungeheure Verantwortung. Insbesondere darf namentlich dem Reichstag, den Gewerkschaften usw. kein Zweifel darüber gelassen werden, daß auch sie durch Zaudern oder Ablehnen die schwerste Schuld auf sich laden.

Daß, nachdem Monate ungenutzt verstrichen, schnelles Handeln geboten ist, bedarf keines Hinweises.

gez. v. Hindenburg

Abschriften wurden dem Reichskanzler,
dem Kriegsminister,
dem Allgem. Kr. Departement,
dem Kriegsamt,
dem Arbeit- u. Ersatz-Dep.
zugestellt.

3

Der Reichskanzler an den Feldmarschall

Zu S. 48

Der Reichskanzler
Rk. 16013 K. J.

Berlin, den 7. Januar 1918

Titl.: Exz. v. Hindenburg (volle Adresse)

Hochverehrtester Herr Feldmarschall!

Wie Euer Exzellenz schon von mir erfahren haben, habe ich Herrn von Kühlmann sogleich angewiesen, mit dem Grafen Czernin über die Frage der polnischen Grenze einstweilen nicht zu reden. Ich war meinerseits der Ansicht, daß diese Frage durch den bei der Besprechung vom 2. d. Mts. von Seiner Majestät dem Kaiser gemachten neuen Vorschlag nicht endgültig entschieden worden sei, sondern einer nochmaligen Besprechung bedürfe, und hatte den Eindruck, daß auch Seine Majestät einer dahingehenden Andeutung

Euer Exzellenz zugestimmt habe. Nachträglich angestellte Erkundigungen haben dies bestätigt. Unter diesen Umständen will mir scheinen, daß die Oberste Heeresleitung nicht vor eine vollendete Tatsache gestellt worden ist und daß für den General Ludendorff keinerlei Anlaß vorliegt, seinen Rücktritt in Erwägung zu ziehen. Wie tief ein solcher Entschluß auf die Stimmung des Volkes einwirken würde, zeigt sich darin, daß schon die bedauerlicherweise in der Öffentlichkeit verbreiteten Gerüchte in allen vaterländisch gesinnten Kreisen die größte Erregung hervorgerufen haben. Ich verstehe dies Gefühl und gebe mich der festen Hoffnung hin, daß im Interesse des glücklichen Ausgangs des Krieges ein befriedigender Ausweg aus den entstandenen Schwierigkeiten sich wird finden lassen.

Daß die russischen Delegierten heute in Brest-Litowsk zurückerwartet werden, ist Euer Exzellenz bekannt. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß der Zwischenfall damit seine Erledigung gefunden haben werde und die Verhandlungen weitergehen können. Es wird indessen notwendig sein, den Herren gegenüber eine sehr feste Haltung einzunehmen und ihnen von vornherein klarzumachen, daß ein Zurückweichen unsererseits hinter die von uns gemachten Gegenvorschläge — und zwar in der in der Besprechung am 2. d. Mts. festgelegten Auslegung — ausgeschlossen ist. Glücklicherweise sind, wie ich einem heute früh eingetroffenen Telegramm des Herrn v. Kühlmann entnehme, auch die Österreicher hiervon überzeugt. Daß eine Delegation der Ukrainer erschienen und zu Verhandlungen bereit ist, bedeutet für uns eine erhebliche Verstärkung. Ich möchte aber auch dringend bitten, das Mißtrauen gegen unsere dortigen Unterhändler zurückzustellen. Herr v. Kühlmann hat die Verhandlungen in steter Fühlung mit mir und nach meiner Überzeugung mit bestem Erfolge geleitet. Der bisher mit der Führung der wirtschaftlichen Verhandlungen betraute Direktor Johannes ist durch den in vielen derartigen Verhandlungen erprobten früheren Direktor der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Exzellenz von Koerner, ersetzt worden.

Das Wichtigste aber ist, daß die zehntägige Frist abgelaufen und eine Antwort der Westmächte auf die von russischer Seite ausgegangene Einladung, sich an den Friedensverhandlungen auf der Grundlage der russischen Vorschläge zu beteiligen, nicht eingegangen ist. Dies bedeutet für uns, daß wir nunmehr den Westmächten gegenüber vollkommen frei und an jene Vorschläge in keiner Weise mehr gebunden sind. Ich lege Abschrift [1]) der hierüber der russischen Regierung zugegangenen Erklärung bei. Wenn also mit Gottes gnädiger Hilfe die in Aussicht genommene neue Offensive unter Euer Exzellenz bewährter Führung, gestützt auf den Heldenmut und Siegeswillen unserer Soldaten, zu dem erhofften durchschlagenden Erfolge führen wird, so sind wir in der Lage, für einen mit den Westmächten zu schließenden Frieden diejenigen Bedingungen zu stellen, welche von der Sicherung unserer Grenzen, unserer wirtschaftlichen Interessen und unserer internationalen Stellung nach dem Kriege gefordert werden. Ich hoffe, daß es gelingen wird, hiervon auch den Reichstag, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, zu überzeugen. An Bemühungen nach dieser Richtung wird es nicht fehlen.

Gern ergreife ich diese Gelegenheit, Euer Exzellenz der ausgezeichnetsten Hochachtung und besonderen Verehrung zu versichern, womit ich verbleibe

Euer Exzellenz ganz ergebener

gez. Hertling

---

[1]) Hier war ein Ausschnitt aus Nr. 11 der „Nordd. Allg. Ztg." v. 7. 1. 1918 beigefügt.

Staatssekretär v. Kühlmann an den Reichskanzler

Zu S. 54

(Akten der Reichskanzlei, Rk. 205/18.)
Brest-L., 11. Januar 1918

Eurer Exzellenz

beehre ich mich mit der Bitte um streng persönliche und vertrauliche Behandlung eine Aufzeichnung in Beantwortung Eurer Exzellenz Schreiben vom 9. Januar d. J. gehorsamst zu übersenden.

gez. v. Kühlmann

Brest-Litowsk, am 10. Januar 1918

Bemerkungen:

Es ist nicht bekannt, in welcher Form und mit welcher Motivierung Seine Majestät dem Herrn Generalfeldmarschall und dem General Ludendorff die verantwortliche Mitwirkung an den Friedensverhandlungen übertragen haben, es sei denn, es handle sich um die vom Herrn Reichskanzler der Krone unterbreitete Bevollmächtigung für dieselben (vergl. die Akten). Mir scheint, daß der erste Absatz der Eingabe alle diejenigen Anschauungen und Gefühle enthält, die für das ganze folgende Schriftstück und vor allem für das ganze Verhalten der Obersten Heeresleitung maßgebend sind. Diese Anschauungen lassen sich aber mit den verfassungsmäßigen Grundlagen des politischen Lebens in Deutschland nicht vereinigen.

Das politische Gebäude des Deutschen Reichs kennt nur einen verantwortlichen Minister: den Reichskanzler. In politischen Dingen muß — soll nicht unsägliche Verwirrung angerichtet werden — Seiner Majestät nur von einer verantwortlichen Stelle, dem Kanzler, maßgebend vorgetragen werden können. Wenn Wert darauf gelegt worden ist, daß die Oberste Heeresleitung bei den Friedensverhandlungen mitwirke, so lag hierbei m. E. nicht die Absicht vor, die Oberste Heeresleitung solle „mitwachen, daß das Ergebnis des Friedens den Opfern und Leistungen des deutschen Volkes und Heeres entspricht und der Friede uns materiell so kräftigt und uns so starke Grenzen bringt, daß unsere Gegner nicht so bald einen neuen Krieg zu entfesseln wagen werden". Die hier in dieser Allgemeinheit definierten Pflichten kann, soweit sie politischer Natur sind, nur der Reichskanzler ausüben.

Mir scheint, daß bei Übertragung einer Mitwirkung bei den Friedensverhandlungen an die Oberste Heeresleitung der Gedanke maßgebend gewesen ist, den großen entscheidenden militärischen Interessen, die bei dem Friedensschlusse im weitesten Umfang berührt werden, die Möglichkeit zu geben, die militärischen Erwägungen und Anschauungen vor und bei Fassung der entscheidenden Entschlüsse zur Geltung zu bringen. Diese Darlegungen werden bei Fassung der politischen Entschlüsse gemäß ihrer großen Bedeutung berücksichtigt werden. Das Maß der Berücksichtigung kann lediglich der formal und materiell verantwortliche Kanzler im Einvernehmen mit der Krone entscheiden.

Eine der glücklichsten Wirkungen des bei uns bestehenden monarchischen Systems ist die Vereinigung der höchsten Zivil- und Militärgewalt in der Person des Monarchen, der dadurch in die Lage gesetzt ist, die letzten für das Staatswohl ausschlaggebenden Fragen, bei denen, wie es häufig geschieht, politische und militärische Angelegenheiten eng verbunden sind, endgültig und abschließend zu entscheiden. Wird von diesen ganz grundlegenden Prinzipien

in erheblichem Maße abgewichen, so gerät das ganze Staatswesen in ernste Gefahr.

Die Bedeutung gesicherter Grenzen ist auch vom Herrn Reichskanzler keinen Augenblick verkannt worden. Sein Streben ist unablässig darauf gerichtet, die Grenzgestaltung nach diesem Kriege so günstig als möglich zu machen.

Die elsaß-lothringische Frage bildet schon lange den Gegenstand eingehender Beratungen sowohl mit den deutschen Bundesregierungen als mit dem Reichstage. Die schweren Bedenken, die gegen eine Autonomielösung sprechen, verkennt auch der Herr Reichskanzler nicht, zumal er in seiner früheren amtlichen Tätigkeit mit großem Nachdruck für eine ganz andere Lösung eingetreten ist. Da aber die anderen vorgeschlagenen Lösungen gerade für das Verhältnis der deutschen Bundesstaaten unter sich die ernstesten Gefahren bergen, liegt für den Herrn Reichskanzler eine Notwendigkeit, die Autonomielösung a limine abzulehnen, zurzeit nicht vor.

Die belgische Frage ist in der ersten Hälfte September in einem Kronrate sehr ausführlich behandelt und vor kurzem in Gegenwart Seiner Majestät in Kreuznach erneut besprochen worden. Zu einer Abänderung der vom Herrn Reichskanzler eingenommenen Stellungnahme liegt zurzeit keine Veranlassung vor. Angesichts der fundamentalen Wirkung der belgischen Lösung auf die Friedensfrage erschien bei einer amtlichen Festlegung die äußerste Zurückhaltung angebracht.

Über die austro-polnische Lösung hier in Einzelheiten einzugehen, dürfte sich gleichfalls erübrigen. Ihre Inangriffnahme durch die Reichsregierung beruht auf einem ausdrücklichen und gemessenen Befehle Seiner Majestät des Kaisers, geschah aber auch mit voller Überzeugung des Herrn Reichskanzlers, der seit Jahren eine in dieser Richtung liegende Lösung für die angemessene gehalten hat.

Eine der Vorbedingungen der austro-polnischen Lösung war die Annexion gewisser Grenzstreifen für Preußen zur Erreichung einer besseren strategischen Sicherung. Der Herr Reichskanzler hat sich stets auf den Standpunkt gestellt, daß es sich um eine rein auf militärischen Erwägungen beruhende Maßnahme handelt, und seiner Überzeugung gleichmäßig immer dahin Ausdruck gegeben, daß solche Annexionen auf das Mindestmaß und auf das militärisch ganz unbedingt Notwendige beschränkt werden sollten. Was dieses Mindestmaß sei, hat der Herr Reichskanzler, da es sich um eine vorwiegend militärische Frage handelt, selbständig zu entscheiden, nie die Absicht gehabt. Es war dies eine derjenigen Fragen, bei denen die innige Verschmelzung politischer und militärischer Gesichtspunkte nur die Krone in letzter Instanz und endgültig entscheiden konnte. Da andererseits die ganzen Verhandlungen mit Österreich, an deren Fortgang Seine Majestät ein Allerhöchstpersönliches Interesse nahmen, wegen mangelnder Übereinstimmung in der Grenzfrage schon seit mehreren Monaten in der Schwebe blieben, haben Seine Majestät, ohne daß der Kanzler oder Herr v. Kühlmann auf die geographischen Einzelheiten dieser Entschließung irgendwelchen Einfluß gehabt hätten, beschlossen, endgültig die künftige Grenzführung festzusetzen. Mit dieser dem Herrn Reichskanzler und dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amtes mitgeteilten Allerhöchsten Entscheidung ist für den Herrn Reichskanzler die weitere Diskussion dieser Frage ausgeschlossen.

Es möge nur noch darauf verwiesen werden, daß die betreffenden Annexionen sowohl durch den Preußischen Landtag als durch den Reichstag zu genehmigen sein werden. Bei den sehr starken bevölkerungspolitischen Bedenken erscheint eine Zustimmung des Preußischen Landtags kaum ohne weiteres gesichert. Eine Zustimmung des Reichstags zu einer umfangreichen Annexion ist m. E. nicht zu erlangen. Es würde also das Bild

eintreten, daß eine Frage den Gegenstand schwerwiegender Auseinandersetzungen zwischen Kanzler und Oberster Heeresleitung gebildet hat, von der sich bei Beratung im Reichstage erweist, daß sie in dieser Form auf Annahme keine Aussicht hat.

Schon aus diesem Grunde wäre es empfehlenswert, sich mit einem wirklichen Minimalprogramme zu begnügen. Selbst dieses Minimalprogramm den Polen gegenüber durchzusetzen, wird große Kämpfe kosten und Schwierigkeiten machen. Der Reichskanzler kann übrigens, so hoch er den militärischen Wert der Erwerbung gewisser Grenzschutzstreifen auch einschätzen mag, keinesfalls zugeben, daß ein verhältnismäßig geringfügiges Plus oder Minus dieser Streifen, besonders wenn die wesentlichen Punkte einigermaßen gedeckt sind, für den Fall eines Zukunftskrieges so wesentliche Bedeutung hätte, daß wegen dieses geringen Plus oder Minus die gesamte deutsche Politik aus ihrer Bahn geworfen werden sollte. Das Verhältnis zu Österreich-Ungarn ist das Pivot der gesamten deutschen Politik. Dieses Verhältnis politisch, militärisch und ökonomisch zu festigen und auszubauen, ist der wichtigste Kardinalpunkt der gesamten auswärtigen Politik des Herrn Reichskanzlers. Zur Durchführung dieses völlig grundlegenden Programmpunktes bedarf es aber einer Lösung der polnischen Frage, auf die an sich nach den sehr ausführlichen Diskussionen im Kronrat hier nicht eingegangen zu werden braucht, die mit den österreichischen Lebensinteressen vereinbar ist.

Auch der Herr Reichskanzler verkennt keineswegs die Schwierigkeiten und Gefahren, die aus der polnischen Lage entspringen können, vertritt aber die Anschauung, daß diese mit der Errichtung des polnischen Reiches geschaffen worden sind, und daß keine bessere Lösung bisher von irgendeiner Seite vorgeschlagen worden ist.

Die vielbesprochene Erklärung vom 25. Dezember war nach Ansicht sämtlicher Vertreter der Mächte in Brest-Litowsk einschließlich des Vertreters der Obersten Heeresleitung nötig, um die Russen zu bewegen, die grundsätzliche Basis des allgemeinen Friedens zu verlassen und sich zu Sonderfriedensverhandlungen bereit zu erklären. Der Herr Reichskanzler hat in seiner programmatischen Reichstagsrede vom . . . die Politik für Kurland und Litauen wie folgt festgelegt:

„. . . . . .“

Die Unterhändler in Brest-Litowsk hatten keine andere Möglichkeit, als die vom Herrn Reichskanzler festgelegte Politik in ihren Einzelheiten durchzuführen.

Die Denkschrift der Obersten Heeresleitung unterläßt es vollkommen, anzugeben, welche Gestaltung der politischen Lage im Osten ihrer Auffassung nach der Kriegslage entsprechen würde. Sie hat ja den ältesten Mitarbeiter und Vertrauensmann des Feldmarschalls als ihren Vertreter bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk. Es ist bisher kein Schriftstück abgegangen, kein Beschluß gefaßt worden, an dem er nicht von Anfang an tätig mitgearbeitet hätte.

Die politische Leitung muß an der Überzeugung festhalten, daß es nicht angängig ist, daß die Oberste Heeresleitung Beschlüsse und Schritte, an denen ihr Vertreter vollkommen widerspruchslos mitgearbeitet hat, später selbst bemängelt oder anficht. Falls die Oberste Heeresleitung durch die Abmachungen vom 25. Dezember vollständig überrascht worden ist, so kann ein Vorwurf nur ihrem Vertreter in Brest-Litowsk gemacht werden, da über diese Abmachungen unter seiner Zuziehung 48 Stunden lang verhandelt worden ist. Da die Stellungnahme der russischen Delegation im einzelnen vorher nicht zu übersehen war, war es auch unmöglich, jeden einzelnen diplomatischen Schachzug vor Beginn der Verhandlungen vorauszusehen.

Von Abmachungen auf wirtschaftlichem Gebiet zu reden, ist überhaupt verfrüht. Es handelt sich bisher nur um unverbindliche Vorbesprechungen. Irgendwelche Bestürzung über diese scheint der Sachlage nicht entsprechend. Über die tendenziöse Berichterstattung des Vertreters der Obersten Heeresleitung bei den wirtschaftlichen Besprechungen im Auswärtigen Amte darf besonderer Bericht vorbehalten bleiben.

Den Vorwurf der mangelhaften Vorbereitung der Friedensverhandlungen sowie den der Nachgiebigkeit der deutschen Diplomatie gegen das verbündete und feindliche Ausland muß der Herr Reichskanzler auf das schärfste zurückweisen. Die Vorbereitungen sind seit langer Zeit und mit größter Gründlichkeit getroffen worden. Es gehört geringe Kenntnis der zeitgenössischen Geschichte dazu, um zu glauben, daß sämtliche Fragen zwischen seit vier Jahren im Kriege befindlichen Großmächten in einer fünftägigen Verhandlung restlos geordnet werden könnten.

Das Auswärtige Amt ist bei den Besprechungen mit der Obersten Heeresleitung bisher immer durchaus loyal verfahren und hat seinen Standpunkt, wo er abweichend war, vollkommen klar dargelegt.

Auf die litauische Frage näher einzugehen, würde zu weit führen. Sie ist mehrfach aufs ausführlichste durchdiskutiert worden.

Die Entscheidung in der polnischen Grenzfrage ist von Seiner Majestät in Höchsteigener Entschließung ohne einen dahingehenden Antrag des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes getroffen worden. Daß Seine Majestät beabsichtigte, die Frage zur Sprache zu bringen, war am Verhandlungstage selbst dem Herrn Reichskanzler bekannt.

Auf das Verhältnis zu General Hoffmann einzugehen, erübrigt sich.

Das Vorgehen der deutschen Unterhändler in Brest erfolgte gemäß den erhaltenen Weisungen und den ihnen bekannten Intentionen Seiner Majestät. Diese und nicht die Rücksicht auf die Stimmung in der Armee bilden die Leitfäden für das Verhalten der deutschen Auslandsvertretung.

Es ist unmöglich, jetzt ein Urteil darüber abzugeben, welche politischen Forderungen aus dem erhofften Sieg im Westen zu ziehen sein werden. Es erscheint zweckmäßig, auch hier die Entwicklung der Lage abzuwarten und bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Herrn Reichskanzler und der Obersten Heeresleitung die Entscheidung der Krone zu erbitten.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes treibt bekanntlich keine eigene Politik, sondern führt die Politik des Herrn Reichskanzlers aus; auch der Herr Reichskanzler wird die feste Überzeugung haben, daß die von ihm vertretene Politik zur Stärkung der Monarchie und zur erweiterten Machtstellung Deutschlands führt, während die gegenteilige schlimme Folgen zeitigen kann. Derartige individuelle Überzeugungen über die wahrscheinlichen Folgen einer Politik haben sich schon sehr häufig als irrig erwiesen. Außerdem hält immer jeder seine Politik für die richtige. Die Entscheidung, welcher Kurs gefahren werden soll, steht bei Seiner Majestät.

Es ist selbstverständlich, daß beim Verhandeln, besonders wenn die Ereignisse zu raschem Handeln drängen, vorhandene Verschiedenheiten der Anschauung schärfer hervortreten, wie dies aus der Geschichte der Friedensschlüsse im 19. Jahrhundert aufs anschaulichste erhellt. Ich glaube nicht, daß dies mit der Personenfrage irgend etwas zu tun hat. Kein Kanzler, der sein Amt gewissenhaft und kräftig führt, wird sich derartigen Meinungsverschiedenheiten entziehen können. Ein Wechsel in der Person der jetzt die Oberste Heeresleitung bildenden beiden Generäle würde bei der augenblicklich herrschenden Stimmung in Deutschland als großes nationales Unglück aufzufassen sein. Nach den bisherigen Erfahrungen hat eine wirklich eingehende und detaillierte Aussprache meistens die politischen Differenzpunkte auf ein sehr erträgliches Maß herabgemindert. In Zweifelsfällen müßte die Aller-

höchste Entscheidung angerufen werden. Es gibt kein anderes Mittel, als diesen für den Kanzler außerordentlich mühsamen Weg auch in Zukunft weiterzugehen, da die Vermeidung schwerer innerer Krisen die wichtigste Voraussetzung für einen erfolgreichen Abschluß des gegenwärtigen Krieges bildet.

5

Der Feldmarschall an den Reichskanzler

Zu S. 58

(Akten der Reichskanzlei, Rk. 205/18)

Chef des Generalstabes des Feldheeres

Großes Hauptquartier, 9. Januar 1918

Hochverehrtester Herr Reichskanzler!

Auf Eurer Exzellenz Schreiben vom 7. 1. beehre ich mich mit sehr verbindlichen Dank, folgendes zu erwidern:

Bei der Besprechung im Schloß Bellevue bin ich mit General Ludendorff mir allerdings nicht im Zweifel gewesen, daß Seine Majestät eine grundsätzliche Entscheidung in der Frage der polnischen Grenze getroffen hätte. Unter diesem Eindruck bat ich Seine Majestät um Überlassung der Karte, indem ich meiner Annahme Ausdruck gab, daß Seine Majestät jedenfalls noch eine Prüfung der Grenzlinie im einzelnen genehmigten. Eure Exzellenz waren dagegen bei der Besprechung der Ansicht gewesen, daß wir nach den Darlegungen Seiner Majestät nicht schon vor einer vollendeten Tatsache gestanden hätten, und haben dies durch nachträglich angestellte Erkundigungen bestätigt erhalten. Ich vermag mich indessen noch nicht davon zu überzeugen, daß Seine Majestät tatsächlich auch so denkt. Um eine klare Grundlage für die Weiterarbeit in der polnischen Frage zu erhalten, möchte ich daher Eure Exzellenz bitten, eine Willensmeinung Seiner Majestät herbeizuführen.

Ich brauche Eurer Exzellenz nicht erst zu versichern, daß, wenn die Oberste Heeresleitung vor eine Tatsache gestellt wird, aus der sie verhängnisvolle Folgen für das Vaterland befürchten muß, dann nicht General Ludendorf allein, sondern in erster Linie ich meinen Rücktritt in Erwägung ziehen muß. Wir beide wissen sehr wohl, daß wir mit diesem Gedanken nicht spielen und Seiner Majestät nur dann mit einer solchen Bitte nahen dürfen, wenn das Gewissen es uns gebietet.

Ich freue mich aufrichtig darüber, daß man jetzt in Brest-Litowsk fest sein und den Russen gegenüber die Sprache des Siegers sprechen will. Ich bin der festen Überzeugung, daß wir nur so zu einem guten Frieden mit Rußland kommen können, das heißt einem Frieden, den das deutsche Volk versteht und der den Thron stützt. Nach den bisherigen Ergebnissen in Brest kann ich mich jedoch nicht davon überzeugen, daß die Verhandlungen einen auch nur einigermaßen guten Erfolg erbracht haben. Abgesehen von den mit Eurer Exzellenz erörterten politischen Abmachungen sind die wirtschaftlichen Verhandlungen durch Direktor Johannes mit einem von allen Sachverständigen gemißbilligten Ergebnis geführt worden. Daß Herr Johannes nicht der geeignete Mann sei, hat Herr v. Kühlmann, als er hier in Kreuznach im Dezember auf Grund vielfacher Erfahrungen darauf hingewiesen wurde, zugegeben. Herr v. Kühlmann bezeichnete ihn nur als gutes „Nachschlagebuch", glaubte sich aber trotzdem nicht von ihm trennen zu können, bis — die Brester Tatsachen ihn dazu gezwungen haben.

Ich hoffe bestimmt, daß für die weiteren wirtschaftlichen und finanziellen Verhandlungen nachträglich, unter Mitwirkung von Sachverständigen aus

der Praxis, feste Grundlagen und Verhandlungsrichtlinien geschaffen sind; vor einigen Tagen war dies noch nicht der Fall.

Diese Dinge werden uns jedenfalls eine gute Lehre für die späteren sehr viel schwierigeren Verhandlungen mit den Westmächten sein.

Deutschland hat das große Glück gehabt, daß wir durch das Nichterscheinen der Westmächte von den Erklärungen des Grafen Czernin für einen allgemeinen Frieden wieder losgekommen sind. Eure Exzellenz werden mir aber darin recht geben, daß es ein Va-banque-Spiel unserer Diplomatie war, das sich unter keinen Umständen wiederholen darf.

Bleiben wir, gestützt auf unsere militärische Lage, bei den Verhandlungen stark und ausdauernd, so hoffe ich mit Eurer Exzellenz, daß wir auf beiden Fronten zu einem Frieden kommen werden, der unsere Grenzen dauernd schützt und uns wirtschaftlich in die Lage versetzt, den Wettkampf mit den anderen großen Völkern von neuem aufnehmen zu können.

In besonderer Verehrung Eurer Exzellenz ergebenster

gez. v. Hindenburg

6

Aufzeichnung des Vertreters der O.H.L. beim Reichskanzler

Zu S. 58/59

(Akten der Reichskanzlei, Rk. 255/18)

Vertreter der Obersten Heeresleitung beim Reichskanzler

Berlin, den 14. Januar 1918

Herrn Unterstaatssekretär v. Radowitz

Die Oberste Heeresleitung legt großen Wert darauf, daß ihre an S. M. gerichtete Denkschrift beantwortet wird, und zwar unter Bezugnahme auf die einzelnen Hauptpunkte, wobei es genügen würde, wenn die Punkte, über die eine Klärung noch nicht erzielt ist, wie z. B. die Frage des polnischen Grenzstreifens, in der Weise berührt werden, daß gesagt wird, „Punkt X bedarf noch weiterer Klärung".

Außerdem würde die Oberste Heeresleitung dankbar sein, wenn in der Stellungnahme des Herrn Reichskanzlers zwei Punkte erwähnt würden, und zwar

1. das Abrücken des Kanzlers von der Friedensresolution, da die Voraussetzungen, unter denen diese zustande gekommen war, nicht mehr zutreffen,
2. daß die Oberste Heeresleitung zu dem ersten Teil der Verhandlungen in Brest schwere Bedenken schriftlich und mündlich vorgebracht hat.

Ich schlage vor, daß die Stellungnahme des Herrn Reichskanzlers zur Denkschrift, die an Seine Majestät zu richten wäre, in Abschrift der Obersten Heeresleitung zugeht.

gez. v. Winterfeldt

7

Aufzeichnung des Vortragenden Rates im Auswärtigen Amt v. Radowitz

Zu S. 69

(Akten der Reichskanzlei, Kr. 1, adh. 5, Bd. 2)

24. Januar 1918

Aktennotiz

Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff suchten gestern den Herrn Reichskanzler auf, um im Auftrage Seiner Majestät mit ihm Rücksprache zu nehmen.

1. Erklärten sie, daß im Osten baldigst Klarheit geschaffen werden müßte. Aus militärischen Gründen sei ein baldiger Friedensschluß mit Rußland erwünscht, um über die Truppen im Osten disponieren zu können. Sollten die Verhandlungen mit Rußland scheitern, so wäre jedenfalls ein baldiger Abschluß mit der Ukraine wünschenswert.

2. Legten sie einen neuen Entwurf für die Begrenzung des Schutzstreifens an der deutsch-polnischen Grenze vor, die sich ungefähr in der Mitte zwischen der vom Kaiser eingezeichneten und der früher von der Obersten Heeresleitung geforderten Linie bewegt. Sie werden diesen Vorschlag in richtiger Ausführung einreichen, mit der Bitte, ihn Seiner Majestät zur endgültigen Entscheidung zu unterbreiten und dann Kühlmann zu Verhandlungen auf dieser Basis zu ermächtigen. General v. Bartenwerffer stände zu etwaigen kommissarischen Beratungen zur Verfügung.

gez. v. Radowitz

8

Friedrich Naumann, Professor Jäckh, Dr. R. Bosch an General Ludendorff

Zu S. 90

Berlin, 11. Februar 1918

Eingabe der Herren Friedrich Naumann, Professor Jäckh, Dr. Robert Bosch und Genossen an General Ludendorff

Euer Exzellenz

beehren wir uns nachfolgende Ausführung als Ausdruck unserer Überzeugung über die gegenwärtige Lage zu unterbreiten:

Die Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, daß unsere Heimatfront, die bisher ganz geschlossen war, gegen Erschütterungen nicht mehr völlig gefeit ist. Den Gründen soll hier nicht nachgegangen werden. Tatsache ist, daß nur das Festhalten der organisierten, besonnenen und älteren Arbeiterschaft an ihrer Aufgabe verhindert hat, daß nicht schwerere und noch beklagenswertere Ereignisse eingetreten sind. Was ist zu tun?

Die gegenwärtige Stimmung in den breiten Massen wird in den Kriegsfragen vor allem von zwei Faktoren beherrscht: von der Frage nach der ferneren Dauer des Krieges und von der Frage nach der Notwendigkeit und Bedeutung der kommenden Offensive im Westen. An eine rasche Beendigung des Kampfes durch den U-Boot-Krieg wird nicht geglaubt. Man erwartet von seinem Fortgang nur die Schwächung des Angriffs Amerikas und bestenfalls die Hinauszögerung von dessen wirksamem Kriegseintritt bis zum Jahre 1919.

I

Die Hinauszögerung des Kriegsendes bis zum Jahre 1919 aber wird von der Masse der Bevölkerung als etwas kaum Erträgliches empfunden. Dazu ist objektiv folgendes zu sagen: Das Kriegsende 1919 könnte tatsächlich mit leider großer Wahrscheinlichkeit trotz unserer militärischen Siege unsere politische und wirtschaftliche Niederlage und die Erfüllung wesentlicher Hoffnungen der Engländer und Amerikaner bedeuten.

Unser bisheriger Kriegsgewinn ist die Schaffung und Zusammenschweißung von Mitteleuropa, sie bedeutet unsere ebenbürtige wirtschaftliche, militärische und politische Einreihung unter die politischen Weltkörper, ein Kriegsziel, das wir ganz unabhängig von irgendwelchen Veränderungen unserer Grenzver-

hältnisse im Osten und Westen heimbringen können. Auf die Zerstörung dieses Kriegsgewinnes haben es die Amerikaner und Engländer für den weiteren Krieg abgesehen. Sie verlängern seinetwegen den Krieg. Die Türkei wird aus diesem Grunde möglicherweise ihr strategisches Angriffsziel in der nächste Campagne werden, um die gefährliche Verlängerung Mitteleuropas in die östliche Welt zu zerstören. Ihr politisches Angriffsziel aber ist der Mitteleuropäische Bund selbst. Sie wissen, dieser Bund wäre für die Zukunft zerbrochen bei einem Abschwenken Österreich-Ungarns in diesem Kriege in irgendeiner Form. Dieses droht schon bei der gegenwärtigen Kriegsdauer und würde bei einer Verlängerung des Krieges bis 1919 wohl so gut wie sicher eintreten. — Aber Mitteleuropa wird durch jeden Monat, den der Krieg weiter dauert, auch von innen her wirtschaftlich zunehmend unterhöhlt, weil seine wirtschaftlichen und finanziellen Zukunftsvoraussetzungen dadurch zunehmend verschwinden. Die Voraussetzung des zukünftigen Fortbestandes Mitteleuropas ist die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit seines Führerstaates Deutschland nach dem Kriege. Verfällt diese Leistungsfähigkeit, so werden die Türkei, Bulgarien und schließlich auch Österreich-Ungarn ohne Schwertstreich nach dem Kriege die wirtschaftliche Beute Amerikas. Dies wird sie dann finanzieren und auch politisch in seine Hand bekommen. Unser ganzer bisheriger politischer Kriegsertrag wäre zerstört. Jeder weitere Monat Krieg bedroht nun aber mit den dadurch ins immer Riesenhaftere steigenden künftigen Finanzlasten, die durch keine Kriegsentschädigung ausgeglichen werden können, eben diese künftige Leistungsfähigkeit Deutschlands für die Finanzierung Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei nach dem Kriege. Nicht nur der politische, sondern auch der materielle Untergrund des mitteleuropäischen Aufbaues wird durch die Kriegsverlängerung demnach rapide ausgehöhlt und verlangt schnellen Kriegsschluß, während das Interesse der Kriegsparteien drüben unter diesem entscheidenden Gesichtspunkt auf Kriegsverlängerung geht.

Das gefühlsmäßige Drängen der breiten Massen bei uns auf Kriegsschluß hat also gute objektive Gründe an seiner Seite.

II

Ebenso hat die Stimmung gegenüber der Offensive eine berechtigte Grundlage. Das Blutvergießen, das bevorsteht, ist ungeheuer. Das deutsche Volk wird es ertragen, wenn es fühlt, daß die Feinde uns keine andere Wahl lassen, aber nur dann. Unsere Offensive muß — politisch gesprochen — nicht die Offensive des deutschen Generalstabes, sondern die Offensive Lloyd Georges sein, die er uns aufzwingt. Diese Stimmung hat auch vom militärischen Standpunkt aus eine gesunde Grundlage. Die Feinde kämpfen schlechter, ihre Heimatmoral zerbricht, wenn ihr Krieg einen offensiven Charakter trägt, d. h. um Elsaß-Lothringen geführt wird. Die englische Arbeiterschaft hat es deutlich gemacht, daß sie die Forderungen nach Mannschaftsersatz nicht bewilligen wird für eine Fortsetzung des Krieges um imperialistischer Kriegsziele willen [1]). Der offensive Charakter des feindlichen Krieges ist das, was Deutschland zur Sammlung seiner Kräfte braucht. Nur als einen wirklich unentrinnbaren Verteidigungsakt gegen den Eroberungswillen der Feinde will die Bevölkerung die Offensive, so wie sie schon den Kriegsbeginn nur so gewollt hat. Es ist heute die Aufgabe der Politik und der Kriegskunst, die Unentrinnbarkeit dieser Offensive — wenn sie kommen muß — für das Volksgefühl

[1]) Die englischen Massen haben so wenig Lust, für Elsaß-Lothringen zu kämpfen, daß Pichons Rede, welche Wilsons Worte über Elsaß-Lothringen in französischem Sinne deutete, von der englischen Zensur unterdrückt wurde.

lebendig zu machen. Die freiwillige Hingabe, auch in der Heimat, ist die Vorbedingung für das Gelingen jeder großen militärischen Operation, und diese Hingabe ist heute schwer bedroht. Andererseits schließen wir alle moralischen Kraftquellen der Nation von neuem auf, wenn es gelingt, den feindlichen Krieg als Eroberungskrieg bloßzustellen und damit die Verantwortung für die Offensive vor der öffentlichen Meinung Deutschlands dem Feinde anzuheften.

III

Wie soll nun

1. für das deutsche Volk klargestellt werden, daß die Verantwortung für die Offensive dem Feinde zufällt? und

2. wie soll für die feindlichen Völker klargestellt werden, daß sie entrinnbar ist und nur durch die Schuld ihrer Regierung herbeigeführt wird?

Die Antwort lautet:

Durch eine politische Offensive Deutschlands, die Lloyd George dazu zwingt, öffentlich zu erklären, den Krieg um Elsaß-Lothringens willen fortsetzen zu wollen. Dieses Ziel kann erreicht werden durch eine unzweideutige Erklärung über die zukünftige Wiederherstellung der Souveränität und Integrität Belgiens. Das ist das Postulat der englischen und amerikanischen Friedenspartei. Lloyd Georges ganzes Ziel ist die Kriegsverlängerung, weil er ihre Folgen für uns kennt. Für ihn wäre unsere Erklärung über Belgien der Zwang, öffentlich zu erklären, daß er um Elsaß-Lothringens willen den Krieg fortsetzen will. So lange noch Zweideutigkeit in der belgischen Frage besteht, gelingt es ihm immer noch, den Massen glaubhaft zu machen, dieser Krieg würde eigentlich noch um Belgien geführt. So täuscht er den Verteidigungscharakter des englischen Krieges vor.

Diese Erklärung über Belgien würde die Geschlossenheit der Heimatfront in Feindesland zerstört und bei uns neu schaffen. Die Erklärung sollte so bald und so deutlich wie möglich abgegeben werden und zwar öffentlich. Das Volk sollte aufgerufen werden, seine ganze Kraft zu dem Entscheidungskampfe zusammenzuraffen, den die Feinde uns aufzwingen dadurch, daß sie uns Elsaß-Lothringen nehmen wollen. Aber die Worte über Belgien müssen unzweideutig sein. Nur so hat die Erklärung die genügende Sprengwirkung in Feindesland und die genügende Kraft der Sammlung in der Heimat. Der ganze Nährboden für die Kriegshetze in Feindesland und die kriegstörende Agitation bei uns ist geschaffen worden durch die Unklarheit der deutschen Regierungserklärungen.

Die Erklärung würde selbstverständlich nichts weiter als die klare und öffentliche Kundgebung des Zieles bedeuten, das wir wollen. Es ist klar, daß dessen Erfüllung abhängig wäre von dem Friedensschluß, für den ja die Unangetastetheit des Deutschen Reiches und eine Verständigung über den Kolonialbesitz von der Regierung schon als unverrückbare Kriegsziele aufgestellt worden sind. Die Regierung vermag sich für diese Kriegsziele auf die ganze Bevölkerung zu stützen.

Sowohl die Anhänger des Rechts- und Beruhigungsfriedens wie ihre Gegner sollten heute in dem einig sein, England, wenn die Offensive kommen muß, schon im voraus in seiner Widerstandskraft möglichst zu schwächen. Militärische Schläge allein können eine Entscheidung nicht bringen. Das englische Volk muß fühlen, daß für alle Niederlagen und für alles Blutvergießen seine Regierung die Verantwortung trägt, da ein ehrenvoller Frieden auf diplomatischem Wege erreichbar war. Dieses Gefühl heute dem englischen Volk zu vermitteln, ist eine militärische Forderung, gleichviel wie man zu den Kriegszielen stehen mag.

Auch deshalb ist dieser Schritt nötig, weil eine politische Offensive der

Feinde im Werk ist, die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges vor den deutschen Massen der deutschen Regierung anzuheften. Lloyd George hat das Wort „reconsideration" bezüglich Elsaß-Lothringen natürlich durchaus unehrlich gebraucht. Er will die Abtrennung, nicht etwa die Autonomie innerhalb des Deutschen Reiches. Seine Worte waren aber so gewählt, daß in Deutschland geglaubt werden sollte, er hätte innerlich schon auf Elsaß-Lothringen verzichtet. Falls also unsere Gegenaktion ausbleibt, so kann es leicht dahin kommen, daß die Feinde u n s e r e Kräfte sprengen und i h r e Kräfte sammeln und damit die Vorbedingung für den deutschen Sieg in dem kommenden Entscheidungskampfe zerstören.

IV

Wir fassen die möglichen Resultate der vorgeschlagenen politischen Aktion folgendermaßen zusammen:

1. Entweder es gelingt den Friedensparteien in England, auf Grund unserer unzweideutigen Erklärung über Belgien die Kriegsregierung zu stürzen und ein Friedensministerium an ihre Stelle zu setzen;

2. oder es gelingt der Kriegsregierung Lloyd Georges noch einmal, ein neues chauvinistisches Ministerium im Gegensatz zum Volkswillen zu bilden.

Beide Alternativen sind uns günstig.

Z u 1: Mit dem Friedensministerium könnten wir einen Frieden schließen, der einmal unsere koloniale Zukunft sichert, sodann es uns ermöglicht, ein unter unserer Führung stehendes Mitteleuropa in den Frieden hineinzuretten und damit die unabsehbaren wirtschaftlichen und politischen, ja strategischen Chancen, die in dem festen Zusammenschluß dieses Blocks für uns liegen. Das würde vor der Geschichte als gewaltiger Sieg Deutschlands dastehen.

Ebenso wichtig aber ist der innere Sieg, den wir durch einen solchen Frieden heute in Deutschland erringen würden. In allen Ländern ist die Staatsautorität, ja auch die militärische Ordnung, durch eine revolutionäre Unruhe bedroht, die sich wie eine Krankheit über ganz Europa von Rußland her ausbreiten will.

Ein Friedensschluß heute würde ein staatsfrohes deutsches Volk in den Frieden hineinführen, das der Armee gegenüber jene Gesinnung bewahren würde, wie sie notwendig ist, um in der Zukunft stark zu bleiben. Diese Gesinnung muß unrettbar verloren gehen, wenn die Suggestion weiterfrißt, daß die Oberste Heeresleitung, und unter ihrem Druck die deutsche Regierung, die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges trägt. Die Widerstandskraft unseres Volkes gegen die revolutionäre Unruhe müßte schließlich zusammenbrechen.

Z u 2: Eine Lloyd Georgesche Militärdiktatur wäre die denkbar schwerste Behinderung des englischen Krieges. Der englische Volkskrieg wäre mit einem Male ein Regierungskrieg geworden und müßte mit einer entscheidenden Niederlage Englands endigen. Die Stimmung der Arbeitermassen würde schließlich auch auf die Front übergreifen und unsere Soldaten hätten leichtere Arbeit.

Deutschland aber wäre gegen jede innere Unruhe geschützt, denn unser Krieg wäre wieder zum Volkskrieg geworden.

Wir fassen uns so zusammen:

Eine furchtbare Verantwortung ruht heute auf der Staatsleitung: Der gute Wille der Massen ist noch zu retten. Alle gesunden Kräfte in der Arbeiterschaft möchten die auf die Desorganisation hindrängenden Elemente abstoßen. Aber die Regierung muß ihnen helfen. Sie hat es in der Hand, die zersetzenden Kräfte zu einer großen zerstörenden Macht in Deutschland werden zu lassen oder sie zu dauernder Ohnmacht zu verurteilen.

9

Der Feldmarschall an den Reichskanzler

Zu S. 101

(Akten der Reichskanzlei, Rk. 14535. K. J.)

Chef des Generalstabes des Feldheeres

Großes Hauptquartier, den 15. September 1917

Hochverehrter Herr Reichskanzler!

Euerer Exzellenz beehre ich mich für das Schreiben vom 12. 9. besten Dank zu sagen. Ich werde, Euerer Exzellenz Wunsch entsprechend, helfen, um führende Männer über unsere Absichten mit Belgien aufzuklären, über die zwischen den maßgebenden Faktoren nunmehr für den Fall Klarheit besteht, daß wir in diesem Jahr einen Frieden erhalten.

Ich verhehle mir nicht, daß in der Marine und in weiten patriotischen Kreisen ein Verzicht auf die flandrische Küste als ein schwerer Schlag empfunden werden wird, der nur dann gemildert wird, wenn die auch von Euerer Exzellenz der Marine zuerkannten Kompensationen zur Tat werden. Ich sehe mit General Ludendorff diese Kompensationen in Stützpunkten in und außerhalb unseres Kolonialreiches.

Zu zwei Punkten Euerer Exzellenz Schreibens darf ich noch Ausführungen machen:

1. Die wirtschaftliche Angliederung Belgiens an Deutschland wird ohne einen Druck auf Belgien auch nach Friedensschluß nicht abgehen. Hierzu wird eine mehrjährige Okkupation dienen, die aus militärischen Gründen auch dann nötig werden wird, wenn England und Amerika Frankreich räumen.

Über die mehrjährige Okkupation hinaus muß die deutsche Stellung in Lüttich wirken. Sie hat als Hauptzweck den unmittelbaren militärischen Schutz des niederrheinisch-westfälischen Industriegebiets. Nur wenn wir in Lüttich als Besitzer unbeschränkte Herren der Lage sind und bleiben, können wir die erforderlichen militärischen und Verwaltungsmaßregeln treffen. Ich vermag mir daher nicht zu denken, daß wir in irgendeiner absehbaren und vertragsmäßig festgesetzten Zeit aus Lüttich herausgehen könnten.

2. Die „Auferlegung zum Selbsttragen der von uns den Nachbarn zugefügten schweren Schäden" wird schwerlich von irgend jemand als ein betonenswerter Gewinn aufgefaßt werden. Die schweren Schäden, die wir den Nachbarn zugefügt haben, sind eine unvermeidliche Notwendigkeit des Krieges gewesen. Das Verständnis, daß Entschädigung dafür in Frage kommen könnte, darf bei unserer militärischen Lage nicht vorausgesetzt werden. Wir dürfen auch dem Auslande gegenüber dies nicht verlautbaren.

Soweit ich unsere Psyche kenne, glaube ich bezweifeln zu müssen, daß in der Tatsache, daß der Feind uns zerstückeln wollte und dies nicht erreicht, irgendein Trost für ein etwaiges Nichterreichen unserer Ziele gesehen wird.

General Ludendorff hat in anliegender Denkschrift[1]) seine Äußerungen in Berlin zusammengefaßt und in bezug auf Longwy-Briey, auf Landwirtschaft und Überseehandel erweitert. Die Denkschrift deckt sich mit meiner eigenen Auffassung vollständig.

Ich darf die Hoffnung aussprechen, daß nun auch die anderen Kriegszielfragen bald eine Klärung finden möchten, wenn ich auch nicht verkenne, daß für die östlichen Fragen die Schwierigkeiten in der erforderlichen Einigung mit Österreich liegen.

Mit der Versicherung vorzüglichster Hochachtung

Euerer Exzellenz sehr ergebener

gez. v. Hindenburg

[1]) Vgl. S. 102 ff.

10

Admiral v. Holtzendorff an den Reichskanzler

Zu S. 107

(Akten der Reichskanzlei, Rk. 14535. K. J.)

Der Chef des Admiralstabes der Marine

Großes Hauptquartier, den 14. September 1917

Hochverehrter Herr Reichskanzler!

Euer Exzellenz bestätige ich mit aufrichtigem Dank den Empfang des Briefes vom 12. d. M. Ich bitte hier noch einmal, wie bei der Verhandlung am 11. d. M., klarstellen zu dürfen, daß die „Annexion Belgiens" als solche niemals von mir vertreten worden ist. Dagegen habe ich seit meiner Berufung auf den jetzigen Posten sowohl die volle Zustimmung Seiner Majestät wie der Obersten Heeresleitung für die Forderung der Behauptung unserer maritimen Stellung an der flandrischen Küste gefunden. Zum ersten Male wurde nun bei der Verhandlung am 11. der Gedanke geltend gemacht, die Behauptung der flandrischen Küste bedinge die Annexion Belgiens, und zu meiner besonderen Überraschung haben sich auch General Ludendorff und der Staatssekretär des Reichsmarineamts auf diesen Standpunkt gestellt mit der Folgerung, daß damit die flandrische Küste aufzugeben sei. Einmütig ist wohl das Urteil über die hohe Bedeutung, die dem maritimen Dreieck Zeebrügge—Brügge—Ostende in deutscher Hand — das ist der Kern der von mir vertretenen Forderung — innewohnt. Was aber die Auslieferung dieses Küstenstrichs an Englands Machteinfluß für die zukünftige gedeihliche und friedliche Entwicklung des Deutschen Reiches bedeutet, das wird anscheinend an vielen Stellen unterschätzt. Die Äußerung Seiner Majestät, der zweite Punische Krieg würde uns nicht erspart bleiben, verpflichtet mich aber zu dem Hinweis, daß dieser Krieg nach meiner festen Überzeugung geradezu heraufbeschworen wird, wenn Deutschland an der flandrischen Küste wehrlos bleibt. Das sind die Beweggründe für mich, weshalb ich raten muß, an unserer Stellung dort festzuhalten; weder Eroberungslust noch maritime Sonderansprüche leiten diese Gedanken. Euerer Exzellenz eigene Forderung „der Ausschaltung des englischen Einflusses an der Küste Flanderns und Nordfrankreichs" wirft die Frage auf, wie dies ohne militärische Fußfassung unsererseits an der Küste erreicht werden kann und soll? Eine Lösung zu dieser Frage zu finden, die eine Annexion Belgiens nicht zur unbedingten Voraussetzung hat, wird sich der Generalstab angelegen sein lassen, ebenso wie den Vorschlag von Kompensationen für den Fall, daß die flandrische Küste als Friedensbedingung für uns nicht aufrechterhalten werden sollte. Ich fühle mich aber gedrungen, auf das eindringlichste zu widerraten, dieses Ziel von vornherein aufzugeben, was uns materiell wie taktisch bei Friedensverhandlungen zum Nachteil gereichen müßte. Im Rahmen grundsätzlicher Anerkennung von Belgiens staatlicher Wiederherstellung läßt sich, wie Euere Exzellenz bei der Verhandlung ausgeführt haben, die Frage der flandrischen Küste sehr wohl mit der belgischen Regierung gesondert regeln, Englands und Frankreichs Mitwirkung sind entbehrlich. Auf diesem Wege sprießen die Hoffnungen, die ich für die Wahrung unserer bedeutsamen maritimen Schutzstellung am Kanal weiter hege und pflege. In ausgezeichneter Hochachtung bin ich

Euerer Exzellenz aufrichtig ergebener

gez. v. Holtzendorff

11

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes bei der O. H. L. an den Reichskanzler

Zu S. 110

(Akten des Auswärtigen Amtes)

Der K. Legationsrat v. Grünau
an Auswärtiges Amt

Telegramm

Großes Hauptquartier, den 14. Dezember 1917, 11 Uhr nachm.
Ankunft: 15. Dezember 1917, 12 Uhr 5 Min. vorm.

Nr. 1883

Entzifferung

Ich möchte jetzt die Anregung wegen Briey nicht weitergeben, da die Voraussetzungen für eine gute Aufnahme ungünstig sind und der Eindruck erweckt werden würde, als wollten Ew. Exzellenz Frankreich gegenüber sehr billig spielen. Man ist hier zurzeit sehr groß und trägt sich mit Zerschmetterungsideen. Würde eher raten, die Frage wieder anzuschneiden, wenn ihre praktische Entscheidung erforderlich ist. Im Prinzip hat sich früher die Oberste Heeresleitung mit kleinen Abtretungen an Frankreich einverstanden erklärt; vergl. die Kreuznacher Besprechungen vom 23. April Westen Nr. 4 und Kreuznacher Besprechungen vom 9. August Nr. 9 vorletzter Satz.

12

Herr v. Bethmann Hollweg an den Reichskanzler

Zu S. 111

(Akten der Reichskanzlei)

Hohenfinow, den 26. Januar 1918

Hochverehrter Herr Reichskanzler!

Eure Exzellenz bitte ich mir zu gestatten, in ganz vertraulicher Form zu einer Angelegenheit Stellung zu nehmen, die, nach der Presse zu urteilen, die Öffentlichkeit in besonderer Weise zu beschäftigen beginnt.

In einem Artikel des gestrigen „Tag" findet sich folgende Stelle:

„Bei den Besprechungen über die zu erstrebenden Kriegsziele, die zwischen der Obersten Heeresleitung und den Reichskanzlern während des Krieges stattgefunden haben, ist der leitenden militärischen Zentrale wiederholt das allgemeine Programm der Regierung mitgeteilt worden. Danach mußten sich naturgemäß die militärischen Maßnahmen der Obersten Heeresleitung richten. Man kann z. B. einen vollständigen Verzichtfrieden mit erheblich geringeren militärischen Anstrengungen und mit unvergleichlich geringeren Blutopfern erlangen als einen Sicherungsfrieden."

Ich möchte dem „Vorwärts", der heute diese Auslassung bespricht, darin zustimmen, daß sie nach Ton und Inhalt militärische Urheberschaft verrät. Trotzdem ist sie, soweit meine Amtszeit in Frage kommt, unzutreffend und ruft falsche Folgerungen hervor.

Niemals während des ganzen Krieges habe ich der Obersten Heeresleitung, weder der jetzigen noch der früheren, ein allgemeines Kriegszielprogramm vorgelegt, bis zu dessen Erreichung der Krieg fortgeführt werden müsse.

Ich habe im Gegenteil stets die Notwendigkeit betont, jede sich bietende Möglichkeit zur Einleitung von Friedensverhandlungen zu ergreifen, um dann im Verlaufe solcher Verhandlungen das nach der militärisch-politischen Lage Mögliche und für Deutschland als nützlich Erkannte zu erreichen. Details sind meinerseits hierbei niemals festgestellt worden, sondern als Umrisse nur angegeben: Wiedererwerb unserer Kolonien; im Westen: Verhütung, daß Belgien ein feindliches Einfalltor werde, wenn möglich Erwerb von Longwy-Briey, eventuell im Wege gegenseitiger Grenzberichtigung; im Osten: Königreich Polen und Verbesserung der strategischen Grenzen Preußens unter möglichst geringen Annexionen, eventuell Bildung von Randstaaten aus Kurland und Litauen. Einer Annexion irgend nennenswerter polnischer Landesteile habe ich mich stets widersetzt.

Meine allgemeine Politik in bezug auf ehestmögliche Eröffnung von Friedensverhandlungen hat in unserm Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 offiziellen Ausdruck gefunden.

Nach Ablehnung dieses Angebots und nach Eröffnung des unbeschränkten U-Bootkrieges war es die Oberste Heeresleitung, welche fortgesetzt auf eine Festlegung des Kriegszielprogramms im einzelnen drängte. Niemals hat sie auch nur mit einem Worte angedeutet, daß sie diese Festlegung brauche, um danach ihre militärischen Maßnahmen einzurichten. Nach ihrem Gesamturteil über die militärische Lage hätte sie das auch gar nicht tun können. Für den unbeschränkten U-Bootskrieg hatte sie votiert, weil sie durch militärische Schläge auf dem Lande den Krieg nicht beenden könne — das ist in dem vom Feldmarschall Hindenburg und General Ludendorff in Wien im letzten Frühjahr herausgegebenen Interview auch öffentlich als ihre Ansicht bezeugt — und weil, was General Ludendorff besonders betonte, wir der feindlichen Westoffensive nicht gewachsen wären, wenn nicht die gegnerischen Munitionstransporte im Kanal gestört oder gar zum größten Teil unterbunden würden. Tatsächlich hat sich denn auch unsere Landkriegsführung im vorigen Jahr bis zu meinem Abgang ausschließlich auf die Defensive beschränkt.

Da der Wunsch der Obersten Heeresleitung nach Festlegung eines Kriegszielprogramms von Seiner Majestät zum Befehl erhoben wurde, habe ich mich schließlich gefügt, wiewohl ich die praktische Bedeutung nicht anerkennen konnte. So ist es Ende April 1917 zu zweitägigen Verhandlungen in Kreuznach gekommen, in deren Abschluß das Protokoll vom 23. April vollzogen wurde. Die darin enthaltenen Friedensforderungen sind nicht von mir als mein Kriegszielprogramm, sondern von der Obersten Heeresleitung als militärische Notwendigkeiten formuliert worden und gingen im Beginn der Verhandlungen sowohl im Westen wie im Osten sehr viel weiter als beim Abschluß festgelegt wurde. Eine praktische Möglichkeit zur Eröffnung von Friedensverhandlungen, in denen diese Kriegsziele zu behandeln wären, bestand damals nicht. In Übereinstimmung mit dem Staatssekretär Zimmermann, der an den Verhandlungen teilnahm, habe ich den Standpunkt vertreten, daß, wenn unsere Gesamtlage es möglich mache, dieses Programm in dem Augenblick durchzusetzen, wo Friedensverhandlungen eröffnet werden könnten, es mir im Interesse des Deutschen Reiches annehmbar erscheine. Das Programm war also weder Unterlage für die Entschließungen über die weitere Kriegführung, noch auch Unterlage für ein etwaiges erneutes Friedensangebot von uns, das damals nach der politischen Gesamtsituation ja überhaupt nicht in Frage kam.

Die Sachlage änderte sich, als im Mai zu der russischen Friedensplattform: „Ohne Annexionen und Kontributionen“ Stellung zu nehmen war. Meine Ansicht, diese Formel Rußland gegenüber ausdrücklich und pure zu akzeptieren, scheiterte an dem von Seiner Majestät gebilligten Widerspruch der Obersten

Heeresleitung. Ich erklärte jedoch im Reichstage, daß wir bereit seien, mit Rußland einen Verständigungsfrieden abzuschließen, der ein freundliches Nachbarverhältnis sichere, während ich es ablehnte, den Westmächten gegenüber irgendwelche Kriegsziele überhaupt zu proklamieren. (Ich habe leider meine Rede nicht zur Hand und kann nur ihren Sinn nach dem Gedächtnis referieren.) Damit war jedenfalls Rußland gegenüber eine neue, von dem Protokoll vom 23. April völlig unabhängige Situation geschaffen. Sie wurde bestätigt, erweitert und auf die Gesamtheit unserer Feinde ausgedehnt durch die im ausdrücklichen Einverständnis mit der Obersten Heeresleitung erklärte Zustimmung des Reichskanzlers Michaelis zu der Reichstagsresolution vom 19. Juli; woran auch die Klausel „wie ich sie auffasse" nichts zu ändern vermag. Ich kann deshalb nicht zugeben, daß die deutsche Politik bei den jetzt schwebenden oder den noch einzuleitenden Friedensverhandlungen durch irgendwelche von mir getroffenen Amtshandlungen oder Abmachungen — abgesehen selbstverständlich vom polnischen Manifest — zwangsläufig gebunden sei. Das Kreuznacher Protokoll vom 23. April ist nichts als ein Internum zwischen der militärischen und politischen Leitung, das schon mich nicht band, wenn es zu tatsächlichen Friedensverhandlungen kam, geschweige denn, daß sich daraus irgendwelche Verpflichtungen für meine Nachfolger herleiten ließen. Tatsächlich haben ja auch Euer Exzellenz in wiederholten Reden Ihr völlig selbständiges Programm entwickelt und nur auf seiner Basis die Instruktionen für die Verhandlungen in Brest-Litowsk erteilt. Was die Politik zu meiner Amtszeit anlangt, so darf ich bei dieser Gelegenheit wohl noch einmal festlegen, was ich Eurer Exzellenz unlängst bereits mündlich mitzuteilen die Ehre hatte. Zu immer wiederholten Malen habe ich in meinen Gesprächen mit Seiner Majestät den Gedanken scharf vertreten, daß, da nun einmal, wie der Verlauf des Krieges von Anfang an gezeigt habe, eine völlige militärische Niederwerfung unserer Gegner ausgeschlossen sei, die siegreiche Abwehr unserer Feinde und die unversehrte Selbstbehauptung Deutschlands für uns den Gewinn des Krieges bedeute. Ich habe Seine Majestät dabei inständigst gebeten, und zwar habe ich das auch noch insonderheit bei meiner Abschiedsaudienz getan, einen Friedensschluß auf solcher Grundlage nicht etwa an angeblichen militärischen Notwendigkeiten scheitern zu lassen, da niemand beurteilen könne, ob, was heute militärisch notwendig erscheine, es auch noch nach einem Menschenalter sein werde. Seine Majestät hat dem allemal aus innerer Überzeugung zugestimmt und mich speziell am 16. Juli mit den Worten entlassen, ich könne ganz unbesorgt sein, er denke über den Friedensschluß gerade so wie ich.

Nachdem Herr Staatssekretär v. Kühlmann dem Sinne nach die Verhandlungen in Brest-Litowsk als durch die Vorgänge vor seinem Amtsantritt bestimmt bezeichnet hat, und nachdem jetzt durch Zeitungsartikel, die unzweifelhaft auf die Oberste Heeresleitung zurückzuführen sind, deren Kriegsführung mit dem angeblich von mir aufgestellten Kriegszielprogramm begründet wird, ist vorauszusehen, daß der eventuell den Erwartungen nicht entsprechende Verlauf der Verhandlungen in Brest-Litowsk, wahrscheinlich auch die Vornahme der großen Westoffensive, von der man spricht, unmittelbar als notwendige Folge einer von mir betriebenen Kriegspolitik hingestellt wird, einer Politik, durch die ich zugleich meine Nachfolger unwiederbringlich zum Schaden des Reiches gebunden hätte. Der heutige Artikel des „Vorwärts" gibt einen Vorgeschmack davon. Die so entstehende Situation wird für mich mehr wie peinlich sein, weil sie persönlich unerträglich ist, jedes Hervortreten meinerseits aber, wie Euer Exzellenz überzeugt sein werden, ausschließlich von dem Bestreben getragen wird, der Person und Politik Euer Exzellenz keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten, sondern beide zu unterstützen, soweit es im Bereich der mir verbliebenen Kräfte nur möglich ist. Wenn Euer Exzellenz, wie ich

zu hoffen wage, meiner Ansicht zustimmen, daß Vereinbarungen zwischen dem jeweiligen Kanzler und der Obersten Heeresleitung ausschließlich die Bedeutung einer momentanen internen Verständigung rebus sic stantibus haben, denen keinerlei staats- oder völkerrechtliche Bindung beikommt, so darf ich auch der Hoffnung Ausdruck geben, daß auch Euer Exzellenz es angezeigt finden werden, den hervorgerufenen gegenteiligen Eindruck wieder baldigst zu beseitigen.

Darf ich Euer Exzellenz die Versicherung abgeben, wie unerwünscht es mir ist, in dieser Zeit äußerster Kräfte- und Nervenspannung Ihre Zeit auch meinerseits in Anspruch zu nehmen, und dabei den Ausdruck aufrichtigster und treuester Verehrung erneuern, in der ich verbleibe

Euer Exzellenz

stets ergebenster

gez. Bethmann Hollweg

13

Bericht des Dr. Viktor Naumann über seine Wiener Eindrücke

Zu S. 113

München, den 22. Februar 1918
Ottostr. 5

Sehr verehrter Herr Graf!

Darf ich Sie bitten, das anliegende Schriftstück Seiner Exzellenz dem Herrn Reichskanzler von mir übergeben zu wollen.

Mit den besten Empfehlungen und dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung bleibe ich

Ihr ganz ergebener

Dr. Victor Naumann

München, Ottostr. 5, den 21. Februar 1918

Von einer Reise nach Wien zurückgekehrt, halte ich es für meine Pflicht, nunmehr nach 8 Tagen das Fazit meiner Besprechungen in beiden Hauptstädten schriftlich niederzulegen.

Ich fuhr nach Wien mit wenig Erwartungen hin, da ich wußte, wie sehr die Stimmung dort sich zu unseren Ungunsten gewandelt hat. Aber meine schlimmsten Befürchtungen wurden bei weitem durch das, was ich während meines Aufenthaltes in der österreichischen Hauptstadt erfuhr, übertroffen. Ich hatte Gelegenheit, mit den Parteiführern im Abgeordnetenhaus, den offiziellen Persönlichkeiten, mit Mitgliedern der höchsten Hofgesellschaft und mit Vertretern der Großindustrie eingehendst mich zu besprechen. Wie verschieden auch die politischen und sozialen Anschauungen meiner Gesprächsgegenpartner waren, sie stimmten in mehreren Punkten völlig überein. Zunächst in dem einen, daß das Verhältnis zu uns ein immer schlechteres werde, daß General Ludendorff wohl der bestgehaßte Mann in der Monarchie sei, daß auch Kaiser Wilhelm jede Popularität eingebüßt habe und daß die Möglichkeit eines Sonderfriedens vorliege. Außerdem wurde mir bemerkbar gemacht, wie scharf gegen den Grafen Czernin intrigiert werde und daß Kaiser Karl an Beliebtheit gewaltig eingebüßt habe. Ich mußte auch konstatieren, wie der Ton der Wiener Bevölkerung ein ganz anderer als früher geworden war. Der Haß der Minderbemittelten gegen jeden Bessergekleideten kam in den Vorstädten zu recht heftigem Ausdruck. Vornehmlich fiel es mir

auf, wie in den elektrischen Bahnen von seiten des Publikums die Damen aus den Oberschichten oft in roher Weise behandelt wurden. Man merkte eben, daß der Streik erst seit kurzem beendet war, und es will mir scheinen, als glimme das Feuer mehr als stark unter der offiziellen Asche.

Was nun meine Gespräche im einzelnen betrifft, so hatte ich ungemein interessante Unterredungen zunächst mit den Führern der Sozialdemokratie Dr. Adler, Dr. Renner, Dr. Ellenbogen und Seitz. Alle Herren führten mir folgendes aus: Die Vorräte Österreichs reichen höchstens noch bis zum 20. März. Dann sind wir ratzekahl gegessen. Auf irgend welche Zufuhr aus Ungarn ist nicht zu rechnen. Die Unmöglichkeit hierfür liegt in den besonderen ungarischen Verhältnissen, die sich nun einmal nicht ändern lassen. Gibt uns Deutschland nichts ab oder ist bis dahin keine wesentliche Zufuhr aus der Ukraine bei uns eingetroffen, so können wir nicht wieder wie beim letzten Mal den Streik auffangen, er wird dann mit elementarer Gewalt ausbrechen und kann zu sehr unangenehmen Folgen Veranlassung geben. Der vorsichtige Dr. Adler meinte, man kann ja immerhin durch papierne Hoffnungen das Volk noch drei Wochen füttern bei knappster Rationierung. Dr. Renner war ganz anderer Anschauung und sagte: dies ist unmöglich.

Die Herren versicherten mir, ihnen läge nichts ferner, als dem Grafen Czernin, dessen Politik sie absolut billigten, in den Rücken zu fallen. Im Gegenteil, sie wollten ihn stützen, so lange es möglich wäre. Sie verabscheuten auch einen Generalstreik oder gar eine Revolution schon aus dem Grunde, weil eine solche in Österreich zum Schluß nur den Tschechen zugute kommen müßte und sie keinerlei Veranlassung hätten, für diese ins Feuer zu gehen. Aber die Ereignisse, die kommen müßten, ließen sich nicht aufhalten, wenn eben nicht für Nahrungszufuhr gesorgt werde und wenn etwa ein Friede mit Rußland nicht zustande käme auf Grund deutscher annektionistischer Forderung oder wenn die polnischen Hoffnungen nicht erfüllt würden. Diese würden nämlich von den gesamten Slawen mit Ausnahme der Ruthenen unterstützt werden und ihr Scheitern werde in diesen Kreisen eine Bewegung auslösen, die sich aus anderen Gründen leicht auf die Deutschen übertragen könnte. Erklärte sich Graf Czernin in einem dieser Fälle mit Deutschland solidarisch, so sei der Generalausstand nicht zu vermeiden. Man scheint dies ja in Österreich erkannt zu haben, da Czernin seinerzeit den Waffenstillstand nicht kündigte.

Die Herren berichteten mir ferner, daß eine starke Bewegung für einen Sonderfrieden sich bemerkbar mache und daß gegen Czernin lebhaft gearbeitet werde. Es gäbe viele Kreise, die sich mit der Abtretung des Trentino, um den Frieden zu erlangen, einverstanden erklären würden, und es gäbe viele Kreise, speziell slawische und hocharistokratische, denen ein Abweichen von dem deutschen Bündnis durchaus willkommen wäre. Aber selbst in deutschen Kreisen, sogar in der deutschen Bauernschaft, hege man die Meinung, es sei zweifelhaft, ob sich das Bündnis der Zentralmächte nach dem Kriege aufrecht erhalten lasse. Die Sozialdemokraten hätten gar nichts gegen den Kaiser, doch in der Arbeiterschaft sei er unbeliebt geworden wegen zu großer Versprechungen, die er nicht halten konnte, und in der ländlichen Bevölkerung wieder wegen seiner Versprechungen an die Arbeiter. Die Sozialdemokraten erklärten, für ihr Teil würden sie natürlich gerne mit Deutschland auf gutem Fuße stehen, aber die Stimmung der Massen sei bedenklich.

Ähnliches, wenn auch mitunter in etwas abgeschwächtem oder bedauerndem Ton wurde mir von christlich-sozialer und deutschliberaler Seite mitgeteilt. Die Herren beklagten sich hauptsächlich dann auch über die Tschechen, die frecher und revolutionärer denn je würden, die alle ihre Hoffnungen auf die Entente setzten und von denen man jeden Tag einen Aufstand erwarten

könnte. Auch sie sahen sehr skeptisch der Zukunft entgegen und sagten mir offen, wie unbeliebt Deutschland heute in Österreich, ja auch in Ungarn sei.

Aus den Gesprächen mit den Parlamentariern gewann ich die Überzeugung, daß in der Doppelmonarchie alles drüber und drunter geht und daß, wenn es nicht bald zu einem Frieden im Osten kommt, zu einem wirklichen nämlich, entweder ein Zusammenbruch erfolgt oder Österreich-Ungarn einen Sonderfrieden eingeht.

Ich habe ja schon in einem anderen Bericht erwähnt, daß mir unterdessen von sicherster Schweizer Seite mitgeteilt wurde, welche Unterhandlungen in der Schweiz zwischen Herrn Hofrat Lammasch und dem Vertrauten Wilsons stattfinden, daß Wilson erklärt, Österreich müsse die Prinzipien der Gerechtigkeit, Moral und das Nationalitätenprinzip bei sich im Innern anerkennen, und zwar schleunigst, dann könnten die Völker im Rahmen der Monarchie bleiben. Ferner müßte Österreich-Ungarn eine bindende Erklärung über die Wiederherstellung Serbiens und Montenegros abgeben, dann würde, falls man einen Sonderfrieden schließen wolle, wenn Deutschland im Kriegszustand beharre, Amerika dafür sorgen, daß die italienischen Bedingungen auf die Abtretung des Trentino und die Jsonzofront beschränkt würden, daß die austropolnische Lösung eintrete und daß man eine sehr hohe Milliardenanleihe zu $3^1/_2$ Prozent ihm gewähren werde.

Ähnlich wirkt übrigens Amerika auf Bulgarien ein.

Hofrat Lammasch soll geantwortet haben, er hoffe bald günstigen Bescheid zu geben, und man teilte mir mit, er habe hinzugefügt, falls der Kaiser Ellenbogenfreiheit hätte, werde er Czernin beseitigen.

Neuerdings ist nun noch die polnische Angelegenheit hinzugekommen, um Czernins Stellung zu erschüttern. Der Beschwichtigungsversuch Herrn von Seidlers wird vielleicht nichts nützen, und sollte man in dem Fall das Parlament nach Hause schicken und den bekannten § 14 in Kraft treten lassen, so erwarte ich keine guten Folgen hiervon.

In meinen Konversationen mit mir befreundeten Mitgliedern der Hocharistokratie fand ich gleichermaßen eine Art Erbitterung gegen Deutschland vor, die ich vergeblich zu zerstreuen suchte, und eine Friedenssehnsucht sondersgleichen. Man kann annehmen, daß gewisse höfische Kreise, ich will sie unter dem Namen Parmagruppe zusammenfassen, mächtig an der Arbeit sind, um auf eine Verständigung mit der Entente hinzuarbeiten. Wir haben an den höchsten Damen in Österreich, die heute recht mächtig sind, keine gute Freundinnen mehr. Die Erzherzogin Marie Therese, die sonst eine war, wie ich aus vielen Gesprächen konstatiert habe, war leider nicht in Wien anwesend; man sagte mir aber, auch sie sei schwankend geworden.

Die Vertreter der Großindustrie, die ich sprach, behaupteten nun, der letzte Streik sei nicht, wie die Sozialdemokraten sagten, unvorbereitet gekommen, sie hätten längst gewußt, daß er käme, nur die Regierung habe es nicht glauben wollen. Sie meinten ferner, sie wären im Besitz genauer Nachrichten, die ungefähr für den 20. März einen neuen und weit größeren Ausstand prophezeiten. Was hieran Wahres ist, kann ich natürlich nicht beurteilen. Aus diesen Kreisen, wie auch aus den Hofkreisen, kam mir übrigens die Nachricht, daß Graf Polzer nach wie vor sehr mächtig sei, daß Konrad Hohenlohe jeden Einfluß verloren habe, daß der Chef des Militärkabinetts Marterer ebenso wie Polzer nichts weniger als unser Freund sei und daß in der Armee der Groll gegen uns ständig wachse.

Höchst interessant war es mir auch, was mir von den besten Kennern der Ukraine über dieses Land gesagt wurde. Und zwar waren es Männer verschiedener Parteien, die mir ziemlich gleichmäßige Mitteilungen machten. Sie führten aus: Die Ukraine sei ein Land, in dem die Rada verhältnismäßig sehr wenig Macht habe. Die Rada sei nicht von dem Land gewählt, sondern

dem Extrakt der sogenannten Intelligenz der Städte, die ihrer Mehrzahl nach aus Polen und Juden sich zusammensetze. Der Bauer sei politisch amorph, soweit er nicht — und das sei zum großen Teil der Fall — mit den Sowjets ginge. Daher sei der vielgepriesene Friedensschluß mit der Ukraine ungemein problematisch. Es käme hinzu, selbst wenn wir die Macht im Lande besäßen, sei es sehr zweifelhaft, welche Vorräte wir überhaupt noch finden würden, da die Bolschewiki alles zerstörten, und wenn wir sie vorfänden, ob wir die Möglichkeit des Abtransportes besäßen. Die Kommunikationen zu den Bahnen seien erbärmlich, die Bahnen in schlechtestem Zustande, das rollende Material aufgebraucht, das wichtigste Bahnnetz, das Donetz-Bahnnetz, fest in den Händen der Bolschewiki und der Transport zur See via Odessa—Konstanza mehr als zweifelhaft, da die Bolschewiki-Flotte die See beherrsche und es fraglich erscheine, ob sie, selbst wenn Frieden mit Rußland geschlossen werde, nicht gedenke, auf eigene Faust Piraterie zu treiben.

Es wurde mir daher gesagt, es wäre sehr verfehlt, große Hoffnungen in der Menge auf den Friedensschluß mit der Ukraine zu erwecken, die Enttäuschung könne folgen, wie die Träne auf die bittere Zwiebel. Ich möchte gerade diesen Punkt sehr unterstreichen.

Am Ballhausplatz teilte ich den wenigen Herren von Bedeutung, die ich dort vorfand, meine Beobachtungen offen mit. Man sucht mit mehr oder weniger Verlegenheit auszuweichen oder jammerte, so daß ich einem der Herren sagen mußte: Ihr jammert und wollt Annexionen machen, und wir sollen um des lieben Friedens willen ohne die geringsten Vorteile nach Hause gehen.

So konnte ich Wien nur mit recht trüben Betrachtungen verlassen, und sie wurden in Berlin gerade nicht in rosige umgewandelt. Denn auch hier erklärten mir die Führer der Sozialdemokratie: wenn in den nächsten 4 Wochen die preußische Wahlreform nicht sehr erhebliche Fortschritte macht, wenn man nicht den ehrlichen Friedenswunsch der Regierung bemerkt, wenn hingegen annexionistische Ideen speziell im Osten die äußere Politik beeinflussen, so seien sie ebenso machtlos wie ihre österreichischen Kollegen, kommende Ereignisse aufzuhalten, obwohl sie deren Eintreten aus vielen Gründen auf das äußerste bekämpften und befürchteten. Auch in liberalen Kreisen fand ich große Bedenken und auch bei dem Flügel des Zentrums, der Herrn Erzberger folgt. Es erscheint mir auch fraglich, ob die Politik der Streikbewegung gegenüber eine ganz richtige war. Der Vergleich mit der anderen Behandlung in München liegt nahe und wurde auch vielfach gezogen. Außerdem fand ich einen berechtigten oder unberechtigten Groll über die Art und Weise, wie die offiziöse Presse gemacht wird und wie man die Presse behandelt, vor.

Ich habe dem Herrn Reichskanzler ausführlich Bericht über meine Beobachtungen in Berlin und in Wien gegeben und in keiner Weise mit meiner Meinung hinter dem Berg gehalten, und ich war sehr erfreut, daß der Kanzler mir sagte, er werde in der preußischen Wahlrechtsfrage nicht nachgeben und sei nach wie vor ein Gegner großer Annexionen. Ich machte ihn auch aufmerksam, welche schweren Bedenken gegen eine Personalunion von Litauen und Kurland mit Preußen vorliegen, kann aber natürlich nicht beurteilen, ob meine Argumente ihn von der Richtigkeit meiner Auffassung überzeugen konnten.

Ich muß noch hinzufügen, daß ich hier in München in politischen Kreisen eine gewisse Verstimmung gegen den Herrn Staatssekretär des Äußern vorfand, dessen Verhalten in der ukrainischen, russischen und polnischen Angelegenheit der Gegenstand sehr scharfer Kritik ist. Ich wies darauf hin, wie ungemein schwierig die Lage des Herrn v. Kühlmann ist, würde es aber für für sehr glücklich halten, wenn die polnische Frage baldmöglichst einer wenigstens annähernd für die Polen günstigen Lösung zugeführt würde. Nicht

etwa wegen der Polen, die sind mir Hekuba, sondern wegen der Konsequenzen, die für Österreich und unsere Bundesgenossenschaft mit Österreich durch eine flagrante Opposition der Polen erwachsen müssen.

Ich kann diesen Bericht nicht schließen, ohne abermals darauf hinzuweisen, daß meiner festen Überzeugung nach ein ehrenvoller Friede durch Vermittlung Amerikas, das kein Bedürfnis nach einem kontinentalen Krieg hat, für uns heute möglich ist. Wir müssen nur endlich in der belgischen Frage die von der Welt erwartete Aufklärung geben. Weder England noch Amerika werden wegen Elsaß-Lothringen den Krieg ins Unendliche fortsetzen wollen. Uns aber muß ein baldiger Friede aus sozialen, wirtschaftlichen, moralischen und nicht zuletzt aus den Gründen, die für die Erhaltung der Vitalität unserer Nation mitsprechen, willkommen sein.

14

Der Feldmarschall an den Reichskanzler

Zu S. 114

Chef des Generalstabes des Feldheeres

Großes Hauptquartier, den 17. Februar 1918

Entwurf

An den Herrn Reichskanzler (volle Adresse)

Euer Exzellenz haben in den Besprechungen vor Seiner Majestät in Homburg auf die Möglichkeit erneuter Streiks hingewiesen. Ich darf mir deshalb erlauben, in nachfolgendem den Einfluß der Streiks auf die Kriegführung kurz zu erörtern.

Er besteht einmal darin, daß eine Anzahl von Truppen und von Ersatzmannschaften im Inlande festgehalten werden, die ich schon jetzt, wahrscheinlich aber auch in der Folge, an der Front dringend gebrauche. Ferner wird auch die gesamte Rüstungsindustrie unter Umständen in schwerwiegende Mitleidenschaft gezogen. Zwar hat der letzte Streik in dieser Hinsicht keinen erheblichen Schaden angerichtet. Sein Mißerfolg lag aber, abgesehen von der festen und entschlossenen Haltung der Regierung und der militärischen Gewalt, auch an der unzureichenden Organisation, der kurzen Dauer und der geringen Beteiligung der Arbeiter. Zweifellos wird aber weiter gehetzt. Die Bolschewicki-Ideen wirken namentlich auf die jugendlichen Elemente ansteckend (bei den ruhigen und vernünftigen Arbeitern allerdings wohl umgekehrt). Wahrscheinlich sind auch feindliche Agenten und feindliches Geld für den Umsturz tätig. Es ist also die Frage, ob die nächsten Streiks gleich günstig verlaufen. Zudem liegen die Verhältnisse insofern wesentlich anders, als einerseits mit dem Frühjahr der Bedarf an allen Gegenständen der Rüstungsindustrie erheblich steigt, zweitens die Leistungen der Rüstungsindustrie nicht mehr wie bisher durch die K o h l e, sondern wahrscheinlich wieder durch d i e Z a h l d e r A r b e i t e r beeinflußt werden.

Aus allen diesen militärischen Gründen und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit, allen Streiks vorzubeugen, gestatten mir Euer Exzellenz ferner meine Ansicht über die möglichen und nötigen Maßnahmen auszusprechen.

1. Besonders wichtig scheint es mir, daß möglichst bald der Standpunkt, daß Streik während des Krieges Landesverrat ist, klipp und klar ausgesprochen wird, ebenso auch die sich daraus ergebende Folgerung, daß jede Begünstigung des Streiks oder die Mitwisserschaft von beabsichtigten Streiks nach § 139 des Strafgesetzbuches strafbar sind. Auch dies sollte meines Erachtens offen ausgesprochen werden. Auf dieser Grundlage könnten dann die Gewerk-

schaftsführer und die sozialdemokratischen Abgeordneten zu einer klaren Antwort aufgefordert werden, ob sie den Streik während des Krieges unbedingt verurteilen oder nicht. Sie müssen Farbe bekennen. Verurteilen sie den Streik rückhaltlos, so kann man von ihnen fordern, daß sie mit allen Mitteln gegen den Streik auftreten. Sollte er dann noch ausbrechen, so wäre jedenfalls ihre Machtlosigkeit erwiesen, während sie sich jetzt immer auf ihre Macht und auf ihre Führung berufen. Lehnen sie die grundsätzliche Verurteilung des Streiks ab, so sind sie als Landesverräter anzusehen, und die Festnagelung dieser Tatsache in Presse und Parlament würde meines Erachtens nicht nur ihre Anhängerschaft erheblich verringern, sondern auch die große Mehrheit des Volks endlich über die staatszersetzenden Ideen der radikalen Sozialdemokratie aufklären. Wie weit Euer Exzellenz diesen Weg für gangbar halten, muß ich natürlich ganz Ihrem Ermessen überlassen.

2. Ferner möchte ich noch folgendes bemerken. Die mit Wissen des Kriegsamtes von mir empfangenen Vertreter von wirtschaftsfriedlichen Verbänden haben mir berichtet, daß außer den nationalen Arbeitervereinigungen auch viele andere, die an sich den Streik als Kampfmittel anerkennen, zum Beispiel die Hirsch-Dunckerschen Vereine, die christlichen Gewerkschaften und die Polen, sich bisher gegen einen Streik während des Krieges ausgesprochen und danach gehandelt haben. Diese Arbeitervereinigungen zusammen sind aber der Zahl nach den streikbereiten sozialdemokratischen Gewerkschaften ganz erheblich überlegen. Ich möchte es Euer Exzellenz Erwägung anheimstellen, ob es möglich ist, eine Sammlung dieser Vereinigungen herbeizuführen auf der Grundlage der absoluten Verurteilung eines Streiks während des Krieges. Scheint dies untunlich, so könnte meines Erachtens versucht werden, wenigstens die wirtschaftsfriedlichen Arbeiterorganisationen zusammenzufassen und ihnen die gleiche staatliche Anerkennung zu geben wie den freien Gewerkschaften. Ich halte es an sich für eine starke Ungerechtigkeit, daß die freien, das heißt die sozialdemokratischen Vereinigungen, in Reichsämtern, Schlichtungsausschüssen usw. vertreten sind, die anderen Arbeiter (wirtschaftsfriedliche und unorganisierte) aber nicht, namentlich da die letzteren wahrscheinlich bei weitem die Zahlen der organisierten sozialdemokratischen Arbeiter überwiegen.

3. Von größter Bedeutung scheint es mir, daß die arbeitswilligen Arbeiter bei Streiks vor dem Terrorismus der Streikenden geschützt werden. Hier muß mit allem Nachdruck vorgegangen werden. Da es sich dabei jedoch wesentlich um militärische Maßnahmen handelt, so habe ich mich dieserhalb an den Herrn Kriegsminister unmittelbar gewendet.

Euer Exzellenz möge aus Vorstehendem ersehen, daß ich die Bedeutung der Streiks nicht unterschätze und es für sehr wesentlich halte, sie zu verhindern. Um nicht mißverstanden zu werden, möchte ich jedoch hinzufügen, daß ich keinesfalls einem Eingehen auf irgendwelche Wünsche der Streikenden, sei es in politischen oder wirtschaftlichen Forderungen, das Wort reden will. Ich bin nach wie vor fest überzeugt, daß es nur durch Stärke und Festigkeit gelingen kann, auf die Dauer größere Streiks zu verhindern und die eingangs erwähnten durch Streiks zu befürchtenden Übelstände nach Möglichkeit auszuschließen.

Ich glaube aussprechen zu sollen, daß ich die Folgen eines jeden Nachgebens für viel schwerer ansehe, auch wenn dadurch momentan der Streik beigelegt wird, als der Ausfall in der Rüstungsindustrie und die sonstigen Schäden wirken würden, wenn es bei Verweigerung aller Streikforderungen wirklich zum Ausbruch eines größeren Streiks kommen würde.

gez. v. Hindenburg

15

General Ludendorff an den Kriegsminister

Zu S. 114

Entwurf

Chef des Generalstabes des Feldheeres
II. Nr. 6626 geh. op.

Großes Hauptquartier, den 18. Februar 1918

An den Herrn Kriegsminister (volle Adresse)

Euerer Exzellenz danke ich zunächst für die Übersendung der Abschrift des Seiner Majestät dem Kaiser über die Streiks erstatteten Berichts vom 5. 2. 1918 Nr. 930/18 geh. A. 1.

Ich stimme Euerer Exzellenz durchaus darin zu, daß weitere Streiks vorbereitet und stellenweise wohl auch ausbrechen werden. Ich habe mich deshalb auch bei der gestrigen Besprechung mit Euer Exzellenz Vertreter einverstanden erklärt, Truppen in Deutschland zu belassen, obwohl diese Maßnahme natürlich außerordentlich störend wirkt. Es kommt weiter hinzu, daß wir bei zukünftigen Streiks nicht immer darauf rechnen können, eine Schädigung der Rüstungsindustrie auszuschalten, wie es diesmal gelungen ist. Bei dem in nächster Zeit wahrscheinlich enorm steigenden Bedarf an Munition und Gerät aller Art kann daher ein Streik außerordentlich ungünstig wirken. Schließlich ist aber ein Streik und die dadurch eintretende Beunruhigung im Innern unter allen Umständen ungünstig für die Stimmung des an der Front kämpfenden Heeres. Diese schwerwiegenden militärischen Bedenken haben auch Veranlassung zu dem anliegend in Abschrift beigefügten[1]) Schreiben an den Herrn Reichskanzler gegeben. Ich darf um vertrauliche Behandlung dieses Schreibens bitten.

Wie notwendig es ist, klare Verhältnisse zu schaffen und Streiks mit allen Mitteln vorzubeugen, wird auch durch die mir soeben zugehende Mitteilung des Kriegsministeriums vom 15. 2. Nr. 1367/18 geh. A. 1 erhärtet.

Nachdem das Reichsgericht im Urteil vom 19. 10. 1917 (vgl. K. M. vom 8. 12. 17 Nr. 7451/17 geh. A. 1) einwandfrei ausgesprochen hat, daß Streik im Kriege als Landesverrat anzusehen ist, kommt es meiner Meinung nach nur darauf an, daraus die praktisch möglichen Folgerungen zu ziehen insbesondere in der Richtung, daß Aufreizung zum Streik und die Mitwisserschaft von bevorstehenden Streiks als Verbrechen anzusehen sind. Danach müßte es meiner Meinung nach möglich sein, allgemein Hetzer und Schürer zum Streik rechtzeitig festzunehmen. Daß hierdurch unter Umständen dem Streik die Spitze abgebrochen wird, dürfte das Beispiel des stellvertretenden Generalkommandos VII. Armeekorps beweisen, das mit der angegebenen Maßnahme außerordentlich viel erreicht hat. Weiter dürfte auch einer Wiedereinziehung streikender Arbeiter, soweit sie zu den Reklamierten gehören, kein Grund mehr entgegenstehen; denn wenn auch früher den Arbeitern zugesichert ist, daß Reklamierte aus politischen und sozialen Gründen nicht wieder eingezogen werden sollen, so kann sich diese Zusage keinesfalls auf Landesverrat erstrecken.

Auch die in dem Bericht Euerer Exzellenz erwähnte Stellung von Betrieben unter militärische Leitung hat gut gewirkt, wie mir dies u. a. auch durch Admiral v. Mann bestätigt ist. Natürlich ist die Militarisierung kein restlos wirkendes Mittel, sie wirkt aber anscheinend dadurch besonders

[1]) Siehe Anlage 14, S. 149.

günstig, daß den Arbeitern wieder der Begriff einer Obrigkeit, die Gewalt über sie hat, beigebracht wird, und daß sie den Arbeitswilligen, die immer noch den weitaus größten Teil der Arbeiter ausmachen, weitgehenden Schutz gewährt. Nicht ganz sicher erscheint es mir, ob die Militärgerichte überall den richtigen Maßstab angelegt und die Tragweite ihrer Urteile übersehen haben. Zu milde Urteile schaden nur, indem sie den bösen Elementen Mut machen und den guten das Vertrauen zu Recht und Gesetz nehmen. Es wird namentlich nötig sein, darauf zu achten, daß geeignete Kriegsgerichtsräte Verhandlungsführer und Vertreter der Anklage sind. Ich bin gern bereit, Eurer Exzellenz, wenn nötig, mit geeigneten Personen aus dem Feldheer auszuhelfen.

Daß Eure Exzellenz dem auf die Arbeitswilligen ausgeübten Terrorismus (Streikposten usw.) nachdrücklich entgegengetreten sind, begrüße ich mit großer Freude. Auch ich bin der Ansicht, daß man hiergegen unter Umständen mit schärfster Gewalt vorgehen muß. Im übrigen glaube ich, daß man auch in Zukunft im allgemeinen ohne Waffengewalt wird auskommen können. Immerhin ist es nötig, sich für diese Fälle vorzubereiten, und dieser Grund war auch für mich bestimmend, die gewünschten Truppen in Deutschland zu belassen bezw. bereitzustellen.

Im Zusammenhang mit der Streikfrage möchte ich mich noch kurz zu der Lohnfrage wenden. Nach einem mir zugegangenen Bericht des Vereins für die bergbaulichen Interessen in Dortmund ist gelegentlich des Streiks von dem Schlichtungsausschuß die Erwartung ausgesprochen, daß für den Monat Februar weitere Lohnsteigerungen seitens der Zechen stattfänden. Ich nehme an, daß der Bericht auch Eurer Exzellenz vorgelegt wird, möchte aber doch ausdrücklich darauf hinweisen. Ich sehe jedenfalls in dem Vorgehen dieses Schlichtungsausschusses eine ganz außerordentliche Gefahr; denn sobald an einer Stelle die Löhne erhöht werden, geht der Kampf um Lohnerhöhung auf der ganzen Linie wieder los. Zu Lohnsteigerungen liegt aber kein Grund vor. Es ist im Gegenteil, wie von mir schon wiederholt betont ist, außerordentlich wichtig, die hohen Löhne, ebenso wie die hohen Unternehmungsgewinne, allmählich abzubauen. Wie weit es möglich ist, durch mündliche Anweisung an die Chefs der stellvertretenden Generalkommandos die Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse entsprechend aufzuklären, muß ich Eurer Exzellenz überlassen. Bei der außerordentlichen Bedeutung dieser Angelegenheit wollte ich jedenfalls Eurer Exzellenz Aufmerksamkeit darauf lenken.

gez. L.

16

Zu S. 31 und 34

Handschriftliche Aufzeichnungen des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg vom 11. und 14. Juli 1917

(Akten der Reichskanzlei, Kr. 1, adh. 5, Bd. I)

Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg vom 11. Juli 1917

Habe gestern mittag Seiner Majestät langen Vortrag im Anschluß an vorgestrigen Kronrat gehalten. Dabei Gründe für Notwendigkeit des gleichen Wahlrechts wiederholt. Seine Majestät meinten: Nach Ansicht der einen Seite bedeute Proklamierung des gleichen Wahlrechts Untergang Preußens, nach Ansicht der andern Seite Unterlassung der Proklamierung wahrscheinlichen Verlust des Krieges und damit Untergang Deutschlands und Preußens. Zur Besprechung der Situation habe er zunächst Kronprinzen herantelegraphiert.

Sollte er sich für gleiches Wahlrecht entscheiden, so könne er es seinem Preußen nicht oktroyieren. Deshalb müßten vor der Entscheidung Vertrauensmänner der Landtagsfraktionen und des Herrenhauses um ihre Ansicht befragt werden.

Ich habe Berufung des Kronprinzen begrüßt, Pessimismus für Preußens Zukunft energisch bekämpft, ebenso Anhörung der Vertrauensmänner als einen der Krone nicht würdigen Akt. Daraufhin habe ich Seiner Majestät vorgetragen, wie meine persönliche Stellung ernstlich erschüttert sei durch die Gegnerschaft der Konservativen, Nationalliberalen und Alldeutschen, vor allem aber durch die aller Welt bekannte Opposition der Obersten Heeresleitung. Ich habe dabei diese letztere Opposition in ihren Einzelheiten geschildert. Die Unterstützung durch Zentrum, Freisinn und Sozialdemokraten fange an, nachzulassen. Wiewohl diese Dinge nicht neuesten Datums seien, hätte ich bisher nicht um meinen Abschied gebeten, weil ich der Meinung gewesen wäre, bei den Verbündeten als auch bei den Neutralen, ja selbst bei den Feinden noch über ein gewisses Kapital von Ansehen und Vertrauen zu verfügen, das dem Lande von Nutzen sein könne. Jetzt hätten sich die Dinge so zugespitzt, daß ich zweifeln müsse, ob dieser Nutzen nicht von dem Schaden der Schwäche meiner inneren Position überwogen werde. Ich bäte daher Seine Majestät zu erwägen, ob es nicht besser sei, einen Kanzlerwechsel vorzunehmen. Allerdings werde auch ein neuer Kanzler das gleiche Wahlrecht und die Aufnahme von Parlamentariern in die Regierung fordern müssen. Seine Majestät erkannte das letztere ausdrücklich an, behielt sich im übrigen aber die Entscheidung vor und war bei dem ganzen Gespräch ernst, aber sehr freundschaftlich.

Vor meinem Vortrag hatte der Kaiser mit Loebell, Valentini und August Eulenburg konferiert. Nachher sprach er den österreichischen Botschafter Prinzen Hohenlohe.

Heute mittag teilte mir Seine Majestät telephonisch mit, er habe mit dem Kronprinzen konferiert. Dieser sei wie er davon überzeugt, daß ich bleiben müsse und daß das gleiche Wahlrecht konzediert werden müsse. Beides bestätigte mir der Kronprinz kurz darauf persönlich. Dieser betonte, daß, wenn die Darstellung des Kaisers richtig sei, mein gegenwärtiger Abgang uns namentlich bei den Verbündeten schweren Schaden zufügen müsse. Anscheinend hat der Kaiser der Sache die Wendung gegeben, daß aus diesem Grunde das gleiche Wahlrecht konzediert werden müsse, was eine totale Verschiebung der Situation wäre. Denn Seine Majestät hatte gestern ausdrücklich anerkannt, daß das Wahlrecht niemals eine Konzession sein dürfe, um mich zu halten, und daß auch jeder neue Kanzler die gleiche Forderung werde stellen müssen.

gez. v. B. 11/7. 17.

Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg
vom 14. Juli 1917

Am 12., nachmittags 7 Uhr, war ich zum Kaiser befohlen, der vorher lange mit dem Kronprinzen konferiert hatte. Der Kronprinz hatte am Morgen desselben Tages Westarp, Martin, Erzberger, Stresemann, Payer und David empfangen (die Auswahl war wahrscheinlich von Maltzahn getroffen) und hatte ihnen die Frage vorgelegt, ob ich bleiben könne oder nicht. Soweit bekannt, hatte sich Payer für mich ausgesprochen, alle anderen gegen mich, David vielleicht in bedingter Form.

Danach war der Kronprinz bei Gottfried Hohenlohe und Rizoff gewesen, welche in sehr bestimmter Weise die Notwendigkeit meines Verbleibens im Amte ausgedrückt hatten. Nach dieser Unterredung hatte der Kronprinz

gegenüber Valentini und August Eulenburg entschieden Stellung für mich genommen. Immerhin muß er mit dem Kaiser wohl in anderem Sinne gesprochen haben, wenigstens war Seine Majestät im Gegensatz zu den Tagen vorher unwirsch und unfreundlich. Er suchte wiederholt die Sache so darzustellen, als habe er das gleiche Wahlrecht nur bewilligt, um meine persönliche Stellung zu erleichtern. Ich widersprach energisch und erinnerte daran, wie Seine Majestät selbst ausdrücklich anerkannt habe, daß auch jeder Nachfolger von mir sofort das gleiche Wahlrecht werde fordern müssen und daß ein anderes Wahlrecht überhaupt nicht mehr möglich sei. Widerwillig gab Seine Majestät das zu.

Dann bemerkte Seine Majestät, die Friedensresolution des Reichstags sei, wie ihm der Kronprinz mitgeteilt habe, zu schlapp. Jedenfalls müsse Hindenburg dazu gehört werden. Übrigens kenne er selbst die Resolution ja noch gar nicht. (Letzteres war falsch, denn zwei Tage vorher hatte ich ihm an derselben Stelle des Parks von Bellevue in Gegenwart von Valentini die Resolution vorgelesen, allerdings mit dem Bemerken, daß vielleicht noch einige Korrekturen, aber im Sinne größerer Entschlossenheit angebracht werden würden. Damals hatte Seine Majestät der Resolution ausdrücklich zugestimmt und mich ermächtigt, auch im Reichstage meine Zustimmung zu erklären. Nur an dem Worte „Verständigungsfrieden" hatte er sich als unklar gestoßen.) Ich ließ die Resolution kommen, las sie vor, der Kaiser schwieg zu ihr, ließ sie aber sofort an Hindenburg zur Äußerung telephonieren. Nach einer halben Stunde war die telephonische Antwort da, die dahin lautete, daß ein Dank an die Armee, wie ihn die konservative Resolution enthalte, bitter vermißt werde, und daß im zweiten Absatz die Worte „der Verständigung und" sowie der Satz: „Mit einem solchen Frieden . . . unvereinbar" gestrichen werden müßten. Bleibe der letztere Satz stehen, so werde die Stoßkraft und Widerstandsfähigkeit der Armee erschüttert werden. Seine Majestät stimmte diesem Votum zu und beauftragte mich, es den beteiligten Parlamentariern mitzuteilen.

Unmittelbar darauf meldete der General Lyncker Seiner Majestät, es sei die telephonische oder telegraphische Meldung aus Kreuznach eingetroffen, daß Abschiedsgesuche von Hindenburg und Ludendorff unterwegs seien. Der Abschied wurde damit begründet, daß die beiden Generale mit mir als Kanzler nicht arbeiten könnten. Oberst von Marschall habe dazu telephoniert, Ludendorff habe geäußert, er werde nicht nachgeben, sondern unter allen Umständen auf seinem Willen bestehen. Seine Majestät schien ungehalten zu sein und ließ den beiden Generalen telephonieren, sofort nach Berlin zu kommen. Ich sagte Seiner Majestät, selbstverständlich könne von einer Verabschiedung Hindenburg, Ludendorffs keine Rede sein und verabschiedete mich.

Unmittelbar darauf sah ich den Abgeordneten von Payer, der mir im Auftrag der drei Parteien die Resolution überbrachte. Ich teilte ihm das Votum Hindenburgs unter dem Hinzufügen mit, daß ich mich ihm als dem zuständigen Ausdruck der Ansicht der Armee anschließe und regte an, daß Mitglieder der beteiligten Parteien mit Hindenburg und Ludendorff selbst sprechen möchten, die am Tage darauf in Berlin eintreffen würden. Herr von Payer nahm diese Anregung zustimmend auf und glaubte, daß sich auch die Sozialdemokraten noch beeinflussen lassen könnten. Er selbst habe alle seine Mittel erschöpft, um der Resolution einen kräftigen Ton zu geben.

Am 13., vormittags $10^1/_2$ Uhr, habe ich mein Abschiedsgesuch durch Valentini an den Kaiser geschickt, und darin Graf Hertling zu meinem Nachfolger empfohlen, weil dieser von vornherein bei unseren Bundesgenossen Vertrauen finden werde.

Etwa um 1 Uhr teilte mir Valentini mit, Hertling habe abgelehnt, teils aus Gesundheitsrücksichten, teils weil er in den maßgebenden Fragen, namentlich der Kriegszielfrage anderer Meinung sei als die Oberste Heeresleitung.

Valentini schlug mir dann mit einer gewissen Begeisterung Bernstorff vor, dem ich zustimmte. Um 7 Uhr telephonierte mir Valentini, die Sache sei erledigt. Seine Majestät habe Bernstorff abgelehnt, Michaelis sei vorgeschlagen, dieser habe angenommen, und er sei im Begriff, mit ihm zum Kaiser zu fahren.

Gegen 10 Uhr kamen beide zu mir. Aus Valentinis Äußerungen entnahm ich folgendes: Nachdem der Kaiser Bernstorff refüsiert hatte, beauftragte er Valentini, Hindenburg zu fragen, wen er als Kanzler wolle. Valentini, der nicht persönlich mit Hindenburg verhandeln wollte, fuhr unter Zustimmung des Kaisers zu Lyncker, um diesen die Mission ausrichten (zu) lassen. General von Plessen, der bei Lyncker war, scheint den Namen Michaelis aufgebracht zu haben. Darauf haben Valentini, Lyncker und Plessen mit Hindenburg und Ludendorff konferiert, wobei Ludendorff gesagt hat, er könne Michaelis nur auf das wärmste empfehlen. Derselbe sei vor einiger Zeit im Großen Hauptquartier gewesen und habe den Eindruck gemacht, daß er der rechte Mann sei. Der Kaiser hat auf Vortrag Valentinis Michaelis sofort akzeptiert, obwohl er ihn nicht kenne, und Michaelis hat nach ganz kurzem Überlegen angenommen.

Darüber, daß Ludendorff die Parlamentarier von seinem bevorstehenden Abschiedsgesuch informiert hatte, zu vergleichen die telegraphischen Korrespondenzen von Wahnschaffe mit Ludendorff über die Mitteilungen Payers.

Ludendorff hatte, noch bevor der Kaiser irgendwie informiert war, dienstlich dem bayerischen Kriegsminister mitgeteilt, er und Hindenburg würden gehen, wenn ich bliebe.

gez. v. B. 14/7. 17.

Gutachten
des Sachverständigen Obersten a. D. Schwertfeger

Die politischen und militärischen Verantwortlichkeiten im Verlaufe der Offensive von 1918

Zweiter Teil

Inhalt

Seite

Vorwort 163
I. Das politisch-militärische Führertum bei Beginn der Offensive . . . 165
II. Die ersten Erfolge der Westoffensive 184
III. Die Friedensoffensive des Obersten v. Haeften und die Entlassung des Staatssekretärs v. Kühlmann 193
IV. Berufung des Staatssekretärs v. Hintze. Rückschläge im Westen . . 209
V. Die Besprechungen in Spa am 13. und 14. August 1918 223
VI. Vom 15. August bis zum 29. September 1918 234
VII. Der 29. September 1918 in Spa 260
Betrachtungen 274
VIII. Die Tage bis zum Abgang des Waffenstillstandsangebots: 30. September bis 4. Oktober 1918 282
30. September 282
1. Oktober 285
2. Oktober 292
3. Oktober 298
IX. Das Waffenstillstandsangebot und die öffentliche Meinung 305
X. Überblick über die Ereignisse bis zum Waffenstillstande von Compiègne 316
XI. Schlußbetrachtungen 319
XII. Ergebnisse 330

Anlagen

A. Urkunden aus der Zeit des Weltkrieges

1. Schreiben des Unterstaatssekretärs in der Reichskanzlei v. Radowitz an den Vertreter des Reichskanzlers bei der O. H. L., Grafen Limburg-Stirum, vom 17. Januar 1918 337
2. Vorschlag des Obersten v. Haeften vom 3. Juni 1918 für eine deutsche politische Offensive 339
3. Notizen für die Besprechungen mit dem Herrn Reichskanzler am 1. Juli 1918 344
4. Ergebnis der Besprechungen in Spa am 2. und 3. Juli 1918 346
5. Aufzeichnung über den Vortrag des Reichskanzlers bei Seiner Majestät in Spa am 13. Juli 1918 347
6. Besprechung über Ausdehnung des Sperrgebiets beim Herrn Reichskanzler in Spa am 29. Juli 1918 348
7. Besprechung in Wien am 5. September 1918, 10 Uhr vormittags . . 352
8. Notizen des Ministerialdirektors Deutelmoser zur Propagandafrage vom 19. August 1918 356
9. Richtlinien des Obersten v. Haeften vom 19. September 1918 für die dringlichste Aufklärungsarbeit in der Heimat 359

Seite

10. Leitsätze für die Aufklärungsarbeit in der Heimat. Entworfen im September 1918 von Ministerialdirektor Deutelmoser 360
11. Aufzeichnung des Generals Ludendorff vom 31. Oktober 1918 über das Waffenstillstandsangebot 361
12. Auszüge aus einem 1918 der O. H. L. erstatteten dienstlichen Berichte des Obersten v. Haeften über seine Tätigkeit 1918 369
Nachtrag vom 24. Februar 1919 378
13. Kaiserlicher Erlaß an Heer und Flotte vom 6. Oktober 1918 379
1. Erste, von der O. H. L. entworfene Fassung vom 1. Oktober 1918 379
2. Endgültige, im Auswärtigen Amte entworfene, in der Reichskanzlei überarbeitete Fassung 380

B. Aufzeichnungen aus der Nachkriegszeit

14. Aufzeichnung des Geheimen Rats, Stellvertreters des Reichskanzlers a. D., Friedrich Payer, vom 22. September 1922, nebst Anlage vom 21. Januar 1919 381
15. Darlegungen des Staatssekretärs a. D. v. Hintze über seine Amtszeit als Staatssekretär des Auswärtigen (Juli—Oktober 1918) . . . 386
1. Darlegungen vom 14. August 1922 386
2. Nachtrag vom 28. August 1922 401
3. Fortsetzung der Darlegungen (28. August 1922) 403
4. Nachtrag 1 vom 17. September 1922 413
Nachtrag 2. Brief des Staatssekretärs v. Hintze vom 23. Oktober 1918 an den persönlichen Adjutanten des Deutschen Kronprinzen 414
16. Aufzeichnung des Staatssekretärs a. D. Grafen Roedern vom 20. Dezember 1923 über die zum Friedens- und Waffenstillstands-Angebote vom 4. Oktober 1918 führenden Vorgänge 415
17. Aufzeichnungen des Generalmajors a. D. v. Winterfeldt vom 14. September 1922 und 17. April 1923 425
18. Aufzeichnung des Präsidenten des Reichsarchivs, Generalmajors a. D. v. Mertz, vom 29. September 1922 427
19. Schreiben des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 7. November 1922 429
20. Aufzeichnung des Obersten a. D. Nicolai vom 27. Dezember 1922 . . 430
21. Aufzeichnung des Ministerialdirektors a. D. Deutelmoser vom 26. Juli 1922 432
22. Aufzeichnung des Obersten Wetzell vom 6. April 1923 über die Heeresberichte der O. H. L. 1918 434

Anhang

23. „Kriegskritik." Aufsatz des Oberstleutnants Schwertfeger im Militär-Wochenblatt Nr. 18, Juli 1916 440
24. Literatur-Nachweis 442

„Die allgemeine Kriegslage war in dem Zeitpunkt der Übernahme der Geschäfte durch den Generalfeldmarschall v. Hindenburg ernst. Sie ist, mit Schwankungen dem Grade nach, seit dem 14. September 1914 nie anders gewesen, bis zum bitteren Ende so geblieben und konnte infolge der vielfachen Überlegenheit der Feinde an Kräften und Mitteln nicht anders sein, bevor deren Kriegswille gebrochen war. Nichts hat wahrscheinlich mehr zu dem jämmerlichen Ausgang des Krieges beigetragen als der Umstand, daß diese Tatsache erst zu der Zeit, als nichts mehr zu retten war, der Masse des Volkes enthüllt wurde."

Erich v. Falkenhayn, „Die Oberste Heeresleitung 1914—1916 in ihren wichtigsten Entschließungen."

Vorwort

Mit dem vorliegenden zweiten Teile des Gutachtens gelangt die die mir aufgetragene Untersuchung über die politisch-militärische Verantwortlichkeit für den Zusammenbruch der Offensive von 1918 zum Abschluß.

Die große Offensive war als solche schon mit dem Scheitern der Unternehmung gegen Reims und dem Vorstoß der Alliierten vom 18. Juli 1918 zusammengebrochen. Die Untersuchung mußte dennoch bis zum 4. Oktober 1918 weitergeführt werden, da die politischen und militärischen Vorgänge bis zu diesem Tage eine in sich zusammenhängende Handlung darstellen, die nicht willkürlich getrennt werden durfte.

Für die Erforschung der Zusammenhänge und für die psychologische Aufklärung der Vorgänge, die mir angesichts der zum Handeln berufen gewesenen Persönlichkeiten die Hauptsache erschien, ist außer der gesamten erreichbaren und beachtenswerten deutschen Literatur bei allen noch umstrittenen Fragen der Aktenbestand der zuständigen Reichsbehörden, insonderheit der Reichskanzlei, des Auswärtigen Amtes, des Reichsarchivs, zur Feststellung der Tatsachen herangezogen worden. Wo es erforderlich schien, habe ich namens des Untersuchungsausschusses einzelne Persönlichkeiten gebeten, sich schriftlich zu äußern. Die so entstandenen, mir in jedem Einzelfalle bereitwillig erteilten Auskünfte findet der Leser, soweit sie sachlich Neues und Wichtiges bekunden, in den Anlagen mitgeteilt. Sie sind nur da erbeten worden, wo in der Literatur Lücken verblieben waren, die noch rechtzeitig auszufüllen ein Gebot der geschichtlichen Forschung und der persönlichen Gerechtigkeit sein mußte.

Ein persönliches Wort zum Abschluß! „Die Kriegsgeschichte hat das Gute", sagt der von mir als Persönlichkeit wie als Forscher gleichermaßen verehrte General Frhr. v. Freytag-Loringhoven in seinem soeben erschienenen Buche „Menschen und Dinge, wie ich sie in meinem Leben sah", „daß sie Bescheidenheit und nüchterne Beurteilung der eigenen Fähigkeiten lehrt." Ich selbst habe schon in meiner Tätigkeit vor dem Weltkriege die gleiche Auffassung in Tat, Wort und Schrift jederzeit vertreten und hoffe, dieser tief empfundenen Pflicht auch in diesem Gutachten gerecht geworden zu sein.

Bad Pyrmont, den 23. September 1924

Bernhard Schwertfeger, Oberst a. D.

I

Das politisch-militärische Führertum bei Beginn der Offensive

Für die politische Auswertbarkeit unserer militärischen Lage war der siegreiche Ausgang der Offensive die unerläßliche Voraussetzung. Diesen galt es sicherzustellen.

Das Gutachten des Generals d. Inf. v. Kuhl über „Durchführung und Scheitern der deutschen Offensive im Jahre 1918", dessen militärische Beurteilung ich mir als Ausgangspunkt für meine Untersuchung in vollem Umfange zu eigen mache, gibt ein geschlossenes Bild von der Größe der Vorbereitungen, die für die Frühjahrsoffensive im Westen getroffen werden mußten. Man macht sich keiner Übertreibung schuldig, wenn man ausspricht, daß diese militärischen Vorbereitungen nach Anlage und Durchführung mustergültig waren und der Entwicklung der Kriegslage ebensosehr Rechnung trugen, wie den taktischen Kampfformen, die der moderne Materialkrieg gezeitigt hatte. Mit erschütternder Klarheit erkennen wir, in welcher überaus schweren Lage sich die deutschen Heere im Westen gegenüber der mit allen modernen Hilfsmitteln überreich ausgestatteten Entente befunden haben. Organisatorische Leistung, geistige Durchdringung der Kriegsvorbereitungen, immer erneute Schulung der schon auf ungezählten Kampffeldern erprobten Truppen, Eingewöhnung des jungen Nachersatzes und der von anderen Fronten herangezogenen Verbände mußten ersetzen, was uns an Zahl fehlte. Freilich war das Zahlenverhältnis für Deutschland im Westen seit Jahren nicht so günstig gewesen, wie im Frühjahre 1918 nach Erledigung des Ostkrieges. Aber auf allen Gebieten der materiellen Versorgung des Heeres, ganz besonders auf dem wichtigen Gebiete der Ernährung und Bekleidung, bestand eine unbestreitbare Unterlegenheit, die sich immer noch mehr verschärfen mußte. Das Bedenklichste jedoch war das bevorstehende Einrücken der Amerikaner in die Front der Alliierten, während in Deutschland bereits auf die Neunzehnjährigen zurückgegriffen werden mußte, und der Mangel an Tanks.

Da es nicht möglich gewesen und aus dieser Überzeugung heraus nicht ernstlich versucht worden war, mit den Mitteln der Politik zu Besprechungen mit dem Feinde zu gelangen, hatte der Oberste Kriegsherr im Januar 1918 „die Angriffsschlacht im Westen befohlen". Keinem

ernsthaften Politiker konnte die außergewöhnliche Schwere der deutschen Lage entgehen, wenn man sich zu dieser Offensive entschloß. Deutschlands Unterlegenheit an Menschen und Mitteln aller Art war so offensichtlich, daß sie niemandem verborgen bleiben konnte und in keinem Falle übertriebene Hoffnungen zuließ. Um so auffallender ist es, daß der für die Führung der deutschen Außenpolitik damals verantwortliche Reichskanzler Graf Hertling in seinem Schreiben an den Feldmarschall v. Hindenburg vom 7. Januar 1918[1]) seine Genugtuung darüber aussprach, daß die Westmächte es abgelehnt hätten, sich an den Friedensverhandlungen auf der Grundlage der russischen Vorschläge zu beteiligen. Das bedeute für uns, schrieb er dem Feldmarschall, daß wir nunmehr den Westmächten gegenüber vollkommen frei und an jene Vorschläge in keiner Weise mehr gebunden seien. Wenn nun die in Aussicht genommene neue Offensive zu dem erhofften durchschlagenden Erfolge führe, so seien wir in der Lage, „für einen mit den Westmächten zu schließenden Frieden diejenigen Bedingungen zu stellen, welche von der Sicherung unserer Grenzen, unserer wirtschaftlichen Interessen und unserer internationalen Stellung nach dem Kriege gefordert werden". Dieses Schreiben beweist schlagend, daß der Reichskanzler gegen die Offensive nicht nur nichts eingewendet, sondern daß er sie vom politischen Standpunkt aus sogar begrüßt hat. Die Verantwortung dafür, daß sie überhaupt unternommen worden ist, trägt somit neben dem Obersten Kriegsherrn der für die Führung der Politik verantwortliche Reichskanzler. Sache der Obersten Heeresleitung war es, die Vorbereitungen zur Offensive so sorgfältig zu treffen, daß ein Erfolg möglich wurde. In dieser Beziehung schließe ich mich den Darlegungen des Generals d. Inf. v. Kuhl rückhaltlos an. Militärischerseits ist geleistet worden, was in Berücksichtigung der damals bereits unleugbar vorhandenen Erschöpfung Deutschlands an Ersatzmannschaften, Kampfmitteln aller Art und Lebensmitteln irgend möglich war. Das Ergebnis war ein derartiges, daß es noch späteren Generationen staunende Bewunderung abringen wird.

Bei der außerordentlich schwierigen Lage Deutschlands, dessen Kräfte immer mehr dahinschwanden, und dessen Bundesgenossen in noch höherem Maße unter der Länge des Krieges litten, war die engste Fühlung zwischen dem Obersten Kriegsherrn, der Obersten Heeresleitung und den Männern der politischen Leitung die dringendste Vorbedingung für eine glückliche Beendigung des Krieges. Sache der obersten Kriegsleitung war es, in dieser Beziehung alle Vorbedingungen zu schaffen, personell und organisatorisch eine rechtzeitige und zuverlässige Verbindung zwischen den maßgebenden Persönlichkeiten sicherzustellen.

Solange der Kaiser im Großen Hauptquartier weilte, fand jeden Tag gegen 12 Uhr mittags ein ein- bis zweistündiger rein militärischer Vor-

[1]) 1. Gutachten, Anlage 3.

trag über die Lage durch den Generalfeldmarschall und den General Ludendorff statt, dem der Chef der Operationsabteilung — 1918 Oberstleutnant Wetzell — beiwohnte. Bei diesen Vorträgen wurden an der Hand großer, bis in Einzelheiten genau gezeichneter Lagenkarten dem Kaiser die Kampfereignisse und die Lage an den verschiedenen Fronten je nach ihrer Wichtigkeit vom General Ludendorff sowohl im Großen wie in Einzelheiten eingehend vorgetragen. Fragen des Kaisers fanden dabei ihre entsprechende Erledigung. Bei besonders wichtigen Ereignissen und wenn ein Entschluß des Obersten Kriegsherrn herbeigeführt werden mußte, leitete meist der Generalfeldmarschall den Vortrag ein, während General Ludendorff an der Hand der Karte nähere Erläuterungen gab. Als vor Beginn der Offensive der Operationsstab der O. H. L. in das Große Hauptquartier Avesnes übersiedelte, um den kämpfenden Armeen näher zu sein, erfolgte die Unterrichtung des Kaisers bei seinen wiederholten mehrtägigen Aufenthalten in der Nähe von Avesnes. Hielt sich der Kaiser anderswo auf, so erfolgte der Vortrag über die Kriegslage durch den Generalstabsoffizier im Gefolge des Kaisers, vom August ab durch den Major Niemann und in dessen Vertretung durch den aus der Operationsabteilung stammenden Hauptmann und Flügeladjutanten v. Ilsemann. Diese Offiziere erhielten von der Operationsabteilung jederzeit genaue Unterlagen, um die von ihnen geführten Lagenkarten auf dem Laufenden zu halten. Außerdem bekamen sie für ihren Vortrag beim Kaiser durch Fernschreiber morgens und abends gekürzte, alles Nebensächliche weglassende Lagenmeldungen der Armeen und die amtlichen Heeresberichte[1]).

Für das Zusammenwirken zwischen Politik und Kriegführung war die Verbindung zwischen dem durch seine Dienstgeschäfte meist in Berlin festgehaltenen Reichskanzler und dem Großen Hauptquartier von wesentlicher Bedeutung. Die Verbindung wurde so geregelt, daß als Vertreter des Reichskanzlers Landrat a. D. Graf Limburg-Stirum zur O. H. L. entsandt, als Vertreter der O. H. L. von August 1917 ab der ehemalige Militärattaché in Paris Oberst v. Winterfeldt zum Reichskanzler befehligt wurde. Oberst v. Winterfeldt verfügte als „Abteilungschef im Stabe des Chefs des Generalstabes des Feldheeres, kommandiert zum Reichskanzler", über alle Nachrichten der O. H. L. und stand in dauerndem dienstlichen Verkehr mit dem General Ludendorff und den maßgebenden Abteilungschefs der O. H. L. Die Verständigung des Reichskanzlers über die Lage an der Front erfolgte in der Weise, daß Oberst von Winterfeldt morgens die Operationsabteilung anrief und sich genau unterrichten ließ; daraufhin hielt er dem Reichskanzler sofort an der Hand der Karte seinen Vortrag. Von Zeit zu Zeit begab sich Winterfeldt persönlich an den Sitz der O. H. L. und unternahm von dort

[1]) Vgl. hierzu die Aufzeichnung des Obersten Wetzell vom 6. April 1923 (Anlage 22, S. 434 ff.).

ausgedehnte Fahrten an die Front, um persönliche Eindrücke für den Vortrag beim Reichskanzler zu sammeln [1]).

Die Verbindung des Auswärtigen Amtes mit dem Kaiser wurde durch den Wirklichen Legationsrat Frhr. v. Grünau hergestellt, während Legationsrat Frhr. v. Lersner als Vertreter des Auswärtigen Amtes der O. H. L. zugeteilt war. In Berlin befand sich Oberst v. Haeften als Vertreter der O. H. L. gegenüber dem Auswärtigen Amt. Er leitete die „Militärische Stelle des Auswärtigen Amts (M. A. A.)", die vom Mai 1918 zu klarerer Betonung ihrer Unterstellung und Zuständigkeit als „Auslandsabteilung der Obersten Heeresleitung (O. H. L. A.)" bezeichnet wurde [2]). Auch Oberst v. Haeften hat mit dem Großen Hauptquartier, insbesondere mit General Ludendorff, in steter persönlicher oder telephonischer Verbindung gestanden und zu wiederholten Malen Gelegenheit gehabt, im Großen Hauptquartier mit dem General über die Lage rückhaltlos und mit voller Offenheit zu sprechen. Zwischen ihm und dem General bestand ein nahes Vertrauensverhältnis, wenn auch General Ludendorff die Ansichten Haeftens über die Möglichkeit eines „Verständigungsfriedens" nicht teilte [3]).

Es waren somit überall geeignete Persönlichkeiten mit der Verbindung zwischen den Männern der politischen und militärischen Leitung beauftragt. Soweit die O. H. L. für die Stellenbesetzung zuständig war, hat sie Männer ihres vollsten Vertrauens und von ausgezeichneter Generalstabsbildung gewählt. Ob die organisatorisch durchaus hinreichenden Verbindungen für die Erfüllung des erstrebten Zweckes genügten, mußte die Praxis ergeben. Hierbei kamen gewisse Imponderabilien in Betracht, und es darf nicht außer acht gelassen werden, daß nach der ganzen Entwicklung der Dinge eine unbestreitbare Zurückhaltung der Heerführer gegenüber den Trägern der Politik allmählich sich herausgebildet und immer mehr verstärkt hatte. Immerhin waren die Verbindungsleitungen gelegt und zweckentsprechend besetzt.

Entscheidend für die politisch-militärische Gesamtleitung mußte es werden, ob der Oberste Kriegsherr während der ausschlaggebenden Kampfmonate des Jahres 1918 die innere Gegensätzlichkeit der politischen und militärischen Führer zu beherrschen imstande sein würde, und ob er überhaupt gewillt war, die Führerschaft selbst aus-

---

[1]) Vgl. hierzu die Aufzeichnungen des Generalmajors a. D. v. Winterfeldt vom 14. 9. 1922 und 17. 4. 1923 (Anlage 17).

[2]) Vgl. hierzu Militär-Wochenblatt Nr. 21 vom 11. 12. 1923 (Aufsatz des Generalmajors a. D. v. Haeften „Verständigungsfriede").

[3]) Militär-Wochenblatt Nr. 19 und 20 vom 21. 11. und 1. 12. 1922 (Aufsätze des Generals Ludendorff, „Mein ‚Doppeltes Gesicht' im Jahre 1917" (bzw. 1918). Vgl. S. 195 ff. In seinen „Kriegserinnerungen" hat Ludendorff den Obersten v. Haeften mit Worten wärmster Anerkennung gewürdigt. (S. 301.)

zuüben. In dieser Beziehung sind einige Schriftstücke bedeutungsvoll, die der Kaiser mit Randbemerkungen versehen hat, und die seine Stellung zu den führenden Persönlichkeiten deutlich erkennen lassen.

Am 31. Dezember 1917 hatte Generalfeldmarschall v. Mackensen über den Fortgang der Ereignisse in Rumänien berichtet und die Uneinigkeit der Mittelmächte hinsichtlich der Zukunft Rumäniens beklagt. Besondere Gegensätze herrschten in der dynastischen und der Dobrudschafrage. Mackensen empfahl eine möglichst baldige und klare Entscheidung über die Absichten der verbündeten Mächte und gab der Meinung Ausdruck, daß die von Österreich-Ungarn und römisch-katholischer Seite in der Walachei getriebene Propaganda ebenso wie die bulgarische Propaganda in der Dobrudscha immer neue Zweifel an der Zukunft Rumäniens schüfen. Der Kaiser bemerkte zu diesem Schreiben, das liege allein an dem Nichtvorwärtskommen der austro-polnischen Lösung, „bei der Österreich sich aus Rumänien zurückzieht, weil der Chef des Generalstabs die Grenze gegen Polen nicht zugeben will, die ich vorgeschlagen habe. Sonst wären wir schon lange in Rumänien allein." Es müsse nun möglichst baldige Entscheidung getroffen werden. Als der Chef des Generalstabes des Feldheeres am 8. Januar 1918 bei der Zurücksendung des Mackensenschen Berichtes der Ansicht Ausdruck gab, es werde bei der räumlichen Trennung Rumäniens von Deutschland schwer werden, politisch auf Rumänien Einfluß auszuüben, und hinsichtlich der Dobrudscha dürften die Rücksichten auf Bulgarien größere Beachtung verdienen als die Wünsche der Rumänen, vermerkte der Kaiser auf dem Schreiben: „Diese Begutachtung anliegenden Berichtes ist wieder ein neuer Beweis für das totale Fehlen des Verständnisses für Politik! 9. 1. 18. gez. W." Unter das Schreiben aber setzte der Monarch die Worte: „Diese Stellungnahme verhindert jede Lösung im Sinne der von Mackensen vorgetragenen Wünsche, die sich ganz mit meinen decken. Ich habe sie bisher dem Chef des Generalstabs gegenüber nicht durchzudrücken vermocht. Die Lösung hängt mit der polnischen Grenzfrage zusammen, deren Lösung der Chef des Generalstabs gleichfalls Widerstand entgegensetzt. Auf diese Weise ist es dem Großen Generalstab gelungen, jedwede wünschenswerte politische Entwicklung in Rumänien und auf dem Balkan lahmzulegen. Schon im September hat Oberst Hentsch sich mir gegenüber bitter darüber beschwert." Wenn der Oberste Kriegsherr an der Hand des erwähnten Schriftstückes „das totale Fehlen des Verständnisses für Politik" bei der O. H. L. feststellen zu müssen glaubte, so blieb für ihn eigentlich kein anderer Ausweg, als die politische Führung überall zu stärken, die militärischen Führer aber noch mehr als bisher auf ihr eigenstes Arbeitsgebiet zu beschränken.

Das begegnete aber großen Schwierigkeiten schon bei der Person

des Staatssekretärs des Äußeren. Die innere Gegensätzlichkeit in den Anschauungen des Staatssekretärs v. Kühlmann und des Generals Ludendorff hatte sich schon in den Kreuznacher Besprechungen vom 18. Dezember 1917 und in dem Kronrat vom 2. Januar 1918 im Schloß Bellevue gezeigt. Damals schon kündigte sich eine Krisis an, die im Schreiben des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg an den Kaiser vom 7. Januar 1918 ihren Ausdruck fand[1]). Der Kaiser wurde vor die Frage gestellt, ob er dem Reichskanzler und dem Staatssekretär v. Kühlmann oder den Auffassungen der O. H. L. den Vorrang geben wollte. Der Konflikt wurde damals durch einen Papiersieg der Politiker gelöst. Überaus bedenklich aber war es, daß in der öffentlichen Meinung zu dieser Frage bereits leidenschaftlich Stellung genommen wurde, und daß dadurch die innere Geschlossenheit des deutschen Volkes eine neue und schwere Belastung erhielt.

Ein Artikel der „Berliner Börsen-Zeitung" vom 9. Januar 1918, überschrieben „Herr von Kühlmann", kennzeichnet den damaligen Stand der Dinge so deutlich, daß er hier im Wortlaut mitgeteilt werden muß, zumal der Oberste Kriegsherr zu den Ausführungen des ohne Nennung des Verfassers erschienenen[2]) Aufsatzes selbst Stellung genommen hat. Der Aufsatz lautete:

Herr von Kühlmann

Gegen den Staatssekretär des Auswärtigen ist ein politisches Kesseltreiben im Gange, dessen Ausgang man mit Rücksicht auf die ganze Sachlage zum mindesten als ungewiß bezeichnen muß. Die Aktion gegen Herrn von Kühlmann ist gründlich vorbereitet worden und die Rollen sind so ausgezeichnet verteilt, daß es dem Reichskanzler nicht ganz leicht sein dürfte, den von ihm ausgewählten Staatssekretär auf seinem Posten zu halten. Die Vorwürfe, die gegen Herrn von Kühlmann erhoben werden, sind der verschiedensten Art. Teilweise bewegen sie sich mehr an der Oberfläche, zum Teil zeigen sich aber derartig tiefgehende und die Grundlagen unserer ganzen auswärtigen Politik erfassende Meinungsverschiedenheiten, daß die hartnäckige Bekämpfung des Staatssekretärs durchaus verständlich erscheinen muß.

Man wird es nicht allzu tragisch nehmen, daß Herrn von Kühlmann der Vorwurf gemacht wird, er habe in Brest-Litowsk nicht seinen Instruktionen gemäß gehandelt, sondern eigenmächtig den russischen Bevollmächtigten gegenüber Zusicherungen gemacht und Abmachungen in Aussicht gestellt, zu denen er auf Grund der ihm gegebenen Weisungen nicht berechtigt gewesen sei. Denn diese Beschuldigung würde, falls sie zutreffend ist, so schwer wiegen, daß nicht anzunehmen ist, Herr von Kühlmann wäre noch in Brest-Litowsk, wenn an ihr auch nur ein Körnchen Wahrheit sein würde.

---

[1]) 1. Gutachten, S. 48 ff.

[2]) Verfasser war ein über die Zusammenhänge gut unterrichteter ehemaliger Diplomat.

Über die Haltung, die der Staatssekretär bei den bisherigen Verhandlungen eingenommen hat, kann man sich allerdings leider nur ein recht unvollkommenes Bild machen, denn hierzu erfahren wir augenscheinlich in weiser Rücksichtnahme auf unsere Nerven, die durch die übermäßig radikalen Äußerungen der russischen Regierung beeinträchtigt werden könnten, viel zu wenig von dem, was in Petersburg eigentlich vorgeht und was man dort über die Geschehnisse in Brest-Litowsk denkt. Den deutschen Veröffentlichungen zufolge sind den Russen aber bisher nur zwei eingehende und wohlvorbereitete Eröffnungen gemacht worden. Bei dem ununterbrochenen telegraphischen und telephonischen Verkehr, der zwischen Berlin und Brest-Litowsk besteht, kann man aber eigentlich nicht annehmen, daß diese Kundgebungen nur in Brest-Litowsk entstanden sind. Auch der Herr Reichskanzler wird ihnen von hier aus seine Zustimmung gegeben haben. Der Reichskanzler ist aber der ausschließliche Bevollmächtigte des Deutschen Kaisers für den Friedensschluß, und diese Vollmacht hat der Kaiser ihm auf Grund des Artikels 11 der Reichsverfassung erteilt.

richtig![1])

Die Erklärung vom 25. Dezember, durch welche uns die Bahn für die Verhandlungen mit der russischen Revolutionsregierung geöffnet werden sollte, hat in manchen Teilen der deutschen Öffentlichkeit die größte Aufregung hervorgerufen. Man hatte den Eindruck, daß viele von einem panischen Schrecken ergriffen worden seien, der Krieg könne zu Ende gehen und die Staaten der Entente könnten sich entschließen, uns den Gefallen zu tun, angesichts der gegenwärtigen für uns so außerordentlich günstigen militärischen Lage die Friedensverhandlungen aufzunehmen. Wir vermuten, daß Herr von Kühlmann eine etwas bessere Kenntnis des uns feindlichen Auslandes gehabt hat und durch die Rede des Herrn Lloyd George nicht allzusehr überrascht worden ist. Die zwischen uns und unseren Feinden bestehenden Verschiedenheiten über die vertraglichen Möglichkeiten eines Friedensschlusses sind noch so tiefgehende, daß die der Entente gesetzte zehntägige Frist auch vom Standpunkt des größten Kriegsfanatikers wirklich „ungefährlich“ war. Man wird sich hierüber noch klarer werden, wenn man bedenkt, daß nach englischer Auffassung die Regierung Lloyd Georges besonders auf die englische Arbeiterschaft und die Gewerkschaften berechnet gewesen ist und somit gewissermaßen das Programm der friedensfreundlichen Gruppen darstellen sollte. Auch die wohl zu erwartende neue Kriegszielerklärung des Präsidenten Wilson wird kein anderes Ergebnis zur Folge haben. Wenn dennoch den deutschen leitenden Politikern bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk nicht ausschließlich die Fragen der besetzten Gebiete, die Grenzsicherungen und die wirtschaftlichen Angelegenheiten vor Augen stehen, so wird hierbei die Erwägung ausschlaggebend sein, daß der deutsch-russische Friede vom weltpolitischen Gesichtspunkte betrachtet werden muß. Und

richtig!

ist noch schärfer!

richtig!

[1]) Die Randbemerkungen stammen vom Kaiser.

das ist wohl auch der Hauptgrund, warum gegen Herrn von Kühlmann Sturm gelaufen wird.

Auch wenn die Friedensmöglichkeit gegenwärtig nur sehr gering ist, so muß unsere auswärtige Politik doch bei allen Maßregeln, die sie ergreift, den einmal kommenden Frieden im Auge behalten. Und wenn auch menschliche Erwägungen heute in weitesten Kreisen nicht allzu hoch im Kurse stehen, so wird sich eine für das Wohlergehen der deutschen Menschheit verantwortliche Regierung doch ununterbrochen mit der Frage beschäftigen müssen, wie sie in ehrenvoller und unseres Volkes Zukunft sichernder Weise diesen Krieg, der durchschnittlich täglich mehr als tausend deutschen Männern das Leben kostet, zu beendigen vermag. Sie wird in gewissenhafter Beobachtung ihrer Pflichten sich auch der wirtschaftlichen und finanziellen Konsequenzen eines noch lange andauernden Krieges bewußt bleiben. Außerdem handelt es sich in Brest-Litowsk um die Vorbereitung einer neuen weltpolitischen Lage, die aus der Herstellung einer Verständigung mit Rußland sich ergeben muß, und von deren Art unendlich viel sowohl für den Verlauf des Kampfes selbst, wenn er fortgeführt werden muß, abhängt, wie für den Ausgang des ganzen Krieges, der doch nicht militärischer Erfolge wegen, sondern zur Erzielung politischer Resultate geführt wird. Es mag daher sein, daß der Staatssekretär des Auswärtigen diese großen politischen Ziele zum Teil höher einschätzt, wie manche einzelne Erfolge, die möglicherweise den Russen bei ihrer gegenwärtigen Schwäche und derzeitigen Uneinigkeit abgedrückt werden könnten. Vielleicht stellt er auch für den ganzen Friedensschluß ein bald wieder stark werdendes und trotz mehr oder weniger autonomer Gebiete doch nach außenhin einheitlich in Erscheinung tretendes Rußland in seine Rechnung und entfernt sich damit allerdings weit von denjenigen, die der Ansicht sind, auf das zukünftige Rußland brauche man keinerlei Rücksicht zu nehmen. Wir wissen selbstverständlich nicht, ob diese Mutmaßungen zutreffend sind, wir können uns nur vorstellen, daß ein deutscher Staatssekretär des Auswärtigen, der so oder ähnlich denkt, den Alldeutschen und ihrer ganzen Führer- und Gefolgschaft ein Greuel ist.

richtig!

Immer von neuem wird in der deutschen Öffentlichkeit der Ruf nach einem Staatsmanne, der uns führen soll, laut. Und doch sind leider die bei uns herrschenden Verhältnisse sehr wenig dazu geeignet, einen Staatsmann groß werden zu lassen. Ob Herr von Kühlmann das Zeug dazu hat, wissen wir nicht. Er hat bisher keine Gelegenheit gehabt, es zu beweisen. Sollte er jetzt in Brest-Litowsk wirklich den Versuch gemacht haben, eigene schöpferische Gedanken zu entwickeln, so ist wohl dafür gesorgt worden, ihm baldigst die Flügel zu beschneiden. Zur Führung eines Krieges bedarf ein Volk eigentlich zweier von seinem Vertrauen getragener Gewalten, der politischen und der militärischen. Zu unserer jetzigen militärischen Führung herrscht, nach Überwindung anfänglicher Irrtümer, unbegrenztes Zutrauen. Von der politischen läßt sich etwas Ähnliches nicht behaupten. Bereits als wir in den Krieg gingen, war die Autorität

richtig! Entweder er mißfällt dem Reichstag oder Kreuznach oder beiden!

richtig!

unseres Auswärtigen Amts in der Heimat keine allzu große. Trotz mancher Erfolge, man denke an unsere Bündnisse mit der Türkei und namentlich Bulgarien, hat sich hierin während des Krieges wenig geändert. Wir glauben und haben diesen Standpunkt schon seit langem vertreten, daß das Übel an der Wurzel angefaßt werden müsse, und daß die ausführenden Organe unserer auswärtigen Politik baldigst von Grund aus reformiert werden sollten. Wir bedauern, daß Herr von Kühlmann bisher zu dieser so notwendigen Arbeit noch keine Zeit gefunden hat. Durch den bei uns herrschenden Zustand ist es aber gekommen, daß das Gleichgewicht der Kräfte sich verschiebt, und daß von dem an sich natürlichen Übergewicht des Auswärtigen Amtes in politischen Fragen kaum die Rede sein kann. Es gehört daher ein großes Maß von Takt und persönlicher Selbstbescheidung dazu, wenn unter solchen Umständen ein Weltkrieg zu ersprießlichem Ziele geführt werden soll. Und die Stellung des Staatssekretärs des Auswärtigen ist eine um so weniger beneidenswerte, als während des Krieges wenig Aussicht besteht, das normale Verhältnis der Dinge wiederherzustellen. Es sind viele alte Fehler, die sich rächen. Und Herr von Kühlmann wird, wenn seine Gegner seinen Sturz richtig voraussagen, sein dornenvolles Amt ohne persönliche Kümmernis niederlegen; wenn ihn aber des Kaisers Vertrauen weiter auf seinem Platze beläßt, es in dem Bewußtsein weiterführen, sein Bestes für das Vaterland zu tun.

weil von beiden Seiten der Kaiser ignoriert wird!

ja! richtig!

sehr gut![1])

Der Oberste Kriegsherr stellte sich mit seinen Randbemerkungen durchaus auf den Standpunkt des Staatssekretärs v. Kühlmann. Auch er glaubte nicht, daß die Entente auf die ihr gesetzte zehntägige Frist eingehen würde, auch er war der Meinung, daß der deutsch-russische Friede vom weltpolitischen Gesichtspunkte betrachtet werden müsse. Eindringlich trat er der Auffassung bei, daß die Regierung sich der Gefahren eines noch lange andauernden Krieges bewußt bleiben müsse, und daß von der Gestaltung des russischen Friedens viel für den Ausgang des ganzen Krieges abhänge. Daß die in Deutschland herrschenden Verhältnisse wenig geeignet waren, einen Staatsmann groß werden zu lassen, und daß ein Volk zur Führung eines so großen Krieges zweier Gewalten, der politischen und der militärischen, bedürfe, war auch die Ansicht des Kaisers. Wenn er aber bei Erörterung des nicht vorhandenen Übergewichtes des Auswärtigen Amtes in politischen Fragen den Grund dafür in der Feststellung suchte, daß von beiden Seiten der Kaiser ignoriert werde, so liegt hierin ein geradezu erschütterndes Geständnis des eigenen Verzichtes auf die Führertätigkeit[2]). Freilich trat der Monarch den auf die Belas-

[1]) Schlußbemerkung des Kaisers.

[2]) Vgl. hierzu das Urteil des Oberhofpredigers D. Ernst v. Dryander in seinen „Erinnerungen aus meinem Leben", 3. Auflage, S. 315. Dort heißt

sung des Staatssekretärs in seinem Amte bezüglichen Schlußsätzen des Artikels lebhaft bei, aber es schien doch bereits fraglich, ob Herr v. Kühlmann unter diesen Umständen noch lange im Amte werde bleiben können, zumal er räumlich weit entfernt war und sich daher persönlich am Sitze der Obersten Kriegsleitung nicht zur Geltung bringen konnte.

In wie hohem Maße der Oberste Kriegsherr sich gerade vor der großen Offensive von der eigentlichen Führung zurückzog, erwies sich kurze Zeit darauf bei den Vorgängen, die zum Sturze des Kabinettschefs v. Valentini führten. Auch hier gab der Monarch den Wünschen der O. H. L. ohne weiteres nach und beschränkte sich darauf, Hindenburg zur Darlegung seiner Gründe auffordern zu lassen. Der Feldmarschall berichtete daraufhin am 16. Januar 1918, er habe den Kaiser wiederholt um eine Neubesetzung der Stellung des Chefs des Zivilkabinetts gebeten, weil ihm als Chef des Generalstabes die Stimmung im Volke nicht gleichgültig sein könnte. Die Hauptschuld an den schweren Krisen des Wirtschaftslebens, an der Verringerung der Rechte und des Ansehens der Krone trage der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, dessen äußere Politik nicht einmal einwandfrei gewesen sei und es nicht habe verhindern können, daß die ganze Welt gegen Deutschland in Waffen stehe, und daß Deutschland selbst seinen Bundesgenossen gegenüber nicht voll die Stellung einnähme, die es nach seinen militärischen Leistungen erwarten müßte. An allen diesen Dingen trage Herr v. Valentini ein erhebliches Teil der Mitschuld. Der Feldmarschall habe ihn wiederholt auf das Gefährliche der Bethmannschen Politik erfolglos hingewiesen, und jetzt ständen Bethmanns Nachfolger vor einer fast unlösbaren Aufgabe. Dem Kaiser wurde nunmehr empfohlen, in seine nächste Umgebung einen Mann zu berufen, „der klar und neutral die Lage erkennt, seinem allergnädigsten Herrn mannhaft und offen über die Zustände berichtet und die Fühlung mit dem Volke, das sehnsüchtig darauf wartet, wiederherstellt". Der Chef des Zivilkabinetts habe die Pflicht, Reibungen auszugleichen und zu verhindern, daß der Kaiser plötzlich vor schwere Entschlüsse und seelische Konflikte gestellt würde.

Dieses aus schwerster vaterländischer Sorge geborene, den Urteilsbereich der militärischen Leitung aber sowohl ressortmäßig wie sach-

---

es: „Daß Fehler gemacht seien, hat der Kaiser oft genug anerkannt und mit dem ihm eigenen hohen Verantwortungsgefühl tief empfunden. Auch darin würde sein Urteil zustimmen, daß er unter der langen Dauer des Krieges, unter dem Zwang des Einsatzes der letzten Kraft, bei seiner langen Trennung von den Zentralstellen in Berlin und der damit sich ergebenden Verhinderung dauernder umfassender Information nicht immer vermocht habe, gegenüber dem Einfluß und Gegensatz starker Persönlichkeiten das Gleichgewicht herzustellen, kraft dessen er in seiner eigenen Person die Einheitlichkeit der obersten militärischen und politischen Leitung darstellte."

lich zweifellos überschreitende Schriftstück beweist, daß von einem Führertum des Obersten Kriegsherrn im Januar 1918 schon gar nicht mehr gesprochen werden konnte. Wenn der Monarch sich über die Wahl seines nun schon seit Jahren zu seiner vollsten Zufriedenheit in nächster persönlicher Fühlung mit ihm arbeitenden Kabinettschefs [1]), eines Mannes, dessen klare und ruhige Auffassung selbst der schwierigsten Fragen aus jedem von ihm herrührenden Schriftstücke erkennbar ist, derartige Belehrungen von militärischer Seite gefallen ließ, so hatte er sich damit eines jeden persönlichen Einflusses auf den Gang der Dinge begeben. Daraus erwuchs aufs neue ein starkes Übergewicht der militärischen Leitung, und der bald darauf ausgetragene Kampf über die Verantwortlichkeitsfrage konnte trotz der Stellungnahme des Kaisers gegen die Militärs an den tatsächlichen Verhältnissen wenig ändern [2]).

General d. Inf. Frhr. v. Freytag-Loringhoven, einer der sachverständigsten Beurteiler kriegsgeschichtlicher Dinge in der heutigen Generation, äußert sich über die Zurückhaltung des Kaisers wie folgt [3]): „Der Kaiser hat in personellen Fragen des Krieges kaum jemals entscheidend von sich aus eingegriffen. Die Zurückhaltung, die er auf allen in Frage kommenden Gebieten dieses gewaltigen Völkerringens übte, ist ihm anfänglich von der Nation um so mehr gedankt worden, je weniger man sie vielleicht erwartet hatte. Sie ist dann aber zu weit gegangen. Unter der dritten O. H. L. hat sich der Monarch viel zu sehr ausschalten lassen. Er ging den Dingen aus dem Wege statt auf den Grund, und verschanzte sich in einem Optimismus, der ihm einen Zustand vortäuschte, der tatsächlich nicht bestand. Der Abstand zwischen dem äußeren Schein einer starken Persönlichkeit, den er zu erwecken suchte und auch suchen mußte, und der fehlenden inneren Kraft wurde immer größer bis zum beklagens-

[1]) Vgl. das Urteil Niemanns („Kaiser und Revolution", S. 97) über die Entlassung des Kabinettschefs v. Berg im Oktober 1918. Niemann sah darin einen sehr ernsten Schritt „zur Isolierung des Kaisers". In noch höherem Maße war das bei der erzwungenen Verabschiedung Valentinis der Fall gewesen.

[2]) Vgl. hierzu Gutachten, 1. Teil, S. 73 u. a. a. O. Zu beachten ist, daß die — sachlich völlig unberechtigte — Mißstimmung gegen Herrn v. Valentini in der Hauptsache auf nachgeordnete Persönlichkeiten des Großen Hauptquartiers zurückging. (Vgl. Oberst Bauer, „Der Große Krieg in Feld und Heimat"). Vgl. hierzu General d. Inf. Frhr. v. Freytag-Loringhoven („Menschen und Dinge, wie ich sie in meinem Leben sah", S. 326): „Bei mehreren von Ludendorffs Gehilfen entwickelte sich schließlich ein ‚Halbgöttertum', wie es Bismarck bereits 1870 bei Moltkes Abteilungschefs zu finden geglaubt hat. Der fortgesetzt steigende Umfang der Geschäfte brachte es mit sich, daß die Abteilungschefs des Generalstabes des Feldheeres gelegentlich selbstständiger verfuhren als gut war. Unter Falkenhayn wirkten diese Geister zweiter Klasse nur in dem ihnen zufallenden engeren Bereich; einen darüber hinausgehenden Einfluß anzustreben, durften sie nicht wagen."

[3]) Frhr. von Freytag-Loringhoven, „Menschen und Dinge, wie ich sie in meinem Leben sah", S. 276.

werten bitteren Ende. Es war sein und Deutschlands Unglück, daß sich nicht von ihm wie von seinem Großvater sagen ließ [1]), daß er kein bloßer Kriegsherr, sondern ein wirklicher Kriegsmann war. Eines solchen aber hätte es an seiner Stelle bei dem ausgesprochenen Vernichtungswillen unserer Gegner in diesem Kriege in besonderem Maße bedurft." Diesem Urteil ist nichts hinzuzufügen.

Das vor und bei Beginn der großen Offensive 1918 zweifellos bestehende Übergewicht der militärischen Leitung hatte sich folgerichtig und zwangsläufig aus dem bisherigen Verlaufe des Weltkrieges ergeben. Die Frage drängt sich auf, ob aus dieser Entwicklung ein berechtigter Vorwurf für das militärische Führertum hergeleitet werden darf.

Die wesentlichste Beschuldigung geht dahin, daß die Militärs im Weltkriege die politische Führung an sich gerissen und, da sie die zur Führung politischer Geschäfte erforderliche Vorbildung und Sachkenntnis nicht besaßen, dadurch den Dingen eine unheilvolle Wendung gegeben hätten.

Ohne weiteres muß zugestanden werden, daß die militärische Vorbildung und die Gesamtstruktur unserer Heereshierarchie sehr wenig geeignet war, politisches Urteil zu fördern. Mit Recht legte der auf militärischer Kraftentfaltung zur rechten Zeit beruhende brandenburgisch-preußische Staat von jeher den größten Wert darauf, das Heer unpolitisch zu erhalten. War dieses anfangs ein Staat im Staate, ein an bedingungslosen Gehorsam gewöhnter Machtfaktor in der Hand des Monarchen, so verschoben sich diese Dinge allmählich bei der Reorganisation der Preußischen Armee zu Anfang des 19. Jahrhunderts und durch die stärkere Heranziehung immer weiterer Volkskreise infolge der allgemeinen Wehrpflicht. An einem Hauptgrundsatze aber wurde nicht gerührt, an der unpolitischen Erziehung des Offizierskorps, zumal im Kadettenkorps und an den anderen militärischen Bildungsanstalten [2]). So galt es beim Ausbruch des Weltkrieges unbedingt noch als ein Vorzug des Berufsoffiziers, wenn er seine Pflicht tat, ohne den politischen Problemen seiner Zeit irgendein Augenmerk zu widmen. In seiner Grundanschauung stand der Offizier rechts, und zwar eigentlich ohne jede parteipolitische Unterscheidung, die vielleicht nur in der Wahl der Zeitungsliteratur und in ähnlichen Dingen zum Ausdruck kam. Man zwingt daher der Beurteilung unserer bei Ende des Krieges und nach demselben in den Vordergrund getretenen Offiziere — ebenso auch den Staatsmännern, für die in dieser Beziehung fast das gleiche gilt — einen ganz falschen Maßstab auf, wenn man sie in die Schablone der heutigen

[1]) Alfred Dove, „Kaiser Wilhelms geschichtliche Gestalt".

[2]) Vgl. die meist sehr treffenden Darlegungen des Gouverneurs Schnee in seinem 1921 anonym erschienenen Buche „Niederbruch und Aufstieg" auf S. 23, 44 ff., 72 und vor allem S. 111 ff.

parteipolitischen Glaubensbekenntnisse einzwängen will. Alle diese Männer standen schlechthin rechts [1]) und etwas anderes kannten sie kaum, wenn sie sich auch in dem Grade ihrer Vorbildung und ihrer Interessiertheit für politische Dinge voneinander unterschieden.

Im Weltkriege hat sich nun die merkwürdige Entwicklung vollzogen, daß die überwältigenden Leistungen der bewaffneten Macht, des Volkes in Waffen, dem militärischen Führertum zu einem so hohen Ansehen verhalfen, daß die staatsmännische Leitung sich ihm gegenüber in der allgemeinen Achtung nicht zu behaupten vermochte. Dabei galt es nicht, das oberste militärische Führertum allein zu feiern — hatte dieses doch in der entscheidenden Marneschlacht im September 1914 völlig versagt —, sondern die unvergleichlichen Leistungen des Heeres in allen seinen einzelnen Teilen, des Generalstabes, der Truppe, der Verwaltung, und den kriegerischen Geist der ganzen Nation. Mit diesem Heere, das auch nach dem Urteil unserer Feinde in der Weltgeschichte niemals seinesgleichen gehabt hat und vielleicht niemals haben wird, hätte es sehr wohl gelingen können, eigentlich gelingen müssen, Frankreich in schnellem Anlaufe niederzuwerfen, so daß es auf gemäßigte Friedensbedingungen einzugehen bereit wurde, und den Weltkrieg vielleicht noch vor Weihnachten 1914 zu beenden. Was damals versagte, das war die oberste Führung. Hierüber sind sämtliche sachverständige Kritiker des Weltkrieges einig. Als die Marneschlacht, die ohne höhere Leitung begonnen worden war, am 10. September 1914 bei völliger Ratlosigkeit der damaligen Obersten Heeresleitung abgebrochen wurde, begrub Deutschland schon seine Hoffnung auf den erhofften baldigen militärischen Sieg in dem ihm aufgezwungenen Kriege um seine Behauptung in der Welt.

Der unermüdlichen Tatkraft der Zweiten O. H. L. gelang es, die Zügel wieder in die Hand zu bekommen, die Lage operativ wiederherzustellen und den Kampf jahrelang weiterzufristen. Das bleibt ihr großes Verdienst, wobei indes nicht verschwiegen werden darf, daß sie durch die mörderische Dauerschlacht von Verdun, diese in ihrer hartnäckigen Fortsetzung verfehlteste aller strategischen Ideen, eine unendliche Verantwortung auf sich geladen hat. Die fortdauernden, durch keinerlei strategisches Ergebnis wettgemachten Blutopfer von Verdun haben den ersten und wirkungsvollsten Keim der Zersetzung in die deutsche Armee und Heimat hineingetragen.

Über diese Zusammenhänge sah damals in Deutschland unter der Wirkung der Kriegsberichterstattung niemand klar. Niemand konnte daher zuverlässig beurteilen, wem das Hauptverdienst für Deutschlands bisherige Bewährung in seinem so unendlich schweren Kampfe zukam. Die höchste Summe des Vertrauens wurde nun der Dritten

[1]) „Ehedem politisch nicht tätig und daher überparteilich, kannte der Offizier nur eine Losung: Das Vaterland." (General d. Inf. Frhr. v. Freytag-Loringhoven im Militär-Wochenblatt Nr. 13 vom 10. Januar 1924.)

O. H. L. zuteil, nachdem der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg selbst mit allen Kräften dafür gewirkt hatte, das Feldherrnpaar Hindenburg-Ludendorff an die höchste Stelle zu bringen und damit dem Wunsche des ganzen deutschen Volkes entgegenzukommen. Ganz neue und ungewohnte Aufgaben treten an die Dritte O. H. L. heran: die Strategen des Ostens mußten sich auf die Taktik des Westens umstellen. Sie übernahmen diese Aufgabe nicht leichten Herzens, aber getragen von dem Bewußtsein, die ganze öffentliche Meinung hinter sich zu haben.

In welcher Weise die politische Leitung damals bereits an Ansehen verloren hatte, und wie es zu dieser Entwicklung gekommen war, darüber ist das Nötige bereits im ersten Teile des Gutachtens gesagt. In steigendem Maße forderte nunmehr fast das ganze deutsche Volk, daß die von der öffentlichen Meinung vergötterten Feldherren überall ihre maßgebende Stimme erheben dürften. Beide Generale waren sich dessen vollauf bewußt, daß sie unpolitische Naturen und außerdem politisch nicht vorgebildet waren. Sie haben das selbst in ihren Schriften rückhaltlos zugegeben. Wie aber sollten sie sich dazu stellen, wenn sie von allen Seiten in die Politik hineingezogen wurden, sogar von den höchsten Vertretern ziviler Staatsämter? In dieser Beziehung muß ich nochmals auf das Schreiben des Ministers Drews vom 11. September 1917 an General Ludendorff hinweisen, das im ersten Teile des Gutachtens[1]) erwähnt worden ist. Drews wendete sich damals in einer rein politischen Frage an General Ludendorff, die er nach eigenem Eingeständnis „im Sinne des Kompetenzformalismus an sich" der O. H. L. gar nicht hätte nahebringen dürfen. Er wendete sich aber doch an Ludendorff, da der Krieg „die letzten Entscheidungen über die gesamtpolitischen Probleme mit ihrer Abhängigkeit vom kriegerischen Erfolge so sehr in die Hand der Heeresführung" legte. Gewiß war dies nur ein Einzelfall, aber von vielen Seiten wurde die O. H. L. in ähnlicher Weise in Anspruch genommen. Sie bildete nun einmal die höchste Autorität im Kriege, an die sich jeder mit seinen Sorgen wendete. Dieses Vertrauen war — militärisch gesehen — vollauf verdient, denn die Oststrategie hatte unbestreitbar 1914 und 1915 Deutschland vor dem sicheren Untergange gerettet. Sie war auch aus der Psychologie des deutschen Volkes heraus vollauf verständlich, das nach Heldenverehrung strebt und in jahrhundertelanger Gewöhnung ganz darauf eingestellt war, seine Führung von oben zu empfangen. Die Suprematie der dritten O. H. L. wurde damals von kaum einer urteilsfähigen Seite als unberechtigt empfunden. Bildete sie doch sogar eine der wesentlichsten Kraftquellen der deutschen Machtentfaltung.

Alles wäre aufs beste bestellt gewesen, wenn neben und oberhalb der militärischen Führung ein zielsicherer starker Politiker sich hätte

---

[1]) 1. Gutachten, S. 45.

geltend machen können. Ein solcher konnte nur in der Person des von einem klugen Kanzler beratenen, selbst die oberste Führung ausübenden Monarchen gefunden werden. Dieser Anforderung hat allenfalls der Kanzler, nicht aber der Monarch entsprochen, und so entstand eine Lücke, die in irgendeiner Weise ausgefüllt werden mußte. Alles dies entwickelte sich nicht in klarer Zielbewußtheit, sondern gewissermaßen instinktiv aus dem Gefühl der Männer der O. H. L. heraus, daß es an dem höchsten Machtwillen fehle. Außerordentlich bedenklich war es, daß die erste Kraftprobe der neuen O. H. L. sich gerade gegen die zivile Leitung richtete, und daß der Oberste Kriegsherr schon damals nicht mehr die Entschlußkraft aufzubringen vermochte, die Zügel selbst in die Hand zu nehmen.

Nach dem kurzen Interregnum des Reichskanzlers Michaelis wurde der bereits in hohem Alter stehende Graf Hertling, ein Patriot und Parlamentarier bester Art, zur Führung berufen. Man tut diesem vortrefflichen Manne aber nicht unrecht, wenn man feststellt, daß auch unter seiner Kanzlerschaft die politische Leitung sich der militärischen gegenüber in einer geradezu subalternen Rolle bewegte und verharrte. Zwar erfocht sie im Januar 1918 in der kompetenzformalistischen Frage der Mitwirkung der O. H. L. an den Friedensverhandlungen einen papierenen Sieg über die Auffassung der beiden Heerführer, wußte sich aber auch später nicht richtunggebend in die ihr gebührende Stelle durchzusetzen.

Nicht Sache der Militärs war es, die Frage zu prüfen, wie Deutschland aus dem Kriege wieder herausgelangen sollte. Ihre Sache war es, den Krieg zu führen und womöglich zu gewinnen. Ob die Offensive 1918 politisch möglich war, und ob sie daher überhaupt gemacht werden durfte, das unterlag nicht ihrer Entscheidung. Daß sie ihrerseits die Hoffnung vertraten, mit der Offensive des Jahres 1918 zu einem „durchschlagenden Erfolge" zu kommen, war in jedem Sinne richtig und militärisch gedacht. Eine überlegene politische Leitung aber mußte sich die Frage vorlegen, ob angesichts der sich immer mehr verstärkenden Feinde und der hinschwindenden Machtmittel Deutschlands nicht ein anderes Verfahren eingeschlagen werden mußte, das als Hauptdruckmittel die Möglichkeit einer bevorstehenden starken und für den Gegner sehr verlustreichen Offensive in Rechnung stellte. Von derartigen Erwägungen finden wir in den vorhandenen Schriftsätzen der obersten Reichsleitung aus der damaligen Zeit nichts. Sie verhielt sich vollständig passiv und ließ die O. H. L. gewähren. In klarster Deutlichkeit ergibt dies der oben erwähnte[1]) Brief Hertlings an Hindenburg vom 7. Januar 1918, in dem er geradezu seine Freude darüber bekundete, daß die Westmächte die ihnen gesetzte zehntägige Frist zur Beteiligung an den Friedensverhandlungen auf der Grundlage der russischen Vor-

[1]) Vgl. S. 166.

schläge hatten ablaufen lassen; jetzt seien wir den Westmächten gegenüber vollkommen frei und an jene Vorschläge in keiner Weise mehr gebunden. Er trat damals mit seinem Wollen völlig hinter die militärischen Anschauungen zurück. Gegenüber einer derartigen Schwäche der politischen Leitung mußte das Kraftbewußtsein der militärischen Führer sich zwangsläufig ungehemmt entwickeln. Das darf bei der Beurteilung der in Betracht kommenden Verhältnisse nicht außer acht gelassen werden.

Deutschlands ganz außerordentlich schwierige Lage mußte einem jeden staatsmännisch Denkenden ohne weiteres klar sein, auch wenn die Männer der Heerführung sich zuversichtlich äußerten. Es bedeutet eine völlige Verkennung der soldatischen Geistesrichtung, wenn man fordern wollte, daß die führenden Militärs immer hauptsächlich auf die Schwierigkeiten der Lage hätten hinweisen sollen. Mut und Zuversicht gehören zu den berufsnotwendigen Eigenschaften des Soldaten, und niemand durfte nach so ungeheuren Leistungen im Felde von den Heerführern erwarten, daß sie immer nur die Kehrseite der Medaille zeigten. Diese zu berücksichtigen, war Sache der Politik.

Ferner muß beachtet werden, daß sich in bezug auf den erhofften Kriegsausgang in Deutschland so etwas wie ein Wunderglaube eingestellt hatte, der Glaube nämlich, daß es in dem bevorstehenden Kampfe des „armen Mannes gegen den reichen" trotz aller Überlegenheit der Entente an sämtlichen Streitmitteln doch gelingen müsse, die Oberhand zu gewinnen und jedenfalls nicht geschlagen aus dem Kriege hervorzugehen. Wie das möglich sein sollte, darüber hatten die meisten eine unklare Vorstellung. Sie wurden aber in ihrer Hoffnung getragen durch den festen Glauben an irgendwelche bevorstehenden Meisterleistungen Hindenburg-Ludendorffscher Strategie. Es war vielleicht ein psychologisches Mißverständnis der obersten Heerführer, wenn sie dies — für das Volk in seiner Gesamtheit zweifellos notwendige — Vertrauen zur militärischen Führung auch Männern der politischen Leitung einzuflößen suchten. Leicht konnte hierdurch eine Überdehnung des Machtgedankens eintreten, und die Gefahr lag nahe, daß die politische Leitung sich einer gewissen Sorglosigkeit hingab und den Ernst der Lage vielleicht nicht hinreichend berücksichtigte. Sache des politischen Denkens wäre es gewesen, diese Verhältnisse ohne weiteres in Rechnung zu stellen und sich nicht in Sicherheit wiegen zu lassen.

Wurde die deutsche Außenpolitik ausschließlich von der Kriegslage bedingt, so bildete die Innenpolitik ein insofern für die O. H. L. äußerst wichtiges Gebiet, als die Stimmung in der Heimat zum Teil davon abhing, diese aber die Stimmung an der Front entscheidend beeinflußte. In dieser Beziehung bestand ein scharfer Gegensatz zwischen der konservativ gerichteten Grundanschauung der O. H. L. und den für die Leitung der Innenpolitik maßgebenden Persönlichkeiten. Noch vor Be-

ginn der großen Offensive, bereits im Januar 1918, drängten der Kaiser, der deutsche Kronprinz und die O. H. L. darauf, der Reichskanzler Graf Hertling möge jetzt öffentlich und in aller Form von der Friedensresolution vom 19. Juli 1917 abrücken und eine dahingehende Erklärung im Reichstage abgeben.

Wie Graf Hertling und der Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei v. Radowitz zu dieser Frage standen, ergibt sich aus einer Aufzeichnung des letzteren vom 17. Januar 1918, mit der Graf Hertling sein volles Einverständnis bekundet hat. Das wichtige Schriftstück, das Radowitz dem Vertreter des Reichskanzlers bei der O. H. L., Grafen Limburg-Stirum, am 17. Januar übersandte, ist als Anlage 1 wörtlich zum Abdruck gebracht. Graf Hertling und Radowitz hielten eine im Reichstage abzugebende Erklärung nicht für erwünscht, da eine solche die damalige Mehrheit ohne weiteres gesprengt und der gesamten Sozialdemokratie, dem größten Teile des Freisinns und vielleicht auch einem Teile des Zentrums eine Oppositionsstellung zur Regierung aufgezwungen haben würde. Hertling wünschte, den Reichstag dahin zu bringen, daß er die Voraussetzung für die Friedensresolution selbst nicht mehr als gegeben ansah. Dann konnten auch die Sozialdemokraten in weiterer Fühlung mit der Regierung bleiben.

Ohne die Mitarbeit der Sozialdemokratie konnte aber der Krieg nach Ansicht Hertlings und des Herrn v. Radowitz nicht geführt werden. Im Gegensatze zu der O. H. L. fürchteten sie ein Abgleiten der Sozialdemokratie in die Hände der Unabhängigen und die Gefahr von Streiks. Warnend wies Radowitz auf das russische Beispiel hin, das böse Folgen zeitigen könne, wenn die schlechten Elemente nicht durch ihre eigenen Führer im Zaume gehalten würden. Radowitz teilte auch die Auffassung eines gutunterrichteten Russen in Stockholm mit, daß die Revolution auf Deutschland nicht übergreifen werde, weil es die deutsche Regierung verstanden habe, die sozialistischen Elemente durch Eingehen auf berechtigte Wünsche auf ihrer Seite zu halten. Hertling weigerte sich daher, irgendeine Erklärung abzugeben, die für die Sozialdemokratie unannehmbar wäre. Zu einem Bruche mit der Sozialdemokratie, den die Konservativen wünschten, um aus ihrer — nach Ansicht des Herrn v. Radowitz selbstverschuldeten — Isolierung herauszukommen und um das Wahlrecht zu Fall zu bringen, wollte er sich nicht drängen lassen. Mit Schärfe betont Radowitz, daß die von den Konservativen vorgebrachten außenpolitischen Momente nur ein Deckmantel für den angestrebten Umsturz im Inneren seien. „Das läßt sich das Volk jetzt nicht mehr gefallen, und es gibt ein Désastre sowohl für die Kriegführung wie für den Thron. Die Krone muß sich sagen, daß sie der Entwicklung der demokratischen Ideen sich nicht, gestützt auf eine kleine Gruppe von Machthabern, entgegenstellen darf; sie muß auch in dieser Bewegung führen, denn die Zukunft gehört der demokratischen Monarchie, wie wir sie in den politisch schon früher entwickelten süddeutschen Bundes-

staaten schon jetzt haben. Jeder andere Weg führt über kurz oder lang zum Abgrund. Die erstrebenswerte Umbildung des rechten Flügels der Sozialdemokratie in eine nationalgesinnte Arbeiterpartei wird für immer unmöglich gemacht, wenn die Regierung in diesem Augenblick den Bruch herbeiführt." Graf Hertling bat daher, es möchten ihm nunmehr „in dieser für die Zukunft und Sicherheit der Heimat so absolut wichtigen Frage" keine Schwierigkeiten mehr gemacht werden. Zutreffend führte Radowitz noch aus, daß die Stimmung im Heere sich infolge des Ausbleibens der Regierungserklärung über die Friedensresolution nicht verschlechtern werde. Bezeichnend ist der Schluß des Schreibens: „Überhaupt wird von der O. H. L. das Motiv ‚Stimmung im Heere' meines Erachtens zu oft ausgespielt, um auf die Regierung einzuwirken. Stimmungen dürfen für politische Entschlüsse nicht ohne weiteres maßgebend sein und haben schon oft gegen die kühl mit Tatsachen rechnende Staatskunst zurücktreten müssen. (cf. Bismarck 1866.)"

Das Urteil des Unterstaatssekretärs v. Radowitz beansprucht um so höhere Bedeutung, als gerade er immer dafür eingetreten ist, unter voller Wahrung der Autorität der Reichsregierung ein gutes Verhältnis zwischen der O. H. L. und dem Reichskanzler herzustellen und aufrechtzuerhalten. Bei der überragenden Stellung der O. H. L. war ein Einfluß auf sie nur dadurch möglich, daß die politische Leitung ihr vertrauensvoll gegenübertrat. Viele Persönlichkeiten, die mit General Ludendorff dienstlich zu tun hatten, stimmten in der Erfahrung überein, daß er sich sachlichen Bedenken gegen seine Maßnahmen niemals verschlossen und häufig auch seine Meinung geändert hat, wenn es ihm angezeigt schien. Nur so ist es auch zu erklären, daß er gelegentlich sein Einverständnis mit Schritten aussprach, die — wie später bei Erörterung der Haeftenschen Friedensoffensive gezeigt werden wird[1]) — mit seinen sonst vertretenen Anschauungen in einem gewissen Gegensatze zu stehen schienen. Die eigentlichen Schwierigkeiten lagen häufig an den nachgeordneten Dienststellen, die gelegentlich weit über die Anordnungen des Feldmarschalls und des Generals Ludendorff hinausgingen und dadurch schwierige Auseinandersetzungen schufen. Sehr erschwerend kam hierbei in Betracht, daß die maßgebenden Männer der O. H. L. dem Wirken und der Persönlichkeit des Staatssekretärs v. Kühlmann mehr oder weniger ablehnend gegenüberstanden.

Aus dem Schreiben des Unterstaatssekretärs v. Radowitz vom 17. Januar 1918 geht die Stellung des Reichskanzlers zu der Frage des preußischen Wahlrechts hervor. Zweifellos bildete die Wahlrechtsfrage, obwohl ihre sachliche Auswirkung während der Kriegsdauer nur eine untergeordnete sein konnte, ein für die Stimmung der Massen in Preußen wichtiges Moment. Nachdem der Kaiser sich

[1]) S. u. S. 193 ff.

in feierlicher Weise am 7. April 1917 durch die sogenannte „Osterbotschaft" für den Ausbau des „inneren, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, so wie es die Kriegslage gestattet", eingesetzt und die Umbildung des Preußischen Landtages durch eine Änderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhause angekündigt hatte, mußte diese Angelegenheit als eine endgültig erledigte betrachtet werden. Die Osterbotschaft hatte ausgesprochen, daß bei der Rückkehr der Krieger diese für die innere Gestaltung Preußens grundlegende Arbeit schnell durchgeführt werden sollte, und zwar im Sinne einer unmittelbaren und geheimen Wahl der Abgeordneten. Auch das Herrenhaus sollte in weiterem Umfange als bisher führende Männer aus den verschiedenen Kreisen und Berufen des Volkes in seiner Mitte vereinigen. Die Bemerkungen der Osterbotschaft über den Preußischen Landtag hatten mit den Worten geschlossen: „Ich handle nach den Überlieferungen großer Vorfahren, wenn ich bei Erneuerung wichtiger Teile unseres festgefügten und sturmerprobten Staatswesens einem treuen, tapferen, tüchtigen und hoch entwickelten Volke das Vertrauen entgegenbringe, das es verdient."

Nach solchen Worten mußte jetzt unbedingt an der Reform des Wahlrechts festgehalten werden, denn aus einer ablehnenden Haltung maßgebender Kreise konnte sich nur schwere innerpolitische Verstimmung ergeben[1]).

Daß einer Denkschrift des Obersten v. Haeften vom 14. Januar 1918, die auf eine propagandistische Erschütterung des englischen Kriegswillens abzielte, eine besondere Beachtung des Reichskanzlers nicht geschenkt worden ist, obwohl die O. H. L. sie bei ihm zur

---

[1]) Wie groß auch im Staatsministerium der Widerstand gegen das neue Wahlrecht war, hatte sich in einem Kronrat am 9. Juli 1917 ergeben, wo von elf Staatsministern nicht weniger als fünf sich gegen die Gewährung des gleichen Wahlrechts ausgesprochen hatten. Unter denjenigen, die dafür eintraten, da sie dringend eine Entspannung der politischen Atmosphäre wünschten, befand sich der Staatsminister Helfferich (Karl Helfferich, „Der Weltkrieg" Band 3, S. 118). Bezeichnend für die Auffassung des deutschen Kronprinzen in dieser Frage ist es, daß er im Juni 1918 auf Grund einer am 27. April 1918 gehaltenen Rede des Abgeordneten v. Kardorff bei der zweiten Lesung des Wahlrechtsentwurfs sich in einem von ihm veranlaßten Schreiben des Grafen Limburg-Stirum an den Grafen Hertling als den Präsidenten des Königlich Preußischen Staatsministeriums dagegen verwahrte, bei den Vorgängen, die zum Sturze des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg führten, der Veröffentlichung eines Versprechens des gleichen Wahlrechts zugestimmt zu haben. Er habe in der Wahlrechtsfrage ebensowenig einen Einfluß ausüben können wie seinerzeit bei der Veröffentlichung der Osterbotschaft, die er für ein Unglück gehalten habe. Der Kronprinz lehnte daher vor der Geschichte jede Verantwortung in bezug auf das gleiche Wahlrecht ab und bat den Grafen v. Limburg-Stirum, diese seine Auffassung dem Grafen Hertling mitzuteilen und in das Staatsministerial-Protokoll vom 11. Juli 1917 aufzunehmen.

Vorlage gebracht hatte, ist bereits im ersten Teile des Gutachtens [1]) ausgeführt. Ob sie bei der rücksichtslosen Entschlossenheit des englischen Volkes damals wesentliche Erfolge hätte erzielen können, bleibt zweifelhaft. Die Waffen hatten das Wort.

II

Die ersten Erfolge der Westoffensive

Am 21. März 1918 begann bei den Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz zwischen Scarpe und Oise die auf einen Durchbruch der feindlichen Front und eine Aufrollung der englischen Stellungen durch Vorgehen in nordwestlicher Richtung abzielende „Große Schlacht in Frankreich". Überraschend groß waren die Erfolge der 18. Armee, während die 2. und vor allem die 17. Armee langsamer vorwärts kamen. Sechzig Kilometer tief drangen die Angreifer in wenigen Tagen in die feindliche Stellung ein. Unermeßliche Beute fiel ihnen in die Hände, ungefähr 90 000 Gefangene wurden gemacht. So erschien die am 23. März, 8 Uhr abends, dem Reichskanzler gemachte telegraphische Meldung berechtigt, wonach die Schlacht bei Monchy, Cambrai, St. Quentin, La Fère gewonnen und Ham genommen sei. Der Reichskanzler bedankte sich tags darauf für die ihm auf Befehl des Kaisers gemachte Mitteilung und brachte seine Wünsche für guten Fortgang der Kämpfe zum Ausdruck. Am 25. ging sodann in Berlin der Befehl des Kaisers ein, „anläßlich des Sieges in der Schlacht bei Monchy—Cambrai—Quentin—La Fère zu flaggen und Viktoria zu schießen".

Gleichfalls am 25. März verfügte der Oberste Kriegsherr aus der Fülle seines dankbaren Herzens heraus ganz ungewöhnliche Auszeichnungen des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg und des Generals Ludendorff. Der Monarch richtete an die beiden Heerführer Handschreiben folgenden Inhalts:

„Lieber Feldmarschall!

In wohl der größten Schlacht der Weltgeschichte ist in diesen drei Tagen ein großer Teil des englischen Heeres aus seinen Stellungen geworfen und von unseren heldenmütigen Truppen geschlagen worden. Ihre hohe Feldherrnkunst hat sich hierbei wieder auf das glänzendste bewährt. Für den Sieg von Belle-Alliance erhielt der Feldmarschall Fürst Blücher das besonders für ihn gestiftete Eiserne Kreuz mit goldenen Strahlen. Dieses nur einmal verliehene höchste Ordenszeichen Ihnen heute zu verleihen, ist mir eine ganz besondere Herzensfreude. Mit dem gesamten Vaterlande weiß ich mich

[1]) 1. Gutachten, S. 94.

eins, daß diese hohe Auszeichnung niemandem mehr gebührt als Ihnen, dem auch heute wieder alle deutschen Herzen in Dankbarkeit, Verehrung und Vertrauen entgegenschlagen.

Ihr dankbarer König Wilhelm R."

„*Mein lieber General Ludendorff!*

Die unvergleichlichen herrlichen Erfolge, welche unsere heldenmütigen Truppen in diesen Tagen gegen das englische Heer errungen haben, sind ein glänzendes Zeugnis für Ihre unübertroffene klare Voraussicht und nie versagende Tatkraft, mit der Sie in zielbewußter Arbeit die Grundlagen für diese Siege geschaffen haben. In dankbarer Anerkennung Ihrer hohen, dem Vaterland erneut in treuester, selbstloser Hingabe geleisteten Dienste verleihe ich Ihnen mit besonderer Freude das Großkreuz des Eisernen Kreuzes.

Ihr dankbarer König Wilhelm R."

Schon am 25. März, dem fünften Tage der „Großen Schlacht in Frankreich", erschien also diese Schlacht, von der Ludendorff bei seinem Vortrage in Homburg am 13. Februar vor dem Kaiser und Kanzler gesagt hatte, sie werde eine lange Zeit in Anspruch nehmen, es werde ein gewaltiges Ringen, das an einer Stelle beginne, sich an der anderen fortsetze: es werde schwer, aber siegreich sein[1]), in diesen Kabinettsorders gewissermaßen schon als etwas Abgeschlossenes. Auszeichnungen wurden verliehen, wie die preußische Geschichte sie nur beim Abschlusse weltgeschichtlich feststehender Kämpfe bisher gekannt hatte. Der Sieg von Belle-Alliance, für den Blücher das Eiserne Kreuz mit goldenen Strahlen erhielt, beendete endgültig die Epoche des großen Krieges gegen Frankreich, und das Großkreuz des Eisernen Kreuzes wurde früher nur für eine siegreiche Schlacht oder Belagerung n a c h dem Abschluß der Kampfhandlungen verliehen. Wenn diese Auszeichnungen der von der öffentlichen Meinung vergötterten Heerführer jetzt bereits am 25. März erfolgten, so konnte das im Volke gar nicht anders verstanden werden, als wenn die Hauptschwierigkeiten der großen Schlacht in Frankreich nunmehr überwunden seien. Hierdurch wurde in der öffentlichen Meinung eine Anschauung erzeugt, die sich in dem Falle längerer Dauer der Kämpfe und gelegentlicher Rückschläge verhängnisvoll auswirken mußte. Es war bei der Hochstimmung in Deutschland gar zu leicht möglich, daß eine falsche Einstellung zu den zu erreichenden Kriegszielen sich daraus ergab. Dabei zeigte es sich bald, daß trotz aller taktischen Erfolge die siegreichen Truppen, zumal an der Avre, sehr ungünstige Stellungen

[1]) E r i c h L u d e n d o r f f, „Meine Kriegserinnerungen", S. 472.

erkämpft hatten, die nach den Darlegungen des Generals d. Inf. v. Kuhl, dem ich hinsichtlich der militärischen Einzelheiten vollkommen beitrete, zu einem außerordentlichen Verbrauch führten. „Strategisch war der Angriff nicht gelungen." Eine für die deutsche Sache höchst ungünstige Wirkung war aber durch die Erfolge der deutschen Waffen heraufbeschworen worden. Die Entente schuf sich in ihrer höchsten Not einen einheitlichen Oberbefehl und übertrug am 26. März in Doullens dem General Foch die Leitung der Operationen. Ihm gelang es, die von den Deutschen in die Front der Verbündeten geschlagene Lücke zu schließen, den Widerstand an der Naht der englischen und französischen Kampffront neu zu stärken und Amiens zu retten. Ein deutscher Vorstoß gegen Arras scheiterte am 28. März, am 30. März stockte der Angriff überall. Anfang April mußte auf die Erreichung des Zieles Amiens endgültig verzichtet werden.

Während im Westen die Waffen sprachen, arbeiteten in Bukarest die Diplomaten an der Schaffung des Friedens mit Rumänien. Über die dort zu erreichenden Bedingungen gingen die Meinungen des Großen Hauptquartiers und des Staatssekretärs v. Kühlmann weit auseinander, so daß der Wirkliche Legationsrat v. Grünau am 7. April dem Kaiser gegenüber darauf hinweisen mußte, es werde wohl wegen der Bukarester Verhandlungen zu einer kräftigen Auseinandersetzung zwischen dem Reichskanzler und dem Feldmarschall kommen. Das Ergebnis der Verhandlungen habe Deutschland alles gebracht, was man vernünftigerweise erwarten konnte, und so sei es, falls man nicht andere Absichten damit verfolge, völlig überflüssig, an der Art der Verhandlungen Kritik zu üben, wo das gute Resultat vorliege. Grünau wandte sich dagegen, daß man für alles das Auswärtige Amt verantwortlich machen wolle, zumal die Vorbereitungen der Wirtschaftsforderungen Herrn Helfferich übertragen gewesen seien. In einem chiffrierten Telegramm vom 7. April an das Auswärtige Amt regte Herr v. Grünau an, ob man bei dieser Gelegenheit nicht dem Kaiser gegenüber einmal festlegen solle, „daß angesichts der dauernden großen Schwierigkeiten, die der Generalstab bereite, man sich künftighin darauf beschränken müsse, ihn nur so weit zu hören und heranzuziehen, als rein militärische Interessen in Frage kommen".

Über die Wechselwirkung zwischen der Kriegslage im Westen und den diplomatischen Verhandlungen im Osten herrschte damals zwischen dem Reichskanzler und den Männern der O. H. L. eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit. Die Politiker sahen in dem Druck der Kriegslage im Westen und in dem Wunsche der O. H. L., möglichst viele Streitkräfte aus dem Osten so schnell wie möglich nach dem westlichen Kriegsschauplatze zu überführen, wo sie für

die große Entscheidung gebraucht wurden, ein Schwächemoment, während die O. H. L. gerade umgekehrt ein Stärkemoment darin erkennen wollte, daß in Rumänien die militärischen Machtmittel dauernd hinter den deutschen Unterhändlern gestanden hätten. „Sache der Diplomatie ist es," ließ der Feldmarschall am 8. April 1918 1 Uhr nachmittags durch Herrn v. Lersner an das Auswärtige Amt telegraphieren, „eine militärisch günstige Lage ohne Zögern auszunutzen. Wir haben in diesem Kriege zu viele Gegner, und das günstige Bild kann sich durch Vorgänge auf einem der vielen Kriegsschauplätze zu schnell wieder verschieben, als daß die Diplomatie in einem militärisch günstigen Augenblick nach einem politisch günstigeren ausschauen dürfte. Sie muß rasch zugreifen und energisch handeln. General Ludendorff war deshalb anfangs Februar durchaus berechtigt, auf Beginn der Verhandlungen mit Rumänien zu drängen, damit das Stärkemoment der günstigen militärischen Lage und der am Ort vorhandenen, aber teilweise schon für die Westfront bestimmten militärischen Machtmittel für die Verhandlungen voll nutzbar gemacht würde. In Rumänien haben dann die militärischen Machtmittel auch dauernd hinter den deutschen Unterhändlern gestanden. Die Unterhändler haben dieses Stärkemoment aber erst auf das Drängen der O. H. L. ausgenutzt. In Bukarest wie in Brest haben wir gesehen, daß, sobald die deutsche Diplomatie sich des Stärkemoments bewußt wurde, es ihr in kürzester Zeit gelang, Verschleppungsversuche des Gegners niederzudrücken und zum Frieden zu kommen."

Die Gegensätze zwischen dem Staatssekretär v. Kühlmann und den Männern der O. H. L. waren damals schon unüberbrückbar. Als der Staatssekretär am 16. April in Spa erschien, vermochte er sich indes bald davon zu überzeugen, daß er trotz aller nachteiligen Gerüchte, die wegen der Vorgänge in Bukarest über ihn verbreitet worden waren, das Vertrauen des Kaisers noch besaß.

Inzwischen war in folgerichtiger Fortsetzung der Pläne der O. H. L. für die große Schlacht in Frankreich am 9. April eine neue Offensive auf Armentières unternommen worden. Wieder war alles geschehen, was unter den gegebenen Umständen und in der verfügbaren Zeit möglich war. Der Verbrauch an Menschen und Kriegsmitteln bei der ersten großen Offensive war aber doch schon so bedeutend gewesen, daß unter den für den neuen Angriff bestimmten Truppenteilen eine Reihe abgekämpfter Divisionen von der Michaelfront wieder verwendet werden mußte. Auch die Zufuhr aus der Heimat und der Ersatz der Munition begannen bereits zu stocken.

Der am 9. April begonnene Angriff der 6. Armee führte am 10. zur Erkämpfung des Überganges über die Lys, machte auch in den nächsten Tage gute Fortschritte, so daß die Armee in ihrer Mitte bis in die Gegend von Bailleul—Merville vordrang. Der linke Flügel

blieb indes hängen, und schon am 19. April mußte die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht die Einstellung des Angriffes und den Übergang zur Abwehr beantragen. Die O. H. L. verfügte am 20. dementsprechend, wünschte indes noch die Wegnahme von Festubert und Givenchy, die aber mißlang. Der 4. Armee glückte es, nachdem sie sich vom 10. April ab des Geländes von Messines bemächtigt hatte, am 25. April den Kemmel zu stürmen. Aber auch hier wurde am 1. Mai der Angriff eingestellt.

So hatte auch die zweite Offensive die erhoffte strategische Auswirkung nicht gezeitigt. Bei Armentières war ein neuer, für die Verteidigung ungünstiger Bogen entstanden, und der Gegner vermochte die neuen Stellungen unter flankierendes Feuer zu nehmen. Frische Kräfte und neue Angriffsmittel standen für eine neue Offensive nicht in genügender Zahl zur Verfügung. Trotz taktischer Erfolge hatte sich unsere Gesamtlage verschlechtert.

Hier setzt ein Versuch des mit der Vertretung der O. H. L. beim Auswärtigen Amte in Berlin beauftragten Obersten v. Haeften ein, für den Frieden zu wirken, solange unsere militärische Stellung derartige Versuche noch aussichtsreich machte.

Wenige Tage nach dem Abbruch der Kemmelberg-Offensive sprach sich anfangs Mai Oberst v. Haeften mit einer dem Staatssekretär v. Kühlmann nahestehenden Persönlichkeit des Auswärtigen Amts über die allgemeine, politische, militärische und wirtschaftliche Lage und die Notwendigkeit aus, den Krieg bald zu beendigen. Oberst v. Haeften bat, den Staatssekretär v. Kühlmann auf den Ernst der Lage hinzuweisen und ihn zu ersuchen, sich bald mit dem General Ludendorff in Verbindung zu setzen. Herr v. Kühlmann ließ antworten, solange General Ludendorff in der belgischen Frage einen so ablehnenden Standpunkt einnehme, sei jede Friedensaussprache mit ihm überflüssig. Haeften gab sich mit dieser Antwort nicht zufrieden und wies darauf hin, Ludendorff werde bei einem energischen Vorgehen der Reichsregierung in der Friedensfrage keine Schwierigkeiten machen; eine Einigung sei daher möglich. Nach Haeftens Bericht hat ihm Kühlmann erwidern lassen, wenn General Ludendorff politische Wünsche hätte, so möge er sich selber an ihn wenden. Die Schärfe der persönlichen Verstimmungen zwischen den beiden Männern hatte damals schon einen solchen Grad erreicht, daß ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten unmöglich war, ein Beweis dafür, welche ungeheure Tragweite im Kriege den reinen Persönlichkeitsfragen zukommt.

Um die Mitte des Monats Mai, — der Friede von Bukarest war inzwischen am 7. Mai unterzeichnet worden — begab sich Oberst v. Haeften ins Große Hauptquartier, wo General Ludendorff, seiner Gewohnheit gemäß, die gesamte Lage mit ihm eingehend erörterte

und sich sehr ernst über die Ersatzlage aussprach. Nur wenn die Heimat bald noch etwa 200 000 Mann brauchbaren Ersatzes dem Feldheere zur Verfügung stelle, bestehe eine Aussicht, die Entscheidung des Krieges militärisch herbeizuführen. Ludendorff fügte hinzu, daß er sowohl den Reichskanzler wie den Kriegsminister auf den Ernst der Ersatzlage hingewiesen habe; sie könnten aber beide keine Abhilfe schaffen. „Diese Äußerungen des Generals Ludendorff", berichtet Haeften wörtlich, „ließen mich die dringende Notwendigkeit einer baldigen Kriegsbeendigung klar erkennen; es war klar, der Krieg konnte mit militärischen Machtmitteln allein nicht mehr entschieden werden; es bedurfte hierzu der politischen und diplomatischen Unterstützung." Haeften kehrte nach Berlin zurück und begann alsbald mit der Ausarbeitung einer Denkschrift, die auf die Einleitung einer allgemeinen Friedensoffensive hinausging[1]).

Inzwischen wurde an der Westfront die dritte große Offensive vorbereitet. Mit welcher Sorgfalt und mit welchem Ernste die hierfür in Frage kommenden hohen Stäbe hierbei vorgegangen sind, geht aus dem Gutachten des Generals der Inf. v. Kuhl eindringlich hervor. Schon in einem Schreiben vom 15. Mai an die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht zeigte Ludendorff den Ernst der Lage, wenn er schrieb: „Ich halte eine Klärung der Anschauungen für geboten, ich befürchte sonst Enttäuschungen und schwere Verluste. Diese können wir nicht mehr ertragen. Menschen sind knapp, Munition ist da." Auch der Chef der Operationsabteilung, Oberstleutnant Wetzell, betonte in einer Denkschrift vom 2. Mai, zu einem gleichzeitigen großen Angriffe der 7. und 18. Armee reichten unsere Artilleriekräfte nicht mehr aus, hielt aber die durch eine erfolgreiche Offensive der 7. Armee entstehende günstige Lage der 18. Armee zur weiteren Ausnutzung für aussichtsreicher als den Aufbau eines neuen Angriffs bei der Heeresgruppe Rupprecht. „Wir müssen versuchen", so kennzeichnete Wetzell wörtlich den Grundgedanken der kommenden Kämpfe, eine Auffassung, die Generalfeldmarschall v. Hindenburg in seinem Buche „Aus meinem Leben"[2]) fast wörtlich übernommen hat, „durch großzügige, eng zusammenhängende Teilschläge das feindliche Gebäude derart zu erschüttern, daß es gelegentlich doch einmal zusammenbricht." In einer weiteren Denkschrift vom 21. Mai über den „Blücher"- und „Hagen"-Angriff führte Wetzell aus, der großzügig angelegte Hagen-Angriff werde mit Rücksicht auf unsere Ersatzlage bis weit in den Herbst hinein der letzte entscheidende Schlag sein, den wir führen könnten. Deshalb müßten für „Hagen" alle Vor-

[1]) S. u. S. 193.
[2]) S. 327.

bedingungen eines großen Sieges unbedingt herbeigeführt werden. „Läuft sich der Angriff schon frühzeitig fest, so bedeutet dies einen Fehlschlag, den unsere Lage nicht mehr verträgt." Die Folgen einer Menschenmaterialschlacht könnten für die deutsche Armee unübersehbar werden.

So entschloß man sich schließlich zu der Mai-Offensive zwischen Soissons und Reims, in der Hoffnung, hierdurch einen solchen Kräfteverbrauch des Feindes herbeizuführen, daß sodann die Fortstezung des Angriffs in Flandern möglich würde. Leider sah sich die O. H. L. genötigt, den Angriff in zwei Abschnitte zu zerlegen, was General v. Kuhl als einen durch die Verhältnisse gebotenen Notbehelf bezeichnet.

Die Anfangserfolge der Offensive, besonders die Erstürmung des Chemin des dames am 27. Mai durch die Armee des deutschen Kronprinzen, waren glänzend. In einem Tage betrug der Geländegewinn der deutschen Truppen 20 Kilometer. Die O. H. L. erweiterte daher ihre Angriffsziele am 29. Mai und suchte schließlich Reims durch beiderseitige Umklammerung zu Fall zu bringen. Am 30. und 31. Mai wurde zwar die Marne erreicht, gegen Reims aber kam man nicht vorwärts und vermochte auch nicht, den Wald von Villers-Cotterets und das Waldgelände südlich Reims in Besitz zu nehmen. Am 5. Juni wurde es nötig, das Vorgehen einzustellen, nachdem in vier Tagen ein Einbruch von 60 Kilometer Tiefe erzielt worden war.

Bedenklich war trotz der großen taktischen Erfolge und der hohen Beute an Gefangenen und Geschützen die neue Linienführung. Ein weit bis zur Marne vorspringender Bogen war entstanden, der noch ungünstiger war als der bei Montdidier nach der ersten Offensive. Die deutschen Stellungen bei Villers-Cotterets und Reims waren stark gefährdet. Daraus ergab sich, daß man in den gewonnenen Stellungen nicht ohne große Gefahr stehen zu bleiben vermochte, folglich die Notwendigkeit eines weiteren Angriffes, wenn man nicht sämtliche bisher erzielten Erfolge preisgeben und die Offensive als gescheitert erklären wolle. „Der Grundsatz muß für uns bestehen bleiben," schrieb Oberstleutnant Wetzell am 6. Juni in einer neuen Denkschrift, „durch Angriffshandlungen die Vorhand zu behalten." Bei der Beurteilung der Franzosen irrte sich Wetzell leider in dieser Denkschrift, wenn er annahm, daß die Überraschungsmöglichkeit bei einem Angriff über die Marne sehr groß sein würde; der Angriff sei kühn, aber nicht schwierig; er treffe auf eine schwache feindliche Stelle und biete bei raschem Zufassen ungewöhnliche Entwicklungsmöglichkeiten. In einer weiteren Niederschrift [1]) vom 12. Juni warnte er indes mit Recht davor, die günstigen Erfahrungen des

[1]) „Beurteilung unserer operativen Lage nach dem Blücher-Gneisenau-Angriff".

Angriffs auf den Chemin des dames etwa verallgemeinern zu wollen; wo günstige Verteidigungsverhältnisse vorlägen und die Überraschung nicht gewährleistet sei, seien die Aussichten in höchstem Maße trügerisch. Er befürwortete schließlich eine energisch vorbereitete und durchgeführte Schlacht ums Reims. Weit vorausdenkend erörterte er am 22. Juni [1]) bereits die Aussichten für den Winterfeldzug 1918/19, die er nach günstigem Abschluß der Kämpfe an sich als nicht ungünstig ansah. Bedenklich sei aber, daß unsere Gegner auf dem Westkriegsschauplatze bis zum Frühjahr 1919 wieder die Oberhand erlangen würden und uns das Gesetz des Handels diktieren könnten. Deshalb empfahl er für den Fall, daß wir zu einem großzügigen Schlage im Westen nach Abschluß der Kämpfe nicht mehr in der Lage sein würden, eine Herbstoffensive gegen Italien.

Inzwischen war auch der im Anschluß an die Offensiven auf den Chemin des dames ausgeführte Angriff auf Compiègne am 9. Juni begonnen worden, mußte aber am 11. unter der Einwirkung eines kräftigen französischen Gegenstoßes abgebrochen werden. Die ganze Front Montdidier—Reims wurde auf Abwehr eingestellt, und Mitte Juni trat verhältnismäßige Ruhe ein.

Wie beurteilten nun damals die dem Feinde unmittelbar gegenüberstehenden Armeeführer die Gesamtlage?

Für die Lösung dieser Frage ist ein am 1. Juni 1918 an den Reichskanzler Grafen Hertling gerichteter Brief des Kronprinzen Rupprecht von Bayern von hohem Interesse, den der Sohn des Kanzlers in seinem Buche „Ein Jahr in der Reichskanzlei“ [2]) veröffentlicht hat. Nach der Ansicht des Kronprinzen waren wir zwar in der Lage, dem Gegner im Westen noch ein paar gewaltige Schläge zu versetzen, kaum aber, ihm eine entscheidende Niederlage zu bereiten. Ausschlaggebend werde schließlich sein, wer am längsten mit seinen Mannschaftsbeständen auskomme, und hier seien die Gegner dank der amerikanischen Hilfe im Vorteil. Kronprinz Rupprecht hielt den Zeitpunkt zur Anbahnung von Friedensverhandlungen für gekommen. „Jetzt haben wir noch Trümpfe in der Hand — nämlich die Drohung mit in Bälde sich verwirklichenden neuen Angriffen —, später, wenn diese Angriffe einmal erfolgt sind, nicht mehr. — General Ludendorff ist gleichfalls der Ansicht, daß aller Wahrscheinlichkeit nach ein entscheidender, den Gegner vernichtender Sieg sich nicht mehr wird erringen lassen; er hofft jedoch auf die rettende Hilfe eines Deus ex machina, nämlich auf den plötzlichen inneren Zusammenbruch einer der Westmächte nach Art des Zu-

[1]) „Wie ist der Krieg nach den ‚Westschlachten im Juli—August‘ weiterzuführen?“

[2]) S. 139 ff.

sammenbruchs des Russischen Reiches. Ost und West sind aber grundverschieden, und keiner der westlichen Staaten ist so morsch, wie das Russische Reich schon vor dem Kriege es war. Ich selbst vertrat einst den Gedanken der Angliederung Belgiens an das Deutsche Reich in irgendwelcher Form, jetzt aber bin ich, abgesehen von anderen Gründen, schon deshalb davon abgekommen, weil ich der Überzeugung bin, daß der einzige Weg, der uns zum Frieden führen kann, der ist, daß wir erklären, die Selbständigkeit Belgiens unangetastet erhalten zu wollen. Gewiß ist das Sichbescheiden mit dem Status quo ante im Westen für uns keine erfreuliche Lösung, aber ich glaube nicht, daß eine günstigere sich wird erreichen lassen, da wir hierzu nicht die Kräfte besitzen, und so meine ich, daß wir uns mit dem im Osten Erreichten begnügen müssen. Damit, daß der eine Gegner im Osten völlig erledigt ist, sind wir die Sieger; auch selbst ein Friede, der uns im Westen keinerlei Gewinn brächte, wäre ein siegreicher Friede. Müssen wir über den Winter weiterkämpfen, wird dies auf den Geist der Truppe nachteilig wirken, bei der allgemein die Hoffnung besteht, daß der Krieg bis zum Herbst beendigt sein wird. Ich hätte nicht geschrieben, würde ich nicht Eile für geboten erachten, und jede Woche ist kostbar."

Schließlich bot der Kronprinz an, für einige Stunden nach Brüssel zu kommen, falls der Kanzler ihn zu sprechen wünsche, da die Reise nach Spa für den Kronprinzen zu weit sei. Auch stellte er ihm die gelegentliche Mitteilung des Briefes an den Kaiser anheim.

Äußerst merkwürdig und bedauerlich ist es, daß der Kanzler dem in solcher Dringlichkeit an ihn ergangenen Appell eigentlich so gut wie gar nicht entsprochen hat. Der bayerische Kronprinz hatte, am 1. Juni, Eile für geboten gehalten und jede Woche als kostbar erklärt. Der Kanzler antwortete ihm, erst am 5. Juni, eigentlich ausweichend, bot einen Besuch im Juli — also einen vollen Monat später — an und vertrat in weitgehendem Optimismus die Auffassung, „daß eine Fortsetzung der für die militärische Macht Frankreichs und Englands vernichtenden Schläge schließlich doch innerhalb der Bevölkerung eine gegen die eigenen Regierungen gerichtete, kraftvolle Bewegung auslösen wird, die zusammen mit den in den beiden Ländern schon jetzt vorhandenen und an Stärke zunehmenden pazifistischen Strömungen die Anbahnung von Friedensverhandlungen in die Nähe rücken werden, zumal wenn die Einsicht zum Durchbruche gelangt, daß eine Verwirklichung der auf die amerikanische Hilfe gerichteten Hoffnung so rasch nicht zu erwarten ist". Immerhin erklärte er, es werde nichts versäumt werden, um den „richtigen Moment" zu „ernstlichen Friedensverhandlungen" sofort zu ergreifen.

In diesem Briefe spricht sich ein Optimismus aus, der von unserem heutigen Standpunkte aus bei einem Staatsmanne ge-

radezu unbegreiflich erscheint. Der Kronprinz von Bayern hatte getan, was in seinen Kräften stand, um den für die Führung der Außenpolitik verantwortlichen Kanzler auf die ganze Größe der Gefahr aufmerksam zu machen; in die Politik wollte er sich nicht unberufen mischen, erfüllte aber in bestem Sinne eine vaterländische Pflicht, wenn er aus seinem vierjährigen Verweilen an der Front heraus seine Meinung äußerte, von der er bezeichnenderweise gleich betonte, daß „sie vielleicht mit jener anderer Stellen" nicht übereinstimme.

Wenn der für die Außenpolitik verantwortliche Reichskanzler selbst von solcher Zuversicht auf einen schließlichen Erfolg der militärischen Operationen erfüllt war, daß er sogar so dringende Mahnrufe nicht ernst nahm, so mußte ein jeder Versuch nachgeordneter Persönlichkeiten in ähnlicher Richtung große Schwierigkeiten zu überwinden haben. Man hat beim Lesen der Erinnerungen des jungen Grafen Hertling ein wenig den Eindruck, als habe man seinem Vater in Rücksicht auf sein Alter und seinen körperlichen Zustand den ganzen Ernst der Dinge nicht ohne äußerste Not zeigen wollen, um ihn nicht zu beunruhigen und ihm die für seine zahlreichen wichtigen Obliegenheiten nötige Frische zu erhalten[1]). Das war bei einem halbwegs glücklichen Verlauf der Kriegshandlungen kein Nachteil, konnte sich aber zu einem Unglück entwickeln, wenn schwere Rückschläge eintraten. Und solche sollten sich leider bald einstellen.

III

Die Friedensoffensive des Obersten v. Haeften und die Entlassung des Staatssekretärs v. Kühlmann

Im Anschluß an seine Unterredung im Großen Hauptquartier[2]) hatte Oberst v. Haeften sich in Berlin an die Ausarbeitung eines Vorschlages zu einer Friedensoffensive begeben. Er besprach sie gelegentlich einer Dienstreise nach der Schweiz mit einigen älteren, erfahrenen deutschen Diplomaten, die sich damals in der Schweiz aufhielten. Daraufhin erst erhielt die von Haeften entworfene Denkschrift ihre endgültige Fassung. Obwohl sie in den von General Ludendorff herausgegebenen „Urkunden der Obersten Heeresleitung

[1]) Vgl. Friedrich Payer, „Von Bethmann Hollweg bis Ebert", S. 53/54. „(Hertling) litt körperlich unter den Beschwerden des Alters . . . Längere Sitzungen strengten ihn sehr an. Außerdem machten ihm seine Augen zuweilen zu schaffen, lesen konnte er nur unter Schwierigkeiten. Die Last an Arbeit, Kampf und Verantwortlichkeit, die auf ihm lag, ging mehr und mehr über seine Kräfte." — Welch erschütterndes Bild! Ein solcher Kanzler in solcher Zeit!

[2]) S. o. S. 188/189.

über ihre Tätigkeit 1916/18“ [1]) abgedruckt ist, muß sie in Anlage 2 in vollem amtlichen Wortlaute nochmals vorgelegt werden, da nur so ein zutreffendes Urteil über die Gesamtzusammenhänge möglich ist.

Oberst v. Haeften forderte ganz ähnlich wie bereits im Januar 1918 [2]) eine politische Offensive gegen die feindliche Heimatfront. Als geeigneter Zeitpunkt erschien ihm eine Pause in den Operationen, am besten vor dem Schlußakte unserer großen Offensive. In der Praxis mußte es allerdings schwer sein, diese Zeit genau zu bestimmen, denn von dem kriegerischen Verlaufe hing es ab, ob eine Offensive als Schlußakt bezeichnet werden konnte oder nicht. Der Fall war immerhin möglich — und ist zu Deutschlands Unglück im Sommer 1918 ja tatsächlich eingetreten —, daß die Initiative des militärischen Handelns auf den Gegner überging. Mit diesem Augenblick war auf eine politische Friedensoffensive, so wie sie sich Haeften dachte, aber überhaupt nicht mehr zu rechnen, denn ihre Voraussetzung war eine aussichtsvolle Lage an der Front. Als Hauptmittel für die Anbahnung einer Verständigung schwebten dem Obersten v. Haeften öffentliche Kundgebungen angesehener Persönlichkeiten vor. Der Feind sollte daraus, ohne die Regie zu merken, immer wieder dieselben Grundgedanken heraushören, so daß im feindlichen Auslande der Eindruck entstand, als habe sich in Deutschland eine entschlossene Gruppe unabhängiger Männer zusammengefunden, um einen Druck auf die deutsche Regierung auszuüben.

Die in der Denkschrift ausgearbeiteten Richtlinien entsprachen in der Hauptsache dem erstrebten Ziele, insonderheit das für die Behandlung des Friedens von Brest-Litowsk empfohlene Verfahren. Es war in der Tat sehr wesentlich, daß der Ententepropaganda ihr wirkungsvolles Mittel, den Frieden von Brest-Litowsk als einen annexionistischen Machtfrieden hinzustellen, entzogen wurde.

Mit vollem Rechte wies Haeften ferner auf die „größte Mäßigung in politischen Forderungen trotz glänzender militärischer Erfolge“ als auf eine „bewährte Tradition altpreußischer Politik“ hin. Deutschland sollte nach seiner Ansicht damals schon, wenn es bei seinen Gegnern ehrlichen Verständigungswillen fand, „zu einem Frieden bereit sein, der auch mit ihrer Ehre und ihren Interessen vereinbar ist“. In der belgischen Frage sollte Entgegenkommen gezeigt, und immer wieder sollte die Schuld am Kriege abgelehnt werden.

Der voraussichtliche Erfolg der Haeftenschen Friedensoffensive hing durchaus von unserer militärischen Lage ab. Nur wenn wir siegten, jedenfalls keine schweren Rückschläge erlitten, konnte die erhoffte Wirkung in den feindlichen Ländern, besonders in Eng-

[1]) S. 478 ff.
[2]) S. 1. Gutachten, S. 94.

land, eintreten. Bis jetzt war, nach Haeftens Ansicht, durch unsere Waffenerfolge, namentlich durch die dritte Offensive am Chemin des dames, eine große Wirkung bei unseren Feinden bereits eingetreten, insofern als das Vertrauen zur politischen und militärischen Führung der Entente einen schweren Stoß erlitten habe. Anschließend an diese Voraussetzung prägte Haeften einen Satz, der bald darauf eine bedeutsame politische Auswirkung erhalten sollte: „Diese Erfolge allein werden uns aber nicht den Frieden bringen; dazu bedürfen wir eines politischen Sieges hinter den feindlichen Fronten"; und ferner: „Ein solches Ergebnis — (eine „Torschlußpanik" der alliierten Völker) — wird unsere siegreiche Offensive allein, ohne politische Unterstützung, nicht herbeiführen." Haeften wünschte, daß die deutsche Regierung die Friedensbewegung in der Heimat fest in der Hand behalten und sie selbst leiten sollte. Geschehe das nicht, so könne die Friedensbewegung zu einer Friedenskatastrophe führen. Das sei keine Schwarzseherei, sondern pflichtmäßiges Bestreben, die Dinge zu sehen, wie sie wirklich seien, und den Gefahren ihrer möglichen Entwicklung vorausschauend zu begegnen. „Ohne das Einsetzen einer planmäßig handelnden Staatskunst vor Abschluß der militärischen Operationen kann der staatsmännische Friede nicht sichergestellt werden, der allein unseren Interessen entspricht."

Über die Stellung der O. H. L. zu der geplanten Friedensbewegung gibt uns der weitere Verlauf der Angelegenheit vollen Aufschluß. In den ersten Junitagen begab sich Oberst v. Haeften nach Avesnes und legte die Denkschrift dort dem General Ludendorff vor. Die Heerführer standen damals gerade unter der Hochstimmung, die durch den glänzend gelungenen Sturm auf den Chemin des dames ausgelöst worden war. Haeften befürchtete daher, mit seinen Friedensanregungen einen ungünstigen Zeitpunkt zu treffen. General Ludendorff las indes die Denkschrift aufmerksam durch, billigte ihren Inhalt und befahl, sie noch am gleichen Tage — dem 8. Juni — an den Reichskanzler zu senden. Das Anschreiben, mit dem er Haeftens Denkschrift dem Reichskanzler überreichte, hatte folgenden Wortlaut:

„Geheim! *Gr. H. Qu., den 8. Juni 1918*

Die seit Ende März sich abspielenden Kämpfe auf der Westfront haben sich zu einem großen siegreichen Schlage gegen die französisch-englische Streitmacht ausgestaltet. Es liegt in der notwendigen Ökonomie der Kräfte begründet, daß diese Kämpfe zeitweise abflauen werden, ehe wir zu einem neuen Schlage ausholen. Zu welchen weiteren Ergebnissen dieser führen wird, ist nicht zu übersehen. Der ganze Kampf mit Englands und Frankreichs Wehrmacht erstreckt sich somit über eine weite Zeitspanne, die Höhepunkte und Ruhepausen umschließt.

Zeitlich und sachlich muß neben unserer militärischen die politische Handlung schreiten. Besonders in den Kampfpausen, die Gelegenheit geben,

den Erfolg militärischer Siege politisch auszunutzen, muß die politische Handlung zielbewußt einsetzen.

Ich hatte den Chef der militärischen Stelle beim Auswärtigen Amt, Oberst v. Haeften gebeten, zu der Frage einer großzügigen Auswertung der militärischen Ereignisse durch politische Propaganda in der Heimat und den neutralen Ländern Stellung zu nehmen, einer Propaganda, die letzten Endes die Heimatfront unserer Feinde schwächen soll und damit als politische Offensive neben die militärische treten würde.

Die Ausführungen, die Oberst v. Haeften zu diesen Gedanken gemacht hat, beehre ich mich Euerer Exzellenz in der Anlage sehr ergebenst beizufügen. Euer Exzellenz bitte ich, diese Ausführungen zu prüfen und ihnen, ebenso wie ich, in den wesentlichen Punkten beizutreten. Ich glaube, Euer Exzellenz Zustimmung sicher zu sein, daß wir den militärischen Kampf politisch unterstützen und die in ihm erzielten Erfolge politisch auswerten müssen. Hierzu scheint mir der vom Obersten v. Haeften vorgeschlagene Weg gangbar zu sein. Bei der Bedeutung, welche diese Frage für die Oberste Heeresleitung hat, und bei der Wechselwirkung zwischen militärischem und politischem Vorgehen bei der Ausführung würde Euer Exzellenz ich sehr ergebenst bitten, mich in umfassender Weise über beabsichtigte Maßnahmen durch den Obersten v. Winterfeldt zu unterrichten, den ich anhalten würde, in Zusammenarbeit mit dem Obersten v. Haeften und dem Chef des Kriegspresseamts, Major Würz, die diesen Stellen verfügbaren Kräfte zur Förderung der von uns gemeinsam gebilligten Maßnahmen einzusetzen.

I. A.: gez. Ludendorff

An den Reichskanzler in Berlin"

Bei diesem Anschreiben ist zunächst zu beachten, daß es vom 8. Juni datiert ist. Damals war das Vorgehen gegen Reims bereits eingestellt, der Angriff auf Compiègne stand gerade bevor. General Ludendorff betonte daher in seinem Schreiben, daß die Kämpfe zeitweise abflauen müßten, ehe wir zu einem neuen Schlage ausholten. Der Ernst der Lage, wie er ihn sah, kommt in den Worten: „Zu welchen weiteren Ergebnissen dieser (Schlag) führen wird, ist nicht zu übersehen" zu klarem Ausdruck. Wichtig ist auch, daß Ludendorff den Ausführungen der Denkschrift in den wesentlichen Punkten beitrat, und daß er den darin vorgeschlagenen Weg für gangbar hielt. Damit übernahm er auch die wichtige Feststellung, daß die militärischen Erfolge allein uns den Frieden nicht bringen würden. Wenn er ferner den Reichskanzler bat, den Anregungen der Denkschrift beizutreten und die beabsichtigten Maßnahmen durch den Obersten v. Winterfeldt mitteilen zu lassen, der mit Haeften und dem Chef des Kriegspresseamts, Major Würz, gemeinsam für die Erreichung des erstrebten Zieles wirken sollte, so war — abgesehen von einer entgegenkommenden, nicht mißzuverstehenden Erklärung über Belgien — seitens des Ersten Generalquartiermeisters alles geschehen, was zur Förderung der Friedensoffensive militärischerseits damals möglich war.

Nach Berlin zurückgekehrt, wurde Oberst v. Haeften zum mündlichen Vortrage über seine Denkschrift zum Reichskanzler befohlen.

Seinem Vortrage wohnten Vizekanzler v. Payer[1]), Staatssekretär v. Kühlmann und Unterstaatssekretär v. Radowitz bei. Haeften wies auf den Ernst der militärischen Lage hin und betonte die Notwendigkeit, „unverzüglich Maßnahmen zur Kriegsbeendigung zu ergreifen". Hierzu sei die in der Denkschrift angeregte Friedensoffensive vielleicht ein Mittel. Graf Hertling äußerte Bedenken über die Möglichkeit ihrer Durchführung, solange zwischen der Reichsregierung und der O. H. L. keine Einigkeit in der belgischen Frage bestehe, eine Ansicht, die auch Kühlmann teilte. Haeften erwiderte, eine solche Einigkeit über die belgische Frage sei jetzt seiner Ansicht nach unschwer zu erzielen; er sei zwar nicht zu einer Erklärung hierüber von General Ludendorff ermächtigt, habe aber bei seinem letzten Vortrage bei Ludendorff die belgische Frage in Verbindung mit den Grundgedanken der Friedensoffensive erörtert und bei dem General durchaus maßvolle Ansichten bezüglich Belgiens festgestellt. Wenn die Reichsregierung diese Frage jetzt mit Energie betreibe, so sei nach seiner, Haeftens, Überzeugung eine Einigung zu erzielen. Alle anwesenden Herren, insbesondere Vizekanzler v. Payer, äußerten sich hierüber sehr befriedigt und hielten unter diesen Umständen eine Friedensoffensive für durchführbar und aussichtsreich. Auf die Frage Hertlings, wer mit ihrer Leitung beauftragt werden solle, schlug Kühlmann den Obersten v. Haeften vor, dem er einen erfahrenen älteren Diplomaten als Berater zur Seite stellen wolle. Trotz anfänglicher Bedenken erklärte sich Haeften auf eine Anfrage des Reichskanzlers bereit, diese rein politische Aufgabe zu übernehmen, vorausgesetzt, daß der Generalfeldmarschall und General Ludendorff ihre Genehmigung erteilten. Beide erklärten sich noch am gleichen Tage einverstanden.

Für das weitere Schicksal der Friedensoffensive ist die Beurteilung von Einfluß gewesen, die Haeftens Denkschrift durch den Pressechef des Reichskanzlers, Ministerialdirektor Deutelmoser[2]), in einem an den Reichskanzler und den Staatssekretär des Auswärtigen Amts gerichteten Schriftsatze vom 14. Juni gefunden hat.

Deutelmoser glaubte in den theoretischen Erörterungen der Denkschrift zunächst „eine unverkennbare Wesensverwandtschaft mit dem Grundgedanken der Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917" zu erkennen. Auch die vielumstrittene Resolution habe den Zweck verfolgt, die dem Frieden geneigten politischen Gruppen im feindlichen Auslande zu stärken. Sie habe diesen Zweck verfehlt, da sie sich in der Wahl des Zeitpunktes vergriff, und weil keine geschickte Regie vorhanden war. „Auf den Kriegsschauplätzen war damals die Lage recht

[1]) Vgl. hierzu die ausführlichen Darlegungen Payers in seinem kürzlich erschienenen Buche „Von Bethmann Hollweg bis Ebert", S. 257 ff. Payer hielt die Haeftenschen Vorschläge für zu theoretisch und daher praktisch undurchführbar.

[2]) Vgl. S. 309, Anm. 2.

unklar. Daheim war die Stimmung gedrückt. Unter solchen Verhältnissen mußte die Resolution vom Feinde als Zeichen der Schwäche mißdeutet werden. Der gehässige innere Kampf, der ihr folgte, weil sie parteipolitisch und ohne genügende Fühlung mit den Behörden ins Werk gesetzt war, mußte diesen Eindruck im Auslande noch verstärken. Auch die Friedensparteien beim Feinde wollen ja keinen Frieden um jeden Preis. Auch ihnen ist ein günstiger Abschluß des Krieges lieber als ein schlechter. Sie sind also nur mobil zu machen und an die Herrschaft zu bringen, wenn ihnen die Überzeugung eingeflößt wird, daß jeder weitere Kampf die Lage ihres Heimatlandes verschlechtert, der baldige Abschluß des Friedens hingegen unter gemäßigten, annehmbaren Bedingungen möglich ist. Unser Mangel an innerer Einheit ist daran schuld, daß wir es bisher nicht vermocht haben, diese Überzeugung im feindlichen Ausland zustandekommen zu lassen. Auch das stete Gejammer über die Nöte des Krieges bei uns wirkt selbstverständlich dem Frieden entgegen."

Das Bemerkenswerteste an der Denkschrift Haeftens sah Deutelmoser darin, daß ihr Verfasser anscheinend nicht an die Möglichkeit glaube, den Krieg durch bloße Waffengewalt zu beenden. „Diese Auffassungsweise von militärischer Seite ist neu. Wäre sie schon früher vorhanden gewesen, so hätte die O. H. L. wohl zu der Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 eine andere Haltung eingenommen und auch bei mancher anderen Gelegenheit in außenpolitischer Hinsicht weniger schroff den reinen Machtgedanken vertreten."

Für die Verwirklichung der Haeftenschen Gedanken aber waren nach Deutelmosers Ansicht noch einige Vorbedingungen zu erfüllen, vor allem eine vertrauensvollere Zusammenarbeit der militärischen mit der politischen Leitung und die Heranziehung des Reichstages. Wörtlich schrieb Deutelmoser:

„Die nächste praktische Frage ist, ob die Heeresleitung jetzt in der Tat den Entschluß gefaßt hat, vertrauensvoller mit den für die äußere Politik verantwortlichen Stellen zusammenzuwirken. Will sie das, so bietet die Denkschrift einen willkommenen Anlaß, endlich entscheidende Schritte zur vollen Verständigung über die fernere politische Taktik zu tun.

Von vornherein muß dann aber auch betont werden, daß es nicht möglich ist, diese dringend erwünschte Einigung etwa nur auf außenpolitische Fragen zu beschränken. Die äußere und die innere Politik sind gegenseitig bedingt.

Vor allem muß die Oberste Heeresleitung uns erst einmal helfen, im Inneren wieder Vertrauen und Einheit zu schaffen. Der wichtigste Schritt dazu ist, daß sie es uns mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln erleichtert, die preußische Wahlreform baldigst zustande zu bringen. Nur so ist es möglich, das allgemeine Vertrauen des Volkes zur Reichsleitung derartig fest zu verankern, daß wir allen äußeren Stürmen mit Sicherheit Trotz bieten können.

Die zweite Voraussetzung für das Gelingen der vorgeschlagenen „politischen Offensive" ist, daß der Reichstag für die Beteiligung daran ge-

wonnen wird. Diese Notwendigkeit wird in der Denkschrift gar nicht erwähnt. Sie ist aber schlechthin entscheidend. Gerade weil der Reichstag früher bisweilen Nervenkrisen durchgemacht hat, wird im Auslande er und nicht die von der Zensur beschränkte Presse als Barometer der deutschen Volksstimmung angesehen. Neue Resolutionen braucht er zur Unterstützung unseres politischen Handelns gar nicht zu fassen. Es wäre sogar, wie ich glaube, ein Fehler, wenn er das täte. Aber seine allgemeine Haltung muß derartig sein, daß das Ausland jede Hoffnung verliert, zwischen ihn, die Reichsleitung und die Oberste Heeresleitung jemals einen Sprengkeil treiben zu können. Die national vollkommen zuverlässigen Männer, von denen die Denkschrift spricht, sind vor allem im Reichstag zu suchen und dort auch zu finden. Kommen dann noch andere mit hinzu, so ist es um so besser. Aber ohne oder gar gegen den Reichstag können die Anderen nichts machen, was daheim und im Auslande günstig und nachhaltig wirkt.

Die dritte Voraussetzung ist, daß auch die Presse unser politisches Handeln mit geschickter Rollenverteilung unterstützt. Auch das geht aber nur dann, wenn der Reichstag mitmacht, und der wiederum ist nur zu gewinnen, wenn wir die preußische Wahlrechtsfrage befriedigend lösen. Diese Frage ist also, wenn man die Sache nüchtern und praktisch ansieht, der Brennpunkt des ganzen. Ihre Erledigung würde auch unmittelbar die stärkste Wirkung im Auslande haben.

Ehe die oben skizzierte allgemeine Grundlage unserer Zusammenarbeit mit der O. H. L. festgelegt ist, hat es wenig Zweck, sich näher mit Einzelheiten zu beschäftigen. Die Verständigung über diese ergibt sich später von selbst.

gez. Deutelmoser

Dem Reichskanzler und Staatssekretär des Auswärtigen Amts"

Im ganzen versprach sich also Deutelmoser nicht eben viel von der Haeftenschen Friedensoffensive, hielt jedenfalls ihren Erfolg für abhängig von dem Zustandekommen der preußischen Wahlreform und von der vertrauensvollen Heranziehung des Reichstages.

Inzwischen hatten in der Presse bereits Versuche eingesetzt, die öffentliche Meinung im Sinne der „Friedensoffensive" zu beeinflussen. Kurz nach der Erstürmung des Chemin des dames veröffentlichte die „Kreuzzeitung" einige L. H. gezeichnete Artikel, die sich in derartigen Gedankengängen bewegten und um so größeres Aufsehen machten, als die „Kreuzzeitung" bisher einen ganz anderen Standpunkt vertreten hatte. Die „Kölnische Zeitung" richtete einen scharfen Angriff gegen die „Lethargie" der politischen Leitung, die auf dem diplomatischen Kampffelde die Initiative nach wie vor den Feinden überlasse[1]). Als Staatssekretär Helfferich am 17. Juni mit einem der O. H. L. nahestehenden höheren Offizier über die Gesamtlage sprach, setzte ihm dieser auseinander, unsere politische Ausnutzung der deutschen militärischen Erfolge sei gleich null; wir würden den Krieg nie beendigen, geschweige denn gewinnen können, wenn nicht Wandel geschaffen werde. Graf Hertling aber sei infolge seines Alters und seiner Kränklichkeit aktionsunfähig, und den Herren von der O. H. L. sei ein ver-

[1]) Karl Helfferich, „Der Weltkrieg", 3. Band, S. 417.

trauensvolles und enges Zusammenarbeiten mit Herrn v. Kühlmann unmöglich[1]).

In diesem Zusammenhange richtete der der O. H. L. nahestehende höhere Offizier an Helfferich die Frage, ob er geneigt sein würde, gegebenenfalls das Auswärtige Amt zu übernehmen. Helfferich erwiderte, daß ihm die scharfe Gegnerschaft des Parlaments und der Presse eine gedeihliche Führung der auswärtigen Politik unmöglich machen würden. Tags darauf, am 18. Juni, erstattete er dem Reichskanzler Bericht über diese wichtige Unterredung, „ohne in dem springenden Punkte, daß die O. H. L. selbst die Hoffnung auf eine rein militärische Beendigung des Krieges offenbar aufgegeben habe, und daß diese neue Lage alsbald eine auf den Grund der Dinge gehende Aussprache zwischen den beiden Faktoren erfordere, auf volles Verständnis zu stoßen[2])."

Der Reichskanzler Graf Hertling war also nunmehr von drei verschiedenen Seiten, vom Kronprinzen Rupprecht von Bayern, vom Obersten v. Haeften, und zwar von diesem unter ausdrücklicher Berufung auf die Ansicht der O. H. L., und endlich auch vom Staatssekretär Helfferich darauf aufmerksam gemacht worden, die O. H. L. habe die Hoffnung auf eine rein militärische Beendigung des Krieges offenbar aufgegeben, und neue Entschlüsse seien nötig. Wenn Hertling die Psychologie im Felde stehender Heerführer und ihre nur allzu verständliche Scheu, in schwieriger Lage Kleinmut zu zeigen, in Betracht zog, hätte er jetzt eigentlich die Dinge noch ernster ansehen müssen, als sie ihm dargestellt wurden. Diese Schlußfolgerung hat er aber, wie besonders eindringlich seine Antwort vom 5. Juni an den Kronprinzen von Bayern beweist, leider nicht gezogen, sondern weiterhin einen durch die wirkliche Lage nicht mehr gestatteten Optimismus gehegt. Vor allem unterblieb das Wichtigste, was in dieser Lage hätte geschehen müssen: eine sofortige Aussprache der politischen und militärischen leitenden Persönlichkeiten über die gegenwärtige Lage und die notwendigen weiteren Entschlüsse.

Staatssekretär v. Kühlmann handelte daher nur folgerichtig, wenn er von sich aus die nächste sich bietende Gelegenheit zu einer Erklärung im Sinne der von der O. H. L. gebilligten, ja sogar empfohlenen Friedensoffensive ergriff. Eine solche bot sich am 24. Juni im Reichstage. An diesem Tage stand der Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes auf der Tagesordnung. Die Parteiführer hatten dem Reichskanzler den Wunsch geäußert, er möge bei dieser Gelegenheit über die politische Lage nach Abschluß des Friedens im Osten und auf Grund der Operationen im Westen einige Ausfüh-

[1]) A. a. O., S. 417/418.
[2]) A. a. O. S. 418.

rungen machen. Graf Hertling wollte an diesem Tage nicht sprechen und beauftragte im letzten Augenblicke Herrn v. Kühlmann. Kühlmann hielt nun eine längere, augenscheinlich improvisierte Rede, die, nach Mitteilungen von Karl Friedrich Nowak in seinem Buche „Der Sturz der Mittelmächte“ [1]), in gewisser Beziehung die Antwort auf eine in Glasgow von General Smuts gehaltene Rede darstellen sollte. Smuts hatte ausgeführt, daß man unter einem alliierten Siege nicht die vollständige Niederzwingung Deutschlands, die Überschreitung des Rheines und die Diktierung des Friedens in Berlin zu verstehen brauche. So suchte auch Kühlmann die deutsche öffentliche Meinung in dem Sinne zu beeinflussen, nicht jede Eröffnung von Feindesseite als Falle aufzufassen und jeden Annäherungsversuch der Gegner sogleich zu diskreditieren. Denn solange dies geschehe, sei nicht abzusehen, wie irgendein zum Frieden führender Gedankenaustausch eingeleitet werden könne. „Ohne solchen Gedankenaustausch“, fuhr er wörtlich fort, „wird bei der ungeheuren Größe dieses Koalitionskrieges und bei der Zahl der in ihm begriffenen, auch überseeischen, Mächte durch rein militärische Entscheidung allein ohne alle diplomatischen Verhandlungen ein absolutes Ende kaum erwartet werden können.“ Er schloß seine Rede mit dem Hinweise auf unsere Stellung auf den Schlachtfeldern, auf unsere ungeheuren Reserven an militärischen Hilfsmitteln, auf die Lage und die Entschlossenheit im Inneren: alles dies gestatte uns, eine solche Sprache zu führen, und lasse uns hoffen, daß die Gegner den Gedanken an einen Sieg der Entente als Traum und Illusion erkennen würden.

In dieser Rede fanden sich also die Gedanken aus der Haeftenschen Denkschrift über die Friedensoffensive: „Diese Erfolge allein werden uns aber nicht den Frieden bringen; dazu bedürfen wir eines politischen Sieges hinter den feindlichen Fronten,“ und: „Ein solches Ergebnis wird unsere siegreiche Offensive allein, ohne politische Unterstützung, nicht herbeiführen,“ mit etwas anderen Worten, aber inhaltlich gleichbedeutend wiedergegeben. Der Kern der Ausführungen lag in der Feststellung, daß die militärischen Erfolge allein zur Erreichung des Friedens nicht ausreichen würden. General Ludendorff hatte diesen Kernsatz der Haeftenschen Friedensoffensive in der Denkschrift nicht ausdrücklich beanstandet, Ministerialdirektor Deutelmoser aber gerade diesen Satz als das Bemerkenswerteste an der Denkschrift Haeftens bezeichnet. Staatssekretär von Kühlmann war daher, zumal nach der ausführlichen Aussprache zwischen Graf Hertling, Vizekanzler v. Payer, Unterstaatssekretär von Radowitz, Oberst v. Haeften und ihm, die nach Rückkehr Haeftens vom Großen Hauptquartier stattgefunden hatte [2]), vollauf berechtigt, den leitenden Grundgedanken dieser Friedensoffensive herauszugrei-

[1]) S. 166 ff.
[2]) Siehe oben S. 196/197.

fen und damit die durchaus notwendige Umstellung der öffentlichen Meinung von ihrer übertriebenen Siegeszuversicht behutsam einzuleiten. Eine solche Umstellung aber war dringend nötig, denn aus dem überstiegenen Optimismus des deutschen Volkes über die Kriegslage erwuchsen die annexionistischen und uferlosen Kriegsziele, die damals zügellos erörtert und in einem großen Teile der deutschen Presse dem urteilslosen Leserkreise eingehämmert wurden. Einmal mußte von verantwortlicher Stelle aus darauf aufmerksam gemacht werden, daß eine Bescheidung von nöten sei. Darin lag keine Gefährdung der Kriegslage, und man brauchte eine Minderung des Kampfwillens der Front daraus nicht zu befürchten. Im Gegenteil konnte eine derartige Erklärung sogar die Zuversicht an der Front steigern, daß auch von seiten der Politik alles geschehe, um den Krieg zu einem günstigen Abschlusse zu bringen, und daß nicht ein Tag länger etwa um illusionistischer Kriegsziele willen weitergekämpft werden müsse. Dazu waren weite Teile der kämpfenden Front, besonders die älteren Jahrgänge, nach der nahezu vierjährigen Kriegsdauer nicht mehr bereit.

Wenn im Großen Hauptquartier Kühlmanns Rede „wie eine Bombe einschlug und hellste Empörung auslöste [1]), so muß zur Erklärung dieser Wirkung die tiefe persönliche Verstimmung zwischen den Männern der O. H. L. und dem Staatssekretär mit herangezogen werden. Schon am Morgen nach der Reichstagsrede, am 25. Juni, erhielt Graf Hertling ein Telegramm des Feldmarschalls v. Hindenburg, in dem von dem niederschmetternden Eindruck der Rede Kühlmanns auf die Armee die Rede war [1]). In der Berliner Pressekonferenz am 25. Juni ließ die O. H. L. auf Anfrage erklären, daß sie durch die Rede des Staatssekretärs auf das Peinlichste überrascht worden sei [2]). An diesem Tage kam die Angelegenheit im Reichstage nochmals zur Sprache, da Graf Hertling das Wort ergriff und das Haus bat, die Erklärungen Kühlmanns mit Ruhe anzuhören, die dieser seiner gestrigen, von vielen mißverstandenen Rede folgen lassen wolle. Nunmehr verteidigte sich der Staatssekretär gegen die scharfen Angriffe, die Graf Westarp tags vorher wegen seiner Erklärungen gegen ihn gerichtet hatte, in durchaus schwächlicher Weise, so daß jetzt seine Stellung als Leiter des Auswärtigen Amtes ernstlich erschüttert wurde. Beim Reichskanzler bestand noch eine Zeitlang die Hoffnung, den Staatssekretär halten zu können, zumal der Kaiser die entstandene Krisis vorläufig ziemlich ruhig beurteilte. Ein Wechsel des Staatssekretärs der Äußeren Angelegenheiten mußte auch bei dem hohen Alter des Reichskanzlers und seinem körperlichen Zustande schon aus diesem Grunde als unerfreulich angesehen werden. Eine unmittelbare Auswirkung der Kühlmannschen Rede vom 24. Juni war,

[1]) Karl Graf v. Hertling, „Ein Jahr in der Reichskanzlei", S. 118.
[2]) Karl Helfferich, „Der Weltkrieg", Band 3, S. 425/426.

daß General Ludendorff am 25. Juni dem Obersten v. Haeften jede Mitarbeit bei der Durchführung der Friedensoffensive verbot.

Damit fiel der ganze Plan ins Wasser und wurde auch von der Reichsregierung nicht mehr aufgenommen. Die Friedensoffensive war tot. Nunmehr kam alles darauf an, Deutschlands zahlreiche und sich täglich immer mehr verstärkende Gegner mit den Waffen friedenswillig zu machen, dies aber zu einer Zeit, wo die eigenen Angriffs- und Verteidigungskräfte bereits in erschreckendem Maße dahinschwanden.

Ende Juni schien es dem Reichskanzler erwünscht, von sich aus eine nähere Fühlung zwischen der politischen und militärischen Leitung des Krieges herbeizuführen. Er beschloß, für längere Zeit in das Große Hauptquartier nach Spa überzusiedeln, und der Kaiser gestattete ihm in Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand, sich von seiner Gattin und Tochter dorthin begleiten zu lassen.

Am Tage seiner Ankunft in Spa, am 1. Juli, hatte Graf Hertling schon die erste längere Unterredung mit dem Feldmarschall v. Hindenburg und dem General Ludendorff. Er verteidigte hierbei Herrn v. Kühlmann, soweit es ihm möglich war, verurteilte aber gleichfalls sein Verhalten am 25. Juni in seiner zweiten Reichstagsrede. Der Feldmarschall lehnte den Staatssekretär aufs schärfste ab und erklärte, daß die O. H. L. mit ihm nicht mehr arbeiten könne.

Über die weiteren Gegenstände der Beratung am 1. Juli geben die in Anlage 3 wörtlich abgedruckten „Notizen für die Besprechungen mit dem Herrn Reichskanzler am 1. 7. 18“ Aufschluß. Als wichtigste Aufgabe erschien es nach gemeinsamer Auffassung der O. H. L. und des Kriegsministeriums, die Ersatzgestellung für das Feldheer zu heben und die Arbeitsleistung in der Heimat auf das Höchstmaß zu steigern. Naturgemäß wirkte die Arbeiterfrage in der Heimat auf die Ersatzgestellung erheblich zurück, und es bezeichnet die dauernd wachsenden Schwierigkeiten Deutschlands, daß man zu immer neuen Aushilfen greifen mußte. Die O. H. L. war mit allen für gangbar gehaltenen Wegen einverstanden, wenn nur gesichert war, daß die angestrebten Ziele erreicht wurden. Als gemeinsamen Beschluß der Reichsleitung und der O. H. L. legte Graf Hertling in einer zusammenfassenden Niederschrift, die er seinem Sohne hinterlassen hat, fest, man sei darin einig, zunächst die volle Kraft gegen England weiter einzusetzen, zu einem vernünftigen Gespräche aber bereit zu sein. Nach der Ansicht der O. H. L. mußte die Stimmung in England infolge der letzten militärischen Schläge gedrückt sein, da es noch viel zu verlieren hätte. Die O. H. L. sei stets bereit, „es zu hören, wenn es aus solchem Bekenntnis heraus an Deutschland herantrete; daß aber alle Schritte mit der Kraft und der Würde geschehen müßten, die Deutschlands Leistungen entsprächen [1]).“

[1]) Karl Graf v. Hertling, „Ein Jahr in der Reichskanzlei“, S. 125.

Die O. H. L. war also noch verhältnismäßig zuversichtlich, wenn sie erwartete, daß England von sich aus den ersten Schritt tun sollte.

Am 2. Juli fanden in Spa weitere wichtige Besprechungen statt, und zwar zunächst eine solche zwischen dem Kaiser und dem Reichskanzler. Hierbei meinte auch der Kaiser, daß ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten der O. H. L. mit dem Staatssekretär v. Kühlmann auf die Dauer nicht mehr möglich sei, und war mit einem Wechsel zum Herbst einverstanden. Eine sofortige Entlassung des Herrn v. Kühlmann schien nicht empfehlenswert, da unverbindliche Besprechungen mit dem Haag eingeleitet worden waren und befürchtet werden konnte, diese Aktion werde sich vielleicht bei einem Wechsel des Staatssekretärs des Äußern zerschlagen.

Sachliche Hauptgegenstände der Besprechungen am 2. und 3. Juli 1918, zu denen auch die Seekriegsleitung herangezogen wurde, bildeten die Zukunft der Oststaaten, die belgische Frage und die beabsichtigte Erklärung eines neuen Sperrgebietes an der Ostküste der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Über das Ergebnis der Besprechung liegt ein amtliches Protokoll vor, das seiner Wichtigkeit wegen als Anlage 4 auszugsweise zum Abdruck gebracht ist. Für die Erörterung der östlichen Probleme war der Gesandte v. Rosenberg vom Auswärtigen Amte herbeigeholt worden. Dort bestanden noch mancherlei Wünsche, die zum Teil nur durch Verhandlungen mit den Russen verwirklicht werden konnten. Die austro-polnische Lösung wurde endgültig verworfen; Österreich-Ungarn sollte auf die Personalunion verzichten, die Polen einen Kandidaten vorschlagen und zu den Kriegskosten beitragen, sowie an Deutschland einen Grenzstreifen abtreten. Außerdem sollte Deutschland in Polen die wirtschaftliche Vorhand behalten, und da Polen als unser Durchfuhrland nach dem Osten angesehen wurde, auch den vorherrschenden Einfluß auf die Eisenbahnen behalten. In der b e l g i s c h e n F r a g e wurde aufs neue festgesetzt, daß das Land niemals wieder unter französisch-englischen Einfluß kommen und Aufmarschgebiet unserer Feinde werden dürfe. Hierfür sollte die Trennung von Flandern und Wallonien, die als zwei getrennte Staaten nur durch Personalunion und wirtschaftliche Abmachungen zu vereinigen waren, gefordert werden. Belgien sollte ferner durch Zollunion, Eisenbahngesellschaft und dergleichen in engste Beziehungen zu Deutschland gebracht werden, eine eigene Armee vorläufig nicht halten dürfen. Deutschland wollte sich eine lange Okkupation des Landes mit allmählichem Abbau sichern, so daß als letztes die flandrische Küste und Lüttich zu räumen wären. Die vollständige Räumung sollte davon abhängig sein, daß Belgien sich auf das engste an Deutschland anschloß, und namentlich sollte für den Schutz der Küste durch Flandern die Gewähr unbedingter Zuverlässigkeit bestehen. Zur Erklärung eines neuen Sperrgebietes, die die Marineleitung bereits seit einiger Zeit vom

Reichskanzler hartnäckig gefordert hatte, obwohl zunächst nur drei, nach einigen Wochen im ganzen sechs Unterseekreuzer für diese schwierige Aufgabe zur Verfügung standen, weigerte sich der Kaiser, seine Zustimmung zu geben. Die O. H. L. bekundete indes, daß sie mit Rücksicht auf die Verstärkung der Amerikaner an der Westfront auf die recht baldige Erklärung des Sperrgebiets den allergrößten Wert lege, zumal sie sich davon auch eine Erleichterung des U-Bootkrieges in den europäischen Gewässern versprach.

Überblickt man die Forderungen der O. H. L., wie sie in dem Protokoll der Beratungen vom 2./3. Juli zum Ausdruck kommen, im ganzen, so springt in die Augen, daß ganz unverkennbar bei ihr wieder eine sehr viel optimistischere Auffassung in bezug auf den Kriegsausgang Platz gegriffen hatte. Graf Hertling mußte jedenfalls diesen Eindruck gewinnen, sonst hätte auch die O. H. L. nicht so weitgehende Ziele hinsichtlich Belgiens jetzt noch festhalten können. Diese gingen in der Tat auf eine erhebliche Verminderung der belgischen Souveränität hinaus, denn es wurde dem Lande nicht einmal mehr die Militärhoheit zugestanden. Solche Ziele waren nur durch einen entscheidenden Sieg im Westen zu erreichen. Wenn Graf Hertling durch den Brief des Kronprinzen Rupprecht, durch die „Friedensoffensive" des Obersten v. Haeften und durch die Unterredung mit dem Staatssekretär Helfferich zu der Ansicht hätte gelangen müssen, was ja allerdings tatsächlich nicht der Fall gewesen ist, die O. H. L. rechne nicht mehr auf einen entscheidenden Waffensieg, so konnte er jetzt nach dem Vorgehen der O. H. L. gegen den Staatssekretär v. Kühlmann und nach der Aufstellung solcher Kriegsziele in bezug auf Belgien wieder der Meinung werden, es werde doch gelingen, den Feinden durch Waffenentscheidung unseren Willen aufzuzwingen. Das ist jedenfalls der Sinn der Besprechungen am 2./3. Juli 1918 gewesen.

Die O. H. L. begab sich am 3. Juli wieder in ihr Operationsquartier in Avesnes, Kaiser und Kanzler blieben in Spa zurück. Kühlmann war nach Spa gebeten worden, da Graf Hertling es sich ausbedungen hatte, der Kaiser solle ihn noch einmal empfangen, um ihm Gelegenheit zu einer Aussprache zu geben. Der Kaiser selbst aber glaubte jetzt nicht mehr an die Möglichkeit eines vertrauensvollen Zusammengehens der O. H. L. mit dem Staatssekretär und mußte deshalb auf die Auswahl eines Nachfolgers Bedacht nehmen. Die Wahl fiel auf den damaligen deutschen Gesandten in Christiania v. Hintze, der am 5. Juli in Spa eintraf, anfangs aber eine andere Verwendung — die Entsendung nach Moskau, wo soeben Graf Mirbach ermordet worden war — vorgezogen haben würde.

Zwei Tage später traf auch Herr v. Kühlmann in Spa ein und trug, über die Stimmung im Großen Hauptquartier anfangs noch nicht unterrichtet und offenbar noch im Glauben, sein Amt weiter-

führen zu können, Hintze diesen Posten als Vertreter des Deutschen Reiches in Moskau an. Kühlmann hielt sich verpflichtet, noch im Amte zu bleiben, da die im Haag weilenden Vertreter der englischen Kommission für den Gefangenenaustausch den Wunsch geäußert hatten, eine schon begonnene Unterhaltung mit ihm selbst weiterzuspinnen. Es stand auch zu befürchten, daß die Entente aus der Entlassung des Staatssekretärs falsche Schlüsse bezüglich der Weiterführung der deutschen Außenpolitik ziehen würde. Aus Berlin berichtete ferner am 6. Juli der Vizekanzler v. Payer, daß ein Rücktritt des als Vertreter gemäßigter Kriegsziele geltenden Staatsmannes auch schwere innerpolitische Folgen zeitigen könnte[1]).

Graf Hertling entschloß sich daher, dem Kaiser diese Ansichten noch am 7. Juli abends vorzutragen. Er legte ihm bei dieser Gelegenheit auch den Brief des Vizekanzlers v. Payer vor und veranlaßte den Monarchen, die Verabschiedung Kühlmanns noch hinauszuschieben. Noch am gleichen Abend aber erschien plötzlich Oberst v. Winterfeldt mit dem Auftrage, dem Kanzler zu berichten, „der Kaiser habe seine Meinung geändert und könne dem Vorschlage, mit der Verabschiedung des Staatssekretärs noch zu warten, nicht mehr beistimmen[2])". Tags darauf, am 8. Juli, teilte der Monarch Herrn v. Kühlmann seinen Entschluß mit. Über seine letzte Audienz beim Kaiser erstattete Kühlmann einen schriftlichen Bericht an den Kanzler, in dem ausgesprochen wurde, daß er „unter gewissen Bedingungen eine Beendigung des Krieges noch im Herbst 1918 durch glückliche Vereinigung von Waffenerfolgen mit diplomatischer Aktion für möglich" halte.

Am 9. Juli bestimmte der Kaiser den Gesandten v. Hintze — nach mehrtägigem, mit Gründen belegten Sträuben Hintzes — zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. Diese Haltung Hintzes bestätigt der Kanzler in einem ausführlichen Schreiben an den Vizekanzler v. Payer vom 8. Juli 1918[3]). Er führte darin aus, daß Kühlmann nicht hätte gehalten werden können, da der Widerstand des Feldmarschalls und des Generals Ludendorff „gegen ein Verbleiben Kühlmanns nicht zu brechen und eine vertrauensvolle Arbeit der beiden Stellen miteinander nicht zu erreichen" war. Er habe den ruhigen Herrn v. Hindenburg noch nie so abweisend gefunden; der Kaiser aber habe es für ausgeschlossen erklärt, daß etwa auf seinen Befehl hin ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten möglich sei. „Die Entlassung der Heerführer zu verlangen, auf die Heer und Heimat mit unbedingtem Vertrauen blickten, wäre frevelhaft gewesen und hätte selbstverständlich auch keinerlei Erfolg gehabt." Das Ausscheiden Kühl-

[1]) Wortlaut des Briefes siehe Friedrich Payer, „Von Bethmann Hollweg bis Ebert", S. 69/70.

[2]) Karl Graf v. Hertling, „Ein Jahr in der Reichskanzlei", S. 129.

[3]) A. a. O., S. 131 ff.

manns solle keinen Wechsel in der inneren und äußeren Politik bedeuten. Über die Wahl Hintzes berichtete der Reichskanzler: „Herr v. Hintze hatte schwere Bedenken, ob er das Amt annehmen solle, und tut es, wenn er es tut, nur auf den Befehl seines Kaiserlichen Herrn. Er hat mir den Eindruck eines ernsten und fähigen Mannes gemacht und gilt als erstklassiger Kenner russischer Verhältnisse. Politisch im Sinne einer Parteirichtung hat er sich nie betätigt, nach dieser Richtung ist er ein unbeschriebenes Blatt."

In den politischen Kreisen Berlins erregte die Verabschiedung Kühlmanns und die Wahl des Nachfolgers erhebliches Aufsehen. Vizekanzler v. Payer wünschte daher, Hintze möge sich am 10. Juli selbst nach Berlin begeben, um mit den führenden Parlamentariern bekannt gemacht zu werden. Der Reichskanzler beschloß daraufhin, den Staatssekretär zu begleiten und fuhr am 10. Juli selbst nach Berlin. Dort gab er in der Sitzung des Hauptausschusses über die Gründe, die zu der Verabschiedung Kühlmanns geführt hätten, Aufschluß und beruhigte die Parlamentarier darüber, daß von einem Wechsel in der Richtung der auswärtigen Politik nicht die Rede sein solle. Am 12. Juli kehrte Hertling nach Spa zurück und vermochte am 13. dem Kaiser „über das friedliche Ende, das die Kühlmann-Krisis in Berlin gefunden hatte", Bericht zu erstatten [1]). Der Kaiser begab sich noch am gleichen Abend an die Front, um die Truppen vor dem für den 15. Juli beabsichtigten Angriffe über die Marne zu besuchen. Er war voller Zuversicht und hoffte auf den Erfolg der Überraschung.

Blickt man auf die Vorgänge bei der Entlassung des Staatssekretärs v. Kühlmann zurück, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die O. H. L. seinen Abgang — eigentlich gegen den Willen des Kaisers und Kanzlers — durchgesetzt hat [2]). Sie tat dies, da sie mit dem Staatssekretär nicht weiter arbeiten zu können vermeinte. Bei diesem Anlasse ist wiederum die Verlagerung der Gewalten festzustellen, wie sie sich im Laufe des Krieges allmählich herausgebildet hatte. Es stand tatsächlich so, daß weder der Kaiser noch der Kanzler dem Gedanken ernstlich Raum hätten geben können, eine hochgestellte politische Persönlichkeit in ihrem Amte zu erhalten, wenn die O. H. L. dies nicht wünschte. Das politische Geschäft war somit völlig in die Abhängigkeit von der militärischen Leitung geraten.

In bezug auf die Möglichkeit, mit den Mitteln der Politik zum Frieden zu kommen, könnte es so erscheinen, als hätte die O. H. L. in den Monaten der ersten Offensiven mit ihrem Urteil geschwankt. Die

[1]) Vgl. Anlage 5 „Vortrag des Reichskanzlers bei Sr. Majestät in Spa am 13. 7. 1918." (S. 347.)

[2]) Die Darstellung des Generals Ludendorff auf S. 526 seiner „Kriegserinnerungen" wäre hiernach zu ergänzen.

dem Obersten v. Haeften gegebene Ermächtigung, eine Friedensoffensive einzuleiten, deutete auf eine gewisse Friedenswilligkeit der O. H. L. Trotzdem ist der Gegensatz nur ein scheinbarer. Die zutreffende Aufklärung gibt General Ludendorff, wenn er in seinem Buche „Kriegführung und Politik“ [1]) ausführt, die O. H. L. habe bis in den Juli 1918 hinein gehofft, den Willen der Feinde zu brechen und diese so friedensbereit zu machen; diesen Standpunkt habe sie auch gegenüber der Politik vertreten. Des Rätsels Lösung dürfte darin liegen, daß die O. H. L. damals noch an den Sieg glaubte und die militärische Lage im Westen trotz der nicht genügenden strategischen Auswirkung der bisherigen Offensiven auf Grund der großen taktischen Erfolge, besonders bei dem letzten Angriff und der Erstürmung des Chemin des dames, jedenfalls immer noch für stark genug hielt, um bis zur endgültigen Brechung des feindlichen Kriegswillens weiterzukämpfen. Die innere Brüchigkeit einiger Teile der deutschen Front und die allmähliche Abnutzung des gesamten Kriegsinstruments, vor allem aber die unbestreitbare Übermüdung der Truppen, die immer wieder neu eingesetzt werden mußten, um an den Hauptbrennpunkten des Kampfes die notwendige örtliche Überlegenheit zu schaffen, waren noch nicht so deutlich in die Erscheinung getreten, daß operative Folgerungen daraus unbedingt hätten gezogen werden müssen. Ein Beweis hierfür sind die während des Juni ausgearbeiteten Denkschriften des Chefs der Operationsabteilung im Großen Hauptquartier, Oberstleutnant Wetzell, vom 6., 12., 22., 27. Juni und vom 6. Juli 1918, da sie erweisen, daß Wetzell immer noch weitere Offensiven für möglich hielt, allerdings stets unter der Voraussetzung, daß die zunächst bevorstehende zu einem vollen Erfolge führte. So konnte er der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Schlacht um Reims ein neuer entscheidender und weitreichender Schlag für die französische Armee und das französische Volk und die beste Grundlage für die Hagenschlacht gegen die Engländer werden würde — Denkschrift vom 12. 6. 1918 —; so konnte er bereits am 22. Juni zuversichtliche Erwägungen über den etwa notwendig werdenden Winterfeldzug 1918/19 anstellen und an eine Offensive gegen Italien im Herbst denken; so konnte er am 27. Juni ins Auge fassen, nach dem erhofften siegreichen Kampfe gegen die Franzosen und Engländer einen Angriff in der Richtung auf Paris in dem Falle zu führen, daß die hierfür notwendig werdenden 40—45 Angriffsdivisionen noch aufzubringen seien, und schließlich auch noch an einen Angriff in Lothringen und im Elsaß auf Grund eines Operationsentwurfes der Heeresgruppe Herzog Albrecht denken.

Alles dies erweist, daß die O. H. L. damals noch in der Lage zu sein glaubte, den Feind durch größere Angriffsschläge friedenswillig zu machen. Die bisher unternommenen Offensiven hatten zu großen taktischen Erfolgen, bisher aber noch nirgends zu schweren Rückschlägen

[1]) S. 295.

geführt. Wohl hatte die Angriffsbewegung jedesmal allmählich eingestellt werden müssen, aber auf Grund der eigenen Entschließung der O. H. L., der es immer noch gelungen war, die strategische Initiative in der Hand zu behalten. Ein großer Rückschlag war noch nicht erfolgt und kündigte sich auch noch nirgends an. Der kommenden Offensive bei Reims sah die O. H. L. hoffnungsvoll entgegen. An ein entscheidendes Nachlassen der inneren Kampfkraft der Truppen glaubte sie nicht; hatten sich die Truppen doch vortrefflich geschlagen. Über die Stärke der noch vorhandenen feindlichen Reserven war sie nicht hinreichend unterrichtet. So hielt sie den Zeitpunkt noch nicht für gekommen, wo die militärische Lage durchaus den Versuch erfordert hätte, mit den Mitteln der Politik zum Frieden zu kommen.

Für die Amtszeit des Staatssekretärs v. Kühlmann darf also als feststehend gelten, daß die O. H. L. an ihrer Siegeszuversicht noch festgehalten hat.

IV

Berufung des Staatssekretärs v. Hintze Rückschläge im Westen

Als Herr v. Hintze nach längerem Zögern am 9. Juli 1918 die Berufung zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes annahm, mußte es seine nächste Aufgabe sein, sich über den wahren Stand der Kriegslage an der Westfront so gründlich zu unterrichten, wie es nur irgend möglich war. Dabei mußte die Gesamtlage an allen Fronten klargestellt werden, da bei dem Kampfe der Mittelmächte auf der inneren Linie die gesamten Kriegshandlungen eine Einheit bildeten, und Rückschläge, selbst auf irgendeinem weitentlegenen Kriegsschauplatze, ihre Einwirkung auf die Gesamtlage ausübten.

Staatssekretär v. Hintze suchte daher noch vor Beginn der Offensive auf Reims die O. H. L. in Avesnes auf. Bei dieser Gelegenheit stellte er an General Ludendorff die Frage, ob er sicher wäre, mit der jetzigen Offensive den Feind endgültig und entscheidend zu besiegen. Ludendorff wiederholte die Frage und bejahte sie, indem er Gründe für seine Zuversicht angab. Auf Hintze machte die Zuversicht Ludendorffs einen tiefen Eindruck. Da der Staatssekretär v. Kühlmann auf das Verlangen der O. H. L. entlassen worden war, weil er den Sieg allein mit den Waffen in Zweifel gezogen hatte, mußte die Siegeszuversicht Ludendorffs jetzt um so stärker auf den neuen Leiter des Auswärtigen Amtes wirken. Gelang der Sieg auf dem Schlachtfelde, so befand sich tatsächlich der neue Staatssekretär „in der leichten und vielversprechenden Rolle, auf einen sicheren Sieg die Siegel eines Siegerfriedens zu drücken“ [1]).

[1]) Darlegungen des Staatssekretärs a. D. v. Hintze für den Untersuchungsausschuß. Anlage 15.

Am 10. Juli begab sich Hintze mit dem Reichskanzler Grafen Hertling nach Berlin und hatte zunächst noch einige mit seinem Abgange aus Christiania verbundene Formalitäten zu erledigen, sich auch dort persönlich abzumelden. So kam es, daß er mehrere Tage in Deutschland nicht anwesend war.

Inzwischen entrollte sich an der Westfront der anfänglich für den 12. Juli festgesetzte, dann aber zur Ermöglichung einer gründlicheren Vorbereitung auf den 15. Juli verschobene Angriff auf Reims. Die Offensive selbst ergab sich zwangsläufig aus der Tatsache, daß wir in den bisher im Angriff erreichten Stellungen nicht stehen bleiben konnten. Gelang der Angriff auf Reims, so sollte später der lange geplante Angriff gegen die Engländer, der sogenannte Hagenangriff, wieder aufgenommen werden.

Für die damals entstandene Lage möchte ich hier auf das Urteil Helfferichs in seinem Buche „Der Weltkrieg" hinweisen. Er kennzeichnet die nach der dritten Offensive entstandene Lage als eine unentschiedene. „Das Ziel und der Zweck unseres Angriffs — Ziel und Zweck, die allein dieser größten militärischen Aktion aller Zeiten und den ungeheuren Opfern, die sie uns auferlegte, Sinn und Berechtigung geben konnten — waren auch mit der Erstürmung des Damenweges und unserem Vorstoß von der Ailette bis zur Marne nicht erreicht. Weder war die moralische Widerstandskraft unserer Gegner gebrochen, noch war es gelungen, ihre Reserven aufzuzehren... Die Gestaltung der militärischen Lage mußte ernstliche Zweifel daran erwecken, ob das Ziel unserer großen Angriffsaktion, die Niederkämpfung der feindlichen Armeen, mit den uns zur Verfügung stehenden Kräften überhaupt erreichbar sei. Unsere Truppen waren stark gelichtet und ermüdet... Auch abgesehen von dem Versagen in der Verhinderung amerikanischer Militärtransporte hatte der U-Bootkrieg enttäuscht... Die Entwicklung der militärischen Aktionen zu Lande und zu Wasser stellte also sowohl unsere Kriegführung wie auch unsere Politik gegen die Mitte des Jahres 1918 vor neue Erwägungen und Entscheidungen schwerster Art". [1]) . . . „Die O. H. L. stand vor der Wahl, entweder den Versuch zu machen, durch einen neuen großen Angriff eine Verbesserung der Front nach vorwärts herbeizuführen und womöglich die Entscheidung zu erzwingen; oder die Offensiven abzubrechen, durch Verkürzung der Front nach rückwärts in die Defensive überzugehen, in günstigeren Stellungen den Feind anlaufen und womöglich verbluten zu lassen [2])." Diesen Ausführungen trete ich in allen Punkten bei.

Der am 15. Juli nach sorgfältiger Vorbereitung begonnene Angriff beiderseits Reims gelangte zwar über die Marne, kam aber bald zum Stehen, da die Überraschung nicht glückte, und der Feind planmäßig

---

[1]) Karl Helfferich, „Der Weltkrieg", 3. Band, S. 411 ff.
[2]) A. a. O., S. 436/437.

in eine weiter rückwärts gelegene Stellung ausgewichen, von dem deutscherseits wie immer sorgfältig vorbereiteten Artilleriefeuer nicht erreicht und daher nicht erschüttert worden war[1]). Am folgenden Tage bereits mußte der Angriff eingestellt, am 17. angeordnet werden, daß die Truppen der 7. Armee über die Marne zurückgenommen werden sollten. Zum ersten Male war das deutsche Heer, wie es Feldmarschall v. Hindenburg in seinen Erinnerungen „Aus meinem Leben" ausdrückt[2]), „im Angriff gescheitert".

Die durch den Angriff auf Reims erreichten taktischen Stellungen der deutschen Truppen waren bei der 7. und bei der rechts von dieser eingesetzten 9. Armee sehr ungünstig. Die Frontlinie war verschlechtert, und beide Flanken forderten den Gegner zu Gegenangriffen geradezu heraus. Trotzdem hielt die O. H. L. zunächst noch an ihrem Plane fest, zur Ermöglichung des Hagenangriffes gegen die Engländer Truppen nach dorthin abrollen zu lassen. Schon am 16. Juli abends begannen aus der Gegend von Reims die ersten Transporte dorthin. General Ludendorff selbst begab sich in der Nacht vom 17. zum 18. Juli in das Hauptquartier der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht, um sich über den Stand der dortigen Vorbereitungen zu unterrichten. Der Hagenangriff sollte, wenn möglich, zur Besetzung der beherrschenden Höhen zwischen Poperingen und Bailleul sowie des Höhengeländes bei Hazebrouk führen.

Während Ludendorff bei der Heeresgruppe Rupprecht in Tournai weilte, trafen am 18. Juli die ersten Nachrichten über einen starken französischen Tankangriff südwestlich Soissons ein. Ein großer Einbruch in die Stellungen der 7. und 9. Armee war erfolgt. Eine Katastrophe konnte gerade noch abgewendet werden, doch erwies sich als nötig, die Front zurückzunehmen und in die Aisne—Vesle-Stellung zurückzugehen. Die ganze dortige Front wurde auf Abwehr gestellt.

Die Initiative der deutschen Heeresleitung war verloren gegangen. „Ob und wie es gelingen würde, nach Beziehen der Vesle-Stellung die Initiative wiederzugewinnen," schreibt General Ludendorff in seinen „Kriegserinnerungen", „darüber konnte ich mir jetzt noch keine Rechenschaft ablegen"[3]) ... „Der Versuch, die Völker der Entente durch deutsche Siege vor Ankunft der amerikanischen Verstärkungen friedenswillig zu machen, war gescheitert. Die Schwungkraft des Heeres hatte nicht ausgereicht, den Feind entscheidend zu treffen, bevor der Amerikaner mit bedeutenden Kräften zur Stelle war. Ich war mir klar bewußt, daß dadurch unsere Gesamtlage sehr ernst geworden war."[4]) — „Anfang August hoffte ich bestimmt auf Abwehr der bevorstehenden

[1]) Vgl. hierzu: G. Bruchmüller (Oberst a. D.) „Die deutsche Artillerie in den Durchbruchsschlachten des Weltkrieges", S. 27 ff.
[2]) S. 339 ff.
[3]) Erich Ludendorff, „Meine Kriegserinnerungen", S. 543.
[4]) Desgl. S. 545.

Teilangriffe und die Möglichkeit, Gegenstöße in kleinerem Rahmen als bisher zu führen. Auch in überaus ernsten Lagen war es bisher gelungen, strategische Aushilfen zu finden; es war für mich kein Grund, anzunehmen, daß es diesmal nicht glücken würde ... Erwies sich unsere Front als widerstandsfähig, dann waren mit dem Reichskanzler, der im übrigen über die Ereignisse an der Front dauernd unterrichtet war, entscheidende Entschließungen zu fassen. Daß ich dabei viele Hoffnungen zu begraben hatte, durfte ich mir nicht verhehlen. In diesem Sinne besprach ich mich mit meinen Herren; noch mit diesen Gedanken beschäftigt, traf mich der Schlag vom 8. August." [1])

Staatssekretär v. Hintze hatte inzwischen am 20. Juli, also unmittelbar nach dem Scheitern der Offensive auf Reims und nach dem französischen Vorstoße vom 18. Juli, in Berlin die Geschäfte des Auswärtigen Amtes übernommen und dabei vor den versammelten Beamten des Auswärtigen Amtes die Parole ausgegeben, mit der O. H. L. vertrauensvoll zusammen zu arbeiten. Die von der Armee eingehenden Mitteilungen boten trotz der eingetretenen Rückschläge einstweilen keinen Grund zu ernsthafter Sorge. Unverkennbar hatte auf die O. H. L. und besonders auf Ludendorff die gute Haltung der Truppen beim Rückzuge in die neuen Stellungen einen beruhigenden Eindruck gemacht. Es war gelungen, die heftigen Angriffe des Generals Foch abzuwehren und dem Feinde schwere Verluste zuzufügen. In diesem Sinne bezeichnet General Ludendorff in seinen „Kriegserinnerungen" die bewegliche Abwehrschlacht zwischen Marne und Vesle als eine Glanzleistung der beteiligten Führer und Truppen und fügt hinzu, daß der Schatten des 18. Juli dadurch wieder verwischt worden sei. „Der deutsche Soldat hatte sich trotz seiner großen Beanspruchung nach diesem Tage geschlagen und fühlte sich dem Feinde überlegen. Bei einigen Divisionen waren allerdings wenig erfreuliche Erscheinungen zutage getreten [2])."

Am 27. Juli begab sich Staatssekretär v. Hintze mit mehreren Herren des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Kriege, dem Gesandten v. Haniel und anderen zum Großen Hauptquartier nach Spa. Am 28. fand dort beim Reichskanzler eine Besprechung statt und tags darauf eine weitere unter Vorsitz des Kaisers. Die von der Marine immer wieder geforderte Erklärung des Sperrgebietes an der ostamerikanischen Küste wurde darin vorläufig abgelehnt. Hintze vertrat — nach Ausweis des in Anlage 6 abgedruckten, für die Beurteilung der damaligen Gesamtlage sehr wichtigen Protokolls — einen staatsmännisch gemäßigten Standpunkt, und der Kaiser trat ihm bei. Nachmittags begab sich Hintze nach Avesnes und hatte dort eine Besprechung mit dem Feldmarschall und dem General Ludendorff, in der letzterer gewisse Zugeständnisse in der polnischen Frage machte. Am 30. Juli fand eine

---

[1]) Erich Ludendorff, „Meine Kriegserinnerungen", S. 546.
[2]) Desgl. S. 544.

neue Besprechung über Ostfragen beim General Ludendorff statt, worauf sich Hintze nach Spa und abends wieder nach Berlin zurückbegab.

Wie damals — Ende Juli — im Großen Hauptquartier die allgemeine Stimmung hinsichtlich der Kriegslage gewesen ist, geht aus einem Schreiben des Unterstaatssekretärs v. Radowitz vom 1. August 1918 hervor[1]). Dieses Schreiben richtete Radowitz im Auftrage des Reichskanzlers an den in Berlin weilenden Vizekanzler v. Payer. Es hieß darin: „Bei der O. H. L. ist man, trotz des Fehlschlags der letzten Operationen, sehr zuversichtlich. Die Zurücknahme der Truppen aus dem Marnebogen ist eine militärisch durchaus verständliche Maßnahme, da der große Bogen doch nur einen Zweck hatte, wenn es gelang, auch östlich von Reims erheblich vorzudringen. Da dies nicht der Fall war, scheint mir die Ersparnis an Mannschaften und Material, die durch die Zurücknahme erzielt wird, durchaus nützlich. In der Abwehr der feindlichen Angriffe sind wir überall erfolgreich gewesen. Die Verluste der Feinde sind sehr groß. An Gefangenen und Geschützen heben sich unsere und die feindlichen Verluste auf. Trotzdem fürchte ich, daß der Eindruck in der Heimat schlecht gewesen ist. Es muß daher energisch auf die Stimmung gewirkt werden, — entgegen der Erzbergerschen Methode. Hier müssen Kriegspresseamt und militärische Stelle[2]) das ihrige tun. Im Ausland scheint der Eindruck nicht allzu bedenklich zu sein. General Ludendorff hat sich Winterfeldt gegenüber zuversichtlich ausgesprochen. Er hofft, in absehbarer Zeit wieder zu neuen Taten bereit zu sein."

Vizekanzler v. Payer folgert[3]) aus diesem Schreiben, daß am 1. August jedenfalls die O. H. L. noch weit von der Auffassung entfernt und noch viel weniger zu einer Erklärung bereit war, der Krieg könne mit den Waffen nicht mehr gewonnen werden.

Das Schreiben des Unterstaatssekretärs v. Radowitz vom 1. August ist für die Beurteilung der damaligen Stimmung im Großen Hauptquartier von großem Wert. Die Vorgänge des 18. Juli hatten die Heerführer anfangs offenbar als eine drohende Katastrophe beurteilt, die abzuwehren gerade noch gelungen war. Da nun aber die Truppen bei den anschließenden Rückzugkämpfen bis zum Erreichen der Aisne-Vesle-Stellung ihre alte Kampfform wiedergefunden hatten, war man offenbar geneigt, das Versagen einzelner Truppenteile am 18. Juli hauptsächlich auf die Rechnung der Überraschung und des Tankschreckens zu setzen. Da die Verfallserscheinungen im Heere sich während der für die Moral einer jeden Truppe bedenklichen Rückzugskämpfe nicht fortsetzten, hielt man sich zu einer günstigeren Gesamtauffassung für berechtigt und empfand den Ausgang der Kämpfe während des Rückzuges in gewissem Sinne als einen Abwehrsieg. Die O. H. L.

[1]) Aufzeichnung des Stellvertreters des Reichskanzlers Payer. Anlage 14.
[2]) Gemeint ist die Dienststelle des Obersten v. Haeften. Vgl. S. 168.
[3]) Anlage 14.

hielt es daher für noch nicht an der Zeit, sich beunruhigt über die Kriegslage gegenüber den Männern der politischen Leitung zu äußern.

Staatssekretär v. Hintze faßte die Gesamtlage erheblich pessimistischer auf und sprach sich auch dem Vizekanzler v. Payer gegenüber, den er von der Übernahme seines Amtes ab dauernd auf dem laufenden erhielt, von vornherein ernst in diesem Sinne aus.

Für die Beurteilung der allgemeinen Lage durch einen erfahrenen, damals außerhalb der O. H. L. stehenden Generalstabsoffizier besitzen wir ein wertvolles Dokument in einer Niederschrift, die der damalige Major Alfred Niemann am 20. Juli, also unmittelbar nach Abschluß der Reimsoffensive, ausarbeitete und dem Chef der Zentralabteilung im Großen Hauptquartier mit der Bitte übersandte, sie dem General Ludendorff zuzustellen. General Ludendorff las sie am 26. Juli, stimmte den Ausführungen grundsätzlich zu und ließ dem Major Niemann mitteilen, es würde in diesem Sinne schon gearbeitet. Die Darlegungen beanspruchen dadurch besondere Bedeutung, daß Niemann wenige Tage später für eine Verwendung als Generalstabsoffizier beim Obersten Kriegsherrn in Aussicht genommen wurde. Niemann hatte als erster Generalstabsoffizier der Garde-Kavallerie-Division 1914 an den großen Schlachten in Frankreich teilgenommen, nach Abschluß der Kämpfe um Ypern als Generalstabsoffizier der 43. Reserve-Division den Siegeszug im Osten von Jaroslau über Brest-Litowsk bis zur Jasiolda, später als 1. Generalstabsoffizier des XXII. Reservekorps den Feldzug gegen Serbien mitgemacht und im Frühjahr 1916 bei Verdun und im Sommer in Ostgalizien bei der Abwehr der Brussilow-Offensive mitgewirkt. Anschließend hatte er mehrere Monate eine Verwendung im Großen Hauptquartier gefunden, von Frühjahr 1917 ab den Militärbevollmächtigten in Konstantinopel vertreten und im Winter 1917/18 die Geschäfte der Zentralabteilung im Großen Hauptquartier geführt. Seit Februar 1918 war er Oberquartiermeister der Heeresgruppe Herzog Albrecht von Württemberg.

So auf allen Kriegsschauplätzen erfahren und durch seine geistige Veranlagung auf Erforschung der inneren Zusammenhänge militärischer und politischer Vorgänge eingestellt, hatte er sich nach dem Scheitern der Reims-Offensive zu der Anschauung durchgerungen, daß unsere militärische Lage von Grund auf verändert sei, und daß es einer klaren Auseinandersetzung zwischen Politik und Kriegführung bedürfe. Einen operativen Erfolg, der dem Gegner die Freiheit kriegerischen Handelns nahm, hatten wir nicht errungen. „Eine Möglichkeit, die Kraftanstrengung des Frühjahres in annähernd gleichem Maße zu wiederholen, bestand nicht, während unsere Feinde die Menschen- und Materialverluste nicht allein in kurzer Zeit auszugleichen, sondern ihre Stoßkraft zu verstärken vermochten. Aus diesen Erwägungen ergab sich unerbittlich die Folgerung, daß eine Aussicht, durch Angriffsoperationen zu Lande den Gegner zum Frieden zu zwingen, nicht mehr

bestand. Unsere Kriegshandlungen zu Lande stellten also kein Zwangsmittel, sondern nur noch ein Druckmittel dar, ein Druckmittel, das, sowohl absolut wie relativ betrachtet, nicht mehr gesteigert werden konnte, sondern allmählich an Kraft verlor . . . Reichen die Mittel zum Zwang, dann kann und muß der Politiker dem Kriegsmanne das Feld räumen... Weit schwieriger aber liegen die Verhältnisse, wenn die gewaltsamen Mittel des Krieges zum Zwange nicht hinreichen. Schon das Eingeständnis, daß dem so ist, bedeutet für den Feldherrn eine schwere, bittere Entschließung. Wann darf er den Glauben an den Sieg, den er auf Heer und Heimat übertragen muß, aufgeben? Darf er es überhaupt? — Eine solche Entschließung kann nicht in Stunden reifen. Sie wird in tage-, ja wochenlangem inneren Ringen geboren [1]).“

Die Denkschrift Niemanns vom 20. Juli ist für die Beurteilung unserer Frage so wichtig, daß sie hier im ganzen Wortlaut folgen muß. Ihre Bedeutung wird durch die Billigung, die sie beim General Ludendorff gefunden hat, und durch die spätere Kommandierung Niemanns zum Kaiser noch erhöht. Anschließend daran werden auch die Bemerkungen im Wortlaute mitgeteilt, die der damalige Abteilungschef beim Chef des Generalstabes des Feldheeres, Oberst Bauer, zu der Denkschrift gemacht hat. Auch sie geben ein deutliches Bild davon, wie die Auffassung einflußreicher, wenn auch nicht amtlich mit der Propaganda befaßter Persönlichkeiten im Großen Hauptquartier damals gewesen ist.

Denkschrift des Majors Niemann [2])

„Zur politischen Lage

20. Juli 1918

Der Soldat muß an den Sieg glauben und eine oberste Heeresleitung, die den Glauben und Willen nicht hätte, die Widerstandskraft des Feindes mit Waffengewalt zu brechen, würde ihrer Aufgabe nicht gewachsen sein.

Der Politiker, der die Waffenerfolge in ihrer Wirkung auf das zukünftige Weltbild auszuwerten hat, sieht die militärischen Erfolge unter einem andern Gesichtswinkel. Das, was dem Heerführer zum Selbstzweck wird, ist für ihn das Mittel zum Zweck, das Mittel zur Verwirklichung seines politischen Programms.

Lassen sich die Waffenerfolge so steigern, daß die Hilfskräfte des Feindes erschöpft werden können, dann ist die Aufgabe des Politikers verhältnismäßig einfach. Er braucht sein Konzept nur in die Reinschrift zu übertragen.

Anders und komplizierter wird seine Aufgabe, wenn die Waffengewalt zur radikalen Beseitigung des feindlichen Willens nicht ausreicht. Der Waffenerfolg kann dann nicht mehr als politisches Zwangsmittel, sondern nur noch als Druckmittel gewertet werden.

---

[1]) Alfred Niemann, „Kaiser und Revolution. Die entscheidenden Ereignisse im Großen Hauptquartier“, S. 15/16.

[2]) Die im Reichsarchiv zu Potsdam befindliche Denkschrift trägt den handschriftlichen Zusatz: 70121 P. II. — S. E. — Gut. 26/7. L. (Sr. Exzellenz. — Gut. 26./7. Ludendorff.)

Politik und Kriegführung müssen Wirklichkeitssinn genug besitzen, in kühler Erwägung festzustellen, ob die Politik auf das Zwangsmittel oder auf das Druckmittel einzustellen ist.

Ist bei uns diese Auseinandersetzung zwischen Politik und Kriegführung erfolgt? Ich weiß es nicht. Mir scheint aber, daß sie nicht mit der nötigen Klarheit erfolgte.

Jeder von uns, der das Wort vom Niederzwingen des Gegners mit Skeptizismus betrachtete, wurde als Schwächling gebrandmarkt. Der Unterschied zwischen militärischer Siegeszuversicht und politischer Wirkungsmöglichkeit wollte nicht in die Köpfe hinein.

Ich glaube an die Überlegenheit unserer Waffen wie an ein Evangelium, ich glaube aber nicht, daß wir mit Waffengewalt zum Diktieren eines Friedens kommen werden. Unsere militärische Kraft kulminiert, sie läßt sich nicht mehr steigern, weder zu Lande noch zu Wasser. Dauert der Krieg weiter, dann müssen wir den absteigenden Ast der Kurve betreten. Die intellektuelle und moralische Überlegenheit der Führung kann auf die Dauer die schwindenden Volkskräfte und den steigenden Rohstoffmangel nicht ersetzen.

Wer wie ich zu dieser Überzeugung gekommen ist, der wird eine andere Orientierung unserer auswärtigen Politik für notwendig halten. Das Schlagwort vom „Durchhalten bis zum siegreichen Ende" ist doch eben nur ein Schlagwort, ein euphemistischer Ausdruck für das freiwillige „ehrenvolle Sterben", das nur dem deutschen Idealismus verständlich ist.

Wir müssen unsere militärische Kraft als Druckmittel ausnutzen, solange wir die militärische Überlegenheit noch besitzen. Treten wir im Zeichen des Abstiegs an den Verhandlungstisch, dann spielen wir ohne Atouts. Das Druckmittel wird dann von Tag zu Tag wirkungsloser. Nun kann man mit Recht einwenden, daß das ein Gemeinplatz sei, daß die Schwierigkeit darin bestehe, den Weg zu weisen, diplomatisch an unsere Gegner heranzukommen.

Ich darf diesen berechtigten Einwand zunächst einmal negativ beleuchten.

Wir werden nicht zu Verhandlungen kommen, wenn wir die Grenzfrage in den Vordergrund rücken, wie das immer geschieht. Alle Versicherungen, daß wir lediglich unsere Grenzen verteidigen wollten, daß wir für die östlichen Randvölker lediglich ihr Selbstbestimmungsrecht vindizierten, bringt uns keinen Schritt vorwärts.

Meines Erachtens muß das Problem großzügiger angefaßt, das politische Weltbild der Zukunft in den Vordergrund gestellt werden.

Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet ergeben sich folgende Wege:

1. Die neutralen Staaten müssen ein wirtschaftliches Interesse an der Erhaltung eines starken Deutschen Reiches bekommen. Man muß ihnen freiwillig für die Zukunft wirtschaftliche Vorteile zusichern.

2. Unter unseren Gegnern ist Japan die einzige Großmacht, mit der wir nur geringe Reibungsflächen haben, eine Großmacht, für die in weiterer Zukunft ein starkes Deutschland von vitalster Bedeutung ist. Wir müssen Japan gewinnen, Japan unsere wirtschaftliche und kulturelle Unterstützung für die Zukunft versprechen, Japan zum Antagonisten des Vernichtungsgedankens im Kreise der Ententemächte werden lassen.

3. England ist dahin zu verständigen, daß wir unsere Zukunft — d. h. unsere militärpolitische Orientierung — nicht auf dem Wasser, sondern auf dem Lande suchen. Durch eine großzügige Kontinentalpolitik müssen wir die Vorbedingungen für Deutschlands Weltmachtstellung schaffen. Nicht durch unhaltbare Kohlenstationen und Stützpunkte in allen Ozeanen erreichen wir das nötige Gegengewicht gegen den englischen Imperialismus, sondern durch Ausbau unserer Machtstellung in Kleinasien. Eine verkehrstechnisch gut ausgebaute

Türkei mit sicheren Schienenwegen über den Balkan führt uns in einem Menschenalter an den Lebensnerv des britischen Imperiums.

England wird auf den billigen Köder unseres maritimen Verzichts, eines Verzichts, der nun einmal durch die Binnenlage Deutschlands von der Natur gegeben ist, sicherlich anbeißen.

4. Unsere koloniale Entwicklung muß in neue Bahnen kommen. Verzicht auf Marokko zu Frankreichs Gunsten, von Deutsch-Ostafrika und Südwest zu Englands Gunsten. Schaffung eines kolonialen Gürtels für uns durch Afrika mit Einschluß des Kongos.

5. Aufnahme der Wilsonschen Völkerbundsidee durch Vermittlung eines neutralen Staates, nicht etwa, um diese Utopie zu verwirklichen, sondern um zu Verhandlungen zu kommen. Die Devise, daß dem Hinmorden wertvoller Kulturvölker ein Ende gemacht werden muß, zieht bei den Völkern am meisten. Wilsons Heuchelei muß ihm zur Falle werden.

6. Es kann auch erwogen werden, an die Ententevölker unmittelbar mit Vorschlägen weltpolitischer Bedeutung heranzutreten. Reichstagskundgebungen, Ministerreden und Pressestimmen haben, wie die Erfahrung zeigt, nur negative Wirkung.

Wir verlangen meines Erachtens etwas Unbilliges, wenn wir der Entente zumuten, an uns mit Vorschlägen heranzutreten. Wir dürfen nicht vergessen, daß die ganze Welt gegen uns steht, daß der Berg nicht zu Mahomed, sondern Mahomed zum Berge kam.

7. Diplomatische Offensiven müssen mit militärischen in Einklang gebracht werden. Jeder diplomatische Annäherungsversuch wird uns zunächst als Schwäche ausgelegt. Der militärische Erfolg muß den Beweis des Gegenteils bringen. Nur auf solche Weise wirkt der Waffensieg als Druckmittel.

8. Endgültige Regelung der Angliederungsfragen im Westen und Osten verstärkt den Eindruck der Entschlossenheit. Wir müssen unsere Gegner vor ein fait accompli stellen. Unser Zögern, die elsaß-lothringische Frage zu lösen, wird uns im Auslande dahin ausgelegt, daß wir uns des Besitzes des Landes nicht sicher fühlen, daß wir das Land, ohne es zu gestehen, innerlich als Kompensationsobjekt ansehen.

Bei der Regulierung im Osten müssen wir einen Gegensatz zwischen Rußland und dem künftigen polnischen Reiche schaffen. Eine polnische Irredenta in Rußland wäre das beste Mittel.

9. Die Notwendigkeit, unsere Presse und Propaganda einheitlich zu organisieren, tritt immer mehr in die Erscheinung. Hinter den Erfolgen unseres Heeres muß eine einheitliche Volksmeinung stehen. Diese Meinung ist nicht da, sie ist von der Leitung der Presse abhängig. Noch ist es möglich, den Kampf gegen eine Welt der Lüge und der Verleumdung aufzunehmen. Zu diesem Kampfe muß die gesamte Presse zusammengefaßt werden. Bisher haben wir bei der Einwirkung auf die Presse zu negativ gearbeitet. Man gebe der Presse Material, statt sie durch Zensurverfügung und Zensurverbot zur Opposition zu treiben.

gez. Niemann"

Diese Aufzeichnungen geben einen schönen Beweis für den Freimut der Generalstabsoffiziere gegenüber dem General Ludendorff und damit für das große persönliche Vertrauen, das sie in ihn setzten.

Zu diesem Schreiben machte Oberst Bauer folgende handschriftliche Bemerkungen:

An P. (70 121 P. II) 28. Juli 1918, gez. B. 28.7.

„Bemerkungen zur Denkschrift Niemann

Dem einleitenden Gedanken stimme ich durchaus zu. Unsere militärische Lage wird sich im ferneren Verlauf des Feldzuges nicht wesentlich bessern. Daraus müssen wir die politischen Folgerungen ziehen.

Zu den einzelnen Punkten bemerke ich:

Zu 1: Wir können den Neutralen wirtschaftliche Vorteile nur insoweit zusagen, als für uns wenigstens keine Nachteile daraus entstehen. Unsere Feinde werden beim Friedensschluß alles daran setzen, uns wirtschaftlich schwach zu halten. An dieser Schwächung dürfen wir nicht selbst mitarbeiten.

Für unsere Zukunft ist es von geradezu entscheidendem Einfluß, ob wir wieder zu einer Entfaltung unseres Wirtschaftslebens kommen oder nicht.

Zu 2: Einverstanden. Während des Krieges ist Japan aber nicht zu gewinnen. Es erreicht am meisten und ohne jede Opfer, wenn es auf Seiten der Entente bleibt. Außerdem legt Japan offensichtlich den größten Wert darauf, seine Loyalität zu beweisen.

Zu 3: Mit Beurteilung der Flottenfrage sehr einverstanden. — Unsere Flottenpolitik vor dem Kriege war grundfalsch und der Hauptanlaß der englischen Feindschaft. England darf sich nicht überbauen lassen, handelte es anders, so triebe es Selbstmord. Die Seeherrschaft ist nun einmal die Säule seiner Macht. Wenn wir zehn Schiffe bauen, baut England dreißig, wenn wir 1 Milliarde ausgeben, muß England 3 Milliarden in die Flotte stecken. Am Kräfteverhältnis selbst wird sich nie etwas ändern. Der Risikogedanke war grundfalsch. Im Gegenteil, wenn England weitere Milliardenausgaben vermeiden wollte, mußte es zum Kriege treiben.

Im Kriege selbst hat uns die Hochseeflotte nur Menschen und Geld gekostet. Einen militärischen Nutzen sehe ich nicht.

In der Kontinentalpolitik halte ich die Richtung nach Kleinasien für nicht sehr bedeutungsvoll. Aus der Türkei ist bei der dort herrschenden Totenstarre, die m. E. nicht zu beheben ist, nichts zu holen. Unser Ziel muß vielmehr die wirtschaftliche Ausnutzung der Ukraine, Kaukasiens, Großrußlands, Turkestans sein. Dort sollten wir die Komparenten für Mitteleuropa suchen, nicht so sehr in Österreich-Ungarn oder sogar in der Türkei.

Zu 4: Auf Marokko haben wir schon jetzt kein Anrecht mehr. Ferner: Wie wollen wir einen mittelafrikanischen Kolonialgürtel schaffen, wenn wir auf Deutsch-Ostafrika verzichten? Im übrigen ist es klar und auch erkannt, daß wir für ein Zentralafrika alle anderen Kolonien preisgeben können. Auf die Rückgabe der Kolonien im Stillen Ozean werden wir schon mit Rücksicht auf unsere Zukunftsabsichten mit Japan verzichten müssen.

Zu 5: Die Wilsonsche Völkerbundsidee hat für uns ihre großen Gefahren. Wilson verbindet mit ihr die Preisgabe Elsaß-Lothringens, die Wiederherstellung Polens und die Selbständigmachung von großen Teilen Österreichs.

Ich glaube, daß wir eher mit England zur Übereinstimmung kommen, wenn wir uns in der Flottenfrage einigen. England hat seinen Außenhandel ebenso wie wir verloren. Seine Kolonien sind wirtschaftlich selbständig geworden — unter dem Druck des erschwerten Seeverkehrs. Die englischen Kolonien schafften früher die Rohstoffe ins Mutterland und bezogen von dort die Fertigfabrikate. Jetzt haben sie sich selbst Industrien geschaffen. Damit ist die Geschlossenheit der britischen Gesamtwirtschaft verloren gegangen. Je länger der Krieg dauert, um so stärker werden diese Reibungspunkte sich bemerkbar machen, um so stärker wird aber auch die maritime und finanzielle Vorherrschaft der Vereinigten Staaten und die Vormacht Japans in Ostasien werden. Auch für England ist eine lange Kriegsdauer daher durchaus ungünstig.

Zu 6 und 7: Von offiziellen Schritten halte ich gar nichts. Wir reden uns auseinander. Zweck haben nur Besprechungen ernster Männer im verschwiegenen Kreise. Die müssen wir herbeizuführen suchen. Erneute offene Vorschläge, diplomatische Offensiven nach etwaigen Erfolgen sind s i c h e r f e h l e r h a f t.

Zu 8, Abs. 1: Einverstanden. (Elsaß-Lothringen.)

Abs. 2: Die Schaffung einer polnischen Irredenta in Rußland scheint mir nicht durchführbar. Es gibt in Großrußland ja kaum mehr Polen. Wirksam in der Richtung, wie sie Niemann plant, wäre vielleicht die Rückgabe Polnisch-Litauens an Rußland. Im übrigen sollten wir gegenüber den Polen weniger große politische Ziele verfolgen, sondern sie zunächst einmal wirtschaftlich von uns abhängig machen. (Bahnen, Gruben in deutsche Verwaltung.) Dann müssen sie v o n s i c h a u s Anschluß suchen. Die polnische Frage löst sich dann viel leichter.

Randbemerkung von anderer Hand: „Einzig Richtige: Neue Teilung Polens unter möglichst viele Staaten. (D., Ö.-U., R., Litauen und Ukraine.")

Zu 9: Wir müssen wieder wahrheitsgetreu werden. Das Streben, es den anderen an Propaganda gleichzutun, hat uns zur Unwahrhaftigkeit geführt, die unserem inneren Wesen widerspricht und infolgedessen ungeschickt und unwirksam war. Bei uns lügt die offizielle Berichterstattung, während die Presse wahr und objektiv blieb (wenigstens zum großen Teil). Bei unseren Feinden lügt man unter dem Strich und ist über dem Strich verhältnismäßig wahr. Wir sollten wieder zu unserer Objektivität zurückkehren, wenn auch auf manches Propagandamätzchen deshalb verzichtet werden muß. Das bei uns vielfach verloren gegangene Vertrauen in die eigene Berichterstattung wird dann wiederkehren.

Eine wirksame Propaganda im Innern und Beeinflussung der Presse ist bei uns nur erreichbar, wenn wir die Wahrheit sagen, die Öffentlichkeit rechtzeitig orientieren und so Volk und Presse tatsächlich an den Geschehnissen teilnehmen lassen.

Im übrigen sollten wir es unterlassen, im Auslande um die Gunst zu werben. Das liegt uns nicht und ist auch nicht nötig. Auch im Auslande macht schließlich Wahrheit und Offenheit den größten Eindruck.

gez. B a u e r"

In der Denkschrift des Majors Niemann ist das Wesentliche der Zweifel, ob eine hinreichend klare Auseinandersetzung zwischen Politik und Kriegführung stattgefunden habe. Niemann vertrat nur die Forderung der Stunde, wenn er Klarheit darüber wünschte, ob der Waffenerfolg als politisches Zwangsmittel, oder ob er nur noch als Druckmittel bewertet werden könne. Sein geschultes Urteil sagte ihm, daß unsere militärische Kraft weder zu Lande noch zu Wasser einer weiteren Steigerung fähig sei, daß die Überlegenheit der Führung und Organisation auf die Dauer die schwindenden Volkskräfte und den steigenden Rohstoffmangel nicht zu ersetzen vermöge. Das Motto vom „Durchhalten bis zum siegreichen Ende" bedeutete für ihn nur ein euphemistisches Schlagwort. Er fand das rechte Wort, wenn er die Ausnutzung unserer militärischen Kraft als Druckmittel forderte, solange wir die militärische Überlegenheit noch besäßen. Über das

von ihm entrollte politische Weltbild der Zukunft kann man verschiedener Meinung sein. Durchaus zu unterstreichen aber sind seine Ausführungen über die Presse und Propaganda. Eine hinter den Erfolgen des deutschen Heeres stehende einheitliche Volksmeinung war tatsächlich nicht vorhanden.

Auch Oberst Bauer stellte fest, daß unsere militärische Lage sich im ferneren Verlaufe des Feldzuges nicht wesentlich bessern werde, und daß wir daraus die politischen Forderungen ziehen müßten. Über die offizielle Berichterstattung und die bisherige Ausübung der Propaganda äußerte er sich scharf, aber im ganzen jedenfalls zutreffend. Auch nach seiner Ansicht nahmen Volk und Presse an den Geschehnissen nicht hinreichenden Anteil, so daß die von Niemann geforderte einheitliche Volksmeinung nicht zu entstehen vermochte.

Wir haben hier zwei beweiskräftige Zeugnisse dafür, daß Persönlichkeiten der Armee und des Großen Hauptquartiers, die sich des vollsten Vertrauens des Generals Ludendorff erfreuten, zu dieser Zeit eine klarere Auseinandersetzung zwischen Politik und Kriegführung für nötig hielten, und daß, was das Wesentlichste ist, General Ludendorff selbst diesen Meinungen durchaus beitrat und sogar der Ansicht war, nach diesen Anschauungen werde bereits gearbeitet. Das ist ein starker Beweis für die Ehrlichkeit seines damaligen Glaubens an einen derartigen Stand der Dinge. Wenn Niemann in seinem Buche [1]) ausführt, für den Feldherrn bedeute es eine schwere bittere Entschließung, einzugestehen, daß die gewaltsamen Mittel des Krieges zur Bezwingung des Gegners nicht mehr ausreichten, so gibt er damit den psychologischen Schlüssel für das Verhalten der Männer der O. H. L.

Major Niemann wurde bald nach Eingang seiner Denkschrift im Großen Hauptquartier dazu ausersehen, durch seine Anwesenheit beim Kaiser eine nähere Verbindung zwischen diesem und den Männern der O. H. L. zu schaffen. Hierbei spielte die Absicht mit, das offenbar etwas ins Wanken geratene Vertrauen des Monarchen zu den Männern der O. H. L. zu stärken und deren Entschließungen und Vorschläge zu vertreten [2]). Am 3. August holte sich Niemann in Avesnes seine näheren Anweisungen und sprach bei diesem Anlasse mit sämtlichen maßgebenden Persönlichkeiten. Wichtig war die ihm durch Major v. Bockelberg gegebene Schilderung der Ersatzverhältnisse, die seine schlimmsten Erwartungen übertraf. Den General Ludendorff traf Niemann mit allen Anzeichen starker geistiger und nervöser Überanstrengung [3]). Abends ging der General in einer Besprechung mit Major Niemann auf die Grundgedanken der ihm übersandten Denk-

[1]) „Kaiser und Revolution", S. 16.

[2]) Im Vorabdruck seines Buches im „Tag" Nr. 184 vom 8./9. Mai 1922 sprach Niemann von dem „schwankend gewordenen Vertrauen"; in der Buchausgabe ist diese Kennzeichnung fortgeblieben, wie diese überhaupt mehrere, nicht unwichtige Veränderungen gegen den Vorabdruck aufweist.

[3]) Vorabdruck im „Tag" Nr. 184 vom 8./9. 1922.

schrift vom 20. Juli ein. Über die politischen Ausführungen hatte Ludendorff andere Ansichten, wollte insonderheit von einem Einlenken gegenüber England nichts wissen. Militärisch beurteilte er die Lage überraschend günstig: bei Reims sei Ruhe eingetreten, die deutschen Stellungen hätten sich überall gefestigt, und die Gegner seien durch die Angriffshandlungen der letzten Wochen in ihrer Offensivkraft vorläufig erschöpft. Als Niemann davon sprach, daß die Linien unserer steckengebliebenen Angriffe zur Verteidigung wenig geeignet seien und übermäßige Kräfte beanspruchten, bekundete Ludendorff seine Hoffnung, von der Verteidigung wieder zum Angriff auf Amiens übergehen zu können, sobald sich die Truppen einigermaßen erholt hätten. Niemann blieb aber skeptisch.

Als er tags darauf mit dem Obersten Bauer die Lage besprach, deutete dieser die Notwendigkeit an, für den Ersten Generalquartiermeister eine längere Ausspannung und Stellvertretung zu schaffen, da Anzeichen einer Nervenüberreizung zutage getreten seien[1]). Die militärische Lage, meinte Bauer, habe sich so ungünstig gestaltet, daß ein Friedensschluß nicht mehr lange hinausgeschoben werden dürfe. Zur Entwirrung der inneren Lage müsse man mit der Reform des preußischen Wahlrechts endlich Ernst machen. In der Politischen Abteilung des Großen Hauptquartiers erhielt Niemann nur Orientierungen über die östlichen Kriegsziele und hatte das beklemmende Gefühl, daß man hier zu weit ging und das Fell des Bären vorzeitig verteilte. Niemanns Gesamteindruck, als er Avesnes verließ, war der, daß seine Auffassung den Ansichten der maßgebenden Männer nicht entspreche. Er erwirkte sich daher in der Zentralabteilung die Zusicherung einer baldigen anderweitigen Verwendung.

Am 5. August trat er seinen Dienst beim Kaiser an. Die Berichterstattung für den Monarchen wurde in der sorgfältigsten Weise organisiert, und die Vorvergangenheit des Majors Niemann bürgte in jeder Weise dafür, daß keine wichtige Nachricht dem Monarchen vorenthalten werden konnte. Von vornherein ging sein Bestreben dahin, eine aktivere Beteiligung des Kaisers an der Führung anzubahnen, denn „aus der tätigen Mitarbeit, die ihn zur Zeit, als General v. Falkenhayn die Operationen leitete, und auch anfangs, als seine beiden großen Nachfolger ihres Amtes walteten, mit so freudiger Genugtuung erfüllt hatte, war im Sommer 1918 mehr und mehr ein rein rezeptives[2]) Miterleben geworden."

Der Kaiser war damals noch ziemlich zuversichtlich. Mit dem Reichskanzler hatte er sich dahin ausgesprochen, daß der König von Spanien um Vermittlung des Friedens unter Mitteilung der deutschen Bedingungen angegangen werden sollte, sobald sich die militärische

[1]) Vorabdruck im „Tag", w. o.

[2]) Die Worte „rein rezeptives" standen im Vorabdruck des „Tag" Nr. 185 vom 10. Mai 1922 und fehlen in der Buchausgabe.

Lage einigermaßen gebessert habe. In diesem Sinne sprach sich Graf Hertling zu seinem Sohne aus, als dieser am 6. August in Spa nach längerer Abwesenheit wieder eintraf. Ludendorff sei durch die Rückschläge an der Front noch nicht gebeugt und habe etwa geäußert: „Fünfmal habe ich während des ganzen Weltkrieges bisher die Truppen zurücknehmen müssen, um am Ende den Feind doch zu schlagen. Warum sollte mir das nicht auch ein sechstes Mal gelingen?“ [1])

Es kam der 8. August, den Ludendorff als den schwarzen Tag des deutschen Heeres in der Geschichte dieses Krieges bezeichnet hat [2]). Bei dichtem Nebel durchbrachen am 8. August früh mit starken Tankgeschwadern Engländer, hauptsächlich mit australischen und kanadischen Divisionen, und Franzosen zwischen Albert und Moreuil die deutsche Front. Die Lage gestaltete sich sehr ernst, und wenn der Feind scharf zugriff, wurden die deutschen Stellungen westlich der Somme unhaltbar. Doch gelang es, das Schlimmste noch abzuwenden. Besprechungen mit Kommandeuren und Offizieren der Kampftruppen ergaben, daß Verfallserscheinungen in der Armee zutage getreten waren. „Der 8. August“, schreibt Ludendorff, „stellte den Niedergang unserer Kampfkraft fest und nahm mir bei solcher Ersatzlage die Hoffnung, eine strategische Aushilfe zu finden, welche die Lage wieder zu unseren Gunsten festigte. Ich gewann im Gegenteil die Überzeugung, daß die Maßnahmen der O. H. L., die ich bisher, soweit dies im Kriege möglich ist, auf sicherer Grundlage aufbauen konnte, dieser jetzt entbehrten. Das Kriegführen nahm damit, wie ich mich damals ausdrückte, den Charakter eines unverantwortlichen Hazardspieles an, das ich immer für verderblich gehalten habe. Das Schicksal des deutschen Volkes war mir für ein Glücksspiel zu hoch. Der Krieg war zu beendigen [3]).“ Ludendorff erwog auch zeitweise die Möglichkeit seines Rücktritts, ein Gedanke, der aber vom Feldmarschall v. Hindenburg abgelehnt wurde.

Im Großen Hauptquartier zu Spa hatten die Nachrichten vom 8. August tiefsten Eindruck gemacht. Der Kaiser war auf das äußerste betroffen und entschloß sich, nachdem es gelungen war, eine verkürzte feste Abwehrfront in der Linie Albert—Roye—Ribecourt zu schaffen, zu einer Rücksprache in Avesnes. Ludendorff gestand dort beim militärischen Vortrage ohne weiteres zu, daß wir eine schwere Niederlage erlitten hätten. Der kriegerische Geist lasse bei einem Teile der Divisionen zu wünschen übrig, und es sei vorgekommen, daß einer angreifenden Division von Truppen, die aus vorderer Linie zurückkamen, die Worte „Streikbrecher“ und „Kriegsverlängerer“ zugerufen wurden. Der Kaiser betonte seinen Eindruck, daß der Truppe zuviel zugemutet würde; auch der Kronprinz teile diese Ansicht. Ludendorff war hingegen der

[1]) Karl Graf v. Hertling, „Ein Jahr in der Reichskanzlei“, S. 146.
[2]) Erich Ludendorff, „Meine Kriegserinnerungen“, S. 547.
[3]) A. a. O., S. 551.

Meinung, daß das Versagen der 2. Armee am 8. August nicht mit einer Übermüdung unserer Divisionen entschuldigt werden könne. „Ich hatte hier wieder das Gefühl," berichtete Niemann im Vorabdruck seines Buches im „Tag" (Nr. 185), „daß der General dem so wichtigen Moment der materiellen Versorgung und der personellen Beanspruchung, das auf Seiten unserer Gegner so günstige Vorbedingungen fand und uns vor unlösbare Schwierigkeiten stellte, nicht genügend Rechnung trug." — Der Oberste Kriegsherr traf schließlich die schmerzliche Entscheidung: „Ich sehe ein, wir müssen die Bilanz ziehen. Wir sind an der Grenze unserer Leistungsfähigkeit. Der Krieg muß beendet werden . . . Ich erwarte die Herren also in den nächsten Tagen in Spa." [1])

„Der Bann quälender Ungewißheit," berichtete Niemann, „war gebrochen, das entscheidende Wort, das zu formulieren und auszusprechen die beiden militärischen Träger des Siegeswillens sich gescheut hatten, war von kaiserlichen Lippen gefallen und unwidersprochen geblieben. Das Wort bedeutete einen Entschluß, der eine völlige Umstellung bedingte, der sich nicht allein militärisch auswirken mußte, sondern tief hineingriff in alle Phasen des politischen Lebens, ja unseres gesamten Daseins." [2])

V

Die Besprechungen in Spa am 13. und 14. August 1918

Am 13. August 1918, 8 Uhr früh, trafen Generalfeldmarschall v. Hindenburg und Ludendorff von Avesnes zur Besprechung in Spa ein.

Über die wichtigen Verhandlungen am 13. und 14. August, die nach dem Willen des Obersten Kriegsherrn die Bilanz des Krieges ziehen sollten, liegen ausführliche Bekundungen vor. Das im Auftrage des Reichsministeriums von der Reichskanzlei herausgegebene Weißbuch „Vorgeschichte des Waffenstillstandes" [3]) bringt unter Nr. 1 das Protokoll der in Gegenwart des Kaisers stattgehabten Besprechung vom 14. August. Dieses Protokoll ist von den Hauptteilnehmern der Besprechung, Hindenburg, Ludendorff, Hertling, v. Hintze, v. Berg, außerdem vom Kaiser und vom Kronprinzen unterzeichnet worden. Es muß also als geschichtlich unantastbares Dokument gelten, nachdem eine kürzere Fassung in den Ausführungen des Kaisers durch den richtigen Wortlaut ersetzt ist. Hiervon wird weiter unten die Rede sein.

---

[1]) Alfred Niemann, „Kaiser und Revolution", S. 43.

[2]) Desgl.

[3]) Ich zitiere hier stets nach der ersten Ausgabe von 1919. Eine neue, erweiterte, deren Inhalt ich noch vergleichen konnte, ist inzwischen erschienen.

Zu den Besprechungen selbst haben sich die beiden Heerführer in ihren Kriegsbüchern, ferner Staatssekretär v. Hintze in Nr. 462, 464 und 466 der „Vossischen Zeitung" vom 11., 12. und 13. September 1919, schließlich General Ludendorff in einer Entgegnung auf das amtliche Weißbuch in einem ausführlichen Sonderhefte „Das Scheitern der neutralen Friedensvermittelung August/September 1918" geäußert. In der letztgenannten Schrift hat Ludendorff auch Bekundungen weiterer Persönlichkeiten verwendet.

Über die tatsächlichen Vorgänge während der wichtigen Besprechungen am 13. und 14. August bestehen scharfe Gegensätze zwischen Ludendorff und Hintze. Da der General sich sowohl in seinen „Kriegserinnerungen" wie in seinem Buche „Kriegführung und Politik" und schließlich in dem erwähnten Hefte „Das Scheitern der neutralen Friedensvermittelung August/September 1918", sowie in einigen Aufsätzen im Militär-Wochenblatt über die Frage sehr ausführlich geäußert hat, entsprechende Bekundungen aber von politischer Seite — abgesehen vom Inhalt des Weißbuches über den Waffenstillstand und von der erwähnten Artikelreihe in der „Vossischen Zeitung" [1]) — nicht vorlagen, so mußte diese Lücke durch eine ausführliche Bekundung des Staatssekretärs a. D. v. Hintze geschlossen werden [2]).

Staatssekretär von Hintze, der gerade aus Moskau zurückgekehrte Helfferich und der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts v. Stein trafen am 12. August von Berlin in Spa ein. Schon am Nachmittag fand eine Besprechung mit dem Reichskanzler statt.

Am 13. August, vormittags 10 Uhr, trafen sich der Reichskanzler, Hintze, Hindenburg und Ludendorff um 10 Uhr vormittags. Vor der Besprechung nahm Ludendorff den Staatssekretär v. Hintze zu einer Unterredung unter vier Augen beiseite und sagte ihm ziemlich wörtlich: „Mitte Juli habe ich Ihnen gesagt, ich wäre sicher, mit der gegenwärtigen Offensive den Kriegswillen des Feindes zu brechen und ihn zum Frieden zu nötigen. Diese Sicherheit habe ich nicht mehr." Auf die Frage Hintzes, wie der General sich die militärische Weiterführung des Krieges denke, erwiderte Ludendorff, wir würden durch eine strategische Defensive den Kriegswillen des Feindes allmählich lähmen. Diese Darlegung machte auf Hintze, der die militärische Lage innerlich immer schon pessimistisch betrachtet und sich dem Vizekanzler v. Payer gegenüber stets in diesem Sinne ausgesprochen hatte, einen geradezu niederschmetternden Eindruck.

[1]) Die Annahme des Generals Ludendorff, daß die Veröffentlichung einer Denkschrift Hintzes in der „Frankfurter Zeitung" auf Hintzes Veranlassung erfolgt sei, hat Hintze in der „Frankfurter Zeitung" Nr. 652 vom 3. 9. 1919 zurückgewiesen.

[2]) Siehe Anlage 15.

Ludendorff glaubte offenbar, mit dieser Bemerkung den Staatssekretär v. Hintze völlig hinreichend über den schweren Ernst der Lage unterrichtet zu haben. Bei den nach dem Kriege hervorgetretenen Gegensätzen zwischen den beiden Herren darf hierbei nicht übersehen werden, daß Hintze damals „der Mann der O. H. L." war, daß General Ludendorff ihm mit Vertrauen entgegengekommen ist, und daß ein auf den gleichen Ton gestimmter Briefwechsel zwischen dem Großen Hauptquartier und Christianina stattgefunden hatte.

Nach der kurzen Sonderbesprechung zwischen Ludendorff und Hintze begann die Besprechung zu Vieren. In dieser bezeichneten die Heerführer eine große Offensive als nicht mehr angängig. Wir brauchten uns aber noch nicht auf die reine Verteidigung zu beschränken, sondern könnten gelegentlich offensive Vorstöße unternehmen. Durch diese im großen und ganzen defensive Kriegführung würden wir — ihrer Überzeugung nach — den Kriegswillen des Gegners brechen und ihn zum Frieden zwingen können. Hintze faßte das so auf, daß es sich nun lediglich um eine Änderung der Strategie handele. Das militärische Ziel, den Kriegswillen des Gegners zu brechen und ihn zum Frieden zu zwingen, blieb also seiner Auffassung nach das gleiche. „Und die O. H. L. sprach die Überzeugung aus, dieses Ziel erreichen zu können. Mit keinem Wort, mit keiner Silbe," schreibt Hintze in seiner Darlegung, „mit keiner Andeutung ließ der Generalfeldmarschall oder General Ludendorff erkennen oder ahnen, daß sie aus ihrer Bewertung der militärischen Lage die Folgerung zögen, es müßten diplomatische Schritte zur Herbeiführung des Friedens unternommen werden. Ihre Sprache lief darauf hinaus, den Reichskanzler und mich über die Änderung der Strategie zu beruhigen: das Ziel sei dasselbe und sei zu erreichen."

Die Wirkung dieser Ausführungen war denn auch, daß der Reichskanzler über die Eröffnungen der Heerführer durchaus nicht betroffen oder alarmiert war[1]). Als Helfferich am 15. August eine lange Aussprache mit Ludendorff hatte und dieser dabei andeutete, ein Mißgeschick wie am 8. August könne sich schließlich auch noch ein zweites Mal ereignen, da fand Helfferich diese Äußerung so alarmierend, daß er sie sofort dem Reichskanzler mitteilte. Auch er hatte dabei den Eindruck, daß Graf Hertling seine Auffassung für übertrieben hielt, obwohl Helfferich ihn darauf aufmerksam machte, daß nach seiner Kenntnis der Art Ludendorffs, sich über solche Dinge zu äußern, die militärische Lage außerordentlich ernst sein müsse[2]).

Auch dem Obersten v. Haeften gegenüber hatte sich Ludendorff sehr ernst geäußert. Haeften hatte in der Nacht vom 12. zum 13. August dem General einen Vortrag zu erstatten. Dabei enthüllte ihm Ludendorff mit rückhaltloser Offenheit den Ernst der militäri-

[1]) Karl Graf v. Hertling, „Ein Jahr in der Reichskanzlei", S. 149.
[2]) Karl Helfferich, „Der Weltkrieg", Band 3, S. 499 ff.

schen Lage. Als Haeften am 13. August gegen 9 Uhr vormittags dem General in einer anderen Sache Vortrag hielt, erschien der Generalfeldmarschall, der sich mit General Ludendorff beriet, was er dem Reichskanzler und dem Staatssekretär v. Hintze bei der auf 10 Uhr vormittags angesetzten Besprechung über die militärische Lage sagen solle. General Ludendorff betonte, man müsse den Herren absolut reinen Wein einschenken. Als sich die beiden Heerführer an den Tisch mit den Lagenkarten begaben, wollte Oberst v. Haeften sich entfernen. General Ludendorff hielt ihn aber zurück, so daß er dessen nun folgendem Vortrage über die militärische Gesamtlage beiwohnte. Der General schilderte dem Feldmarschall die Lage mit dem gleichen Ernste und der gleichen rückhaltlosen Offenheit wie dem Obersten v. Haeften in der vorhergehenden Nacht. Haeften hatte daher den Eindruck, daß, wenn der Feldmarschall bei der unmittelbar darauf folgenden Besprechung mit dem Reichskanzler und dem Staatssekretär v. Hintze, der er nicht beiwohnte, die Lage auch nur annähernd in der gleichen Deutlichkeit geschildert hat, daß dann die Staatsmänner hätten wissen müssen, es sei nunmehr höchste Zeit zum politischen Handeln, und keine Stunde dürfe mehr verloren werden, um den Krieg zu beenden.

Auch Oberst v. Mertz, der in der Operationsabteilung des Großen Hauptquartiers von Mitte August 1916 ab die Angelegenheiten des Balkans und der Türkei zu behandeln hatte, erhielt am 13. August 1918 bei seiner Abmeldung auf Urlaub vom General Ludendorff die Mitteilung, „daß er über die jetzige Frontlage der Reichsleitung vollen und rückhaltlosen Aufschluß gegeben habe". [1])

Wir kehren nunmehr zu der Besprechung zu Vieren zwischen dem Reichskanzler, dem Staatssekretär v. Hintze und den beiden Heerführern am 13. August vormittags zurück. Der Reichskanzler war über die Eröffnungen der O. H. L. keineswegs beunruhigt, um so mehr aber Hintze auf Grund der ihm allein gemachten Mitteilung des Generals Ludendorff. Den Hauptteil der Besprechung bildeten Klagen der O. H. L. über die Stimmung in der Heimat und über deren Rückwirkung auf die Front, über das Schwächerwerden der Regierungsautorität, über die zu geringe Unterstützung der Stellvertretenden Kommandierenden Generale in den Korpsbezirken, über Mängel bei der Versorgung, über ungenügenden Mannschaftsersatz und anderes mehr. Der Reichskanzler suchte seine Regierung gegen die erhobenen Vorwürfe zu verteidigen und stellte Berücksichtigung der Klagen in Aussicht. Hintze schwieg zu diesen Problemen der inneren Politik, brachte aber die belgische und polnische Frage noch zur Sprache, da hierüber Klarheit herrschen müsse, wenn diplomatische Friedensschritte notwendig würden. Bei Erwähnung Belgiens zog

[1]) Aufzeichnung des Präsidenten des Reichsarchivs v. Mertz vom 13. 11. 1923.

sich General Ludendorff auf das Protokoll vom 3. Juli 1918[1]) zurück, dessen weitgehende Forderungen nur im Falle eines Sieges verwirklicht werden konnten; im Osten beanspruchte er die Bug—Narew-Linie, ein Vorgelände bei Thorn und gegenüber Bentschen, eine Militärkonvention und ein Wirtschaftsbündnis. Nach Auffassung Hintzes kam in diesen Forderungen nicht zum Ausdruck, daß die O. H. L. aus der militärischen Lage eine Verminderung ihrer Kriegsziele herleiten zu müssen glaubte. Es war auch nicht davon die Rede, daß Friedensfühler durch eine neutrale Macht ausgestreckt werden müßten. Die Besprechung verlief ruhig und ohne Gereiztheit, da der Kanzler größtmögliche Berücksichtigung der militärischen Forderungen zusagte. Hintze drängte im Augenblick nicht weiter, weil die O. H. L. noch der Überzeugung war, „den Kriegswillen des Gegners brechen und ihn zum Frieden zwingen zu können". Er selbst schilderte die politische Lage sehr schwarz: Österreich-Ungarn moralisch und materiell erschöpft, anspruchsvoll und unsicher, zum Abfall fertig; die Türkei schon seit Frühjahr 1918 in Kriegführung und Politik ihre eigenen Wege gehend. General Ludendorff hielt diese Auffassungen für „schwarzseherisch".

Nach Aufhebung der Sitzung berichtete Hintze dem Reichskanzler, er müsse die Auffassung der O. H. L. von den Aussichten ihrer Kriegführung zwar respektieren, könne sie aber nicht teilen; die außenpolitische Lage in Verbindung mit der militärischen würde bei der Schwäche unserer Verbündeten Schritte nötig machen, die geeignet wären, zum Frieden zu führen.

Diese seine Auffassung vertiefte sich über Nacht. Der Kronrat war für den 14. August, 10 Uhr vormittags, im Generalstabsgebäude angesetzt. Hintze suchte den Reichskanzler vorher auf, trug ihm erneut seine hoffnungsarme, der dargelegten Auffassung der O. H. L. widersprechende Beurteilung der Kriegslage vor, bat ihn um Unterstützung seines Verlangens nach Ermächtigung zu Friedensaktionen und meldete ihm, daß er für den Fall, daß aus dem Kronrat eine solche Ermächtigung nicht hervorginge, seine Entlassung erbitten würde. Graf Hertling antwortete ihm wörtlich: „Aber dann lassen Sie mich alten Mann doch lieber zuerst gehen!"

Nunmehr erfolgte in Gegenwart des Obersten Kriegsherrn, des deutschen Kronprinzen, des Reichskanzlers, des Feldmarschalls, des Generals Ludendorffs, des Staatssekretärs v. Hintze die maßgebende Besprechung, an der außerdem Generaladjutant v. Plessen, der Chef des Zivilkabinetts v. Berg und der Chef des Militärkabinetts Frhr. v. Marschall beiwohnten[2]). Der Reichskanzler schilderte zunächst die

[1]) S. Anlage 4.

[2]) Eine nochmalige Mitteilung des durch Hintze während der Sitzung geführten Protokolls aus dem Weißbuche „Vorgeschichte des Waffenstillstandes" scheint entbehrlich.

innere Lage, die kriegsmüde Stimmung, den Mangel an Ernährung und Bekleidung, und betonte die Notwendigkeit der Wahlrechtsreform. Anschließend brachte General Ludendorff einige Beschwerden vor, schilderte den schädlichen Einfluß der Lichnowsky-Denkschrift, forderte straffere Mitwirkung der Zivilbehörden und schärfere Auskämmung der Reklamierten zur Hebung des Ersatzes. Über die Kriegslage äußerte er nichts. Darauf ergriff Hintze das Wort und schilderte die Lage so, wie sie ihm auf Grund seiner eigenen Eindrücke und der Besprechung am 13. August erschien. Danach waren die Neutralen kriegsüberdrüssig; die meisten von ihnen gefühlsmäßig auf den Sieg der Entente eingestellt. Spanien sei verstimmt wegen des deutschen U-Bootkrieges. Von den Verbündeten erkläre Österreich, am Ende seiner Kräfte angelangt zu sein; ob es einen Winterfeldzug noch aushalten könne, sei zweifelhaft. Bulgarien stelle dauernd große Anforderungen, seine Armee sei erschöpft. Die Türkei gehe im Kaukasus ihre eigenen Wege.

Über die militärische Lage sagte Hintze — und General Ludendorff stellt diese Festsetzungen als von beiden Seiten unangefochten fest[1]) —: „Der Chef des Generalstabes des Feldheeres hat die kriegerische Situation dahin definiert, daß wir den Kriegswillen unserer Feinde durch kriegerische Handlungen nicht mehr zu brechen hoffen dürfen, und daß unsere Kriegführung sich als Ziel setzen muß, durch eine strategische Defensive den Kriegswillen des Feindes mählich zu lähmen. Die politische Leitung beugt sich vor diesem Ausspruch der größten Feldherren, die dieser Krieg hervorgebracht hat, und zieht daraus die politische Konsequenz, daß militärisch[2]) wir außerstande sein würden, den Kriegswillen des Gegners zu brechen, und daß wir daher gezwungen seien, dieser Kriegslage in der Führung unserer Politik hinfort Rechnung zu tragen.“ Der Kronprinz trat den Ausführungen Ludendorffs und Hintzes restlos bei und forderte eine strengere Zusammenfassung der inneren Front.

Nunmehr ergriff der Kaiser das Wort. Auch er wies zunächst auf bessere Ordnung im Innern hin. Hierzu müßten die stellvertretenden kommandierenden Generale und der Kriegsminister mitwirken und auch die Zivilbehörden auf striktere Durchführung der Staatsgewalt Bedacht nehmen. Für besseren Ersatz müsse gesorgt werden. Hinsichtlich der Außenpolitik führte der Monarch aus, daß auch der Feind leide. Die diesjährige Ernte in England sei schlecht, die Tonnage vermindere sich ständig, und vielleicht komme durch diesen Mangel England allmählich dazu, sich zum Frieden zu be-

[1]) Ludendorff, „Das Scheitern der neutralen Friedensvermittelung usw.“, S. 14.

[2]) Im Protokoll hatte „politisch“ gestanden. Hierzu hatte Reichskanzler Graf v. Hertling die Anmerkung gemacht: „muß wohl heißen ‚militärisch‘. Hertling.“

kehren. Mit der von Hintze gegebenen Charakteristik der politischen Lage erklärte sich der Kaiser einverstanden: „Es müsse auf einen geeigneten Zeitpunkt geachtet werden, wo wir uns mit dem Feinde zu verständigen hätten. Der König von Spanien und die Königin der Niederlande seien geeignete Media[1])." Der Kaiser forderte sodann die Bildung einer Propagandakommission zur Schwächung der Siegeszuversicht des Feindes, zur Hebung der Zuversicht des deutschen Volkes. Von angesehenen Privatpersonen, wie Ballin, Heckscher, aber auch von Staatsmännern, sollten flammende Reden gehalten werden. In die Kommission seien Männer von entsprechenden Fähigkeiten, nicht sowohl Beamte zu berufen; die politischen Direktiven müsse das Auswärtige Amt geben. Schließlich richtete der Kaiser noch einen dringenden Appell an die Anwesenden: „Die einzelnen Ressorts müßten nicht wie bislang gegeneinander arbeiten und vor einander Geheimniskrämerei treiben. Die Militär- und Zivilbehörden müßten zusammenarbeiten, der Kriegsminister müsse die kommandierenden Generale unterstützen und sie nicht im Stiche lassen." Ein klarer Befehl für die verantwortlichen Männer der politischen Leitung, sofort Friedensschritte zu tun, war in diesen Worten nicht enthalten.

Darauf sprach der Reichskanzler für eine energische Aufrechterhaltung der Autorität im Innern und über die Propaganda, für die ein reichhaltiges Programm schon verwirklicht würde. „Diplomatisch müßten Fäden betreffend eine Verständigung mit dem Feinde im geeigneten Moment angesponnen werden. Ein solcher Moment böte sich nach den nächsten Erfolgen im Westen." Auch hier also wurden die diplomatischen Schritte nicht als sofort nötig bezeichnet oder in Aussicht gestellt, sondern sie wurden von einer offenbar mit Sicherheit erwarteten Besserung der Lage abhängig gemacht.

Das Schlußwort hatte der Generalfeldmarschall v. Hindenburg. Seine Ausführungen hatte Hintze in dem Entwurf des Protokolls in folgenden Satz zusammengefaßt: „Generalfeldmarschall von Hindenburg hofft, daß es dennoch gelingen werde, auf französischem Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich den Feinden unseren Willen aufzuzwingen." Als den Heerführern das Protokoll zur Unterschrift zuging, hat General Ludendorff die protokollarische Zusammenfassung der Äußerungen Hindenburgs wie folgt geändert: „Generalfeldmarschall v. Hindenburg führt aus, daß

[1]) Damit ist die Vervollständigung des Protokolls in dem von Ludendorff geforderten Sinne erfolgt. (Ludendorff, „Das Scheitern der neutralen Friedensvermittelung usw.", S. 9/10.) In der ersten Ausgabe des Weißbuches hatte gestanden (S. 14): „Neutrale Staaten (der Kaiser bezeichnet solche) seien geeignete Media."

es gelingen werde, auf französischem Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich den Feinden unseren Willen aufzuzwingen." Das war eine wesentlich bestimmtere und zuversichtlichere Form. Die Männer der politischen Leitung mußten daraus entnehmen, daß die militärische Lage doch noch keineswegs aussichtslos sei. Gelang es wirklich, auf französischem Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich den Feinden unseren Willen aufzuzwingen, so war das ein strategischer Abwehrsieg. Es änderte sich dann in der Tat jetzt nur die Form der Kriegführung, insofern, als Offensiven nicht mehr unternommen wurden. Stützten sich der Reichskanzler und der Staatssekretär auf diesen Satz, so konnte niemand von ihnen erwarten, daß sie Friedensschritte jetzt in der niedergehenden militärischen Konjunktur unternehmen würden.

Das Protokoll ist übrigens in anderer Weise zustande gekommen, als General Ludendorff annimmt[1]). Nach dem Tagebuche des Legationsattachés Baron v. Vietinghoff, der den Staatssekretär des Auswärtigen begleitete, hat Hintze das Protokoll am 15. August nachmittags ihm diktiert. Beide Herren fuhren darauf zum Feldmarschall und zum General Ludendorff, um es paraphieren zu lassen. Oberst v. Winterfeldt erhielt den Auftrag, das Protokoll dem Reichskanzler vorzulegen.

General Ludendorff hat erklärt[2]), der Generalfeldmarschall habe mit seinen Worten lediglich die Teilnehmer an der Besprechung wieder aufrichten wollen. „Er sprach allein eine militärische Hoffnung aus und unterstrich lediglich seine Gedankengänge in der Definition der Lage vom 13. Jeder politische Gedanke lag ihm fern." Dieser Absicht wird man vielleicht beipflichten können, sie jedenfalls psychologisch verständlich finden. Bedenklich war es aber, den ursprünglichen Wortlaut des Protokolls an seiner wichtigsten Stelle, wo von einer Hoffnung auf Gelingen die Rede war, in die sehr viel bestimmtere Form der festen Zuversicht nachträglich zu verändern.

In seinen „Kriegserinnerungen"[3]) berichtet Ludendorff über die rein menschliche Wirkung der Besprechungen vom 14. August auf die daran beteiligten Persönlichkeiten. Er schildert die tiefe Erregung des Staatssekretärs v. Hintze, dem bei seinen Darlegungen die Tränen in die Augen getreten seien. Das gibt uns die rein menschliche Erklärung für das Verhalten des Feldmarschalls. In schwersten Krisen der Jahre 1914/15 und 1916 hatte der Feldmarschall immer den zuversichtlichen, sein eigenes Vertrauen auf seine Umgebung übertragenden Mittelpunkt des Armeestabes Oberbefehlshaber Ost gebildet. An seinem Vorbilde hatten sich seine Untergebenen auf-

---

[1]) Ludendorff, „Das Scheitern der neutralen Friedensvermittlung" usw., S. 9.

[2]) Ludendorff, a. a. O., S. 19.

[3]) S. 553.

gerichtet, und immer war aus schwerer Kriegslage noch ein rettender Ausweg gefunden worden. Sollte es jetzt anders sein? Sollte der nie geschlagene Feldherr jetzt in schwerer Stunde seinem Obersten Kriegsherrn und den anwesenden Staatsmännern ein Bild der Verzagtheit geben? Das lag nicht in seiner Art. Er suchte daher den Teilnehmern jener Sitzung den Glauben zu lassen, daß auch diesmal wieder alles noch eine Wendung zum Bessern nehmen könne. Psychologisch ist das durchaus zu erklären. Auf den Reichskanzler Grafen Hertling aber wirkte es in dem Sinne, daß er die Gesamtlage wesentlich weniger ernst ansah, als es damals die Lage erforderte. Das geht u. a. aus seinem Verhalten bei dem Gespräche mit Helfferich am 15. August hervor[1]). Auch der Sohn des Reichskanzlers versichert, daß sein Vater aus den Besprechungen des 13. und 14. August nicht das Eingeständnis des verlorenen Krieges herausgehört habe. „Die Kriegslage spiegelte sich dem Kanzler vielmehr nach den erhaltenen Auskünften derart wieder, daß er zwar die Weiterführung des Krieges für zwecklos halten mußte, daß er es aber für unerläßlich ansah, das Abflauen und das endliche Stillstehen der feindlichen Offensive abzuwarten“[2]).

Wichtig ist auch die Feststellung, daß die grundlegende Besprechung vom 14. August in voller persönlicher Harmonie der Beteiligten geschlossen hat. Ludendorff selbst berichtet, daß er dem Staatssekretär v. Hintze in tiefer Bewegung die Hand gereicht habe[3]).

Faßt man das Ergebnis nochmals zusammen, so zeigt sich, daß eine volle Klarheit über die dringlichsten, von der politischen Leitung zu unternehmenden Schritte in der maßgebenden Besprechung vom 14. August nicht erzielt worden war. Sowohl die Feldherren wie die Männer der politischen Leitung waren schließlich doch nur Organe des Obersten Kriegsherrn für die Leitung des Gesamtkrieges. Der Oberste Kriegsherr aber hatte — nach Ausweis des von ihm unterschriebenen Protokolls — noch nicht den Entschluß gefaßt, Schritte der Verständigung mit dem Feinde sofort zu tun. Es sollte auf einen geeigneten Zeitpunkt hierfür gewartet werden. Als der Reichskanzler diesen geeigneten Zeitpunkt näher dahin erläuterte, daß er sich nach dem nächsten Erfolge im Westen bieten würde, hat der Oberste Kriegsherr nicht widersprochen, noch weniger der Generalfeldmarschall v. Hindenburg, dem das Schlußwort in der wichtigen Besprechung zufiel. Nach seinen Worten, die durch die handschriftliche Abänderung durch General Ludendorff einen noch zuversichtlicheren Charakter erhielten, mußten die Teilnehmer der Sitzung die Zuversicht erhalten, „daß es ge-

---

[1]) S. o. S. 225.
[2]) Karl Graf v. Hertling, „Ein Jahr in der Reichskanzlei“, S. 149.
[3]) Erich Ludendorff, „Meine Kriegserinnerungen“, S. 553.

lingen werde, auf französischem Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich den Feinden unseren Willen aufzuzwingen". Das war aber tatsächlich der militärische Sieg, und bei dieser Lage der Dinge lag für die Männer des politischen Geschäfts keinerlei Veranlassung zu sofortigen Friedensschritten vor, die vom Feinde nur als Zeichen der Schwäche hätten gedeutet werden können und infolgedessen ohne praktischen Erfolg hätten bleiben müssen.

Dies ist auch tatsächlich die Ansicht des Feldmarschalls gewesen. Er hielt die Zeit, an einem befriedigenden Abschlusse des Krieges zu zweifeln, Mitte August noch nicht für gekommen, und hoffte bestimmt, „daß die Armee, trotz betrübender Einzelerscheinungen auf dem letzten Schlachtfelde, imstande sein würde, zunächst einmal auszuhalten [1])". Er bekennt sich daher auch rückhaltlos dazu, daß er in der Besprechung am 14. August gegen die Auffassung des Reichskanzlers Grafen Hertling, „daß mit einem wirklich offiziellen Friedensschritt unsererseits gewartet werden sollte, bis eine Besserung in unserer damaligen militärischen Lage eintreten würde", nichts einzuwenden gehabt habe [2]).

Die Tatbestände liegen also völlig klar, und es wäre ein zweckloser Streit um Worte, die Erörterung darüber fortzuspinnen, ob etwa die Männer der politischen Leitung nun sofort ganz andere Schritte hätten ergreifen sollen. Hierzu konnten sie auf Grund der ihnen gemachten Mitteilungen einen hinreichenden, zwingenden Anlaß nicht erblicken. In diesem Sinne betont auch General v. Kuhl in seinem Gutachten, daß die Darlegungen im Kronrat hätten klarer sein müssen, daß offensichtlich Widersprüche und Unklarheiten vorlägen, und daß die politische Leitung darüber nicht im Zweifel hätte gelassen werden dürfen, daß sofort die nötigen Schritte zu tun waren. Aber der Feldmarschall sah die Lage ja gar nicht als so bedenklich an. Auch Niemann betont, daß die über die militärische Lage gemachten Ausführungen beim Staatssekretär v. Hintze augenscheinlich nicht den Eindruck hervorgerufen hätten, eine kritische Wendung sei eingetreten, die es nötig machte, schnell an den Verhandlungstisch zu kommen [3]). Das Ergebnis der Besprechungen des 13. und 14. August sei nicht ganz ausreichend gewesen: „Der Verteidigungscharakter des Krieges mußte festgestellt (werden), mußte in allen militärischen und politischen Maßnahmen zum Ausdruck kommen". — „Das gesamte deutsche Volk war für den Schlußkampf mobil zu machen [4])."

Ganz allgemein muß hier einmal ausgesprochen werden, daß es

---

[1]) Generalfeldmarschall v. Hindenburg, „Aus meinem Leben", S. 364.
[2]) A. a. O., S. 363.
[3]) Alfred Niemann, „Kaiser und Revolution", S. 58.
[4]) A. a. O., S. 59.

für erfolgreiche Friedensschritte, wie sie nur unsere unerschütterte Machtstellung im Westen erlaubt hätte, nach den Vorgängen des 18. Juli, ganz besonders aber nach der schweren Niederlage des 8. August, überhaupt schon zu spät war. Die Entente hätte sehr töricht sein müssen, wenn sie nach so langen Kampfjahren und so großen Opfern jetzt, unmittelbar vor Erscheinen der amerikanischen Truppen und bei dem sichtlichen Nachlassen der deutschen Kampfkraft, durch diplomatische Verhandlungen sich von der Verfolgung ihrer Kriegsziele hätte abbringen lassen. Ihr hauptsächlichstes, ja geradezu ihr einziges Kriegsziel mußte eine entscheidende Niederlage des deutschen Westheeres sein. Wir mußten versuchen, zum Frieden zu kommen, solange wir noch stark waren. Im Niedergange der militärischen Konjunktur konnten wir auf Erfolge der Diplomatie nicht mehr rechnen, denn diese beruhen nur auf der militärischen Machtstellung und können durch diplomatische Kunst höchstens gesteigert, nicht ersetzt werden. Niemals kann diplomatische Kunst einen bereits in Erscheinung getretenen Mangel an kriegerischen Erfolgen ausgleichen. Das zu verlangen, hieße Unmögliches fordern.

Die Gerechtigkeit gebietet hier die Feststellung, daß der Staatssekretär v. Hintze, statt „auf einen sicheren Sieg die Siegel eines Siegerfriedens" drücken zu können, gleich nach seiner Berufung in die denkbar ungünstigste Lage hineingekommen ist. Erst am 20. Juli hatte er nach Rückkehr aus Christiania in Berlin die Geschäfte des Auswärtigen Amtes übernommen. In den wenigen seither vergangenen Tagen war die so zuversichtlich erwartete Reimsoffensive gescheitert und der schwere Rückschlag des 18. Juli am Walde von Villers-Cotterets erfolgt. Damals schon war es zu spät für erfolgversprechende diplomatische Schritte. Jetzt vollends, nachdem die schwere Niederlage des 8. August eingetreten war, konnte von diplomatischen Schritten ein entscheidender Erfolg überhaupt nicht mehr erwartet werden.

Die Betrachtungen über die Besprechungen vom 13. und 14. August 1918 enden also mit der Feststellung, daß den Männern der politischen Leitung aus ihrer damaligen Auffassung und den daraus gezogenen Schlußfolgerungen ein Vorwurf nicht gemacht werden darf. Sie unterlagen den Irrtümern und Unklarheiten, die trotz der Besprechungen verblieben waren und nur vom Obersten Kriegsherrn als der ausschlaggebenden Persönlichkeit auf Grund deutlicherer Feststellungen der O. H. L. hätten beseitigt werden können.

Noch ein weiteres ist zu beachten. Durch die von der O. H. L. erzwungene Entlassung des Staatssekretärs v. Kühlmann ist gerade in einer entscheidenden Epoche die Stelle des Außenministers sozusagen unbesetzt gewesen, denn erst am 20. Juli übernahm Hintze die Geschäfte in Berlin. In der Wesensart politischer Verhandlungen,

zumal in Kriegszeiten, liegt es aber begründet, daß sie, schon der notwendigen Geheimhaltung wegen, nur von der obersten verantwortlichen Persönlichkeit geführt werden können. Diese Zeit schied also für die außenpolitische Aktion mehr oder weniger aus. Es wäre zweifellos besser gewesen, einen solchen grundlegenden Wechsel in einer so kritischen Zeit überhaupt nicht vorzunehmen, um die fortlaufende Linie nicht zu unterbrechen.

Wenige Worte noch über die von den Männern der O. H. L. am 14. August bekundete Zuversicht. Einzig und allein die O. H. L. kannte den Gesamtzusammenhang und die wahre Lage an der Front. Diese aber war für alle politischen Erwägungen das allein Ausschlaggebende. Die Staatsmänner waren gar nicht in der Lage, einen wesentlich anderen Standpunkt einzunehmen als die O. H. L. Äußerte diese sich zuversichtlich, so durften die Männer der Politik es auch sein. Herr v. Hintze hat trotzdem die Lage sehr viel ernster aufgefaßt, den Eindruck der vom Feldmarschall auf den Reichskanzler übertragenen Zuversicht aber nicht auszugleichen vermocht. Darin liegt die Bedeutung dieser am 14. August bekundeten, vom General Ludendorff in dem Protokoll durch die handschriftliche Änderung noch unterstrichenen Zuversicht, aber auch ihre Gefahr. Man darf nicht außer acht lassen, daß, wie es auch in Hintzes Ausführungen am 14. August ausdrücklich betont wird, die politische Leitung ganz im Banne „der größten Feldherren, die dieser Krieg hervorgebracht hat", stand, daß es somit für einen neuen Mann an der Spitze des Auswärtigen Amtes schwer sein mußte, sich von dieser inneren Abhängigkeit freizumachen.

VI

Vom 15. August bis zum 29. September 1918

Am 14. August, nachmittags[1]), trafen Kaiser Karl, Graf Burian und General v. Arz in Spa ein. Graf Burian war der Ansicht, daß der Krieg sobald wie irgend möglich beendet werden müsse. Er wünschte daher, sich mit einem Friedensangebot „An Alle" zu wenden. Auch brachte er aufs neue die österreichischen Wünsche für die Lösung der polnischen Frage vor. Mit General v. Arz erörterte Ludendorff die allgemeine Kriegslage, die es nötig mache, die Westfront durch weitere K. und K. Divisionen zu verstärken. General v. Arz dachte zwar noch an einen Angriff in Italien, hielt aber ein Durchhalten der K. und K. Armee über den Winter hinaus für nicht mehr möglich. Angesichts dieser Haltung unserer Hauptverbündeten zeigte sich Ludendorff zuversichtlich, auch gegenüber dem Kaiser Karl, so daß dieser Spa am 15. August vormittags

[1]) Tagebuchnotizen Baron v. Vietinghoff.

hoffnungsvoller verließ, als er gekommen war[1]). „Eine innere Übereinstimmung, wie sie die Gesamtlage erfordert hätte, wurde nicht erzielt[2])." Durch die Mitteilungen der Österreicher erschien Deutschlands Lage noch weiter verschärft.

Dieser Tatsache trug Staatssekretär v. Hintze sofort Rechnung. Da es seiner Ansicht nach ohne Entgegenkommen in der belgischen Frage unmöglich war, jemals zu Friedensbesprechungen zu gelangen, hatte er noch am Tage des Kronrats am 14. August einem Unterhändler als Richtlinie betreffend Belgien gegeben, der Begriff des Faustpfandes (gage) solle ein Pfand gegenüber der Entente und Amerika bedeuten; Belgiens Sache sei es, seine Verbündeten dahin zu bringen, daß sie die deutschen Kolonien wieder herausgäben; Belgien gegenüber hätten wir ein Faustpfand nicht nötig. Als nun der Unterhändler Belgiens Befürchtungen mitteilte, Deutschland werde vielleicht wie bei Rußland im Laufe der Verhandlungen mit unannehmbaren Forderungen kommen, hauptsächlich auf wirtschaftlichem Gebiete, beruhigte ihn Hintze darüber und erklärte die belgischen Ziele: „Garantie voller Selbständigkeit und Unversehrtheit seines Besitzes, sowie die Anerkennung voller wirtschaftlicher Freiheit" für besprechbar. Belgiens Wunsche, Deutschland möge sich an der Gutmachung der dem Lande zugefügten Schäden beteiligen, kam Hintze insofern entgegen, als er die Befragung des Reichsschatzamtes anordnete. Das flämische Problem und alle weiteren zu regelnden Fragen erklärte er als „diskutabel und offen", ging also über die Ermächtigung und die belgischen Absichten der O. H. L. von sich aus weit hinaus.

Am 15. August ließ Hintze als seine Richtlinie bezüglich Belgiens zur Übermittlung an die Regierung der Vereinigten Staaten nach Washington mitteilen: „Keine Annexion, kein Vasallen- oder ähnliches Abhängigkeitsverhältnis, gute wirtschaftliche Beziehungen, Garantien für politische und militärische Unabhängigkeit auch von unseren Gegnern." Am 16. und 17. August weilte Hintze zu Besprechungen mit dem Generalgouverneur von Belgien, Frhr. v. Falkenhausen, und den Mitgliedern der dortigen Politischen Abteilung in Brüssel und kehrte am 18. abends nach Berlin zurück.

Die kommenden Tage müssen hauptsächlich vom Standpunkte der Tätigkeit des Staatssekretärs v. Hintze dargestellt werden, da verschiedentlich behauptet worden ist[3]), die politische Leitung habe zwischen dem 14. August und dem 29. September so gut wie nichts getan, um im Sinne der O. H. L. die Beendigung des Krieges einzuleiten. Auch ist ihr der Vorwurf gemacht worden, sie habe die Regierungsmitglieder

---

[1]) Karl Friedrich Nowak, „Der Sturz der Mittelmächte", S. 186/187.
[2]) A. Niemann, „Kaiser und Revolution", S. 60.
[3]) So besonders von Oberst Bauer, „Der Große Krieg in Feld und Heimat", S. 212.

in Berlin und den Reichstag über die Vorgänge vom 13. und 14. August nicht hinreichend unterrichtet.

Am 19. August berichtete zunächst der Staatssekretär dem Vizekanzler v. Payer über die Besprechungen und führte aus, daß die O. H. L. der Meinung gewesen sei, es werde ihr gelingen, durch eine strategische Defensive und gelegentliche Offensivstöße den Kriegswillen der Gegner zu lähmen und sie allmählich zum Frieden zu bringen. Payer legte der Einschränkung, formelle Friedensschritte erst in einem späteren geeigneten Moment, etwa nach dem nächsten Erfolge an der Westfront, einzuleiten, eine große praktische Bedeutung nicht bei, weil Hintze sie nicht allzu pedantisch auszulegen beabsichtigte, und weil „an irgendwelche Friedensmöglichkeit ja doch überhaupt nicht zu denken war, solange die O. H. L. an den früher für den Fall eines Diktat- oder Siegfriedens in Aussicht genommenen Kriegszielen festhielt[1])". Da eine weitere Minderung der von der O. H. L. bisher vertretenen Kriegsziele unbedingt erforderlich schien, wenn man zu Friedensbesprechungen kommen wollte, so übernahm es der Vizekanzler, persönlich ins Große Hauptquartier zu fahren, um dort in diesem Sinne zu verhandeln. Am gleichen Tage setzte sich Hintze nochmals mit Ludendorff Belgiens wegen in Verbindung Der General antwortete am 21., er könne sich mit der Wiederherstellung des Status quo ante nicht einverstanden erklärt haben.

Am 21. August erstattete v. Hintze den zusammengerufenen Parteiführern einen Bericht über die Lage. Anwesend waren: der Vizekanzler, Ministerialdirektor Dr. Kriege, Vizepräsident Dove, Exzellenz Lewald, die Parteiführer Graf Westarp, Dr. Stresemann, Gröber, Wiemer, Ebert, Ministerialdirektor Deutelmoser und Legationssekretär v. Vietinghoff. Hintze führte aus, die Siegeszuversicht der Feinde sei hoch aufgeflammt, bei uns herrsche starke Depression. „Nach Ansicht der O. H. L. gibt die militärische Lage keinen Anlaß zu gedrückter Stimmung. Es liegt kein Grund vor, am Siege zu zweifeln. Erst wenn wir zweifeln, ob wir siegen, sind wir besiegt. Nach Ansicht der O. H. L. können wir die berechtigte Hoffnung hegen, daß wir eine militärische Position erreichen, die uns gestattet, einen uns genehmen Frieden zu erringen."

Die Lage unserer Verbündeten schilderte Hintze als schwach. Als Ergebnis der Besprechungen in Spa teilte Hintze mit: „Wir sind entschlossen, alle Fäden anzuspinnen, um zu ergründen, welche Absichten unsere Feinde für den Frieden haben. Natürlich kann es sich dabei nur um einen uns genehmen Frieden handeln. Wir sind entschlossen, auf alle Fühler von feindlicher Seite zu reagieren. Eine öffentliche (entsprechende) Erklärung hingegen würde uns jetzt als Schwäche ausgelegt werden . ." Als der Abgeordnete Gröber meinte, Schritte für

[1]) Aufzeichnung des Stellvertreters des Reichskanzlers **Friedrich Payer** vom 22. 9. 1922. Anlage 14.

den Frieden könnten jetzt, nach unseren Mißerfolgen, von unseren Feinden falsch gedeutet werden, betonte Hintze nochmals, er habe nur von solchen Schritten gesprochen, die zur Herbeiführung eines uns befriedigenden und uns genehmen Friedens führen könnten. An ein Friedensangebot sei weder jetzt noch später gedacht; es solle nur nichts versäumt werden, was der Diplomatie an Mitteln zur Verfügung stehe. Als der Abgeordnete Ebert darauf hinwies, man solle die Wandlungen in der Arbeiterpartei Frankreichs und die Stärkung der Anhängerschaft Lansdownes in England nicht gering einschätzen, warnte Hintze vor der Überschätzung der friedlichen Stimmung in der Arbeiterschaft der uns feindlichen Länder; was die Arbeiter in Frankreich und England als Friedensziele proklamierten, sei mit einem Frieden, wie wir ihn brauchten, nicht vereinbar.

Am 23. August hatte Graf Burian seinen „Ruf an Alle" in Berlin förmlich überreicht. Hintze hielt den von der Donaumonarchie geplanten Schritt für außerordentlich schädlich und hatte schon am 15. August in Spa an seine Stelle eine Friedensvermittlung durch die Königin der Niederlande zu setzen gesucht. Es schien ihm nötig, persönlich nach Wien zu reisen, um vor diesem Schritte zu warnen und neue Verabredungen zu treffen.

Am gleichen Tage traf der Vizekanzler v. Payer in Spa ein und war anfangs, wie der Sohn des Reichskanzlers in seinem Buche berichtet, in sehr gedrückter Stimmung[1]). Gemeinsam mit dem Reichskanzler stellte er am 24. August eine Erklärung über Belgien fest, zu der das Einverständnis der O. H. L. eingeholt werden sollte. Diese Erklärung lautete: „Wir geben mit Abschluß des Friedens Belgien ohne Belastung und Vorbehalt heraus, ausgenommen, daß ihm gegenüber kein anderer Staat politisch, militärisch oder wirtschaftlich besser gestellt werden darf als das Deutsche Reich. Wir zweifeln nicht, daß die zwischen uns und Belgien erforderliche Verständigung über die Einzelheiten den beiderseitigen Interessen gerecht werden und keinesfalls dem Zustandekommen des Friedens hinderlich sein wird. In dieser Frage besteht kein Gegensatz zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung."[2])

Mit dieser Erklärung fuhr Payer am 25. August nach Avesnes. Die Heerführer kamen seiner Anregung zwar entgegen, Ludendorff wollte aber doch dieser Erklärung nicht ohne weiteres zustimmen. Er wünschte namentlich, daß man materiell mindestens einen Vorbehalt bezüglich der Flamen mache, und daß des festeren Tones wegen formell eine Verwahrung gegen England aufgenommen werde. Über die militärische

---

[1]) Karl Graf v. Hertling, „Ein Jahr in der Reichskanzlei", S. 154.

[2]) Schreiben des Vizekanzlers a. D. v. Payer vom 21. Januar 1919 an den Legationssekretär v. Moltke in Stuttgart (behufs Übermittlung an das Auswärtige Amt). Anlage 14. Vgl. damit die Darstellung Payers „Von Bethmann Hollweg bis Ebert", S. 276 ff.

Lage äußerte der Generalfeldmarschall, es sei möglich und nicht unwahrscheinlich, daß wir da und dort noch weiter würden zurückgehen müssen. Anlaß zu Besorgnissen gebe das aber nicht, die Front halte, und man werde sich nötigenfalls auf die in Aussicht genommene sichere Linie zurückziehen. Payer fuhr darauf wieder nach Spa zum Reichskanzler zurück. Dorthin telephonierte am 26. Graf Limburg-Stirum den Ludendorffschen Gegenentwurf. Dieser begann mit einem Vorstoß gegen England, das behaupte, nur Belgiens wegen Krieg zu führen, aber andere Zwecke, nämlich Deutschlands wirtschaftliche und politische Vernichtung, verfolge, ohne zu merken, daß es sich dabei selbst vernichte. Dann schaltete Ludendorff ein, der Reichskanzler habe sich über Belgien klar ausgesprochen, und stimmte im übrigen der Payerschen Fassung mit der Ausnahme zu, daß hinter dem Worte „Einzelheiten" eingeschaltet werde „auch über die Flamen". Vor dem Schlußsatze wünschte er den Zusatz: „Wir verlangen dafür unsere Kolonien und den Verzicht Englands auf Calais."

Nach Payers Ansicht bildete der letzte Vorbehalt eine unnötige Belehrung Englands, und er ließ daher im Einverständnis mit dem Reichskanzler folgenden Gegenvorschlag nach Avesnes telephonieren: „England behauptet, nur wegen Belgiens Krieg zu führen. In Wirklichkeit verfolgt es andere Ziele; es will Deutschland politisch und wirtschaftlich vernichten; es will unsere Kolonien und die unseren Bundesgenossen abgenommenen Landstriche behalten und dadurch seine Vormachtstellung in der Welt stärken; es wird versuchen, sich in Belgien und in Frankreich festzusetzen. Das werden wir nicht dulden. Mit einem wahren Völkerbund, der auch unser Ziel ist, mit der Freiheit der Meere, die wir erstreben, verträgt sich die bevorrechtete Stellung einer einzelnen Nation nicht mehr. Mit Abschluß des Friedens wollen wir Belgien ohne Belastung und ohne Vorbehalt seine völlige Selbständigkeit zurückgeben in der Voraussicht, daß ihm gegenüber kein anderer Staat politisch, militärisch und wirtschaftlich besser gestellt werden wird als das Deutsche Reich. Wir zweifeln nicht, daß die zwischen uns und Belgien erforderliche Verständigung über Einzelheiten, auch über die Flamenfrage, den beiderseitigen Interessen gerecht werden und zur Förderung des Friedens beitragen wird."

Mit dieser Fassung erklärte sich die O. H. L. am 27. August einverstanden. Der Wortlaut fand auch die Billigung Hintzes, der sich mit dem Chef des Admiralstabes der Marine über ihn verständigte. Dieser erklärte daraufhin am 31. August schriftlich dem Reichskanzler, er stehe nach dieser Erklärung des Chefs des Generalstabes nicht an, zu erklären, „daß die Marine allein zurzeit nicht die militärischen Mittel besitze, um ihrerseits den maritimen Forderungen auf die belgische Küste Geltung zu verschaffen." Die vereinbarte Erklärung sollte nicht als solche veröffentlicht werden, weil dies einen schlimmen Eindruck hätte erwecken müssen, sondern die feststehende Grundlage

für eine bei passender Gelegenheit zu erlassende Kundgebung bilden. Vorgreifend sei bemerkt, daß der Stellvertreter des Reichskanzlers bei einer am 10. September im Einverständnis mit dem Reichskanzler, dem Auswärtigen Amt und der O. H. L. in Stuttgart gehaltenen Rede diese Erklärung verwendet hat. Er lebte damals auf Grund seiner Besprechungen in Spa und Avesnes der festen Überzeugung, daß eine „militärische allgemeine Niederlage oder gar ein militärischer Zusammenbruch" ausgeschlossen seien; das Schlimmste, was ihm vorschwebte, war, daß wir keine weiteren Offensiven mehr unternehmen könnten. An der Möglichkeit eines Endsieges hegte er Zweifel, und zwar nicht erst seit August 1918, konnte sich aber „für die Beurteilung der militärischen Seite dieser Frage nicht für zuständiger erachten als die O. H. L." Hierbei ist zu bemerken, daß der Vizekanzler mit General Ludendorff über die damalige militärische Lage, die den General ganz außerordentlich in Anspruch nahm, am 25. August in Avesnes nicht gesprochen hat. Payer blieb daher, entgegen der pessimistischen Auffassung Hintzes, auf Grund der Äußerungen des Generalfeldmarschalls der Meinung, es werde uns so lange möglich sein, in einem Defensivkriege durchzuhalten, bis eine Friedensmöglichkeit gegeben sei, und nahm an, dies sei auch der Standpunkt der O. H. L.

In Berlin hatte inzwischen Hintze in seinem Gedankengange weiter gearbeitet. Ihn nahm als Dringendstes die Zurückhaltung Österreichs von seinem geplanten Friedensschritt, eine Tätigkeit, über die er am 25. August an die O. H. L. telegraphierte, und vor allem die belgische Frage stark in Anspruch. Bedauerlicherweise erreichte seine am 26. August nach Washington mitgeteilte Richtschnur des Status quo ante[1]) den Unterhändler für Belgien nicht mehr. Er hatte aber die Hintzesche Formel: „Alles diskutabel und offen" vom 14. August noch erhalten. Über den Erfolg seiner Vermittlung berichtete er, Y. habe sich über die von Deutschland gemachten Konzessionen sichtlich erfreut geäußert, die sich in der Hauptsache mit den bisher von der belgischen Regierung bekanntgegebenen Wünschen deckten. Y. hoffte, in 10—14 Tagen die Antwort übermitteln zu können. Die dauernde Verschlechterung der deutschen Kriegslage veranlaßte aber die belgische Regierung, auf Verhandlungen überhaupt nicht mehr einzugehen, da sie nunmehr auf den Sieg rechnen konnte. Sie veröffentlichte daher, wie hier gleich vorgreifend bemerkt sei, am 19. September eine amtliche Mitteilung, die in Berlin am 28. September bekannt geworden ist, und die durchaus ablehnend gehalten war. Der Unterhändler sollte neue Mitteilungen nicht mehr weiterbefördern. Auf die Hintzeschen Mitteilungen nach Washington sind Antworten nicht eingegangen. Unsere Feinde wiesen alle Friedensfühler zurück, da ihnen jeder Tag

[1]) Siehe Anlage 15, S. 393.

nach dem 8. August Anzeichen dafür gab, daß ihr Sieg mit den Waffen immer wahrscheinlicher wurde.

Seit 29. August vormittags befand sich der Reichskanzler wieder in Berlin, wo sich vom ersten Tage ab die Sorgen häuften. Am 30. August machte der österreichische Botschafter, Prinz Hohenlohe, dem Reichskanzler die Mitteilung, Graf Burian sei zu dem plötzlichen Entschluß gekommen, in der Frage der Beendigung des Krieges eigenmächtig vorzugehen. Er wollte zu einer Konferenz einladen, die als Einleitung von Friedensverhandlungen gelten sollte. Graf Hertling versuchte, den Prinzen zur Verhinderung dieses von ihm für unausführbar gehaltenen ernsten Schrittes zu veranlassen. Der Prinz aber zweifelte an der Möglichkeit, den Grafen Burian von seinem Vorhaben abzubringen.

Die sofortige Abreise des Staatssekretärs v. Hintze nach Wien schien erforderlich. Von der deutschen Front lauteten damals die Nachrichten nicht alarmierend. Im Gegenteil: der am 31. August über Avesnes von einem kurzen Urlaube nach Berlin zurückkehrende Oberst v. Winterfeldt meldete, die O. H. L. rechne für die nächsten Tage mit neuen und ausgedehnten Kämpfen an der Westfront, da die Entente anscheinend mit allen Mitteln die militärische Entscheidung des Weltkrieges jetzt herbeiführen wolle, man sehe aber im deutschen Generalstabe diesem Entscheidungskampfe mit guter Zuversicht entgegen [1]). Der Reichskanzler fand daher den gegenwärtigen Augenblick für einen einseitigen Friedensschritt Österreichs sehr ungünstig gewählt.

Der Oberste Kriegsherr hatte die weitere Entwicklung der Kriegslage seit dem 14. August sorgenvoll beobachtet. Dem neuen Staatssekretär des Äußeren brachte er großes Vertrauen entgegen, die Kriegslage aber beunruhigte ihn um so mehr, als er auch durch die Sorge um die Erkrankung der Kaiserin menschlich stark beeinflußt war. „Es war unendlich schwer, schreibt Niemann [2]), dem Kaiser ein wahres Bild der Lage zu geben, ohne sein seelisches Gleichgewicht aus dem Gleis zu bringen, noch dazu in einer Zeit, wo quälende Sorgen um das Leben der Kaiserin auf seinem Gemüte lasteten. Wir verloren in der Abwehr mehr und mehr die Freiheit des Handelns, operative Erwägungen traten in den Hintergrund. Die Abwehr in der vorgesehenen Weise durchzuführen, lag in der Hand der taktischen Führung und nicht zum wenigsten in der Hand der Truppe, auf deren moralischen Halt alles ankam."

Der Kaiser entschloß sich, die weitere Entwicklung in Wilhelmshöhe abzuwarten, wo die erkrankte Kaiserin sich aufhielt. Dort traf er am 21. August ein. Am 29. August stattete er von dort dem in Nauheim zur Kur weilenden Zaren von Bulgarien einen Besuch ab. Der

[1]) Karl Graf von Hertling, „Ein Jahr in der Reichskanzlei", S. 161.
[2]) Alfred Niemann, „Kaiser und Revolution", S. 64.

Zar überzeugte den Kaiser, daß schnelle Hilfe geboten sei, wenn die Balkanfront nicht zusammenbrechen sollte. Der Kaiser ließ daher durch Niemann sofort seinen Wunsch nach Avesnes übermitteln, einige im Osten stehende Divisionen für die Unterstützung der Bulgaren bereitzuhalten. Die O. H. L. sah aber zunächst keine Möglichkeit, diesem Wunsche zu entsprechen. Der Zar hatte sich dem Kaiser gegenüber mit warmer Anerkennung über die Leistungen des Generals Ludendorff ausgesprochen, aber auch durchblicken lassen, daß die Kräfte des Generals mehr geschont werden müßten, um sie auf die großen Fragen der Kriegsleitung zu konzentrieren. „Die Befürchtung, die Gesundheit des Generals könnte unter der Last übermäßiger Beanspruchung zusammenbrechen, war auch beim Kaiser vorhanden und führte dazu, eine neue Arbeitsteilung in der Operationsabteilung anzuregen[1])." Hieraus ergab sich einige Tage später die Kommandierung des Obersten Heye in das Große Hauptquartier.

Am 2. September trat ein folgenschweres Ereignis an der Front ein. Ein englischer Tankangriff überrannte an der Straße Arras—Cambrai die vorderen Stellungen der 17. Armee und gefährdete auch die Lage der 2. und 18. Armee. Eine Rückwärtsverlegung der ganzen Front von der Scarpe bis zur Vesle mußte ins Auge gefaßt werden. Zu einer verzweifelten Beurteilung der Lage war aber noch kein Anlaß. Den Kaiser erschütterte jedoch die Nachricht so sehr, daß er nicht unbedenklich erkrankte. Niemann befürchtete, es könnte „der Erregungs- und Erschöpfungszustand zum seelischen und körperlichen Zusammenbruch führen[2])." Durch Vermittlung der Kaiserin gelang es dem sachlichen Vortrage des Majors Niemann, den Kaiser wieder aufzurichten und über die Wiederherstellbarkeit der Kriegslage zu beruhigen.

Auch Graf Hertling hatte den Wunsch, Näheres über die Entwicklung der militärischen Lage zu erfahren. Er fragte daher schriftlich am 3. September den Generalfeldmarschall v. Hindenburg, wie er die augenblickliche Kriegslage und unsere militärischen Aussichten für die nächste Zukunft ansähe. Hierauf ist eine schriftliche Antwort zunächst nicht ergangen. Das Schreiben enthält den Vermerk vom 27. September 1918: „Die Angelegenheit wird durch persönliche Aussprache erledigt[3])."

Am gleichen 3. September fand in Berlin eine Sitzung des Preußischen Staatsministeriums statt[4]). Graf Hertling äußerte sich hierbei

---

[1]) A. a. O., S. 69.

[2]) Vorabdruck des Buches „Kaiser und Revolution" im „Tag" Nr. 186 vom 11. 5. 1922.

[3]) Das Schreiben ist offenbar nicht beantwortet worden, da am 9. September Hintze zu mündlicher Besprechung im Großen Hauptquartier eintraf. Siehe u. S. 244.

[4]) Weißbuch „Vorgeschichte des Waffenstillstandes", Nr. 3.

über die gegenwärtige, mit der militärischen eng verknüpfte, politische Lage. Jeder gangbare Weg, führte er aus, der zu einer Verständigung mit dem Feinde führen könnte, müsse betreten werden, aber ein Friedensangebot, das doch nur schnöde abgewiesen werde, dürfe nicht erfolgen. Man müsse etwa zum Feinde sagen: „Ihr seht, Ihr könnt uns nicht besiegen ..., aber wir sind stets bereit, wie das schon wiederholt und unzweideutig von der deutschen Regierung betont worden ist, einen ehrenhaften Frieden abzuschließen." In Spa habe über diese Dinge zwischen allen Beteiligten eine völlige Einigung stattgefunden. Erschwert werde die Lage durch das unbedingte Friedensbedürfnis Österreich-Ungarns. Die dortige Regierung wolle durchaus allen Feinden ihre Bereitschaft, Frieden zu schließen, mitteilen. Bis jetzt noch sei es zwar gelungen, einen solchen verhängnisvollen Schritt zurückzuhalten, aber gerade eben würden dahingehende Wünsche wieder energischer geltend gemacht. Staatssekretär v. Hintze sei deshalb gestern nach Wien gereist.

Über die Lage in Deutschland sprach sich der Reichskanzler ernst aus. Man müsse suchen, das Vertrauen der Bevölkerung wieder zu heben und die überall zu beobachtende üble Wechselwirkung zwischen Front und Heimat aufzuheben. Eine entsprechende Organisation solle durch Propaganda in diesem Sinne wirken; sie sei dem Auswärtigen Amte angegliedert, dem Staatssekretär v. Hintze unterstellt und habe auch schon einige günstige Wirkungen erzielt, so z. B. durch Reden des Prinzen Max von Baden und des Staatssekretärs Solf.

Was der Kriegsminister sodann über die Hebung des Ersatzes, der Staatsminister v. Waldow über das Fehlen von Landarbeitern und der Minister der öffentlichen Arbeiten über die Gefahr des Herausziehens weiterer Leute aus seinen Betrieben vorbrachten, unterstrich noch den Ernst der Lage. Der Nachersatz ging zu Ende.

Staatssekretär v. Hintze war inzwischen am 3. September in Wien eingetroffen. Noch am gleichen Tage fanden Besprechungen mit dem Grafen Burian statt. Er suchte ihn von seinem Vorhaben abzubringen und telegraphierte über die dabei erreichten Erfolge am 4. September aus Wien an die O. H. L.: „Burian verhält sich nicht mehr gänzlich ablehnend gegenüber unserem Vorschlage, zunächst . . . Vermittlung Hollands zu erreichen . . . Er will . . . dem Kaiser morgen Vortrag halten, drängt gegebenenfalls auf baldige Sondierung der Königin von Holland, wogegen ich für meine Person vorbehaltlich der Genehmigung des Reichskanzlers nur den Einwand vorgebracht habe, daß der Zeitpunkt des Hervortretens Hollands mit der Vermittlung von unserer militärischen Lage abhängig gemacht und von uns bestimmt werden müßte." In den Wiener Verhandlungen machte Hintze geltend, es handele sich hierbei um einen Aufschub von zwei Wochen; bis dahin werde die Rückbewegung der deutschen Armee in solche Stellungen

vollzogen sein, „die zum mindesten die Gewähr für einen längeren Widerstand gegen feindliche Angriffe böten". Am 5. September änderte Graf Burian seine Haltung und kehrte zu seinem „Ruf an Alle" zurück. Hintze suchte gegen ihn beim ungarischen Ministerpräsidenten Weckerle und bei der österreichischen O. H. L. Unterstützung, aber erfolglos. In der großen Besprechung am 5. September, 10 Uhr vormittags, deren Protokoll in Anlage 7 abgedruckt ist, erklärte Graf Burian kurzweg, Österreich-Ungarn könne den Krieg nicht mehr weiterführen: „Bei uns ist absolut Schluß". Äußerste Eile sei geboten. Im übrigen wünschte auch Burian, bei seinem Schritte die Solidarität der Verbündeten zu betonen. Aber in Österreich-Ungarn dürfe nicht die Überzeugung aufkommen, Deutschland halte ihm die Hand fest. Sehr bezeichnend für Hintzes damalige Ansicht ist es, daß er darauf hinwies, schon oft hätte einer der Verbündeten Deutschland erklärt, es sei jetzt Schluß, und trotzdem seien danach von ihm große und bedeutende Siege erfochten worden; er möchte annehmen, daß dies auch jetzt wieder der Fall sei. Die Österreicher blieben dabei, es müsse sofort gehandelt werden. Am 6. September kehrte Hintze nach Berlin zurück.

Tags darauf erklärte sich auf Eingreifen des Generals v. Cramon in Wien Kaiser Karl mit einem Aufschub der Absendung der österreich-ungarischen Note einverstanden und ließ bei Hindenburg anfragen, wo und in welcher Linie die O. H. L. endgültigen Widerstand zu leisten beabsichtige, wann diese Linie erreicht sein werde, und wann der O. H. L. die beabsichtigte Anregung zu Besprechungen über Friedensverhandlungen nach der Kriegslage möglich und angezeigt erscheine.

Als Hintze in Berlin wieder eintraf, war dort immer noch keine Antwort auf die Anfrage des Reichskanzlers vom 3. September nach der Lage[1]) eingegangen; es liefen aber beunruhigende Gerüchte über eine Krisis im Großen Hauptquartier um. Am 5. September hatte die Politische Abteilung der O. H. L. durch Oberst v. Winterfeldt mitteilen lassen, daß nach einem Berichte des Militärattachés im Haag dort das angeblich aus Berlin kommende Gerücht verbreitet sei, Ludendorff werde demnächst zurücktreten. „Durch weitere Verabredung könnte leicht große Beunruhigung entstehen. Erwünscht, daß möglichst bald diesen Gerüchten Boden entzogen wird, durch Äußerung des Herrn Reichskanzlers, in der unerschütterliches Vertrauen in Führung durch Hindenburg-Ludendorff zum Ausdruck gebracht wird. Wenn jetzt nicht Gelegenheit zu Rede, vielleicht ein Telegramm an Feldmarschall[2])."

Die immer noch bestehende Ungewißheit über die Lage an der Front und der Wunsch, Näheres darüber zu erfahren, veranlaßten den

---

[1]) Siehe o. S. 241.

[2]) Telegramm O. H. L. Pol. 5. 9. Nr. 891 an Oberst v. Winterfeldt (Akten der Reichskanzlei 1 Krieg adh. 5, Band 2).

Reichskanzler, als er am 8. September durch Oberst v. Winterfeldt im Auftrage der O. H. L. gebeten wurde, in das Große Hauptquartier zu kommen, Herrn v. Hintze dorthin zu entsenden und ihm einen Fragebogen mitzugeben. Hintze begab sich zur Erledigung dieses Auftrages am 9. September nach Spa. Der Fragebogen und die durch Hintze mit Bleistift beigefügten Antworten sind in Hertlings Buche „Ein Jahr in der Reichskanzlei" abgedruckt[1]). Danach änderte sich die Zahl der als Reserven zur Verfügung stehenden Divisionen jeden Tag; einige Divisionen seien zur Auffüllung anderer aufgelöst. Größere Offensiven bezeichnete die O. H. L. als ausgeschlossen, Gegenstöße als möglich. Auf die Frage nach einer Linie, die unter allen Umständen, eventuell durch Gegenangriffe gehalten werden könne, antwortete die O. H. L.: „Grundgedanke: wir bleiben stehen, wo wir sind." Die Frage nach Reserven an Kriegsmaterial wurde zuversichtlich beantwortet; Tanks allerdings bauten wir kaum. Die Verpflegung werde in den kommenden Monaten besser werden, der Kampfwert der Truppe leide unter unzureichender Verpflegung; an Kartoffeln fehle es. Bekleidung und Ausrüstung seien genügend. Von den im Osten stehenden Divisionen könnten keine mehr nach dem Westen transportiert werden, da die Ukraine noch besetzt bleiben müßte. Die Lage an der italienischen Front und der Zustand der österreichischen Armee seien schlecht; auf eine italienische Offensive sei nicht mehr zu rechnen. In Mazedonien stehe eine halbe deutsche Division. Die Kampfkraft der bulgarischen Armee sei jetzt besser zu bewerten. Auf die Frage, ob ein Angriff der Saloniki-Armee bevorstehe, erfolgte die Antwort: „Ja, ein kleiner."

Auch Oberst v. Winterfeldt war mit Staatssekretär v. Hintze am 8. September nach Spa gefahren. Der Reichskanzler hatte ihn ersucht, sich möglichst weit nach vorn an die Front zu begeben und über seine Eindrücke zu berichten. Oberst v. Winterfeldt meldete, die Lage an der Front sei zufriedenstellend, die Stimmung und Haltung der Truppen ausgezeichnet; er jedenfalls stehe nicht unter dem Eindrucke, daß man an eine ernste Lage zu denken habe[2]). Als Hintze nach Berlin zurückkehrte, vermochte auch er nur zu melden, daß ihm im Großen Hauptquartier kein Wort des Zweifels, keine Warnung, keine Befürchtung, nur Zuversicht entgegengetragen sei.

Hintze hatte in Spa der O. H. L. über die Absichten Österreichs genauen Bericht erstattet. Dadurch wurde am 10. September die Beantwortung der Anfrage des Kaisers Karl vom 7. September möglich, der den ungefähren Zeitpunkt für die beabsichtigte deutsche Friedensanregung hatte erfahren wollen[3]). Die Antwort des General-

[1]) S. 165/166.
[2]) Karl Graf v. Hertling, „Ein Jahr in der Reichskanzlei", S. 166.
[3]) Siehe o. S. 243.

feldmarschalls vom 10. September lautete: „Nach Rücksprache mit Hintze spreche ich mich zu Punkt 3[1]) wie folgt aus: Einer Absendung der beabsichtigten Note Österreich-Ungarns[2]) kann ich nicht zustimmen. Ich halte diesen Schritt für unsere Heere und für unsere Völker für verderblich. Dagegen könnte ich mich mit einer Vermittlung einer neutralen Macht zur Herbeiführung einer Aussprache ohne Aufschub einverstanden erklären. v. Hindenburg."

Hiermit war zum ersten Male das Einverständnis der O. H. L. mit der Herbeiführung einer Aussprache durch eine neutrale Macht ohne Aufschub ausgesprochen, und zwar auf Grund der persönlichen Besprechungen Hintzes bei der O. H. L. Tags darauf, am 11., verständigte der Staatssekretär die Missionen in Wien, Sofia und Konstantinopel telegraphisch, daß Seine Majestät der Kaiser und die O. H. L. mit sofortiger Einleitung einer Demarche bei der Königin der Niederlande einverstanden seien; die betreffenden verbündeten Regierungen sollten zum Beitritt bezw. Einverständnis aufgefordert werden. In Wien hatte daraufhin General v. Cramon eine besondere Audienz beim Kaiser Karl, der den Plan der Vermittlung durch eine neutrale Macht ablehnte und sich im übrigen seine Entschlüsse vorbehielt, ohne sich bestimmt zu äußern. Das Weißbuch über die „Vorgeschichte des Waffenstillstandes" enthält den weiteren Werdegang der Verhandlungen mit Österreich. Ein Telegramm des Deutschen Kaisers vom 14. September vermochte den österreichischen Schritt nicht mehr aufzuhalten. Noch am Abend dieses Tages teilte Staatssekretär v. Hintze der deutschen Presse und den Parteiführern persönlich den österreich-ungarischen Friedensschritt mit. Die Türkei und Bulgarien hatten sich tags zuvor mit der deutschen Vermittlung einverstanden erklärt.

Bei dem Telegramm der O. H. L. vom 10. September 1918 ist zu beachten, daß es keinerlei Drängen aus einer militärischen Notlage heraus erkennen läßt, sondern daß es nur erfolgte, um dem Schritte der Österreicher, wenn irgend möglich, vorzubeugen. So hat es jedenfalls der Staatssekretär v. Hintze aufgefaßt. Er schreibt darüber: „Das war auch mein Eindruck bei meinen bezüglichen Besprechungen mit der O. H. L. vor Absendung ihres Telegramms. Mit keinem Wort, mit keiner Geste hat die O. H. L. damals angedeutet oder gezeigt, daß sie mit einer Friedensdemarche Eile habe[3])."

Die Veröffentlichung der österreichischen Friedensnote in den Berliner Blättern am 15. September wirkte dort „wie ein Blitzschlag aus heiterem Himmel", und zwar um so mehr, als von der Front gerade in den letzten Tagen bessere Nachrichten gekommen waren. Obwohl der 15. September ein Sonntag war, ließen die

---

[1]) Punkt 3 der Anfrage vom 7. September. S. o. S. 243.
[2]) Nämlich Burians Friedensruf „An Alle".
[3]) Aufzeichnung des Staatssekretärs a. D. v. Hintze. Anlage 15.

Parteiführer des Reichstages dem Kanzler mitteilen, daß sie ihn möglichst bald sprechen möchten. Um 11 Uhr vormittags begann unter dem Vorsitze des Kanzlers die Unterredung, an der auch Oberst v. Winterfeldt teilnahm. Graf Hertling vermochte die Parteiführer zu beruhigen, und Oberst v. Winterfeldt erklärte, als er zum Worte aufgefordert wurde, die O. H. L. befinde sich in völliger Übereinstimmung mit den politischen Faktoren des Reiches. Da außerdem die Einberufung des Hauptausschusses zugestanden wurde, wo die Regierung Rede und Antwort stehen wollte, so legte sich die Beunruhigung ein wenig.

Staatssekretär v. Hintze hatte inzwischen mit den Niederlanden dauernd weiter verhandelt. Am 18. September konnte er an die O. H. L. und an die Missionen in Wien, Sofia und Konstantinopel drahten, daß Aussicht bestände, die „holländische Mediation auf die österreichische Demarche aufpfropfen" zu können. Er beabsichtige, die niederländische Regierung zu bewegen, den Haag als Versammlungsort der Bevollmächtigten der Kriegführenden vorzuschlagen. Gegebenenfalls sollte Holland der Vorsitz angeboten werden. Hintze teilte ferner mit, daß es belanglos sei, ob die Verbündeten parallel mit uns vorgingen oder kollektiv. Er war entschlossen, auch ohne die Zustimmung unserer Verbündeten zu handeln, da ihm Eile geboten schien. Erst am 24. September erklärten sich Österreich-Ungarn und Bulgarien mit Hintzes Vorschlag vom 18. September einverstanden. Er hatte aber nicht darauf gewartet, sondern das holländische Projekt inzwischen weiter ausgebaut. Das Ergebnis trat zutage, als die holländische Presse am 28. September eine amtliche Bekanntgabe der niederländischen Regierung brachte, wonach die Königin ihre Residenz für Besprechungen im Sinne der österreich-ungarischen Note vom 14. September zur Verfügung stellte. Mehr war bisher nicht zu erzielen gewesen. Ob es zu Verhandlungen kam, hing vom Feinde ab. Der aber hatte keine Eile. Im Gegenteil: sein Vorteil gebot ihm, zu warten.

Der Kaiser weilte während der geschilderten Entwicklung nicht im Großen Hauptquartier, sondern noch in Wilhelmshöhe. Die Entwicklung der Ereignisse an der Front und die Gestaltung der politischen Lage machten seine Rückkehr nach Spa wünschenswert. Etwa am 8. September ließ der Feldmarschall den Obersten Kriegsherrn bitten, zum Zwecke wichtiger militärischer Beratungen dorthin zurückzukehren. Der Kaiser stimmte sofort zu und traf über Essen, wo er am 9. September eine Rede vor den Arbeitern hielt, in Spa wieder ein.

Dort war durch Kommandierung des Obersten Heye zum Großen Hauptquartier eine Entlastung des Generals Ludendorff insofern eingetreten, als Oberst Heye nunmehr verschiedene Abteilungen unter

sich vereinigte, die bisher dem Generalquartiermeister unmittelbar unterstanden. Oberst Heye hatte sich im Osten als Chef des Stabes beim Landwehrkorps von Woyrsch und später bei der Armeeabteilung von Woyrsch ganz außerordentlich bewährt. Militärische und menschliche Eigenschaften zeichneten ihn in gleicher Weise aus[1]).

Mit seinem Eintreffen in Spa erhielt der Monarch wieder tägliche Vorträge über die Lage durch den Feldmarschall und den General Ludendorff. Die Nachricht des beabsichtigten österreichischen Sonderschrittes erregte ihn am 12. September abends wiederum stark. Am gleichen Tage erfolgte ein starker feindlicher Angriff zwischen Rupt und Mosel westlich Pont-à-Mousson und hatte die überstürzte Räumung des auf St. Mihiel vorspringenden Bogens zur Folge. Als Major Niemann am Abend den General Ludendorff aufsuchte, um ihm zu berichten, fand er ihn von den militärischen Ereignissen des Tages so mitgenommen, daß es zu einer ruhigen und erschöpfenden Aussprache nicht kam. „Mir wurde", schreibt Major Niemann[2]), „an diesem Tage zur beklemmenden Gewißheit, daß die Nerven des Unermüdlichen überspannt waren."

Vom 18. September abends ab besuchte der Kaiser zahlreiche Truppenteile in der Gegend von Kolmar, anschließend bei der Armeeabteilung C und verweilte einige Zeit in Briey, Gravelotte, in den Stellungen südlich von Metz und in seinem Landsitze in Urville. Generaloberst von Plessen, der im Auftrage des Kaisers verschiedene Kampfabschnitte der Westfront aufgesucht hatte, berichtete durchaus zuversichtlich, was dazu beitrug, den Kaiser die Lage wieder günstiger ansehen zu lassen. Nach seiner Rückkehr in das Große Hauptquartier erreichte ihn die Nachricht von der Niederlage des türkischen Heeres in Palästina, und auch von Mesopotamien kamen ungünstige Berichte. Am bedenklichsten aber war, daß es am 15. den Alliierten gelungen war, in die bulgarischen Stellungen zwischen Cerna und Wardar einzubrechen und diesen taktischen Erfolg zu einem regelrechten Durchbruch zu erweitern. Einstweilen hoffte man in Spa noch, die Lücke weiter rückwärts schließen zu können.

Auf Veranlassung des Admirals Scheer, der an die Stelle des schwer erkrankten Chefs des Admiralstabes v. Holtzendorff getreten war, begab sich der Kaiser am 24. September nach Kiel, besichtigte dort am 25. die Werftanlagen und am 26. die Torpedo- und Mineneinrichtungen in Eckernförde. Dort erreichte ihn am Abend die Nachricht vom Abfall Bulgariens. Der Kaiser beschloß die Rückkehr ins Große Hauptquartier und traf am Sonntag, den 29. September, früh in Spa wieder ein. Hier erfuhr er gleich nach seiner Ankunft, daß die O. H. L. es für nötig halte, dem Feinde sofort Waffenstillstand und Frieden anzubieten.

[1]) Vgl. Alfred Niemann, „Kaiser und Revolution", S. 81.
[2]) Vorabdruck des „Tag", Nr. 188, vom 12./13. Mai 1922.

Wir sind hier der Entwicklung um einige Tage vorausgeeilt und müssen nochmals bis auf den 25. September zurückgehen.

In Berlin hatten am 24. September die Sitzungen im Hauptausschuß begonnen. An diesem Tage hielt der Reichskanzler eine große Rede, fand damit aber selbst bei seiner Fraktion, dem Zentrum, wenig Anklang. Am folgenden Tage wurde es aus den Reden der Parteiführer klar, daß eine Kanzlerkrisis heraufdämmerte, da man die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems erwartete, Graf Hertling aber dafür nicht zu haben war. Die Kriegslage stand keineswegs im Vordergrunde des Interesses: im Gegenteil sie schien leider zur parteipolitischen Austragung von Macht- und Verfassungsfragen noch Raum und Muße zu gewähren. Die Front stand, also konnte man sich, wie man wähnte, noch parteipolitischen Erwägungen hingeben.

Am 26. September nahmen in Berlin die Verhandlungen des Hauptausschusses ihren Fortgang. Staatssekretär v. Hintze drahtete an diesem Tage an den deutschen Botschafter in Wien, er fürchte, daß wir vor der Erklärung Österreich-Ungarns stünden, Frieden schließen zu müssen. Seine weiteren Schritte wurden durch folgende Erwägungen bestimmt: verfügten wir noch über genug Truppen an der Westfront, um sie von dort zur Unterstützung nach dem Balkan senden zu können, so war es nach seiner Meinung angezeigt, dies zu tun, um dort die Lage wiederherzustellen. Vertrug die Westfront eine solche Schwächung nicht mehr, dann hielt er es für das Beste, Bulgarien und auch die Türkei aufzugeben und zu räumen, die Donaulinie aber zu besetzen, damit Österreich-Ungarn bei der Stange gehalten wurde. Die O. H. L. entschloß sich, Verstärkungen nach dem Balkan zu schicken, die aber dort zu spät eintrafen, als daß sie die Lage noch hätten wenden können. In Sofia langten die ersten Truppen am 28. September an. Die bulgarische Regierung antwortete auf die Mitteilung ihres Kommens: „Cette proposition arrive après notre démarche pour obtenir un armistice et la paix . . .“

Am 27. September vormittags mußte Hintze im Hauptausschuß des Reichstages den bulgarischen Sonderschritt mitteilen. Obwohl er die bereits getroffenen Maßnahmen der O. H. L. bekanntgab und die Lage zwar ernst, aber ohne Übertreibung schilderte, bemächtigte sich der Zuhörer dennoch eine große Erregung. Die Erörterungen des Hauptausschusses wurden indes sachlich weitergeführt und gelangten an diesem Tage zu der Feststellung, die besonders eindringlich durch den Abgeordneten Noske vertreten wurde, daß Deutschlands Ausstattung mit Material aller Art auf die Neige gehe, und es eben nur noch möglich sei, das Allernötigste aufzubringen.

Die Nachrichten, die Staatssekretär v. Hintze in diesen Tagen von der Armee erhielt, hatten den Glauben in ihm gestärkt, daß das Heer einer Katastrophe entgegeneile, daß die O. H. L. sich aber

sträube, diese Tatsache sich selbst und anderen einzugestehen. Im Großen Hauptquartier war eine Nachricht verbreitet, daß in der französischen Armee die Lungenpest ausgebrochen sei und große Verluste verursache. Am 26. September telegraphierte der Vertreter des Auswärtigen Amtes bei der O. H. L., Freiherr v. Lersner, an Hintze: „. . . Chefs der Operationsabteilung, Oberst Heye, General v. Bartenwerffer, Oberst v. Mertz, halten unsere Lage für sehr bedrohlich. General Ludendorff sagte mir, als er gestern über die Lungenpest in Frankreich sprach, wörtlich: ‚Wie ein Ertrinkender sich an einen Strohhalm klammert.' Oberst Heye wies mich heute nochmals besonders auf diesen Ausspruch hin, der in seiner Gegenwart gefallen war. Ich halte baldigstes Herkommen Euer Exzellenz, das die gesamten Generale dringend erbitten, für das Wichtigste". Hintze antwortete, er werde kommen, sobald die Sitzungen des Hauptausschusses dies gestatten würden.

Das Telegramm Lersners vom 26. September gibt — auch nach Bekundung des Obersten v. Mertz[1]) — den damaligen Sachverhalt getreulich wieder. Es hatte seine Veranlassung in einer Auseinandersetzung, die zwischen General v. Bartenwerffer, den Obersten Heye und v. Mertz und Herrn v. Lersner am 26. morgens stattgefunden hatte. Die Äußerung des Generals Ludendorff, daß er sich an die Nachricht von der im französischen Heere auftretenden Lungenpest klammere „wie der Ertrinkende an einen Strohhalm", war in Gegenwart des Generals v. Bartenwerffer, des Obersten Heye, des österreichischen Militärbevollmächtigten Generals v. Klepsch und des Generalarztes Schjerning gefallen.

Die Auffassung der Generalstabsoffiziere im Großen Hauptquartier war schon seit längerer Zeit sehr ernst. Als Oberst v. Mertz am 1. September nach Rückkehr von einer Urlaubsreise[2]) mit General Ludendorff über die Lage sprach, zeichnete dieser ein sehr trübes Bild. Oberst v. Mertz fragte den General, ob er Exzellenz v. Hintze oder dessen Vertreter im Großen Hauptquartier, Herrn v. Lersner, über diesen Stand der Dinge offen unterrichtet habe. Dieser erwiderte, das sei ganz ausgeschlossen, denn das Auswärtige Amt habe sowieso stets Angst, und wenn es erfahren würde, wie die militärische Lage in Wirklichkeit aussehe, so werde eine Katastrophe erfolgen. Ludendorffs Äußerungen ließen — nach Auffassung des Obersten v. Mertz[3]) — den damaligen „vollständigen Mangel einer vertrauensvollen Verbindung zwischen ihm und dem Staatssekretär des Äußeren erkennen", wobei dahingestellt blieb, „ob er

[1]) Aufzeichnung des Präsidenten des Reichsarchivs, Generals a. D. v. Mertz, vom 29. September 1922. Anlage 18.

[2]) Vgl. o. S. 226.

[3]) Bekundung des Präsidenten des Reichsarchivs, Generals a. D. v. Mertz, vom 13. November 1923 für den Untersuchungsausschuß (4. Unterausschuß).

sein Urteil mehr auf die Überzeugung von des Staatssekretärs geistigen oder dessen charakterlichem Unvermögen stützen zu können glaubte". Mertz hatte seit dieser Unterredung begreiflicherweise eine sehr ernste Auffassung der Lage.

Als die Dinge sich in Mazedonien und Bulgarien katastrophal zu entwickeln begannen — 15. September abends —, ermächtigte Ludendorff den Obersten v. Mertz auf seine Bitte, hierüber mit dem Vertreter des Auswärtigen Amts im Großen Hauptquartier, also mit Herrn v. Lersner, in unmittelbare Verbindung zu treten. So teilte denn v. Mertz dem Legationsrat am 16. September die Auffassung des Generals vom 1. September mit, da Lersner die Auffassung des Obersten v. Mertz als mit der des Generals Ludendorff in offenem Widerspruch stehend erachten zu müssen glaubte. Lersner meinte, man solle den Bulgaren einige Divisionen von der Westfront zu Hilfe schicken. Demgegenüber hielt Oberst v. Mertz es für angezeigt, ihm die schwere Lage der Westfront so zu schildern, wie er sie beurteilte. Lersner aber berief sich anfangs immer noch auf die ihm von Ludendorff zuteil gewordenen Informationen. So kam Lersner erst gegen die Mitte des Monats September unter den Druck der wirklichen Lage und war darüber aufs tiefste erschüttert. In der Zeit bis zum 29. September stand er, wie verschiedene Angehörige der O. H. L., in einem schweren inneren Zwiespalt, „indem man einerseits die Katastrophe sah und sie andererseits nicht begreifen konnte und wollte". [1])

Hintze gewann die Auffassung, daß wir militärisch einer Niederlage entgegengingen, und sprach in diesem Sinne wiederholt mit dem Reichskanzler. Dabei machte er Vorschläge, in welcher Weise der beim Umschwung von der Siegeszuversicht zu offenbarer Niederlage zu erwartenden Erschütterung von Volk und Heer begegnet werden könne. Er hielt es für richtig, die Verantwortung für die Regierung auf eine breitere Grundlage zu stellen und linksparteiliche

[1]) Bekundung des Generals a. D. v. Mertz (s. S. 427). General v. Mertz hat in seiner Niederschrift vom 13. Nov. 1923 (s. S. 249, Anm. 3) ausgeführt, das Zusammenwirken zwischen Lersner und ihm, das täglich die erneute Billigung des Generals Ludendorff gefunden habe, sei ein besonders vertrauensvolles gewesen und habe „allen billigen Anforderungen der leitenden Faktoren (O. H. L. und Reichsleitung)" entsprochen. Andererseits beklagt er den Mangel eines vertrauensvollen Verhältnisses zwischen Ludendorff und dem Staatssekretär v. Hintze und betont „auf das allerschärfste, daß dem Staatssekretär niemals die Mittel fehlten, um sich über die Frontlage ausreichende Kenntnis zu verschaffen". Von spätestens August ab hätte niemand, der sich im Großen Hauptquartier zu Avesnes befand, darüber im Zweifel sein können, wie bedenklich sich unsere militärischen Verhältnisse allenthalben zugespitzt hatten. „Ganz abgesehen von anderen Orientierungsmöglichkeiten hätten selbst die farblosen Vorträge, wie sie täglich abgehalten wurden, jeden, der einigermaßen hören und denken wollte und auch nur die Spur eines militärischen Verständnisses besaß, darüber aufklären müssen. Man brauchte, nach meinem Empfinden, nur verstehen zu wollen, und man verstand. Das galt auch für die Vertreter der Reichsleitung im Großen Hauptquartier."

Politiker hineinzunehmen. Graf Hertling war einer Parlamentarisierung der Regierung aus tiefster Überzeugung abgeneigt. „Wollen Sie etwa Sozialdemokraten in Ihr Ministerium aufnehmen?", fragte er bei einer solchen Unterredung den Staatssekretär v. Hintze. Dieser erwiderte ihm, er würde einen sozialdemokratischen Unterstaatssekretär mit Vergnügen anstellen, da er überzeugt sei, die Linksparteiler würden, aus der bequemen reinen Opposition herausgeholt, sehr bald die dira necessitas, die alle Regierungen zwinge, erkennen und anerkennen. „Ich glaubte ferner," bekundet Hintze[1]), „daß ein neues großes Aufraffen der gesamten Nation geschehen müsse, sollte sie die drohende, schwere Stunde überstehen, und hielt dazu die Heranziehung jedes Einzelnen für nötig, um den Krieg wahr und wahrhaftig zum Volkskrieg zu machen. Als Formen solchen Zusammenraffens aller geistigen und materiellen Kräfte der Nation hielt ich zwei für möglich — nichts Neues, aber wo ist Neues in der Welt? —, entweder die Diktatur unter einem Diktator, dessen Name Sieg verspräche; aber die Diktatur war an die Erfüllung dieses Versprechens „Sieg" gebunden, sonst fiele sie und Deutschland mit ihr um so tiefer. Oder: die Hereinbeziehung breiterer Kreise in die Regierung und dadurch die Belastung von mehr Schultern mit der Verantwortung für den Ausgang des Krieges. Die plötzliche militärische Niederlage hätte meines Erachtens weder Volk noch Heer, noch Regierung, noch Reich, noch Dynastie ausgehalten, ohne eines dieser beiden vorbeugenden Verfahren."

Zwischen dem 22. und 27. September kam Hintze auf Grund der ihm zugehenden Nachrichten „aus der Armee, nicht von der O. H. L.[2])" zu der Auffassung, daß eine militärische Katastrophe unmittelbar bevorstehe. Er machte dem Reichskanzler darüber Meldung. Dieser wollte nicht daran glauben und nannte Hintze einen Pessimisten, da er nur zuversichtliche Berichte von der Armee habe. Hintze selbst legte seiner hoffnungsarmen Auffassung einstweilen eine zu neuen Schritten zwingende Bedeutung noch nicht bei, da die O. H. L. sie noch nicht bestätigt hatte. Er entschloß sich aber zu einer möglichst baldigen Reise in das Große Hauptquartier zur erneuten Aufnahme der Fühlung. Durch vorherige Besprechungen im Auswärtigen Amt suchte er die Vorbedingungen für etwa notwendig werdende Friedensschritte klarzustellen. In diesem Sinne einigten sich bei einer Besprechung im Auswärtigen Amt die Herren v. Rosenberg, v. Bergen und W. v. Stumm auf die Ansicht, daß die „wichtigste Voraussetzung für die Einleitung des Friedens die sofortige Bildung einer neuen Regierung auf breiter nationaler Basis auf freie Initiative Seiner Majestät des Kaisers" bilden würde. Da Graf

[1]) Darlegungen des Staatssekretärs a. D. v. Hintze vom 14. 8. 1922, Anlage 15, S. 399.
[2]) Desgl. S. 399.

Hertling seine Absicht bekundet hatte, eine solche Parlamentarisierung nicht mitzumachen, sondern in diesem Falle seine Demission zu geben, sollte ein neues Kabinett „alle Kräfte des Volkes auf breitester nationaler Grundlage zusammenfassen und der Verteidigung des Vaterlandes nutzbar machen“ [1]). Zur Erreichung dieses Zieles sollte der Vizekanzler v. Payer „auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers das Präsidium des Reichstages und die Parteiführer hören und im engsten Einvernehmen mit der Volksvertretung seine Vorschläge ausarbeiten“. Die auf diese Weise neugebildete Regierung hätte „im gegebenen Moment“ an den Präsidenten Wilson mit dem Ersuchen heranzutreten, „die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen und zu diesem Zwecke allen kriegführenden Parteien die Entsendung von bevollmächtigten Delegierten nach Washington vorzuschlagen. Je nach den Wünschen unserer militärischen Stellen würde dem Präsidenten nahezulegen sein, die Kriegführenden eventuell gleichzeitig zum Abschluß eines sofortigen Waffenstillstandes einzuladen. Unsere Aufforderung an Herrn Wilson wäre von der Erklärung zu begleiten, daß Deutschland, eventuell der Vierbund, bereit ist, den Friedensverhandlungen als Programm die bekannten 14 Punkte des Präsidenten zugrunde zu legen.“

Diese von den Herren v. Rosenberg, v. Bergen, Freiherrn v. Stumm unterzeichnete Niederschrift des Auswärtigen Amts vom 28. September 1918 rechnete also bereits mit der Parlamentarisierung der Regierung, mit einer Zusammenfassung aller Volkskräfte zur nationalen Verteidigung und faßte das Herantreten mit dem Ersuchen um Frieden an den Präsidenten Wilson *im gegebenen Moment* ins Auge. Hierfür war also noch kein Termin in Aussicht genommen, ebensowenig für den Abschluß eines sofortigen Waffenstillstandes, der vielmehr ganz von „den Wünschen unserer militärischen Stellen“ abhängig gemacht wurde. Es waren vorsorgliche Überlegungen auf Grund der sich immer mehr verschlechternden, aber seitens der O. H. L. noch nicht als hoffnungslos bezeichneten Kriegslage. Den Gedanken, sich an Wilson zu wenden, hatte Hintze schon längere Zeit erwogen, und auch die O. H. L. war damit einverstanden. So erklärt sich eine Anfrage Ludendorffs vom 21. 9. 1918 an Hintze, ob er gedenke, durch den Fürsten Hohenlohe-Langenburg in Bern an Amerika wegen Friedensverhandlungen heranzutreten [2]). Hintze hatte am 24. 9. geantwortet, Vorbereitungen für Anknüpfung mit Amerika seien getroffen.

Nachdem Hintze dem Reichskanzler am 27. September nachmittags erneut über seine Befürchtungen Vortrag gehalten und ihm vorgeschlagen hatte, mit der O. H. L. persönlich in Verbindung zu

---

[1]) Weißbuch „Vorgeschichte des Waffenstillstandes“, Nr. 12.
[2]) Weißbuch „Vorgeschichte des Waffenstillstandes“, Nr. 11.

treten, was der Reichskanzler ablehnte, meldete Hintze ihm am 28. morgens, er werde nach Spa reisen, „um von der O. H. L. eine unzweideutige bestimmte Erklärung über den Stand des Krieges zu erwirken und die etwa danach nötig werdenden Maßnahmen vorzuschlagen."

Am gleichen Vormittage hatte sich Oberst v. Winterfeldt beim Reichskanzler melden lassen, und ihm mitgeteilt, die O. H.L. sei zu der Ansicht gekommen, eine Umbildung der Regierung oder ein Ausbau derselben auf breiterer Grundlage sei notwendig geworden. Graf Hertling kam sofort, nachdem Winterfeldt sein Zimmer verlassen hatte, zu seinem Sohne herein und berichtete ihm diese ihn aufs höchste überraschende Tatsache[1]). Nunmehr entschloß sich auch der Reichskanzler, noch am gleichen Tage nach Spa zu reisen, wohin Hintze mit einem früheren Zuge vorauffuhr. Der kommende Tag mußte somit in Gegenwart sämtlicher leitender Persönlichkeiten Klarheit über die zu unternehmenden Schritte bringen.

Die Kriegslage hatte sich inzwischen immer weiter verschärft. Während die meisten Heeresgruppen und Armeen schon seit der zweiten Hälfte des August dafür eingetreten waren, weiter zu-

---

[1]) Karl Graf v. Hertling, „Ein Jahr in der Reichskanzlei", S. 176. Über diese Angaben des Rittmeisters Grafen v. Hertling ist eine Kontroverse entstanden, da General Ludendorff sich dieser Vorgänge nicht mehr erinnern konnte. Der Gedanke, angesichts der sich verschlechternden Kriegslage einige maßgebende parlamentarische Führer in die Regierung aufzunehmen, um so ein tragfähigeres Fundament für die durch die Kriegslage gebotenen ernsten politischen Schritte zu schaffen, lag sozusagen in der Luft und ist sicherlich sowohl im Großen Hauptquartier wie in Berlin von den maßgebenden Persönlichkeiten und von deren Gehilfen wiederholt besprochen worden. Die Dinge werden sich also wohl in der Art zugetragen haben, wie Graf Hertling sie in seinem Buche schildert, zumal Oberst v. Winterfeldt nach seiner ganzen Lebens- und Dienstauffassung, wie ich sie zu kennen glaube, niemals einen eigenmächtigen Schritt von so weittragender Bedeutung ohne sachliche Zuständigkeit unternommen haben würde. Das Datum des 28. September wird sicher stimmen, da nunmehr Graf Hertling fest entschlossen war, seinen Abschied zu erbitten und gerade aus diesem Grunde nach Spa zu fahren. Die Haltung der O. H. L. zur Frage der Verbreiterung der Regierung war für ihn entscheidend.

Der letzte Zweifel daran, ob die Dinge sich so zugetragen haben, wie der junge Hertling sie schildert, wird durch das amtliche Schreiben seines Vaters vom 1. Oktober 1918 an den bayrischen Ministerpräsidenten v. Dandl beseitigt. Der Kanzler schildert darin die Entwicklung bis Samstag früh 10 Uhr (28. September). Um diese Zeit habe er die Nachricht aus dem Großen Hauptquartier erhalten — nämlich durch Oberst v. Winterfeldt, den er in dem Briefe nicht erwähnt —, die Lage sei sehr ernst und „bei der Wechselwirkung zwischen Heer und Heimat sei es dringend erforderlich, eine Beruhigung im Innern herbeizuführen, und die notwendige innere Einheitsfront dadurch herbeizuführen, daß die Regierung auf eine breitere volkstümliche Basis gestellt würde" (Karl Graf von Hertling, „Ein Jahr in der Reichskanzlei", S. 186). — Vgl. auch Friedrich Payer, „Von Bethmann Hollweg bis Ebert", S. 82/83.

rückzugehen, dadurch an Frontlänge zu sparen, den Truppen größere Erholung gewähren und Reserven aussparen zu können, hatte die O. H. L. es für richtiger gehalten, nur gedrängt zurückzugehen und die vorderen Stellungen solange wie möglich zu behaupten. Von einem Zurückgehen in rückwärtige Stellungen versprach sie sich wenig, da solche nur in unzureichendem Maße vorhanden waren, und es auch an Kräften fehlte, solche zu schaffen. Die Antwerpen-Maas-Stellung stand noch auf dem Papier.

Wie ernst die O. H. L. schon seit Wochen die militärische Lage ansah, erhellt aus mehreren dienstlichen Weisungen der O. H. L. an die Armee. Am 11. September wies Ludendorff die Heeresgruppen, Armeekommandos usw. auf den immer steigenden Mangel an brauchbaren Offizieren bei der Infanterie hin. Überall da, wo die Infanterie über energische und tapfere Führer verfügte, war kein Fußbreit Boden verloren gegangen, auch dann nicht, wenn starke Tankgeschwader die feindlichen Angriffe begleiteten, oder der Feind rechts und links durchgebrochen war. Für den schnellen Ersatz ausgefallener Kompagnie- und vor allem Bataillonsführer sollten nunmehr alle hohen Stäbe ihre bewährten Mitarbeiter herausgeben, und auch in den wirtschaftlichen Betrieben und in der Etappe alle kriegsverwendungsfähigen Offiziere für die Frontverwendung freigemacht werden.

Eine im Großen Hauptquartier angefertigte Niederschrift vom 15. September 1918 schilderte in großen Zügen die Kampfhandlungen seit dem 8. August. Der Feind habe seine Angriffe nach Norden und Süden ausgedehnt, der Engländer zwischen Scarpe und Somme, der Franzose zwischen Aisne und Oise. Hierbei sei es den Franzosen am 18. August, den Engländern am 2. September südöstlich Arras gelungen, durch starken Tankeinsatz unsere Linien zurückzudrücken. Nunmehr wurde beschlossen, in die allgemeine Linie der Siegfriedstellung zurückzugehen. Ebenso wurde auf Grund der starken französischen und amerikanischen Angriffe zwischen Mosel und Maas gegen den Bogen von St. Mihiel dieser geräumt und eine kürzere Stellung eingenommen. „Der Feind wird zweifellos seine Angriffe in diesem Herbst noch fortsetzen. Der Zustrom amerikanischer Kräfte und die Massenverwendung von Tanks geben ihm Möglichkeit hierzu. Unsererseits wird der Kampf auch weiterhin nicht um Geländebesitz geführt werden, sondern nach dem Grundsatz, den Angreifer sich zermürben zu lassen, selbst aber die Kampfkraft unseres Heeres zu erhalten. — Die Stimmung in Frankreich und England hat sich seit dem Nachlassen des Druckes der deutschen Offensive gehoben und ist durch Aufbauschung der Fronterfolge gesteigert worden.“ [1])

[1]) An die Heeresgruppen, A. O. K.s usw. (Streng geheim, durch Offiziere geschrieben.) Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918, 2. Auflage, Nr. 10c.

Daß die O. H. L. noch am 25. September keineswegs kleinmütig dachte, erhellt aus einem Schreiben Hindenburgs von diesem Tage[1]). Der von der O. H. L. befohlene Ausbau rückwärtiger operativer Stellungen hatte Offiziere in maßgebenden Stellen dazu veranlaßt, sich öffentlich dahin auszusprechen, die O. H. L. plane das Ausweichen in diese Stellungen für die nächste Zeit. Hindenburg bat die Heeresgruppen und Armeeoberkommandos, sie möchten bis zu den Divisionskommandeuren hinunter mündlich bekanntgeben, daß diese Auffassung in keiner Weise zutreffe; sie schwäche den Willen, den Entscheidungskampf in den jetzigen Stellungen durchzuführen. Wörtlich hieß es in dem Erlasse: „Zu meinem Bedauern habe ich den Eindruck, daß bei einigen höheren Stäben nicht die ruhige Beurteilung der Gesamtlage herrscht. Die Unzufriedenheit in der Heimat, die derzeitige starke Anspannung unseres Heeres, die Schwierigkeiten in der Ersatzbeschaffung und die Erschöpfung unserer Bundesgenossen wiegen schwer. Alle Nachrichten aus England, Frankreich und Italien sprechen aber auch von gleicher Anspannung der dortigen Volkskräfte. Wie dem auch sei, je ernster die Lage, desto mehr ist es die Pflicht des Offizierkorps, insonderheit der höheren Kommandobehörden, alles zu tun, um die moralische und materielle Widerstandskraft unseres Heeres zu wahren. Kleinmut ist verderblicher wie zu weitgehende Hoffnungen." Mit besonderer Sorge erfüllten den Feldmarschall die sich häufenden Meldungen über das Schwinden des Vertrauens zwischen Führung und Truppe, zwischen Offizier und Mann. Eindringlich wies er auf vorbildliche Lebenshaltung und Lebensführung des Offiziers hin. In gleichem Sinne suchte die O. H. L. am 26. September durch ein, den Armeestellen gleichfalls mitgeteiltes, mahnendes Schreiben auf die Kriegsministerien zu wirken.

In einer Niederschrift vom 31. Oktober 1918 über „das Waffenstillstandsangebot" hat sich General Ludendorff — noch unter dem frischen Eindruck der Ereignisse — über die damalige Lage bei der Armee geäußert[2]). Auch Ludendorff stellt fest, daß der Geist der Truppe nachließ. Hohe Gefangenenzahlen zeigten, daß unsere Linien brüchig wurden. Die schlechte Haltung einiger Divisionen zog tapfer kämpfende Nachbartruppen in Mißerfolge hinein. „Konnten früher sichere Faktoren eingesetzt werden, so fehlte jetzt an vielen Stellen diese Grundlage für jede klare und überlegte Führung." Bei den Feinden aber zeigte sich die volle Kampfkraft, und außerdem waren sie noch in der Lage, unter Ausnutzung ihrer zahlreichen Transportmittel, ihre Truppen zu schonen, sie beinahe bis auf das Schlachtfeld und dann wieder in die Unterkunftsorte zu fahren. „Die Westfront mußte immer wieder zurückgenommen werden, wodurch

[1]) Amtliche Urkunden usw., 2. Auflage, Nr. 10d.
[2]) Anlage 11, S. 361 ff.

naturgemäß der Geist wiederum sank. Die Ausfälle an Menschen wurden bei weitem nicht mehr gedeckt. Ich mußte immer wieder Divisionen auflösen, die bestehenden sanken in ihren Gefechtsstärken. Die Zahl der Kompagnien wurde von vier auf drei pro Bataillon vermindert, Regimenter formierten zwei statt drei Bataillone . . . Die Lage an der Westfront, namentlich bei der 17., 2., 18. und 4. Armee war ungemein gespannt. Die Reserven waren vermindert, die Truppe war sehr übermüdet. Der Krieg konnte nicht mehr gewonnen werden . . . In der Hochspannung im Westen traf uns Ende September der Abfall Bulgariens . . . Nach dem Abfall Bulgariens war der Weg nach Konstantinopel für die Entente auf der Landseite frei. Ich rechnete für den November mit einem Angriff auf Konstantinopel, das diesem machtlos preisgegeben war, da die türkischen Truppen anderwärts gefesselt waren. Auch an der Donau konnten im November starke Truppen erscheinen . . . Wir mußten ins Auge fassen, daß das Erscheinen von starken Ententetruppen an der Donau und der Ententeflotte im Schwarzen Meer Rumänien wieder zur Entente hinüberziehen würde. Damit war unsere Ölversorgung unterbunden. Wir hatten Fliegerbenzin für höchstens nur zwei Monate."

Ludendorff stellt sodann zusammenfassend fest, „daß mit den Ereignissen in Bulgarien . . . der Zusammenbruch unserer Verbündeten unabänderlich verbunden war. Jetzt war der Krieg verloren, daran war nichts mehr zu ändern. Hätten wir die Kraft gehabt, das Kriegsglück im Westen zu wenden, dann wäre naturgemäß noch nichts verloren gewesen. Hierzu fehlten die Mittel. Bei der starken Inanspruchnahme der Truppen an der Westfront mußten wir mit weiteren, auch eingetretenen Rückschlägen rechnen. Unsere Lage konnte sich nur noch verschlechtern, nicht mehr bessern. Neuen Kräftezuwachs gab die Heimat damals noch nicht. Unabhängig voneinander faßten der Feldmarschall und ich die Ansicht, es müsse Schluß gemacht werden."

Am 28. September, 6 Uhr nachmittags — nicht am 27. September, wie es in der Niederschrift vom 31. 10. 1918 heißt, — trug der General dem Feldmarschall seine Gedanken über ein Friedens- und Waffenstillstandsangebot vor. Auch dieser hielt den Schritt für notwendig. Beide Männer waren in der Auffassung einig, daß es ihre Pflicht sei, ihre Namen für diesen Schritt herzugeben, den zu vermeiden sie alles Erdenkliche getan hatten[1]).

An dieser Stelle ist ein Rückblick auf die Entwicklung der Dinge seit Übergang der strategischen Initiative an die Entente angezeigt. In allen Darstellungen der Kriegsereignisse des Spätsommers

[1]) Erich Ludendorff, „Meine Kriegserinnerungen 1914—1918", S. 583.

1918 besteht Einmütigkeit darüber, daß mit dem Scheitern der Offensive beiderseits Reims, vor allem mit dem Beginn der feindlichen Gegenoffensive aus den Wäldern von Villers-Cotterets am 18. Juli und mit der Offensive vom 8. August 1918 die Initiative endgültig an die Entente übergegangen war. Von nun an kam es für die deutsche O. H. L. nur noch darauf an, sich taktisch in ihren Stellungen zu behaupten und dabei auf möglichste Schonung des Menschenmaterials, des Kriegsinstruments und der Kampfmittel hinzuwirken. Hierfür war die Beseitigung taktisch ungünstiger Linienführungen in den durch die verschiedenen Offensiven gewonnenen Stellungen die zwingende Voraussetzung. Leider befand sich die deutsche Westfront hier in einer unglücklichen Zwangslage, die gerade aus den taktischen Erfolgen erwachsen war. Die Fronten bildeten große Ausbauchungen nach dem Feinde zu und waren an den Stellen, wo sie an die alten Linien anschlossen, flankierendem Feuer in hohem Maße ausgesetzt. Außerdem hatte sich aus dieser Linienführung eine wesentliche Verlängerung der Fronten und damit, wenn die neu gewonnenen Linien nicht unzureichend besetzt werden sollten, ein Mehrbedarf an Mannschaften, Material und Munition ergeben.

Die O. H. L. befand sich, seit ihr die strategische Vorhand genommen war, in einem schweren Dilemma. In besser verteidigungsfähige, kürzere Stellungen zurückzugehen, erschien — besonders der Truppe gegenüber — wie eine Preisgabe der unter blutigen Opfern erzielten Erfolge. Eine Stellungsverbesserung nach vorwärts war nach den schweren Rückschlägen bei dem schwindenden Menschenersatz nicht mehr möglich. Rückwärtige Stellungen aber waren so gut wie nicht vorhanden.

Über das weiter einzuschlagende Verfahren bestanden zwischen den Armeeführern in der Front und der O. H. L. nicht unerhebliche Gegensätze. Sie beruhten in der Hauptsache darauf, daß die Heeresgruppen- und Armeeführer die Dinge hauptsächlich vom Standpunkte der taktischen Möglichkeiten ansahen, während die O. H. L. sich dauernd von politischen Erwägungen mitbestimmen ließ. Dadurch entfernten sich ihre Entschlüsse zugunsten unsicherer politischer Hoffnungen vom Boden des militärisch Wünschenswerten.

Die nach dem 8. August zu lösenden militärischen Fragen standen nun tatsächlich [1]) in enger Beziehung zur Politik. Geschahen sofort diplomatische Schritte zur Annahme eines Friedens, so war es richtig, möglichst lange in den vorderen Stellungen auszuharren und dadurch die Stärke der deutschen militärischen Lage zu unterstreichen. „Sollten die diplomatischen Fäden aber erst später angesponnen werden," so führt General v. Kuhl aus, „oder erwiesen sich die Vermittlungsversuche als aussichtslos oder langwierig, dann kam

[1]) Vgl. Gutachten des Generals der Inf. a. D. v. Kuhl.

alles darauf an, den Widerstand so lange als möglich fortzusetzen, das Heer möglichst in kampfkräftigem Zustand zu erhalten und es vor einem Zusammenbruch zu bewahren. Dann war es nicht mehr angebracht, um jede Fußbreite in den augenblicklichen, zum Teil ungünstigen Stellungen zu kämpfen, sondern es hätte sich empfohlen, das Heer in rückwärtige, verkürzte Stellungen zurückzuführen und Reserven auszusparen."

Für die O. H. L. konnte es nach dem endgültigen Scheitern der großen Offensive kein wichtigeres Ziel geben, als die Erhaltung der deutschen Kampfkraft. Gewiß hätte die Aufgabe großer, mit erheblichen Blutopfern erst kürzlich gewonnener Geländestrecken auf den Geist der Truppe, mehr wohl noch der immer mißtrauischer gewordenen Heimat, üble Wirkungen ausüben können. Dem konnte aber durch rückhaltlose Klarheit über die Gründe dieses Zurückgehens ausreichend begegnet werden. War es doch gelungen, den operativen Rückzug von der Weichsel im Herbst 1914 und vor allem die Preisgabe des Sommegeländes 1917 durch eine angemessene Beeinflussung der öffentlichen Meinung als unerläßliche Vorbedingung späterer Erfolge hinzustellen und glaubhaft zu machen. Es liegt kein Grund für die Annahme vor, daß eine offene Darlegung über diese Dinge im August 1918 ihre Wirkung hätte verfehlen sollen. Im Gegenteil: hiermit wäre bereits ein entscheidender Schritt zur endlichen Schaffung einer klaren Anschauung über Deutschlands wahre Lage in der Welt geschehen, ein Schritt, dem weitere folgen konnten und folgen mußten, falls die Lage sich etwa noch weiter verschlechterte.

Statt dessen erhielt man mit dem Kampfe um die vorderen Stellungen den Glauben an einen guten Stand der Dinge an der Front aufrecht, weil man sich davon eine bessere politische Einwirkung auf den Gegner versprach. Hierbei wurde offenbar nicht hinreichend in Rechnung gestellt, daß der Gegner über die wirkliche Lage seine eigenen, täglich sich erweiternden, Nachrichten und persönliche Eindrücke besaß. Hielten sich die deutschen Truppen unter Aufgebot der letzten Kräfte in ihren ungünstig verlaufenden, nicht hinreichend ausgebauten und ausgestatteten Stellungen, so konnte das dem Feinde nicht entgehen. Im Gegenteil: der Feind mußte die von ihm bis zur endgültigen Niederringung des deutschen Widerstandes noch aufzuwendende Mühe höher einschätzen, wenn die deutschen Truppen in kürzeren, verteidigungsfähigeren Stellungen die notwendige Ruhe erhielten und nicht bis zur völligen Erschöpfung ihrer Kräfte fast ohne Ablösung immer wieder eingesetzt wurden.

Die sachlich ernsten Mitteilungen des Generals v. Kuhl in seinem Gutachten geben von den Leistungen der deutschen Abwehrkämpfer in den kritischen Monaten vom August 1918 ab ein klares Bild. Seiner Ansicht nach wäre nach dem 8. August die Zurücknahme des Heeres

in die Siegfriedstellung trotz aller ihr entgegenstehenden Bedenken die militärisch richtige Maßnahme gewesen. Die O. H. L. konnte sich dazu nicht entschließen. Schon am 4. August hatte sie die Heeresgruppen angewiesen, die augenblicklichen Stellungen zu verstärken, war aber nicht in der Lage, Arbeitskräfte hierfür zur Verfügung zu stellen. Der Stellungsbau konnte daher nur sehr langsam vorschreiten. Den Anträgen der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz vom 26. August, die deutschen Reserven dadurch zu schonen, daß abschnittsweise nach vorbereitetem Plan bis zur Erreichung einer starken Dauerstellung ausgewichen wurde, pflichtete Ludendorff in einem Schreiben vom 27. August zwar im allgemeinen bei, wünschte aber doch nur im Notfalle in die Ausgangsstellungen vom März 1918 zurückzugehen. Jetzt rächte es sich, daß große rückwärtige Stellungen — außer der Siegfried- und der Hunding-Brunhild-Stellung — nicht hatten angelegt werden können, da es an Arbeitskräften während des Winters 1917/18 fehlte. Eine Erkundung und Festlegung großer strategischer rückwärtiger Stellungen war aber leider unterblieben, obwohl man sich — nach dem Urteile des Generals v. Kuhl, dem auch hier ganz beizustimmen ist —, vor Beginn der Offensive darüber klar sein mußte, „daß im Falle ihres Mißlingens der Krieg voraussichtlich verloren war . . . Der Versuch, die nach Beendigung unserer Offensive erreichten Stellungen zäh zu behaupten und dem Gegner jeden fußbreit Boden streitig zu machen, mußte auf die Dauer zu einem Verbrauch der Kampfkraft unserer Truppen führen, der für die weitere Fortführung des Widerstandes verhängnisvoll werden konnte. Es wäre daher geboten gewesen, frühzeitiger ein abschnittsweises Zurückführen des Heeres in große Zwischenstellungen vorzubereiten".

Anfangs September 1918 wich der rechte Heeresflügel unter schweren Kämpfen in die Siegfriedstellung zurück. Jetzt erst wurden vorbereitende Maßnahmen für den Ausbau weiterer rückwärtiger Stellungen getroffen. Bei der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht erfolgten sie erst am 6. September; die Heeresgruppe selbst erteilte die Ausführungsbefehle am 12., nachdem die O. H. L. die von jener vorgeschlagene Linienführung der sogenannten Hermannstellung genehmigt hatte. Sie konnte aber nicht mehr rechtzeitig fertig werden.

Für die Leitung der Operationen in dieser kritischen, durch die Zuspitzung der Verhältnisse auf dem Orientkriegsschauplatze sich verhängnisvoll verschärfenden Lage schwebte der O. H. L. als hauptsächlichstes Ziel die Verhinderung eines feindlichen Durchbruches unter allen Umständen vor. Auf die Zuführung von O. H. L.-Reserven an die einzelnen Armeen konnte nicht mehr gerechnet werden. Die Heeresgruppen sollten daher, wie es in einem Fernschreiben der O. H. L. vom 30. September 1918 ausgesprochen ist, ihre Operationen so leiten, daß sie da, wo es die Lage unbedingt erforderte, unter

Wahrung der Verbindung mit dem Nachbarn planmäßig und abschnittsweise auswichen. Hierbei sollte angestrebt werden, Zeit zu gewinnen, dem Feinde starke Verluste beizubringen, Reserven auszusondern, das eigene Material zurückzuführen und die Eisenbahn- und Fernsprechanlagen nachhaltig zu zerstören. Nunmehr sollte auch der Ausbau der Lys-, Hermann- und Gudrunstellung als beabsichtigte Dauerstellung mit allen Mitteln beschleunigt werden. Ausdrücklich wurde in dem Schreiben vom 30. September gesagt, daß diese Tätigkeit die höchsten Anforderungen an die Moral der Truppe und die Ruhe der Führung stelle. Das deutsche Heer müsse auch diese Aufgabe leisten: „der feste Wille, den feindlichen Anprall abzuwehren und nicht voreilig auszuweichen, ist geboten".

Ehe die O. H. L. diese Weisung erließ, hatte sie sich am 28. September unter dem Druck der Vorgänge auf dem Orientkriegsschauplatze in Gemeinsamkeit der Anschauung der beiden verantwortlichen Heerführer zu der Auffassung entschlossen, von der politischen Reichsleitung ein sofortiges Waffenstillstandsangebot zu fordern und diesen politischen Schritt mit allen Druckmitteln der militärischen Lage durchzusetzen. Auf die Haltung der politischen Leitung gegenüber diesem Begehren kam nunmehr alles an.

VII

Der 29. September 1918 in Spa

Am Sonntag, dem 29. September, trafen die Träger der höchsten politischen Entscheidung zu verschiedenen Zeiten in Spa ein.

Die Besprechungen wurden um 10 Uhr vormittags durch eine Aussprache zwischen dem Staatssekretär v. Hintze, dem Feldmarschall und dem General Ludendorff, an der Oberst Heye teilnahm, im Hotel Britannique eröffnet. Hintze begann, indem er die außenpolitische Lage auseinandersetzte: Bulgarien abgefallen, der Abfall Österreich-Ungarns bevorstehend, die Türkei nur mehr Last, keine Hilfe, wachsende Zuversicht unserer Feinde, zunehmende Not im Innern Deutschlands. Schließlich teilte er mit, was inzwischen zur Anbahnung des Friedensschrittes durch Holland geschehen war. Nunmehr sprach General Ludendorff, schilderte die militärische Entwicklung und erklärte, die Lage der Armee erfordere sofortigen Waffenstillstand. Der Staatssekretär war über diese Forderung so erschüttert, daß er bestimmt annahm, eine Katastrophe der Armee stehe unmittelbar bevor, falls es nicht zum Waffenstillstande komme.

General Ludendorff will nicht von einer Katastrophe gesprochen haben, Hintze hat aber dieses Wort oder diesen Gedanken aus Ludendorffs Worten herausgehört. Das ist das Wesentliche, und diese Wirkung mußte für die weitere Haltung des Staatssekretärs

bestimmend werden. Es ist ziemlich nebensächlich, ob gerade dieser Ausdruck in der Besprechung gebraucht worden ist: kam doch das Ergebnis durchaus einer Katastrophe gleich. Von einer Katastrophe auf dem Balkan war in den letzten Tagen immer wieder gesprochen worden; dieser Ausdruck konnte daher auch auf die allgemeine Lage angewendet werden, da die Westfront eine untrennbare strategische Einheit mit den anderen Kriegsschauplätzen bildete. In den Äußerungen des Obersten v. Mertz[1]) war der gleiche Ausdruck wiederholt gebraucht worden.

Hintze setzte nunmehr die Wirkungen auseinander, die nach seiner Ansicht „der ruckweise Übergang von Siegesfanfare zum Grabgesang der Niederlage" auf Heer, Volk, Monarchie und Reich ausüben müßte, und meinte, daß gleichzeitig mit dem Waffenstillstandsangebot die Bereitschaft zum Frieden — ja letztere vorher — mitgeteilt werden müßte. Als Ausweg aus dieser Lage empfahl er die Zusammenfassung aller Kräfte der Nation zur Abwehr im Endkampf. Als Mittel nannte er die Diktatur, die „Revolution von oben", und zur Herbeiführung des sofortigen Waffenstillstandes eine Einladung zum Frieden über den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika auf der Grundlage seiner bekundeten Grundsätze. Die Diktatur habe allerdings militärische Erfolge in absehbarer Zeit, wenn nicht den Sieg zur Voraussetzung, da sie sonst nicht durchzuführen sei, und ihr Revolution oder Chaos folgen würden. Unter der Revolution von oben verstand der Staatssekretär die auch von der O. H. L. gewünschte und durch den Obersten v. Winterfeldt am 28. September dem Reichskanzler als Vorschlag übermittelte Aufnahme einiger maßgebenden parlamentarischen Führer in die Regierung. Er hielt eine solche für nötig, da sonst die Nation den plötzlichen Umschwung von Siegeszuversicht zur Niederlage nicht ertragen würde.

Der Gedanke der Diktatur wurde durch General Ludendorff verworfen, da auf einen militärischen Sieg nicht mehr zu hoffen sei. Mit dem Gedankengange einer Revolution von oben und eines mit dem Waffenstillstandsersuchen gleich zu verbindenden Friedensangebots erklärte sich Ludendorff einverstanden. Seine Hauptbedingung jedoch blieb die Einleitung des Waffenstillstandes. Nunmehr griff der Feldmarschall v. Hindenburg ein und äußerte den Wunsch, daß der Staatssekretär bei Friedensschluß die Annexion von Briey und Longwy durchsetzen solle. General Ludendorff schnitt das mit den Worten ab: „Dazu ist jetzt nicht mehr die Zeit."

Die folgende Besprechung war den Einzelheiten des Waffenstillstandsangebotes und des Friedens gewidmet. Nach Hintzes Auffassung stand sie unter dem Zeichen des Wortes: „Jede Stunde Verzuges ist eine Gefahr." Hintze berichtet hierüber[2]): „General Luden-

[1]) Siehe Anlage 18.
[2]) Vgl. Anlage 15.

dorff sprach wie ein Mann, der sich zu einer schweren Erkenntnis durchgerungen hat und bereit ist, die Konsequenzen zu ziehen. Ich bin darauf gefaßt, gefragt zu werden: ‚Warum hast du in diesem Augenblick General Ludendorff — die O. H. L. überhaupt — nicht gefragt, weshalb sie die Reichsregierung trotz ihrer förmlichen Fragen vom 14. August, 3. September und 10. September 1918 über die militärische Lage im unklaren gelassen habe?' Ist der Fragesteller je in Lagen gewesen, wo es galt, zu handeln, nicht: zu fragen? Ich bin in dieser Lage für das Leben eines Individuums häufig, zu häufig vielleicht, gewesen. Vor mir saßen die beiden Feldherren, die Deutschlands Schwert ruhm- und ehrenvoll geführt hatten. Sie erklärten in diesem Augenblick dem Sinne nach: ‚Alles ist verloren, außer der Ehre!' und ‚Rette, was zu retten ist!' Das ist nicht die Zeit für Rekriminationen, das ist die Zeit zum Handeln. ‚Jede Stunde Verzuges bedeutet Gefahr!' So sagte auch Oberst Heye zu mir, bevor wir drei zu Seiner Majestät gingen, und erzählte, daß in den letzten Tagen General Ludendorff fast allabendlich ihm zugerufen hätte: ‚Heye, jetzt sind sie durch!' — Nein, ich habe die beiden Heerführer nicht mit Fragen nach der Vergangenheit behelligt, wo ‚jede Stunde Verzuges Gefahr' bedeutete, sondern ich habe ihnen Vorschläge gemacht, wie zu handeln wäre . . ."

„Ich hatte und habe keinerlei Vorliebe für irgendeinen der von mir dargelegten Auswege [1]) und hatte und habe allein die Revolution von unten als Selbstmord Deutschlands hingestellt und bekämpft und zu verhüten gesucht, damals wie später . . . Die Revolution von oben dachte ich zunächst als ein Mittel, der Revolution von unten vorzubeugen; letztere hielt ich in unserer Lage für Selbstmord. Von oben durch die Initiative des Monarchen in Szene gesetzt, sollte sie einen Übergang bilden, die Umstellung von Sieg auf Niederlage tragbar zu machen durch Heranziehung möglichst vieler Interessierter zur Mitwirkung an der Regierung; das sollte ihre palliative Wirkung sein. Noch wesentlicher und wichtiger war mir ihre positive Aufgabe: die beiseite stehenden Kräfte heranzulocken, die bereits eingesetzten Kräfte zu ermutigen, unter der Losung ‚Das Vaterland ist in Gefahr!' zur Verteidigung des Vaterlandes . . . So glaubte ich, im Innern die Parteizwiste und -ziele unter der Parole „Die Verteidigung des Vaterlandes" zu dämpfen. Nach außen brauchte ich, wenn die Wirklichkeit nicht zu erreichen war, den Anschein und den Klang einer Einheitsfront des deutschen Volkes, bereit, eher zu sterben, als unwürdige oder unerträgliche Friedensbedingungen auf sich zu nehmen . . ."

„Diese Anschauungen unterlagen meinen Ausführungen vom 29. September vor der O. H. L. und vor Seiner Majestät dem Kaiser.

[1]) Vgl. hierzu besonders den aufschlußreichen Brief des Staatssekretärs v. Hintze vom 23. Oktober 1918 an den persönlichen Adjutanten des deutschen Kronprinzen, S. 414/415.

Sie führten mich zu den Schlüssen, die ich zog aus der drängenden und dringlichen Forderung der O. H. L.: ‚Sofortiger Waffenstillstand. Jede Stunde Verzuges bedeutet Gefahr.' Denn diese Forderung der O. H. L., mit pathetischem Ernst am 29. September 1918 vorgetragen, . . . stürzte das Programm, mit dem ich nach Spa gekommen war, um[1]) . . . Mein Programm sah die Friedensdemarche über Wilson vor im gegebenen Moment. Es rechnete damit, daß die Kriegslage die Zeit lassen würde zur Einleitung der Demarche ohne Überstürzung, mit den üblichen Mitteln, in den erforderlichen Zeitspannen. Dieser Programmpunkt wurde durch das bestimmt und mit großem tragischen Ernst gestellte Verlangen nach sofortigem Waffenstillstand umgestoßen. Die verantwortlichen Heerführer, der Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff, stellten dieses Verlangen und bestanden auf seiner Erfüllung. An ihrer Urteilsfähigkeit in militärischen Dingen zu zweifeln, ihnen zu widersprechen, — doch darüber ist jedes Wort überflüssig. Es mußte ihnen klar sein, daß ihre Forderung nach sofortigem Waffenstillstand uns diplomatisch von vornherein benachteiligte."

Die bisher geschilderten Vorgänge in der grundlegenden Besprechung bedürfen einer psychologischen Erklärung. Zunächst ist zu beachten, daß der Staatssekretär v. Hintze damals bei den Männern der O. H. L. volles persönliches Vertrauen genoß, ein Vertrauen, das durch Telegramme Ludendorffs vom 4. und 5. Oktober 1918 ausdrücklich bekundet worden ist[2]). Herr v. Hintze stand infolge seines langen Aufenthaltes im Auslande den innerpolitischen Verhältnissen Deutschlands ziemlich fremd gegenüber und mußte sich hinsichtlich der Kriegslage, als er aus Christiania im Juli 1918 nach Berlin berufen wurde, völlig auf die ihm gemachten Darlegungen der O. H. L. verlassen. Er tat dies unter starker Betonung des durch den Krieg erwachsenen Übergewichts der O. H. L. gegenüber den Männern der politischen Leitung, wie überhaupt festzustellen ist, daß auch in seiner Amtszeit wiederholt von einer Einholung des Einverständnisses der O. H. L. zu politischen Schritten, ja sogar von dem Versuche gesprochen wird, den Admiralstab zur Minderung seiner belgischen Kriegsziele zu veranlassen. Das große, rein menschliche und sachliche Übergewicht der Heerführer wirkte auf den Staatssekretär offenbar, ebenso wie auch auf alle anderen Persönlichkeiten, wie

[1]) Gemeint ist hier die als Nr. 12 des Weißbuches über die „Vorgeschichte des Waffenstillstandes" abgedruckte, im Auswärtigen Amt angefertigte Aufzeichnung, die von den Herren v. Rosenberg, v. Bergen, Frhr. v. Stumm unterzeichnet war, und die ein Herantreten an den Präsidenten Wilson im gegebenen Moment ins Auge faßte. Vgl. o. S. 251/252.

[2]) Hiermit stehen die Bekundungen des Präsidenten des Reichsarchivs v. Mertz über die damaligen Beziehungen zwischen Ludendorff und Hintze (vgl. o. S. 249) nicht im Einklang.

sich zeigen wird, so stark, daß Zweifel daran, ob die Kriegslage auch wohl zutreffend beurteilt werde, ob sie wirklich so ernst sei und vielleicht so schwere Schritte, wie die alsbaldige Anbahnung eines Waffenstillstandes, gar nicht erfordere, überhaupt nicht aufkamen.

Diesen — meiner Meinung nach ganz klaren — Tatbestand darf man sich nicht durch die erst später eingetretene Polemik zwischen den beteiligten Persönlichkeiten verwischen lassen. Damals herrschte volle Einmütigkeit darüber, daß die Kriegslage nur von der O. H. L. zutreffend beurteilt werden könne, daß sie sehr ernst sei, daß sie alsbaldigen Waffenstillstand erfordere, daß aber die sich hieraus ergebende schwere innerpolitische Belastung nur von einer verbreiterten Regierung getragen werden könne. Rein menschlich gesehen kann es nur sympathisch wirken, wenn in dieser tiefernsten Unterredung der Staatssekretär des Äußern den Männern der O. H. L. keinerlei Vorhaltungen darüber gemacht hat, daß er nicht früher Kenntnis von einem derartigen Ernst der Kriegslage erhalten habe. Stellt man unsere Kenntnis des sachlichen Verlaufes der späteren Kämpfe in Rechnung, so muß man bedauern, daß von ihm nicht der Versuch gemacht worden ist, den Männern der O. H. L. ihre Forderung unter noch schärferer Betonung der sich daraus voraussichtlich ergebenden schweren politischen Wirkungen auszureden. Das ist aber nicht geschehen. Hintze faßte eben die ihm geschilderte Lage so auf, daß es nur noch gelte, einer befürchteten Katastrophe vorzubeugen, eine Ansicht, die er immer schon gehegt hatte. „Ich kam", schreibt er selbst darüber, „am 29. September 1918 nach Spa in der Auffassung, die O. H. L. zum Frieden bereit zu finden; die O. H. L. begegnete mir mit der dringenden Forderung nach sofortigem Waffenstillstand . . . Der Generalfeldmarschall wie auch General Ludendorff haben am 29. September 1918 kurz nach 11 Uhr vormittags meinem Programm mit der Maßgabe zugestimmt, daß sofort ein Waffenstillstand herbeigeführt werde."

Auch der Oberste Kriegsherr war am 29. September von Herbesthal in Spa eingetroffen. Während der Autofahrt hatte er mit Major Niemann eingehend über die militärische Lage gesprochen. Hierbei war mit keinem Worte davon die Rede, daß es nötig sein würde, unseren Feinden Waffenstillstand und Frieden anzubieten. Als Major Niemann, im Begriff, sich in der Operationsabteilung nach der Lage zu erkundigen, gegen 9 Uhr früh, also noch vor der entscheidenden Besprechung der Heerführer mit dem Staatssekretär v. Hintze, im Hotel Britannique eintraf, begegnete er dem Chef der Politischen Abteilung des Großen Hauptquartiers, General v. Bartenwerffer. Dieser teilte ihm den Entschluß mit, den Feinden Waffenstillstand und Frieden anzubieten. Niemann glaubte, sich verhört zu haben; der General bestätigte aber nochmals den Entschluß und sagte — nach

Niemann[1]) —: „Unsere Lage verträgt kein längeres Hinhalten. Der Feldmarschall und General Ludendorff sind unabhängig voneinander zur Überzeugung gekommen, daß keine Stunde mehr verloren werden darf."

Zwischen 11 und 12 Uhr begann die Besprechung unter Vorsitz des Kaisers. Es waren nur der Generalfeldmarschall, Ludendorff und Hintze zugegen. Letzterer erstattete zunächst seinen Vortrag über die außenpolitische Lage, ähnlich wie vorher in der ersten Besprechung. Darauf fragte ihn der Kaiser nach der inneren Lage. Hintze meldete darauf, er fühle sich dafür nicht zuständig, und der Reichskanzler, der kompetente Beurteiler, werde am Nachmittage eintreffen. Als der Kaiser auf seinem Befehl beharrte, schilderte Hintze die innere Lage so, wie er sie ansah, ohne aber Folgerungen daraus zu ziehen oder Vorschläge daran zu knüpfen. Der Kaiser hörte ihn, fast ohne ihn zu unterbrechen, an und verlangte darauf den Vortrag des Feldmarschalls. Dieser sprach sich ebenso aus, wie vorher General Ludendorff in der Besprechung zu Vieren und gelangte schließlich zu der Feststellung, daß das Heer sofortigen Waffenstillstandes bedürfe. Ludendorff bestätigte sodann kurz das vom Feldmarschall gezeichnete Bild.

Nunmehr befahl der Kaiser Hintzes Vorschläge. Dieser setzte das Für und Wider einer Diktatur auseinander. Der Kaiser tat diesen Ausweg mit dem Satze ab: „Diktatur ist Unsinn." Jetzt entwickelte Hintze die Gefahr einer Revolution und den Gedanken, sie zu „kanalisieren", indem die beim Umschwung von Sieg auf Niederlage unvermeidliche Bewegung des Volkes in das breite Bett stärkerer Beteiligung an der Regierung übergeleitet werden sollte. Schließlich schlug er vor, den Präsidenten Wilson zur Herbeiführung einer Friedenskonferenz auf der Grundlage seiner 14 Punkte mit Selbstbestimmung der Völker und unter Verwerfung des wirtschaftlichen Boykotts einzuladen und damit gleichzeitig, dem Verlangen der O. H. L. gemäß, einen sofortigen Waffenstillstand anzubieten. Hintze berichtet hierüber: „S. M. der Kaiser hörten den Vortrag in beherrschter Bewegung, in königlicher Würde an und erklärten Sich mit dem entwickelten Programm einverstanden. Ich unterbreitete darauf Seiner Majestät mein Abschiedsgesuch mit der Begründung, daß mein Verbleiben im Amt bei der mir zugeschriebenen Qualität als Reaktionär das Vertrauen zu der Umbildung der Regierung im Lande, vor allem aber bei unseren Feinden, erschüttern würde und daraus Schwierigkeiten bei den Verhandlungen zu befürchten wären[2])." Der Kaiser erkannte die Stichhaltigkeit dieser Begründung nicht an und verwarf das Abschiedsgesuch, das Hintze tags darauf, am 30. September, schriftlich wiederholte. Der Kaiser hat auch dieses Gesuch abgelehnt.

---

[1] Niemann, „Kaiser und Revolution", S. 88.
[2]) Anlage 15, S. 409.

An die entscheidenden Vorträge des Feldmarschalls und Hintzes beim Kaiser am 29. September vormittags schlossen sich Beratungen über die nächsten zu ergreifenden Schritte. Hintze nannte als geeigneten Nachfolger für den Fall des Ausscheidens des Reichskanzlers den bisherigen Vizekanzler v. Payer, der zu den einflußreichsten Führern der Regierungspartei zählte, seit Jahresfrist an der Regierung beteiligt und in alles eingeweiht war. Der Kaiser nahm Herrn v. Payer auch anfangs als Reichskanzler in Aussicht.

Als Hauptergebnis der Besprechung in Gegenwart des Obersten Kriegsherrn muß festgestellt werden, daß dieser durch die Forderung eines sofortigen Waffenstillstandes ebenso überrascht worden ist, wie kurz zuvor der Staatssekretär v. Hintze, denn noch während der Autofahrt nach Spa hatte der Kaiser von einer derartigen Forderung nichts gewußt. Auch er hat sich, ebenso wie in der vorhergehenden Besprechung der Staatssekretär des Äußeren, ohne ernsten Widerspruch von der Notwendigkeit der Waffenstillstandsforderung und der weiteren ihm vorgeschlagenen Schritte überzeugen lassen. Auch für ihn war das Votum der O. H. L., die Lage der Armee verlange einen derartigen Schritt, ohne weiteres entscheidend. Auch er hat auf den Versuch verzichtet, diesen außerordentlich bedeutungsvollen Entschluß zu erschüttern, und damit — in seiner Eigenschaft als Oberster Kriegsherr — die volle Verantwortung dafür persönlich übernommen.

Wie bei allen früheren Vorgängen, so z. B. bei dem Entschluß zu der großen Frühjahrsoffensive[1]), durften sich die Männer der O. H. L. durch diese Entscheidung des Obersten Kriegsherrn formell gedeckt fühlen. Allerdings mußte der Monarch seinerseits sich auf die gegebene Beurteilung der Kriegslage vollkommen verlassen. Für sie war allein die O. H. L. zuständig. Der Kaiser hat sich aber den ihm vorgeschlagenen politischen Maßnahmen, die auf der Kriegslage beruhten, nicht widersetzt und damit auch die Gedankengänge des Staatssekretärs ebenso wie die der Heerführer zu den seinigen gemacht.

Reichskanzler Graf Hertling war mit dem Augenblick zum Rücktritt entschlossen, als er erfuhr, daß die politische Lage auf eine Parlamentarisierung der Regierung hinauszulaufen drohe, und daß auch die O. H. L. damit einverstanden sei[2]). Er entschloß sich zur Fahrt in das Große Hauptquartier. Am 28. September abends reisten der Kanzler, der Staatssekretär Graf Roedern, der Unterstaatssekretär v. Radowitz, Oberst v. Winterfeldt, der Sohn des Reichskanzlers und der damalige Chef des Zivilkabinetts v. Berg nach Spa, wo sie am 29. mittags eintrafen. Während der Bahnfahrt hatte der Sohn

---

[1]) Siehe oben S. 165.

[2]) Karl Graf v. Hertling, „Ein Jahr in der Reichskanzlei", S. 176.

des Kanzlers mit dem Obersten v. Winterfeldt eine Besprechung über die Art, in welcher mit dem Kaiser über den Kanzlerwechsel gesprochen werden sollte. Mit keinem Worte war von einem etwa notwendig werdenden Waffenstillstandsangebot die Rede.

Unmittelbar nach Ankunft des Reichskanzlers in Spa berichtete ihm Hintze über die Vormittagsbesprechungen. „Der Reichskanzler war aufs tiefste betroffen über das Verlangen der O. H. L. nach sofortigem Waffenstillstande, ein Verlangen, das über unseren schwärzesten Pessimismus hinausging[1])." Der Sohn des Reichskanzlers bestätigt in seinem Buche diese Wirkung der Hintzeschen Worte. Unmittelbar nach dem Fortgange Hintzes sei der Kanzler zu seinem Sohne ins Zimmer getreten und habe gesagt: „Das ist ja ganz furchtbar, die O. H. L. verlangt, daß sobald als irgend möglich ein Friedensangebot bei der Entente gemacht wird. Hintze hat mit seinem Pessimismus recht behalten[2])."

Nachmittags fanden nunmehr Besprechungen des Kaisers mit dem Kanzler, dem Staatssekretär des Reichsschatzamts, Grafen Roedern, und dem Kabinettschef v. Berg statt. Der Kanzler erklärte seinen Rücktritt, der vom Kaiser angenommen wurde. Als Nachfolger kamen Prinz Max von Baden, Graf Roedern und, eine Zeitlang, auch Dr. Solf in Betracht[3]). Die Kanzlerschaft Payer wurde aufgegeben. Bei der maßgebenden Sitzung am Nachmittage des 29. September war Herr v. Hintze nicht zugegen. Erst später ließ der Kaiser ihn hineinrufen und meinte: „Die Sache mit der Revolution wäre nach der Ansicht des Reichskanzlers nicht so schlimm; mit der neuen Regierung und mit dem Frieden könnte daher gewartet werden; sie wollten sich erst ruhig 14 Tage in Spa hinsetzen und die Sache überlegen[4])."

Ein solcher Aufschub entsprach nach der Auffassung Hintzes nicht der Dringlichkeit der Lage[5]). Die O. H. L. war der Meinung, daß rasches Handeln notwendig sei, und Hintze hatte dem General Ludendorff auf seine Frage, wann die neue Regierung gebildet sein und wann infolgedessen die Note an Wilson abgehen könne, Dienstag, den 1. Oktober, als Termin angegeben. Die Festsetzung dieses

---

[1]) Anlage 15, S. 410.

[2]) Karl Graf v. Hertling, „Ein Jahr in der Reichskanzlei", S. 180.

[3]) A. a. O., S. 178.

[4]) Nach einem Schreiben des Herrn v. Berg an General Ludendorff soll nicht davon die Rede gewesen sein, daß man die Sache ruhig 14 Tage überlegen könne. Da Hintze in seiner Bekundung vom 28. 8. 1922 diese Äußerung aber aufrecht erhalten hat, muß damit gerechnet werden, daß sie gesprächsweise doch gefallen und vielleicht von Herrn v. Berg nicht gehört worden ist. (Vgl. Ludendorff, „Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot", S. 18.)

[5]) Vgl. hierzu die Aufzeichnung des Grafen Roedern (Anlage 16). die viele und wichtige Einzelheiten über die Ereignisse vom 28. September 1918 ab mitteilt.

Termins, den nachher die O. H. L. in ihre Berechnungen als endgültig einstellte, hat schwerwiegende Folgen gezeitigt.

Als nun in der Nachmittagssitzung der Kaiser eine Verzögerung des Friedensschrittes als möglich bezeichnete, erinnerte Hintze ihn an das vormittags ausgesprochene und so dringend begründete Verlangen der O. H. L. nach sofortigem Waffenstillstand und an die Notwendigkeit, das Friedens- bezw. Waffenstillstandsangebot von einer Regierung ausgehen zu lassen, die der Feind, im Gegensatz zur damaligen, als verhandlungsfähig und vertrauenswürdig ansähe. Sein stärkstes Argument war die Forderung der O. H. L. und die am Vormittag hierfür gegebene Begründung. Der Kaiser schien anfangs eine Entscheidung nicht treffen zu wollen, und wandte sich zur Tür. Wörtlich berichtet über den weiteren Hergang Hintze[1]): „Auf dem Tisch lag der von der Reichskanzlei entworfene Allerhöchste Erlaß vom 30. September 1918[2]). Ich folgte Seiner Majestät zur Tür und wiederholte, daß die Bildung einer neuen Regierung Vorbedingung für das Waffenstillstands- und Friedensangebot wäre. Der Kaiser wandte sich um, trat an den Tisch und unterzeichnete den Erlaß."

Der Staatssekretär hatte sich also den Standpunkt der O. H. L. völlig zu eigen gemacht und handelte auch weiterhin nur im Sinne der Verabredungen vom Vormittage. Ein wesentlicher Punkt hierbei war, daß die neue Regierung bis Dienstag, 1. Oktober, gebildet sein sollte, damit das Waffenstillstandsangebot noch am gleichen Tage abgefertigt werden konnte. In diesem Sinne handelte Hintze nur folgerichtig, wenn er sich sofort nach Berlin begab, um dort für die Bildung der neuen Regierung zu wirken. Er bat Ludendorff um einen Extrazug und fuhr noch am Abend des 29. September mit dem Grafen Roedern nach Berlin. Ihn begleitete auf Wunsch des Grafen Roedern[3]) und auf Befehl der O. H. L. Major Frhr. v. dem Bussche dorthin. Er erhielt von der O. H. L. den Auftrag, falls die Regierung es wünschte, den Parteiführern des Reichstages Aufschluß über die Kriegslage zu geben. Auch der Generaladjutant und Hausmarschall des Kaisers, General v. Gontard, der der Kaiserin Bericht erstatten sollte, und Major Nicolai, der Leiter der Abteilung III B des Großen Hauptquartiers, schlossen sich der Reise an.

Die Entsendung des Majors Frhr. v. dem Bussche von der

[1]) Anlage 15, S. 410/411.

[2]) Unterstaatssekretär v. Radowitz hatte inzwischen eine Erklärung des Kaisers vorbereitet, in der dieser seinem Willen Ausdruck gab, mehr als bisher Vertreter des Volkes zu Regierungsgeschäften heranzuziehen. In dem an den Grafen Hertling gerichteten Erlasse des Kaisers, der den Rücktritt des Kanzlers genehmigte, hieß es wörtlich: „Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeite. Es ist daher mein Wille, daß Männer, die von dem Vertrauen des Volkes getragen sind, in weiterem Umfang teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung." (Vgl. hierzu S. 419, Bekundung des Grafen Roedern.)

[3]) Anlage 16, S. 415 ff.

Operationsabteilung des Großen Hauptquartiers nach Berlin ging hauptsächlich auf den Antrag des Staatssekretärs Grafen Roedern zurück, der die Aufklärung der Berliner Stellen durch einen militärischen Sachverständigen um so mehr für nötig hielt, als er selbst am 29. September nur wenige Nachmittagsstunden zur Verfügung hatte, um sich über die militärische Gesamtlage, so gut es eben ging, unterrichten zu lassen. In dieser Absicht hatte er nach der grundlegenden Besprechung des Kaisers mit dem Kanzler und den anderen maßgebenden Persönlichkeiten den Feldmarschall v. Hindenburg und Ludendorff aufgesucht. Diese begründeten die Waffenstillstandsforderung damit, „daß die Situation an der Front infolge der Übermacht der Gegner an Menschen und Material eine Besserung der Chancen für uns nicht mehr, keinesfalls etwa noch einen Umschwung nach der Richtung erwarten lasse, daß wir wieder eine erfolgreiche Offensive aufnehmen könnten. Die großen und bei diesen Aussichten vergeblichen Blutopfer der jetzt ununterbrochenen Schlachten ließen es also als Pflicht erscheinen, dem Kampf ein baldiges Ende zu machen". Die beiden Generale schienen die Herbeiführung eines Waffenstillstandes, auf den sie — nach dem Eindrucke des Grafen Roedern — ebenso großes Gewicht wie auf den Beginn der Friedensverhandlungen legten, ohne militärisch entehrende Bedingungen, als welche sie damals schon die Räumung der Festung Metz bezeichneten, für eine lösbare Aufgabe der Diplomatie und der auf breiterer parlamentarischer Grundlage zu bildenden Regierung zu halten. Graf Roedern hatte bei den beiden Generalen „den Eindruck des Bewußtseins der ganzen Schwere der prinzipiellen Entschließung, die auf Grund längerer Überlegung gefaßt schien. General Ludendorff sprach mit Ruhe und Klarheit und zeigte im Gegensatze zu Mitte September keine Zeichen von Abgespanntheit und Nervosität". Da er selbst den Wunsch aussprach, „daß den beteiligten Regierungsstellen, aber auch den Parlamentariern als Grundlage für die zu fassenden schnellen Entschließungen mit aller Offenheit Aufschluß über den Ernst der militärischen Lage gegeben werde", so war er sofort bereit, einen in die Gesamtlage völlig eingeweihten Vertreter der O. H. L. nach Berlin zu entsenden. Graf Roedern, vom Kaiser beauftragt, die für die Verbreiterung der Regierung nötigen vorbereitenden Schritte in Berlin alsbald zu tun, und ferner ermächtigt, diesen Auftrag in erster Linie an den Vizekanzler v. Payer als an die für die Innenpolitik hauptsächlich verantwortliche Persönlichkeit zu übermitteln, besaß nunmehr die Möglichkeit, sich noch während der Fahrt nach Berlin durch Major Frhrn. v. dem Bussche über den Ernst der Lage unterrichten zu lassen. Nach seinen Darlegungen kam es für das Friedens- und Waffenstillstandsangebot „unter Umständen auf einen Gewinn nicht nur von Tagen, sondern von Stunden an". Der Hausmarschall des Kaisers, General v. Gontard, der im gleichen Zuge mitfuhr, um der Kaiserin

Bericht zu erstatten, sprach dem Grafen Roedern gegenüber sogar von der Möglichkeit eines Durchbruches und Aufrollens von Teilen der Westfront und bat den Grafen in dringendster Form, alles zu tun, was in seinen Kräften stehe, um den Gang der Dinge zu beschleunigen. Er bezog sich dabei auf die Eindrücke, die er als alter Offizier in den zahlreichen Gesprächen der letzten Tage im Großen Hauptquartier gewonnen habe[1]).

Noch aus dem Großen Hauptquartier hatte Hintze am 29. September, 9 Uhr 40 abends, dem Unterstaatssekretär W. v. Stumm nach Berlin mitteilen lassen, auf Grund eines Befehls des Kaisers und der Zustimmung des Reichskanzlers bitte er, in Wien und Konstantinopel vertraulich mitzuteilen, er schlage vor, dem Präsidenten Wilson auf Grund seiner 14 Punkte Frieden anzubieten und ihn einzuladen, eine Friedenskonferenz nach Washington zu berufen, unter Aufforderung zu sofortigem Waffenstillstand. „Wenn unsere Verbündeten zustimmen, würde die in Bildung begriffene neue Reichsregierung den Vorschlag auf geeignete Weise an Präsident Wilson gelangen lassen, so daß der Vorschlag erst von ihr ausgehen würde.“ [2])

Mit der Absendung dieses Telegramms an das Auswärtige Amt und den entsprechenden Erlassen des Auswärtigen Amtes an die Botschafter in Wien und Konstantinopel, die noch in der Nacht vom 29. zum 30. September abgingen, war ein unwiderruflicher Schritt geschehen. Deutschlands Verbündete wußten nunmehr amtlich, daß wir einen Schritt tun mußten, der weit über ihre Befürchtungen hinausging. Dennoch bestand bei der Abfahrt des Staatssekretärs v. Hintze, des Grafen Roedern und des Majors Frhr. v. dem Bussche nach Berlin für die Absendung des Waffenstillstandsangebotes noch eine Gnadenfrist. Der Kaiser zwar hatte, wenn auch vielleicht innerlich von der Notwendigkeit des Schrittes nicht ganz überzeugt, den Vorschlägen des Staatssekretärs v. Hintze zugestimmt. Dieser, seit mehreren Wochen bereits befürchtend, daß die Lage an der Westfront viel ernster sei, als die O. H. L. zugeben wolle, wünschte alles aufzubieten, um den von der O. H. L. so dringend geforderten Schritt nunmehr von sich aus zu beschleunigen. Noch aber war der für die Absendung des Angebots verantwortlich zeichnende Reichskanzler nicht gefunden, und es bestand noch die Möglichkeit, daß staatsmännisch überlegtes, nochmaliges und ruhiges Durchdenken der Lage zu einem weniger verhängnisvollen Ergebnis gelangen würde. Mochte

[1]) Anlage 16, S. 420/421.

[2]) Weißbuch zur „Vorgeschichte des Waffenstillstandes“ Nr. 13. Der Unterstaatssekretär telegraphierte in diesem Sinne noch am gleichen Abend nach Wien und Pera (Weißbuch Nr. 14). Tags darauf teilte Hintze auch nach Sofia „zur ausschließlichen, persönlichen, streng vertraulichen Orientierung“ mit, die gesamte Lage zwinge uns, baldigst mit Friedensangebot an Amerika heranzutreten. (Weißbuch Nr. 15.)

nun Kanzler werden, wer da wollte: auch er blieb für die Beurteilung der Kriegslage letzten Endes immer wieder von dem Votum der O. H. L. abhängig, und die O. H. L. tat mit der Entsendung des Majors Frhr. v. dem Bussche nach Berlin den stärksten Schritt, den sie tun konnte, wenn es ihr darauf ankam, den einmal von ihr dargelegten Ernst der Lage nicht etwa in Berlin bei der Kanzler- und Regierungssuche verwischen zu lassen. Im gleichen Sinne wirkte die Anwesenheit des Feldmarschalls in Berlin, wenn er die in den Besprechungen zu Spa dargelegte Auffassung dort weiter vertrat. Blieben er und der Oberste Kriegsherr bei dieser Auffassung stehen, so bestand kaum noch eine Aussicht, das Waffenstillstandsangebot abzuwenden.

In ganzer Schwere zeigt sich bei dieser Gelegenheit die aus den Verhältnissen erwachsene Monopolstellung der O. H. L. hinsichtlich der Beurteilung der Kriegslage. Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn man sich damals — vor Absendung des Waffenstillstandsangebotes — zu dem Schritte entschlossen hätte, den man einige Wochen später für nötig hielt, nämlich, wie Helfferich es damals wollte, die Armeeführer darüber zu hören, wie sie über die Möglichkeit einer weiteren schrittweisen Verteidigung dächten. Noch war aber das Vertrauen zum Urteil der O. H. L. so allgemein und ihre Sonderstellung hinsichtlich der Beurteilung der Lage so unbestritten, daß niemand sich zu einer derartigen Forderung entschloß.

Im Großen Hauptquartier teilte am 29. September, abends 10 Uhr, Ludendorff den Abteilungschefs des Stabes mit, was an diesem Tage geschehen und beschlossen war. Er führte aus, „seine Hoffnung, durch Heranziehung östlicher Divisionen die Lage an der Westfront sicher halten zu können, sei durch die bulgarischen Ereignisse gescheitert. Reserven, die für den Westen bestimmt waren, sei er jetzt gezwungen, auf dem Balkan zu verwenden. Für den Westen seien Reserven nicht mehr verfügbar. Angesichts der ernsten Kämpfe würde er sich wie ein Hasardspieler vorkommen, wenn er nicht auf die baldigste Beendigung des Krieges durch einen Waffenstillstand drängte. Dies sei geschehen. Im völligen Einvernehmen mit dem Generalfeldmarschall sei er zu diesem Ergebnis gekommen. Für die Beendigung des Krieges und die Herbeiführung des Friedens sei ein Ministerium auf breiter Grundlage erforderlich. Der Kanzler habe in vorbildlicher Weise sein Amt zur Verfügung gestellt, Graf Roedern sei mit Besprechungen zur Bildung der neuen Regierung beauftragt worden. Daß es ihm, dem General, wie dem Feldmarschall furchtbar schwer geworden sei, die Notwendigkeit, zum Ende zu kommen, auszusprechen, sei selbstverständlich.“ General Ludendorff sprach sehr ruhig. Die Zuhörer wußten, „daß der Weg zu dieser Ruhe durch wochenlange schwerste Seelenkämpfe gegangen war[1])“.

[1]) Bekundung des damaligen Oberquartiermeisters beim Stabe des Chefs des Generalstabes des Feldheeres, Generals v. Bartenwerffer, für den

Mit der Abreise des Staatssekretärs v. Hintze und des Grafen Roedern nach Berlin und mit den ihnen gegebenen Weisungen des Kaisers war nunmehr Wirklichkeit geworden, was den Heerführern als nächstes zu erreichendes Ziel bei ihrer grundlegenden Aussprache am 28. September, 6 Uhr abends, vorgeschwebt hatte. Der Oberste Kriegsherr, die für die Führung der Außenpolitik verantwortlichen Persönlichkeiten der obersten Reichsleitung, Kanzler und Staatssekretär des Äußeren, waren über den schweren Ernst der Kriegslage unterrichtet, und die O. H. L. hatte ihrer Anschauung, daß sofort mit einem Waffenstillstands- und Friedensangebot an die Feinde herangetreten werden müßte, die Zustimmung der maßgebenden Persönlichkeiten verschafft. Ohne ernstlichen Widerspruch hatte sich der Kaiser in den vom Staatssekretär des Äußeren und von der O. H. L. gleichermaßen vertretenen Standpunkt gefunden, daß die Ausführung der nunmehr notwendig werdenden Entschlüsse eine Verbreiterung der Regierung erfordere. Eine wesentliche Erschwerung der Lage ergab sich hierbei aus dem Umstande, daß der Reichskanzler Graf Hertling diesen entscheidenden Schritt zur Parlamentarisierung der Regierung nicht mitmachen wollte, daß er seinen Rücktritt erklärte, und daß somit in der wichtigsten und schwersten Stunde des ganzen Krieges der verantwortliche Rat eines Staatsmannes von anerkannter Autorität fehlte. Der Staatssekretär des Äußeren führte die Außenpolitik ja nur nach den Weisungen des Reichskanzlers. Er selbst hatte sein Amt erst etwas über zwei Monate inne. Auf ihm lastete mit voller Schwere die Überzeugung der O. H. L., daß die Lage sofortige Schritte erfordere, um so mehr, als sich diese Auffassung völlig mit seiner pessimistischen Beurteilung der Lage deckte, die er seit Wochen dem Reichskanzler, dem Vizekanzler v. Payer und anderen Persönlichkeiten gegenüber bekundet hatte. So fehlten in der entscheidenden Stunde des Deutschen Reiches, am Vormittage des 29. September 1918 in Spa, für den von der O. H. L. geforderten Entschluß alle Gegengewichte. Der Kaiser entschied sich im Sinne der O. H. L. und des Staatssekretärs v. Hintze; dieser nannte der O. H. L. gegenüber — unter anfänglicher Unterschätzung der bevorstehenden innerpolitischen Schwierigkeiten — Dienstag, den 1. Oktober, als Termin für das Zustandekommen der neuen Regierung und erzeugte dadurch beim General Ludendorff die feste Annahme, daß an diesem Tage das Waffenstillstandsangebot an die Feinde hinausgehen könne.

Besser wäre es sicherlich gewesen, wenn General Ludendorff den starken Widerstand gegen seine Forderung, den später Prinz Max geltend zu machen suchte, als es leider schon zu spät war, damals schon sich gegenüber gefunden hätte. Hintze war aber selbst zu tief

---

Untersuchungsausschuß (Schreiben vom 26. 11. 1923). General v. Bartenwerffer hat den mitgeteilten Inhalt der Ludendorffschen Ausführungen kurz nach der Besprechung am 29. September für sich festgelegt.

[1]) Anlage 16.

von der Notwendigkeit sofortiger Schritte aus der Lage heraus überzeugt, als daß er sich hätte diesen Forderungen widersetzen können.

Als der Sonderzug mit den Staatssekretären v. Hintze und Graf Roedern Spa verließ, handelte es sich nur noch um die Ausführung feststehender Entschlüsse. Das entscheidende Wort war gesprochen Vor allem galt es, einen Reichskanzler zu finden, der Mut und Vaterlandsliebe genug besaß, um in diesem hoffnungslosesten Augenblick die Steuerung des Reichsschiffes zu übernehmen.

Wer trägt die Verantwortung dafür, daß am 29. September die Dinge sich so entwickelten? Daß zu der von der O. H. L. dargelegten militärischen Krisis nun noch eine ganz akute politische trat, die sofort gleichzeitig mit der militärischen gelöst werden mußte? Ich möchte das Urteil des Majors Niemann hierüber anführen. „General Ludendorff", sagt Niemann, „ist bei der Beratung (am 29.) wohl von dem nicht unberechtigten Gefühl ausgegangen, daß ein starker Druck erforderlich sei, um die Reichsleitung aus ihrer Passivität herauszubringen, ohne dabei in Rechnung zu stellen, welche Mißverständnisse in Augenblicken solcher Spannungen eine Übertreibung auszulösen vermag. Was sollte der Kaiser tun gegenüber politischen Beratern, die zu Maßnahmen rieten, deren Ausführung sie nicht mehr selbst in die Hand nehmen konnten? Den ruhenden Pol in der Ereignisse Flucht hatten noch immer die beiden eisernen Männer, in deren Hand die militärische Leitung des Krieges lag, gebildet, und gerade bei diesen war in diesem Augenblick aus der positiven eine negative Willensenergie geworden[1])."

Meiner Meinung nach völlig zutreffend führt Niemann aus, daß es damals nur ein „Entweder-Oder" gab. Erkannte der Kaiser die Dringlichkeit der Forderung der O. H. L. an, dann wäre es vielleicht am besten gewesen, wenn der Feldmarschall an die Seite des Kaisers trat und über den Kopf des Parlaments hinweg, gestützt auf sein hohes nationales Ansehen, eine Regierung der nationalen Verteidigung bildete. Hierfür war aber restlose Klarheit über den wahren Stand der Dinge die unerläßliche Vorbedingung. Entschloß man sich zu der „Revolution von oben", so mußten die Forderungen der O. H. L. so lange zurückgestellt werden, bis diese Revolution vollzogen war. Handelte es sich schließlich nur um einen rein militärischen Waffenstillstand, so konnte man erwägen, ob er nicht von der O. H. L. selbst unmittelbar durch militärische Verhandlungen mit dem Feinde herbeizuführen war. Ein solcher konnte nur in Frage kommen, wenn die militärische Lage so ernst war, daß eine Katastrophe befürchtet werden mußte. General Ludendorff erklärt aber ausdrücklich in seinen „Kriegserinnerungen"[2]), daß die Kämpfe am 27. September im wesentlichen erfolgreich verliefen,

---

[1]) Alfred Niemann, „Kaiser und Revolution", S. 89.
[2]) S. 581.

daß wir am 28., abgesehen von planmäßigen Stellungsberichtigungen, unsere Linien gehalten hatten, und daß die weiteren Kämpfe am 29. September und an den folgenden Tagen nur die übliche Spannung brachten. „Nichts", sagt Ludendorff mit besonderem Nachdruck in seinem Buche, „forderte zu plötzlichen Entschließungen auf." Die Forderung des sofortigen Waffenstillstands- und Friedensangebotes war aber eine solche plötzliche Entschließung. Hier liegt ein gewisser Widerspruch vor. An staatsmännischen Hemmungen für diesen Entschluß hat es gefehlt. Den Kanzler ging die ganze Sache kaum noch etwas an, nachdem er seinen Rücktritt erklärt hatte, und der Staatssekretär des Äußern betrachtete sich nur als Sachwalter für den Entschluß der O. H. L., dem er innerlich zustimmte.

Die Verantwortung für den Entschluß des 29. September verbleibt danach der O. H. L., wenn auch der Oberste Kriegsherr sie mit zu tragen hat. In diesem Sinne ist dem General Ludendorff bei seinen Ausführungen in seiner Entgegnung auf das amtliche Weißbuch „Vorgeschichte des Waffenstillstandes", Heft 2, „Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot" beizupflichten[1]), die als das letzte Wort in dieser Frage angesehen werden dürfen: „Der Entschluß eines gleichzeitigen unverzüglichen Friedensangebots und Waffenstillstandsangebots stand seit dem 29. fest und war durch nichts mehr zu erschüttern. Diese Verantwortung haben der Generalfeldmarschall und ich dem deutschen Volke, dem deutschen Heere gegenüber."[2])

Betrachtungen

Der 29. September 1918 bildet mit seinen an diesem Tage gefaßten Beschlüssen nach dem schwarzen Tage des 8. August den vielleicht verhängnisvollsten Abschnitt des Weltkrieges.

Wie wir im einzelnen gesehen haben, waren die verantwortlichen Männer der politischen Reichsleitung, der Oberste Kriegsherr, der Reichskanzler und der Staatssekretär des Äußeren, bis zum 29. September 1918 vormittags über einen so tiefen Ernst der militärischen Lage nicht unterrichtet, wie es nötig war, wenn unter allen Umständen eine Einstellung der Feindseligkeiten binnen kurzer Frist versucht werden sollte. Am zuversichtlichsten hatte immer noch der Reichskanzler Graf Hertling die Lage beurteilt und sich dabei darauf gestützt, daß der Feldmarschall v. Hindenburg bei allen gemeinsamen Besprechungen mit Zuversicht die Meinung ausgesprochen hatte, es werde gelingen, in Feindesland standzuhalten und dadurch den Feind schließlich friedenswillig zu machen; man könne ihn dort noch den ganzen Winter beschäftigen.

[1]) S. 44.

[2]) In dem gleichen Hefte erwähnt Ludendorff (S. 17), daß ein „sofortiger" Waffenstillstand nicht verlangt worden sei. Zwischen einem „unverzüglichen" und einem „sofortigen" Angebot besteht kaum ein Unterschied.

Demgegenüber wird in einem Teil der militärischen Literatur der Standpunkt vertreten, daß spätestens vom 13./14. August 1918 ab den Staatsmännern volle Freiheit gegeben worden sei, mit ihren Mitteln die Beendigung des Krieges vorzubereiten[1]). Zwischen diesen beiden Auffassungen klafft ein tiefer Riß. Wir haben gesehen, daß es in jedem Falle an einer gar nicht mißzuverstehenden Klarheit gegenüber den Staatsmännern doch gefehlt hat. Es genügt nicht, daß die Männer der O. H. L. subjektiv der Meinung waren, nun ihrerseits letzte Klarheit über den Stand der Kriegslage gegeben und dadurch der Politik den Weg freigemacht zu haben. Die Männer des politischen Geschäfts mußten vielmehr auch ihrerseits die volle subjektive Klarheit in dieser Auffassung zunächst gewinnen und dann den Männern der militärischen Leitung gegenüber bekunden, so daß keine Möglichkeit irgendeines Mißverständnisses verblieb. Wenn sowohl der Reichskanzler Graf Hertling, der nicht mehr unter den Lebenden weilt, für den aber sein Sohn auf Grund genauer Aufzeichnungen das Wort ergriffen hat, und der Staatssekretär v. Hintze übereinstimmend bekunden, daß ihnen beiden zum ersten Male am 29. September 1918 der volle Ernst der militärischen Lage, die nach Ansicht der O. H. L. die sofortige Einleitung von Waffenstillstands- und Friedensschritten erforderte, klar zum Ausdruck gebracht worden sei, so hat es tatsächlich an der „grundsätzlichen Klarheit" gefehlt, die durch eine „eindeutige" Erklärung noch zu einer Zeit hätte geschaffen werden müssen, wo wir noch stark waren[2]). Unhistorisch und ungerecht wäre es, den Männern der politischen Leitung aus dieser Tatsache einen Vorwurf machen zu wollen, wie es in mehreren militärischen Schriften geschehen ist. Der Vorwurf, sie hätten durch nicht genügende Tätigkeit und wochenlanges Stillsitzen die Dinge so lange verschleppt, bis es schließlich zu spät gewesen sei[3]), wiegt zu schwer, als daß er Männern gegenüber erhoben

[1]) So könnte man auch die Bemerkungen auf S. 233 und 234 in dem Buche Kaiser Wilhelms II. „Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878—1918" auffassen. Man muß aber bedenken, daß der Kaiser, wie er auf S. 220 selbst betont, sein Buch ohne Akten geschrieben hat, so daß er seine Darlegungen nur in ganz großen Umrissen ausführen konnte. Über die wichtige Zeit vom 8. August bis Ende September finden sich in dem Buche nur wenige, mit der anderen Literatur und den Akten nicht übereinstimmende Angaben. Es heißt darüber auf S. 234: „Nach unserem Mißerfolge am 8. August hatte General Ludendorff erklärt, daß er einen militärischen Sieg nicht mehr verbürgen könne. Die Anbahnung von Friedensverhandlungen sei daher notwendig. Da es der Diplomatie nicht gelungen war, aussichtsreiche Verhandlungen anzuknüpfen, die militärische Lage dagegen sich infolge der revolutionären Wühlarbeit noch verschlechtert hatte, forderte Ludendorff nunmehr am 29. September an Stelle der Friedensverhandlungen die Anbahnung eines Waffenstillstandes."

[2]) Niemann, „Kaiser und Revolution", S. 16.

[3]) So z. B. bei Oberst Bauer, „Der große Krieg in Feld und Heimat", wobei beachtet werden muß, daß dem Obersten Bauer, der sich auf seinem Sondergebiete unbestreitbar hohe Verdienste erworben hatte, tiefe Verbitterung über den Kriegsausgang die Feder geführt hat.

werden dürfte, an deren Vaterlandsliebe und Aufopferungswillen im Dienste der großen Sache zu zweifeln niemand berechtigt ist.

Ungerecht wäre es aber auch, aus diesem Tatbestande den Männern der O. H. L. den Vorwurf bewußter Irreführung oder wenigstens absichtlicher, nicht genügender Orientierung der Reichsleitung machen zu wollen. Die Vertreter des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes hatten jederzeit Zutritt zum Ersten Generalquartiermeister und haben hiervon, wie General v. Bartenwerffer bekundet, weitgehenden Gebrauch gemacht. Niemals sei ihnen eine Aufklärung verweigert worden, eine jede solche bei der Offenheit und Klarheit des Generals zweifelsfrei und rückhaltlos gegeben worden[1]). Die O. H. L. unterlag in ähnlicher Weise wie die gesamte öffentliche Meinung, die ja zum größten Teil von ihr abhängig war, einem verhängnisvollen Mißverständnis über Deutschlands wahre Gesamtlage. Dieses Mißverständnis war ihr schon aus den ersten Phasen des Weltkrieges als Erbe überkommen, und man könnte ihr vielleicht nur den Vorwurf machen, daß sie nicht sofort, als sie von dem ganz anders gearteten östlichen Kriegsschauplatze auf den westlichen übersiedelte, um dort die Gesamtleitung der Operationen zu übernehmen, diesen verhängnisvollen Irrtum unter Zuhilfenahme der Presse ausgemerzt hat. Aber sie war durch die Einarbeitung in den neuen Pflichtenkreis, durch den rumänischen Feldzug und anschließend daran durch die immer neuen Kämpfe an der Westfront derartig in Anspruch genommen, daß sie niemals dazu gelangte, dem Grundproblem der Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die Presse größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. So blieb denn leider auf diesem fundamental wichtigen Gebiete alles beim alten, damit aber auch die Gesamtauffassung des Krieges, wie sie sich nun einmal entwickelt hatte.

Diese Gesamtauffassung krankte an einem verhängnisvollen Fehler. Sie ging von der Tatsache aus, daß die deutschen Heere überall weit vorwärts in Feindesland standen und das Glacis der Festung Deutschland so weit vorgeschoben hatten, daß die deutsche Heimat dahinter vom Kriege fast unberührt blieb. Erfolgte nirgends an der Westfront ein Durchbruch, wurden darauf abzielende Versuche sogar taktisch siegreich zurückgeschlagen, so nahm man das in der deutschen öffentlichen Meinung als einen Sieg schlechthin und folgerte daraus die Unbesiegbarkeit Deutschlands überhaupt. Diese Entwicklung wurde noch dadurch verstärkt, daß auf dem naiveren östlichen Kriegsschauplatze und auf dem Balkan Erfolge errungen wurden, die als unerhört gelten durften. Man machte sich nicht überall hinreichend klar, daß diese Erfolge nicht mit demselben Maße gemessen werden durften wie die Ergebnisse

---

[1]) Bekundung des Generalmajors a. D. v. Bartenwerffer für den Untersuchungsausschuß (26. 11. 1923). Vgl. S. 271, Anm. 1.

auf dem westlichen Kriegsschauplatze, zumal zu der Zeit, wo es uns gelang, durch unsere Funken-Groß-Stationen in Königsberg, Posen, Breslau und andere die russischen Operationsbefehle noch rechtzeitig mitzulesen und unsere eigenen Entschließungen darauf zu gründen. Für den Westkrieg galten andere Maßstäbe und andere Bedingungen.

In Deutschland entstand so allmählich geradezu ein Dogma, ein Glaubenssatz, an dem jedermann festhielt. Dieses Dogma von der Unzerreißbarkeit der deutschen Abwehrfront im Westen hat für den schließlichen katastrophalen Ausgang der Dinge eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt. Man wagte diese grundfalsche Anschauung nicht zu zerstören, da man zum Teil ihre Gefährlichkeit selbst nicht erkannte, zum Teil aber das deutsche Volk nicht für stark genug hielt, den vollen Ernst der Lage tragen zu können. In Wirklichkeit befand sich Deutschland von vornherein in der Lage einer mit der Aushungerung bedrohten Festung. Dieses Bild war zweifellos nicht rosig, sondern sehr ernst. Gerade deshalb mußte es der öffentlichen Meinung immer wieder vorgehalten werden. Es war geeignet, von der Verfolgung übertriebener Kriegsziele ebenso abzuschrecken wie von der Belastung der inneren Politik mit eigensüchtigen Parteiwünschen. Niemals, zu keiner Zeit des Krieges, durfte unser Kampf den Charakter der reinen Abwehr des nicht von uns heraufbeschworenen Angriffs der Feinde verlieren. Dann bestand auch keinerlei Gefahr der inneren Spaltung, denn das gerade schuf ja die ungeheure Begeisterung der ersten Kriegsmonate und den „Burgfrieden", daß alle Klassen der Nation in der Überzeugung geeinigt waren, für Deutschlands Behauptung in der Welt einen Verteidigungskampf führen zu müssen. Daß dies bis 1917 gelang, war zur Hauptsache das Verdienst des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg gewesen [1]).

Nun gelang es unserer überlegenen Kriegstüchtigkeit, das Glacis der deutschen Festung immer weiter in Feindesland vorzuschieben. Zweifellos verbesserten sich dadurch unsere Aussichten, denn wir erweiterten damit das für unsere Versorgung ausnutzbare Gebiet und hielten die Schrecken des Krieges dem eigenen Lande fern. Aber nichtsdestoweniger blieb Deutschland die mit der Aushungerung bedrohte Festung, und die Kriegsgeschichte lehrt, daß eine jede Festung fällt, wenn es gelingt, sie endgültig von aller Welt abzuschneiden. Mit dieser schweren Gefahr mußten wir rechnen, seitdem England gegen uns auf den Plan getreten war, seit der U-Bootkrieg sich als ganz ungeeignet erwiesen hatte, die Blockade dauernd zu brechen, und vor allem, seitdem

[1]) „Die unparteiische Geschichte wird es ihm doch nicht vergessen, daß er von dem Geist des 4. August, des unzerreißbaren Zusammenschlusses der Nation auf Leben und Tod, sich leiten ließ, so lang er am Steuer stand, und daß er die daraus gebieterisch sich aufdrängende Notwendigkeit einer Neuorientierung der Regierung und der Parteien begriffen und vertreten hat." (G. Egelhaaf, „Geschichte der neuesten Zeit vom Frankfurter Frieden bis zur Gegenwart", 2. Bd., S. 343/344.)

durch den schicksalsschweren Entschluß zum U-Bootkriege [1]) auch noch den Vereinigten Staaten von Amerika ein Vorwand gegeben worden war, ihren Eintritt in den Kampf für die Psyche der Amerikaner sehr wirkungsvoll zu begründen. Das in unmittelbarer Fühlung mit dem Großen Hauptquartier arbeitende Kriegspresseamt lehnte aber den Vergleich Deutschlands mit einer belagerten Festung als für Deutschland viel zu ungünstig ab, wie ich an einem charakteristischen Beispiele selbst erfahren mußte. Als ich angesichts der im Sommer 1916 gegen den Reichskanzler v. Bethmann einsetzenden Hetze einen „Kriegskritik" betitelten Aufsatz im Militär-Wochenblatt erscheinen ließ [2]), um auf die Schädlichkeit unberufener Kritik hinzuweisen und darin das Bild der mit der Aushungerung bedrohten Festung anwandte, lehnte das Kriegspresseamt die weitere Verbreitung dieses Aufsatzes ab, „da gerade in diesen Tagen von höherer Stelle aus darauf hingewiesen wurde, daß der Vergleich Deutschlands mit einer belagerten Festung militärisch wie wirtschaftlich viel zu ungünstig für uns ist und geeignet, unbegründete pessimistische Auffassungen über unsere Lage im deutschen Volk zu verbreiten. Auch liefert dieser Vergleich unseren völkerrechtswidrig handelnden Gegnern willkommene Waffen gegen uns in die Hand. In diesem Sinne hat das Kriegspresseamt die Presse informiert". So war mein gerade in der Absicht unternommener Vorstoß, die Überkritik in der Presse durch den Hinweis auf Deutschlands schwere Lage eindämmen und dadurch den politischen Erwägungen den Vorrang sichern zu helfen, von der für die Führung der öffentlichen Meinung hauptsächlich zuständigen Stelle um seine Wirkung gebracht worden. Wenn damals das Kriegspresseamt die Presse in dem Sinne informieren mußte, der Vergleich Deutschlands mit einer belagerten Festung sei viel zu ungünstig, so trug es dadurch das Seinige zu der Hochstimmung bei, die sich in Verbindung mit Annexionswünschen und weiteren politischen Forderungen nach und nach zu einer schweren Gefahr entwickelte.

Der Auffassung von der unbedingten Sieghaftigkeit unserer deutschen Stellungen, die an sich den Sieg bedeuten sollten, weil sie in Feindesland vorgeschoben waren, lag eine falsche Gesamtanschauung vom Kriege zugrunde. Der Weltkrieg war in seinem Verlaufe, in seinen Ausmaßen und in den von ihm gezeitigten Kampfformen etwas ganz Neues, das sich vorläufig der wissenschaftlichen Erfassung noch entzog. Unseren Anschauungen vom Kriege lagen in der Hauptsache die Feld-

---

[1]) (Graf) Ottokar Czernin, „Über die Politik während des Weltkrieges", S. 28: „Es muß zur Ehre des früheren Reichskanzlers Bethmann Hollweg gesagt werden, daß er sich lange ablehnend verhielt und mit allen Mitteln und Argumenten gegen dieses gefährliche Mittel opponierte. Schließlich ist er unterlegen, wie in diesem Kriege alle Politiker den Militärs unterlegen sind."

[2]) Vgl. den Aufsatz „Kriegskritik" im Anhang (Anlage 23).

züge der napoleonischen Zeit und sodann die Kriege aus der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Feldzuge 1871 zugrunde. Die Erfahrungen des Burenkrieges, sowie der Kolonialkämpfe kamen für europäische Verhältnisse wenig in Betracht. Der russisch-japanische Krieg aber lag der gegenwärtigen Generation noch zu nahe, als daß er schon in den geistigen Besitz der Gegenwart übergegangen sein konnte. Zudem waren auch bei ihm gewisse Rückhalte hinsichtlich der aus ihm zu entnehmenden Kriegserfahrungen angezeigt, falls es sich um die viel höher kultivierten Kriegsschauplätze und Kriegsheere der westeuropäischen Mächte handelte.

Deutschlands Stärke beruhte auf der Überlegenheit seiner operativen Führung, auf dem opferwilligen Geiste des ganzen Volkes und auf der vollendeten Ausbildung, Bewaffnung und Ausrüstung seines Heeres, wohl unbestreitbar des besten, das die Welt jemals gesehen hat. Aber wohlverstanden: einer großen Überlegenheit von Feinden gegenüber, wo schließlich doch die Zahl einen entscheidenden Einfluß ausüben mußte, blieb die Überlegenheit Deutschlands an die operative Gestaltungskraft der Führung gebunden. So konnte der Krieg in der Art, wie er gedacht war, für Deutschland nur gewonnen werden, wenn es gelang, Frankreich innerhalb weniger Monate entscheidend niederzuringen. Von der Erreichung dieses Zieles waren wir anfangs September 1914 nur noch wenig entfernt. Das Heer hatte geleistet, was in seinen Kräften stand, und darüber hinaus; die O. H. L. aber hatte völlig versagt. Nunmehr mußten weite Gebiete schon gewonnenen Bodens wieder preisgegeben werden, und man schuf — der Not gehorchend — eine zusammenhängende, feldmäßig befestigte Linie vom englischen Kanal bis an die Schweizer Grenze. Man hatte so gewissermaßen die im Frieden vorhandenen Landesgrenzen vorgerückt und schickte sich nun an, unter Ausnutzung der gewaltigen Waffenwirkung der modernen Kampfmittel diese neu gewonnenen Grenzen defensiv zu halten. Dadurch näherte sich die Kriegführung — trotz ihrer so ganz anderen äußerlichen Erscheinungsformen — doch wieder der friderizianischen Zeit, wo man auszog, einzelne Provinzen zu gewinnen, sich in ihnen einrichtete und schließlich Winterquartiere bezog, die man, wenn nötig, durch befestigte Lager deckte. Unsere Gesamtstellung an der Westfront 1914—1918 war nicht viel anderes als ein durch schnellen operativen Zugriff 1914 gewonnener erheblicher Geländegewinn, der nun feldmäßig befestigt und zu Dauerquartieren umgestaltet wurde. Alles kam darauf an, ob die defensive Verteidigungskraft dieser Stellungen, gestützt auf die moderne Waffenwirkung, auf die Dauer den Sieg über die mit den gleichen, zum Teil überlegenen, modernen Waffen arbeitende, mit Trommelfeuer, Tanks und Vergasung sich auswirkende Angriffstechnik behaupten würde.

Da dies Jahre hindurch gelang, entstand in Deutschland nach und nach der Glaube an die Unbezwinglichkeit unserer Westfront. Freilich

mußte es ja geradezu wie ein Wunder erscheinen, daß fast das ganze Königreich Belgien und große volkreiche Provinzen Nordfrankreichs mit ihrem gesamten Bahnnetz wie im Frieden nun schon jahrelang der deutschen Herrschaft und Ausnutzung unterstanden. Mit dieser Tatsache hatte man sich nach und nach in einem Maße als mit etwas Selbstverständlichem abgefunden, daß man fast von einem Dogma der Unbezwinglichkeit unserer Westfront sprechen durfte. Dieser Glaube drängte sich jedem auf, der auch nur als Besucher zeitweilig hinter der Westfront verweilte und das fast friedensmäßig und auf lange Sicht eingerichtete Leben in den Gebieten hinter der Kampffront zu beobachten Gelegenheit hatte. „Die Westfront hält", das war der Grundgedanke, der für jede Erwägung entscheidend blieb. „Es wird uns immer noch gelingen, auf französischem Boden stehen zu bleiben und so den Gegner allmählich friedenswillig zu machen," das war der Sinn der Äußerungen der O. H. L. in den wichtigen Besprechungen am 13./14. August 1918. „Die Westfront muß und wird halten", das war der wesentlichste Inhalt der vom Oberst v. Haeften für eine erneute Propaganda im Sinne des Durchhaltens der Heimat im September 1918 ausgearbeiteten Richtlinien, von denen weiter unten im Zusammenhange noch die Rede sein wird[1]). Diesem Dogma von der Unbesiegbarkeit der Westfront ist auch die dritte O. H. L., die bis zur Übernahme ihres Amtes mit so ganz anders gearteten Kriegsschauplätzen und Gegnern zu tun gehabt hatte, in gewissem Sinne erlegen. Das war aber gerade der entscheidende Punkt in der Rechnung, ob diese Überlegenheit auch für eine längere Zukunft noch zu gewährleisten war, wo die Blockade sich in Deutschland immer schärfer auswirkte, der Mangel an den notwendigsten Dingen in erschreckendem Maße zunahm, und vor unseren Linien eine sich täglich verstärkende, mit neuen, sehr wirksamen, uns fehlenden Kampfmitteln — Tanks — ausgerüstete und dazu immer mit allen Erfordernissen des Lebens hinreichend, zum Teil sogar verschwenderisch versehene Gegnerschaft emporwuchs.

Vor allem aber wurde fast allgemein ganz außer acht gelassen, daß diese scheinbar so günstige Stellung weit vorwärts in Feindesland niemals losgelöst von den anderen Kriegsschauplätzen betrachtet werden durfte. Sämtliche Fronten bildeten ein gemeinsames strategisches Ganzes. Wir kämpften auf der inneren Linie hinter den mit der Überflutung bedrohten Schutzdeichen. Erfolgte an mehreren Stellen, oder auch nur an einer einzigen, ein nicht sofort wieder abzuriegelnder Durchbruch, so war das ganze Hinterland mit der Überschwemmung bedroht. Aber auch schon, wenn die Außenflut an mehreren Stellen des Deiches zu nagen anfing, mußte es für uns bei allmählich hinschwindender Deichbesatzung immer schwerer werden, an den Hauptstellen der Durchbruchsgefahr die zur Gegenwirkung erforderliche Deichmannschaft noch

[1]) S. u. S. 310 ff. und Anlage 9.

rechtzeitig zu versammeln. Glückte den Gegnern irgendwo, und war es auch nur auf der so weit entlegenen mazedonischen Front, ein wirklicher Durchbruch unseres Außendeiches, so war unser Abwehrkampf endgültig zu unseren Ungunsten entschieden. Um nunmehr das Bild zu verlassen: wir mußten uns dessen bewußt sein, daß unsere Stellung in Feindesland immer eine höchst gefährliche war, und daß im Falle eines Durchbruchs an einer Stelle die anderen Fronten sich nur noch bedingt und nur noch einige Zeit zu halten vermochten, zumal die Kampfkraft unserer Verbündeten weit unter der unsrigen stand[1]). Diese Erwägungen nötigten zu höchster politischer Vorsicht und Mäßigung in den Kriegszielen, sie nötigten aber auch zur größten Vorsicht bei der Beurteilung der strategischen Zukunftsmöglichkeiten.

Das Dogma von der Unbesiegbarkeit der deutschen Westfront und damit die Hoffnung auf den Gesamtsieg hat ganz Deutschland bis in den September 1918 hinein, wenn auch nicht mehr völlig, so doch immer in einem gewissen Maße beherrscht. Bei der politischen Leitung, jedenfalls beim Reichskanzler Grafen Hertling, hat es bis zum 29. September 1918, wo ihm die O. H. L. in Spa die niederschmetternde Forderung eines sofortigen Waffenstillstandes entgegenbrachte, zweifellos bestanden. Und bei den meisten Führern der Parteien und der öffentlichen Meinung in Berlin schließlich, die für das Verhalten der Heimat gegenüber der neugeschaffenen Lage maßgebend war, bestand das Dogma von der Unbesiegbarkeit der deutschen Westfront fast ohne Einschränkung noch bis zum 2. Oktober 1918, wo im Auftrage des Generals Ludendorff der vom Großen Hauptquartier nach Berlin entsandte Major Frhr. von dem Bussche den Parlamentariern rückhaltlos die wahre Lage enthüllte[2]).

Es war versäumt worden, die öffentliche Meinung rechtzeitig vorzubereiten. Nunmehr wurde zugleich mit dem Glauben an den noch zu erreichenden Sieg auch der Glaube an die O. H. L. und an die Führereigenschaften des alten Staates von Grund auf erschüttert. Diese Erschütterung schuf eine der Vorbedingungen für das Gelingen der von gewissenlosen Volksgenossen schon seit langer Zeit vorbereiteten Revolution.

[1]) Feldmarschall Conrad hat (im 4. Bande der Erinnerungen „Aus meiner Dienstzeit 1906—1918") an mehreren Stellen Klage darüber geführt, daß er schon zu Beginn des Krieges über die wahre Lage im Westen nicht hinreichend unterrichtet worden sei und den Rückschlag an der Marne im September 1914 nicht rechtzeitig erfahren habe. Wenn dem so ist, so wäre hiermit vielleicht eine wesentliche psychologische Erklärung für die unzureichende deutsche Kriegsberichterstattung von den ersten Phasen des Krieges an aufgezeigt. Deutschlands Verbündete waren so schwach, daß man instinktiv fürchtete, sie zu verlieren, wenn sie an der militärischen Überlegenheit Deutschlands auf allen Gebieten und auf allen Kriegsschauplätzen auch nur zu zweifeln anfingen. Die Sorge vor Österreich und den anderen Verbündeten hat — wenn auch nicht bewußt — die deutsche Berichterstattung von Anfang an mit beeinflußt.

[2]) Siehe S. 268, 269, 284 ff., 294 ff.

VIII

Die Tage bis zum Abgang des Waffenstillstandsangebots 30. September bis 4. Oktober 1918

30. September

Am Morgen des 30. September traf der Sonderzug aus Spa in Berlin ein. Sofort berichteten Hintze und Graf Roedern dem Vizekanzler über die Vorgänge. Payer war aufs äußerste bestürzt[1]), da er bis dahin noch von keiner Seite auf einen derartigen Schritt vorbereitet worden war. „Damit kam erstmals zu meiner Kenntnis," schreibt Payer in seiner Bekundung vom 22. 9. 1922[2]), „daß die O. H. L. überzeugt sei, daß der Krieg mit den Waffen nicht mehr gewonnen werden könne. Bis dahin hatte ich, obwohl meine Besorgnisse während der zweiten Septemberhälfte begreiflicherweise stiegen, entgegen pessimsitischeren Auffassungen des Herrn v. Hintze immer noch geglaubt, es werde uns so lange möglich sein, in einem Defensivkriege durchzuhalten, bis eine Friedensmöglichkeit gegeben sei. Ich habe dabei angenommen, das sei auch noch der Standpunkt der O. H. L." In einer für das Auswärtige Amt bestimmten Niederschrift vom 21. Januar 1919[3]) hatte Payer hierzu noch weiter bekundet: „Mir für meine Person waren nicht erst im August Zweifel an der Möglichkeit eines Endsieges überhaupt aufgestiegen; ich konnte mich aber für die Beurteilung der militärischen Seite dieser Frage nicht für zuständiger erachten als die O. H. L. Bei meinem Vortrag in Stuttgart[4]) war ich — neben der Abgabe der Erklärung über Belgien — auf Grund der mir in Avesnes gemachten Mitteilungen bemüht, die Stimmung zu heben. Denn eine militärische Niederlage oder gar einen militärischen Zusammenbruch hielt ich für ausgeschlossen; das Schlimmste, was mir vorschwebte, war, daß wir keine weitere Offensive mehr unternehmen könnten."

Hintze bot nunmehr alles auf, Payer dazu zu bewegen, sich an der Bildung der neuen Regierung zu beteiligen, weil er Fühlung und Vertrauen bei den parlamentarischen Parteien hatte, staatsmännische Erfahrung besaß und in alle Vorgänge eingeweiht war. Der Staatssekretär mußte aber alsbald erkennen, daß die Bildung einer neuen Regierung größere Schwierigkeiten biete, als er in Spa angenommen hatte, zumal Personalfragen in den Vordergrund traten, und eine parteipolitische Jagd nach Ämtern einsetzte.

---

[1]) „Dagegen wirkte das Waffenstillstandsverlangen der Obersten Heeresleitung als eine Überraschung entsetzlichster Art." (Friedrich Payer, „Von Bethmann Hollweg bis Ebert", S. 87.)

[2]) Siehe Anlage 14.

[3]) Siehe Anlage 14, S. 384 ff. (Brief an den Legationssekretär v. Moltke).

[4]) Am 10. September 1918. Vgl. S. 239.

Von Spa aus wirkte Ludendorff durch telephonische Gespräche mit dem Obersten v. Haeften gleichfalls im Sinne einer Beschleunigung der Regierungsbildung. Er, Haeften, möge, sagte ihm Ludendorff am 30. September zwischen 10 und 11 Uhr vormittags, in Berlin alles daransetzen, um die Regierung zu schnellem und energischem Handeln zu veranlassen[1]). Er wolle zwar hiermit nicht drängeln, jeder Tag des Zögerns und der Untätigkeit aber könne verhängnisvoll werden. Oberst v. Haeften sollte auf den Staatssekretär in dem Sinne einzuwirken suchen, daß er noch weiter im Amte blieb und die Einleitung des Friedensschrittes durchführte. Hintze beharrte auf seinem Entschlusse, von seiner Stellung zurückzutreten, vertrat aber noch am Nachmittage des 30. September Haeften gegenüber die Auffassung, die neue Regierung werde spätestens am 1. Oktober nachmittags gebildet sein, und dann könne das Friedensangebot noch abends abgehen. In diesem Sinne berichtete Haeften spät abends telephonisch dem General Ludendorff, betonte aber seine Bedenken hinsichtlich des Termins.

In Ausführung des ihm gewordenen Auftrages möglichster Beschleunigung der Regierungsbildung hatte Oberst v. Haeften am 30. September abends eine Unterredung mit dem Vizekanzler v. Payer. Dieser bezeichnete den Prinzen Max von Baden als die einzige Persönlichkeit, die in dieser schwierigen Lage die Unterstützung der parlamentarischen Mehrheit finden würde, und bat den Obersten, die Zustimmung Hindenburgs und Ludendorffs zu dieser Kandidatur zu erwirken. Das gelang alsbald auf telephonischem Wege, und Haeften erhielt den Auftrag Ludendorffs, den am nächsten Morgen in Berlin eintreffenden Kabinettschef v. Berg davon zu verständigen. Herr v. Berg, der dieser Kandidatur in Spa lebhaft widersprochen hatte, gab daraufhin am Morgen des 1. Oktober dem Obersten v. Haeften die Ermächtigung, den damals in Dessau weilenden Prinzen Max von Baden telephonisch nach Berlin zu bitten.

Graf Roedern hatte gleich nach seiner Ankunft in Berlin ebenfalls mit der Erledigung der ihm vom Kaiser gegebenen Aufträge begonnen. Er verständigte zunächst alle für die Vorbereitung der Friedensfragen in Betracht kommenden Regierungsstellen, den Vizekanzler v. Payer, das Preußische Staatsministerium, den Kommissar für die wirtschaftlichen Vorbereitungen des Friedensschlusses, Staatsminister Helfferich, und die beiden Unterstaatssekretäre des Reichsschatzamts. Dem Vizekanzler übermittelte er außerdem den Auftrag des Kaisers, die Bildung der neuen Regierung vorzubereiten. Alle genannten Persönlichkeiten wurden über die Lage im Sinne der Darlegungen des Majors Frhr. v. dem Bussche unterrichtet. Auf Wunsch des Vizekanzlers nahm Graf Roedern auch an einigen Besprechungen

[1]) Siehe Bericht des Obersten v. Haeften, Anlage 12.

mit Parteiführern im Reichstage und auf Wunsch des Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Dr. Friedberg, auch an der Sitzung einer kleinen Kommission des Herrenhauses teil. Bestimmend für seine Tätigkeit war die Tatsache, „daß die beiden zur Beratung des Herrschers in der wichtigsten militär-politischen Frage des Krieges berufenen Organe des Reiches, nämlich der Leiter der auswärtigen Politik und die O. H. L., über den einzuschlagenden Weg sich völlig geeinigt hatten, sodann der Umstand, daß die Entscheidung der nach der Reichsverfassung über die Frage von Krieg und Frieden allein zuständigen Stelle, Seiner Majestät des Kaisers, bereits am Morgen des 29. September getroffen war, schließlich aber nicht zum wenigsten die bestimmte Empfindung, daß durch die auf Grund dieser Entscheidung ergangene Mitteilung ihres Inhalts an die Bundesgenossen die Kugel bereits aus dem Lauf gelassen war, und daß ein Abgehen von dem damit eingeschlagenen Wege an der Wirkung des Entschlusses nicht mehr viel ändern konnte.“ [1])

Major Frhr. v. dem Bussche hatte am Vormittage des 30. September in der Wohnung des Grafen Roedern den konservativen Führern Roesicke, Graf Carmer und Hahn Aufschlüsse über die Lage gegeben. In Spa teilte etwa zu gleicher Zeit Ludendorff den drei deutschen Militärbevollmächtigten im Großen Hauptquartier die am 29. September gefaßten Beschlüsse mit. Nach einer Aufzeichnung des damaligen sächsischen Militärbevollmächtigten, Generalmajors v. Eulitz[2]), setzte er die operative Lage auf den verschiedenen Fronten auseinander und führte dabei aus: „Die Kriegführung auf der Westfront hat jetzt in erster Linie wegen der Wirkung der Tanks den Charakter des Glücksspiels angenommen. Die O. H. L. kann nicht mehr mit sicheren Faktoren rechnen. Die Ereignisse in Bulgarien und ihre Folgen, die Spannung auf der Westfront ohne Aussicht auf eine Besserung, die Unmöglichkeit, die Lage durch eine Offensive wiederherzustellen, haben im Interesse des Heeres den Generalfeldmarschall und mich zu der Überzeugung gebracht, daß die Beendigung der Feindseligkeiten geboten ist. Diese Auffassung der militärischen Lage ist gestern nach Rücksprache mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Seiner Majestät dem Kaiser gemeldet worden. Seine Majestät haben befohlen, daß der Reichskanzler und die auswärtige deutsche Politik der Auffassung der O. H. L. Rechnung zu tragen haben. Die erforderlichen Schritte werden vermutlich von der neu zu bildenden Regierung in Berlin eingeleitet werden. Die Wahl des Zeitpunktes und der zu ergreifenden Maß-

---

[1]) Anlage 16, S. 422.

[2]) Durch General Ludendorff in seiner Entgegnung auf das amtliche Weißbuch „Vorgeschichte des Waffenstillstandes“, Heft 2, auf S. 26 ff. mitgeteilt.

nahmen sind lediglich Sache der Regierung, nicht der O. H. L." General Ludendorff hatte geschlossen: „Die Lage ist ernst. Sie erfordert einen ganzen Entschluß. Der Generalfeldmarschall und ich haben unseren Entschluß mit voller Überlegung, nicht im Affekt, pflichtgemäß gefaßt."

Damit übernahm auch in dieser Darstellung die O. H. L. die völlige sachliche Verantwortung für ihr Verhalten am 29. September. Die politische und formelle Verantwortlichkeit für die gefaßten Entschlüsse freilich war nunmehr auf den Obersten Kriegsherrn und den Reichskanzler übergegangen, da sie sich die Auffassung der O. H. L. fast widerspruchslos zu eigen gemacht hatten.

1. Oktober

Am 1. Oktober, dem Tage des beabsichtigten und zwischen Ludendorff und Hintze vereinbarten Friedensschrittes, ergab es sich nur zu bald, daß die Regierung an diesem Tage jedenfalls noch nicht gebildet sein würde. Hierüber sprach Ludendorff telephonisch mit dem in Berlin weilenden Major Frhr. v. dem Bussche und befahl ihm, „in seinem Auftrage auf den die Geschäfte führenden Vizekanzler v. Payer einen Druck dahin auszuüben, daß das Friedensangebot schleunigst erfolge" [1]). Er sagte dem Major: „Nachdem die O. H. L. einmal diesen schweren Entschluß gefaßt hat, muß sie darauf bestehen, daß keine Zeit verloren wird." Auf Bussches Einwendung, daß die Bildung der Regierung gewisse Zeit erfordere, sagte Ludendorff: „Dann müssen wir darauf drücken, daß die Herren in Berlin sich beeilen und sich einigen."

Major Frhr. v. dem Bussche richtete daraufhin dem Vizekanzler seinen Auftrag aus, der versicherte, alles tun zu wollen, was in seinen Kräften stehe. Er wies aber nochmals auf die großen Schwierigkeiten hin, die noch zu überwinden seien. Der kommende Reichskanzler sei noch nicht ernannt, ein Kabinett noch nicht gebildet und somit noch niemand da, der das Friedensangebot unterschreiben könne. Schließlich ersuchte der Vizekanzler den Major, bei der O. H. L. anzufragen, ob die Herausgabe des Friedensangebotes nicht noch hinausgezögert werden könne. Der Offizier richtete seine Anfrage telephonisch aus, worauf ihm der noch in Spa befindliche Feldmarschall auf Ludendorffs Antrag folgende, für den Vizekanzler v. Payer bestimmte Weisung gab: „Wenn bis heute abend 7—8 Uhr Sicherheit vorhanden ist, daß Prinz Max von Baden die Regierung bildet, so bin ich mit dem Aufschub bis

---

[1]) Aufzeichnungen des Majors Frhr. v. dem Bussche, abgedruckt in Ludendorffs Entgegnung auf das amtliche Weißbuch usw., Heft 2, S. 33/34, und zum Teil in den von Ludendorff herausgegebenen „Urkunden der Obersten Heeresleitung", S. 528 ff.

morgen vormittag einverstanden. Sollte dagegen die Bildung der Regierung irgendwie zweifelhaft sein, so halte ich die Ausgabe des Friedensangebotes an die fremden Regierungen heute nacht für geboten. Gez. v. Hindenburg." (Weißbuch, Nr. 22.)

Diese Mitteilung der O. H. L. übergab Major Frhr. v. dem Bussche am 1. Oktober, 2 Uhr nachmittags, dem Vizekanzler v. Payer. Nach seiner Ansicht verfolgte dies Telegramm „lediglich den Zweck, auf die Minister und Parteien immer wieder zu drücken, ihre eigenen und die Parteiinteressen zurückzustellen und den großen Interessen des Heeres und des Vaterlandes unterzuordnen." In Berlin konnte es aber nach allem, was vorangegangen war, nur als eine Verstärkung der von der O. H. L. in Spa gegebenen Erklärungen gewertet werden, daß die Lage an der Front ein sofortiges Waffenstillstandsangebot nötig mache.

Am 1. Oktober, 4 Uhr nachmittags, kam Prinz Max von Baden in Berlin an. Oberst v. Haeften klärte ihn unmittelbar nach seinem Eintreffen über die Lage so auf, wie es Ludendorff am 30. September telephonisch dem Obersten gegenüber getan hatte. Der Prinz war durch diese Mitteilungen völlig überrascht. Er war in dem Gedanken nach Berlin gekommen, noch völlige Freiheit des politischen Handelns zu haben, und sah das Waffenstillstandsangebot als verhängnisvoll und auch als überstürzt an. „Kein Mensch täuschte sich über den Ernst dieses Schrittes, er nicht allein," schreibt Ludendorff hierüber in seiner mehrfach erwähnten Entgegnung auf das Weißbuch über den Waffenstillstand[1]). „Niemand konnte ihn tiefer empfinden als der Generalfeldmarschall und ich. Leider war die militärische Lage schon so weit vorgeschritten, und der Geist der Heimat ein solcher, daß, nachdem eine Vermittlung durch die Königin der Niederlande nicht zum Austrag kommen konnte, jetzt auf andere Weise gehandelt werden mußte. Wir befanden uns in einer militärischen Zwangslage, über die uns keine Bedenken hinwegbringen konnten, sondern nur ein kraftvoller, neuer Antrieb. Nur der konnte uns helfen. Er durfte aber nicht hinausgeschoben werden."

Mit dem Erscheinen des Prinzen Max von Baden in Berlin und mit seiner Weigerung, das Waffenstillstandsangebot sofort abzusenden, trat in der bedeutungsschweren Frage eine neue Phase ein. In Spa hatte die O. H. L. am 29. September ihren Standpunkt eigentlich widerspruchslos durchgesetzt, den Staatssekretär sofort überzeugt und von seiten des Kaisers und Kanzlers ernsthaften Widerstand nicht gefunden. Sie rechnete mit dem 1. Oktober als Termin der Absendung des Angebots. Jetzt weigerte sich der Prinz Max, einen Schritt zu tun, dessen hohe politische Bedeutung er

[1]) Heft 2, „Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot", S. 45.

erkannte. Die Möglichkeit bestand, daß staatsmännische Einsicht noch in letzter Stunde über eine verhängnisvolle, der öffentlichen Meinung gegenüber nicht hinreichend vorbereitete, daher übereilt gefaßte Entschließung zur Tagesordnung übergehen würde. Alles kam darauf an, welche Anschauung der bis dahin in die Lage nicht hinreichend eingeweihte Prinz von den Gesamtzusammenhängen erhalten würde. „Er kam plötzlich in eine der kritischsten Lagen," schreibt Ludendorff [1]), „in die je ein Staatsmann berufen ist. Er mußte vollständig umdenken. Er hatte geglaubt, daß die Welt reif sei für Versöhnung und Verständigung. Mit diesen Schlagworten wollte er arbeiten. Er sträubte sich, der rauhen Wirklichkeit Rechnung zu tragen. Er kannte anscheinend nicht die Vorgänge vom 29. September und sah in allem nur ein plötzliches Drängen der O. H. L., zumal in dem Telegramm vom 1. Oktober, 1 Uhr 30 namittags." Nunmehr kam es auf den Eindruck an, den der Prinz aus den Darlegungen des Obersten v. Haeften und der aus dem Großen Hauptquartier zurückgekehrten Persönlichkeiten erhielt. Sie alle aber konnten sich nur in dem Sinne äußern, wie es am 29. September in Spa geschehen war.

Aus allem mußte Prinz Max entnehmen, daß der Druck der militärischen Lage vom 29. September auch jetzt noch mindestens unvermindert fortbestand. Ausschlaggebend hierin wirkte in der Tat das Telegramm vom 1. Oktober, 1 Uhr 30 nachmittags [2]). War hierin doch sogar die Ausgabe des Friedensangebotes an die fremden Regierungen noch in der Nacht vom 1./2. Oktober gefordert, falls nicht bis 8 Uhr abends Sicherheit vorhanden wäre, daß Prinz Max die Regierung bildete. Nur in diesem Falle hatte sich der Feldmarschall mit dem Aufschube des Friedensangebotes bis zum 2. Oktober vormittags einverstanden erklärt. Nun waren aber am 1. Oktober mittags noch zwei weitere Telegramme aus dem Großen Hauptquartier eingegangen, die den Eindruck der Dringlichkeit des Friedensschrittes unbedingt noch verstärken mußten [3]). Ihre Wirkung wurde noch dadurch gesteigert, daß Major Freiherr v. dem Bussche bei einer erneuten Anfrage im Großen Hauptquartier von Oberst Heye oder Major v. Stülpnagel die Mitteilung erhielt, die Notwendigkeit eines schnellen Handelns habe sich in keiner Weise geändert.

Von den beiden erwähnten Telegrammen vom 1. Oktober mittags war das erste vom Legationsrat Frhr. v. Lersner an das Auswärtige Amt gerichtet und hatte (Weißbuch Nr. 21) folgenden Wortlaut:

---

[1]) A. a. O., S. 47.
[2]) Weißbuch „Vorgeschichte des Waffenstillstandes", Nr. 22. S.o. S. 285/286.
[3]) Weißbuch „Vorgeschichte des Waffenstillstandes", Nr. 21 und 23.

„Großes Hauptquartier, den 1. Oktober 1918
(abgegangen 1 Uhr nachm.)

General Ludendorff bat soeben Freiherrn v. Grünau und mich in Gegenwart von Oberst Heye, Euer Exzellenz seine dringende Bitte zu übermitteln, daß unser Friedensangebot sofort hinausgeht. Heute halte die Truppe, was morgen geschehen könne, sei nicht vorauszusehen. Ich habe darauf hingewiesen, daß es doch nichts an unserer Lage ändern könne, ob unser Angebot heute oder in den nächsten Tagen erfolge. Baron Grünau wird Euer Exzellenz gleichfalls später drahten, da — (im Originaltelegramm stand „daß") — er noch mit Seiner Majestät Rücksprache nehmen wird.

gez. Lersner"

Dieses Telegramm verdankte seine Entstehung einer Unterredung, die Ludendorff im Großen Hauptquartier gleichzeitig mit den Herren v. Lersner und v. Grünau zu derselben Mittagsstunde hatte, in der er den Feldmarschall zur Absendung des Telegramms[1]) an Major Frhr. v. dem Bussche bestimmte. Wahrscheinlich hat der zum Kaiser befehligte Wirkliche Legationsrat Frhr. v. Grünau auf Grund der Unterredung mit General Ludendorff erst noch mit dem Kaiser Rücksprache genommen. Darauf sandte er — eine Stunde nach Lersner — folgendes Telegramm an das Auswärtige Amt[2]):

„Großes Hauptquartier, den 1. Oktober 1918
(abgegangen 2 Uhr nachm.)

Dringend. Geheim.

General Ludendorff sagte mir eben in Gegenwart von Oberst Heye und Lersner, Euerer Exzellenz seine dringende Bitte zu übermitteln, das Friedensangebot sofort hinausgehen zu lassen und damit nicht erst bis zur Bildung der neuen Regierung zu warten, die sich verzögern könne.

Heute hielte die Truppe noch und wir seien noch in einer würdigen Lage, es könne aber jeden Augenblick ein Durchbruch erfolgen und dann käme unser Angebot im allerungünstigsten Moment. Er käme sich vor wie ein Hasardspieler, und es könne jederzeit irgendwo eine Division versagen.

Ich habe den Eindruck, daß man hier völlig die Nerven verloren hat, und möchte glauben, daß wir schlimmstenfalls nach außen hin den Schritt mit der Haltung Bulgariens begründen können.

Kurze Zeit darauf ließ Legationsrat v. Grünau ein weiteres Tele-

gez. Grünau"

---

[1]) Weißbuch „Vorgeschichte des Waffenstillstandes", Nr. 22. S.o. S. 285/286.
[2]) Weißbuch usw., Nr. 23.

gramm an das Auswärtige Amt folgen, wonach der Kaiser mit Exzellenz Hintze der Meinung sei, der fragliche Schritt solle erst durch die neue Regierung erfolgen [1]).

Hintze hatte sich der im Telegramm vom 1. Oktober, 1 Uhr 30 Min. nachm. [2]) ausgesprochenen Ansicht der O. H. L., das Friedensangebot solle noch in der Nacht hinausgehen, falls nicht Sicherheit bestehe, daß Prinz Max von Baden die Regierung bilde, offenbar in telephonischer Rücksprache widersetzt. Im übrigen tat er alles, um die Regierungsbildung zu beschleunigen. „Mein Interesse am schnellen Zustandekommen der Regierung war groß", berichtet er in seiner Bekundung vom 28. 8. 1922, „und wurde durch Telegramme der O. H. L., die auf Hinaussendung des Waffenstillstandsangebots drängten, beständig angefeuert." Auf die Nachricht, daß Bulgarien am 30. September den Waffenstillstand unterzeichnet habe, drahtete Hintze der O. H. L. am 1. Oktober: „Wir müssen Spiel dort verloren geben. Politisch an Belassung oder Verstärkung unserer dortigen Truppen kein Interesse. Baldige Räumung des eigentlichen Bulgariens erwünscht, um die bulgarische Regierung nicht auf die feindliche Seite zu drängen . . . Interesse daran, daß die Entente-Streitkräfte an direkter Bedrohung Ungarns verhindert und die Rumänen in Schach gehalten werden. Verbindung mit Türkei über Konstanza—Odessa. Wenn dies ungenügend, müssen wir uns auch mit etwaigem Abfall der Türkei abfinden. Abfall der Türkei höchst wahrscheinlich. Militärische Folgerungen aus dieser politischen Lage zu ziehen, darf der O. H. L. überlassen werden [3])." Dieses Telegramm beweist, daß nach Ansicht Hintzes die Lage sich seit dem 29. September jedenfalls noch verschärft hatte.

Prinz Max von Baden, der am Nachmittage und Abend des 1. Oktober mit allen in Betracht kommenden Persönlichkeiten Besprechungen hatte, konnte keinen anderen Eindruck gewinnen, als den, es komme aus Rücksicht auf die bedrohte Lage der Armee auf jede Stunde an. In einer Besprechung mit dem Vizekanzler v. Payer, den Staatssekretären v. Hintze und Graf Roedern, am Abend des 1. Oktober, an der auch Major Freiherr v. dem Bussche teilnahm, fragte der Prinz den Major, ob das Waffenstillstandsangebot so bald erfolgen müsse. Bussche bejahte diese Frage. Der Prinz wollte nur ein Friedensangebot machen, fand aber nicht die Zustimmung der anwesenden Minister [4]). Immerhin schien es möglich, die von der O. H. L.

[1]) Weißbuch usw., Nr. 24.

[2]) Weißbuch usw., Nr. 22. S. o. S. 285/286.

[3]) Anlage 15, S. 412.

[4]) Payer schildert die Vorgänge am 1. Oktober 1918 abds. in seinem kürzlich erschienenen Buche „Von Bethmann Hollweg bis Ebert", S. 99/100, wie folgt: „Große Schwierigkeiten ergaben sich dagegen, wie zu erwarten, bezüglich des Verlangens der Obersten Heeresleitung, daß ohne jeden Verzug ein Waffenstillstandsgesuch abgehen sollte. Staatssekretär v. Hintze hatte bereits den Ent-

erwartete Note noch am 2. Oktober herauszugeben. Nun hatte aber der Großherzog von Baden seine Zustimmung zur Annahme der Kanz-

---

wurf einer Note an Wilson in diesem Sinne ausgearbeitet. Er stellte sich für seine Person auf den formellen Standpunkt, die Sache sei am 29. September im Großen Hauptquartier zwischen den zuständigen Stellen bereits entschieden und damit auch für die Reichsleitung erledigt, er habe als Außenminister den damals gefaßten Beschluß auszuführen. Wir anderen hielten dafür, daß die künftige Reichsleitung, die den folgenschweren Entschluß materiell und formell zu vertreten habe, auch sachlich zur Prüfung der Notwendigkeit desselben befugt und verpflichtet sein müsse, und Prinz Max lehnte es von vornherein überhaupt ab, zu unterzeichnen. Er hielt ein derart überraschendes Eingeständnis unserer militärischen Schwäche für direkt verhängnisvoll, dem Waffenstillstandsangebot müsse ein Friedensangebot vorausgehen. Dieses wolle er in seiner Antrittsrede im Reichstag klipp und klar aussprechen und das werde seine Einwirkung auf die Welt und namentlich auf die Neutralen und die zum Frieden geneigten Kreise in den feindlichen Ländern nicht verfehlen; erst nach dieser Vorbereitung könne man mit einem Gesuch um Waffenstillstand herauskommen, ob an die Adresse Wilsons, wäre noch zu erwägen. Graf Roedern und ich teilten zwar im wesentlichen diese Auffassung und hätten es vorgezogen, diesen Weg zu wählen, aber angesichts des Drängens der Obersten Heeresleitung hielten wir es, wenn wirklich mit der Möglichkeit des unmittelbaren Eintretens einer Katastrophe gerechnet werden müsse, für unmöglich, die Entscheidung so lange, bis die Antrittsrede gehalten sei, also jedenfalls mehrere Tage, hinauszuschieben, die Verantwortung dafür könne die Reichsleitung nicht tragen. Das von der Obersten Heeresleitung dazwischen hinein gestellte Verlangen, die alte Regierung solle, wenn die Bildung der neuen sich verzögere, noch das Angebot hinausgeben, hielten wir taktisch für verfehlt; ich erklärte mich aber für den Fall, daß es doch dazu kommen sollte, bereit, wie es dann meine Pflicht war, die Note zu unterzeichnen, und behielt mir nur vor, nachher zurückzutreten, um meinen persönlichen Standpunkt zu wahren. Zu einer Entschließung waren aber alle diese Fragen noch nicht reif. Ebensowenig konnten wir uns bei diesen Meinungsverschiedenheiten über den Wortlaut der Note einigen, in deren Besprechung wir vorsorglich eingetreten waren. Wir mußten das Ergebnis der den anderen Morgen vom Prinzen aufzunehmenden Besprechungen mit den Parteiführern abwarten, hatten natürlich auch im Auge zu behalten, daß auf den kommenden Vormittag die Ankunft des Kaisers und des Generalfeldmarschalls von Hindenburg, den vorher noch zu hören doch selbstverständlich war, angekündigt war. Meine persönliche Einschätzung der Sachlage war unter dem Druck der Obersten Heeresleitung die geworden, daß, wie auch zunächst die Regierungsbildung verlaufen möge, für den Fall, daß die Oberste Heeresleitung auf ihrem Verlangen beharre, unverzüglich die Note abgehen müsse, wei sie auch unterzeichnen möge; ich hoffte, daß dann auch der Prinz sich dieser Notwendigkeit auf die Dauer nicht verschließen werde. Angesichts dieser Entwicklung der Dinge — ich nahm an, daß erforderlichenfalls um die Mittagszeit des kommenden Tages die Note abgehen könnte — teilte ich den Herren noch mit, daß ich es nun für die höchste Zeit erachte, die Parteiführer ins Vertrauen zu ziehen, und daß ich das den kommenden Vormittag tun werde. Im übrigen nahmen wir uns damals vor, das Material über diese Verhandlungen pünktlich sammeln zu lassen, um es zur Verfügung zu haben, falls etwa je nach dem Gang der Dinge später jemand auf den Gedanken kommen sollte, die Dinge so darzustellen, als ob wieder einmal die Feder verpfuscht hätte, was das Schwert gewonnen, und als ob die Reichsleitung ihrerseits der Obersten Heeresleitung in den Arm gefallen wäre und sie von sich aus gezwungen hätte, die Waffen niederzulegen."

lerschaft durch den Prinzen Max noch nicht erteilt, und die anwesenden Herren hielten es für ausgeschlossen, die Erlaubnis bis zum nächsten Morgen zu erwirken. Major Freiherr v. dem Bussche schlug darauf vor, die Angelegenheit telephonisch zu erledigen und das Große Hauptquartier um die Vermittlung zu ersuchen.

So geschah es. Der Sonderzug des auf der Fahrt nach Berlin befindlichen Kaisers wurde am 1. Oktober auf dem Hauptbahnhof in Köln angehalten, eine Verbindung des dem Zuge angehängten Telegraphenwagens mit dem Karlsruher Schloß hergestellt, und um 12 Uhr mitternachts war die Zustimmung des Kaisers und des Großherzogs zur Ernennung des Prinzen Max in Berlin bekannt. Bei den Berliner Politikern konnte auch bei diesem Vorgange nur der Eindruck entstehen, daß der O. H. L. viel an der baldigen Erledigung der Kanzlerfrage und des Waffenstillstandsangebots liegen müsse. Auch dieser Vorgang verstärkte also den Eindruck, daß der Entschluß unerläßlich und unaufschiebbar sei. In gleicher Richtung mußte es wirken, daß Oberst v. Haeften in einem Telephongespräche am 1. Oktober gegen 12 Uhr nachts von General Ludendorff die Aufforderung erhielt, den Prinzen noch in der Nacht zum Unterzeichnen zu veranlassen. Während dieses Gesprächs wurde gerade die Zustimmung des Kaisers und des Großherzogs zu der Kanzlerschaft des Prinzen Max in Spa bekannt und dem Obersten v. Haeften durch Ludendorff mitgeteilt. Haeften versprach, am nächsten Morgen früh einen Versuch in dem von General Ludendorff gewünschten Sinne machen zu wollen, bezweifelte aber, daß der Prinz darauf eingehen würde, da er noch gar nicht mit den politischen Parteien verhandelt hatte.

Inzwischen hatte Staatssekretär v. Hintze auf die beiden ihm zugegangenen Telegramme der Legationsräte v. Grünau und v. Lersner um 7 Uhr abends telegraphisch geantwortet: „Bildung neuer Regierung voraussichtlich heute 1. Oktober nachts. Dann kann Angebot sofort in derselben Nacht hinausgehen. Militärische Lage ist stärkstes Druckmittel gegenüber unsinnigen und anspruchsvollen Parteien.“ [1]) Bei diesem Telegramm ist zu beachten, daß Hintze sich völlig als Sachwalter des Wunsches der O. H. L. fühlt und aus diesem Grunde die militärische Lage als Druckmittel für ein schnelles Handeln in Berlin bezeichnet.

Nun hat General Ludendorff aber am 1. Oktober abends, als er „die Unbeholfenheit der Berliner Behörden erkannte, eine telegraphische Verbindung von Berlin über den auf der Fahrt von Spa nach Berlin befindlichen Kaiserzug nach Karlsruhe herzustellen“ [2]), also noch vor dem oben erwähnten Ferngespräche mit Oberst v. Haeften, noch ein Telegramm nach Berlin gerichtet. Er hatte sich bei Herrn v. Lers-

[1]) Weißbuch „Vorgeschichte des Waffenstillstandes“, Nr. 25.

[2]) Ludendorff, „Entgegnung auf das amtliche Weißbuch“, Heft 2, S. 43.

ner nach der telegraphischen Verbindung Berlin—Bern—Washington erkundigt und auf Grund seiner soeben gewonnenen Erfahrung mit dem Kaiserzuge darauf hingewiesen, daß auch hier alles vorzubereiten und keine Zeit zu verlieren sei. Ludendorff hoffte damals noch, daß die Regierung bereits in der Nacht gebildet werde, eine Hoffnung, die ihm Oberst v. Haeften in dem schon erwähnten Nachtgespräche benahm. Die Auswirkung der Unterredung mit Lersner zeigt sich in folgenden Telegrammen[1]):

„An das Auswärtige Amt

Großes Hauptquartier, den 1. Oktober 1918

(Aufgegeben: 2. 10., 12 Uhr 10 vorm., angekommen: 12 Uhr 30 vorm.)

General Ludendorff erklärte mir, daß unser Angebot von Bern aus s o f o r t[2]) nach Washington weitergehen müsse. 48 Stunden k ö n n e[2]) die Armee nicht noch warten. Er . . .[3]) Euere Exzellenz dringendst, alles zu tun, damit das Angebot auf allerschnellste Weise durchkäme.

Ich wies deutlich darauf hin, daß der Feind trotz aller Beschleunigung kaum vor Ablauf einer Woche antworten werde. Der General betonte, daß alles darauf ankäme, daß das Angebot spätestens Mittwoch nacht oder Donnerstag früh in Händen der Entente sei, und bittet Euere Exzellenz, alle Hebel dafür in Bewegung zu setzen. Er glaube, daß zur Beschleunigung vielleicht die Note von der schweizerischen Regierung durch Funkspruch von Nauen an den Adressaten mit Schweizer Chiffre gegeben werden könne.

gez. Lersner"

Nach diesem Telegramm rechnete also Ludendorff mit dem Eintreffen des Angebots spätestens in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober oder am 3. Oktober früh in Washington. Sollte dies erreicht werden, so war größte Eile geboten. Der Satz: „48 Stunden könne die Armee nicht noch warten" bietet vielleicht insofern die Quelle eines Mißverständnisses, als unter der Armee vielleicht die O. H. L. im Gegensatz zur politischen Leitung verstanden wurde. Die Wirkung des Telegramms konnte aber keine andere sein als die Bekundung einer scharfen militärischen Zwangslage, die sich jedenfalls seit dem 29. September vormittags noch in keiner Weise entspannt hatte.

2. Oktober

Der 2. Oktober mußte die Entscheidung darüber bringen, wie der neue Reichskanzler sich zu dem Waffenstillstandsangebot stellen würde.

[1]) Weißbuch „Vorgeschichte des Waffenstillstandes", Nr. 27.
[2]) Im Original gesperrt.
[3]) Fehlt ein Wort. Wohl „bäte".

Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, zunächst auf die ungeheure Schwierigkeit der Lage hinzuweisen, die Prinz Max von Baden als Angehöriger eines alten Fürstengeschlechtes, als Thronfolger eines deutschen Landes und als General der alten Armee damals übernahm. Nicht mehr um Sieg, nicht einmal um einen erträglichen Abschluß des Weltkrieges konnte es sich für ihn handeln. Er fand eine Lage vor, in der er bereits gefaßte Entschlüsse ausführen sollte, für die er seinen Namen herzugeben hatte. Nur ein ganz außergewöhnliches Maß von Vaterlandsliebe und persönlicher Selbstentäußerung konnte ihn dazu bewegen, einen solchen Posten in solcher Zeit anzunehmen. Weder militärisch noch politisch war ein günstiger Ausgang aus dem Kriege zu erwarten. Vielleicht blieb noch der Weg der Völkerversöhnung im Geiste der Wilsonschen Punkte. In diesem Sinne konnte Prinz Max allenfalls hoffen, auf Grund früher gehaltener Reden und auf Grund seiner bisherigen, der Kriegsgefangenenfürsorge gewidmeten Tätigkeit seinen Namen erfolgreich für Deutschland einsetzen zu können. Wie man die Sache auch ansehen mag, er brachte das schwerste Opfer, das einem Manne seiner Herkunft zugemutet werden konnte. Er tat es, obwohl er sich sagen mußte, daß er im Falle des Mißerfolges voraussichtlich mit der vollen Schuld daran belastet werden würde. In diesem Sinne hat er sich auch dem Obersten v. Haeften gegenüber ausgesprochen und betont, daß er dieses Opfer der Armee, die so schwer gerungen habe, bringen zu müssen sich verpflichtet fühle. Mit gebundener Marschrichtung übernahm er das Kanzleramt. Er hat schweren Undank dafür geerntet. —

Am 2. Oktober, 8 Uhr vormittags, suchte Oberst v. Haeften den Prinzen auf, um ihm die Zustimmung des Großherzogs von Baden zur Annahme der Kanzlerschaft und die Bitte Ludendorffs vorzutragen, das Angebot sofort zu unterzeichnen. Der Prinz konnte sich noch nicht äußern, da gerade wichtige Besprechungen bevorstanden, und er nicht unterzeichnen wollte, ehe er nicht mit den Führern der politischen Parteien sich geeinigt hatte. Haeften begab sich darauf zu einer auf 9 Uhr vormittags vom Vizekanzler v. Payer angesetzten Zusammenkunft der Parteiführer, bei der Major Frhr. v. dem Bussche im Auftrage der O. H. L. Aufklärungen über die militärische Lage geben sollte, in den Reichstag. Leider konnte Haeften als Nichtpolitiker dem Vortrage nicht beiwohnen und auf diese Weise nicht seinen Einspruch dagegen geltend machen, daß der Pole v. Seyda und der Unabhängige Sozialdemokrat Haase sich mit unter den Parteiführern befanden. Da die Deutsch-Polen über Stockholm eine direkte Verbindung nach Paris besaßen, die U.-Sozialisten über weitere Verbindungen mit Rußland verfügten, so mußte damit gerechnet werden, daß die Mitteilungen des Majors v. dem Bussche, die den Ernst und

die Schwäche unserer militärischen Lage in rückhaltloser Weise enthüllten, innerhalb weniger Tage in Paris und Moskau bekannt wurden. In dieser Beleuchtung gesehen mußte, wie Haeften in seinem über die Vorgänge im Herbst 1918 an die O. H. L. erstatteten Berichte[1]) ausgeführt hat, „unser Friedens-, namentlich aber das Waffenstillstandsangebot von katastrophalem Schaden für Deutschland werden[2])."

Major Frhr. v. dem Bussche sprach vor den Parteiführern an der Hand einer schriftlichen Ausarbeitung, die vor seiner Abreise aus Spa mit General Ludendorff gründlich überlegt worden war[3]). Anwesend waren die Herren Graf Westarp, v. Gamp, Stresemann, Groeber, v. Seyda, Fischbeck, Ebert und Haase.

Bussche ging davon aus, daß die militärische Lage sich grundlegend geändert habe. Der Zusammenbruch der bulgarischen Front habe unsere Dispositionen über den Haufen geworfen; es bestehe aber begründete Hoffnung, die Lage auf dem Balkan, soweit es für unsere Interessen nötig sei, wiederherzustellen, leider aber nicht ohne schwerwiegenden Schaden für die Gesamtlage. Im Westen seien wir gezwungen gewesen, gegenüber den Angriffsvorbereitungen der Entente unsere Reserven zu verteilen und die ganze Front mehr oder weniger abwehrbereit zu halten. Die Kämpfe der letzten sechs Tage seien trotz Einbuße an Gefangenen und Gerät siegreich bestanden. „Unsere Truppen haben sich in überwiegender Zahl vortrefflich geschlagen und Übermenschliches geleistet. Der alte Heldensinn ist nicht verlorengegangen. Die feindliche Übermacht hat die Truppe nicht erschreckt. Offizier und Mann wetteiferten miteinander. Trotzdem mußte die O. H. L. den ungeheuer schweren Entschluß fassen, zu erklären, daß nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr besteht, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen." Entscheidend hierfür seien zwei Tatsachen geworden, die feindlichen Tanks, denen wir gleiche Massen entgegenzustellen nicht in der Lage waren, und

---

[1]) Anlage 12, S. 376.

[2]) In seinem Buche „Von Bethmann Hollweg bis Ebert" erklärt Payer (S. 102/103), warum er keinen der Parteiführer von der Besprechung ausgeschlossen hat. Er hielt eine längere Geheimhaltung der wirklichen Lage nicht für möglich, befürchtete auch keine Indiskretionen der Teilnehmer. „Es ging doch um Leben und Tod des ganzen Volkes, nicht bloß einzelner Parteien, und ich hielt mich als Vertreter der Regierung nicht für berechtigt, nach meinem subjektiven Empfinden die Führer einzelner Parteien von der Mitteilung auszuschließen und diese damit als fähig zu bezeichnen, eine absichtliche Indiskretion zu begehen."

[3]) Der Wortlaut seiner Darlegungen ist in den „Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18", herausgegeben von Erich Ludendorff (S. 535 ff.), ferner in der Ludendorffschen Entgegnung auf das amtliche Weißbuch, Heft 2, „Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot" (S. 52 ff.), abgedruckt; außerdem als Nr. 28 im Weißbuch „Vorgeschichte des Waffenstillstandes".

vor allem die Ersatzlage. Hierüber machte Major v. dem Bussche zahlenmäßige, sehr ernst stimmende Angaben. „Nun gehen unsere Reserven zu Ende. Greift der Gegner weiter an, so kann es die Lage fordern, daß wir auf großen Frontstrecken kämpfend ausweichen. Wir können auf diese Art den Krieg noch auf absehbare Zeit weiterführen, dem Gegner schwere Verluste beibringen, verwüstetes Land hinterlassen, gewinnen können wir damit nicht mehr.“ Deshalb hätten die Heerführer dem Kaiser vorgeschlagen, den Versuch zum Abbrechen des Kampfes zu machen. „Noch ist das deutsche Heer stark genug, um den Gegner monatelang aufzuhalten, örtliche Erfolge zu erringen und die Entente vor neue Opfer zu stellen. Aber jeder Tag weiter bringt den Gegner seinen Zielen näher und wird ihn weniger geneigt machen, mit uns einen für uns erträglichen Frieden zu schließen. Deshalb darf keine Zeit verloren gehen. Jede 24 Stunden können die Lage verschlechtern und dem Gegner Gelegenheit geben, unsere augenblickliche Schwäche klar zu erkennen. Das könnte die unheilvollsten Folgen für die Friedensaussichten wie für die militärische Lage haben.“

Mit einer starken Mahnung an Heer und Heimat klangen die Darlegungen des Majors aus. Weder Heer noch Heimat dürften irgend etwas tun, was Schwäche erkennen lasse, müßten im Gegenteil fester noch als bisher zusammenhalten. „Gleichzeitig mit dem Friedensangebot muß eine geschlossene Front in der Heimat erstehen, die erkennen läßt, daß der unbeugsame Wille besteht, den Krieg fortzusetzen, wenn der Feind uns keinen Frieden oder nur einen demütigenden Frieden geben will. Sollte dieser Fall eintreten, dann wird das Durchhalten des Heeres entscheidend von der festen Haltung der Heimat und dem Geist, der aus der Heimat zum Heere dringt, abhängen.“

Dieser Vortrag hat auf die Parteiführer geradezu nervenerschütternd gewirkt[1]). Auf einen derartigen Stand der Dinge war

---

[1]) Payer gibt in seinem Buche „Von Bethmann Hollweg bis Ebert“ folgende Schilderung dieser Sitzung: „In der Besprechung teilte ich schweren Herzens den Parlamentariern nach wenigen vorbereitenden Worten mit, was die Oberste Heeresleitung verlange, und gab ihnen Kenntnis von dem ungefähren Inhalt der beabsichtigten Note. Sie saßen entsetzt, nur Graf Westarp und Stresemann erklärten es für unmöglich, daß wir in einer so verzweifelten Lage seien. Ich ließ dann den Major von dem Bussche bitten einzutreten, und er hielt den in den ‚Urkunden‘ (Seite 535ff.) abgedruckten Vortrag entweder wörtlich oder doch nahezu wörtlich, so wie er dort abgedruckt ist. Die Wirkung war eine überzeugende; selbst mich, der ich doch wußte, wie es stand, ergriff die militärisch knappe und klare Zusammenstellung der Tatsachen noch einmal, die feststellte, daß die Fortsetzung des Krieges als aussichtslos aufzugeben sei und daß, wenn auch das deutsche Heer den Gegner noch monatelang aufhalten und örtliche Erfolge erringen könne, doch keine Zeit verloren gehen dürfe, da jeder Tag die Lage verschlechtern und dem Gegner Gelegenheit geben

damals in der Heimat niemand vorbereitet. Um so gewaltiger mußte sich der ganz unvermittelte plötzliche Übergang von immer noch gehegten Siegeshoffnungen zur Erkenntnis des vollkommen verlorenen Krieges nunmehr auswirken. Wenige Stunden bereits nach dem Vortrage liefen, wie Major Frhr. v. dem Bussche selbst berichtet, unter Berufung auf ihn in Berlin die ungeheuerlichsten Gerüchte um. Die weitere Entwicklung der Dinge im Oktober und November 1918 ist von diesen Tatsachen auf das stärkste beeinflußt worden.

Noch am 1. Oktober, gegen Mittag, hatte Legationsrat v. Lersner den von der O. H. L. entworfenen Wortlaut eines Kaiserlichen Erlasses an Heer und Flotte[1]) nach Berlin telegraphiert und den Staatssekretär v. Hintze im Auftrage der O. H. L. um Stellungnahme dazu gebeten. Die Sätze, in denen die Lage unserer Bundesgenossen geschildert und die Unmöglichkeit einer Unterstützung unseres Ringens an der Westfront daraus hergeleitet wurde, waren so ernst gehalten, daß Staatssekretär v. Hintze sie nicht in den Wortlaut des Kaiserlichen Erlasses übernehmen mochte. Er ließ daher der O. H. L. am 2. Oktober eine kürzere Fassung übermitteln, die auf die Psychologie der kämpfenden Westfront größere Rücksicht nahm. In etwas veränderter Form ist der Erlaß nach Abgang des Waffenstillstandsangebotes am 6. Oktober veröffentlicht worden[2]).

Inzwischen befanden sich der Kaiser und der Feldmarschall auf dem Wege nach Berlin, wo sie am 2. Oktober nachmittags eintrafen. Leider war General Ludendorff im Großen Hauptquartier zurückgeblieben

---

könne, unsere augenblickliche Schwäche klar zu erkennen. Nicht die Details der Ausführungen oder gar die Art des Vortrags waren es aber, die die Parteiführer einen Augenblick geradezu fassungslos machten, sondern das Bild unserer ganzen Lage, das sich aus den vorgetragenen Tatsachen mit schonungsloser Deutlichkeit ergab, und die Folgerungen, die von jedem mit Notwendigkeit für unsere Zukunft daraus gezogen werden mußten. Der Schlag traf die Herren, die sich ihr Urteil über die Sachlage bisher aus den Tagesberichten der Obersten Heeresleitung gebildet hatten, ebenso unvorbereitet wie uns zwei oder drei Tage zuvor. Ich glaube nicht, daß der Schluß der Ausführungen des Majors, weder Heer noch Heimat dürften irgend etwas tun, was Schwäche erkennen lasse, sie müßten im Gegenteil noch fester als bisher zusammenhalten, gleichzeitig mit dem Friedensangebot müsse eine geschlossene Front in der Heimat entstehen, die erkennen lasse, daß der unbeugsame Wille bestehe, den Krieg fortzusetzen, wenn der Feind uns keinen oder nur einen demütigenden Frieden geben wolle, noch irgendwelche Beachtung oder gar Glauben gefunden hat. Er stand in einem zu schroffen Gegensatz zu den Tatsachen; handelte es sich doch leider nicht um ein Friedensangebot, wie es Prinz Max verlangte, sondern um das Ersuchen um einen Waffenstillstand, was sonst gerade nicht auf unbeugsamen Kriegswillen, sondern auf Schwäche hinzuweisen pflegt. Nach einer kurzen Erörterung zwischen dem Grafen Westarp und mir über die Auslegung des Angebots entfernten sich die Herren in großer Bestürzung." (S. 103/104.)

[1]) Anlage 13, S. 379.

[2]) Siehe Anlage 13 (2. Fassung), S. 380.

und daher nur in der Lage, telephonisch mit dem Feldmarschall und den Berliner Stellen in Meinungsaustausch zu bleiben. So konnte er seinen Grundgedanken, daß die 14 Punkte der Wilsonschen Note nur als Grundlage für die Friedensbesprechungen dienen, nicht aber als vom Feinde auferlegte Bedingungen gelten sollten, nur telephonisch durch Vermittlung des Majors Frhr. v. dem Bussche geltend machen. Durch ihn ließ er den Vizekanzler v. Payer am 2. Oktober bitten, die an Wilson zu richtende Note vorher nach Spa mitzuteilen. Nachmittags übermittelte er selbst einen Entwurf hierfür[1]).

Mit dem Eintreffen des Feldmarschalls in Berlin gingen die Verhandlungen der O. H. L. mit der politischen Leitung auf diesen über. Oberst v. Haeften blieb indes in häufiger telephonischer Verbindung mit Ludendorff und erstattete ihm am 2. Oktober mehrmals über die Lage Bericht, meldete ihm auch, daß das Friedensangebot wahrscheinlich auch am 3. Oktober noch nicht abgehen würde. Es bestehe die Absicht, den Reichstag zum 5. Oktober zu berufen und in der Antrittsrede des neuen Kanzlers das Friedens- und Waffenstillstandsangebot öffentlich bekanntzugeben. Abgehen sollte es am 4. Oktober. Mit diesem Termin erklärte sich Ludendorff dem Obersten v. Haeften gegenüber einverstanden, falls die Berufung des Reichstages bestimmt zu diesem Zeitpunkt erfolge.

Der Kaiser, auf dessen endgültige Entschließung alles ankam, war von Spa am 1. Oktober abends nach Potsdam abgereist, um im Neuen Palais Wohnung zu nehmen und so der Reichshauptstadt nahe zu sein[2]). Unmittelbar nach der Ankunft in Potsdam am 2. Oktober vormittags wurde Major Niemann vom General v. Gontard gebeten, dem Minister des Königlichen Hauses, Grafen Eulenburg, seine Beurteilung der militärischen Lage vorzutragen. „Ich konnte nach bester Überzeugung zum Ausdruck bringen," berichtet Niemann[3]), „daß an der Möglichkeit eines weiteren erfolgreichen Widerstandes zu zweifeln absolut kein Anlaß vorliege, und daß die Bedrohung keineswegs zu eiligen Entschlüssen zwinge." Dieses Urteil entsprach der persönlichen Auffassung des Majors, nicht aber der Haltung, die die O. H. L. zu dieser Frage in Spa und seither eingenommen hatte, und auch nicht der persönlichen Ansicht des Generals v. Gontard[4]).

In Berlin waren die Besprechungen des Prinzen Max von Baden mit den Parteiführern im großen und ganzen erfolgreich verlaufen, so daß ein Programm festgestellt werden konnte, das der Genehmi-

---

[1]) Weißbuch „Vorgeschichte des Waffenstillstandes", Nr. 29 und 30.
[2]) Alfred Niemann, „Kaiser und Revolution", S. 93.
[3]) Desgl. S. 94.
[4]) Vgl. S. 269/270 und die Aufzeichnung des Staatssekretärs a. D. Grafen Roedern, Anlage 16, S. 420/421.

gung des Kaisers unterbreitet werden sollte. Denn nur dem Kaiser stand verfassungsgemäß die Gesamtentscheidung zu.

Nachdem der Vizekanzler v. Payer am Nachmittage des 2. Oktober den Mitgliedern des Bundesrats auf ihren Wunsch genau über die Lage berichtet hatte[1]), fand um 6 Uhr im Reichskanzlerpalais die entscheidende Besprechung unter Vorsitz des Kaisers statt. Der Feldmarschall, Payer, Hintze und andere Persönlichkeiten waren zugegen. Ein Protokoll liegt nicht vor, doch steht fest, daß über die neu in die Regierung aufzunehmenden Männer, über das Waffenstillstandsangebot und über die Fassung der an Wilson zu richtenden Note beraten worden ist. Vizekanzler v. Payer berichtete über die bisher gepflogenen Verhandlungen und machte seine Vorschläge, worauf sich Prinz Max zur Übernahme der Kanzlerschaft bereit erklärte und zu Payers Vorschlägen Stellung nahm. Der Kaiser war in der Hauptsache einverstanden[2]), trat aber dem dringend geltend gemachten Wunsche des Prinzen, das Waffenstillstandsangebot nicht abgehen zu lassen, nicht bei. Mit aller Bestimmtheit erklärte er, daß man in dieser Frage der für die Beurteilung der Lage allein zuständigen O. H. L. keine Schwierigkeiten machen dürfe[3]). Damit übernahm er als Oberster Kriegsherr in dieser entscheidenden Frage die volle persönliche Verantwortung für die Absendung des Waffenstillstandsangebots.

Bis in die Nacht hinein fanden dann noch weitere Besprechungen im Reichskanzlerpalais statt. Sämtliche Männer der alten Regierung, außer Staatssekretär Solf, vertraten dem Prinzen gegenüber die Notwendigkeit der Absendung der Note.

3. Oktober

Durch die persönliche Stellungnahme des Kaisers in der Sitzung am 2. Oktober, 6 Uhr abends, war die grundlegende Entscheidung über die Absendung des Waffenstillstandsangebots eigentlich bereits gefallen. Prinz Max von Baden wollte indes diesen Schritt nicht mit seinem Namen decken, ohne noch einmal die militärischen Grundlagen

---

[1]) Die Mitglieder des Bundesrats waren auf Grund der Payerschen Mitteilungen „aufs äußerste bestürzt und deprimiert". (Friedrich Payer, „Von Bethmann Hollweg bis Ebert", S. 104.)

[2]) Nur gegen die Ernennung Erzbergers zum Staatssekretär soll er Einwände erhoben haben (Friedrich Payer, w. o., S. 108).

[3]) Vgl. Friedrich Payer, „Von Bethmann Hollweg bis Ebert", S. 108: „Bei Besprechung der Waffenstillstandsfrage, der gegenüber der Kaiser den Standpunkt einnahm, man könne der Obersten Heeresleitung jetzt keine Schwierigkeiten machen, beteiligte sich auch der Kaiser an den Vorschlägen für die Fassung der Note; die Schlußfassung beruht sogar auf einer Anregung von seiner Seite. Sein sachlicher Standpunkt war, vom deutschen Boden gebe er nichts her. Zu einer Entscheidung kam es nicht."

des auszuführenden Entschlusses so genau festzulegen, wie es bei einer derartig verantwortungsschweren Frage erforderlich war. Er entschloß sich daher, dem Feldmarschall v. Hindenburg eine Reihe von Fragen vorzulegen und alles Weitere von ihrer Beantwortung abhängig zu machen. Dem Prinzen war es völlig klar, daß das Ersuchen um Frieden und Waffenstillstand mit der von der O. H. L. geforderten Eile Deutschlands Lage gegenüber der Entente sehr ungünstig beeinflussen mußte, und daß für diesen Schritt eine politische Verantwortlichkeit nur dann übernommen werden konnte, wenn die einzig und allein von der O. H. L. zu beurteilende militärische Lage einen anderen Weg nicht mehr gestattete.

Bis jetzt hatte noch niemand, weder in der maßgebenden Besprechung in Spa am 29. September, noch bei den späteren Erörterungen, den Heerführern die Verantwortung für den auf Grund der militärischen Lage zu fassenden Entschluß vor Augen gestellt und ausdrücklich zugeschoben. Dies geschah nunmehr zunächst in einem Gespräche unter vier Augen, das Prinz Max von Baden am 3. Oktober vormittags mit dem Feldmarschall v. Hindenburg herbeiführte. Der Prinz hatte seine Bedenken in einer „Verbalnote" zusammengefaßt, die er dem Feldmarschall vorlas. Ein sofortiges Waffenstillstandsangebot hielt der Prinz für unwirksam und schädlich, da es in der ganzen Welt als das Eingeständnis der deutschen Niederlage wirken mußte und den Chauvinismus in Feindesland vielleicht so stärken konnte, daß Wilson dagegen machtlos wurde. Auch stand nach seiner Ansicht zu befürchten, daß die ganze friedensfördernde Wirkung der neuen Regierungsbildung unter der Sensation des Waffenstillstandsangebots verloren gehen könnte. Seinerseits schlug Prinz Max vor, ein genaues Kriegszielprogramm in „enger, aber nicht würdeloser Anlehnung" an die Wilsonschen Punkte zu verkünden und alle kriegführenden Mächte aufzufordern, auf dieser Grundlage zu verhandeln. Eine Rede des Prinzen als des neuen Reichskanzlers könnte die psychologische Wirkung eines solchen Angebots anders abstimmen als eine diplomatische Note.

Die dem Feldmarschall vorgelesene Erklärung des Prinzen Max schloß mit den Worten: „Nur unter einer Voraussetzung bin ich bereit, mich für ein sofortiges Absenden einer Note, aber allerdings nicht an Wilson, sondern an sämtliche Feinde, zu erklären: nämlich für den Fall, daß die O. H. L. schriftlich erklärt, — so daß ich imstande bin, diese Mitteilung heute im Kabinett, später öffentlich weiterzugeben, — daß die militärische Lage an der Westfront eine Verzögerung der Absendung der Note bis zu meiner Rede oder richtiger bis zum Eintreffen der Übermittlung der Rede am Sonnabend [1]) an die Feinde nicht mehr erträgt. Hierbei ist aber seitens der O. H. L. nur über die militärische Lage ein Urteil abzugeben; die Frage, welcher Schritt

[1]) 5. Oktober 1918.

wirksamer ist, ob öffentliche Rede oder Note von Regierung zu Regierung, ist nicht Sache des militärischen Gutachtens."

Die Antwort auf diese Aufforderung erhielt Prinz Max in dem Briefe des Generalfeldmarschalls vom 3. Oktober 1918, der auf Seite 302 als Beantwortung der Frage 3 wörtlich zum Abdruck gebracht ist. Der Kernsatz dieses Schreibens war, daß es geboten sei, den Kampf abzubrechen. Überhaupt erhielt der Prinz aus den Verhandlungen mit der O. H. L. am 2. und 3. Oktober den Eindruck, wir seien verloren, wenn der Waffenstillstand nicht komme.

Im Laufe des 3. Oktober gingen dem Feldmarschall v. Hindenburg die oben erwähnten, im Weißbuche „Vorgeschichte des Waffenstillstandes" unter Nr. 32 abgedruckten fünf Fragen zu. Wegen der Antworten auf diese Fragen hat sich offenbar der Feldmarschall mit dem General Ludendorff telephonisch in Verbindung gesetzt, ebenso wie auch das soeben erwähnte Schreiben der O. H. L. an den Reichskanzler (Weißbuch Nr. 33) mit General Ludendorff offenbar telephonisch besprochen worden ist, denn General Ludendorff erwähnt in seinen „Kriegserinnerungen" [1]) ausdrücklich, daß der Feldmarschall sich in der Sitzung vom 3. Oktober in gleichem Sinne geäußert habe wie die O. H. L. am 29. September gegenüber Hintze, und daß er (Ludendorff) die schriftliche Antwort des Feldmarschalls auf die Frage 3 [2]) seinerseits für richtig gehalten habe.

Die Beantwortung der fünf Fragen erfolgte in einer Nachmittagssitzung, die unter Vorsitz des Prinzen Max von Baden in Gegenwart des Feldmarschalls, der Staatssekretäre v. Hintze, Solf und Graf Roedern, sowie des Vizekanzlers v. Payer stattfand. Die Unterstaatssekretäre W. v. Stumm, Frhr. v. dem Bussche, v. Radowitz, ferner Oberst v. Winterfeldt und mehrere Vortragende Räte des Auswärtigen Amtes waren zugegen, seitens der O. H. L. Oberst v. Haeften und Major Frhr. v. dem Bussche.

Das Bemerkenswerteste an dieser Sitzung war, daß der Prinz sich mit allem Nachdruck gegen eine übereilte Absendung des Angebots überhaupt wendete, vor allen Dingen aber ein Waffenstillstandsangebot nicht ergehen lassen wollte. Der Feldmarschall sah anfangs eine Verzögerung der Absendung als nicht übermäßig bedenklich an, da er die militärische Lage nicht so ernst beurteilte, wie Major Frhr. v. dem Bussche es in seinem Vortrage vor den Parlamentariern am 2. Oktober getan hatte. In der Beurteilung der unmittelbaren Gefahren der gegenwärtigen militärischen Lage bestand offenbar ein gewisser Unterschied zwischen dem Generalfeldmarschall und dem General Ludendorff; die Auffassung des letzteren war pessimistischer, wurde aber von den anwesenden jüngeren Vertretern des Generalstabes ge-

[1]) S. 589.
[2]) S. u. S. 302.

teilt. Staatssekretär v. Hintze vertrat gleichfalls den Standpunkt Ludendorffs, wonach keine Zeit zu verlieren sei, und fand hierbei schließlich auch die Zustimmung des Feldmarschalls.

Bei der Wichtigkeit der Vorgänge vom 3. Oktober müssen hier die fünf Fragen des Reichskanzlers und die Antworten des Feldmarschalls wörtlich mitgeteilt werden [1]).

1. Frage: Wie lange kann die Armee den Feind noch jenseits der deutschen Grenze halten?

Antwort: Die Frage kann nicht in derselben präzisen Form, in der sie gestellt ist, beantwortet werden. Das Halten hängt von vielen Faktoren ab, und auch davon, mit welcher Kraft und welchen Mitteln der Gegner seinen Angriff fortsetzt und wie sich demgegenüber unsere Widerstandskraft auf die Dauer beweist.

Gegenwärtig steht das deutsche Heer fest, gezwungen wird es, von Abschnitt zu Abschnitt, sich zäh an den feindlichen Boden klammernd, ausweichen. Die Dauer solcher Rückbewegung ist nicht genau vorher zu bestimmen. Man kann aber hoffen, daß sie bis zum nächsten Frühjahr deutsches Gebiet schützen werde.

2. Frage: Muß die O. H. L. einen militärischen Zusammenbruch erwarten und bejahendenfalls in welcher Zeit? Würde der Zusammenbruch das Ende unserer militärischen Widerstandskraft bedeuten?

Antwort: Die Frage ist durch die Antwort zu 1 mit beantwortet. An einen allgemeinen Zusammenbruch glaube ich nicht. Das auf feindliche Einbrüche folgende ausweichende Zusammenziehen der Front braucht einen solchen nicht zur Folge haben, solange noch irgendwelche Reserven vorhanden sind.

3. Frage: Ist die militärische Lage so kritisch, daß sofort eine Aktion mit dem Ziel Waffenstillstand und Friede eingeleitet werden muß?

Antwort: Ist durch Schreiben vom 3. Oktober 1918 beantwortet.

Dieses auf Grund der „Verbalnote" des Prinzen Max von Baden entstandene Schreiben (s. S. 300) lautete wörtlich [2]):

---

[1]) In seinem Artikel „Zur Entstehung der ersten Note an Wilson" im Militär-Wochenblatt Nr. 24 vom 10. 12. 1921 hat General Ludendorff festgestellt, daß in dem Weißbuch „Vorgeschichte des Waffenstillstandes" die vom Generalfeldmarschall in der Besprechung vom 3. Oktober 1918 mündlich gegebenen Antworten nicht enthalten seien. Ludendorff selbst hat sie im Heft 2 seiner Entgegnung auf dieses Weißbuch („Das Friedens- und Waffenstillstands-Angebot", S. 61 ff.) auf Grund eines Berichtes des Majors Frhr. v. dem Bussche durch Untereinanderstellung der Fragen und Antworten mitgeteilt. Dem dort gegebenen Wortlaute folge ich hier.

[2]) Weißbuch „Vorgeschichte des Waffenstillstandes", Nr. 33.

„An den Herrn Reichskanzler

Chef des Generalstabes
des Feldheeres Berlin, den 3. Oktober 1918

Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, den 29. September d. J., gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen.

Infolge des Zusammenbruchs der mazedonischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Westreserven und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.

Der Gegner seinerseits führt ständig neue, frische Reserven in die Schlacht.

Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich und kann die O. H. L. zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen.

Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.

gez. v. Hindenburg, Generalfeldmarschall."

4. Frage: Für den Fall, daß die Frage 3 bejaht wird, ist die O. H. L. sich bewußt, daß die Einleitung einer Friedensaktion unter dem Druck der militärischen Zwangslage zum Verlust deutscher Kolonien und deutschen Gebiets, namentlich Elsaß-Lothringens und rein polnischer Kreise der östlichen Provinzen, führen kann?

Antwort: Die O. H. L. zieht, falls es nicht anders geht, die Aufgabe geringer, französisch sprechender Teile Elsaß-Lothringens in Betracht. Abtretung deutschen Gebiets im Osten kommt für sie nicht in Frage.

5. Frage: Ist die O. H. L. mit Absendung des anliegenden Notenentwurfs einverstanden?

Der erwähnte Notenentwurf war dem Schreiben, das die fünf Fragen enthielt, nicht beigefügt. Er wurde in der Sitzung besprochen, eine endgültige Erledigung aber noch nicht erzielt.

In der Besprechung betonte der Feldmarschall ausdrücklich, die 14 Punkte Wilsons dürften nur als Grundlage für die Verhandlungen dienen. Ehe deutsches Gebiet in nennenswertem Umfange abgegeben würde, müsse Deutschland weiterkämpfen, lieber untergehen, als die Ehre verlieren. Der Feldmarschall hielt es für möglich, um Frieden und Waffenstillstand nachzusuchen, ohne die Verhandlungs-

grundlagen näher zu bezeichnen. Hiergegen machte Graf Roedern geltend, daß der Feind unsubstanziierte Friedensangebote schon mehrfach, zuletzt Österreich gegenüber, abgelehnt habe; ein solches Angebot würde daher eine halbe Maßregel bedeuten. Der Feldmarschall erklärte darauf, auch er wünsche keine halbe Maßregel: wenn die Feinde noch schärfere Bedingungen stellten, dann kämpften wir eben bis zum letzten Mann. Graf Roedern bemerkte darauf, das sei der Standpunkt des Feldherrn, aber nicht des Staatsmannes; bis zum letzten Mann könne wohl ein Bataillon auf vorgeschobenem Posten, nicht aber ein Volk von 65 Millionen Einwohnern, auch wohl kaum ein Millionenheer kämpfen [1]).

Den wichtigsten Gesichtspunkt brachte der Reichskanzler Prinz Max zur Sprache. Er wünschte überhaupt keine Friedensnote herauszugeben, sondern beabsichtigte, im Reichstage bei seiner Antrittsrede sein Friedensprogramm zu entwickeln, um dadurch auf die Entente zu wirken. Dann erst sollte die Friedensnote folgen. In bezug auf diese Note schlug der als Nachfolger Hintzes in Aussicht genommene Staatssekretär Solf vor, sie nicht an Wilson allein, sondern gleichzeitig an England und Frankreich zu richten, ein Gedanke, der nach dem Vorschlage Hintzes von den Anwesenden abgelehnt wurde.

Nach dem mehrfach erwähnten Berichte des Obersten v. Haeften hielt Feldmarschall v. Hindenburg die militärische Lage damals keineswegs für so ernst, wie sie nach den Ausführungen des Majors Frhr. v. dem Bussche erscheinen mußte. Er war daher geneigt, die vom Prinzen Max gewünschte Verzögerung des Waffenstillstandsschrittes als nicht bedenklich anzusehen. Hierbei fand er den Widerspruch des Staatssekretärs v. Hintze, der mit voller Konsequenz auf dem ihm am 29. September in Spa von den Heerführern dargelegten Standpunkte verharrte, das Waffenstillstandsangebot müsse sofort abgehen. Einen anderen Standpunkt konnte er auch gar nicht einnehmen, nachdem der Feldmarschall in Übereinstimmung mit Ludendorff die oben erwähnte Antwort auf die Frage 3 gegeben hatte. Mochte sich die militärische Lage inzwischen ein wenig entspannt haben: das Gesamtbild, so wie es am 29. September gezeichnet worden war, blieb bestehen. Nicht anders konnten die an der Sitzung teilnehmenden Persönlichkeiten die oben mitgeteilte Antwort auf die Frage 3 auffassen [2]).

Die Beantwortung der Frage 3 ist denn auch ausschlaggebend geworden. Der Sinn des Schreibens gipfelte in der ganz unmißver-

[1]) Vgl. Anlage 16, S. 425.

[2]) „Das (nämlich die Antwort auf Frage 3) wurde von Hindenburg mündlich bestätigt und war deutlich genug. Der unbestreitbaren Notwendigkeit gegenüber, demgemäß sofort die Note abgehen zu lassen, traten die Meinungsverschiedenheiten über die Fassung der Note, die reichlich Zeit in Anspruch nahmen, und über die Frage, an wen die Note zu richten sei, in den Hinter-

ständlichen Forderung: „Die O. H. L. bleibt auf ihrer am Sonntag, den 29. September d. J., gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebots an unsere Feinde bestehen." Niemand in Berlin konnte annehmen, daß die militärische Lage etwa noch einen Aufschub auch nur um Tage zuließ. Es gehörte schon ein Entschluß dazu, den Abgang der Note auch nur um Stunden hinauszuzögern, da der hierfür Verantwortliche auf Grund des Schreibens der O. H. L. mit der vollen Verantwortung für etwa noch eintretende Menschenverluste oder für eine Katastrophe im Felde belastet werden konnte.

Diesen Erwägungen konnte sich auch Prinz Max von Baden nicht verschließen. Trotzdem ersuchte er den Obersten v. Haeften, gleich nochmals mit General Ludendorff telephonisch zu sprechen und seine Zustimmung dazu zu erbitten, daß nur das Friedensangebot, aber ohne ausdrückliches Ersuchen um Waffenstillstand gestellt werden sollte. Haeften erwähnte dabei dem General Ludendorff gegenüber, daß der Feldmarschall die militärische Lage nicht so ernst dargestellt habe wie Major v. dem Bussche. Ludendorff erwiderte, „der Feldmarschall habe mit seiner Beurteilung der Lage gewiß recht; trotzdem müsse er (Ludendorff) auf dem Waffenstillstandsangebot und dessen baldigster Absendung bestehen. Wenn auch die Lage im jetzigen Augenblick nicht bedrohlich sei, so sei doch bestimmt in kurzer Zeit mit einer Wiederholung der Großangriffe der Entente auf der ganzen Front (Westen, Italien und Balkan) zu rechnen. Dann aber — in zwei oder drei Wochen — könne es von entscheidender Bedeutung werden, ob das deutsche Heer 24 Stunden früher oder später die so dringend nötige Waffenruhe erhielte." [1])

Hiermit hat die O. H. L. die volle Verantwortung für die Hinaussendung des Friedens- und Waffenstillstandangebots übernommen. Nur auf ihr Urteil kam es an, nur sie konnte entscheiden, ob die Lage an den Fronten diesen Schritt erforderte. Den Männern der Politik blieb zur Wahrung ihrer Verantwortung kein anderer Weg, als ihre schwerwiegenden Bedenken geltend zu machen. Bestand die O. H. L. auf ihrer Beurteilung, so mußte die politische Leitung die gegebenen Schlußfolgerungen daraus ziehen. Das hat sie getan und damit im Sinne des Vaterlandes und pflichtgemäß gehandelt. Sie trifft in dieser Hinsicht keinerlei Vorwurf.

grund. Noch viel mehr die Verwahrungen der O. H. L. wie die, daß die 14 Punkte Wilsons nur ‚als Grundlage für die Verhandlungen' dienen dürften, und daß, ehe deutsches Gebiet ‚in nennenswertem Umfange' abgegeben würde, Deutschland weiterkämpfen und lieber untergehen müsse als die Ehre verlieren dürfe. Ob wir weiter kämpfen könnten, mußte erst die Zukunft erweisen. Jetzt stand nur die Frage zur Entscheidung: müssen wir um Waffenruhe bitten? und (in zweiter Linie) mit welchen Worten? Über die Folgen dieses sachlichen Entscheids half uns der bestgemeinte und feierlichst formulierte interne Vorbehalt nicht weg." (Friedrich Payer, „Von Bethmann Hollweg bis Ebert", S. 109/110.)

[1]) Anlage 12, S. 378.

Am späten Nachmittage des 3. Oktober fand eine nochmalige Schlußberatung über die Friedensnote statt. Man einigte sich dahin, daß die Absendung erst erfolgen sollte, wenn die Regierungsbildung völlig beendet sei. Dabei wurde der endgültige Wortlaut der Note festgestellt. Er unterschied sich nur wenig[1]) von dem Entwurfe, den General Ludendorff am 2. Oktober nach Berlin hatte mitteilen lassen. Der wichtigste Unterschied war vielleicht, daß Ludendorff sagen wollte, die Regierung erkläre sich damit einverstanden, daß die vom Präsidenten Wilson aufgestellten Programmpunkte „als Grundlage für die Friedensverhandlungen dienen" sollten, während es in der Note hieß, die Regierung nehme das von Wilson aufgestellte Programm „als Grundlage für die Friedensverhandlungen an", damit also einen kleinen Schritt weiterging.

Die O. H. L. hatte somit in der entscheidenden Frage der Absendung des Friedens- und Waffenstillstandsangebots ihren Standpunkt durchgesetzt. Die Abfertigung der Note noch in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober wurde beschlossen.

So war denn in den Tagen vom 29. September bis 3. Oktober neben der militärischen Krisis auch eine akute politische zu überwinden gewesen. Die O. H. L. wollte das Heer vor dem Untergange retten, hielt hierfür ein sofortiges Waffenstillstandsangebot für nötig, das aber nur von einer neuen Regierung ausgehen konnte. Um diese Regierung schnellstens zu bilden, stellte sie unentwegt die Forderungen der militärischen Lage in den Vordergrund, ohne sich hinreichend Rechenschaft davon zu geben, daß die öffentliche Meinung Deutschlands auf einen derartigen Schritt und auf eine derartige Hoffnungslosigkeit der militärischen Lage in keiner Weise vorbereitet war. Während sich nun die militärische Lage allmählich besserte, bereitete sich durch den Wettersturz der öffentlichen Meinung, gegen den keinerlei Vorkehrungen getroffen waren, die schwere innerpolitische Katastrophe vor, der das Deutsche Reich binnen wenigen Wochen erliegen sollte.

IX

Das Waffenstillstandsangebot und die öffentliche Meinung

Die am 29. September 1918 im Großen Hauptquartier gefaßten Entschlüsse waren „selbst für verhältnismäßig Nahestehende über-

[1]) Wenn General Ludendorff sagt, er habe keinen „sofortigen" Waffenstillstand gefordert (Entgegnung auf das amtliche Weißbuch, Heft 2, S. 50), so bezeichnet er damit nur einen stilistischen und formellen Unterschied. Sachlich bedeutete die von ihm gewählte Formulierung: „. . . die deutsche Regierung . . . ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, den Waffenstill-

raschend". So berichtet Oberhofprediger D. v. Dryander[1]). Über die Wirkung auf den Monarchen, den Reichskanzler Grafen Hertling, den Staatssekretär v. Hintze, den Vizekanzler v. Payer in Berlin wurde bereits gesprochen. Wie aber würde die Heimat die plötzliche Enthüllung über den Umschwung der Lage aufnehmen?

Der deutsche Kronprinz trifft durchaus das Richtige, wenn er in seinen von Karl Rosner herausgegebenen „Erinnerungen" sagt, daß die Forderung der O. H. L. nach einem sofortigen Waffenstillstandsangebot Kaiser und Volk völlig überrascht hätte, und im Zusammenhange davon als von einer „niederschmetternden Enthüllung der nackten Wahrheit" spricht[2]). Aus Traumländern seien Millionen Deutscher durch die unglücklichen Vorgänge des Jahres 1918 in eine grausam harte Wirklichkeit gerissen worden[3]). Der Zusammenbruch hätte nach seiner Meinung niemals zu einer so grausamen Katastrophe werden können, wäre das Volk nicht durch die von ihm für ganz und gar unmöglich gehaltenen schweren Rückschläge an der Front aus allen von den amtlichen Stellen ängstlich gehegten Illusionen gerissen worden. „Der auf einem Denkfehler ruhende Mangel an Aufrichtigkeit und Wahrhaftigkeit der Heimat gegenüber, der manchen Herrn der hierfür verantwortlichen Stellen in Fleisch und Blut übergegangen war, hat sich schwer gerächt. Nicht mit dem einschläfernden Opiate ewiger Beruhigungen, daß alles zum besten stehe, spannt man die Leistungen des einzelnen wie eines ganzen Volkes zu ihrer letzten Höhe an. Stärker wirkt der ehrliche Hinweis darauf, daß Ungeheures in einem Kampf um Leben oder Sterben zu vollbringen ist, daß dieser Kampf sich härter als irgendeiner gestaltet, den ein Volk je durchrungen hat, — daß bei dem Auf und Nieder seiner Phasen kein Nerv nachlassen, keine Seele lässig werden darf, soll nicht alles verloren gehen. Den klaren Blick in die Folgen einer etwaigen Niederlage hätte man der Heimat nicht vorenthalten, die ganze Furchtbarkeit des Ringens an den Fronten hätte man ihr nicht durch eine falsche Geheimnistuerei im Fall von Mißerfolgen verschminken dürfen.

„Ich rede da gewiß keiner trübseligen Flaumacherei das Wort, — aber einer Auffassung, nach der dem deutschen Volke von Anfang an die Ehre gegeben werden mußte, es für mündig und reif genug zu nehmen, daß es die ganze harte Wahrheit sehe und sein Herz an ihrem Anblick stähle!

„Was ich meinen Truppen hundert und hundert Mal zugerufen habe: ‚Kameraden, es steht hart und bitter schwer. Es geht um Leben

---

stand, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, schon jetzt herbeizuführen ..." (Weißbuch Nr. 30) auch nichts anderes, als einen „sofortigen" Waffenstillstand; anders können die Worte „schon jetzt" nicht aufgefaßt werden.

[1]) „Erinnerungen aus meinem Leben", 3. Auflage, S. 315.

[2]) Karl Rosner, „Erinnerungen des Kronprinzen Wilhelm", S. 308.

[3]) A. a. O., S. 220.

oder Sterben für euch und für das alles, was wir Deutsche haben. Ob wir durchkommen werden, weiß ich nicht. Aber allen Glauben habe ich an euch, daß keiner den anderen und das Ganze im Stiche läßt. Und es gibt keinen anderen Weg — darum vor — mit Gott für Kaiser und Reich! Für alles, was ihr liebt und nicht zertreten sehen wollt!', das etwa in der Anwendung auf unsere jeweilige Lage hätte auch die Heimat immer wieder hören müssen.

„Man hat es vorgezogen, die Wahrheit zu rationieren. Der Erfolg war, daß die Hungernden gierig nach Gerüchten und Legenden als Ersatz für das ihnen Vorenthaltene haschten, daß Mißtrauen und zersetzende Zweifel groß geworden sind. Schon bei der ersten Marneschlacht[1]) hat diese falsche Taktik eingesetzt, — wir sind sie bis zum Zusammenbruch nicht losgeworden.

„Nicht der deutschen Presse darf die Schuld an der falschen Orientierung ihrer Leser zugeschoben werden, — die Wurzel des Übels lag dort, wo der deutschen Presse das Material zugewiesen wurde. Den ehrlichen Drang nach Wahrheit haben die Zeitungen aller Richtungen in diesen Jahren wohl durchweg gehabt[2]), — daß dabei parteimäßige Färbungen und Eigenbrödeleien mitspielen konnten, versteht sich von selbst. Während des Krieges haben mir führende Vertreter aus den verschiedensten Richtungen der deutschen Presse und namentlich Kriegsberichterstatter, die meine Gäste waren, und die ich bei der kämpfenden Truppe immer wieder traf, oft genug darüber geklagt, daß sie nicht so über die Dinge schreiben dürften, wie sie ihnen hier vor Augen stünden, das heißt, daß sie ihren Lesern nur einen Teil der Wahrheit sagen und nicht den ganzen Ernst der Lage darstellen könnten. Bittere Nachrichten würden am liebsten ganz zurückgehalten. Dazu wüte der Rotstift namentlich in Zeiten kritischer Vorgänge an der Front, in den Depeschen und Berichten, und was so am Ende stehen bleibe, das sehe oft genug ganz anders aus als das, was im Zusammenhange gemeldet wurde.

„Die Zensur hat durch ihren Einfluß auf diese Berichte unmittelbarer Augenzeugen viel und schwer an der Heimat gesündigt." —[3])

Auch Staatssekretär a. D. Helfferich hat sich in seinem Kriegsbuche[4]) über den Eindruck der Waffenstillstandsforderung auf die öffentliche Meinung geäußert. Helfferich kam am 1. Oktober von einer kurzen Reise nach Berlin zurück. Er sprach im Auswärtigen Amt vor und erfuhr dort, sowie am Nachmittage durch Graf Roedern, Näheres

---

[1]) Vgl. hierzu die Urteile des Feldmarschalls Conrad im 4. Bande seines großen Werkes „Aus meiner Dienstzeit 1906—1918". S. o. S. 281.

[2]) Vgl. hierzu die Urteile Niemanns und des Obersten Bauer (S. o. S. 215 ff. und S. 218/219.

[3]) Karl Rosner, „Erinnerungen des Kronprinzen Wilhelm", S. 221—223.

[4]) Karl Helfferich, „Der Weltkrieg", 3. Bd., S. 534 ff.

über die militärische und politische Lage und die in Spa gefaßten Entschlüsse. Auch er war auf das tiefste erschüttert. Mußte er doch annehmen, daß jeder Augenblick den Durchbruch des Feindes und die völlige Zertrümmerung unseres Heeres bringen könne. So bleibe nur das von Ludendorff ungestüm verlangte sofortige Ersuchen um Waffenstillstand und im Inneren die völlige Demokratisierung unserer staatlichen Einrichtungen. „Alles in mir", schreibt Helfferich, „lehnte sich gegen den Gedanken auf, daß Hindenburg und Ludendorff mit ihrem Stab es dahin hätten kommen lassen können, daß wir jetzt unter dem Druck eines unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruchs zum Ersuchen um sofortigen Waffenstillstand, das unter diesen Verhältnissen nur die Einleitung zur schmählichsten Kapitulation sein konnte, gezwungen sein sollten. Ich verwies auf Ludendorffs heftiges Temperament, dem er starken und mitunter übertreibenden Ausdruck zu geben liebe. Ich beschwor meine Freunde, dahin zu wirken, daß nicht unter einem vielleicht falschen Eindruck, wie ihn Ludendorffs Art bei Leuten, die ihn nicht genau kannten, leicht hervorrufen könne, in einer Panikstimmung Entschlüsse gefaßt würden, die das Verderben unentrinnbar machten. Wenn aber Ludendorff es wirklich habe dahin kommen lassen, daß wir jetzt mit dem Rücken am Abgrund um sofortigen Waffenstillstand betteln müßten, dann habe er einen solchen Mangel an Augenmaß gezeigt, daß auch sein Urteil über die jetzige Situation nicht maßgebend sein könne für die schwersten Entschlüsse, die je von der Reichspolitik zu fassen waren; dann müßten sofort und vor allem weiteren die Armeeführer darüber gehört werden, wie sie die Möglichkeit einer weiteren schrittweisen Verteidigung während der für die Verhandlungen nötigen Zeit beurteilten. Auch heute noch bin ich der Meinung, daß eine Politik, die uns vor dem Schlimmsten bewahrt hätte, damals noch möglich gewesen wäre." Das von den Heerführern der O. H. L. geforderte „Ersuchen um sofortigen Waffenstillstand" empfand also Helfferich als die „Einleitung zur schmählichsten Kapitulation".

Dem Gedanken Helfferichs, daß vor dem Beschreiten dieses Weges noch die Armeeführer hätten befragt werden müssen, könnte man beipflichten, wenn damals bei den maßgebenden politischen Persönlichkeiten das Vertrauen zu den Heerführern schon ernstlich erschüttert gewesen wäre. Sämtliche in Betracht kommende Persönlichkeiten haben aber das Votum der O. H. L. als feste, unwidersprechliche Grundlage angenommen. Es war das eine Folge der geschichtlichen Entwicklung während des Weltkrieges, in dem die Politik in einer beinahe subalternen Rolle gegenüber der Heeresleitung zurückgeblieben war. Jetzt allerdings fing man schon an, zwischen dem Feldmarschall, der sich nach wie vor des größten Vertrauens erfreute, und dem Ersten Generalquartiermeister, den man für überarbeitet

hielt, einen Trennungsstrich zu ziehen[1]). Offensichtlich standen der Reichskanzler Prinz Max, der Staatssekretär Solf und viele andere politische Persönlichkeiten schon damals dem General Ludendorff kritisch gegenüber. Seine Trennung vom Feldmarschall, die wenige Wochen nachher Wirklichkeit wurde, bahnte sich allmählich an.

In Berlin machte das plötzliche Wegziehen des Schleiers von dem Bilde der wahren Lage einen furchtbaren Eindruck. Zumeist war man noch ganz von der Zuversicht erfüllt gewesen, daß wir, wenn auch keinen entscheidenden Sieg, so doch einen guten Ausgang unseres Verteidigungskrieges erkämpfen würden, der uns unseren bisherigen Besitzstand und damit einen gewaltigen Erfolg vor der Geschichte sicherte. Jetzt griff eine tiefe Entmutigung überall Platz. Im Kriegskabinett sowohl wie im ganzen Volke wurde durch diesen Schritt der Glaube an die Widerstandskraft der Front so schwer erschüttert, daß Ludendorffs spätere Bemühungen, in Berlin die maßgebenden Persönlichkeiten von einer wesentlichen Besserung der militärischen Lage zu überzeugen, aussichtslos blieben. Sehr bedenklich war auch, daß das Waffenstillstandsangebot auf die — immer schon schwierigen — Beziehungen der O. H. L. zur politischen Leitung verschlimmernd einwirkte. Militärische und politische Leitung standen sich bald fast wie feindliche Mächte gegenüber, die mit- und voreinander diplomatisierten, die sich nicht mehr verstanden, sondern einer vom anderen zu fürchten schienen, ihm könne die Verantwortung für alles kommende Unheil zugeschoben werden.

Von einem so ernsten Stande der Dinge, daß ein sofortiges Waffenstillstandsangebot notwendig würde, haben auch der Vertreter Ludendorffs in Berlin, Oberst v. Haeften, der Pressechef beim Reichskanzler, Ministerialdirektor Deutelmoser[2]) und der Chef des Kriegspresseamts, Major Würz, vor dem 29. September 1918 nichts gewußt. Sie alle waren aufs äußerste betroffen, und Major Würz, der unmittelbar nach Empfang der Nachricht Deutelmoser im Auswärtigen Amt aufsuchte, äußerte sich über diese Nachricht mit allen

[1]) Vgl. hierzu den im 1. Teil des Gutachtens mitgeteilten Bericht des Dr. Victor Naumann vom 22. 2. 1918 (Anlage 13), wonach in Wien damals Ludendorff als „der bestgehaßte Mann in der Monarchie" bezeichnet wurde.

[2]) Deutelmoser, vor dem Kriege Generalstabsoffizier in der kriegsgeschichtlichen Abteilung I des Großen Generalstabes, sodann als Generalstabsoffizier im Kriegsministerium, wo er eine Abteilung für die Presse schaffen sollte, wurde im Oktober 1916 in das Auswärtige Amt als Nachfolger Hammanns übernommen, nachdem er bis dahin das Kriegspresseamt geleitet hatte. Bei seinem Ausscheiden aus dem Heere betonte der Generalfeldmarschall v. Hindenburg in einem Schreiben vom 31. 10. 1916, daß er „die dankbare Aufgabe, die Interessen der O. H. L. den Organen der öffentlichen Meinung gegenüber zu vertreten, vortrefflich gelöst" habe. Vgl. Erich Ludendorff, „Meine Kriegserinnerungen", S. 295.

Anzeichen völliger Verzweiflung. Ihn bedrückte die Wirkung, die dieser Entschluß auf die öffentliche Meinung ausüben mußte, auf das Schwerste. War doch bisher noch kein vorbereitender oder vorbeugender Schritt erfolgt. Tatsächlich hat der Pressechef beim Reichskanzler Deutelmoser erst vom Chef des Kriegspresseamts diesen weltgeschichtlichen Vorgang erfahren, und ersterer vermochte nur mit Aufgebot aller Willenskraft seinem Besucher die Tatsache zu verbergen, daß er, der verantwortliche Dezernent für alle Presseangelegenheiten bei dem höchsten Beamten des Reiches, von der ganzen Sache noch gar nichts wußte. Dabei verlangte der Entschluß zu Waffenstillstands- und Friedensangebot wie kein Anlaß zuvor, nach Ansicht des damaligen Leiters der Abteilung IIIB im Großen Hauptquartier[1]), eine feste und klare Führung der öffentlichen Meinung. „Die Aufklärung über die militärischen Notwendigkeiten war völlig untrennbar geworden von dem politisch Gewollten." Jetzt rächte es sich, daß es unterlassen worden war, schon nach den ersten Rückschlägen die öffentliche Meinung von ihrer übertriebenen Siegeszuversicht in ein ruhigeres Fahrwasser umzusteuern und sie mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß es notwendig werden könne, auf einen Siegfrieden und Annexionen zu verzichten. Auf diesem Gebiete aber war noch nicht das Geringste geschehen.

Schon im ersten Teil des Gutachtens ist ausgeführt, daß die Kriegspresse-Einrichtungen 1914 als Verlegenheitsschöpfungen des Krieges nach rein militärischen Gesichtspunkten improvisiert worden waren. Das Kriegspresseamt hatte sich, wie anerkannt werden muß, schließlich zu einem erfolgreich vermittelnden Bindeglied zwischen der O. H. L. und der politischen Leitung des Reiches entwickelt. Immer aber blieb bestehen, daß in oberster Instanz die Abteilung IIIB des Großen Hauptquartiers für die letzten und wichtigsten Aufschlüsse in Frage kam. Auf dem Gebiete immer weiterer organisatorischer Ausgestaltung hat ihr Leiter, der den ganzen Krieg von Anfang bis fast zu Ende in immer derselben Stellung mitgemacht hat, Bedeutendes geleistet[2]). Hatten ihn zu Kriegsbeginn der Nachrichtendienst und der Schutz des militärischen Geheimnisses fast ganz in Anspruch genommen, so konnte er sich später hauptsächlich dem Pressedienst und dem vaterländischen Unterricht zuwenden. Das alles erforderte zahlreiche Reisen und erschwerte zweifellos die dauernde persönliche Verbindung zwischen der O. H. L. und dem Leiter der

[1]) W. Nicolai, „Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg", S. 134.

[2]) „Er war ein geschickter Organisator, unermüdlich tätig, sehr strebsam und nicht ohne Erkenntnis des für den Augenblick Notwendigen. Ich hatte aber doch den Eindruck, daß sein sich ständig erweiternder Geschäftskreis zuletzt seine Kräfte überstieg." (Frhr. v. Freytag-Loringhoven, „Menschen und Dinge, wie ich sie in meinem Leben sah". S. 326.)

III B, deren Abteilungschef zwar auf die Aufstellung der Heeresberichte keinen unmittelbaren Einfluß besaß, aber doch verpflichtet war, „vor ihrer Weitergabe die Wirkung auf Heer und Heimat zu prüfen“ [1]). Im Jahre 1918, wo die Gesamtlage Deutschlands mehr noch als zuvor durch die Kriegslage an der Front eindeutig bestimmt war, wurde die III B zu einem ganz besonders wichtigen Faktor, sobald es auf eine grundlegende Beeinflussung der öffentlichen Meinung Deutschlands ankam. Hierfür war aber spätestens nach dem Mißlingen der vierten Offensive — auf Reims — ein zwingender Anlaß gegeben.

Im Großen Hauptquartier mußte man sich damals die Frage vorlegen, ob es nicht angezeigt sei, dem wachsenden Ernste der Kriegslage durch rechtzeitige Beeinflussung der öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen. Für ganz Deutschland — von wenigen klarsehenden Gruppen abgesehen — bestand die Tatsache unserer sieghaften Stellung in Feindesland unverändert fort. Blieben wir in den durch die Offensiven errungenen Stellungen stehen und schufen dort, ähnlich wie in Belgien, eine provisorische vollendete Tatsache, so hatten wir eigentlich einen sehr wichtigen Teil des Friedensschlusses schon vorweggenommen und Deutschlands Grenzen um wertvolle Bestandteile feindlichen Gebietes bereits erweitert. Vermochte die Entente nicht, uns aus diesen Stellungen zu verdrängen, und dauerte dieser Zustand noch längere Zeit an, so wurde aus dem Provisorium schließlich so etwas wie eine endgültige Regelung. Jedenfalls waren wir, wenn es uns gelang, im Sinne der Erklärung des Feldmarschalls am 14. August 1918, „auf französischem Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich den Feinden unseren Willen aufzuzwingen,“ die unbestreitbaren Sieger. Die politische Leitung, vertreten durch den Reichskanzler und den Staatssekretär v. Hintze, durfte dann mit dem Defensivsiege rechnen und wäre, wie die Dinge einmal lagen, gar nicht in der Lage gewesen, die öffentliche Meinung in anderem Sinne zu beeinflussen, ohne den zwingenden Einspruch der O. H. L. hervorzurufen, die sie dann beschuldigt haben würde — oder jedenfalls hätte beschuldigen können —, die öffentliche Meinung zu schädigen und dadurch den Kampfwillen im Volke zu lähmen. Gerade das Gegenteil wünschte ja aber die O. H. L. und hatte in dieser Beziehung am 13. und 14. August lebhafte Klage darüber geführt, daß auf diesem Gebiete zu wenig geschehe.

Bei der verwickelten Organisation und Zuständigkeit der für die Führung der öffentlichen Meinung im Laufe der Kriegszeit nach und nach geschaffenen militärischen und politischen Organe ist es kaum möglich festzustellen, wer für die nicht rechtzeitige Umstellung der öffentlichen Meinung die Hauptverantwortung zu tragen hat. Unbe-

---

[1]) W. Nicolai, „Nachrichtendienst usw.“, S. 55.

streitbar ist, daß von fast allen Beurteilern des Weltkrieges, politischen wie militärischen, das Versagen auf diesem Gebiete festgestellt worden ist.

Am schärfsten hat sich hierüber, wie schon erwähnt, der deutsche Kronprinz geäußert. Als er mit Herrn v. Heydebrand im Juli 1918 über die Kriegslage sprach, war er ganz betroffen über den Optimismus, mit dem dieser damals in die Zukunft blickte. „Er war geradezu erschüttert, als ich ihm die nackte Wahrheit enthüllte, als ich ihm sagte, daß wir schon seit längerer Zeit an der Westfront einen Verzweiflungskampf mit übermüdeten, erschöpften Truppen gegen eine riesige Übermacht führten." Herr v. Heydebrand erwiderte, er habe bisher eine völlig falsche Auffassung von unserer Lage gehabt, man habe ihn und seine Partei in Berlin völlig unrichtig orientiert[1]).

Dieses Urteil mag hier für eine beliebig zu vermehrende Reihe anderer stehen und mit den als Motto meines Gutachtens gewählten Worten des Generals v. Falkenhayn, den Darlegungen des Oberstleutnants Niemann, den Bemerkungen des Obersten Bauer dazu[2]) sowie der weiteren Literatur[3]) verglichen werden. Auch General Ludendorff klagt über die Führung der Presse an verschiedenen Stellen seiner „Kriegserinnerungen". Worauf es hier ankommt, ist die Feststellung, daß in den kritischen Sommermonaten 1918 das aufklärende Wort über eine grundlegende Verschlechterung der Kriegslage und die sich daraus ergebende Notwendigkeit einer Umsteuerung der öffentlichen Meinung zu bescheideneren Kriegszielen nicht erfolgt ist. Dieses Wort konnte nur von der O. H. L., die allein für die Beurlung der Kriegslage das nötige Sachverständnis und die Zuständigkeit besaß, ausgesprochen werden. Das ist aber nicht erfolgt. Den schlagendsten Beweis hierfür bietet die im August und September von der O. H. L. gewünschte neue Propaganda für das Durchhalten, für die Oberst v. Haeften und Ministerialdirektor Deutelmoser sich in Berlin einsetzten.

Im August 1918 ließ die O. H. L. durch Vermittlung des Obersten v. Haeften den Ministerialdirektor Deutelmoser bitten, beim preußischen Kultusminister mit darauf hinzuwirken, daß in den Kirchen und Schulen eine lebhafte Propaganda in diesem Sinne getrieben würde. Nach Deutelmosers Ansicht war das nur zu verantworten, wenn Sicherheit dafür bestand, daß wir keinesfalls mit einer schlech-

---

[1]) Karl Rosner, „Erinnerungen des Kronprinzen Wilhelm", S. 219.

[2]) S. o. S. 215 ff. und S. 218/219.

[3]) Vgl. hierzu besonders Friedrich v. Bernhardi, „Eine Weltreise 1911/12 und der Zusammenbruch Deutschlands", 3. Band, S. 245/246, ferner „Die Schuld am deutschen Zusammenbruch, Tagebuchblätter eines früheren preußischen Verwaltungsbeamten" (Polizeipräsident a. D. Frhr. v. Lüdinghausen gen. Wolff), herausgegeben von Prof. D. Otto Baumgarten und (Heinrich Schnee), „Niederbruch und Aufstieg".

teren, sondern nur mit einer besseren Entwicklung der militärischen Lage zu rechnen hätten. Es entstanden im Anschluß daran die Notizen Deutelmosers zur Propagandafrage vom 19. August 1918, die ihrer Wichtigkeit wegen in Anlage 8 wörtlich abgedruckt sind. Diese Notizen sind allen maßgebenden Stellen, auch dem Obersten v. Haeften, zugegangen. Darin fand sich die Auffassung, es komme viel darauf an, nicht etwa nur in der Presse den Schein der Zuversicht zu erhalten, sondern im ganzen Volke den wirklichen Glauben an den günstigen Ausgang des Krieges wieder zu festigen. „Heraus mit der Wahrheit," schloßen die Aufzeichnungen, „soweit wir nicht durch ihre Preisgabe offenkundig die Geschäfte des Feindes besorgen würden. Unser Volk ist stark genug, auch das Schwerste zu tragen, wenn man es nicht beschönigend oder verschweigend belügt. Trug aber würde es in der ernstesten Zeit seines Daseins niemals verwinden. Ein belogenes Deutschland wäre nicht nur besiegt, sondern auch für immer vernichtet. Es hätte in dem Glauben, der Wahrheit Gefolgschaft zu leisten, sein Allerbestes vergebens geopfert."

In einer Besprechung mit Oberst v. Haeften vergewisserte sich Deutelmoser, daß auch nach dessen Ansicht die Lage an der Front gehalten werden würde. In der Besprechung im Großen Hauptquartier nachts vom 12./13. August hatte Ludendorff dem Obersten die Lage ernst geschildert[1]), aber die Hoffnung ausgesprochen, daß die Front bis zum Abflauen der jetzigen großen Offensive der Alliierten sich halten werde. Da auch Haeften dies als einen Sieg in der Defensive ansehen durfte, konnte er Deutelmoser in diesem Sinne beruhigen.

Zwischen dem 10. und 15. September fand zwischen Haeften und Deutelmoser eine Besprechung über die geplante Propaganda des Kultusministeriums in Gegenwart des Vortragenden Rates Becker[2]) statt. In dieser Besprechung wurden die grundlegenden Richtlinien für die beabsichtigte Einwirkung vorbereitet. Sie fanden ihren Niederschlag in den in Anlage 9 abgedruckten „Richtlinien über die dringlichste Aufklärungsarbeit in der Heimat", die Oberst v. Haeften entwarf und am 19. September dem Ministerialdirektor Deutelmoser übersandte. In diesen Richtlinien findet sich der Satz: „Die Front wird und muß halten; mit allen Mitteln ist die Zuversicht zu unserer militärischen Stärke zu heben und zu festigen." Ministerialdirektor Deutelmoser arbeitete daraufhin an Stelle der Haeftenschen Richtlinien „Leitsätze für die Aufklärungsarbeit in der Heimat"[3]) aus, in denen sich unter Ziffer 6 der Satz befand: „Im festen Vertrauen auf unsere erprobten tapferen Truppen verbürgt

[1]) S. o. S. 225/226.

[2]) Später Kultusminister, jetzt Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

[3]) Siehe Anlage 10, S. 360/361.

sich die Oberste Heeresleitung dafür, daß unsere Westfront standhalten wird. Sie muß sich dazu aber auch auf die treue Hilfe der Heimat verlassen. So wenig wie draußen am Feind darf zu Hause irgendwer in der Pflichterfüllung versagen, denn unser Verteidigungskampf ist ein Volkskrieg, bei dem es auf die Leistungen jedes Einzelnen ankommt, gleichviel auf welchem Posten er steht."

Haeftens Satz: „Die Front wird und muß halten" und Deutelmosers Formulierung: „Im festen Vertrauen auf unsere erprobten tapferen Truppen verbürgt sich die O. H. L. dafür, daß unsere Westfront standhalten wird", besagen in der Hauptsache das Gleiche und bekunden die feste Zuversicht dieser beiden, an den für die Aufklärung der Heimat wichtigsten Stellen stehenden Männer zu einer jedenfalls nicht ungünstigen Entwicklung der Kriegslage. In diesem Gedankengange äußerten sie sich bei einer am 19. September unter Leitung des Kultusministers Schmidt stattfindenden Sitzung, an welcher Unterstaatssekretär v. Chappuis, Ministerialdirektor Berger und die Vortragenden Räte Reinhardt, Hinze und Becker teilnahmen. Eine Niederschrift über das Ergebnis der Besprechung ist in den Akten des Kultusministeriums nicht vorhanden[1]). Es wurde aber der Entwurf eines Erlasses an die Regierungen, die Provinzialschulkollegien, den Evangelischen Oberkirchenrat, die Konsistorien und die Bischöfe in seinen Grundzügen erörtert. Dieser Erlaß wurde am 24. September schriftlich endgültig festgestellt und am 25. Deutelmoser und Haeften sowie dem Kriegspresseamt übersandt. Letzteres sollte im Interesse der Beschleunigung den Druck der Haeftenschen „Richtlinien" unmittelbar veranlassen. Deutelmoser wünschte statt dieser „Richtlinien" seine ausführlicheren „Leitsätze für die Aufklärungsarbeit in der Heimat" verwendet zu sehen und sandte sie am 27. September außer an den Stellvertreter des Reichskanzlers, der sich damit einverstanden erklärte, dem Kriegspresseamt zur Kenntnis zu. Die geplante Propaganda war noch nicht verwirklicht, als in Spa der Entschluß zum sofortigen Waffenstillstandsangebot gefaßt wurde. Das Kriegspresseamt gab sämtliche Entwürfe an die unter Leitung des damaligen Staatssekretärs Erzberger stehende „Zentrale für Heimatdienst" weiter, und diese schickte sie am 29. Oktober bzw. am 15. November 1918 als durch die politischen Ereignisse überholt dem Kultusminister zurück.

Durch diesen Vorgang wird schlagend bewiesen, daß das Waffenstillstandsangebot bei einer solchen Einstellung der maßgebenden Persönlichkeiten in Berlin unbedingt katastrophal wirken mußte.

Vielfach ist die Ansicht geäußert worden, die öffentliche Meinung

[1]) Siehe Aktenauskunft des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 7. 11. 1922, Anlage 19.

Deutschlands sei durch die täglichen Berichte der O. H. L. über die Kriegslage getäuscht worden. Diese Ansicht ist irrig. Für die Abfassung der Heeresberichte waren Rücksichten der verschiedensten Art maßgebend. Diese Berichte bildeten — wegen ihrer möglichen Wirkung auf den Feind — geradezu ein Mittel der Kriegführung. Den in der Anlage 22 abgedruckten Ausführungen des 1918 für die Abfassung der Heeresberichte verantwortlichen Chefs der Operationsabteilung im Großen Hauptquartier, Obersten Wetzell, stimme ich völlig bei. Auf diesem Gebiete sind Verfehlungen nicht festzustellen, wie überhaupt betont werden muß, daß die Sprache der Heeresberichte mit der Übernahme der O. H. L. durch Hindenburg und Ludendorff unbestreitbar viel ernster geworden war.

Die Nachricht vom Abfall Bulgariens, die am 27. September in Berlin bekannt wurde, schlug wie eine Bombe ein. Am 28. September veröffentlichte der „Vorwärts“ (Nr. 267) einen außerordentlich ernsten Aufsatz über Bulgariens drohenden Abfall, dem Österreich-Ungarn und die Türkei sich anschließen würden. Dann stehe das deutsche Volk allein gegen Franzosen, Engländer, Italiener, Amerikaner und ihre zahllosen Hilfsvölker und kämpfe mit dem Rücken an der Wand, den Untergang vor Augen. Breche jetzt die Westfront, so sei alles verloren. Deshalb müsse sie jetzt fest bleiben. „Jeder der Unsern, den wir mit Sorgen draußen wissen, muß sich dessen bewußt sein, daß es jetzt auf ihn mehr ankommt als je! Jetzt handelt es sich wirklich nicht um Eroberungen, jetzt handelt es sich darum, in Ordnung und ohne unerträgliche Belastung in den Frieden zu kommen. Alle Wahrscheinlichkeit spricht auch dafür, daß es jetzt nicht mehr lange dauern kann. Die Standhaftigkeit einiger Wochen kann uns das Elend vieler Jahre ersparen.“ Die Sozialdemokraten seien stets für die nationale Verteidigung eingetreten. Eine gewisse Schadenfreude über die Abwirtschaftung der bisherigen Machthaber war in dem Aufsatze nicht zu verkennen. Die Regierung, die an den Friedenstisch gehe, so forderte der „Vorwärts“, müsse eine Volksregierung sein, die das ganze Volk hinter sich habe, „wo es gilt, die Sicherheiten des kommenden Friedenszustandes festzulegen, aber auch dort, wo es notwendig ist, den imperialistischen, Deutschlands Zukunft vernichtenden Forderungen der Gegner mit festem Willen zu begegnen. Das kann sie nur tun, wenn die Front fest ist, und wenn im Lande Ordnung herrscht. Der größte Krieg, den die Menschheit erlebt hat, endet, wie alle Weiterblickenden vom ersten Tage an gesagt haben, als ein reiner deutscher Verteidigungskrieg. Als solcher muß er jetzt so r a s c h wie möglich und so g u t wie möglich zu Ende gebracht werden. Wir Volk haben dazu unsere Pflicht getan und denken nicht, sie im letzten Augenblick zu verlassen.“ Am gleichen Nachmittage verließ Staatssekretär v. Hintze Berlin, um sich zu der entscheidenden Besprechung nach Spa zu begeben.

Den Artikel aus dem „Vorwärts“ habe ich hier angeführt, da er damals in der Reichshauptstadt, besonders auch im Auswärtigen Amt, die größte Erregung hervorrief und den chaotischen Umsturz der öffentlichen Meinung treffend bezeichnet. Und dabei war die Waffenstillstandsforderung der O. H. L. noch gar nicht einmal bekannt. Schon der Zusammenbruch unserer Balkanfront wirkte so stark.

X

Überblick über die Ereignisse bis zum Waffenstillstande von Compiègne

In der Nacht vom 3. zum 4. Oktober um 1 Uhr 10 vormittags ging die erste deutsche Note an Wilson aus Berlin ab. Sie war an den deutschen Gesandten in Bern gerichtet, der die eidgenössische Regierung ersuchte, den Inhalt telegraphisch dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zu übermitteln. Die Note hatte folgenden Wortlaut:

„Berlin, den 3. Oktober 1918

Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Anbahnung von Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September, aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an.

Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung, den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.

gez. Max, Prinz von Baden
Reichskanzler“

Am 4. Oktober, 5 Uhr 45 nachmittags, ging die Note von Bern nach Washington ab. Tags darauf teilte Prinz Max von Baden im Reichstage den von dieser Mitteilung aufs tiefste bewegten Anwesenden mit, daß er durch Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika eine Note gerichtet und ihn gebeten habe, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen. „Im Westen“, so kennzeichnete der Prinz die militärische Lage, „tobt seit Monaten eine einzige, furchtbare, menschenmordende Schlacht. Dank dem unvergleichlichen Heldentum unserer Armee, das als unvergängliches Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Volkes fortleben wird für alle Zeiten, ist die Front ungebrochen. Dieses stolze Bewußtsein läßt uns mit Zuversicht in die Zukunft sehen.“

Hiernach konnte es so erscheinen und ist auch vielfach so aufgefaßt worden, als sei der Friedensschritt keineswegs durch die militärische Lage geboten gewesen, sondern der Gedankenrichtung des Prinzen entstammt. Für die öffentliche Meinung war das zweifellos von Vorteil, denn der Sturz in den Abgrund der Hoffnungslosigkeit war sonst gar zu unvermittelt. So konnte der Aufruf noch mit der stark betonten Hoffnung ausklingen, daß das deutsche Volk vernichtende Bedingungen nicht annehmen und auf Leben und Tod dagegen kämpfen würde. „Kein Zagen befällt mich bei dem Gedanken, daß dieses zweite Ergebnis eintreten könnte; denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden sind, und ich weiß, daß die unwiderlegliche Überzeugung, um unser Leben als Nation zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln würde. Ich hoffe aber um der gesamten Menschheit willen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten unser Angebot annimmt. Dann wäre die Tür zu einem baldigen ehrenvollen Frieden des Rechts und der Versöhnung sowohl für uns wie für unsere Gegner geöffnet."

Es war zu spät! Die Lage unserer Feinde ermöglichte ihnen, ein von ihrem Standpunkte aus höheres Ziel zu verfolgen, die Saat der Zersetzung aufgehen zu lassen und dann dem völlig wehrlosen Gegner einen Frieden der Vernichtung aufzuzwingen. Für sie galt es, Zeit zu gewinnen, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen und die Dinge ausreifen zu lassen. Vielleicht brach die deutsche Front zusammen: dann brauchte man sich nicht lange mit diplomatischen Verhandlungen aufzuhalten und wurde durch die Waffenentscheidung aller weiteren Schritte überhoben.

In dieser Hoffnung sind Deutschlands Feinde getäuscht worden.

Ob es für Deutschland im Oktober möglich gewesen wäre, durch eine Diktatur — die aber weder der Oberste Kriegsherr noch die O. H. L. damals für möglich hielten —, durch eine „levée en masse" oder durch sonst irgendein Mittel noch in letzter Stunde die erforderliche innerste Einheit zwischen der kämpfenden Front und der Heimat herzustellen und neue Widerstandskräfte zu entfesseln, das soll hier nicht untersucht werden. Mit dem Beginn der Verhandlungen über Waffenstillstand und Frieden war ein so einschneidender Entschluß gefaßt und aller Welt kundgetan worden, daß seine Wirkungen, weniger auf den Kampfwillen der Front, aber auf die Stimmung in der Etappe und der Heimat kaum übertrieben werden können. Das Gefühl, es gehe jetzt zum Frieden und jedes weitere Blutopfer sei überflüssig, verbreitete sich überall. Das Vertrauen aber zu einer richtigen Beurteilung der Lage durch die O. H. L., jedenfalls durch General Ludendorff, war bei den führenden Staatsmännern verloren gegangen. Damit fehlte leider ein für die Aufrufung und Zusammenfassung der letzten Widerstandskräfte Deutschlands außerordentlich wichtiges Moment.

Während in den kommenden Wochen der diplomatische Kampf der Noten gegen Wilson ausgetragen wurde, hatte sich die Westfront immer neuer Angriffe der Entente zu erwehren. Die Widerstandsfähigkeit der deutschen Armee wurde von unseren Gegnern mit Recht immer noch sehr hoch eingeschätzt. Es kam daher für die Entente darauf an, daß Marschall Foch, wenn irgend möglich, einen großen Sieg im offenen Felde errang. Dann vermochte sie vielleicht, wie sie es erhoffte, die Friedensbedingungen zu diktieren.

Der Verlauf der Kämpfe erwies bald, daß die Hoffnungen der Entente sich nicht ohne weiteres verwirklichen ließen. Überall stieß der Feind an den nunmehr verkürzten deutschen Fronten auf wirksame Abwehr. Gelang irgendwo der Einbruch, so wichen die Truppen fechtend zurück, so daß nirgends eine Katastrophe eintrat. So scheiterte z. B. der am 9. Oktober begonnene große Angriff der Armeen Haigs, bis sie am 13. enttäuscht weitere Angriffe einstellten. Auch bei der Armee des deutschen Kronprinzen wurde in den gleichen Tagen wirkungsvoller Widerstand geleistet. „Foch war", schreibt Stegemann in seiner „Geschichte des Krieges", „um die Entscheidungsschlacht betrogen, das große Umfassungsmanöver lag im Keime geknickt . . . So focht damals noch die deutsche Heeresfront im verlorenen Krieg auf verlorenen Posten, fochten Stäbe, Offiziere und Leute auf sich gestellt, in Schlachten, die von der Lys bis zur Maas klafterten und von den Alliierten mühsam Schritt für Schritt gen Osten und Nordosten gewälzt wurden, ohne daß es Foch geglückt wäre, eine operative Lösung zu finden und dieses verblutende Heer in offener Feldschlacht zu besiegen, in die Flucht zu schlagen und zu vernichten." [1])

Die am 14. Oktober von den Armeen der Entente nur noch unter Überwindung schwerster Ermüdungserscheinungen wieder aufgenommene große Schlacht von der holländischen bis zur lothringischen Grenze hatte gleichfalls nicht den erstrebten durchschlagenden Erfolg. Nur gedrängt allmählich zurückweichend, ihre Stellungen hartnäckig verteidigend, fanden die deutschen Truppen sogar noch die Kraft zu Gegenstößen, wie z. B. am 19. Oktober östlich von Sissonne. Noch am 20. Oktober war nirgends der von der Entente erhoffte Durchbruch, noch weniger eine Umfassung erreicht. Die Masse des deutschen Heeres befand sich am 5. November in gesichertem Rückzuge auf die Maaslinie und die belgischen Ardennen. Die Beurteilung der Lage, die am 29. September zur Forderung eines sofortigen Waffenstillstandsangebotes durch die O. H. L. geführt hatte, war also durch den Gang der Ereignisse widerlegt worden. Die Wirkungen dieses Schrittes aber waren nicht wieder gutzumachen.

Inzwischen war die Auflösung der österreich-ungarischen Front erfolgt. Nunmehr mußte auch mit einer Gefährdung Deutschlands von

[1]) Hermann Stegemann, „Geschichte des Krieges", Band 4, S. 643 bzw. 646.

Süden und Südosten her gerechnet werden. Damit schwanden die letzten Voraussetzungen für eine längere und entscheidende Fristung des Widerstandes auf der Westfront. In diesem schwersten Augenblicke zerbrach die in Kiel zuerst aufflammende, von dort aus sich überall hin verbreitende revolutionäre Bewegung die letzte Hoffnung auf einen deutschen Widerstand. Der 9. November und unmittelbar darauf der Waffenstillstand von Compiègne besiegelten Deutschlands Untergang[1]).

Auf die Einzelheiten der Vorgänge vom 4. Oktober ab konnte hier der Begrenzung meines Gutachtens gemäß nicht näher eingegangen werden. In bezug auf die Möglichkeit des Weiterkämpfens stimme ich völlig den Darlegungen des Generals d. Inf. v. Kuhl zu[2]). Die Revolution spielte ein wehrloses Volk einem grausamen und rachgierigen Feinde in die Hand. Sie zerbrach die letzten Stützen des Widerstandes und begrub unter den Trümmern Deutschlands Zukunft.

Wir stehen am Ziele. Nunmehr gilt es, die gewonnenen Ergebnisse noch einmal in Kürze zusammenzufassen und dabei die Verantwortungsfrage, so wie sie sich jetzt darstellt, zu prüfen.

XI

Schlußbetrachtungen

Der Entschluß zur Offensive selbst ist vom militärischen Standpunkte aus als der einzig mögliche zu bezeichnen. Die politische Leitung hat ihn gebilligt, der Oberste Kriegsherr mit seinem Befehl die Verantwortung für ihn übernommen. Die politische Leitung hat sogar ihre Genugtuung darüber bekundet, daß die Entente nicht darauf eingegangen war, sich an den Friedensbesprechungen im Osten zu beteiligen, und dadurch freie Hand gegen die Entente zu gewinnen gehofft. Der O. H. L. kann daher nicht vorgeworfen werden, daß sie vor Beginn der Offensive den Frieden „sabotiert" habe. Für den Beginn der Offensive war die vollste Einmütigkeit zwischen der politischen und militärischen Führung vorhanden.

Die Einzeloffensiven des Jahres 1918 haben trotz hervorragender militärisch-technischer Vorbereitung nur zu taktischen Erfolgen, strategisch aber nicht zu Verbesserungen unserer Lage geführt. Dies mußte

---

[1]) Gutachten des Generals d. Inf. v. Kuhl, 2. Teil: „Es soll keineswegs behauptet werden, der Krieg sei lediglich durch die Unterwühlung des Heeres verloren worden. Vieles mußte zusammenkommen, um Deutschland trotz seiner ungeheuren Leistungen zu Fall zu bringen. Daß aber den pazifistischen, internationalen, antimilitaristischen Bestrebungen und der von der Heimat ausgehenden revolutionären Unterwühlung des Heeres ein beträchtliches Maß von Schuld an unserem Zusammenbruch zufällt, ist erwiesen."

[2]) Vgl. hierzu meine Schrift „Der Irrtum des Marschalls Foch" (Berlin 1919), die diese Auffassung näher begründet.

die politische Leitung ohne weiteres erkennen und durfte sich nicht in den Glauben einwiegen lassen, als könne Deutschland etwa jetzt noch einen Siegfrieden erringen. Militärischerseits sind derartige Hoffnungen anfangs gehegt worden. Die politische Leitung durfte sich davon nicht anstecken lassen, sondern mußte über sie zur Tagesordnung übergehen. Den seelischen und körperlichen Zustand der Heimat, die heraufdämmernden innerpolitischen Gefahren mußte sie besser kennen als die in rein militärischen Anschauungen lebende und durch die Aufgaben der Kriegführung ganz in Anspruch genommene O. H. L. Leider aber hatte sich das gegenseitige Verhältnis der politischen und militärischen Leitung bei der ungeheuren Popularität der letzteren derart zu ungunsten der politischen Führer verschlechtert, daß diese in einer fast subaltern zu nennenden Rolle den Heerführern gegenüberstanden, von ihnen das Stichwort erwarteten und sie um Zustimmung baten, wo sie einfach den Willen der politischen Leitung hätten zum Ausdruck bringen sollen. Der für die Gesamtführung verantwortliche Oberste Kriegsherr aber hatte sich in steigendem Maße von der Führung zurückgezogen und nahm schließlich an der gesamten Kriegshandlung eigentlich nur noch als Zuschauer teil. Daher fehlte es an dem nötigen Ausgleich politischen und militärischen Wollens, der von manchen erkannt wurde[1]), aber von keiner Seite her ersetzt werden konnte.

Für die Entwicklung der Dinge vom Scheitern der großen Offensive ab, die durch die feindlichen großen Angriffe vom 18. Juli und 8. August bezeichnet wird, ist zu beachten, daß die O. H. L. zwar ihren Gedanken auf Sieg in der Offensive aufgegeben, durch ihre Kennzeichnung der Lage am 14. August 1918 aber bei den Politikern den Glauben noch hat bestehen lassen, wir seien imstande, durch eine strategische Defensive den Kriegswillen des Feindes allmählich zu lähmen und dadurch also doch einen Defensivsieg zu erringen. So hat es der Reichskanzler, so der Staatssekretär des Äußeren aufgefaßt, so der Feldmarschall in seiner Äußerung in der Sitzung am 14. August bekundet. Die militärische Lage war nach dieser Feststellung zwar gegen das Frühjahr 1918 wesentlich verschlechtert, sie erlaubte keine hochgesteckten Kriegsziele mehr, zwang aber noch nicht zum Verzicht auf die Hoffnung, in Feindesland stehen bleiben zu können und dadurch einen annehmbaren Frieden zu erhalten. Die Änderung in dem Protokoll vom 14. August 1918, wonach Ludendorff für die Fassung des Generalfeldmarschalls: „General v. Hindenburg hofft, daß es dennoch gelingen werde, auf französischen Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich den Feinden unseren Willen aufzuzwingen", die zuversichtliche Form wählte: „Generalfeldmarschall v. Hindenburg führt aus, daß es gelingen

[1]) Vgl. u. a. auch Oberst Bauer, „Der Große Krieg in Feld und Heimat", S. 187: Oberst Bauer handelte aus seinem Gedankengange heraus eigentlich nur folgerichtig, wenn er schließlich die Ausschaltung des Kaisers anstrebte.

werde, usw.", ist von weittragender Bedeutung. Die Männer der Politik entnahmen aus ihr die volle Zuversicht des Ersten Generalquartiermeisters für den Endausgang.

Das Entscheidende war, ob die Hoffnung der O. H. L. auf Behauptung unserer durch die Offensiven errungenen Stellungen durch die Truppe noch zu verwirklichen war. Hierin hat sie sich getäuscht. Die hochgespannten deutschen Erwartungen bei Beginn der Offensive hatten tiefer Niedergeschlagenheit Platz gemacht, weniger in der kämpfenden Front mit ihrem feineren Gefühl für die unbedingten Notwendigkeiten der militärischen Lage, als in der Etappe und Heimat. Lange vorbereitete Zersetzungserscheinungen wurden sichtbar und erschreckten die O. H. L. Wenn sie sich auf den Geist der Armee nicht mehr verlassen konnte, wankte der Grund, auf dem sie bisher gebaut hatte. Sollte es schon so weit sein? Das wollte sie noch nicht glauben. Noch blieb Zeit; die Front würde sich wieder festigen; schon schlimmere Rückschläge hatte man — besonders im Osten — überwunden. Nur die Hoffnung nicht sinken lassen! Die politische Leitung war verständigt, daß wir nicht mehr hoffen dürften, den Kriegswillen der Entente sieghaft zu brechen: der Oberste Kriegsherr hatte am 14. August eine keineswegs drängende Schlußfolgerung daraus gezogen. Durfte die O. H. L. kleinmütiger sein als die Männer der Politik, die sie so oft wegen gerade dieser Eigenschaft getadelt hatte? Die Erlaubnis zur Anspinnung diplomatischer Schritte war erteilt, man konnte weitersehen, wie sich alles entwickelte. So etwa dachte man im Großen Hauptquartier.

Der Staatssekretär des Äußeren aber tat, was in seinen Kräften stand. Er sah weiter und schwärzer als die O. H. L. und hat nicht, wie ihm zu Unrecht vorgeworfen wird, wertvolle Zeit durch Abwarten verloren. Seine politischen Wirkungsmöglichkeiten hingen aber einzig und allein von der militärischen Lage, mehr noch, sie hingen davon ab, wie diese den Gegnern erschien. Sie konnten nur gering sein, wenn der Gegner hoffen durfte, durch Fortsetzung der Operationen mehr zu erreichen als durch Verhandlungen. Das war aber bereits der Fall.

Auch die vom Generalfeldmarschall v. Hindenburg am 10. September nach Rücksprache mit dem Staatssekretär v. Hintze gegebene und am 11. nach Wien gedrahtete Zustimmung der O. H. L. zur „Anrufung der Vermittlung einer neutralen Macht zur Herbeiführung einer Aussprache o h n e A u f s c h u b" bildete für den Staatssekretär nur die Zustimmung zu einem schon vorbereiteten Schritte, nicht aber ein Drängen auf Grund einer aufs neue verschlechterten Kriegslage. Schien sie ihm doch hauptsächlich auf die Verhinderung des österreichischen Friedensschrittes abzuzielen.

In Wien aber war man unbelehrbar und veröffentlichte am 14. September die Friedensnote. Wenige Tage später war durch das Ausscheiden Bulgariens die strategische Gesamtfront der Mittelmächte durchbrochen. Ihr ganzes Verteidigungssystem geriet ins Wanken.

Angesichts der mit großem Nachdruck am 26. September einsetzenden neuen Angriffe auf die Westfront befürchtete die O. H. L., ihr am 14. August in Spa genanntes Ziel, auf französischem Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich den Feinden unseren Willen aufzuzwingen, nun nicht mehr verwirklichen zu können. So verlangte sie am 29. September unter stärkster Hervorhebung der militärischen Notlage von den hierauf in keiner Weise vorbereiteten Staatsmännern die sofortige Einleitung von Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen. Eine der öffentlichen Meinung gegenüber tragfähiger erscheinende Regierung sollte die von der O. H. L. für notwendig gehaltenen und mit dem größten Nachdruck geforderten Schritte einleiten.

Hierbei ergab sich unglücklicherweise zu der militärischen nun auch noch eine politische Krise, indem der Reichskanzler den auch von der O. H. L. für notwendig gehaltenen Schritt der Verbreiterung der Regierung nicht mitmachen wollte und seine Entlassung forderte. In verhängnisvoller Weise verknüpfte sich jetzt der Wunsch der O. H. L. nach baldiger Beseitigung des Interregnums mit der Forderung des sofort zu erbittenden Waffenstillstandes. Da die öffentliche Meinung Deutschlands auf einen so ernsten Stand der Dinge nach der gesamten bisherigen Berichterstattung über die Kriegslage in keiner Weise vorbereitet worden war, so wirkte das Drängen der O. H. L. auf eine schnelle Schaffung einer verhandlungsfähigen Regierung in Berlin bei den dort maßgebenden Persönlichkeiten und den Parlamentariern als das Eingeständnis einer bevorstehenden Katastrophe. „Die Masse des deutschen Volkes wurde aus dem sicheren Vertrauen auf die deutsche Armee plötzlich in den Abgrund der Verzweiflung geschleudert. Dies wirkte auf die oberen Schichten der Bevölkerung, die bisher die Herrschaft gehabt hatten, geradezu lähmend“ [1]).

Hier liegt eine schwere Unterlassungssünde vor, für die niemand bisher die Verantwortung hat übernehmen wollen, weil sich niemand für die öffentliche Meinung in eigentlichem Sinne als zuständig und daher letzten Endes verantwortlich ansah. Fast alle Persönlichkeiten, die über den Weltkrieg geurteilt haben, sind einmütig in der Feststellung, daß die öffentliche Meinung von vornherein ganz anders auf den Ernst des Kampfes hätte eingestellt werden müssen. Allen voran hat der Deutsche Kronprinz es beklagt, daß dies nicht geschehen sei. [2]) Aber wer trägt dafür die Verantwortung? Noch genauer gefragt: wer war, nachdem ein übertriebener Optimismus in bezug auf die Kriegslage von Anbeginn des Krieges an ein leider in keiner Weise gerechtfertigtes Gewohnheitsrecht erlangt hatte, nun im fünften Kriegsjahre überhaupt noch in der Lage, eine völlige Umsteuerung der öffentlichen Meinung vorzunehmen? War es nicht äußerst bedenk-

[1]) „Niederbruch und Aufstieg. Wege zu Deutschlands Errettung.“ Von einem Staatsmanne (Gouverneur Schnee), S. 73.

[2]) Siehe o. S. 306/307.

lich, wenn eine Persönlichkeit wie Herr v. Heydebrand, dem es doch in keiner Weise an persönlichen Beziehungen zur Armee und zu den maßgebenden Kreisen fehlte, noch im Juli 1918 über den Ernst der Lage an der Front so wenig unterrichtet sein konnte, daß es den Kronprinzen geradezu erschütterte und ihn dazu veranlaßte, seinerseits die ihm nötig erscheinende Aufklärung zu übernehmen?[1])

Nur von verantwortungsvollster Stelle aus, die den nötigen Gesamtüberblick über die Lage auf allen Kriegsschauplätzen besaß, konnte eine solche Beeinflussung der öffentlichen Meinung erfolgen. Einer der für die Außenpolitik mit verantwortlichen Staatsmänner, Herr v. Kühlmann, hatte einen Anlauf dazu unternommen, als er in seiner Reichstagsrede vom 24. Juni 1918 den Gedanken der Haeftenschen Friedensoffensive aussprach, mit den Waffen allein werde ein Ende dieses Krieges nicht herbeigeführt werden können. Dieser Gedanke mußte von irgendeiner maßgebenden Persönlichkeit irgendwann einmal ausgesprochen werden, wenn man die öffentliche Meinung umzustellen gewillt war, und dieser Gedanke war ja auch in der Haeftenschen Denkschrift[2]) seitens der O. H. L. in keiner Weise beanstandet worden. Aber die Folge der Kühlmannschen Rede war gewesen, daß die O. H. L. den Staatssekretär von seinem Platze verdrängte, da sie von seinem Verbleiben eine ungünstige Wirkung auf den Kampfwillen der Front befürchtete. Von nun an konnte es kein Staatsmann mit irgendeiner Aussicht auf Erfolg unternehmen, die öffentliche Meinung anders zu unterrichten, als es der O. H. L. erwünscht erschien.

Damit kommen wir zu dem Ergebnis, daß einzig und allein die O. H. L. von sich aus eine Umsteuerung der öffentlichen Meinung einzuleiten imstande war. Das hat sie aber nicht getan, und es war auch nach dem 29. September 1918 in der geringen, bis zum Abgange der Note an Wilson verfügbaren Zeit gar nicht mehr möglich. Ihr Mittelsmann in Berlin, Oberst v. Haeften, und der Ministerialdirektor Deutelmoser waren vielmehr noch in den letzten Septembertagen mit der Einleitung einer auf Hebung der Kampfstimmung abzielenden neuen Propoganda beschäftigt, die davon ausging, daß die Front unbedingt halten werde, daß also eine Wendung zum Schlechteren mindestens sehr unwahrscheinlich sei. Oberstleutnant Nicolai aber, der von Anfang bis fast zum Ende des Krieges die für die Verbindung mit der Presse maßgebende Abteilung III B des Großen Hauptquartiers geleitet hat, wurde durch die Nachricht von der Waffenstillstandsforderung der O. H. L. selbst überrascht, als er Ende September 1918 von einer Rundreise zu Pressebesprechungen in das Große Hauptquartier zurückkehrte[3]).

---

[1]) Siehe o. S. 312.

[2]) Siehe o. S. 193 ff.

[3]) W. Nicolai, „Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg", S. 220

Ganz sicher hat die Häufung unglücklicher Ereignisse, die Unmöglichkeit, Österreich von seinem Sonderschritte abzuhalten, der Zusammenbruch der bulgarischen Front und schließlich die Gewalt der mit immer neuen, unverbrauchten Kräften gegen unsere zusammenschmelzenden, nicht mehr zu ergänzenden Fronten anstürmenden Angriffe der Entente das militärische Denken der O. H. L. so ausschließlich in Anspruch genommen, daß die Rücksicht auf die öffentliche Meinung Deutschlands ganz im Hintergrunde geblieben und vielleicht gar nicht einmal ernstlich erörtert worden ist. Als die beiden Feldherren in der Schicksalsstunde des Deutschen Reiches den Entschluß faßten, von der politischen Leitung sofortige Schritte zur Einleitung des Friedens und eines Waffenstillstandes zu fordern, ist jedenfalls die Frage, wie der Sturz aus allen Hoffnungen auf die öffentliche Meinung wirken müsse, seitens der O. H. L. nur insofern zum Ausdruck gekommen, als auch sie mit der Verbreiterung der Regierung einverstanden gewesen ist.

Die Waffenstillstandsforderung vom 29. September bedeutete das Hissen der weißen Flagge. Nunmehr wußten unsere Feinde, daß die deutschen Heerführer den Kampf als verloren ansahen, daß sie zu retten suchten, was noch möglich war. Sie selbst bestätigten der Entente ihren Sieg. Unsere Feinde hatten nunmehr keinerlei Zweifel mehr an ihrem Enderfolge und konnten ihre weiteren militärischen Anstrengungen danach einrichten. Unvermittelt trat an die Stelle der bisher üblichen, weniger beunruhigenden taktischen Betrachtungsweise die den Gesamtkrieg auf allen Fronten berücksichtigende strategische. Taktisch konnte sich, wie die späteren Kämpfe erwiesen, die Westfront noch halten; „nichts forderte zu plötzlichen Entschließungen auf[1];“ strategisch aber drohte die Zerreißung der Gesamtfront. Ohne jeden Übergang zeigte die O. H. L. den erschütterten Staatsmännern statt der bisherigen taktischen Beruhigung über die Westfront die völlige Hoffnungslosigkeit des strategischen Gesamtbildes. Daraus ergab sich ein in seinen Folgen nicht wieder zu beseitigender Wettersturz der öffentlichen Meinung.

Die öffentliche Meinung war immer, schon von Kriegsbeginn an, ein Gegenstand größter Besorgnis für die militärische Leitung gewesen, der — im Gegensatz zur Marineleitung — das Problem ihrer Führung völlig neu war. Vorarbeiten irgendwelcher Art lagen nicht vor. Alles mußte improvisiert werden und ist dank der Tatkraft der damit beschäftigten Persönlichkeiten auch tatsächlich, so gut es ging, nach und nach improvisiert worden. Das Buch des Oberstleutnants W. Nicolai „Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg“ zeigt die Bemühungen dieses Offiziers und seiner Mitarbeiter, die Versäumnisse der Friedenszeit mit militärischer Tatkraft wieder einzubringen. Während

[1]) Erich Ludendorff, „Meine Kriegserinnerungen 1914—1918“, S. 581.

des ganzen Krieges aber herrschte ein Dauerkampf zwischen der politischen und militärischen Leitung um die Ausübung des Pressedienstes. Letztere wünschte die Hauptverantwortung dafür der politischen Leitung zu übertragen; diese aber sträubte sich dagegen in dem richtigen Gefühl, daß die ganze öffentliche Meinung gerade bei Deutschlands Lage im Weltkriege einzig und allein von der militärischen Lage an der Front abhänge, daß diese nur von der O. H. L. zutreffend beurteilt und bekanntgegeben werden könne, und daß daher eine politische oberste Leitung des Nachrichtendienstes im besten Falle doch nur eine Halbheit bleiben müsse.

Die plötzliche Preisgabe des Ernstes der militärischen Lage an der Westfront ohne jede Vorbereitung mußte verheerend wirken. In gesunder staatsmännischer Einsicht widersetzte sich daher Prinz Max von Baden der ihm zugemuteten Forderung, das Waffenstillstands- und Friedensangebot sofort hinausgehen zu lassen. Unter keinen Umständen durfte nach seiner Ansicht die O. H. L. vor der Öffentlichkeit als diejenige Stelle erscheinen, die jetzt auf einmal die militärische Lage so ungünstig beurteilte. Der Prinz wollte es auf sich nehmen, diesen Schritt aus eigenem Antriebe zu tun, wenigstens den Anschein, als ob er so handele, aufrechterhalten. Das war aber nicht mehr möglich, nachdem Major Frhr. v. dem Bussche die Parlamentarier durch seinen Vortrag in die ernste Auffassung der O. H. L. rückhaltlos eingeweiht hatte. Alle Mißverständnisse während der Verhandlungstage in Berlin, wo Bussche den Standpunkt des Generals Ludendorff mit militärischer Energie vertrat und keinerlei Verzögerung bei der Regierungsbildung zulassen zu dürfen glaubte, da die Lage der Armee sofortige Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen erfordere, wären vielleicht vermieden worden, wenn nicht General Ludendorff, was er selbst lebhaft beklagt, sich durch die Schwierigkeiten der damaligen militärischen Lage im Großen Hauptquartier hätte zurückhalten lassen. General Ludendorff hätte, wenn er persönlich in Berlin war, sich wahrscheinlich, nach seiner oft bestätigten Art, durch Gegengründe, die man ihm überzeugend entgegengetragen hätte, von der Forderung eines sofortigen Waffenstillstandes abbringen lassen. Da aber der Feldmarschall den in Spa mit Ludendorff verabredeten Standpunkt in der maßgebenden Besprechung mit dem Reichskanzler am 3. Oktober schließlich doch unbeugsam beibehielt, konnte der dem politischen Denken des Prinzen so verhängnisvoll erscheinende Schritt nicht mehr abgewendet werden. Denn nur die O. H. L. konnte die Lage verantwortlich beurteilen. Für die Friedens- und Waffenstillstandsforderung muß daher die O. H. L. die sachliche Verantwortung allein tragen, wenn auch der Oberste Kriegsherr ihr zugestimmt hat[1]).

[1]) Vgl. Militär-Wochenblatt Nr. 22 vom 21. 12. 1921. Hier sagt General Ludendorff in seinem Aufsatze „Mein ‚doppeltes Gesicht' 1918": „Gewiß gibt es viele, auch wirkliche Freunde, welche mein Handeln in jenen kritischen Tagen

So schloß sich in unglückseliger Weise der Schicksalsring. Der Krieg war verloren, weil rein militärisch die Leistungsfähigkeit des deutschen Widerstandes überdehnt, und weil es staatsmännisch nicht

---

vom 29. 9. bis 5. 10. für falsch ansehen. Ich glaube aber doch, ebenso wie sich die Ansichten über das Nichtvorhandensein einer Friedenssabotage der O. H. L. geklärt haben, so wird auch über jene kritischen Tage die Anschauung allmählich eine gerechte werden. Allerdings gehört dazu ruhige geschichtliche Forschung von Männern ohne Parteileidenschaft mit ruhigem und gereiftem Blick für die Imponderabilien, die machtpolitischen Faktoren und die großen Zusammenhänge unserer geschichtlichen Entwicklung in der Vorkriegszeit und während des Krieges. . . . Die O. H. L. hat nie ein ‚doppeltes Gesicht' gehabt. Ihr Tun und Wollen liegt klar vor aller Welt, das wird der Untersuchungsausschuß bestätigen müssen. . . ." Vgl. hierzu u. a. Hans Eggert, „Ludendorff als Mensch und Politiker", S. 49/50: „Die Waffenstillstandsforderung war freilich ein psychologischer Fehler, ihre Wirkung auf Volk, Heer und Feind wurde nicht genügend bedacht." Auch General d. Inf. Frhr. v. Freytag-Loringhoven sieht in der Waffenstillstandsforderung der O. H. L. einen Fehler. Er schreibt darüber („Menschen und Dinge, wie ich sie in meinem Leben sah", S. 329/330): „Wenn die Oberste Heeresleitung es zu einer Überspannung unserer Kräfte, sowohl im großen wie auf dem westlichen Kriegsschauplatz hat kommen lassen, wenn man feststellen muß, daß sie darin fehlte, daß sie nicht rechtzeitig die Politik dahin verständigte, daß die Aussicht für uns, den Krieg zu gewinnen, nicht mehr vorhanden war, und so durch die plötzliche Waffenstillstandsforderung selber dazu beitrug, die Kopflosigkeit in der Heimat zu vermehren, so ist doch darauf hinzuweisen, daß selbst Clausewitz es als eine sehr hervorstechende Eigenschaft großer Feldherren bezeichnet hat, im Unglück und in der Bedrängnis so wenig als möglich aufzugeben." — Im zehnten Bande des von Generalleutnant M. Schwarte herausgegebenen Sammelwerkes „Der Große Krieg 1914—1918" sagt in seinen Ausführungen über „Das deutsche Volksheer" (10. Abschnitt des Werkes) Generalleutnant Constantin v. Altrock, der Schriftleiter des Militär-Wochenblattes, über das Friedens- und Waffenstillstandsangebot folgendes: „. . . War auch die Einleitung von Friedensverhandlungen schon Monate vorher durch die Oberste Heeresleitung angeregt worden, so wurden doch durch diese unvermittelt wirkende Forderung, deren Wirkung wohl falsch eingeschätzt oder anders beabsichtigt war, Regierung, Reichstag und Volk, besonders aber Regierungs- und parlamentarische Kreise, der Ansicht, daß Deutschland militärisch ohnmächtig geworden wäre. Dieses Bekenntnis militärischer Schwäche wirkte lähmend in einem Augenblick, als alle vaterländischen Kräfte zur einigen Auflehnung gegen die Bedingungen des Feindbundes zusammengefaßt werden mußten. Die Mitteilung dieser verhängnisvoll wirkenden Forderung erfolgte — in Abwesenheit des nicht hinzugezogenen Kriegsministers — durch einen Offizier der Obersten Heeresleitung vor dem engeren Ausschuß des Reichstages (Vorsitz: Vizekanzler v. Payer, Graf Westarp, v. Gamp, Stresemann, Groeber, Seyda (Pole), Fischbeck, Ebert, Haase). Dazu kam, daß auch die Form der Mitteilung nicht glücklich war. Der Verlauf der Ereignisse hat die in ihr zum Ausdruck kommende, momentan pessimistische Auffassung nicht bestätigt, auch die spätere Literatur hat dies bekräftigt. Die Wirkung des Schrittes auf Regierung und Abgeordnete war aber nicht mehr zu beseitigen, zumal von einer Geheimhaltung leider keine Rede sein konnte. Die Nachricht gelangte tatsächlich auch schnell zur Front, die spätere Abschwächung konnte ihren tiefen Eindruck nicht wieder ausgleichen. Der Inhalt der Forderung mußte bei den Truppen die Hoffnungslosigkeit weiteren Kämpfens steigern . . ."

möglich gewesen war, rechtzeitig zu einem Frieden, der nur ein Frieden der Verständigung sein konnte, zu gelangen. In der kritischen Stunde nicht erst, sondern schon lange vorher fehlte an der Spitze Deutschlands die staatsmännische Einsicht eines Friedrichs des Großen. Rein militärisches Denken und Wollen haben obgesiegt. Der Oberste Kriegsherr hat sich dieser Entwicklung nicht entgegenzustellen vermocht [1]).

Diese Entwicklung den Männern der O. H. L. als „Schuld" vorwerfen zu wollen, wäre ungerecht. Das deutsche Volk selbst hat es nicht anders gewollt. Es hat, wie es Bethmann Hollweg ausdrückt, „indem es die militärische Leitung auf eine solche Höhe stellte, den Gang der Dinge entscheidend mitbestimmt" [2]). Mehr als andere Völker neigt das deut-

[1]) Auf dieses, für jedes deutsche Herz besonders schmerzliche Gebiet näher einzugehen, muß ich mir versagen. In Nr. 562 der „Neuen Preußischen Zeitung (Kreuz-Zeitung)" vom 10. 12. 1923 hat Professor Conrad Bornhak sich hierüber anläßlich des vom Grafen Waldersee zu Anfang der Regierung des Kaisers empfohlenen Präventivkrieges geäußert. Die Auffassung, als habe Graf Waldersee den Kaiser für seine Auffassung vom Präventivkriege gewinnen können, meint Bornhak, übersehe ein psychologisches Moment im Charakter des Kaisers. „Der Kaiser war, in dieser Hinsicht seinem Vorfahren König Friedrich Wilhelm III. ähnlich, bei aller klaren verstandesmäßigen Erkenntnis kein Willensmensch und verstand es nicht, sich durchzusetzen. Die Entlassung Bismarcks war, rein äußerlich genommen, seine größte Tat. Damit war aber auch seine höchste Willenskraft erschöpft. Er wußte daher ganz genau, daß er im Kriege versagen mußte. Für eine friedliche Regierung im gewöhnlichen Geleise reichte seine Persönlichkeit aus. Schiemann sagt daher von ihm, seine Regierung würde, wenn sie im Jahre 1914 geendet hätte, eine der glänzendsten der deutschen Geschichte gewesen sein. Nach diesem geschichtlichen Nachruhm mußte er natürlich streben, und deshalb konnte er keinen Krieg brauchen, dem er trotz aller deutschen Kriegsmacht persönlich nicht gewachsen war." — Rückhaltlos trete ich in der Würdigung der tiefen Tragik des Entwicklungsganges Kaiser Wilhelms II. der Auffassung bei, die Professor Haller in seinen soeben erschienenen Denkwürdigkeiten „Aus dem Leben des Fürsten Philipp zu Eulenburg-Hertefeld" (Berlin 1924, Gebrüder Paetel) bekundet (S. XI): „Hier zum erstenmal zeigt sich mit der vollen Anschaulichkeit eines lebenden Bildes, mit welchen ungeheuren Schwierigkeiten Wilhelm II. als Regent von Anfang an zu kämpfen hatte, da die eigenen Diener sich fortwährend gegen ihn wandten und die schlimmsten Ränke zu Zeiten in seiner Nähe gesponnen wurden. Welche außerordentliche Herrschernatur hätte dazu gehört, alle diese stillen Widerstände und Reibungen zu überwinden! Wenn man von diesen Dingen Kenntnis hat, wird man nicht mehr den Mut finden, den Kaiser allein oder auch nur vorzugsweise für das Unglück der Nation verantwortlich zu machen. Mag man mit ihm auch noch so streng ins Gericht gehen, seine Schuld reicht doch nicht entfernt so hoch wie die, die andere auf sich geladen haben."

[2]) Th. v. Bethmann Hollweg, „Betrachtungen zum Weltkriege", 2. Teil, S. 52. Vgl. hierzu den persönlichen Brief des Majors a. D. W. v. Schweinitz an Kaiser Wilhelm II. vom 12. September 1918, in dem er, damals Militär-Attaché im Haag, die „Revolution von oben" vorschlug und u. a. ausführte: „Seit der Feldmarschall und Exzellenz Ludendorff die Führung im Felde übernahmen, gab es für unser Volk nichts als die Oberste Heeresleitung." (Heft 52 der „Grenzboten" vom 24. 12. 1921.)

sche zu übertreibender Heldenverehrung[1]). Es selbst hat dadurch den Männern der O. H. L. eine Rolle zugeschoben, der sie nicht gewachsen sein konnten, da sie über ihre Kräfte ging, und in einer so einseitigen Weise für sie Partei genommen, daß die politischen Gesichtspunkte in den Hintergrund gedrängt wurden. Nur der Oberste Kriegsherr hätte das vielleicht zu ändern vermocht.

Psychologisch ist es durchaus erklärlich, wenn die Männer der dritten O. H. L. selbst in den schwierigsten Lagen des Krieges immer noch mit der Möglichkeit unerwarteter Erfolge rechneten. Dazu berechtigten sie ihre Erfahrungen auf dem östlichen Kriegsschauplatze im Jahre 1914. Auf Deutschlands damalige, wirkliche Lage muß hier, zum Schluß der ganzen Untersuchung, noch einmal hingewiesen werden, da schon von jenem Zeitpunkte an die ungeheuerliche Verkennung des Ernstes unserer Lage in der gesamten öffentlichen Meinung festzustellen ist. Als General Ludendorff bei dem sogenannten strategischen Rückzuge von der Weichsel am 29. Oktober Czenstochau verließ, um mit dem General v. Falkenhayn sich auszusprechen, beurteilte er die Lage sehr ernst. Über die Stimmung in Berlin war er auf das äußerste befremdet; es herrschten dort Vergnügungs- und Genußsucht, und niemand war sich des schweren Ernstes unserer wahren Lage bewußt. Es war die Zeit, wo die „russische Dampfwalze" im Begriff stand, den deutschen Osten zu zermalmen, wo die Russen bereits in ihren Funksprüchen ihre Marschziele auf deutschem Boden festsetzten, wo der Oberbefehlshaber im Osten sich genötigt sah, große Aufnahmestellungen auf deutschem Boden erkunden und die Bergwerke und Bahnen Schlesiens zur nachhaltigen Zerstörung vorbereiten zu lassen. Damals hat die Strategie des Ostens unser Vaterland aus der größten Gefahr errettet, die ihm jemals bevorstand, und zwar gegen eine so überwältigende zahlenmäßige Überlegenheit der Russen, daß das Wagnis fast übermenschlich schien. Es wurde gewagt und gelang, strategisch gesehen, in der großen Operation von Lodz—Lowicz über alles Hoffen hinaus. Dies alles geschah, ohne daß die öffentliche Meinung auch nur eine Ahnung von der Gefahr hatte, in der Deutschland schwebte[2]). Was damals möglich war, konnte das nicht vielleicht auch bei der großen Offensive im Westen gelingen? War der Versuch ein Verbrechen, das ohnehin zum Kleinmut neigende, an den kriegerischen Vorgängen als große Masse nicht unmittelbar beteiligte Volk

[1]) Die Neigung der deutschen Geschichtsschreibung, große kriegerische Erfolge hauptsächlich an die Namen bestimmter Persönlichkeiten zu knüpfen, ohne dem Rechnung zu tragen, daß sehr oft ein Kollektivverdienst vorliegt, hat dabei erheblich mitgewirkt.

[2]) Damals geschah es, daß das stellvertretende Generalkommando in Breslau aus den täglichen amtlichen Heeresberichten die auf die Lage im Osten bezüglichen Stellen wegzulassen anfing, damit die Bevölkerung sich nicht beunruhigen sollte, obwohl Tausende von Berliner Zeitungen in Breslau gelesen wurden, und nun nur die schlesischen Zeitungen diesen Mangel aufwiesen.

vor der Angsthypnose wie bisher zu bewahren und damit alle die aus einer solchen Massenhypnose möglicherweise sich ergebenden Gefahren zu bannen? Psychologisch ist ein derartiger Gedankengang erklärlich. Er mußte gefährlich werden, wenn das erhoffte Wunder des Sieges ausblieb. Und gerade dieser Fall trat ein.

Gescheitert war mit dem Augenblick der Waffenstillstandsforderung der Versuch, den Krieg mit militärischen Machtmitteln zu beenden, gescheitert damit die rein militärische Lösung einer so gewaltigen, die ganze Welt in Feindschaft gegen uns zusammenfassenden Auseinandersetzung. Vor der Tragik eines solchen Geschehens muß jeder innerpolitische Hader verstummen, denn, was hier geschah, das war der Zusammenbruch nicht etwa des militärischen Systems, das sich im Gegenteil auf der vollen Höhe seiner kriegerischen Aufgabe gezeigt hatte, auch nicht das Ergebnis politischer Unfähigkeit, sondern das Schicksal des ganzen deutschen Volkes, dem in der höchsten Bewährungsstunde seiner bisherigen Geschichte der oberste, zugleich politische und militärische, Führer versagt geblieben ist.

Eine gerechte, jeder parteipolitischen Einstellung entrückte Prüfung der geschilderten Entwicklung im Jahre 1918 ergibt nach meiner persönlichen Überzeugung, die ich als eidlich verpflichteter Sachverständiger ohne jedes Ansehen der Person ausspreche, auf keiner Seite ein schuldhaftes Verhalten, das zur persönlichen Inanspruchnahme des einen oder anderen berechtigen oder gar verpflichten würde. Irrtümer sind festgestellt worden, wie es bei rückschauender, historischer Betrachtung immer der Fall sein wird, große und schwerwiegende Irrtümer und Mißverständnisse: ein sehr bedeutsames schon vor Beginn der Offensive, als die politische Reichsleitung diese Kriegshandlung nur militärisch, nicht staatsmännisch in Rechnung stellte; das schwerste wohl bei den Besprechungen in Spa, wo die nötige Klarheit nicht erzielt wurde, und bei der Erzwingung des Waffenstillstandsangebotes durch die O. H. L. Nirgends aber zeigten sich Verfehlungen gegen das oberste Gebot jedes Deutschen: gegen die Pflicht, bis zur völligen Hingabe der eigenen Person für das Vaterland das Äußerste zu leisten. Die vom deutschen Reichstage geforderten Untersuchungen über die Gründe des Zusammenbruchs haben nichts zutage gefördert an Dingen, deren wir uns als Deutsche zu schämen hätten. Erkennen wir es als unser Schicksal, daß es uns nicht vergönnt gewesen ist, die höchste politische Einsicht mit einer willensstarken überlegenen Feldherrnkunst vereint an der Spitze Deutschlands zu finden, so verwerfen wir auch die Suche nach Schuldigen.

Unerschütterlich glauben wir an Deutschlands Zukunft. Mag ein neues Geschlecht aus den begangenen Fehlern lernen. Dann wird, so hoffen wir zuversichtlich, die Katastrophe des Weltkrieges dem deutschen Volke doch noch einmal zum Segen gereichen.

XII

Ergebnisse

1. Die Verantwortlichkeit für den Entschluß zur Offensive 1918

Die O. H. L. hat die für den Entschluß zur Offensive maßgebenden Erwägungen dem Obersten Kriegsherrn und seinem politischen Berater, dem Reichskanzler, rechtzeitig unterbreitet. Der Reichskanzler hat nicht nur gegen die Offensive nichts eingewendet, sondern sogar seiner Genugtuung darüber Ausdruck gegeben, daß die Westmächte es abgelehnt hätten, sich an den Friedensverhandlungen auf Grundlage der russischen Vorschläge zu beteiligen. Der Oberste Kriegsherr hat die Offensive gutgeheißen, so daß sie in seinem Namen befohlen werden konnte.

In dieser Beziehung ist die O. H. L. von jeder politischen Verantwortung frei.

2. Die Verbindung zwischen der politischen Reichsleitung und der O. H. L.

In höchster Instanz war der Oberste Kriegsherr entscheidend. Unter ihm trugen die politische Verantwortung: der Reichskanzler Graf Hertling, der Stellvertreter des Reichskanzlers v. Payer und der Staatssekretär des Äußeren v. Kühlmann; nach dessen Abgange Staatssekretär v. Hintze.

Die Verantwortung für die militärische Leitung fiel in gleichem Maße dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg und dem General Ludendorff zu.

Die wechselseitige Verbindung zwischen dem Obersten Kriegsherrn, der politischen und der militärischen Leitung war durch sorgfältig ausgesuchte und ihrer Aufgabe gewachsene Persönlichkeiten gewährleistet. Organisatorische Unterlassungen sind in dieser Hinsicht nicht festzustellen.

3. Die Gesamtlage während der Amtszeit des Staatssekretärs v. Kühlmann.

Bis Juli 1918 hat die O. H. L., abgesehen von der durch General Ludendorff erfolgten Billigung der Haeftenschen Denkschrift, noch nicht den Standpunkt vertreten, daß der Feldzug mit den Waffen nicht mehr gewonnen werden könne, und daß es daher notwendig sei, sobald wie möglich zum Frieden zu kommen. Die O. H. L. teilte zwar im großen und ganzen den Standpunkt der Haeftenschen Denkschrift, hielt aber dessen öffentliche Betonung für militärisch und politisch verhängnisvoll.

4. Der Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann

Der Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann ist unter entscheidender Mitwirkung der O. H. L. erfolgt. Die ausschlaggebende Veranlassung ist die aus der Denkschrift des Obersten v. Haeften entnommene Feststellung gewesen, der Kühlmann in seiner Reichstagsrede vom 24. Juni 1918 Ausdruck gab, daß wir mit den Waffen allein den Krieg nicht zu einem günstigen Abschluß würden bringen können. Der Kaiser hat den Staatssekretär nicht gehalten. Ihm verblieb auch bei diesem Wechsel eines so wichtigen Reichspostens die letzte Entscheidung und Verantwortung.

5. Die Beurteilung der Gesamtlage durch den Reichskanzler Grafen Hertling und den Stellvertreter des Reichskanzlers v. Payer

Graf Hertling hat stets an einer optimistischen Auffassung der Gesamtlage festgehalten und noch nach der Besprechung vom 14. August 1918 im Sinne der Äußerungen des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg als feststehend angenommen, daß es uns gelingen werde, in Frankreich stehenzubleiben und so den Gegner allmählich friedenswillig zu machen. Bis zum 29. September 1918 hat er an die Möglichkeit eines solchen strategischen Abwehrsieges geglaubt.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers, v. Payer, hatte zwar eine wesentlich ungünstigere Auffassung, wurde aber durch die Waffenstillstandsforderung der O. H. L. doch vollkommen überrascht.

6. Die Beurteilung der Gesamtlage durch Staatssekretär v. Hintze

Mitte Juli 1918, vor Antritt seines Postens als Staatssekretär, glaubte v. Hintze auf Grund einer ihm auf Befragen gegebenen Antwort des Generals Ludendorff, es werde gelingen, mit der jetzigen Offensive den Feind endgültig und entscheidend zu besiegen.

Aus der Besprechung mit dem General Ludendorff am 13. August 1918 hat Staatssekretär v. Hintze entnommen, daß der strategische Abwehrsieg immer noch möglich sei. Erst kurz vor dem 29. September 1918 verdichtete sich seine immer pessimistischer werdende Beurteilung der Lage zu der Überzeugung, daß eine Katastrophe unmittelbar bevorstehe, jedenfalls aber möglich sei.

Staatssekretär v. Hintze hat — seiner Auffassung der Gesamtlage entsprechend — vom 14. August 1918 ab alle diplomatischen Schritte getan, zu denen er in der Lage war. Der gegen ihn gerichtete Vorwurf einer schuldhaften Versäumnis ist ungerechtfertigt.

7. Das Scheitern der Hintzeschen Friedensbemühungen

Für das Scheitern der Bemühungen des Staatssekretärs v. Hintze um Friedensvermittlung durch eine neutrale Macht war die vom 14. August 1918 ab sich dauernd verschlechternde Kriegslage entscheidend. Seine Versuche konnten nur dann Erfolg haben, wenn die militärische Lage sich wenigstens nicht weiter verschlechterte; verschlechterte sie sich, dann lag es im Interesse der Entente, den Krieg in die Länge zu ziehen. Keiner diplomatischen Kunst konnte es dann gelingen, die Entente an den Verhandlungstisch zu bringen.

Da die politische Leitung auf die Besserung der Kriegslage keinen Einfluß auszuüben vermochte, so ist sie in dieser Beziehung von jeder Verantwortung frei.

8. Die Waffenstillstandsforderung vom 29. September 1918

Die Männer der politischen Leitung waren außerstande nachzuprüfen, ob etwa die Beurteilung der militärischen Lage durch die O. H. L. am 29. September 1918 zu ungünstig war. Alle ihr zugegangenen Mitteilungen bestärkten außerdem das Urteil der O. H. L., auf das sie sich in dieser Beziehung vollständig verlassen mußten.

Die Verquickung der Hinaussendung des Waffenstillstandsangebots mit der dafür als nötig erachteten Bildung einer neuen Regierung hat eine verhängnisvolle Übereilung der nötig werdenden politischen Schritte bewirkt. Die politische Leitung geriet so in eine Zwangslage, die dadurch verschärft wurde, daß es ganz unmöglich geworden war, die öffentliche Meinung auf diesen völligen Umschwung der Gesamtlage auch nur einigermaßen vorzubereiten.

Für die Waffenstillstandsforderung und die erwähnten Folgeerscheinungen trägt die O. H. L. die sachliche Verantwortung. Zwar hat der Oberste Kriegsherr sich diesem Urteil angeschlossen; er war aber nicht in der Lage, ein anderes Urteil zu haben als das, was ihm hier entgegengetragen wurde [1]).

---

[1]) Kaiser Wilhelm II. selbst hat sich über seine Stellung zur Waffenstillstandsforderung wie folgt geäußert: „In stiller zurückgezogener Mitarbeit habe ich an dem unermüdlichen Schaffen der beiden Feldherren teilgenommen. Es war selbstverständlich, daß ich mich bei auftauchenden Zweifeln in allen operativen Angelegenheiten ihrer überlegenen Einsicht fügte, selbst am 28. September 1918 fügte, als sie einen sofortigen Waffenstillstand für die Erhaltung der Kampffähigkeit des Heeres forderten.“ (Alfred Niemann, „Wanderungen mit Kaiser Wilhelm II.“, S. 102.)

9. Die Tätigkeit der Staatssekretäre v. Hintze und Graf Roedern vom 29. September bis 3. Oktober 1918

Die beiden Staatssekretäre handelten nach den ihnen vom Obersten Kriegsherrn am 29. 9. 1918 in Spa gegebenen Weisungen und auch im Sinne der O. H. L., wenn sie sich in Berlin um die Bildung der neuen Regierung bemühten, um einen baldigen Abgang der Note an Wilson zu ermöglichen.

10. Die Absendung des Friedens- und Waffenstillstandsangebots durch den Reichskanzler Prinzen Max von Baden

Prinz Max von Baden hat alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel erschöpft, um den von ihm für falsch erachteten Schritt nicht tun zu müssen. Daß er schließlich das Angebot doch mit seinem Namen gedeckt hat, beweist seinen Willen, für das Wohl des Vaterlandes das Opfer seiner Person und seines Namens zu bringen.

11. Die Oberste Kriegsleitung und der Kriegsausgang

Die in den früheren Kriegen Preußen-Deutschlands bewährte Einrichtung der obersten politischen und militärischen Leitung hat im Weltkriege auf deutscher Seite ihre personelle Erfüllung nicht gefunden. Alle Versuche der militärischen und politischen obersten Leitung, sowie einzelner Persönlichkeiten, hierin Wandel zu schaffen, mußten an dieser für Deutschland schicksalhaften Tatsache scheitern und sind daran gescheitert.

Anlagen [1]

[1]) Anmerkungen zu den hier folgenden Urkunden, die vom Verfasser des Gutachtens herrühren, sind mit Sch.(wertfeger) bezeichnet.

A. Urkunden aus der Zeit des Weltkrieges

1

Schreiben des Unterstaatssekretärs in der Reichskanzlei v. Radowitz an den Vertreter des Reichskanzlers bei der O. H. L., Grafen Limburg-Stirum, vom 17. 1. 1918[1])

Berlin, den 17. Januar 1918

Lieber Stirum!

In der Anlage habe ich Dir einige Gesichtspunkte aufgeschrieben, die ich Dich bitte, der O. H. L. gegenüber zu verwerten in der Frage des Abrückens von der Resolution vom 19. Juli und des Verhältnisses der Regierung zu der Mehrheit und speziell der Sozialdemokratie.

Besten Gruß

gez. von Radowitz

An
Herrn Grafen Limburg-Stirum
Vertreter des Reichskanzlers bei d. O. H. L.
Gr. H. Qu.

Von der Obersten Heeresleitung, dem Kaiser und Kronprinzen wird darauf gedrungen, daß der Reichskanzler jetzt öffentlich und positiv von der Resolution vom 19. Juli abrücken soll durch eine dahingehende Erklärung im Reichstag. Der Herr Reichskanzler steht ebenso wie die Genannten auf dem Standpunkt, daß die Voraussetzungen, unter denen die Regierung der Resolution zugestimmt hat, nicht mehr zutreffen, und daß infolgedessen die Regierung freie Hand gegen die Westmächte hat. Rußland hat zu einer Zeit den Frieden mit uns gesucht, zu der die Resolution auch für die Regierung noch maßgebend war. Die Entente aber hat nie Notiz von ihr genommen, sondern jetzt im Januar noch einmal ausdrücklich erklärt, daß ihre Kriegsziele völlig verschieden sind von den Prinzipien, die wir in der Resolution aufgestellt haben. Ein solches einseitiges Verhältnis, in dem wir gebunden, die andern aber frei sind, läßt sich auf die Dauer nicht durchführen.

In bezug auf die zu verfolgende Taktik für das Abrücken von der Resolution ist der Reichskanzler freilich anderer Ansicht.

Eine Erklärung in dem gewünschten Sinne macht es der Sozialdemokratie unmöglich, ihr Gesicht ihren Leuten gegenüber zu wahren. Die Erklärung

[1]) Akten der Reichskanzlei. Rk. 16 149 K. I.

würde die jetzige Mehrheit ohne weiteres sprengen und die gesamte Sozialdemokratie, den größten Teil des Freisinns und möglicherweise einen Teil des Zentrums in eine Opposition zur Regierung treiben, die ein Weiterregieren unmöglich machen würde. Das Bestreben des Reichskanzlers ist daher, das Haus selbst dazu zu bringen, daß es einsieht, die Voraussetzungen für die Resolution seien nicht mehr gegeben, und es müsse eine Befreiung Deutschlands von dieser selbst angelegten Fessel eintreten. Gelingt das, so wird es auch für die Sozialdemokraten möglich, sich in weiterer Fühlung und Mitarbeit mit der Regierung zu halten. Diese Mitarbeit brauchen wir aber, solange der Krieg dauert, denn eine Sozialdemokratie, die, von der Regierung brüskiert, sich von der Mitarbeit zurückzieht, verliert in dem Moment auch die Lust und Möglichkeit, für die Intentionen der Regierung bei ihren Wählern und ganz besonders bei den Gewerkschaften einzutreten. Diese gleiten dann ganz in die Hände der Unabhängigen, und die Gefahr, daß dann wirklich Streiks usw. vorkommen, wird eminent. Die Oberste Heeresleitung hat zwar des öfteren erklärt, sie sähe eine solche Gefahr nicht voraus, ich glaube, sie täuscht sich darin. Die Gefahr ist tatsächlich nicht vorhanden, solange die Sozialdemokraten im Gegensatz zu den Unabhängigen stehen. Sie tritt aber sofort ein, wenn die Sozialdemokraten mit den Unabhängigen gemeinsame Sache machen und unter dem Motto der Kriegsverlängerung und der Parole Wahlrecht, Hunger und Frost auf die Massen einwirken. Wir müssen sie also bei der Stange halten und dürfen nicht vergessen, daß das russische Beispiel trotz allem auch bei uns wirkt und böse Folgen zeitigen kann, wenn die bösen Elemente nicht durch ihre eigenen Führer im Zaum gehalten werden. Die Berichte des Polizeipräsidenten von Berlin in dieser Richtung sind bezeichnend. Ein gut informierter Russe in Stockholm hat gesagt, die Revolution werde auf Deutschland nicht übergreifen, weil die deutsche Regierung in kluger Einsicht verstanden hätte, die sozialistischen Elemente durch Entgegenkommen und Eingehen auf berechtigte Wünsche auf ihrer Seite zu halten. Stoßen wir sie jetzt weg, so entsteht in kurzer Zeit das Chaos. Maschinengewehre schützen dagegen nicht. Der Herr Reichskanzler wird in seiner Rede den Ausspruch vom 29. November — die Papstnote sei kein Freibrief für endlose Fortsetzung des Krieges — vertiefen und verschärfen und wird vorher mit den Parteien Fühlung nehmen, damit auch die Sozialdemokraten auf diesen Boden treten können. Er will sich aber nicht von den Konservativen zu dem Bruch mit der Sozialdemokratie drängen lassen, den diese anstreben, um aus ihrer selbstverschuldeten Isolierung herauszukommen und um das Wahlrecht zu Fall zu bringen. Die von dieser Seite vorgebrachten außenpolitischen Momente sind ein Deckmantel für den angestrebten Umsturz im Innern. Das läßt sich das Volk jetzt nicht mehr gefallen, und es gibt ein Desastre sowohl für die Kriegsführung wie für den Thron. Die Krone muß sich sagen, daß sie der Entwicklung der demokratischen Ideen sich nicht, gestützt auf eine kleine Gruppe von Machthabern, entgegenstellen darf, sie muß auch in dieser Bewegung führen, denn die Zukunft gehört der demokratischen Monarchie, wie wir sie in den politisch schon früher entwickelten süddeutschen Bundesstaaten schon jetzt haben. Jeder andere Weg führt über kurz oder lang zum Abgrund. Die erstrebenswerte Umbildung des rechten Flügels der Sozialdemokratie in eine nationalgesinnte Arbeiterpartei wird für immer unmöglich gemacht, wenn die Regierung in diesem Augenblick den Bruch herbeiführt. Die Arbeit bei den Parteien ist schon eingeleitet, und der Herr Reichskanzler bittet dringend, daß ihm nunmehr in dieser für die Zukunft und Sicherheit der Heimat so absolut wichtigen Frage keine Schwierigkeiten gemacht werden.

Eine absolute Notwendigkeit für eine so drastische Regierungserklärung liegt zurzeit nicht vor. Der Kampf im Westen steht. Die Offensive kann erst in Monaten einsetzen, und die Stimmung im Heere wird sich dadurch nicht

verschlechtern. Überhaupt wird von der Obersten Heeresleitung das Motiv Stimmung im Heere m. E. zu oft ausgespielt, um auf die Regierung einzuwirken. Stimmungen dürfen für politische Entschlüsse nicht ohne weiteres maßgebend sein und haben schon oft gegen die kühl mit Tatsachen rechnende Staatskunst zurücktreten müssen. (cf. Bismarck 1866.)

Sehr einverstanden
gez. H. 17/I.
(Graf Hertling)

2

Vorschlag des Obersten v. Haeften vom 3. Juni 1918 für eine deutsche politische Offensive [1])

Berlin, den 3. Juni 1918

Der bekannte Schweizer Militärschriftsteller Hermann Stegemann hat vor kurzem die Äußerung getan, „der Erfolg der großen deutschen Offensive in Frankreich hätte verhundertfacht werden können, wenn diese militärische Operation politisch richtig vorbereitet und unterstützt worden wäre". Die Richtigkeit dieser Ansicht wird bestätigt durch die Verhandlungen im englischen Unterhause vom 16. Mai d. Js. über die angebliche deutsche politische Offensive. Lord Robert Cecil hat in seiner Rede den Unterschied zwischen einer politischen Offensive (Friedens-Offensive) und einem Friedensfühler sehr treffend in den Worten gekennzeichnet:

„Eine politische Offensive ist kein Friedensangebot, vielmehr eine diplomatische oder halbdiplomatische Aktion, nicht mit der Absicht, den Frieden herbeizuführen, sondern den Krieg zu unterstützen. Es ist ein Unternehmen, das den deutschen Waffen im Felde indirekt Unterstützung geben soll."

Während ein Friedensvorschlag oder ein Friedensfühler meist ein Unternehmen ist, welches ein Nachlassen der eigenen Kriegsenergie mit sich bringt, will eine politische Offensive den feindlichen Kriegswillen schwächen und die feindlichen Operationen schädigen.

Bisher sind von deutscher Seite nur Friedensfühler oder Friedensvorschläge gemacht worden — heimliche und öffentliche. Eine kräftige politische Offensive mit dem Ziel, die feindliche Heimatfront zu zertrümmern und die eigene Heimatfront zu stärken, ist bisher von der deutschen Regierung noch nicht unternommen worden.

Der Zeitpunkt nach Beendigung aller militärischen Operationen ist hierfür ungeeignet; selbst eine politische Offensive wirkt dann nur ebenso wie ein Friedensfühler: als ein Zeichen der Erschöpfung und Enttäuschung und damit als Ermutigung des Gegners, durchzuhalten bis zur Kampagne des nächsten Jahres.

Die politische Offensive muß gleichzeitig mit den militärischen Operationen spielen. Bei geschickter Durchführung muß ihre Wirkung so sein, daß die Feinde ihrerseits nach Beendigung der militärischen Operationen einen Friedensfühler bei uns unternehmen und damit die deutsche Regierung jeglicher Schritte, die wie Friedensfühler gedeutet werden könnten, entheben.

Zweifellos wird nach Beendigung der militärischen Operationen des Jahres 1918 eine große Friedenskrisis durch die ganze Welt gehen. Dasjenige Land wird ihr am ehesten erliegen, dessen Heimatfront vom Feinde in den

[1]) Vgl. Ludendorff, Urkunden der O. H. L. usw., S. 478 ff.

Monaten vor der Friedenskrisis am geschicktesten politisch bearbeitet worden ist, und daher die geringste Widerstandsfähigkeit hat. Die Regierung würde in diesem Lande von innen heraus gezwungen werden, eine Annäherung an den Feind zu versuchen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß unsere Gegner während der letzten Wochen in dauernder Angst vor einer deutschen politischen Offensive gelebt haben; denn sie waren sich der Schwäche ihrer Heimatfront bewußt, wie dies deutlich aus den Worten des englischen Ministers Geddes hervorgeht: „Allein durch eine psychologische Katastrophe kann unser Land besiegt werden." Diese psychologische Katastrophe kann nur unter der einen Bedingung eintreten, daß eine starke Friedenspartei in England sich öffentlich für die Beendigung des Krieges einsetzt, während die Regierung g e g e n die Volksstimmung die Fortsetzung des Krieges erzwingen will. In allen feindlichen Ländern gibt es mehr oder weniger latente Friedensströmungen, die gewichtige Persönlichkeiten aus allen Parteigruppen in sich schließt. Heute, während der Kampf an der Front tobt, hält sie noch Ruhe. Sie würde aber in dem Augenblick aus ihrer abwartenden Haltung herausgelockt werden, wo einerseits die militärischen Operationen zum Abschluß gekommen zu sein scheinen, andererseits sie an die Existenz einer entsprechenden nationalen Friedenspartei in Deutschland glaubt. Hierin liegt die Verwundbarkeit namentlich der englischen Heimatfront. Diese Erkenntnis gilt es auszunützen. Wir müssen endlich das große Machtmittel, über das wir im Kampf gegen unsere Feinde verfügen, mit aller Rücksichtslosigkeit anwenden.

Eine derartige politische Offensive bedarf, ebenso wie militärische Operationen, weit vorausschauender, in allen Einzelheiten durchdachter Vorbereitung und sorgfältiger Durchführung.

Sie hat einzusetzen, sobald im Verlauf der großen Schlacht in Frankreich wiederum eine kürzere oder längere Pause in den Operationen eintreten sollte, am besten vor dem Schlußakt unserer großen Offensive des Jahres 1918.

Es ist daher notwendig, heute bereits einen Operationsplan für eine solche politische Offensive vorzubereiten und auszuarbeiten.

Folgender Plan wird hierfür in Vorschlag gebracht:

I. Vorbereitung öffentlicher Kundgebungen nichtamtlicher Stellen

Mit Beginn einer Operationspause müssen eine Reihe von öffentlichen Kundgebungen in Deutschland erfolgen, die in England, Frankreich, Italien und Amerika den Eindruck erwecken, daß in Deutschland eine starke Gruppe für einen Frieden der allgemeinen Verständigung wirkt; ihr Programm müßte allgemeine Menschheitsziele einschließen, ähnlich denen, welche die Lansdowne-Gruppe auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Sehr wichtig ist die Auswahl der richtigen Persönlichkeiten. Sie dürfen nicht Pazifisten in Reinkultur sein, sondern Männer von absoluter nationaler Zuverlässigkeit. Ihre Aufrichtigkeit muß so unantastbar dastehen, daß selbst die feindlichen Kriegshetzer nicht wagen dürfen, sie anzuzweifeln. Wir verfügen über eine Reihe von solchen Männern, die ein derartiges Ansehen und Vertrauen im Ausland genießen. Solche Persönlichkeiten sind aus den Reihen deutscher Fürsten, des hohen Adels, früherer Staatsmänner und Diplomaten, Parlamentarier aller nationalen Parteien, führender Persönlichkeiten aus den Kreisen des Handels, der Finanz und Industrie, sowie der Hochschulintelligenz zu wählen. Allen diesen Wortführern wären einheitliche Richtlinien für ihre Kundgebungen von amtlicher Seite zu übergeben. Je nach seiner Individualität und beruflichen Eignung wäre einem jeden ein bestimmtes Angriffsziel in der feindlichen Heimatfront zuzuweisen. Der Feind müßte immer wieder dieselben Grundgedanken aus allen Kundgebungen heraushören, wenn auch das

Gepräge der einzelnen Persönlichkeit bei keiner Kundgebung verloren gehen darf. Auf keinen Fall darf der Eindruck einer amtlich organisierten Aktion hervorgerufen werden. Gewiß soll das feindliche Ausland einen einheitlichen Willen spüren, aber es soll glauben, daß eine entschlossene Gruppe unabhängiger Männer sich zusammengefunden hat, um einen Druck auf die Regierung auszuüben; es darf den wahren Zusammenhang nicht ahnen.

II. Richtlinien

Als solche werden vorgeschlagen:

A) Allgemein:

Deutschlands moralische Aufgaben im Weltkrieg und seine berechtigten politischen Forderungen.

B) Im Besonderen:

1. Unsere Ziele im Osten:
   a) Das Ziel unserer Ostpolitik ist nicht Vergewaltigung der Randstaaten, sondern Sicherstellung ihrer staatlichen Freiheit und Ordnung.
   b) Schutz der unterdrückten osteuropäischen Völker gegen die zerstörenden Kräfte des Bolschewismus. Sicherstellung der großen moralischen und wirtschaftlichen Werte, die im Osten Europas zum Teil zerstört worden sind, zum Teil völlig brach liegen. Deutschlands Recht und Pflicht, als Nachbar hier im Namen Europas Ordnung und Freiheit zu schaffen.
   c) Im Anschluß hieran müßten die wahren Vorgänge, die zum Frieden von Brest-Litowsk geführt haben, der Welt immer wieder eingehämmert werden.

      Nur so können wir die Entente-Propaganda besiegen, welche den Frieden von Brest-Litowsk als einen annexionistischen Machtfrieden diskreditieren will.

      Wir haben hier das öffentliche Urteil nicht zu scheuen.
   d) Deutschlands Recht und Pflicht, seinen Volksgenossen in Rußland die verlorene Existenz im alten deutschen Kolonialland, dem Baltikum, zu ersetzen.

      Das deutsche Prestige verlangt, daß wir unsere starke, schützende Hand nicht nur über Bürger deutscher Staatsangehörigkeit, sondern über alle Deutschen halten.
   e) Rechtfertigung unseres Einmarsches in Livland aus nationalen und internationalen Gründen.
2. Sicherstellung der Ernährung und Volkswirtschaft Europas durch Erschließung der ungeheuren im Osten ruhenden Werte und dadurch Ausschaltung der Gefahr der von der Entente angedrohten Rohstoffsperre.
3. Sicherstellung des Privateigentums zu Lande und zur See in allen kommenden Kriegen; Freiheit der Meere. Der Zustand muß aufhören, daß die seefahrenden Völker nur von Englands Gnaden leben können. Abschaffung des Seebeuterechts. Der U-Bootkrieg eine Waffe im Dienste dieses Menschheitszieles. Hiermit Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft auch der militärisch Schwachen.
4. Allgemein durchgeführter Arbeiterschutz in allen Ländern ist ein deutsches Kriegsziel.

   In unseren vorbildlichen Einrichtungen der Arbeiterfürsorge liegt eine werbende Idee, die wir als Waffe im politischen Kampf bisher nicht verwendet haben. Unsere Überlegenheit auf diesem Gebiet muß auch in der äußeren Politik ausgenutzt werden. Durch die Aufnahme des allgemeinen Arbeiterschutzes in die deutschen Kriegsziele würden wir uns Sympathien unter den arbeitenden Klassen der ganzen Welt erwerben.
5. Größte Mäßigung in politischen Forderungen trotz glänzender militärischer

Erfolge, eine bewährte Tradition altpreußischer Politik. Auch heute sollte Deutschland, falls auf der Seite unserer Gegner ehrlicher Verständigungswille vorhanden wäre, zu einem Frieden bereit sein, der auch mit ihrer Ehre und ihren Interessen vereinbar ist.

So falsch es wäre, in der jetzigen Zeit von amtlicher Stelle Erklärungen über die belgische Frage abzugeben, so wirksam würde es sein, wenn von diesen mehr oder minder privaten Persönlichkeiten auch die belgische Frage bei dieser Gelegenheit angeschnitten würde und zwar in dem Sinne aller bisher von dem jetzigen und früheren Reichskanzler über Belgien gemachten öffentlichen Erklärungen. Derartige Äußerungen über Belgien würden der Friedenspartei bei unseren Feinden, namentlich in England und Amerika, die denkbar stärksten Waffen in ihrer Propaganda gegen den Krieg geben.

6. Ganz allgemein gilt es, das Rechtsgefühl der Welt für die deutschen Kriegsziele zu gewinnen, ja sie zu überzeugen, daß eine einflußreiche und führende Gruppe in Deutschland die allgemeinen Welt- und Menschheitsziele in ihren nationalen Willen ehrlicher aufgenommen hat als die Wortführer der Entente.
7. Im Anschluß ist der Kampf in der Frage der Schuld am Kriege erneut aufzunehmen: Zum ersten Mal nicht bloß amtliche Auslassungen zur Verteidigung Deutschlands, sondern freie patriotische Kritik, die offensiv arbeitet und deren Ergebnis die Verurteilung der Entente und die moralische Rechtfertigung Deutschlands ist. Nach der ungeheuren Propagandawirkung der Lichnowsky-Denkschrift für die feindliche Sache müssen die bestangesehenen und bestinformierten Deutschen für die Reinheit unserer Sache sich einsetzen.
8. Alle Kundgebungen haben sich offensiv gegen die kriegshetzerischen Ententeregierungen zu wenden: Ihre unmoralischen Kriegsziele, ihre Verlogenheit gegenüber den eigenen Völkern, ihre frivole Unterschätzung und herausfordernde Verhöhnung des Gegners müssen an den Pranger gestellt werden.

   Dadurch soll deutlich werden, daß die deutschen Wortführer die gegenwärtigen feindlichen Machthaber nicht für verhandlungsfähig halten. Gerade hiermit würden die oppositionellen Friedensgruppen angelockt und in ihrem Kampf gegen die jetzigen Ententeregierungen unterstützt werden.

III. Regie der Kundgebungen

Die auf Grund vorstehender Richtlinien veranstalteten Kundgebungen, bei deren Abfassung den einzelnen Persönlichkeiten, wie schon erwähnt, Freiheit in der Individualisierung des Stoffes zu lassen wäre, die jedoch vor ihrer Veröffentlichung den amtlichen Stellen zur Prüfung vorzulegen wären, müssen planmäßig über die gesamte Operationspause verteilt werden und zum Teil aneinander anknüpfen. Sie müssen erfolgen in Form von Reden, Interviews, Zeitungsartikeln, Flugschriften usw. Eine geschickte amtliche Regie hat dafür zu sorgen, daß sie sowohl einmal im Auslande die stärkste Verbreitung finden, andererseits im Inlande keinerlei Mißdeutungen ausgesetzt, vor allem nicht als amtliche Friedensfühler ausgelegt werden können.

Hierzu bedarf es einer geschickten Einzelbearbeitung der großen führenden Blätter aller Richtungen. Gewisse vertrauenswürdige Journalisten müssen eingeweiht werden, daß es sich lediglich um eine Unterstützung der militärischen Operationen handelt, nämlich um einen Versuch, die Friedensparteien der Entente zur Erschwerung des feindlichen Krieges zu mobilisieren. Selbstverständlich muß der Presse das Recht bleiben, je nach ihrem Parteistandpunkt hierzu Stellung zu nehmen. Es ist nur unter allen Umständen zu verhindern, daß die amtliche Teilnahme an der politischen Operation auch nur durch Andeutungen verraten wird. Dagegen muß dem

feindlichen Ausland in jeder Weise die Täuschung vermittelt werden, als ob die deutschen Kundgebungen die Einleitungen zu einem deutschen Friedensangebot darstellten — das schließt in keiner Weise aus, daß in der Heimat dieser Eindruck durch geschickte Beeinflussung der Presse verhindert wird.

IV. Die voraussichtliche Wirkung

Zweifellos würde zunächst ein Gefühl allgemeiner Entlastung und Befreiung durch die Reihen der Entente gehen: „Gott sei Dank, die Riesengefahr der deutschen Offensive ist bestanden!" Aus diesem Gefühl heraus werden die Kriegshetzer ihrerseits sofort eine große Aktion für die Fortsetzung des Krieges unternehmen. Sie werden frohlockend die Ergebnislosigkeit der deutschen militärischen Operationen propagieren und den bevorstehenden Zusammenbruch Deutschlands voraussagen. Der deutsche Militarismus, dessen letzte Zuflucht die große Offensive gewesen sei, habe eine entscheidende Niederlage erlitten. Deutschland werde bald in die Knie sinken und um Frieden bitten. Nun heiße es nur noch den Krieg verlängern bis zum Eintritt Amerikas, um den völligen inneren und äußeren Zusammenbruch Deutschlands herbeizuführen. Gleichzeitig würde selbstverständlich die schärfste Hetze gegen alle Friedensgruppen bei unseren Feinden einsetzen. Mit brutaler Gewalt wird man sie zum Schweigen zu bringen versuchen. Diese werden jedoch jetzt, wo die unmittelbare militärische Gefahr nach ihrer Ansicht beseitigt ist, gewitzigt durch die Erfahrungen der Ablehnung der wiederholten Friedensangebote Deutschlands und Österreichs, die laute Forderung erheben, daß nicht noch einmal eine so günstige Gelegenheit vorübergelassen, sondern daß der Weg zur Verständigung gründlich und ehrlich erforscht werde. Dieser unüberbrückbare Gegensatz wird zu heftigsten Kämpfen bei unseren Feinden führen.

Als drittes zersetzendes Element wird die englische Militärpartei auftreten, um den ihr verhaßten Lloyd George nun endlich zu beseitigen und an den Pfahl zu bringen. Der Ruf nach dem Schuldigen an dem militärischen Unglück wird neu aufleben.

Der Arbeiterschaft in der Kriegsindustrie würde sich eine außerordentliche Unruhe bemächtigen. Die patriotische Zurückhaltung würde, angesichts der nicht mehr bestehenden unmittelbaren Gefahr fallengelassen werden. Die Regierung wäre gezwungen, in den großen Industriezentren, deren pazifistische Verseuchung heute offen zugegeben wird, mit schärfsten Unterdrückungsmaßnahmen vorzugehen. Streiks, ja Störungen in revolutionärer Form stünden zu erwarten. In dieses Aufwallen aller innerpolitischen Leidenschaften unserer Gegner, in diesen Kampf Aller gegen Alle in der Heimat platzt nun wie eine Bombe, völlig unerwartet, ein neuer großer militärischer Schlag hinein. Die Wirkung dieses Schlages wird dann entscheidend werden. Es muß die von dem Minister Geddes gefürchtete psychologische Katastrophe eintreten. Auf die Kriegshetzer würde der ganze Haß des betrogenen und enttäuschten Volkes fallen; ihnen würde wegen ihrer Ablehnung jeder Friedensaussprache die alleinige Schuld an dem neuen militärischen Unglück zugeschoben werden; die Friedensfreunde stünden glänzend gerechtfertigt da; eine große Volksbewegung würde sich hinter sie stellen, die voraussichtlich zum Sturz der Regierungen führen und verständigungsbereite Männer bei unseren Feinden ans Ruder bringen würde. Es mag wohl sein, daß die Bewegung von England ihren Ausgang nehmen würde, weil dort heute schon eine nationale, in der Öffentlichkeit organisierte Friedenspartei existiert. Aber sowie die englische Heimatfront einstürzt, hätten wir auch in Frankreich und Italien den moralischen Zusammenbruch zu gewärtigen. Dann würde eine Situation in der Entente eintreten, die einmal „New Statesman" folgendermaßen gekennzeichnet hat:

„Wenn eine Friedenspartei in irgendeinem der kriegführenden Ententeländer die Macht an sich zu bringen im Begriff stände, dann würde über die übrigen alliierten Völker Torschlußpanik kommen, und sie würden sich beeilen, mit Deutschland handelseinig zu werden."

Ein solches Ergebnis wird unsere siegreiche Offensive allein, ohne politische Unterstützung, nicht herbeiführen.

Zweifellos haben unsere Waffenerfolge, namentlich die jüngsten, eine große Wirkung bei unseren Feinden bereits ausgelöst. Das Vertrauen zur politischen und militärischen Führung der Entente hat einen schweren Stoß erlitten. Diese Erfolge allein werden uns aber nicht den Frieden bringen; dazu bedürfen wir eines politischen Sieges hinter den feindlichen Fronten. Wie bereits erwähnt, wird nach Beendigung der Operationen des Jahres 1918 eine gewaltige Friedensbewegung durch die ganze Welt gehen. Hierin liegt nicht nur für unsere Feinde, sondern auch für uns selbst eine große Gefahr, vor der wir die Augen nicht schließen dürfen. Schon jetzt sind bei der Entente die Kriegshetzer an der Arbeit, jede Friedensstörung in ihren Ländern zu unterdrücken, um den Krieg über den fünften Kriegswinter in das Jahr 1919 hinüber zu retten, „bis die Amerikaner da sind". Das wird ihr gelingen, wenn wir weiter politisch untätig bleiben. Heute haben die Völker der Entente zum großen Teil den festen Glauben an ein entscheidendes Eingreifen Amerikas im Jahre 1919. Hieraus ergibt sich für uns die selbstverständliche Aufgabe, nichts unversucht zu lassen, um die Friedensbewegung bei unseren Feinden so zu stärken, daß sie bei ihnen zuerst in panikartige Formen ausartet und den Zusammenbruch der inneren Front herbeiführt.

Dieses Ziel soll und kann die vorgeschlagene politische Offensive erreichen. Eine solche gibt uns zugleich die Möglichkeit, die Friedensbewegung bei uns in der Heimat fest in der Hand zu behalten und sie selber zu leiten. Übernehmen wir hier nicht eine starke, zielbewußte Führung, so werden uns die radikalen und national unsicheren Elemente die Führung aus der Hand nehmen und die ganze Bewegung wird in Scheidemann-Erzbergerische Bahnen gleiten, wie im Juli 1917. Dann kann die Friedensbewegung bei uns in der Heimat zu einer Friedenskatastrophe führen. Das ist keine Schwarzseherei, sondern pflichtmäßiges Bestreben, die Dinge anzusehen, wie sie wirklich sind, und den Gefahren ihrer möglichen Entwicklung vorausschauend zu begegnen.

Wir dürfen uns nicht wie bisher von den Ereignissen treiben lassen und warten, ob uns eines schönen Tages die politischen Früchte unserer Siege in den Schoß fallen. Ohne das Einsetzen einer planmäßig handelnden Staatskunst vor Abschluß der militärischen Operationen kann der staatsmännische Friede nicht sichergestellt werden, der allein unseren Interessen entspricht.

gez.: v. Haeften
Oberst und Abteilungschef beim Stabe des
Chefs des Generalstabes des Feldheeres.

3

Notizen für die Besprechungen mit dem Herrn Reichskanzler am 1. 7. 18[1])

Kriegsministerium und Oberste Heeresleitung sind sich darüber einig, daß alles geschehen muß, um

1. die Ersatzgestellung für das Feldheer zu heben,
2. die Arbeitsleistung in der Heimat auf das Höchstmaß zu steigern.

[1]) Akten der Reichskanzlei. Rk. 1. Krieg. adh. 5, Bd. 2.

Beide Punkte hängen innig zusammen, indem die Arbeiterfrage in der Heimat naturgemäß auf die Ersatzgestellung zurückwirkt.

Um den beiden vorgenannten Gesichtspunkten nachzukommen, erscheinen folgende Maßnahmen nötig:

a) Bindung aller Arbeiter an ihre Betriebe

Begründung: Die Arbeiterschaft fluktuiert zurzeit außerordentlich hin und her, dadurch entsteht Unsicherheit in den Fabriken, und es geht an Arbeitsleistung verloren. Außerdem schwindet jede Möglichkeit einer wirksamen Kontrolle. Es geht also auch möglicherweise mancher Mann für den Heeresersatz verloren.

Besonders zu bemerken ist, daß die weiblichen Arbeitskräfte noch mehr wie die Männer hin und her wandern.

b) Erhöhung der Arbeitsleistung des Einzelnen

Begründung: Nachweislich legen die Arbeiter vielfach selbständig Feiertage ein und verlängern die zugestandenen Arbeitspausen. Das stört naturgemäß den Gesamtbetrieb, da eine ausfallende Kraft oft ein ganzes Arbeitsgebiet in der betr. Fabrik erheblich schädigt. Der Gesamtausfall an Arbeitsleistung ist zweifellos außerordentlich hoch. Gelingt es, ihn zu beseitigen, so brauchen wir entsprechend weniger Männer bei gleicher Arbeitsleistung und bekommen somit männliche Arbeitskräfte für Ersatz frei.

c) Beschränkung der Industrie auf die Kriegsbedürfnisse und den für die Heimat für die Kriegsdauer unabweisbaren Bedarf

Begründung: Es scheint, als ob stellenweise noch in erheblichem Umfange überflüssige Gegenstände, Luxusartikel, Modegegenstände usw., gefertigt würden. Außerdem decken sich anscheinend viele Fabriken schon für den Frieden ein und bereiten Friedensfertigung mindestens ausgiebig vor.

d) Unvermutete Kontrolle von Männern auf Beschäftigung, Militärverhältnis, und gegebenenfalls sofortige Untersuchung auf Wehrfähigkeit

Begründung: Es besteht der Verdacht, daß sich ziemlich zahlreiche Elemente auch unter dem Schutz des Hilfsdienstgesetzes mit einem Minimum von Arbeit abfinden und sich ihren Pflichten entziehen, namentlich in großen Städten, möglicherweise aber auch, da die Ersatzbehörden mit ihren Kontrollorganen unmöglich alles leisten können, in den Industriegebieten und auf dem platten Lande.

e) Erweiterte Heranziehung der Frauen

Begründung: Zwar ist es nicht möglich, hochqualifizierte Facharbeiter, Schwerstarbeiter und die meisten leitenden Stellen durch Frauen zu besetzen. Auch ist anzuerkennen, daß durch schwere Arbeit die Frauen körperlich mehr und schneller geschädigt werden wie die Männer. Trotzdem muß die Frauenarbeit als Ersatz einspringen. Industrie und Gewerkschaften wehren sich dagegen, die Frauen in noch weiterem Umfange heranzuziehen. Jedenfalls übersteigt das Angebot die Nachfrage, wobei noch zu beachten ist, daß viele Frauen aus sozialen bezw. gesellschaftlichen Gründen sich zurzeit nicht zur Arbeit melden, obwohl sie gerne dazu bereit wären.

Die O. H. L. war bei ihrem grundlegenden Schreiben vom 18. 6. 18 II Nr. 8771 geh. op. davon ausgegangen, daß alle diese oben erwähnten Maß-

nahmen am einfachsten durch eine erweiterte Wehrpflicht und durch Ausdehnung der Hilfsdienstpflicht auf die Frauen erreicht werden könnten. Der Kriegsminister hält ein solches Gesetz aus innerpolitischen Gründen für bedenklich und unerwünscht. Zweifellos ist ein Kuhhandel, ähnlich wie er bei dem Hilfsdienstpflichtgesetz eingetreten ist, in verschärftem Maße zu erwarten, und die Regierung könnte unter Umständen, da Nachgiebigkeit ausgeschlossen ist, vor schwere Konflikte gestellt werden.

Wenn es daher möglich ist, die oben erwähnten 5 Punkte im Verordnungswege oder durch entsprechende Auslegung schon bestehender Gesetze zu erreichen, so ist dieser Weg nach Ansicht des Kriegsministers vorzuziehen. — Die O. H. L. hat dagegen keine Bedenken, ihr kommt es nur darauf an, daß die angestrebten Ziele erreicht werden.

Demgemäß erscheint es zweckmäßig, daß zunächst in Berlin das Kriegsministerium und Kriegsamt im Einvernehmen mit den betreffenden Zivilstellen prüfen, welche Wege gangbar erscheinen und hierüber dem Herrn Reichskanzler Vortrag halten. Alsdann werden bei einer neuen Besprechung, zu der die beteiligten Ressorts einzuladen wären, die erforderlichen Schritte zu beraten sein.

4

Ergebnis der Besprechungen in Spa am 2. und 3. Juli 1918[1])

A. Russische Fragen

. . . . . .

B. Polnische Frage

Die austro-polnische Lösung ist tot. Es sollen unverzüglich nach Wien bestimmte Forderungen gerichtet werden:

a) Österreich-Ungarn verzichtet auf Personal-Union.
b) die Polen sollen einen Kandidaten vorschlagen.
c) Deutschland behält in Polen die wirtschaftliche Vorhand. Polen bleibt unser Durchfuhrland nach dem Osten.
d) Deutschland behält vorherrschenden Einfluß auf die Eisenbahnen.
e) Polen wird zu den Kriegskosten herangezogen,
f) Deutschland beansprucht von Polen den in der Denkschrift der O. H. L. vom 5. 7. 18 Nr. 32583 P. I. angegebenen Grenzstreifen. —

Der Überreichung der Note soll baldigst eine endgültige Festlegung in Wien durch den Reichskanzler folgen.

C. Belgische Frage

Belgien muß unter deutschem Einfluß bleiben, damit es niemals wieder unter französisch-englischen Einfluß kommen und Aufmarschgebiet unserer Feinde werden kann.

Dazu soll die Trennung von Flandern und Wallonien in zwei getrennte Staaten, nur durch Personal-Union und wirtschaftliche Abmachungen vereinigt, gefordert werden. Belgien wird durch Zoll-Union, Eisenbahngesellschaft und dergleichen in engste Beziehungen zu Deutschland gebracht werden. Eine belgische Armee darf vorläufig nicht bestehen.

Deutschland sichert sich lange Okkupation mit allmählichem Abbau, so daß zuletzt die flandrische Küste und Lüttich zu räumen wären. Die

[1]) Akten der Reichskanzlei. Rk. 1. Krieg. adh. 5, Bd. 2.

vollständige Räumung ist davon abhängig, daß Belgien sich auf das engste an uns anschließt. Namentlich muß für den Schutz der Küste durch Flandern die Gewähr unbedingter Zuverlässigkeit bestehen.

D. Sperrgebiet von Nordamerika

S. M. der Kaiser hat entschieden, daß die Erklärung des Sperrgebiets an der Ostküste der Vereinigten Staaten von Nordamerika bis auf weiteres nicht erfolgen soll, da nicht genug große U-Boote verfügbar sind und infolgedessen kein so durchschlagender Erfolg des uneingeschränkten U-Bootkrieges gesichert ist, daß wir die Gefahr des Anschlusses der südamerikanischen Staaten an die Entente und des damit verbundenen Zuwachses an feindlichem Schiffsraum auf uns nehmen können. Der Generalfeldmarschall und General Ludendorff legen mit Rücksicht auf die Verstärkung der Amerikaner an der Westfront den allergrößten Wert darauf, daß das Sperrgebiet recht bald erklärt wird. Sie versprechen sich davon auch eine Erleichterung des U-Bootkrieges in den europäischen Gewässern.

5

Aufzeichnung über den Vortrag des Reichskanzlers bei Seiner Majestät in Spa am 13. 7. 1918[1])

Geheim!

1. Rk. berichtet über die vertraulichen Beratungen im Hauptausschusse — Fall Kühlmann —; S. M. äußert in jeder Beziehung seine Befriedigung über das Ergebnis derselben.

2. Rk. berichtet über seine Unterredung mit Joffe, an dessen persönliche Loyalität auch S. M. zu glauben geneigt ist. Joffe hatte gleich anfangs das Bedauern seiner Regierung über das Attentat gegen Graf Mirbach ausgesprochen.

3. Rk. berichtet, daß an Hatzfeldt in dem vereinbarten Sinne telegraphiert worden ist, und daß er auch mit Exzellenz Solf gesprochen habe, der sich zur Übernahme der Mission bereit hält.

4. In Sachen Amerika ist S. M. der Ansicht, daß von dort gekommene Antwort ungenügend sei, und daß umgekehrt Präsident Wilson seine Friedensbedingungen darlegen möge. Im Anschluß daran teilt S. M. dem Rk. mit, daß die Marine das größte Interesse an der Sperrung der ostamerikanischen Küste habe: Admiral Holtzendorff wünsche, darüber dem Rk. Vortrag zu halten; die Marine habe eine neue Karte entworfen, welche das Interesse der spanischen und südamerikanischen Schiffahrt berücksichtige.

5. Litauen betreffend, hat S. M. selbst dem König von Sachsen die Aussicht auf Personalunion mit Litauen eröffnet und hält an diesem Gedanken fest. S. M. wird dem geäußerten Wunsche entsprechend die militärischen Stellen mit der nötigen Instruktion versehen. Im Anschluß daran berichtet Rk. über die eingeschlagenen Verhandlungen in der letzten Sitzung des Staatsministeriums.

6. Herr v. Kühlmann wird den Roten Adlerorden 1. Klasse erhalten; an eine besondere Auszeichnung des Herrn Vizekanzlers hatte S. M. bereits selbst gedacht und wird demgemäß verfügen.

---

[1]) Akten der Reichskanzlei. Rk. 1. Krieg. adh. 5, Bd. 2.

6

Besprechung über Ausdehnung des Sperrgebiets beim Herrn Reichskanzler in Spa am 29. 7. 1918[1])

Beginn der Sitzung 10 Uhr vormittags

Anwesend:

Seine Majestät der Kaiser
Der Herr Reichskanzler
Chef des Admiralstabes Exz. v. Holtzendorff
Staatssekretär des Ausw. Amts Exz. v. Hintze
Chef des Zivilkabinetts Exz. v. Berg
Chef des Militärkabinetts Exz. v. Marschall
Admiral v. Müller, Exz.
Ministerialdirektor Dr. Kriege, Exz.
Gesandter Frhr. v. d. Lancken
Unterstaatssekretär v. Radowitz
Oberst v. Winterfeldt
Gesandter von Haniel
Kapitän Zänker
Wirkl. Legationsrat Frhr. v. Grünau
Legationsrat Frhr. v. Lersner
Legationsrat v. Prittwitz
Legationssekretär v. Vietinghoff

Der Herr Reichskanzler eröffnet die Sitzung und berichtet kurz über das Ergebnis der ersten Besprechung in Berlin, die zu dem Ergebnis führte, daß die politischen Nachteile der geplanten Maßregel ihre militärischen Vorteile überwögen.

Admiral v. Holtzendorff führt aus, daß der U-Bootkrieg die hauptsächlichste offensive Maßnahme gegen die von unseren Gegnern durchgeführte Blockade sei. Ohne den rücksichtslosen U-Bootkrieg wären wir heute erledigt. Ebenso wie die Armee müsse die Marine die Punkte des geringsten Widerstandes beim Gegner angreifen.

Heute sei die Lage so, daß die Abwehrmittel beim Gegner erheblich gesteigert seien. Der Gegner verfüge über eine außerordentlich große Anzahl von Häfen, was den Angriff erschwere. Unsere Verluste seien erheblich; man müsse zugeben, daß sie in einem Monat den Zugang überstiegen hätten.

Der Krieg mit Amerika sei bei Erklärung des rücksichtslosen U-Bootkrieges stets von allen Stellen und ganz besonders von der Marine in Rechnung gestellt worden. Im Hinblick auf diesen Krieg seien die U-Bootkreuzer gebaut. Ein Jahr nach Beginn des rücksichtslosen U-Bootkrieges habe er melden können, daß dieselben zum Eingreifen gegen Amerika bereit seien.

Politische Bedenken hätten die Ausführung der Sperrgebietsausdehnung verschoben; ein Monat sei bereits verloren.

Redner weist darauf hin, daß Amerika das Sammelbecken der Kriegsmaterialien der Entente geworden sei. Das Angriffsziel in Amerika sei günstig, da die Transporte nur aus ca 5—6 Häfen ausliefen. Außerdem müsse besonders die amerikanische Küstenschiffahrt getroffen werden, die heute dazu diene, die Eisenbahnen in Amerika zu entlasten. Die Küstenschiffahrt werde von Gesellschaften kleiner Aktionäre betrieben, die durch den Verlust der Schiffe getroffen werden müßten. Erschwerung der Kohlen- und Zuckerversorgung.

Die Ausdehnung des Sperrgebiets würde die in Amerika bereits bestehende

[1]) Akten der Reichskanzlei.

Personalnot in der Schiffahrt beträchtlich steigern, die Abwehrmaßnahmen müßten auch an der amerikanischen Küste einsetzen, das Konvoisystem über den ganzen Ozean eingeführt werden.

Man habe gerügt, daß die Zahl der zur Verfügung stehenden Boote nicht groß genug sei; man dürfe aber nicht vergessen, daß die bisherigen Erfolge des U-Bootkrieges bei einem Zustande erreicht würden, wonach täglich ungefähr nur 40 Boote an der Arbeit seien. Wenn also nur für die amerikanische Küste vorläufig 3 Boote angesetzt werden könnten, so sei das im Verhältnis sehr viel. Das erste Boot habe 61 000 Tonnen nach Hause gebracht. Für die Abwehrmaßnahme sei es außerdem ganz gleichgültig, wieviel Boote an der Küste Amerikas operierten, da die Amerikaner ja nicht wissen könnten, an welchem Punkte die Boote aufträten. Das Sperrgebiet sei erforderlich, damit die Boote ihrer eigentlichen Bestimmung entsprechend unter Wasser arbeiten könnten.

Es sei zuzugeben, daß der U-Bootkrieg eine besonders für die Neutralen empfindliche Maßnahme sei; dieselbe sei aber kriegsnotwendig. Über das Odium sei man heute hinaus, und von einer Überraschung der Neutralen könne keine Rede mehr sein. . . . .

Zusammenfassend müsse gesagt werden, daß es sich um eine Kriegsmaßnahme handle, die nicht nur notwendig, sondern auch dringend sei. Redner könne dies auch im Namen der O. H. L. erklären.

Staatssekretär v. Hintze fordert Baron v. d. Lancken zur Beleuchtung der Rückwirkung der geplanten Maßnahme auf die belgischen Verhältnisse auf.

Gesandter Frhr. v. d. Lancken: Die Erklärung des geplanten Sperrgebiets würde für die Ernährung Belgiens, des Etappengebiets und Nordfrankreichs von der einschneidendsten Bedeutung sein. Belgien könne nur ein Drittel oder ein Viertel seines Bedarfs an Brot, dem hauptsächlichsten Nahrungsmittel, im Lande aufbringen. Das übrige müsse aus dem Auslande durch die Relief-Kommission beschafft werden. Dabei handle es sich nicht nur um die Ernährung der Bevölkerung im allgemeinen, sondern insbesondere um diejenigen Teile derselben, die in unserm militärischen Interesse arbeiten; dieses seien einschließlich Nordfrankreichs ca. $1^1/_2$ Millionen Mann. Diese würden im Falle der geplanten Maßnahme und des Aufhörens des belgischen Ernährungswerkes für uns in Fortfall kommen, insbesondere würde die für uns so überaus wichtige Kohlenförderung in Belgien aufhören. Der Generalgouverneur habe ihn daher beauftragt, diese Punkte besonders hervorzuheben. . . .

Ferner komme noch folgendes hinzu: Die Frage der Ernährung Belgiens sei von Anfang an in England ein Zankapfel zwischen zwei Parteien gewesen. Die einen seien für die Ernährung Belgiens eingetreten aus Angst vor einem möglichen Abspringen Belgiens, die andern seien gegen das Ernährungswerk, weil sie befürchten, daß die Zentralmächte zu große Vorteile daraus zögen. Diese letztere Partei warte nur auf eine Gelegenheit, um von der Verpflichtung des belgischen Ernährungswerkes loszukommen und die Schuld daran dann den Zentralmächten aufzubürden.

Durch Ausdehnung des Sperrgebiets nach den Vorschlägen der Marine würde also die Ernährung Belgiens und der dort für uns tätigen Arbeiter aufs schwerste geschädigt, es würden Hungerrevolten auftreten und die Sicherheit hinter unserer Front stark beeinträchtigt werden. Zufuhren aus Deutschland nach Belgien seien nach übereinstimmenden Urteilen der inneren Ressorts ausgeschlossen.

Die Verhältnisse in Belgien würden durch die geplante Maßnahme unmöglich werden.

Admiral v. Holtzendorff: Die Frage der belgischen Ernährung geht in erster Linie die Landarmee an; der Feldmarschall muß die Verhält-

nisse übersehen können. Es müsse aber mit allem Nachdruck betont werden, daß uns an dem Wohlergehen der Belgier nicht gelegen sein könne, sondern in erster Linie nur deutsche Interessen maßgebend sein müßten. Im übrigen könnten die belgischen Reliefschiffe durch das neue Sperrgebiet ebenso fahren, wie durch das bisherige.

Gesandter Frhr. v. d. Lancken: Der Generalgouverneur habe ihn beauftragt, besonders auf die militärischen Bedenken hinzuweisen (Kohlenförderung, Arbeiterleistung), die der geplanten Maßnahme entgegenständen. Die Belgier selbst kämen natürlich erst in zweiter Linie in Betracht.

Admiral v. Holtzendorff: Über diesen Punkt müsse der Feldmarschall von Hindenburg entscheiden.

Der Herr Reichskanzler: Unsere Feinde könnten leicht die geplante Maßnahme zum Vorwand nehmen, um das belgische Ernährungswerk aufzugeben, auch wenn dasselbe durch die Maßnahme an sich nicht beeinträchtigt zu werden brauchte.

Seine Majestät führt aus, daß — wenn eine solche Partei auf der Lauer liege, wie es Baron Lancken ausgeführt habe — es besser sei, abzuwarten und dann der Entente gegebenenfalls das Odium zuzuschieben.

Staatssekretär v. Hintze: Es sei zuzugeben, daß die Kriegsnotwendigkeit ein wichtiges Argument sei, das nicht nur für die militärische, sondern auch die politischen Stellen maßgebend sein müsse. Pflicht der politischen Leitung müsse es sein, auf die Nachteile hinzuweisen, die sich aus der geplanten Maßnahme ergeben könnten.

Die amerikanische Küstenfrachtschiffahrt werde größtenteils durch neutrale Segelschiffe ausgeführt. Es würden also in erster Linie die Neutralen betroffen. Die Abneigung der Neutralen gegen die Zentralmächte, die schon ohnedies größer sei als gegen die Entente, würde also noch gesteigert werden. Der Krieg dauere den Neutralen zu lange. Der Grund für die Abneigung liege darin, daß wir von dem Verkehr mit dem Ausland abgeschnitten seien, während die Entente schon vor dem Kriege überall die öffentliche Meinung in ihrem Interesse bearbeitet habe. Nicht allein durch Vorteile, sondern auch durch Stimmungen würden die Menschen gelenkt. Im einzelnen würde die Neutralität der skandinavischen Reiche jedenfalls eine wesentlich weniger günstige werden.

Auch in Spanien seien einflußreiche Kreise auf Seiten der Entente. Die Zuversicht der Neutralen auf den Sieg der Entente sei überhaupt gewachsen. . . .

Als Folge der geplanten Maßnahme müsse man in Ansatz bringen, daß die wenigen Neutralen, die noch vorhanden seien, ihre Neutralität zum mindesten noch weiter einschränken würden. Demgegenüber seien als militärische Folgen angegeben 1. daß die Neutralen weitere Schiffsverluste an der amerikanischen Küste erlitten, 2. daß die Teilhaber kleiner amerikanischer Aktienunternehmungen getroffen würden, 3. daß die Kohlen- und Zuckerversorgung Amerikas erschwert würde.

Man müsse auch berücksichtigen, daß Spanien den Schutz der Deutschen im Ausland übernommen habe, und daß es schwer ins Gewicht fallen würde, wenn dieser Zustand aufhören würde. Die ganze Welt sei zu unseren Feinden geworden. Wenn auch die wenigen noch vorhandenen Neutralen in das feindliche Lager abschwenkten, so würde dies das deutsche Volk schwer erschüttern. Wie bei den Feinden, wenn nicht vielleicht noch mehr, haben auch die Nerven unseres Volkes gelitten. Man würde in Deutschland es als eine Heimsuchung empfinden, wenn die Zahl unserer Feinde noch weiter vermehrt würde. Dies seien die politischen Nachteile, die er der zuständigen Stelle unterbreiten müsse, die ihrerseits dazu berufen sei, sie gegenüber den militärischen Vorteilen abzuwiegen.

Admiral v. Holtzendorff: Das Angeführte müsse gewiß anerkannt werden. Die Kriegsnotwendigkeit der geplanten Maßnahme werde aber dadurch nicht berührt, sie müsse im Rahmen des ganzen U-Bootkrieges betrachtet werden. Die Transporte der Entente müßten am Ausgangshafen getroffen werden. Die Besorgnisse wegen Spanien teile er nicht.

Der Herr Reichskanzler: Angesichts des Versuchs, mit Wilson Verbindung aufzunehmen, müsse man auch sich die Frage vorlegen, ob der gegenwärtige Moment überhaupt für die geplante Maßnahme in Frage kommen könne.

Staatssekretär v. Hintze: Die Diplomatie dürfe während des Krieges weniger denn je untätig sein und sei dazu berufen, jeden Faden zu unseren Feinden — auch den dünnsten — weiter zu spinnen. Man müsse zugeben, daß der vom Herrn Reichskanzler erwähnte Weg durch die geplante Sperrgebietserklärung nicht gangbarer werde, aber entscheidenden Einfluß könne man angesichts der Undurchsichtigkeit und Ungewißheit, in der er schwebe, diesem Schritt bei der heutigen Verhandlung nicht beimessen.

Vor Augen aber halten müsse man sich, daß die öffentliche Meinung in Amerika durch die geplante Sperrgebietserklärung aufs äußerste gegen uns entflammt werden würde, und daß die dort gespaltene öffentliche Meinung zu einer einheitlichen Front gegen uns zusammengeschweißt werden würde. Innerhalb Deutschlands könne man sich leicht über eine solche Stimmung hinwegsetzen, aber der im Ausland lebende Deutsche müsse dieses an seinem eigenen Leibe erfahren.

Die geschilderten militärischen Vorteile hätten ihn persönlich nicht überzeugt.

Admiral v. Holtzendorff: Hinsichtlich der Beurteilung der Demarche beim Präsidenten Wilson teile er die Ansicht des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts. Daß die Stimmung in Amerika unbedingt gegen uns umschlagen würde, halte er nicht für zweifellos. Aber auch dadurch könne die Lage nicht verschlimmert werden, da bereits heute Amerika alles gegen uns tue, was es könne. Allein entscheidend müsse für uns die Frachtraumfrage sein.

Seine Majestät erklärte, heute noch keinen definitiven Befehl geben zu wollen, da der Admiral v. Holtzendorff wegen seiner angegriffenen Gesundheit um seinen Abschied eingekommen sei, und Er noch Gelegenheit nehmen wolle, mit dem Nachfolger des Admirals über die Sache zu sprechen. Der Vorteil der Sperrgebietserklärung sei angesichts der Technik des U-Bootkrieges ohne weiteres einleuchtend, vor Entscheidung müsse man sich aber über das vorhandene Material Rechenschaft geben. Zurzeit kämen für das amerikanische Gebiet 3 U-Kreuzer in Betracht, diese repräsentieren 24 Torpedos. Man werde wohl zugeben müssen, daß es nicht möglich sei, mit dieser Zahl von Torpedos Amerika auf die Knie zu zwingen. Ein Rückschlag in der Stimmung in den Vereinigten Staaten sei sicher. Eine einheitliche Stimmung gegen uns in Nordamerika sei auch wegen der Rückwirkung auf Südamerika gefährlich.

Seine Majestät bespricht ferner die Ihm zweckdienlich erscheinende Taktik der Konvoibegleitung durch U-Kreuzer und betont auf Grund der Berichte des Herrn von Nostiz die Unmöglichkeit eines Angriffs durch einen U-Kreuzer auf einen Konvoi. Infolge dieser technischen Unmöglichkeit falle ein wesentliches Angriffsziel für die U-Kreuzer in Amerika fort.

Die vorhandene Zahl von Kreuzern sei nicht ausreichend.

Bei Beginn der U-Bootkampagne habe man mit 9 Booten den Krieg gegen England eröffnen wollen und behauptet, man könne es damit in 6 Monaten auf die Knie zwingen. Man müsse sich jetzt vor demselben Fehler hüten. Ebenso wie nach Erklärung des rücksichtslosen U-Bootkrieges im Februar 17

müsse auch jetzt im Falle einer Erweiterung des Sperrgebiets eine sofortige ungeheuerliche Wirkung eintreten. Als während des ganzen Jahres 1916 in Deutschland viele Kreise, so besonders die rechtsstehenden Parteien, Seine Majestät und die Kaiserliche Regierung beschworen hätten, den rücksichtslosen U-Bootkrieg zu eröffnen, sei Er dagegen gewesen, weil die öffentliche Meinung über das vorhandene Material falsch orientiert gewesen sei. Im Einvernehmen mit Reichsleitung und O. H. L. habe Er Seine Zustimmung erst gegeben, als ausreichendes Material vorhanden gewesen sei.

Die vorgebrachten politischen Bedenken seien zweifellos sehr beachtenswert. Wenn dieselben zurückgestellt würden, so müsse man in der Lage sein, nicht nur Amerika, sondern auch jedem anderen Lande (Südamerika, Spanien) sofort auf den Leib zu rücken, wenn es Schwierigkeiten mache.

Daß die Abwehrmaßnahmen heute größer seien, müsse man zugeben. Aber auch die Landarmee habe im Laufe der Jahre mit immer größeren Schwierigkeiten kämpfen und sich dementsprechend umstellen müssen.

Die Frage müsse vorläufig ruhen bleiben und kein Entschluß gefaßt werden, bis der Nachfolger des Admirals von Holtzendorff Gelegenheit zur Äußerung gehabt habe und mehr Material zur Verfügung stehe.

Admiral v. Holtzendorff bemerkt, daß er zu der Zeit, als man mit 9 Booten den U-Bootkrieg gegen England durchführen wollte, dagegen gewesen sei. Er müsse auch betonen, daß ihn nicht der Vorwurf treffen könne, die jetzt geplante Maßnahme zu früh angeregt zu haben. Die neuen Boote führen nicht 8 Torpedos, sondern je 23 Torpedos, außerdem tauchten sie schneller.

Seine Majestät: Die großen Kreuzer tauchten zu langsam.

Wenn auf dem Lande eine Offensive geplant sei, so müsse man sich vorher überlegen, ob alle notwendigen Vorbereitungen dazu getroffen worden seien. Die vorhandene Zahl von Kreuzern sei nicht ausreichend. Die Maßnahme sei ganz ohne Rücksicht auf die Politik vom Standpunkt der Obersten Seekriegsleitung aus praktischen Gründen zur Ausführung nicht reif.

Die vorgebrachten militärischen Bedenken wegen der belgischen Arbeiterbevölkerung seien sehr schwerwiegend; eine Ernährung der Belgier durch uns könne nicht in Frage kommen. Die belgische Bevölkerung lauere nur darauf, etwas gegen uns zu unternehmen. Unsere rückwärtigen Verbindungen würden gefährdet. Man müsse auch bedenken, daß wir nicht im zweiten, sondern im vierten Kriegsjahre stünden und man sich daher nicht alles leisten könne, was man früher getan habe. Die Nerven hätten gelitten.

Ehe ein solcher Entschluß gefaßt werden könne, müsse Material in solcher Menge zur Verfügung stehen, daß dann ein wirklicher Schlag geführt werden könne.

Schluß der Sitzung 11 Uhr 30 vormittags.

7

Besprechung in Wien am 5. September 1918, 10 Uhr vormittags[1])

Anwesend:

der k. u. k. Minister des Äußern Graf Burián,
„ k. u. k. Botschafter von Merey,
„ Sektionschef von Matcheko,
„ Legationsrat von Masierowitsch,
„ Legationsrat Graf Coloredo,

[1]) Akten des Auswärtigen Amts. A. S. 4222, pr. 5. 9. 1918.

„ Staatssekretär des Auswärtigen Amts von Hintze,
„ Botschafter Graf von Wedel,
„ Unterstaatssekretär von Stumm,
„ Botschaftsrat Prinz Hatzfeldt,
„ Legationssekretär von Vietinghoff.

Graf Burián erläutert nochmals kurz das Projekt einer Friedensdemarche. Vorgestern sei zwischen ihm und Herrn von Hintze kurzes Résumé gemacht worden. Deutschland habe prinzipiell zugestimmt, Dringlichkeit anerkannt, jedoch der von ihm vorgeschlagenen Form nicht beigestimmt, sondern einen Schritt durch Angehung einer neutralen Macht vorgeschlagen: Herr von Hintze habe über die Bereitwilligkeit einer solchen Macht Mitteilungen gemacht. Von seinen Bedenken gegen die von deutscher Seite angeregte Form habe sich nur eines durch die Darlegung des Staatssekretärs von Hintze zerstreuen lassen, nämlich die Fiktion, daß die neutrale Macht die Vermittlung scheue aus Furcht vor der Entente und Amerika. Seine anderen Bedenken blieben voll bestehen. Für eine Vermittlung sei keine rechte Basis vorhanden; eine solche könne nur Nutzen haben, wenn es sich darum handele, die Grundlage zu einem Frieden durch Austausch der gegenseitigen Bedingungen zu ermitteln. Das sei hier nicht der Fall. Sein Vorschlag sei ja gerade deshalb gemacht, um einen solchen Schritt zu vermeiden. Dieser sein Schritt würde Kommentare von einer dritten Seite vermeiden. Durch die Nennung von Friedenszielen, die bei einer Vermittlung nicht zu umgehen wären, würde der Schritt sofort zum Stillstand kommen. Denn die Friedensziele müßten entweder sehr gering sein, dann kämen sie einer Kapitulation gleich, oder zuversichtlich gehalten, dann hätten sie keine Aussicht auf Annahme. Viel ersprießlicher wäre daher direkte Hinwendung an den Feind.

Graf Burián geht darauf ein, wie sich eine Vermittlung praktisch abspielen würde. Ohne Vorbereitung würde die Entente Schritte eines Neutralen a priori ablehnen, also müßte Sondierung Entente-Amerikas vorausgehen. In Frage kommende Neutrale hätten nicht genügendes politisches Ansehen; ihre Intervention würde keine genügende Autorität haben, barsche Ablehnung voraussichtlich. Ganz anders lägen die Dinge, wenn einer der Kriegführenden das Wort ergreife, niemanden zwänge, sondern nur mit Argumentation an den Feind heranträte. Es würde dem Feinde hier etwas vorgeschlagen, was gerade infolge seiner Ungewöhnlichkeit alle Aussicht auf Beachtung habe. Die Vermittlung bringe Gefahr, daß wir verhindert würden, etwas zu erreichen. Er müsse infolgedessen bitten, von dem Gedanken einer Vermittlung abzusehen. Die k. u. k. Regierung könne nicht mitmachen. Er hielte die Vermittlung für wirkungslos, autoritativlos, Stoß in die Luft.

Graf Burián betont nochmals, daß der von ihm vorgeschlagene Schritt außerordentlich dringlich sei. Jeder künftige Tag sei schlechter als der heutige. Die Bevölkerung in Österreich-Ungarn fordere, daß die Regierung selbst etwas unternehme. Bei einer Vermittlung würde dies nicht der Fall sein. Es mehrten sich die Anzeichen, daß Amerika sich den Beschlüssen der Londoner Konferenz anschließen wolle. Sobald dies erfolgt sei, wäre es zu spät. Er müsse daher mit großer Entschiedenheit bitten, seinen Vorschlägen zuzustimmen. Die Wirkung würde sein, daß in allen Ländern Stimmen ertönen würden, die sagten, warum man so etwas nicht annähme. Er würde es fast als leichtfertig ansehen, den jetzigen Augenblick für den von ihm vorgeschlagenen Schritt unter der zugestandenen Beschränkung bezüglich der Wahl des Tages zu verpassen. Eine Vermittlung eines Neutralen könnte immer noch eintreten, nachdem der von ihm vorgeschlagene Schritt unternommen worden sei.

Staatssekretär von Hintze: Die deutsche Regierung habe sich entschlossen, neben den Waffen auch diplomatische Mittel zur Beendigung

des Krieges anzuwenden. Die Vermittlung einer neutralen Macht solle nur zur Aussprache zwischen Teilnehmern der kriegführenden Mächte verhelfen, etwaige Darlegung der Kriegsziele sei der Aussprache vorzubehalten. Die deutsche Regierung erstrebe demnach dasselbe Resultat wie die österreichisch-ungarische; nur in der Methode bestehe Abweichung. Die k. u. k. Regierung wolle ihr Ziel erreichen durch ein Novum, die deutsche dagegen meine, daß der gewöhnliche Weg dem Feinde mehr zusagen werde und die Ablehnung bzw. das Totschweigen erschweren werde. Die Autorität der in Frage kommenden Neutralen sei allerdings gering; darin liege aber ein Vorteil, denn damit falle der Verdacht einer Drohung fort, die bei Inangriffnahme der Mediation durch eine Großmacht gemutmaßt werden könnte. Um so wirkungsvoller müsse die Betonung menschlicher Momente wirken. Die vom Grafen Burián gemachte Beanstandung, daß eine Vermittlung ohne Angabe von Kriegszielen zu Boden fallen müsse, träfe auch auf den österreichischerseits geplanten Schritt zu. Letzterer solle kein Friedensangebot darstellen, ebenso auch die neutrale Macht solle nur zu gemeinsamer Aussprache auffordern. Gegenüber der Befürchtung, daß die neutrale Macht sich erst vergewissern müßte, wie ihr Schritt aufgenommen würde, habe er zu sagen, daß er aus Gesprächen mit neutralen Staatsmännern wisse, daß sie solche Bedenken nicht hätten. Den kleinen Mächten stehe etwas zur Seite, was den großen fehle: moralisches Gewicht und nichts weiter. Dies würde vom Feind anerkannt werden müssen. Allerdings würde die Vermittelung einige Zeit in Anspruch nehmen, aber auf Tage könne es nicht ankommen. Was den Schritt, der österreichischerseits vorgeschlagen werde, im einzelnen betreffe, so sei zu erwarten, daß der Feind mit Schwäche[1]) antworten werde. Die Wirkung auf die feindlichen Regierungen würde selbst österreichischerseits bezweifelt. Bei den Völkern scheine sie ihm aber auch nicht sicher. In diesem Moment sei jeder, der in England oder Amerika vom Frieden spreche, ein Verbrecher. Das Echo im Feindesland würde sein: Feind eingesteht, daß er geschlagen ist. Der Schritt würde daher im besten Falle mit Schweigen empfangen werden, oder auch von der Presse mit Hohn überschüttet werden. Welchen Eindruck nun würde ein solcher Schritt dem deutschen Volke machen? Die Presse sei schwer zu beeinflussen, aber selbst wenn es gelänge, stelle sie nicht die öffentliche Meinung dar. Im Volke würde es heißen: Österreich hat uns verraten, hat uns im Stich gelassen. Im österreichischen Volke würde der Schritt das Friedensbedürfnis, die Sehnsucht nach Frieden noch mehr stärken. Die Rückwirkung auf die Armee sei unermeßlich. Er müsse den Schritt daher als verhängnisvoll ansehen und nochmals seinen Vorschlag empfehlen.

Graf Burián: Sehr viele der berechtigten Argumente des Staatssekretärs von Hintze träfen nicht nur den österreichischen, sondern auch den deutschen Vorschlag. Er teile die Bewunderung für die Leistungen der Heere, aber warne davor, in Phraseologie zu verfallen. Der Moment wäre nahe, wo die Leistungen am Ende wären. Der Schritt müsse erfolgen, ehe dies eingetreten sei, denn darnach sei er gänzlich aussichtslos. Österreich-Ungarn könne den Krieg nicht mehr weiterführen. „Bei uns ist absolut Schluß."

Graf Burián führt dies weiter aus (Ernährung, Bekleidung, Kohlen). Das begründe äußerste Eile! Die Ungewöhnlichkeit des Schrittes wird zugegeben, aber der Feind würde ihn nicht darnach werten, sondern darnach, wie er sich ihm darstelle, vom Gesichtspunkte seiner Interessen. Eine Antwort durch Schweigen wäre auch bei einer Vermittelung möglich. Was die Fiktion betreffe, daß der Neutrale aus eigenem Antrieb handele, so glaube er, daß sie sich keine 24 Stunden aufrechterhalten lassen würde. Die Darlegungen des Herrn von Hintze über die Kriegspsychose beim Feinde könne ihn nicht

[1]) Soll offenbar „Schweigen" heißen. (Sch.)

dazu bekehren, auf einen namhaften Aufschub einzugehen. Der Einwand, daß ein direkter Schritt einen cri de détresse darstellen würde, träfe auch auf die Vermittelung zu. Betreffs der Wirkung des Schrittes in Deutschland und Österreich-Ungarn hege er nicht die Befürchtung, daß diese verhängnisvoll sein würde. Er lehnte jeden Gedanken an die Möglichkeit eines Separatfriedens oder ähnliches ab; der würde nur von einigen Verrückten gehegt. Im übrigen würde die Zustimmung der Verbündeten derartige Gedanken entkräften. Er erkläre sich bereit, selbst auf die Gefahr hin, die Wirkung seines Schrittes zu vermindern, auf irgendeinen Vorschlag einzugehen, der zur Betonung der Solidarität diene. Bezüglich der Wirkung auf das Publikum betonte Graf Burián nochmals, daß das Volk einen solchen Schritt fordere. „Österreichisch-ungarisches Publikum erwartet einen eigenen Schritt; wir sind dazu gezwungen und unsere Lage erfordert ihn. Es (das Volk) würde es sehr übel aufnehmen, wenn verlautete, daß Deutschland einen solchen Schritt verzögert hat. Es ist oft die Impression entstanden, daß Deutschland politisch zu sehr gezögert hat, daß es zugewartet hat. Es darf nicht sein, daß in Österreich-Ungarn die Überzeugung vorherrscht, daß Deutschland ihm die Hand festhält." Der Kaiser hielte es durchaus für seine Pflicht, einen solchen Schritt zu tun. Er, Graf Burián, garantierte dafür, daß der Eindruck, Österreich-Ungarn lasse seinen Verbündeten im Stich, keine 24 Stunden bestehen würde. Dies zu erreichen, liege in Österreich-Ungarns Macht.

Graf Burián äußerte sich dann noch über die militärischen Machtmittel des Feindes, stellt demgegenüber die Lage in Deutschland. (Ernährung, mangelnder Ersatz, Bekleidung.) Er resumierte seine Argumentation: „Wir haben keine Zeit."

Staatssekretär von Hintze: Es sei von einem der Verbündeten Deutschland schon wiederholt erklärt worden, daß jetzt Schluß sei, und trotzdem seien darnach von ihm große und bedeutende Siege erfochten worden. Er möchte annehmen, daß dies auch jetzt wieder der Fall sei.

Graf Burián fällt dem Staatssekretär v. Hintze ins Wort und sagt: Österreich hätte nie eine derartige Erklärung abgegeben.

Unterstaatssekretär von Stumm und Botschafter Graf von Wedel stellen unter Anführung von Daten fest, daß dies doch der Fall gewesen sei, worauf

Graf Burián erklärt, daß er sich füge.

Graf Burián fährt fort, nochmals die Dringlichkeit des von ihm vorgeschlagenen Schrittes darzulegen, gibt aber auf Einwendungen des Grafen Wedel zu, daß es natürlich nicht auf 2 bis 3 Wochen ankäme. Im übrigen verhandele man nicht über den Tag, sondern über den Schritt im allgemeinen.

Staatssekretär von Hintze gegenüberstellt österreichische und deutsche Vorschläge und stellt fest, daß die deutscherseits vorgeschlagene Vermittelung etwa 2 bis 3 Wochen später einsetzen würde als der österreichischerseits vorgeschlagene Schritt. Er schlägt als Amendement vor, daß man beides in Aussicht nimmt und zwar zuerst die Vermittelung eines Neutralen. Erfolge der österreichische Schritt zuerst, so sei die Vermittelung unmöglich; umgekehrt aber stände, falls die Vermittelung versage, der österreichischerseits vorgeschlagene Schritt offen.

Graf Burián erklärt, daß der von ihm vorgeschlagene Schritt nach Fehlschlagen der Vermittelung eines Neutralen unmöglich sein würde; er würde nur lächerlich wirken.

Botschafter von Merey meint, das Amendement, das Staatssekretär von Hintze vorschlage, würde denkbar sein, wenn man mehrere Monate Zeit hätte. Aber so, wie die Dinge liegen, müsse sofort gehandelt werden. Der österreichische Schritt würde also gleich auf den Schritt seitens eines

neutralen Staates folgen müssen, und dann allerdings würde er den Charakter eines cri de détresse bekommen.

Staatssekretär von Hintze und Graf Burián gehen noch in einige Einzelheiten ein.

Das Ergebnis der Besprechungen wird in einer Erklärung festgelegt.

8

Notizen des Ministerialdirektors Deutelmoser zur Propaganda-Frage

Der Pressechef beim Reichskanzler
Nr. 629/18.

Berlin, den 19. August 1918

1. Im Auslande ist uns die feindliche Propaganda weit überlegen durch ihr schon viele Jahre vor dem Kriege planvoll betriebenes Werben um die Gunst der öffentlichen Meinung und das dabei gewonnene scharfe Verständnis für psychologische Fragen,

durch ihre Beherrschung der überseeischen Kabel und sonstigen Nachrichtenmittel,
„ ihre größere Geldmacht,
„ ihre Gewissenlosigkeit im Verleumden,
„ das Überwiegen der englischen und französischen Sprache im Weltverkehr,
„ die Herrschaft des Feindes über die wichtigsten Rohstoffgebiete und den Schiffsverkehr mit ihnen, wodurch es ihm möglich ist, die Rohstoffzufuhr der Neutralen zu rationieren, die unsrige größtenteils zu unterbinden.

2. Wir können also im Auslande noch soviel für die Propaganda tun, unterlegen bleiben wir immer.

Das einzige wirklich entscheidende Propagandamittel ist für uns der stets wiederholte glaubhafte Nachweis unsrer Unbesiegbarkeit, darüber hinaus, wenn möglich, der Nachweis, daß wir im gegenwärtigen Kriege die Sieger sein werden.

3. Dieser Nachweis ist dem Ausland nur glaubhaft zu machen, wenn wir im Inlande selbst daran glauben. Sogar dann ist die Sache aus den oben erwähnten Gründen nicht leicht. Überzeugen wir aber nicht einmal das eigene Volk und die Bundesgenossen, so ist es geradezu kindlich, im neutralen und feindlichen Ausland auf Glauben zu hoffen.

Die Neutralen werden immer bestrebt sein, sich mit dem vermutlichen Sieger günstig zu stellen. Verführen sie anders, so wären sie Narren.

4. Aus alledem folgt, daß unsere gesamte Ausland-Propaganda mit den Ergebnissen unserer Innen-Aufklärung steht und fällt.

5. Den Behörden glaubt heute bei uns fast kein Mensch mehr etwas, am wenigsten, wenn sie amtlich aufmunternd sprechen.

Die Bevölkerung ist enttäuscht:
durch den U-Bootkrieg
„ die Westoffensive
„ die Versprechungen über Ernährungszufuhr aus der Ukraine und die sonstigen Ergebnisse des sogenannten Friedens im Osten.
Sie ist ferner besorgt:

durch die Zweifel an der Zulänglichkeit unseres Mannschaftsersatzes gegenüber den amerikanischen Truppennachschüben,

„ die Zweifel an der Möglichkeit, mit den Rohstoffen durchzuhalten, wo wir vom Kapital zehren, während der Feind (wie man wenigstens glaubt) nur die Zinsen verbraucht, durch das Umsichgreifen der Teuerung und Geldentwertung, wodurch die Haushaltungen verkommen, die nötigsten Anschaffungen immer schwerer erschwinglich werden (besonders für Festbesoldete),

„ durch die Angst vor der Heizungs-, Beleuchtungs-, Verkehrs-, Ernährungs- und Bekleidungsnot im kommenden Winter.

Sie ist verärgert:

durch die Unzahl der Kriegsverordnungen, die tief in das Privatleben eingreifen,

„ den mit ihrer Befolgung verbundenen Zeitverlust und die sonstigen Scherereien,

„ die Ungeschicklichkeit vieler Beamten im Verkehr mit dem Volk.

Sie hat den Glauben an die Autorität der Behörden teilweise eingebüßt, weil manche Verordnungen einfach nicht ausführbar sind (Schleichhandel usw.) und deshalb auch von gewissenhaften Leuten umgangen werden.

Sie ist mißtrauisch:

durch die Verschleppung der feierlich versprochenen preußischen Wahlreform,

„ die Befürchtung, wir würden gute Gelegenheiten zum Frieden verpassen, weil wir Eroberungswünsche hegten oder die sonstigen Kriegsziele weitersteckten, als unsere Kraft reicht,

„ die Überflutung mit Propagandastoff, dessen amtliche Herkunft erkennbar ist, und durch die Gleichförmigkeit der zensierten Presse,

„ die Lektüre ausländischer Blätter, deren Inhalt dann auch mündlich verbreitet wird,

„ den vielfach ganz offenkundigen Hader zwischen den amtlichen Stellen, worüber nicht nur die durch Unerfahrenheit halbwegs entschuldigten Hilfskräfte klatschen.

Sie ist unterernährt und deshalb schon aus psychologischen Gründen auch seelisch weniger widerstandsfähig.

Sie ist niedergedrückt:

durch die Verluste an der Front und durch die stete Furcht vor neuen Verlusten,

„ die Unmöglichkeit, ein Ende des Krieges abzusehen,

„ die fortschreitende Zersetzung Österreich-Ungarns und die Gerüchte über die Unsicherheit unsrer anderen Bundesgenossen,

„ das Herabsinken vieler einst sichergestellter Familien in Not und Verarmung.

Sie ist verhetzt:

durch die Reden der feindlichen Staatsmänner und Politiker, durch die Verbreitung von zersetzenden Denkschriften oder Flugblättern,

„ die Wühlarbeit von fremden und einheimischen Volksverführern, durch die aufreizende Haltung der Alldeutschen, (die auch unmittelbaren außenpolitischen Schaden stiftet), und anderes Parteigezänk.

6. Gegen alles das mit aufrichtenden, Zuversicht weckenden Mitteln aufzukommen, ist nur erreichbar, wenn man die Vertrauensleute des Volkes zum Volk reden läßt. (Richtlinien für Z. f. H.) [1])

---

[1]) Zentrale für Heimatdienst. (Sch.)

Die Presse hat an ihrem im Frieden so großen Kredit durch die Zensur erheblichen Schaden genommen. Wir dürfen uns von ihr allein also nicht zuviel versprechen. Sicher ist ihre Wirkung immer nur, wenn sie Kritik übt.

Auch die Reden von Staatsmännern machen noch Eindruck — allerdings nur, wenn sie auch greifbaren Inhalt haben —, denn man weiß, daß ein deutscher Staatsmann seine Person nicht für faule Sachen einzusetzen pflegt.

7. Die Hauptsache ist aber nicht, was wir reden und schreiben, sondern das, was wir tun! Aufklärung über die materielle Politik ist das, was wir in erster Linie brauchen. Das Volk will Handlungen sehen, sonst glaubt es, wir wurstelten nur und wüßten selber nicht, wo der Ausweg zum Frieden und zur künftigen Wohlfahrt läge.

8. Daneben ist es natürlich geboten, die feindlichen Hetzereien und Lockrufe zu entkräften. Zu bedenken ist aber, daß diese Arbeit nur defensiv ist, also keine lebendige Eigenkraft bei uns erzeugt. Sie muß durch positive Maßnahmen unterstützt werden, also durch Angriffe gegen die feindliche Kriegspolitik und durch den Nachweis ihrer Gefährlichkeit für jeden einzelnen unserer Volksgenossen, besonders für den Arbeiterstand.

9. Im übrigen steht bei dem jetzigen Grade der allgemeinen Völkerverhetzung wohl zweifellos fest, daß wir einen guten Frieden nur vom militärischen Sieg zu erwarten haben.

Für unsere Feinde und für die Neutralen steht ferner fest, daß Deutschlands Verzagen am Siege auch das sichere Zeichen für die tatsächliche Unmöglichkeit des Sieges, also für unseren Niederbruch, wäre. Dazu weiß man draußen zu gut, wie zähe wir sind und wie sehr die Disziplin das Letzte aus uns herausholt. Österreichische Seufzer nimmt man nicht ernster als markierte weibliche Ohnmachtsanfälle. Deutsche Klagen dagegen werden noch über pari bewertet.

10. Es kommt daher besonders viel darauf an, nicht etwa nur in der Presse den Schein der Zuversicht zu erhalten, sondern im ganzen Volke den wirklichen Glauben an den günstigen Ausgang des Krieges wieder zu festigen. Schon längst gibt das Ausland ja wesentlich mehr auf die Beobachtungen seiner unbewußten oder bewußten Agenten in Deutschland als auf den Inhalt unserer Presse. Und auch bei uns selber glaubt man dem flauen Klatsch viel leichter als dem kraftvollen Zeitungswort.

Auch diese Feststellung ist ein Hinweis darauf, daß wir handeln und abermals handeln müssen. Mit den Waffen und mit den Mitteln der Politik.

Und dann heraus mit der Wahrheit, soweit wir nicht durch ihre Preisgabe offenkundig die Geschäfte des Feindes besorgen würden. Unser Volk ist stark genug, auch das Schwerste zu tragen, wenn man es nicht beschönigend oder verschweigend belügt. Trug aber würde es in der ernstesten Zeit seines Daseins niemals verwinden. Ein belogenes Deutschland wäre nicht nur besiegt, sondern auch für immer vernichtet. Es hätte in dem Glauben, der Wahrheit Gefolgschaft zu leisten, sein Allerbestes vergebens geopfert.

gez. Deutelmoser

Die Aufzeichnung ist zugegangen:

1. Dem Dirigenten der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes, auch für die Pressewarte,
2. dem Inland-Referat,
3. dem Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei,
4. dem Chef der Ausland-Abteilung der O. H. L.,
5. der Zentrale für Heimataufklärung.

9

Richtlinien des Obersten von Haeften vom 19. 9. 1918 für die dringlichste Aufklärungsarbeit in der Heimat

1. Die nächsten Wochen entscheiden über Deutschlands Schicksal! Die gesamte Weltlage wird zurzeit beherrscht von den militärischen Ereignissen an der Westfront, wo die von der Entente noch vor Wintersanfang erstrebte Entscheidung bevorsteht. Ehe diese nicht gefallen, ist jede Friedensaussprache unmöglich.

2. Es gilt also zunächst, unserem Volke vor allem über die nächsten Herbstwochen hinwegzuhelfen und ihm ein festes, zeitlich nicht zu fernes Ziel zu zeigen, das z u n ä c h s t erreicht werden muß und kann; das belebt die Widerstandskraft.

3. Hierzu gilt es, folgende einfache Gedankengänge den breiten Massen zu vermitteln:

a) Die Front wird und muß halten; mit allen Mitteln ist die Zuversicht zu unserer militärischen Stärke zu heben und zu festigen [1]).

b) Was muß die Heimat tun, um die Front in dieser entscheidenden Kampf- und Kraftprobe zu unterstützen? Jedem einzelnen Berufsstande sind die ihm hieraus erwachsenden Pflichten klarzumachen.

c) Welches Schicksal droht Deutschland und jedem einzelnen im Falle des Unterliegens in p o l i t i s c h e r , w i r t s c h a f t l i c h e r u n d m i l i t ä r i s c h e r H i n s i c h t; jedem Berufsstande sind vor allem die dem Einzelnen drohenden wirtschaftlichen Folgen zu zeigen.

d) Welches sind unsere Aussichten bei erfolgreicher Überwindung der jetzigen Krisis?

Rückschlag, ja Enttäuschung bei unseren ebenfalls bis zum äußersten kriegsmüden, den 5. Kriegswinter fürchtenden Feinden, infolgedessen vielleicht erhöhte Bereitschaft zu einer für uns ehrenvollen, unser Dasein sichernden Verständigung.

4. Diese Gedankengänge sind möglichst durch Propaganda von Mund zu Mund (bei Reisen, bei der Berufsarbeit, Vorträgen in Vereinen pp.) den breiten Massen immer wieder von neuem einzuprägen. Vor allem gilt es aber schnell zu handeln, kein Tag darf versäumt werden.

5. Material zur näheren Begründung vorstehender Richtlinien ist, falls gewünscht, bei allen amtlichen Aufklärungsstellen erhältlich.

gez. v. Haeften

B e r l i n , 19. September 1918.

Herrn Ministerialdirektor Deutelmoser
Hochwohlgeboren

die Anlage ergebenst übersandt.

(gez.) v. Haeften,
Oberst

---

[1]) Im Exemplar des Kultusministeriums folgte hier noch in Klammern: (Stärke unserer Front, Aussichten des U-Bootkrieges, Sicherung der Rohstoffversorgung).

10

Leitsätze für die Aufklärungsarbeit in der Heimat

Entworfen im September 1918 von Ministerialdirektor Deutelmoser

1. Noch nie hat der Feind seinen Willen, uns Freiheit, Wohlfahrt und Ehre zu rauben, so deutlich bekundet wie jetzt. Die höhnische Rohheit der französischen Antwort auf die letzte versöhnliche Note Österreich-Ungarns ist bezeichnend dafür. Trunken vom Rausche ungewohnter, vorübergehender Waffenerfolge wähnen die feindlichen Machthaber, Deutschlands Niederlage sei nahe. Es gilt, daß Heer und Heimat sie in kraftvoller, zuversichtlicher Einigkeit eines besseren belehren.
2. Da der Feind keinen Frieden will, der nicht mit unserer Knechtung bezahlt würde, müssen wir weiterkämpfen. Wir müssen es und wir können es auch! Wir haben genug Reserven an Truppen, Kriegsgerät, Rohstoffen und an sonstigen für die Kriegführung unentbehrlichen Hilfsmitteln, um in der Lage zu sein, dem Feinde auch ferner siegreich zu trotzen. Unsere Unterseeboote nehmen an Zahl und Güte fortdauernd zu.
3. Die Entscheidung über den Ausgang des Krieges und unser aller zukünftiges Schicksal liegt an der Westfront. Hier strebt deshalb auch der Feind nach einem baldigen Siege. Machen wir ihm die Hoffnung darauf zunichte, so wird sein jetziger Übermut in Enttäuschung umschlagen. Die Kriegsmüdigkeit der uns feindlichen Völker Europas, die dann im nahenden Winter weit mehr Beschwerden erdulden müßten als wir, verbessert in diesem Falle die Aussicht auf die gegenseitige ehrenvolle Verständigung, die von den Regierungen unserer Gegner jetzt noch abgelehnt wird.
4. Nach welchen Zielen wir streben und in welchem Geiste wir kämpfen, geht aus den neuesten Reden unserer führenden Staatsmänner klar und deutlich hervor. Nach Eroberungen oder unrechtmäßigem Vorteil anderer Art auf Kosten fremder Nationen, seien sie groß oder klein, steht nicht unser Sinn. Wir lieben selber die Freiheit zu sehr, um sie anderen nicht ehrlich zu gönnen. Unser einziges Kampfziel ist der dauernde, sichere Schutz des deutschen Landes, der deutschen Arbeit und aller von ihr geschaffenen Wirtschafts- und Geisteswerte.
5. Demgegenüber steht der Wille des Feindes, uns dieses oberste Recht eines freien Volkes dauernd gewaltsam vorzuenthalten. Bezeichnend dafür ist u. a. sein Streben, Deutschland von einem zukünftigen Versöhnungsbunde der Völker auszuschließen und es auch nach dem jetzigen Kriege wirtschaftlich bis zum äußersten zu bekämpfen. Mit wohlgemeinten, guten Worten läßt sich dieser Vernichtungswille, wie die Erfahrung beweist, nicht überwinden. Nur entschlossene Taten können unsere Gleichberechtigung mit den anderen Nationen durchsetzen.
6. Im festen Vertrauen auf unsere erprobten tapferen Truppen verbürgt sich die Oberste Heeresleitung dafür, daß unsere Westfront standhalten wird. Sie muß sich dazu aber auch auf die treue Hilfe der Heimat verlassen. So wenig wie draußen am Feind, darf zu Hause irgendwer in der Pflichterfüllung versagen, denn unser Verteidigungskampf ist ein Volkskrieg, bei dem es auf die Leistungen jedes Einzelnen ankommt, gleichviel auf welchem Posten er steht.
7. Wir alle, Männer und Frauen, müssen deshalb, so lange der Krieg noch währt, jedes Wort, das wir sprechen und schreiben, jede Tat, die wir unternehmen, gewissenhaft daraufhin prüfen, wie unser Verhalten auf die Kriegführung einwirken könnte. Kein Stand und Beruf steht außerhalb dieser ernsten Verpflichtung. Ein wichtiger Teil der Aufklärungsarbeit

muß darin bestehen, dies sämtliche Volksgenossen immer von neuem richtig erkennen zu lehren.

8. Wer so seine Pflicht gegenüber der Volksgemeinschaft erfüllt, dient damit zugleich auch seinem eigenen Wohlergehen. Nur Verblendung und Kurzsichtigkeit kann sich dieser Wahrheit verschließen. Es gibt in Deutschland keinen einzigen Menschen, der nicht den schwersten persönlichen Schaden erlitte, wenn uns die Feinde besiegten. Es gibt auch niemand, dem unsere siegreiche Selbstbehauptung nicht mit unbedingter Gewißheit eine bessere Zukunft verbürgte. Unsere Gegner bekämpfen uns nicht, um uns glücklich zu machen, sondern um nach der Niederlage, die sie uns zufügen möchten, Nutzen aus unserem gemeinsamen Unglück zu ziehen. Auch diese Erkenntnis muß die Aufklärungsarbeit in allen Kreisen des Volkes ausbreiten und vertiefen.
9. Wenn jeder Mann in der oben geschilderten Weise treu seine Schuldigkeit tut und freudig seinen Teil der gemeinsamen Kriegslasten trägt, ist uns ein günstiger Friede gewiß. Aber auch nur dann! Diese Tatsache in sämtliche Köpfe und Herzen hineinzuhämmern, nicht mit allgemeinen Redensarten, sondern unter verständnisvoller Nutzanwendung der Grundsätze auf das praktische, tägliche Leben, ist der wichtigste Teil der dem Aufklärungswesen zufallenden Aufgaben.
10. Jede Gelegenheit in diesem Sinne, besonders durch mündliche Aussprache, sei es bei der Berufstätigkeit, auf Reisen oder auch bei geselligen Zusammenkünften und Vorträgen Gutes zu schaffen, muß ohne Verzug und unermüdlich ausgenutzt werden.

Den zur Begründung der Leitgedanken im einzelnen nötigen Stoff enthält die Deutsche Kriegswochenschau, die in dieser Hinsicht die Tagespresse wirksam ergänzt und zu aufmerksamer Benutzung empfohlen wird.

Daneben sind alle amtlichen Aufklärungsstellen immer bereit, auf Wunsch noch weiteren Stoff zu liefern.

Die Leitsätze werden je nach Bedarf durch die Ausgabe neuer Blätter vervollständigt werden.

11

Aufzeichnung des Generals Ludendorff vom 31. Oktober 1918 über das Waffenstillstandsangebot [1])

„Das Waffenstillstandsangebot

Der 8. August ist der schwarze Tag in Deutschlands Geschichte. 6 bis 7 Divisionen ließen sich im Nebel von Tanks überrennen. Nur die schematische englische Truppenführung verhinderte, daß die Niederlage der 2. Armee den Charakter einer großen Vernichtungsschlacht annahm, aber trotzdem erschütterte der 8. August die ganze Westfront und darüber hinaus unsere Verbündeten. Der Glaube an unseren Sieg, der durch das Mißlingen unseres Angriffes am 15. Juli ins Wanken gekommen war, ging endgültig verloren. Die Hoffnung auf einen Enderfolg hatte bisher den Vierbund zusammengehalten, Bulgarien wandte sich der Entente zu. Die Ereignisse nach dem 15. 9. machten seinen Verrat offenkundig. So klar konnte ich am 8. August naturgemäß noch nicht sehen. Es gelang, mit den bereitstehenden und heran-

[1]) Akten des Auswärtigen Amts. A. S. 6071, pr. 31. 10. 1918. (Nach dem Original hergestellte amtliche Abschrift.) (Sch.)

geschafften Reserven das Loch zu stopfen. Es war aber sehr breit geworden. Die 2. Armee blieb erschüttert, der Kräfteverbrauch war ein sehr großer gewesen. Das Loch war auch so tief, daß die südlich davon stehende 18. Armee zurückgenommen werden mußte.

Die Ursachen der Niederlage vom 8. August sind durch Tanks und Nebel, Anspannung der Truppe, durch Grippe und Fehlen der Kartoffel bei sehr einförmiger Nahrung nicht zu erklären. Die Ursache lag tiefer. Der Geist der Truppe hatte versagt, jedenfalls bei einigen Divisionen. Die seelische Spannkraft war stark gemindert. Ich hatte alles versucht, diese zu erhalten und zu pflegen, und was in meinen Kräften stand, war wohl auch geschehen, aber es fehlte der Armee frisches, gesundes Blut aus der Heimat. Immer wieder habe ich die heimischen Behörden gebeten, eine gesunde, heimische Aufklärungsarbeit zu treiben, den Kriegswillen der Heimat zu festigen und Erscheinungen zu beseitigen, die auf das Heer schädlich wirken mußten. Die Heimat hat der Armee keine neuen seelischen Kräfte zugeführt. Die Heimat lebte vom Heer, nicht die Armee von der Heimat. Es konnte nicht wundernehmen, daß die Armee ohne stete Gewinnung lebendiger sittlicher Kräfte in ihrem Geiste nachließ, und daß es sogar aus der Armee hinausschallte wie es hineinschallte. Die Heimat klagte über den schlechten Geist der Armee und wurde stutzig, und ich bekam zu hören, der Geist des Heeres wäre zu schlecht. Überraschen konnte diese Tatsache nur diejenigen, die das Wesen des Krieges nie erkannt haben. Dies verlangt aber Einstellen der ganzen Gedankenwelt wie des Lebens und Wirkens des Volkes und jedes einzelnen auf den Krieg und Sieg. So handelten Clémenceau und Lloyd George.

Armee und Volk standen zudem unter stärkster feindlicher Propaganda. Beide nahmen willenlos das ihnen gereichte Gift an. Das Vertrauen zu dem Offizierkorps wurde erschüttert, der Kriegswillen mit allen Mitteln untergraben. Der Satz, daß der Krieg nur durch Sieg oder Niederlage beendet werden könne, wurde nicht mehr geglaubt. Wir sprachen von Verständigung, taten so, als ob wir jeden Tag einen billigen Frieden haben könnten, während die Entente von glänzendem Vernichtungswillen getragen war. Versuche, in gleicher Weise auf die feindlichen Völker einzuwirken, kamen nicht mehr zur Durchführung. Ich hatte immer wieder darum gebeten.

Wie dem allen auch sei, der Geist der Truppe hatte nachgelassen. Die hohen Gefangenenzahlen waren ein Beweis, daß unsere Linien brüchig geworden waren. Die schlechte Haltung einiger Divisionen zog tapfer kämpfende Nachbartruppen in das Mißgeschick hinein. Konnten früher sichere Faktoren eingesetzt werden, so fehlte jetzt an vielen Stellen diese Grundlage für jede klare und überlegte Führung. Mir haben Armeeführer und Heeresgruppen-Chefs sehr bitter darüber geklagt.

Die Kämpfe im August und September standen unter gleich ungünstigen Wahrzeichen, zugleich auch noch unter dem der vollen Kampfkraft des Feindes. Er konnte mit seinen zahlreichen Transportmitteln seine Truppen schonen, sie beinahe auf das Schlachtfeld fahren und dann wieder in Unterkunft. Bei uns war dies nicht möglich. Die Westfront mußte immer wieder zurückgenommen werden, wodurch naturgemäß der Geist wiederum sank. Die Ausfälle an Menschen wurden bei weitem nicht mehr gedeckt. Ich mußte immer wieder Divisionen auflösen, die bestehenden sanken in ihren Gefechtsstärken. Die Zahl der Kompagnien wurde von vier auf drei pro Bataillon vermindert. Regimenter formierten zwei statt drei Bataillone. Bei Frankreich und England war der Zufluß an Menschen noch leidlich geblieben. Amerika hatte seit April außerordentliche Menschenmengen nach Frankreich geführt. Wir hatten uns zahlenmäßig sehr stark verschlechtert. Die Lage an der Westfront, namentlich bei der 17., 2., 18. und 4. Armee war ungemein gespannt.

Die Reserven waren vermindert, die Truppe war sehr übermüdet. Der Krieg konnte nicht mehr gewonnen werden. Amerika hatte ?[1])

Anfang Juli hatte ich noch dem Staatssekretär von Hintze sagen können, ich hoffe den Feind durch einen nächsten Schlag friedenswillig zu machen. Diese Hoffnung war nach dem 8. August endgültig geschwunden. Mitte August — ich glaube, am 14. oder 15. — fand daraufhin eine Besprechung zwischen dem Reichskanzler, Exzellenz von Hintze, dem Feldmarschall und mir statt. Am nächsten Tage folgte ein engerer Kronrat.

Wir sprachen uns klar und bestimmt aus, daß wir nicht in der Lage seien, den Krieg militärisch zu gewinnen, daß wir aber hofften, uns in Frankreich zu halten. Herr von Hintze zog eine sehr klare Schlußfolge, die etwa darin gipfelte, daß unter Fallenlassen unserer bisherigen Absichten Friedensverhandlungen einzuleiten wären. Die Aufzeichnungen, die über die Sitzung gemacht wurden, befinden sich im Auswärtigen Amt. Ich wies besonders auf die Notwendigkeit hin, die Stimmung zu heben, ich berührte wiederum die Ersatzlage, wie schon so oft, und zeigte die Schäden der feindlichen Propaganda. Vom Feldmarschall und mir wurde der Regierung in jeder Richtung reiner Wein eingeschenkt. Wir sprachen ohne Nervosität mit dem Ernste der Verantwortung, die uns stets beherrschte.

Die Ersatzlage im besonderen ist von mir immer wieder erörtert worden. Ich fing Herbst 16 damit an, und Herbst 17 wiederholte ich es. Die Akten des Generalstabes können dies beweisen. Im April und von da jeden Monat sprach ich wiederum aufs ernsteste auf die Regierung ein. Im Mai oder Anfang Juni fand in Berlin unter dem Reichskanzler eine Sitzung statt. Ich hatte weitgehende Anträge gestellt. Oberst Bauer vertrat sie, der Kriegsminister sprach sich dagegen aus. Ende Juni war wiederum eine Beratung in Spa. Ich gab selbst ein ernstes Bild über unsere Ersatzlage. Ich hatte mir geholfen, so gut wie ich konnte. Wo ein kv.-Mann aufzutreiben war, wurde er genommen, so aus den Etappen von Oberost, endlich nicht unerhebliche Zahlen aus der Eisenbahntruppe, den Fliegern und Nachrichtentruppen. Aber diese Elemente waren oft nicht gut. Die Truppen nahmen sie nicht gerne. Sie wollten nicht zur Infanterie und dort kämpfen. Das Ergebnis der Sitzungen und Besprechungen war und blieb immer ein negatives. Ich stand vor der Tatsache, daß die Heimat der Armee nicht genügend Menschen und Stimmung gab. Mich überkam oft ein bitteres Gefühl des Verlassenseins, ein Einsamkeitsgefühl, wie es der tapfere Mann im Schützengraben auch empfindet, wenn Truppen in schwachen Stunden weite Fronten zu besetzen haben. Die Heimat tat nicht genug für ihre Armee. Es fehlte ein Zusammenfassen der Kraft, es fehlte die starke Regierung. Als Dank für unser Streben, die Kräfte der Nation für den Krieg zusammenzufassen, schallte uns das Wort Militarismus entgegen.

Mitte August hatte ich gehofft, daß der Reichskanzler gleich nach der Besprechung nach Berlin fahren würde, um dort die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Es geschah nichts!

Ich muß stark bezweifeln, ob irgendeine Aufklärung der Regierungsstellen und des Parlaments erfolgt ist, sonst wäre die Bestürzung Ende September in Berlin nicht so groß gewesen. Die Regierung hat damit eine schwere Schuld auf sich geladen. Anfang September baten wir den Staatssekretär wieder nach Spa, auch den Reichskanzler, der inzwischen nach Berlin zurückgekehrt war. Wegen seines hohen Alters wurde die Reise aufgegeben. Wir besprachen eventuelle Friedensschritte; unsere Kriegslage im Westen wurde nach wie vor sehr ernst geschildert. Wir waren gegen den Schritt Burians

[1]) So im Original. (Sch.)

wegen seiner unklaren Gestaltung. In einem Telegramm an General von Cramon, das mit Zustimmung des Herrn von Hintze abging, sprachen wir dies mit dem Hinzufügen aus, daß wir in anderer Form für jeden sofortigen Friedensschritt wären. Wir dachten damals an eine Vermittlung Hollands.

Ich will hier noch hinzufügen, daß ich mich noch in Avesnes gegenüber den Herren von Payer und Solf offen über unsere Lage an der Westfront ausgesprochen habe. In der Hochspannung im Westen traf uns Ende September der Abfall Bulgariens. Bulgarien hatte, wie ich bereits erwähnte, im August den Glauben an unseren Sieg verloren. Die weiteren Schritte und sein Verrat wurden ihm leicht gemacht. Trotz aller Gegenvorstellungen der O. H. L. war der amerikanische Gesandte in Sofia geblieben. Unterhandlungen in der Schweiz wurden geduldet. Auch Malinow wurde als Minister hingenommen; wir ließen die Dinge in Bulgarien politisch sich entwickeln, ohne zu handeln. Wir wunderten uns nicht, als plötzlich Sofia von französischem Gelde (Bestechungsgeld) überschwemmt war. Wir sahen dies als innere Angelegenheit des verbündeten Bulgariens an. Es fehlte in der Heimat der Führerwille.

Die bulgarische Armee hatten wir zu heben versucht. Viel war geschehen. Aber wir waren doch nicht, infolge der sprachlichen Schwierigkeiten, in die Psyche der Armee eingedrungen. Die Armee war politisch zersetzt. Mit ihrer Hilfe hatte Jekow Radoslawow gestürzt. Jekow hatte sich um die Armee nie gekümmert, er war ein weicher Mann, aber kein Armeeführer. Die Armee war ohne jedes Haupt. Der Zar, ihr fernstehend, bekümmerte sich nicht um sie. Der bulgarische Kronprinz war noch zu jung. Die Armee hungerte, war schlecht bekleidet und gab einen guten Boden für die Tätigkeit des Generals Lukow, des Führers der zwei bis drei bulgarischen Divisionen, die willig sich in den Dienst der Entente stellten. In einem Berichte des französischen Generalstabes von Mitte September, der Ende September zu meiner Kenntnis kam, fand ich die Äußerung, daß Bulgarien als Feind der Entente nicht mehr zu zählen sei. Leider hatte der Bericht recht. Der Verrat Bulgariens kam uns überraschend. Sehr bald war aber die Lage vollständig klar zu übersehen. Auf Bulgarien war nicht mehr zu zählen. Divisionen, die wir im Osten für den Westen bereitgestellt hatten und k. u. k. Divisionen sollten nun in Serbien die ungarische Grenze verteidigen, aber die k. u. k. Truppen waren schlecht. Ich gewann die Überzeugung, daß Serbien nicht zu halten war. Dann stand der Feind an Ungarns Grenze. Dies mußte den morschen Kaiserstaat erschüttern.

Nun wird behauptet, wir hätten Bulgarien nicht hinreichend unterstützt. Die Parteien standen dort wie 1:1 gegenüber, also ein sehr günstiges Verhältnis für die Verteidigung. So hätte Bulgarien Kraft für die Kämpfe an der Westfront ergeben müssen.

Nach dem Abfall Bulgariens war der Weg nach Konstantinopel für die Entente auf der Landseite frei. Ich rechnete für den November mit einem Angriff auf Konstantinopel, das machtlos diesem preisgegeben war, da die türkischen Truppen anderwärts gefesselt waren. Auch an der Donau konnten im November starke Truppen erscheinen. Rumäniens waren wir dank unseres schwächlichen Friedens nicht sicher, auch hier hatten wir die Ententegesandten schalten und walten lassen. Wir mußten ins Auge fassen, daß das Erscheinen von starken Ententetruppen an der Donau und der Ententeflotte im Schwarzen Meer Rumänien wieder zur Entente hinüberziehen würde. Damit war unsere Ölversorgung unterbunden. Wir hatten Fliegerbenzin für höchstens nur zwei Monate. Den von uns angestrebten Einblick in die Kriegswirtschaft der Marine hatten wir Ende September noch nicht.

Ich stelle zusammenfassend fest, daß mit den Ereignissen in Bulgarien, wie sie sich bis Ende September entwickelt hatten, der Zusammenbruch unserer

Verbündeten unabänderlich verbunden war. Jetzt war der Krieg verloren, daran war nichts mehr zu ändern. Hätten wir die Kraft gehabt, das Kriegsglück im Westen zu wenden, dann wäre naturgemäß noch nichts verloren gewesen. Hierzu fehlten die Mittel. Bei der starken Inanspruchnahme der Truppen an der Westfront mußten wir mit weiteren, auch eingetretenen Rückschlägen rechnen. Unsere Lage konnte sich nur noch verschlechtern, nicht mehr bessern. Neuen Kräftezuwachs gab die Heimat damals noch nicht. Unabhängig voneinander faßten der Feldmarschall und ich die Ansicht, es müsse Schluß gemacht werden. Ich trug dem Feldmarschall am 27. 9. um 4 Uhr nachmittags meine Ansicht vor. Er sagte mir nur, er habe mir das gleiche alles mitteilen wollen. Wir sprachen uns abends in der Regel kurz noch aus.

Herr von Hintze war schon vorher für den 28. 9. nach Spa gebeten worden. Der Reichskanzler traf ohne unser Zutun ein. Am Sonntag früh 10 Uhr fand zwischen dem Generalfeldmarschall, Herrn von Hintze, Obersten Heye und mir die entscheidende Besprechung statt. Herr von Hintze begann die Darlegung der inneren Schwierigkeiten und begründete die Notwendigkeit eines Systemwechsels. Erst nachdem er geredet hatte, äußerten wir uns in dem vorstehend niedergelegten Sinne. Wir führten dann noch aus, nachdem wir den Entschluß zu Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen als richtig ansehen müßten, läge uns an energischem Handeln. Die große Lage in Europa könne sich noch weiter zu unseren Ungunsten verschieben, und die Westfront jederzeit noch weiter zurückgenommen werden müssen. Jede Verschlechterung unserer militärischen Lage aber müsse ungünstig auf die Verhandlungen wirken. Wir waren uns darüber klar, daß unsere ungünstige militärische Lage einen schweren Frieden nach sich ziehen würde, daß wir aber bei Bedingungen, die unser Leben und Ehre berührten, ein Weiterkämpfen vorziehen würden, selbst auf die Gefahr hin, tatsächlich geschlagen zu werden. Noch ständen wir achtunggebietend und kampfkräftig nach außen da und könnten Berücksichtigung beanspruchen, die eine geschlagene Armee nicht erwarten könne. Wir gingen darauf zu Seiner Majestät.

Herr von Hintze begründete die Notwendigkeit des Regierungswechsels aus inneren Schwierigkeiten. Der Generalfeldmarschall trug die militärische Lage vor. Ich trat der Auffassung bei. Seine Majestät schloß sich Herrn v. Hintzes und unseren Ansichten an.

Ich fragte noch Herrn von Hintze, wann die Note abgehen werde. Er meinte Dienstag. Auf Wunsch des Grafen Rödern, der die Besprechungen mit den Parteiführern leiten sollte und auch in Spa anwesend war, fuhr Major von dem Bussche mit nach Berlin, um einigen Parlamentariern Aufschluß über die Lage zu geben.

Ich war der Ansicht, daß die Bildung der neuen Regierung glatt und schnell verlaufen würde. Unbewußt war ich wohl darin bestärkt, daß Herr von Hintze gemeint hatte, die Note würde Dienstag abgehen. Denn daß die neue Regierung sie absenden solle, darüber bestand kein Zweifel. Ich hatte gehofft, daß Herr von Hintze der neuen Regierung angehören würde, und hatte ihn dringend gebeten zu bleiben.

Der Generalfeldmarschall fuhr mit Seiner Majestät am Montag abend nach Berlin. Ich war leider in Spa unabkömmlich.

Zu meinem Bedauern haben in Berlin dem Vortrag des Majors von dem Bussche Herren beigewohnt, die das Gesagte nicht mit der erforderlichen Diskretion behandelt haben. Dadurch ist uns schwerer Schaden entstanden, zumal auch durch die Art der Weitergabe.

Der Vortrag von Major von dem Bussche war militärisch durchaus sachlich. Der Soldat, der seit vier Jahren den schwersten Kampf mit ungenügenden Mitteln durchzukämpfen hat, ist gegen Gefahren abgehärteter als ein Mann,

der plötzlich Gefahren zu sehen bekommt, die er bisher nicht kannte. Plötzliche Schwierigkeiten packen naturgemäß mehr. Tatsächlich scheint der Vortrag des Majors von dem Bussche die Herren vollständig überraschend getroffen zu haben. Irgendeine Aufklärung über unsere Ansichten vom August hatte nicht stattgefunden. Nur so kann ich mir erklären, daß der Vortrag des Majors von dem Bussche tatsächlich niederschmetternd gewirkt hat, und daß unsere Lage noch ernster angesehen wurde, als sie schon war.

In der Auffassung, daß die Regierung sehr bald gebildet würde, sagte ich Major von dem Bussche, daß wir daran festhalten müßten, daß die Note am Dienstag, sowie es Herr von Hintze für möglich gehalten hatte, abzusenden wäre.

Hätte ich die Verhältnisse klarer übersehen, insbesondere die Schwierigkeiten klar erkannt, welche sich der Bildung der neuen Regierung entgegenstellten, so hätte ich von vornherein, so wie es später geschehen ist, den Termin zur Absendung der Note fallen lassen. So wirkte mein Wunsch in Verbindung mit dem Eindruck des Vortrages des Majors von dem Bussche schädlich auf die Stimmung, zumal nichts geheim blieb, sondern alles mit Windeseile verbreitet wurde. Es kam hinzu, daß die Männer, die in die neue Regierung traten, den Krieg und viele neueren Zusammenhänge nicht kannten, und daß im besonderen der Leiter des Auswärtigen Amtes nicht zu den Männern gehörte, die die Geschichte meistern.

Auf die Abfassung der Note und den Gang der politischen Aktion habe ich Einfluß nicht gehabt. Der von mir als ein Gegenvorschlag nach Berlin übermittelte Wortlaut wurde nicht angenommen. Mit der Annahme der 14 Punkte Wilsons mußte ich in Rücksicht auf die Lage einverstanden sein. Es wurde ausdrücklich betont, daß sämtliche Staatssekretäre der Ansicht waren, daß durch die Annahme der 14 Punkte die lothringische und polnische Frage nunmehr internationale Fragen geworden wären, daß aber darin die Abtretung von Elsaß-Lothringen und größerer östlicher Gebietsteile nicht enthalten sei.

Nach Eingang der Antwort Wilsons war ich zum erstenmal in Berlin und sprach hier den neuen Reichskanzler und die Herren des Kriegskabinetts. Ich beantwortete einen Fragebogen, den ich hier beilege[1]). Ich legte nochmals die überaus ernste Ersatzlage und die Notwendigkeit dar, die Stimmung zu heben. Ich bat den Reichskanzler, sich darüber zu äußern, ob das deutsche Volk weiter zu kämpfen gewillt sei, wie die Regierung die Gefahr des Bolschewismus einschätze, und ob die Ukraine für unsere Versorgung notwendig wäre. Diese beiden letzteren Fragen mußten geklärt werden, um darüber Entscheidung zu treffen, ob die Ostgebiete und die Ukraine aufgegeben werden konnten. Bestimmte Antworten habe ich auf alle drei Fragen nicht erhalten.

Unsere zweite Note an Wilson ging noch nach Anfrage der O. H. L. und mit deren Einverständnis ab. Noch war die Hoffnung vorhanden, daß die Regierung, indem sie sich an Wilson gewandt hatte, wirklich den Mann herausgefunden hatte, der uns einen sogenannten Rechtsfrieden geben würde.

Die Antwort Wilsons auf die zweite Note mußte diesen Glauben endgültig zerstören. Es war klar, Wilson wollte Deutschlands Zukunft endgültig vernichten, jedenfalls hatte er nicht die Macht, weitergehenden Anforderungen Frankreichs und Englands entgegenzutreten.

Zur Beantwortung der Note bat mich der Reichskanzler wiederum nach Berlin.

Die große militärische Lage hatte sich nicht geändert. Ihre Entwicklung war auf dem durch den Verrat Bulgariens geratenen Weg weiter vorgeschritten. Im Westen war eine Festigung dadurch eingetreten, daß die größ-

[1]) Hier nicht mit abgedruckt. (Sch.)

ten amerikanischen Angriffe beiderseits der Maas, die französischen in der Champagne im wesentlichen abgeschlagen waren, und daß die feindlichen Angriffe in Flandern nur matt geführt worden waren. Dies im Zusammenhang mit der jetzt abgegebenen Erklärung des Kriegsministers, er könne mir 600 000 Mann Ersatz in absehbarer Zeit, davon 75 000 am 1. November, zur Verfügung stellen, ließ die Lage derart erscheinen, daß wir uns Wilson nicht auf Gnade oder Ungnade auszuliefern brauchten, daß wir den Standpunkt, den wir bisher eingenommen hatten, durchaus beibehalten konnten. Ich konnte daher mit vollem Recht zuversichtlich sprechen und hatte auch die Freude, daß mir Exzellenz Gröber versicherte, ich hätte die Herren wieder aufgerichtet. Dieser etwas kräftigere Geist paßte nicht in den Gedankengang des Herrn Solf. Er machte mir den Vorwurf, ich hätte meine Ansicht über die Notwendigkeit der Verhandlungen geändert. Ich konnte mit vollem Recht dagegen Verwahrung einlegen. Ich war nur erstaunt, daß Herr Solf sich nicht darüber freute, daß seine Verhandlungslage durch die Festigung im Westen eine taktisch günstigere geworden sei.

Ich betonte die Notwendigkeit, die Note zu beantworten, aber in einer würdigen, unseren Interessen gerecht werdenden Art. Eine Aufgabe des U-Bootkrieges könne nicht in Betracht kommen. Admiral Scheer sprach in gleichem Sinne.

Ich ging frohen Mutes nach Spa zurück. Die Stimmung unter den Staatssekretären blieb auch einige Tage stärker. Herrn Solf blieb es vorbehalten, auf dem im Auswärtigen Amt üblichen Weg die Stimmung zu drücken. Graf Wolff-Metternich und einige andere Herren wurden aufgeboten, um flau zu machen. Der Erfolg war auf Herrn Solfs Seite. Der U-Bootkrieg fiel ohne jedes Entgelt, wir hatten den Weg zur Kapitulation beschritten.

Einer solchen Note vermochten der Feldmarschall und ich nicht zuzustimmen. Der Feldmarschall legte Verwahrung ein und beantragte, die Regierung möge das Volk aufrufen. Die Regierung behauptete, wir hätten sie dadurch im Stich gelassen. Wir haben den geraden Weg, den wir seit Ende September gegangen waren, nicht verlassen, wohl aber hatte sich die Regierung auf die schiefe Ebene dauernden Nachgebens drängen lassen.

Die 3. Note Wilsons gab uns in unserer Auffassung recht. Immer klarer wurde auf unsere Vernichtung und Demütigung hingezielt. Es konnte für uns nach dieser Antwort kein Zweifel sein, daß gekämpft werden müsse. Noch war das Volk dafür zu haben. Ein kräftiges Handeln hätte auch die Volksstimmung gehoben und sie gefestigt. Gewiß konnte sich unsere Lage nicht bessern, das Verhängnis im Südosten schritt seinen Gang weiter, darüber bestand kein Zweifel. Die äußerste Kraftanstrengung des deutschen Volkes hätte aber ernüchternd auf Völker und Heere Frankreichs, Englands und wohl auch Amerikas gewirkt. Einige Monate konnten wir den Krieg noch halten. Eine Festung, die sich ergibt, bevor das letzte hergegeben ist, steht unter dem Fluch der Unehre. Ein Volk, das Demütigungen hinnimmt und sich Bedingungen aufzwingen läßt, die seine Existenz vernichten, ohne das letzte eingesetzt zu haben, ist dem Untergang verfallen. Muß es sich das Gleiche nach der äußersten, letzten Kraftanstrengung gefallen lassen, dann wird es leben. In diese Lage waren wir durch die 3. Note Wilsons geraten. Die Voraussetzungen, in denen sich die Reichsleitung gerade an Wilson gewandt hatte, waren nicht richtige gewesen.

In dieser Gedankenfolge fuhren der Feldmarschall und ich am 24. 10. nach Berlin und trugen Seiner Majestät am 25. nachmittags unsere Beurteilung der Lage vor. Der neue Chef des Zivilkabinetts war zugegen. Auffallend war, daß auch er nicht wußte, daß wir dem Reichskanzler bereits Mitte August den vollen Ernst der Lage an der Westfront dargelegt hatten. Eine

Entscheidung wurde von Seiner Majestät nicht getroffen, er wies den Feldmarschall an den Reichskanzler, da dieser erkrankt war, an Herrn von Payer.

Am Abend hatten wir noch eine Besprechung mit Exzellenz von Payer. Es war eine niederdrückende Unterredung. Es bestand für mich kein Zweifel, die Regierung wollte nicht mehr kämpfen, und sie sei bereit, alles preiszugeben, und jede, auch die härteste Bedingung anzunehmen. Herren, die mich nach der Unterredung erwarteten, konnte ich nur sagen, daß ich alles für verloren hielte und an den Einzug des Bolschewismus bei uns glaube.

Um einen Stein des Anstoßes für Wilson zu entfernen, schrieb ich am 26. früh mein Abschiedsgesuch. Der Feldmarschall sah es liegen und bat mich, es nicht abzuschicken. Nur sehr ungern ließ ich mich davon zurückhalten. Gleich darauf wurde mir bekannt, daß die O. H. L. im Reichstag am 25. maßlos angegriffen sei, ohne von der Regierung nur im geringsten verteidigt zu werden, und daß ihr Rücktritt in der Luft liege. Ich schlug dem Feldmarschall vor, wir wollten zum Reichskanzler fahren, um uns mit ihm auszusprechen. So war alles unhaltbar geworden. Besondere Ursache für die Angriffe war ein Befehl des Feldmarschalls an die Armeen über die dritte Note Wilsons. Er war dem Generalfeldmarschall unterbreitet und von ihm genehmigt. Als er zu meiner Kenntnis kam, fragte ich den Bearbeiter, ob die Tendenz der Anschauung der Regierung entspräche. Er sagte mir, sie entspricht den von ihr gegebenen Richtlinien. Ich habe die Angelegenheit nicht mehr klären können, aber den Befehl hierzu gegeben. Zweifellos lag irgendeine Ungeschicklichkeit vor. Aber ohne eine sachliche Aufklärung abzuwarten, wurde geurteilt. Dies war um so erstaunlicher, als wir der neuen Regierung erklärt hatten, wir würden nach jeder Richtung loyal zu ihr stehen. Hierunter verstehe ich kein in den Rücken fallen, wohl aber freie Aussprache von Mann zu Mann. Sollte der Befehl daher tatsächlich die Ansichten der Regierung nicht wiedergegeben haben, so wäre er von mir nicht herausgelassen. Dies hätte sich mit meinen Ansichten von Loyalität nicht vertragen.

Wir erhielten vom Reichskanzler den Bescheid, daß er noch leidend sei. Er war an Grippe erkrankt. Inzwischen war der Generalfeldmarschall und ich zu Seiner Majestät bestellt. Ich teilte auf der Fahrt nach dem Schloß Bellevue dem Feldmarschall mit, daß Seine Majestät uns voraussichtlich unsere Entlassung mitteilen würde. Mir war dies mitgeteilt worden. Aus der Unterhaltung, die Seine Majestät führte, gewann ich den für mich tief schmerzlichen Eindruck, daß ich nicht mehr das Vertrauen Seiner Majestät besaß. Ich bat daher Seine Majestät, mich zu entlassen. In das Generalstabsgebäude zurückgekehrt, sandte ich mein am Morgen geschriebenes Gesuch ab. Am Nachmittag erhielt ich die A. K. O. Alle anderen Gerüchte und Begründungen meines Abschiedsgesuches sind falsch, auch die Angaben der offiziösen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", ich hätte mein Abschiedsgesuch wegen der Änderungen in der Kommandogewalt Seiner Majestät genommen.

Heute, am 31. Oktober, prüfe ich mich nochmals, ob ich in irgendeiner Übereilung Ende September gehandelt habe. Ich verneine die Frage.

Unsere große strategische Lage im ganzen hat sich verschlechtert, es ist das eingetreten, was Ende September vorauszusehen war. Die Entente steht an der ungarischen Grenze. Darüber hinaus ist die endgültige Auflösung Österreich-Ungarns besiegelt. Die Türkei hat Waffenstillstand geschlossen. Unsere Lage an der Westfront ist noch im wesentlichen gehalten. Gebessert hat sich die Lage nicht. Wohl aber steht noch ein ungeschlagenes Heer an der Westgrenze, fähig, das Äußerste zu leisten, was die Heimat will.

Ich habe auch nicht zu spät gehandelt. Nach allen großen militärischen Ereignissen, der Schlacht am 8. August und dem Verrat Bulgariens Ende September, bin ich sofort mit der Reichsleitung in Verbindung getreten."

12

Auszüge aus einem Ende 1918 der O. H. L. erstatteten dienstlichen Berichte des Obersten von Haeften über seine Tätigkeit 1918 [1])

. . . Etwa Mitte Mai (1918), nach Abbruch der Kämpfe am Kemmelberg, regte ich bei einem Vortrage bei Sr. Exzellenz General Ludendorff im G. H. Qu. erneut an, die Pause, die zwischen den verschiedenen militärischen Operationen notgedrungen einträte, doch tatfräftiger politisch auszunutzen. Nachdem die große Frühjahrsoffensive abgebrochen sei, ohne unsere Gegner schon friedensgeneigt zu machen, müsse jetzt energischer als bisher politisch durch eine großzügige Propaganda an der Herbeiführung des Friedens gearbeitet werden. Diese Untätigkeit aller politischen Stellen könne noch einmal verhängnisvoll werden. Die Reichsregierung scheine von der O. H. L. zu erwarten, daß sie ihr durch militärische Siege eine politische Lage schaffe, in der sie bloß den Frieden zu diktieren brauche; politisch-propagandistisch sei sie völlig passiv. Se. Exzellenz stimmte dem durchaus zu und betonte ausdrücklich, er habe auch den Reichskanzler im Hinblick auf die Schwierigkeit unserer Ersatzlage verschiedentlich darauf hingewiesen. Das Ergebnis dieses Vortrages war eine zweite [2]) Denkschrift über eine Friedensoffensive, die ich Anfang Juni nach Rückkehr von einer Reise in die Schweiz, wo ich viele namhafte politische Persönlichkeiten sprach, Sr. Exzellenz vorlegte [3]). Se. Exzellenz reichte diese Denkschrift ohne jede Veränderung noch am selben Tage mit einem Begleitschreiben, das sich bei den Akten der Politischen Abteilung oder III b befinden muß [4]), an den Reichskanzler weiter. Auch bei diesem Vortrage betonte Se. Exzellenz die Notwendigkeit, bereits jetzt die Herbeiführung des Friedens propagandistisch vorzubereiten. In diesem Sinne billigte er durchaus meine Denkschrift als geeignetes Mittel. Nur so könnten noch etwaige weitere militärische Erfolge unsere Gegner endlich friedensgeneigter machen. Aber er habe wenig Hoffnung, daß von der Reichsleitung etwas Tatkräftiges in diesem Sinne unternommen würde. Ich bezweifelte dies gleichfalls und betonte hierbei die Notwendigkeit, bis zum Herbst den Frieden herbeizuführen. Gelänge dies nicht, so bestände die Gefahr eines Zusammenbruchs der Heimatfront; diese wolle nicht mehr weiterkämpfen. Bei dieser Gelegenheit gab Se. Exzellenz seinem Mißtrauen namentlich gegen den damaligen Staatssekretär des Äußeren Herrn v. Kühlmann sehr scharfen Ausdruck. Er sei ein großer Zweifler und habe kein Vertrauen auf die Kraft des deutschen Volkes.

Sowohl im Mai wie jetzt besprach Se. Exzellenz mit mir die belgische Frage, beide Male erklärte er mir, daß er auf Annektionen in Belgien verzichte. Deutschland müsse danach streben, seinen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Einfluß in Belgien durch Förderung der Flamenbewegung zu behaupten.

Etwa zwei Wochen nach Abgang der Denkschrift, am 19. Juni, wurde ich vom Reichskanzler Grafen Hertling zum Vortrag befohlen. Bei meinem Vortrag waren zugegen der Staatssekretär des Äußeren v. Kühlmann, der Vizekanzler v. Payer, der Oberst v. Winterfeldt sowie der Unterstaatssekretär v. Radowitz. Ich trug etwa den gleichen Gedankengang vor wie dem General Ludendorff

---

[1]) Vgl. Ludendorff, Entgegnung auf das amtliche Weißbuch „Vorgeschichte des Waffenstillstandes", Heft 2, „Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot", S. 24. (Sch.)

[2]) Bezl. einer ersten Denkschrift vgl. S. 183/184. (Sch.)

[3]) Vgl. Anlage 2, S. 339 ff. (Sch.)

[4]) Vgl. S. 195/196. (Sch.)

und betonte vor allem die Notwendigkeit, daß nunmehr seitens der Reichsleitung tatkräftigere Schritte unternommen werden müßten, um die Herbeiführung des Friedens vorzubereiten. Der Staatssekretär v. Kühlmann warf ein, daß hierzu zunächst einmal die O. H. L. eine klare Stellung bezüglich Belgiens einnehmen müsse. Ich erwiderte, die Initiative hierzu müsse doch von der Reichsleitung ausgehen, ich könne jedoch dem Herrn Reichskanzler, ohne der O. H. L. vorzugreifen oder meine Befugnisse zu überschreiten, die Versicherung abgeben, daß bezüglich Belgiens schnell eine Einigung zwischen der Reichsleitung und der O. H. L. hergestellt werden könne, wenn nur einmal erst der Versuch dazu unternommen würde. Der Standpunkt des Generals Ludendorff hinsichtlich Belgiens sei durchaus maßvoll. Ich muß hier einschalten, daß ich bereits im Mai unmittelbar nach meiner ersten Unterredung mit dem General Ludendorff über die belgische Frage den Staatssekretär v. Kühlmann durch Herrn v. Stumm bitten ließ, doch baldigst über Belgien eine Einigung mit der O. H. L. herbeizuführen. Ich könne versichern, daß sich der Standpunkt des Generals Ludendorff in dieser Frage ziemlich in Übereinstimmung mit der Reichsleitung befände. Einige Tage darauf sagte mir Herr v. Stumm, der Staatssekretär bezweifle stark, daß zwischen der O. H. L. und der Reichsleitung über diese Frage eine Einigung möglich sei. Ich bat Herrn v. Stumm nochmals, mit dem Staatssekretär zu sprechen und ihn zu einer Klärung dieser für den Frieden so wichtigen Angelegenheit zu drängen; ich wisse bestimmt, daß eine Aussprache eine schnelle Einigung herbeiführen werde. Der Staatssekretär ließ mir durch Herrn v. Stumm antworten, wenn der General Ludendorff etwas von ihm wolle, könne er sich ja direkt an ihn wenden. Ich erwiderte Herrn v. Stumm, die ganze Angelegenheit sei eine rein politische, bei der die Initiative einzig und allein auf seiten der Reichsleitung bzw. des A. A. zu liegen habe. Deshalb sei es meiner Ansicht nach Pflicht des Staatssekretärs oder des Reichskanzlers, mit Vorschlägen an die O. H. L. heranzutreten.

Da der Staatssekretär also offenbar nicht geneigt war, in der belgischen Frage die Initiative zu ergreifen, benutzte ich diese Gelegenheit des mündlichen Vortrages beim Reichskanzler, diesen zur Initiative in dieser Frage zu veranlassen. Ich bat ihn daher nochmals dringend, baldigst Schritte zu tun, um in dieser Frage eine Klärung herbeizuführen. Der Staatssekretär bezweifelte, daß dies möglich sei, worauf ich ihm nochmals versicherte, daß die O. H. L. in dieser Frage zurzeit einen sehr maßvollen Standpunkt einnehme. Der Vorschlag bezüglich der Friedensoffensive fand die Billigung aller anwesenden Herren. Namentlich der Vizekanzler v. Payer setzte sich sehr warm dafür ein. Der Staatssekretär v. Kühlmann widerriet dem Reichskanzler auf Befragen, ihm die Leitung dieses politischen Unternehmens zu übertragen, da dieses dann, namentlich bei den rechtsstehenden Parteien, scharf diskreditiert und als ein Friedensfühler des A. A. hingestellt würde. Er schlug dem Reichskanzler vor, bei der O. H. L. die Genehmigung zu erwirken, daß ich mit der Durchführung der Friedensoffensive beauftragt würde; er werde mir dann als Vertreter des A. A. einen erfahrenen Diplomaten zur Seite geben, der mich politisch beraten solle. Der Vorschlag fand die Billigung des Reichskanzlers und später auch der O. H. L. Als wir uns trennten, sagte ich dem Vizekanzler, wenn die Sache gelänge, kämen wir vielleicht dem Frieden einen Schritt näher, worauf dieser lebhaft erwiderte: „Oh, nicht nur einen Schritt, dann sind wir ein großes Stück Weges dem Frieden näher." Diesem Worte stimmte der dabeistehende Staatssekretär v. Kühlmann lebhaft zu.

Ich traf daraufhin sofort die notwendigen einleitenden Schritte; schon hatte ich verschiedene Konferenzen und Besprechungen mit politischen und parlamentarischen Persönlichkeiten gehabt, als am 24. Juni der Staatssekretär v. Kühlmann seine verhängnisvolle Rede im Reichstag hielt. Als General Ludendorff von ihr erfuhr, nahm er telephonisch seine Zustimmung zu der von mir durchzuführen-

den Friedensoffensive zurück und verbot mir ausdrücklich jede Beteiligung an ihr. Wenige Tage nach Empfang dieses Befehls, am 27. Juni, reiste ich in das Gr. H. Qu., um die nunmehrige Auffassung der Lage des Generals Ludendorff zu erfahren und um vor allen Dingen Richtlinien für die propagandistische Vorbereitung der Beendigung des Krieges zu erhalten. Am Abend des 28. und in der Frühe des 29. hatte ich längere Vorträge, bei denen General Ludendorff mir seine Ansichten über alle hierbei in Betracht kommenden militärischen und politischen Fragen eingehend auseinandersetzte. Über das Ergebnis dieser Besprechungen trug ich dem General Ludendorff tags darauf nochmals zusammenfassend vor. Die Gedankengänge dieses Vortrages habe ich auf Wunsch des Generals Ludendorff am gleichen Tage schriftlich niedergelegt.

Die Niederlage der 2. Armee am 8. August bedeutete einen entscheidenden Wendepunkt in der großen Offensive; sie hatte weittragende politische Folgen. Ich begab mich am 11. August ins Gr. H. Qu., um die sich hieraus ergebenden neuen Weisungen für die militärische und politische Propaganda zu erbitten. Während meines Vortrages in der Nacht vom 12./13. äußerte General Ludendorff zum erstenmal Zweifel an der Möglichkeit, den Sieg zu erringen, weil sein Glaube an die unbedingte Zuverlässigkeit der Truppe erschüttert sei. Eine zuverlässige Truppe könne unmöglich, selbst bei der hohen Entwicklung der Kriegstechnik auf seiten unserer Feinde, in wenigen Stunden so vollkommen überrannt werden, wie dies bei den Kampf-Divisionen der 2. Armee der Fall gewesen wäre, zumal diese den englischen Angriff erwartet hätten und auf diesen in jeder Weise vorbereitet gewesen wären. Auch hätten diese Divisionen eine lange Ruhezeit hinter sich gehabt, seit Ende April seien sie an keiner Kampfhandlung beteiligt gewesen. Ich versuchte, das erschütterte Vertrauen des Generals zu seiner Truppe wieder zu stützen und bemerkte, daß bei Zuführung frischer Kräfte aus dem Osten und der Heimat es doch vielleicht möglich wäre, im Westen den Kampf verteidigungsweise noch zwei bis drei Monate auf französischem Boden hinzuhalten, bis es gelungen sei, in Ruhe die Friedensverhandlungen einzuleiten. Bis dahin würde wohl auch die Angriffskraft der Gegner sich erschöpfen. Wichtig sei daher, möglichst bald die politische Vorbereitung des Kriegsendes tatkräftig in die Hand zu nehmen. Se. Exzellenz stimmte dem zu und bemerkte, daß er bereits zu diesem Zwecke eine Besprechung mit dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Äußeren im Gr. H. Qu. am heutigen Tage veranlaßt habe. Während meines Vortrages betrat der Feldmarschall das Zimmer mit der Frage an den General Ludendorff, was bei der um 10 Uhr stattfindenden Besprechung mit dem Reichskanzler und dem Staatssekretär diesen über die militärische Lage zu eröffnen sei. Der General Ludendorff antwortete: „Wir müssen ihnen vollkommen klaren Wein über die militärische Lage einschenken und diese ihnen so ernst darstellen, wie sie tatsächlich ist, damit beide genau unterrichtet sind und hieraus die notwendigen politischen Folgerungen ziehen können." Er skizzierte dann dem Feldmarschall mit wenigen Worten die augenblickliche Lage an allen Fronten, besonders an der Westfront. Als der Feldmarschall das Zimmer verlassen hatte, bemerkte General Ludendorff zu mir: dem Reichskanzler müsse nun mit Nachdruck der Ernst der Lage klargemacht werden, er habe ihn schon im Mai hierauf unter besonderem Hinweis auf den Ernst unserer Ersatzlage aufmerksam gemacht, was jedoch der Reichskanzler ihm gegenüber jetzt bestritten habe. Mir persönlich gegenüber hatte der General Ludendorff allerdings bei einem Vortrage Mitte Mai (16./17. Mai) die Schwierigkeit der Ersatzlage betont und hieran die Bemerkung geknüpft: „Wenn ich jetzt einige Hunderttausend Mann frischer Truppen aus der Heimat bekäme, könnte der Feldzug in wenigen Wochen beendet sein." Der Kriegsminister habe jedoch erklärt, ihm diese nicht zur Verfügung stellen zu können. Der General Ludendorff sah also damals im Mai schon sorgenvoll der Zukunft entgegen.

Wie mir der General Ludendorff später mündlich erzählte, hat er bei der Besprechung am 13. August dem Reichskanzler und dem Staatssekretär klar und bestimmt ausgesprochen, daß es nicht mehr möglich sei, den Krieg militärisch zu gewinnen, zugleich aber der Hoffnung Ausdruck gegeben, den Krieg noch bis zum Herbst verteidigungsweise in Frankreich führen zu können. Bei dem am nächsten Tage, am 14., stattfindenden Kronrat hätten sich der Feldmarschall und er, der General Ludendorff, im gleichen Sinne ausgesprochen, worauf der Staatssekretär v. Hintze Se. Majestät dahin beraten habe, daß nun baldigst Friedensverhandlungen einzuleiten wären. Wie mir der General Ludendorff mitgeteilt hat, ist seines Wissens seitens der Reichsleitung und des A. A. weder etwas für eine baldige Beendigung des Krieges noch für eine genügende Aufklärung der Heimat, insbesondere des Parlamentes, in den nächsten Wochen veranlaßt worden. Wären diese Wochen bis Anfang Oktober hierzu tatkräftig ausgenutzt worden, so wären vielleicht der Zusammenbruch Bulgariens Mitte September sowie die äußerst kritische Lage an der Westfront Anfang Oktober verhütet worden. Durch ihre Untätigkeit in den Wochen von Mitte August bis Anfang Oktober habe die Reichsleitung eine schwere Schuld auf sich geladen.

Als es den Engländern am 2. September gelang, die Wotanstellung im schnellen Anlauf trotz starker Besetzung durch kampfkräftige Divisionen nach kurzem Widerstande zu überrennen, wurde die militärische Lage von der O. H. L. als sehr ernst angesehen. Sowohl der inzwischen nach Berlin zurückgekehrte Reichskanzler als auch der Staatssekretär des Äußeren wurde erneut zu einer Besprechung ins Gr. H. Qu. gebeten. Letzterer begab sich allein dorthin, da der Reichskanzler sich nicht frisch genug fühlte. Ich schloß mich mit dem Oberst v. Winterfeldt dem Staatssekretär an. Den zwischen dem Staatssekretär, dem Feldmarschall und dem General Ludendorff stattfindenden Besprechungen haben wir beide nicht beigewohnt. Wie mir der General Ludendorff aber später erzählte, hätte der Feldmarschall wiederum die Kriegslage im Westen als sehr ernst geschildert. Es seien auch eventuelle Friedensschritte besprochen worden, insbesondere die Anrufung Hollands um Friedensvermittlung. In diesem Sinne sei auch mit Zustimmung des Staatssekretärs nach Wien telegraphiert worden. Ob seitens des Reichskanzlers und des Staatssekretärs tatsächlich ein solcher oder ähnlicher Friedensschritt unternommen worden ist, weiß ich nicht. Ich habe nie etwas davon gehört. Bei den in der zweiten Septemberhälfte stattfindenden Verhandlungen des Hauptausschusses des Reichstages, denen ich beigewohnt habe, ist dieser meiner Ansicht nach seitens der Reichsregierung über den Ernst der militärischen Lage jedenfalls nicht genügend aufgeklärt worden. Bei diesen Besprechungen ist seitens der Regierung zweifellos schön gefärbt worden. Ein praktisches Ergebnis für die Beendigung des Krieges haben die damaligen Verhandlungen des Hauptausschusses jedenfalls nicht gezeitigt. Es verging wieder wertvolle Zeit, ohne daß die Reichsregierung energische Schritte zur Herbeiführung des Friedens unternahm. Meiner unmaßgeblichen Ansicht nach wäre der Rücktritt der untätigen Regierung Hertling bereits Mitte August dringend notwendig gewesen, um einer neuen Regierung Platz zu machen, deren einzigste und wichtigste Aufgabe eine möglichst schnelle Liquidierung der militärischen Lage gewesen wäre. Hierzu war die Regierung Hertling, deren ganze Politik einzig und allein auf dem Sieg der Waffen fußte, nicht geeignet. Sie war unfähig, mit anderen, insbesondere psychologisch-propagandistischen Mitteln die Herbeiführung des Kriegsendes zu ermöglichen. Hieraus erklären sich auch ihre schweren Versäumnisse auf dem Gebiete der in- und ausländischen Propaganda trotz aller Anregungen der O. H. L. auf diesem Gebiet.

Als dann in der zweiten Hälfte September der Zusammenbruch und Abfall Bulgariens erfolgte und gleichzeitig um den 25. September eine neue gewaltige Offensive der Entente auf der gesamten Westfront einsetzte, die einige Tage

lang die Gefahr eines Zusammenbruches der deutschen Front heraufbeschwor, wurden der Reichskanzler und der Staatssekretär des Äußeren am 28. September erneut ins Gr. H. Qu. gebeten. Über die Vorgänge im Gr. H. Qu. während der Zeit vom 28. bis zum 30. kann ich nur nach Mitteilungen des Generals Ludendorff berichten, da ich persönlich nicht anwesend war. Hiernach hat am 27. 9. nachm.[1]) eine Besprechung zwischen dem Feldmarschall und dem General Ludendorff stattgefunden, in der sie beide zu der Überzeugung kamen, daß der Krieg nunmehr verloren sei, und daß möglichst schnell das Kriegsende herbeizuführen sei, vor allem auch eine Waffenruhe, da die Truppen überanstrengt seien und dringend der Ruhe bedürften. Ich nehme an, daß über die im Gr. H. Qu. stattgehabten Besprechungen das gesamte Material in den Akten der O. H. L. vorhanden sein wird, daher die mir vom General Ludendorff gemachten Mitteilungen für die O. H. L. nichts Neues enthalten werden. Ich werde daher nur Selbsterlebtes über die Vorgänge in Berlin vom 30. September ab berichten.

30. September

Am 30. September zwischen 10 und 11 Uhr vorm. rief mich der General Ludendorff aus Spa telephonisch an und teilte mir in Kürze das Ergebnis der Besprechungen vom Tage zuvor mit, mit dem Ersuchen, ich solle, nachdem nun einmal dieser schwerwiegende große Entschluß gefaßt war, in Berlin alles daran setzen, um die Regierung zum schnellen und energischen Handeln zu veranlassen. Er betonte jedoch ausdrücklich hierbei, daß er hiermit nicht „drängeln" wolle, daß aber jeder Tag des Zögerns und der Untätigkeit verhängnisvoll für die Armee werden könne. Er forderte mich noch auf, auf den Staatssekretär v. Hintze einzuwirken, daß er zunächst auf seinem Posten ausharren und die Einleitung des Friedensschrittes durchführen möge. Ich sprach in diesem Sinne am Nachmittage mit dem Staatssekretär, der jedoch auf seinem Entschluß, von seiner Stellung zurückzutreten, beharrte. Der Friedensschritt müsse, wenn er Erfolg haben solle, von der neuen Regierung unternommen werden. Ich bemerkte, daß noch geraume Zeit hingehen könne, bis die neue Regierung gebildet sei, inzwischen aber gehandelt werden müsse. Er schnitt indes meine Einwendungen mit den Worten ab: „Ach was, die neue Regierung ist spätestens morgen nachmittag gebildet und dann kann das Friedensangebot morgen abend abgehen." Ich erlaubte mir, dies stark anzuzweifeln. . . .

(In Ausführung des ihm gewordenen Auftrages, für eine möglichste Beschleunigung der Regierungsbildung zu wirken, hatte Oberst v. Haeften am Abend des 30. September eine Besprechung mit dem Vizekanzler v. Payer, der den Prinzen Max von Baden als einzige für die Bildung der neuen Regierung mögliche Persönlichkeit bezeichnete. Der Vizekanzler ersuchte Haeften, die Zustimmung Hindenburgs und Ludendorffs zu dieser Kandidatur zu erwirken.)

Es war inzwischen gegen 10 Uhr abends geworden. Ich begab mich auf mein Bureau und berichtete dem General Ludendorff über den Stand der Regierungskrisis in Berlin. Ich äußerte in sehr nachdrücklicher Weise mein Erstaunen über die völlige Ausschaltung der Krone bei der Lösung der Regierungskrisis. Das von Exzellenz von Payer eingeschlagene Verfahren bedeute keine Evolution, sondern Revolution, da es an Stelle der Souveränität der Krone die Souveränität der Mehrheitsparteien setze. Auf meine Frage, wer denn die Verantwortung hierfür und für den Kaisererlaß trüge, erwiderte Se. Exzellenz, das habe der Staatssekretär v. Hintze Sr. Majestät so vorgeschlagen[2]). Ich

[1]) Irrtum. Diese Besprechung fand am 28. September nachm. 6 Uhr statt. (Sch.)

[2]) Dieser Teil des Haeftenschen Berichtes ist in Ludendorffs „Urkunden der Obersten Heeresleitung" (S. 527/528) veröffentlicht.

bat um die Erlaubnis, Exzellenz v. Berg in dem mit Herrn v. Payer besprochenen Sinne vortragen zu dürfen, was General Ludendorff genehmigte. Hierbei erklärte sich General Ludendorff zugleich im Namen des Feldmarschalls mit der Wahl des Prinzen Max von Baden als Reichskanzlerkandidaten einverstanden, und ließ Exzellenz v. Berg telephonisch bitten, mich am nächsten Morgen nach seinem Eintreffen in Berlin zum Vortrag zu empfangen.

1. Oktober

(Der Vortrag des Obersten von Haeften beim Kabinettschef v. Berg fand am 1. Oktober zwischen 8 und 9 Uhr vormittags mit dem Ergebnis statt, daß Herr v. Berg Oberst v. Haeften beauftragte, den Prinzen zu bitten, umgehend nach Berlin zu kommen.)

. . . Gegen 9 Uhr vormittags rief ich den Prinzen telephonisch an und übermittelte ihm die Bitte von Exzellenz v. Berg. Der Prinz bat mich, ihn bei seiner Ankunft in Berlin in seinem Absteigequartier zu erwarten und ihm über die politische und militärische Lage Vortrag zu halten. Auf meine telephonische Meldung von meiner Unterredung mit Exzellenz v. Berg und dem von mir Veranlaßten erklärte sich Exzellenz Ludendorff mit allem einverstanden. In der gleichen Weise unterrichtete ich Exzellenz v. Payer, der mich bat, den Prinzen zu veranlassen, baldmöglichst nach seiner Ankunft ihn aufzusuchen.

Der Prinz traf gegen 4 Uhr nachmittags in Berlin ein. Als ich ihm von der Notwendigkeit des Friedens- und Waffenstillstandsangebotes infolge der Ungunst der militärischen Lage berichtete, war er auf das Höchste überrascht; er erklärte zunächst, er habe keine Ahnung von diesem Ernst unserer militärischen Lage gehabt; wenn ihm aber die Hände politisch so gebunden seien, müsse er ablehnen. Er sei nach Berlin gekommen in der Auffassung, daß er noch völlige Freiheit des politischen Handelns habe. Das Waffenstillstandsangebot müsse die schwerwiegendsten politischen Folgen haben. Erst dieses werde aller Welt die Augen über den ganzen Ernst unserer militärischen Lage öffnen und könne geradezu verhängnisvoll wirken.

Ich begleitete dann den Prinzen zu Exzellenz v. Payer und später zu Exzellenz v. Berg. Mit beiden hatte er lange Unterredungen, die sich bis in die neunte Abendstunde hinzogen. Beiden Unterredungen habe ich nicht persönlich beigewohnt. Während der Unterredung mit Exzellenz v. Payer beauftragte mich dieser, den in Berlin anwesenden Major v. dem Bussche von der Operations-Abteilung, der der Reichsregierung zur Verfügung gestellt war, um die politischen Parteien über die militärische Lage aufzuklären, gleich herzubitten, damit er dem Prinzen über die militärische Lage Vortrag halte. Bei seinem Eintreffen in der Wohnung des Vizekanzlers zeigte mir Major v. dem Bussche ein Telephonat von General Ludendorff, wonach das Friedens- und Waffenstillstandsangebot noch am heutigen Tage abgehen, und zwar, wenn die neue Regierung am heutigen Tage nicht mehr gebildet werden könne, von der alten Regierung unterzeichnet werden müsse. Ich war auf das Höchste hiervon überrascht, da der General Ludendorff, mit dem ich kurz vorher telephonisch gesprochen hatte, mir nichts von einer derartigen Weisung mitgeteilt hatte. Ich wies den Major v. dem Bussche auf die Unmöglichkeit hin, daß noch am heutigen Tage ein Kanzler ernannt, geschweige denn die neue Regierung gebildet werden könne. Hierüber würde eine ganze Reihe von Tagen vergehen. Der Staatssekretär v. Hintze habe mir gegenüber jedoch die Notwendigkeit betont, daß die neue Regierung das Friedensangebot unterzeichnen müsse und daß er selbst die Unterzeichnung ablehne. Vor Ende der Woche könne also das Friedensangebot wohl kaum abgehen. Major v. dem Bussche bestand jedoch in sehr erregter Weise auf der Ausführung der ihm vom General Ludendorff

erteilten Weisung, da die militärische Lage so ernst sei, daß sie keine Verzögerung dieses Schrittes dulde, und da jeden Tag eine Katastrophe eintreten könne. Ich sagte dem Major v. dem Bussche, ich würde dem General Ludendorff über die Schwierigkeiten der politischen Lage berichten und die Unmöglichkeit der Unterzeichnung des Friedens- und Waffenstillstandsangebotes durch die neue Regierung noch am heutigen Tage telephonisch melden. Bei dem Vortrage des Majors v. dem Bussche beim Prinzen Max bin ich nicht zugegen gewesen. Ich begleitete den Prinzen nach Beendigung seiner Unterredung mit dem Vizekanzler und dem Major v. dem Bussche in die Wohnung von Exzellenz v. Berg, wobei sich der Prinz sehr unwillig über das Drängen der O. H. L. hinsichtlich des Zeitpunktes für die Absendung des Waffenstillstandsangebotes äußerte. Wenn die Lage so ernst wäre, daß jeden Augenblick eine Katastrophe eintreten könne, so sei sie eben nicht mehr zu retten. Dann müsse man es eben darauf ankommen lassen, ob die Katastrophe einträte oder nicht. Aber die politische Überstürzung des Friedens-, insbesondere des Waffenstillstandsangebotes müsse katastrophale Folgen haben; dazu gäbe er seinen Namen nicht her. Während der Unterredung des Prinzen mit Exzellenz v. Berg ließ sich der Major v. dem Bussche bei Exzellenz v. Berg melden, um ihm Mitteilung von dem erwähnten Telephonat zu machen und ihn im Auftrage des Generals Ludendorff zu ersuchen, noch heute die Zustimmung Sr. Majestät des Kaisers und des Großherzogs von Baden zur Ernennung des Prinzen Max zu erwirken. Es kam hierbei zu einem sehr erregten Auftritt zwischen beiden Herren. Major v. dem Bussche, der offenbar die politische Lage nicht übersah und nur nach seiner militärischen Instruktion handelte, ohne diese den tatsächlichen Verhältnissen anzupassen, wurde sehr erregt, als auch Exzellenz v. Berg auf die Unmöglichkeit der Ausführung des Befehls des Generals Ludendorff hinwies. Major v. dem Bussche teilte mir noch mit, er habe auf Veranlassung des Grafen Roedern am heutigen Tage Mitgliedern der rechtsstehenden Parteien Mitteilungen über den Ernst der militärischen Lage gemacht auf Grund von Aufzeichnungen, die er mir vorlas. Sie schilderten die militärische Lage zwar reichlich schwarz, schienen mir jedoch hier wohl geeignet, eine mäßigende Wirkung hervorzurufen. Nach der Unterredung mit Exzellenz v. Berg hatte der Prinz wiederum eine Besprechung mit dem Vizekanzler; hierbei lehnte der Prinz es ab, das Friedensangebot zu unterzeichnen, da er weder ernannt sei, noch die Zustimmung des Großherzogs von Baden für seine Ernennung vorliege. Auch der Vizekanzler äußerte ernste Bedenken, seinen Namen für das seiner Ansicht nach übereilte Friedens- und Waffenstillstandsangebot herzugeben. Wenn er durch die Not der Lage dazu gezwungen würde, so wolle er es zwar tun, würde dann aber sofort um seine Entlassung bitten. Die Lage war mehr als verworren [1]).

In der zwölften Nachtstunde erstattete ich Exzellenz Ludendorff Bericht von den Verhandlungen und der Unmöglichkeit, das Friedensangebot noch am heutigen Tage hinausgehen zu lassen, zumal der Prinz es ablehne, es zu unterzeichnen. Exzellenz Ludendorff nahm dies keineswegs so tragisch, wie ich nach meiner Unterredung mit Major v. dem Bussche annehmen mußte, vielmehr ging er durchaus ruhig auf meine sachlichen Gegenvorstellungen ein, so daß ich nicht den Eindruck gewann, daß Exzellenz auf der wörtlichen Ausführung der telephonischen Weisung an Major v. dem Bussche bestünde. Er sagte mir indes, er habe schon das Nötige veranlaßt, um die Zustimmung des Kaisers und des Großherzogs von Baden zu der Ernennung des Prinzen herbeizuführen; diese erwarte er jeden Augenblick. Ich solle den Prinzen dann veranlassen, heute, spätestens im Laufe des morgigen Vormittags, zu unterzeichnen. Während unserer Unterredung erhielt Exzellenz die Meldung von der telephonischen Zu-

---

[1]) Von hier ab sind wieder Teile des Haeftenschen Berichtes in **Ludendorffs** „Urkunden der O. H. L." (S. 531 ff.) veröffentlicht. (Sch.)

stimmung Sr. Majestät und des Großherzogs von Baden und wiederholte nun die Aufforderung an mich, den Prinzen zur Unterzeichnung zu veranlassen. Ich versprach, es morgen versuchen zu wollen, bezweifelte aber, daß der Prinz es tun würde, da er noch gar nicht mit den politischen Parteien verhandelt habe. Dies würde wahrscheinlich mehrere Tage in Anspruch nehmen.

2. Oktober

Es war mittlerweile schon $^1/_2$1 Uhr nachts geworden, so daß ich den Prinzen in seiner Wohnung nicht mehr aufsuchen konnte.

Am 2. Oktober früh 8 Uhr suchte ich den Prinzen auf, um ihm die Bitte des Generals Ludendorff vorzutragen. Der Prinz war sehr eilig, da er gerade eine Besprechung mit dem Führer der sozialdemokratischen Partei, Herrn Ebert, hatte. Bevor er sich nicht mit den Führern der politischen Parteien geeinigt hätte, könne er nicht unterzeichnen. Da der Prinz infolge seiner Unterredung mit Herrn Ebert nicht länger abkömmlich war und die Möglichkeit, ihn in Ruhe zu sprechen, während des Vormittags nicht mehr bestand, begab ich mich zu einer auf 10 Uhr vorm. von Exzellenz v. Payer angesetzten Zusammenkunft der Parteiführer, bei der Major v. dem Bussche diese über den Ernst der militärischen Lage aufklären sollte. Dem Vortrage selbst konnte ich leider nicht beiwohnen, da auf Wunsch von Exzellenz v. Payer außer Major v. dem Bussche keine Nicht-Politiker teilnehmen sollten. Das sollte verhängnisvolle Folgen haben. Major v. dem Bussche, der natürlich nicht wissen konnte, welche Parteiführer er vor sich hatte, trug diesen genau dasselbe vor, was er am Tage zuvor den Führern der rechtsstehenden Parteien gesagt hatte und als vertrauenswürdigen Persönlichkeiten mit Recht auch sagen konnte. Es mußte natürlich eine Gewähr bestehen, daß kein Wort dieser streng vertraulichen und geheimen Mitteilung gemißbraucht wurde. Wäre ich anwesend gewesen, so hätte ich, da ich die parlamentarischen Persönlichkeiten kannte, darauf aufmerksam machen können, daß bei seinem Vortrage der Pole v. Seyda und der unabhängige Sozialdemokrat Haase zugegen waren. Diesen durfte man selbstverständlich nur Dinge mitteilen, die auch die breite Öffentlichkeit wissen konnte. Die Deutsch-Polen hatten über Stockholm eine direkte Verbindung nach Paris, von wo sie auch dauernd während des Krieges mit Geldmitteln der Entente unterstützt wurden, wie mir ein bekannter polnischer Führer im Herbst 1917 mitgeteilt hatte. Zwischen den Unabhängigen und den Räte-Regierungen in Petersburg und Moskau bestand gleichfalls eine dauernde Verbindung. Es kann als sicher angesehen werden, daß die Mitteilungen des Majors v. dem Bussche, die den Ernst und die Schwäche unserer militärischen Lage in rücksichtsloser Weise enthüllten, innerhalb weniger Tage in Paris und Moskau bekannt gewesen sind. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, wird es klar, daß unser Friedens-, namentlich aber unser Waffenstillstandsangebot von katastrophalem Schaden für Deutschland werden mußten. Ich hatte während des Vortrages des Majors v. dem Bussche draußen im Wandelgange gewartet und war ganz erschrocken, als ich mit Exzellenz v. Payer, Major v. dem Bussche und den Führern der Parteien auch Haase und Seyda das Zimmer verlassen sah. Ich werde das triumphierende Lachen des Abgeordneten Haase nie vergessen, mit dem er auf den in der Wandelhalle wartenden Abgeordneten Ledebour zuschritt. Mir ahnte gleich Unheil. Tatsächlich sind die Mitteilungen des Majors v. dem Bussche im In- und Auslande bereits nach wenigen Tagen — zum Teil noch erheblich übertrieben — in aller Munde gewesen, und insofern ist es nicht unrichtig, was von einer maßgebenden politischen Persönlichkeit geäußert wurde, daß die Mission des Majors v. dem Bussche eine geradezu verheerende Wirkung gehabt hat. Selbstverständlich ist diesem aufrecht und gewissenhaft nach seiner Instruktion handelnden Offizier nicht der geringste Vorwurf zu machen. Es war vielmehr die

Pflicht der Regierung, die Parteiführer einzeln aufklären zu lassen und den Major v. dem Bussche jedesmal vorher davon zu unterrichten, wen er vor sich hatte, damit er hiernach das Maß seiner Aufklärungen abstimmen konnte. Der General Ludendorff äußerte sich mir gegenüber bei einem meiner nächsten Vorträge dahin, es sei ein schwerer Fehler von ihm gewesen, daß er in diesen kritischen Tagen nicht persönlich in Berlin anwesend gewesen wäre, um in dauernder Fühlung mit den politischen Reichsstellen zu bleiben und so den wahren Stand der politischen Lage in der Heimat beurteilen zu können. Hierbei äußerte er, er hätte dann auch die Aufklärungen der Parteiführer persönlich in die Hand nehmen können, dann wären die nachteiligen Folgen der Mission Bussche voraussichtlich vermieden worden. Er habe indessen geglaubt, bei der außerordentlich gespannten militärischen Lage in jenen Tagen sich nicht vom Hauptquartier entfernen zu dürfen. Meine telephonischen Berichte konnten ihm nur ein unzureichendes Bild der Lage geben. In den folgenden Wochen ist der General Ludendorff bei allen wichtigen Entscheidungen stets persönlich nach Berlin gekommen.

Im übrigen war der Vor- und Nachmittag des 2. Oktober mit Verhandlungen zwischen dem Prinzen Max und den politischen Parteiführern ausgefüllt. Im Laufe des Nachmittags trafen Se. Majestät der Kaiser und der Feldmarschall in Berlin ein; um 6 Uhr abends fand im Reichskanzler-Palais im Beisein des Grafen Hertling, der am Morgen dieses Tages in Berlin eingetroffen war, eine Kronratssitzung statt. Der Gegenstand und der Verlauf der Besprechung wird aus den dortigen Akten zu ersehen sein. Am Abend dieses Tages ernannte Se. Majestät den Prinzen Max zum Reichskanzler.

Im Laufe des 2. Oktober habe ich dem General Ludendorff mehrfach telephonisch über die Lage Bericht erstattet und ihm gemeldet, daß das Friedensangebot an diesem Tage nicht abgegangen sei und voraussichtlich auch nicht am 3. Oktober abgehen werde. Es bestünde die Absicht, den Reichstag zum 5. Oktober zu berufen und erst bei der Eröffnungsrede des neuen Reichskanzlers das Friedens- und Waffenstillstandsangebot, das am 4. an Wilson abgehen solle, öffentlich bekanntzugeben. Hiermit erklärte sich Se. Exzellenz einverstanden, falls die Berufung des Reichstages bestimmt noch in dieser Woche erfolge.

3. Oktober

Am 3. Oktober fanden wiederholt Besprechungen zwischen dem Reichskanzler Prinzen Max und zahlreichen politischen und parlamentarischen Persönlichkeiten statt. Besonders wichtig war eine Beratung zwischen ihm, dem Feldmarschall, dem Staatssekretär v. Hintze, dem Vizekanzler und dem Reichsschatzsekretär Grafen Roedern über den Wortlaut des Friedens- und Waffenstillstandsangebot am Nachmittage des 3. Oktober. Hierbei waren die Unterstaatssekretäre v. Stumm, v. dem Bussche, v. Radowitz, General v. Winterfeldt, verschiedene Vortragende Räte des A. A. und ich zugegen. Ob über diese Sitzung seitens des A. A. ein Protokoll geführt ist, weiß ich nicht. Der Reichskanzler wandte sich hierbei nochmals mit allem Nachdruck gegen eine übereilte Absendung des Angebotes an sich, vor allen Dingen aber suchte er das Waffenstillstandsangebot rückgängig zu machen. Es war auffallend, daß der Feldmarschall eine Verzögerung der Absendung des Friedensangebotes als nicht bedenklich ansah, da er die militärische Lage keineswegs so ernst ansah, wie sie nach den Ausführungen des Majors v. dem Bussche erscheinen mußte. Staatssekretär v. Hintze bestand jedoch auf baldigster Absendung des Angebotes, auch hielt er das Waffenstillstandsangebot aufrecht und fand hierin schließlich auch die Zustimmung des Feldmarschalls. Der Wortlaut der ursprünglichen Fassung wurde noch in einigen Punkten geändert, namentlich wurde ein Vorbehalt bezüglich Elsaß-Lothringens bei der Zustimmung zu den 14 Wilsonschen Punkten gestrichen. Der Entwurf, den der

General Ludendorff zu dem Friedensangebot gemacht und dem Staatssekretär v. Hintze übergeben hatte, ist überhaupt nicht Gegenstand der Beratung gewesen. Ein solcher Entwurf befindet sich auch nicht bei den Akten des A. A. und der Reichskanzlei, auch mir ist er nicht zugegangen. Ich weiß nur aus den Mitteilungen, die mir der General Ludendorff später machte, daß er am 29. September[1]) einen solchen Entwurf dem Staatssekretär v. Hintze übergeben hat, der ihn indessen anscheinend von Anfang an verworfen hat. Es wurde am Schlusse der Sitzung beschlossen, daß der Reichstag zu Sonnabend, den 5., zu berufen sei und das Angebot in der Nacht zum 4. abgehen solle, damit es am 5., dem Tage der Veröffentlichung des Angebotes im Reichstage, in der Hand der amerikanischen Regierung sei. Das Waffenstillstandsangebot blieb bestehen.

Im Anschluß an diese Sitzung habe ich General Ludendorff telephonische Meldung erstattet. Ich wiederholte nochmals die Bedenken des Prinzen Max bezüglich des Waffenstillstandsangebotes und bat in dessen Auftrage um die Zustimmung Sr. Exzellenz, nur das Friedensangebot zu stellen, ohne ausdrückliches Ersuchen um Waffenstillstand. Ich erwähnte auch, daß der Feldmarschall die militärische Lage nicht so ernst dargestellt habe wie der Major v. dem Bussche. Exzellenz erwiderte, der Feldmarschall habe mit seiner Beurteilung der Lage gewiß recht, trotzdem müsse er auf dem Waffenstillstandsangebot und dessen b a l d i g s t e r Absendung bestehen. Wenn auch die Lage im jetzigen Augenblick nicht bedrohlich sei, so sei doch bestimmt in kurzer Zeit mit einer Wiederholung der Großangriffe der Entente auf der ganzen Front zu rechnen. Dann aber — in 2 oder 3 Wochen — könne es von entscheidender Bedeutung werden, ob das deutsche Heer 24 Stunden früher oder später die so dringend nötige Waffenruhe erhielte.

Am späteren Nachmittage fand dann eine nochmalige Schlußberatung ebenfalls in der Wohnung des Vizekanzlers über denselben Gegenstand statt, bei der Staatssekretär Solf den Reichskanzler unterstützte und gegen den Staatssekretär v. Hintze Stellung nahm, sowohl hinsichtlich des Waffenstillstandsangebotes als auch der Absendung, bevor die Regierungsbildung völlig beendet sei. In der Sitzung wurde der endgültige Wortlaut der Note festgestellt.

Von diesem Tage an übernahm der Oberst v. Winterfeldt für einige Tage die Geschäfte als Vertreter der O. H. L. beim Reichskanzler und damit auch die Berichterstattung an den General Ludendorff. Den Reichskanzler selber sprach ich sowohl an diesem wie an dem nächsten Tage nur flüchtig. Ich erfuhr von ihm nur das Ergebnis seiner Verhandlungen mit den Parteiführern und die sich hieraus voraussichtlich ergebende Zusammensetzung der neuen Regierung.

Das Friedensangebot ist in der Nacht 3./4. Oktober über Bern an Präsident Wilson abgegangen, der Öffentlichkeit wurde am 5. Oktober durch die Rede des Reichskanzlers hiervon Kenntnis gegeben. . . .

Berlin, den 24. Februar 1919

Nachtrag

General v. Winterfeldt, der der zweiten Beratung über das Friedensangebot am späten Nachmittage des 3. 10. von Anfang bis zu Ende beiwohnte, während ich infolge der Berichterstattung an General Ludendorff erst zum Schluß der Sitzung erschien, stellt die Vorgänge bei dieser Sitzung wie folgt dar:

Prinz Max habe zu Beginn der Sitzung dem Feldmarschall folgenden Gegenvorschlag bezüglich des Friedens- und Waffenstillstandsangebotes gemacht:

---

[1]) Es war am 2. Oktober. S. o. S. (Sch.)

Er wolle dem noch in dieser Woche einzuberufenden Reichstag sein Regierungsprogramm vorlegen und hierbei ein deutsches Friedensprogramm unter Bekanntgabe der deutschen Kriegsziele aufstellen. Die Wirkung dieser Rede auf unsere Feinde müsse zunächst abgewartet werden. Werde sie gut aufgenommen, so könne dann das Friedensangebot folgen, ohne daß hierdurch der Eindruck unserer militärischen Schwäche hervorgerufen werde. Es werde hierdurch nur eine Verzögerung von wenigen Tagen eintreten.

Der Staatssekretär v. Hintze habe diesem Vorschlage unter Hinweis auf unsere militärische Lage widersprochen, während Staatssekretär Solf ihn unterstützt habe. Der Feldmarschall habe sich schließlich gegen den Vorschlag des Prinzen ausgesprochen und dahin entschieden, daß das Friedensangebot noch in dieser Nacht abgesandt werden müsse.

Berlin, 29. 2. 1919
Einverstanden!
gez. v. Winterfeldt

13

Kaiserlicher Erlaß an Heer und Flotte vom 6. Oktober 1918

1. Erste, von der O.H.L. entworfene Fassung[1])

Telegramm.

Großes Hauptquartier, den 1. Oktober 1918, 1 Uhr 20 Min. nachm.
Ankunft: 3 Uhr 15 Min. nachm.

Der K. Legationsrat an Auswärtiges Amt

Nr. 2294 vom 30. September

Entzifferung

Für Herrn Staatssekretär

Erlaß Seiner Majestät soll gleichzeitig mit unserem Friedensangebot an Heer und Flotte gehen. Oberste Heeresleitung erbittet Euer Exzellenz Stellungnahme zum Wortlaut: „Seit . . . .[2]) stürmt der Feind unter gewaltiger Kraftanstrengung fast ohne Kampfpause gegen Eure Linien an. Während er bei seiner zahlenmäßigen Übermacht seine Truppen nach schweren Kämpfen durch neue Verbände ersetzte, mußtet Ihr ausharren und vielfach ohne Ruhe in wochenlangem Ringen dem Feinde die Stirn bieten. Darin liegt die besondere Größe der Aufgabe, die von Euch gefordert und geleistet wurde. Truppen aller deutschen Stämme haben ihre Schuldigkeit vollauf getan und das Vaterland auf fremdem Boden heldenhaft verteidigt. Hart war der Stand meiner Marine, um sich der überlegenen feindlichen Seemacht gegenüber zur Geltung zu bringen, und, soweit es Kraft und Mittel erlaubten, in unermüdlicher Arbeit die Armee in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen. Mit Stolz und Bewunderung sind die Augen der Heimat auf die Taten des Heeres und der Marine gerichtet. Ich sage Euch meinen und des Vaterlandes Dank.

Unser österreichisch-ungarischer Bundesgenosse hat uns in treuer Waffenbrüderschaft in dem Ringen an der Westfront nach Möglichkeit unterstützt. Die Bulgaren, seit längeren Jahren im Krieg, und die Türkei, auf den fernen Kriegsschauplätzen selbst hart bedrängt, waren nicht in der Lage, uns an der Westfront zu helfen. Wir kämpfen unter diesen

[1]) Akten Auswärtiges Amt, A. S. 4992, pr. 1. 10. 1918 pm.
[2]) Gruppe unverständlich. (Sch.)

Umständen im Wesentlichen aus eigener Kraft gegen die Heere Frankreichs, Englands, Amerikas und die Hilfsvölker aus ihren Kolonialreichen. Mitten in das schwerste Ringen fällt der Zusammenbruch der mazedonischen Front. Wir müssen unseren Verbündeten helfen und Truppen, die wir an der Westfront bitter entbehren, entsenden. Das gebietet unsere Bündnispflicht und Bündnistreue.

Auf Grund dieser Lage habe ich mich mit dem Herrn Reichskanzler, mit dem Generalfeldmarschall von Hindenburg und dem Admiral Scheer, und im Einvernehmen mit unseren Verbündeten entschlossen, dem Feinde wiederum den Frieden anzubieten. Wann und ob die Waffen ruhen werden, steht noch dahin. Unseren Kindern und Enkeln sind wir es schuldig, nur zu einem ehrenvollen Frieden die Hand zu bieten. Lehnt der Feind ab, so weiß jeder Deutsche, daß er weiterkämpfen muß bis zum letzten Atemzuge. Bis dahin dürfen wir nicht erlahmen, wir müssen wie bisher alle Kräfte daran setzen, unermüdlich dem Ansturm des Feindes standzuhalten und unsere liebe Heimat zu verteidigen. Die Stunde ist ernst. Aber wir sind stark genug, unsere Aufgabe zu erfüllen im Vertrauen auf unsere Kraft und auf Gottes gnädige Hilfe." Lersner

2. Endgültige, im Auswärtigen Amte entworfene, in der Reichskanzlei überarbeitete Fassung[1])

„Seit Monaten stürmt der Feind unter gewaltiger Kraftanstrengung fast ohne Kampfpause gegen Euere Linien an. In wochenlangem Ringen, vielfach ohne Ruhe, müßt Ihr ausharren und dem an Zahl weit überlegenen Feinde die Stirn bieten. Darin liegt die Größe der Aufgabe, die Euch gestellt ist, und die Ihr erfüllt. Truppen aller deutschen Stämme tun ihre Schuldigkeit und verteidigen auf fremdem Boden heldenhaft das Vaterland. Hart ist der Stand meiner Flotte, um sich den vereinten feindlichen Seestreitkräften gegenüber zur Geltung zu bringen, und in unermüdlicher Arbeit die Armee in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen. Mit Stolz und Bewunderung sind die Augen der Heimat auf die Taten des Heeres und der Marine gerichtet. Ich sage Euch meinen und des Vaterlandes Dank. Mitten in das schwerste Ringen fällt der Zusammenbruch der mazedonischen Front. Euere Front ist ungebrochen und soll es weiter bleiben.

Ich habe mich im Einvernehmen mit unseren Verbündeten entschlossen, dem Feinde nochmals den Frieden anzubieten. Doch nur zu einem ehrenvollen Frieden werden wir die Hand reichen. Das schulden wir den Helden, die ihr Leben für das Vaterland gelassen haben, das schulden wir unseren Kindern. Ob die Waffen ruhen werden, steht noch dahin. Bis dahin dürfen wir nicht erlahmen. Wir müssen wie bisher alle Kräfte daran setzen, unermüdlich dem Ansturm des Feindes standzuhalten. Die Stunde ist ernst, aber wir fühlen uns, im Vertrauen auf unsere Kraft und Gottes gnädige Hilfe, stark genug, unsere geliebte Heimat zu verteidigen."

---

[1]) So veröffentlicht am 6. Oktober 1918. Vgl. hierzu Hintzes Urteil auf S. 412, die Einleitung der 1. Fassung habe zu sehr den Eindruck erweckt: „Alles ist vorüber!" (Sch.)

B. Aufzeichnungen aus der Nachkriegszeit

14

Aufzeichnung des Geheimen Rats, Stellvertreters des Reichskanzlers a. D., Friedrich Payer vom 22. September 1922

Stuttgart, den 22. Sept. 1922

. . . Ich muß vorausschicken, daß der Reichskanzler Graf Hertling vom 1. Juli bis 29. August 1918 sich im Großen Hauptquartier in Spa aufhielt, teils um sich in der ruhigeren Umgebung etwas erholen zu können, teils um mehr in der Nähe des Kaisers und der O. H. L. zu sein. Ich habe diesen Entschluß gebilligt. Der Kanzler war der Erholung sehr bedürftig; er ist ja auch während dieses Aufenthalts von einem Krankheits- oder Schwächeanfall betroffen worden, den wir in Berlin nach den ersten Nachrichten als nicht unbedenklich ansehen zu müssen fürchteten. Außerdem schien es dem Kanzler und mir bedenklich, den Kaiser dauernd nur dem einseitigen Einfluß der O. H. L. zu überlassen, deren Politik wir keineswegs immer für richtig hielten und gegen deren Übergreifen auf das der Reichsleitung zustehende politische Gebiet wir sehr auf der Hut zu sein hatten.

Die Folge war aber, daß der Verkehr zwischen dem Reichskanzler und mir, seinem Stellvertreter, während dieser zwei Monate ein ungenügender war. Von wichtigen politischen Vorgängen wurde ich bisweilen offiziell erst hintennach unterrichtet, bisweilen auch unvollständig oder sehr verspätet. Ich war daher damals und bin heute wieder, was die Frage anbelangt, auf die ich mich äußern soll [1]), während dieser Zeit zum Teil auf die Mitteilungen Dritter angewiesen.

Es wird genügen, wenn ich nicht weiter als bis zum 1. August zurückgreife. Von diesem Tag datiert ein Schreiben, das mir im Auftrag des Reichskanzlers sein Unterstaatssekretär von Radowitz zugehen ließ. Er macht mir darin Mitteilung vom Stand der verschiedensten politischen Fragen und fügt dann bei:

„Bei der O. H. L. ist man, trotz des Fehlschlags der letzten Operationen, sehr zuversichtlich. Die Zurücknahme der Truppen aus dem Marnebogen ist eine militärisch durchaus verständliche Maßnahme, da der große Bogen doch nur einen Zweck hatte, wenn es gelang, auch östlich von Reims erheblich vorzudringen. Da dies nicht der Fall war, scheint mir die Ersparnis an Mannschaften und Material, die durch die Zurücknahme erzielt wird, durchaus nützlich. In der Abwehr der feindlichen Angriffe sind wir überall erfolgreich gewesen. Die Verluste der Feinde sind sehr groß. An Gefangenen und Geschützen heben sich unsere und die feindlichen Verluste auf. Trotzdem fürchte ich, daß der Eindruck in der Heimat schlecht gewesen ist. Es muß daher energisch

[1]) Orientierung der Reichsleitung durch die O. H. L. (Sch.)

auf die Stimmung gewirkt werden — entgegen der Erzbergerschen Methode. Hier muß Kriegspresseamt und Militärische Stelle [1]) das ihrige tun. Im Ausland scheint der Eindruck nicht allzu bedenklich zu sein. General Ludendorff hat sich Winterfeldt gegenüber zuversichtlich ausgesprochen. Er hofft in absehbarer Zeit wieder zu neuen Taten bereit zu sein."

Man kann dahingestellt lassen, wie weit die strategischen Ausführungen im einzelnen auf die Rechnung der O. H. L. oder die des Briefschreibers persönlich zu setzen sind, die beiden letzten Sätze ergeben jedenfalls ganz klar, daß am 1. August die O. H. L. weit entfernt von der Auffassung, jedenfalls von einer Erklärung war, daß der Krieg mit den Waffen nicht mehr gewonnen werden könne.

Außerdem wußte ich auch von Herrn von Hintze, der mich vom Tag seiner Amtsübernahme an auf allen Gebieten seinerseits auf dem laufenden gehalten hat und der mit mir fortgesetzt die militärische und außen- und innenpolitische Lage eingehend besprach, daß ihm noch Mitte Juli General Ludendorff versichert hatte, daß er mit der im Gang befindlichen Offensive den Feind endgültig besiegen werde.

Trotzdem waren Herr von Hintze und ich bei unsern Besprechungen darin einig, daß der Ausgang möglicherweise auch ein anderer sein könnte, und daß schon darum nichts versäumt werden dürfe, einen Verständigungsfrieden wenigstens vorzubereiten, anzubahnen und die der Möglichkeit eines solchen im Wege stehenden Hindernisse zu beseitigen. Herr von Hintze war sogar auf Grund seines Einblicks in die diplomatische und militärische Lage manchmal direkt pessimistisch, und ich mußte speziell nach meiner Kenntnis der inneren Verhältnisse auch mit schweren Sorgen in die Zukunft blicken. Namentlich nach dem 8. August drängte sich uns die Notwendigkeit, den Krieg zu „liquidieren", immer mehr auf. Das Ergebnis war, daß Herr von Hintze sich entschloß, ins Große Hauptquartier zu fahren. Den daraufhin stattfindenden Besprechungen vom 12.—14. August habe ich nicht angewohnt. Die Protokolle darüber und wohl auch persönliche Äußerungen einzelner Teilnehmer liegen vor. Nach dem Bericht, den mir Herr von Hintze, der die Aussichten sehr düster ansah, über die Verhandlung und über eine persönliche Besprechung mit General Ludendorff machte, hat die O. H. L. auch damals nicht erklärt, daß der Krieg mit den Waffen nicht mehr gewonnen werden könne. Sie war vielmehr damals noch der Meinung, daß es ihr gelingen werde, durch eine strategische Defensive mit gelegentlichen offensiven Vorstößen den Kriegswillen der Gegner zu lähmen und dieselben mählich zum Frieden zu bringen. Herr von Hintze erhielt ja auch die Ermächtigung zu formellen Friedensschritten zunächst nur für einen späteren geeigneten Moment, etwa nach dem nächsten Erfolg an der Westfront.

Von großer praktischer Bedeutung war diese Einschränkung zunächst aus dem Grunde nicht, weil Herr von Hintze sie nicht allzu pedantisch auszulegen beabsichtigte und weil an irgendwelche Friedensmöglichkeit ja doch überhaupt ernstlich nicht zu denken war, solange die O. H. L. an den früher für den Fall eines Diktat- oder Siegfriedens in Aussicht genommenen Kriegszielen festhielt. Namentlich war nach unserer übereinstimmenden Meinung ein Verzicht auf Belgien die erste Voraussetzung für die Anknüpfung eines jeden Friedensfadens; auf diesen Punkt hatte sich ja damals allmählich die öffentliche Aufmerksamkeit fast der ganzen Welt konzentriert, durch das Mitgefühl mit Belgien und die Sorge um dessen Zukunft wurde der Kriegswille bei unseren Feinden und die Stimmung der Neutralen gegen uns in erster Linie aufgepeitscht. Herr von Hintze übernahm es, in diesem

[1]) Gemeint ist die Militärische Stelle des Obersten v. Haeften. (Sch.)

Punkt und ebenso bezüglich der Zukunft von Briey und Longwy, die O. H. L. zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Es gelang ihm nicht. Einzelnes über die von ihm in dieser Richtung geführten Verhandlungen habe ich nicht im Gedächtnis, es waren auch in jener Zeit die Besprechungen mit Österreich-Ungarn und der Besuch Kaiser Karls im Großen Hauptquartier, und Herr von Hintze war vielfach nicht in Berlin anwesend und dort außerordentlich in Anspruch genommen.

Nachdem er mir mitgeteilt hatte, daß seine Versuche, einen teilweisen Verzicht auf die Kriegsziele zu erreichen, keinen Erfolg gehabt haben, einigten wir uns, da die Notwendigkeit der Anbahnung von Friedensschritten aus äußeren und inneren Gründen offensichtlich von Tag zu Tag dringlicher wurde, dahin, nun solle ich mein Heil probieren und persönlich im Großen Hauptquartier versuchen, wenigstens den Verzicht der O. H. L. auf Belgien, der mir als dringlichster erschien, herbeizuführen.

Über die Reise habe ich schon im Januar 1919, auf Veranlassung des damals der Reichskanzlei beigegebenen Legationsrats von Prittwitz, dem Legationssekretär von Moltke, damals bei der Preußischen Gesandtschaft in Stuttgart, zur Übermittlung an das Auswärtige Amt eine ausführliche Mitteilung gemacht.

Ich erlaube mir, sie in Abschrift [1]) anzuschließen. Ihren Inhalt bestätige ich, sowohl was die äußeren Hergänge, als was meine damaligen persönlichen Erwägungen betrifft, und habe nur anzufügen, daß ich mit General Ludendorff über die militärische Lage und ihre Beurteilung durch die O. H. L. überhaupt nicht gesprochen habe. Er war, was bei der damaligen militärischen Lage selbstverständlich war, außerordentlich in Anspruch genommen, ebenso der Generalfeldmarschall, sodaß ich auch mit diesem erst abends beim Plaudern nach Tisch darauf zu sprechen kam. Ob General Ludendorff, der auf meiner anderen Seite saß, gehört hat, was der Generalfeldmarschall mir mitteilte, kann ich nicht sagen, ich glaube aber kaum.

Ich glaubte, durch Ausräumung des hauptsächlichsten Hindernisses die Friedensaussichten wesentlich gefördert zu haben, meine Erklärung in meiner Stuttgarter Rede blieb aber, obwohl die feindliche Presse sie wohl beachtete, wirkungslos. Es waren eben damals schon über 1 Million Amerikaner auf dem Kriegsschauplatz, und ihre Zahl vermehrte sich monatlich um 250 000 bis 350 000 Mann, so daß unsere Feinde hoffen mochten, den Krieg durch einen Sieg zu beendigen.

Vom 20. September ab war ich wieder in Berlin. Herr von Hintze war einigemal bei mir, aber weder von ihm, der am 28. wie Graf Hertling und Graf Rödern ins Gr. H. Qu. fuhr, noch von anderer Seite habe ich etwas davon gehört, daß die O. H. L. ihren Standpunkt geändert habe, bis ich zu meiner größten Bestürzung von den aus dem H. Qu. zurückkehrenden Herren erfuhr, daß dort am 29. die O. H. L. es unbedingt für notwendig erklärt habe, daß ohne jeden Verzug ein Waffenstillstandsgesuch abgesandt werde. Damit kam erstmals zu meiner Kenntnis, daß die O. H. L. überzeugt sei, daß der Krieg mit den Waffen nicht mehr gewonnen werden könne. Bis dorthin hatte ich, obwohl meine Besorgnisse während der zweiten Septemberhälfte begreiflicherweise stiegen, entgegen der pessimistischeren Auffassung des Herrn von Hintze immer noch geglaubt, es werde uns so lange möglich sein, in einem Defensivkrieg durchzuhalten, bis eine Friedensmöglichkeit gegeben sei. Ich habe dabei angenommen, es sei das auch noch der Standpunkt der O. H. L.

gez. Payer,
Geheimer Rat
Stellvertreter des Reichskanzlers a. D.

---

[1]) S. S. 384 ff. (Sch.)

Anlage zur Aufzeichnung des Geheimen Rats, Stellvertreters des Reichskanzlers a. D., Payer vom 29. September 1922

Stuttgart, den 21. Januar 1919

Herrn
Legationssekretär von Moltke
Stuttgart
Preußische Gesandtschaft

Sehr geehrter Herr Baron!

Dem Wunsche des Herrn von Prittwitz entsprechend beehre ich mich, Ihnen zu gefl. Übermittlung an das A. A.[1]) folgendes mitzuteilen:

Etwa um den 20. August v. J. war Herr von Hintze aus dem G. H. Qu. zurückgekehrt und hatte mir über seine Besprechung mit der O. H. L. berichtet. Darnach wären die Bedingungen der O. H. L. für die Herausgabe Belgiens mit dem Zustandekommen des Friedens unvereinbar gewesen. Der einzelnen Punkte, über die Herr von Hintze ja jedenfalls Aufschriebe hat, entsinne ich mich nicht mehr bestimmt. Wenn ich mich nicht täusche, wollte die O. H. L. zwar Belgien herausgeben, aber dem Reich auf einem breiten Streifen der flandrischen Küste entlang ein artilleristisches Besatzungsrecht vorbehalten. Jedenfalls stellte die O. H. L. Bedingungen, die für die Entente unerfüllbar gewesen wären. Herr von Hintze bemerkte übrigens, die O. H. L. beginne weich zu werden, er halte es für möglich, daß sie jetzt nachgebe, wenn man ernstlich dränge. Meinerseits betrachtete ich als erste Voraussetzung für die Einleitung von Friedensverhandlungen die Abgabe einer bestimmten Erklärung, daß Deutschland auf Belgien vollständig verzichten und es vorbehaltslos herausgeben werde. In diesem Sinne hatte ich auch sehr bestimmt im Laufe des August dem Herrn Reichskanzler geschrieben.

Herr von Hintze und ich einigten uns, daß ich so rasch als möglich ins Gr. H. Qu. fahren und versuchen sollte, eine entsprechende Erklärung herauszubekommen.

Am 24. August stellten in Spa der Herr Reichskanzler und ich die Erklärung fest, zu der ich das Einverständnis der O. H. L. einholen wollte:

> „Wir geben mit Abschluß des Friedens Belgien ohne Belastung und Vorbehalt heraus, ausgenommen, daß ihm gegenüber kein anderer Staat politisch, militärisch oder wirtschaftlich besser gestellt werden darf als das Deutsche Reich. Wir zweifeln nicht, daß die zwischen uns und Belgien erforderliche Verständigung über die Einzelheiten den beiderseitigen Interessen gerecht werden und keinesfalls dem Zustandekommen des Friedens hinderlich sein wird. In dieser Frage besteht kein Gegensatz zwischen Reichsleitung und O. H. L."

Am 25. August war ich in Avesnes bei Hindenburg und dann bei Ludendorff. Sie waren gegenüber meiner Anregung auffallend entgegenkommend. L. wollte aber doch der Erklärung in meiner Fassung nicht ohne weiteres zustimmen. Er wünschte namentlich, daß man materiell mindestens einen Vorbehalt bezüglich der Flamen mache, und daß des festeren Tones wegen formell eine Verwahrung gegen England aufgenommen werde. Er wolle die Sache bedenken und mir übermorgen Antwort geben .

Über die militärische Lage teilte mir Hindenburg mit, eine Abteilung habe am 8. August unerwarteterweise versagt, das habe sofortige und noch andauernde unmittelbare und mittelbare Wirkungen gehabt, es sei möglich

---

[1]) Auswärtiges Amt. (Sch.)

und nicht unwahrscheinlich, daß wir da und dort noch weiter werden zurückgehen müssen, Anlaß zu Besorgnissen gebe das aber nicht, die Front halte, man werde sich eben auf die eventuell in Aussicht genommene sichere Linie zurückziehen.

Ich fuhr wieder nach Spa zum Reichskanzler zurück. Dorthin telephonierte am 26. Graf Stirum den Ludendorffschen Gegenentwurf. Derselbe begann mit einem Vorstoß gegen England, das behaupte, nur wegen Belgien Krieg zu führen, aber andere Zwecke, nämlich Deutschlands wirtschaftliche und politische Vernichtung, verfolge, ohne zu merken, daß es sich dabei selbst vernichte. Dann schaltete er ein, der Reichskanzler habe sich über Belgien klar ausgesprochen, im übrigen stimmte er meinem Vorschlag im wesentlichen mit der Ausnahme zu, daß hinter dem Wort „Einzelheiten" eingeschaltet werde, „auch über die Flamen", und daß vor dem Schlußsatz eingeschaltet werde: „Wir verlangen dafür unsere Kolonien und den Verzicht Englands auf Calais."

Da m. E. der letzte Vorbehalt den Verzicht wertlos gemacht haben würde, ich auch keinen Grund zu einer Belehrung Englands sah, ließ ich im Einverständnis mit dem Reichskanzler folgenden Gegenvorschlag telephonieren:

„England behauptet, nur wegen Belgiens Krieg zu führen. In Wirklichkeit verfolgt es andere Ziele; es will Deutschland politisch und wirtschaftlich vernichten; es will unsere Kolonien und die unseren Bundesgenossen abgenommenen Landstriche behalten und dadurch seine Vormachtstellung in der Welt stärken; es wird versuchen, sich in Belgien und Frankreich festzusetzen. Das werden wir nicht dulden. Mit einem wahren Völkerbund, der auch unser Ziel ist, mit der Freiheit der Meere, die wir erstreben, verträgt sich die bevorrechtete Stellung einer einzelnen Nation nicht mehr.

Mit Abschluß des Friedens wollen wir Belgien ohne Belastung und ohne Vorbehalt seine völlige Selbständigkeit zurückgeben in der Voraussetzung, daß ihm gegenüber kein anderer Staat politisch, militärisch und wirtschaftlich besser gestellt werden wird als das Deutsche Reich. Wir zweifeln nicht, daß die zwischen uns und Belgien erforderliche Verständigung über Einzelheiten, auch über die Flamenfrage, den beiderseitigen Interessen gerecht werden und zur Förderung des Friedens beitragen wird."

Am 27. erklärte sich die O. H. L. mit dieser Fassung einverstanden. Auch Herr von Hintze war einverstanden und übernahm es, sich mit dem Chef des Admiralstabs der Marine darüber zu verständigen. Dieser erklärte darauf schriftlich am 31. August dem Herrn Reichskanzler, nachdem sich der Chef des Generalstabs angesichts der militärischen Lage damit einverstanden erklärt habe, Belgien ohne Belastung und ohne Vorbehalt herauszugeben, sofern kein anderer Staat dort politisch, militärisch oder wirtschaftlich besser gestellt werde als Deutschland, stehe er nicht an, zu erklären, daß die Marine allein zurzeit nicht die militärischen Mittel besitze, um ihrerseits den maritimen Forderungen auf die belgische Küste Geltung zu verschaffen.

Die vereinbarte Erklärung sollte nicht als solche veröffentlicht werden, was einen schlimmen Eindruck hätte erwecken müssen, sondern sollte die feststehende Grundlage für eine bei passender Gelegenheit zu erlassende Kundgebung abgeben.

Ich war am 30. August nach Darmstadt und Karlsruhe und von da in Urlaub nach Stuttgart gefahren. Da sich die Gelegenheit zur Abgabe der Erklärung über Belgien in Berlin nicht finden wollte, hielt ich etwa am 10. September im Einverständnis mit dem Reichskanzler, dem A. A. und der O. H. L. in Stuttgart eine Rede, die keinen andern Zweck hatte, als diese Erklärung an den Mann zu bringen. Es war zu spät.

Dieser Hergang, den ich bei diesem Anlaß gern aktenmäßig mache, spricht m. E. nicht direkt gegen die Möglichkeit, daß die O. H. L. schon im August (wem?) erklärt habe, daß der Krieg militärisch nicht zu gewinnen sei, er wäre aber doch kaum damit vereinbar. Meines Dafürhaltens hätte sich die O. H. L., wenn das damals ihre Ansicht gewesen wäre, meinen Vorschlägen gegenüber entgegenkommender verhalten und sich mir gegenüber darüber bestimmt aussprechen müssen.

Mir für meine Person waren nicht erst im August Zweifel an der Möglichkeit eines Endsiegs überhaupt aufgestiegen, ich konnte mich aber für die Beurlung der militärischen Seite dieser Frage nicht für zuständiger erachten als die O. H. L. Bei meinem Vortrag in Stuttgart war ich — neben der Abgabe der Erklärung über Belgien — auf Grund der mir in Avesnes gemachten Mitteilungen bemüht, die Stimmung zu heben. Denn eine militärische allgemeine Niederlage oder gar einen militärischen Zusammenbruch hielt ich für ausgeschlossen; das schlimmste, was mir vorschwebte, war, daß wir keine weitere Offensive mehr unternehmen könnten.

Mit der Versicherung ausgezeichneter Hochachtung
Ihr
ganz ergebener
gez. Payer

15

Darlegungen des Staatssekretärs a. D. v. Hintze zu den ihm vorgelegten Fragen des Sachverständigen beim Parlamentarischen Untersuchungs-Unterausschuß IV

1

14. August 1922

Die Auffassung der O. H. L. von der Kriegslage am 1. Juli 1918, unmittelbar nach der Rede des Staatssekretärs v. Kühlmann, die einen Sieg mit den Waffen allein in Zweifel stellte, erhellt aus dem Protokoll über die „vertrauliche" Besprechung zwischen R. K., Generalfeldmarschall und General Ludendorff am 1. Juli 1918 in Spa.

Reichskanzler: Wie soll der Krieg weitergehen? Bei vollstem Vertrauen in unsere Kraft und unseren Siegeswillen muß ich doch die Frage stellen: Können wir England vernichten?

O. H. L. Vernichten nicht, aber erheblich schwächen.

Reichskanzler: Sollte England, um nicht ganz unter den übermächtigen amerikanischen Einfluß zu kommen, einmal bereit sein zu sprechen, sollen wir es dann anhören? (Bezieht sich auf Auftrag an Fürst Hatzfeld-Wildenburg im Haag mit englischem Kommissar für Gefangenenaustausch (Sir George Cave) über Frieden zu sprechen; Auftrag gelangte nicht zur Ausführung, weil Cave abreiste und London abwinkte.)

O. H. L.: Selbstverständlich, O. H. L. hat Derartiges nie abgelehnt.

Reichskanzler: Wir sind also darin einig, daß wir zunächst unsere volle Kraft weiter einsetzen, aber zu vernünftigem Gespräch bereit sein würden.

O. H. L.: Die Entente hat in den letzten Monaten von uns solche Schläge erhalten, daß die Stimmung gedrückt sein muß. England muß sich sagen, daß es noch viel zu verlieren hat. Sollte es aus solchem Bekenntnis an uns herantreten, so würde die O. H. L. stets bereit sein zu hören. Aber alle Schritte müssen mit der Würde und Kraft geschehen, die Deutschlands Leistungen entspricht."

5. Juli 1918 wurde ich in das Gr. H. Qu. befohlen. Am 7. Juli trug mir dort Staatssekretär v. Kühlmann den Posten des Vertreters in Moskau an, wo soeben Graf Mirbach ermordet war. Ich nahm mit Freuden an. 9. Juli designierten mich S. M. der Kaiser, nach mehrtägigem, mit Gründen belegtem Sträuben meinerseits, zum Staatssekretär des A. A.[1]) — Einige Tage später, etwa Mitte Juli, besuchte ich als designierter Staatssekretär des A. A. die O. H. L. in Avesnes; ich stellte General Ludendorff die förmliche und bestimmt gefaßte Frage, ob er sicher wäre, mit der jetzigen Offensive den Feind endgültig und entscheidend zu besiegen? — General Ludendorff wiederholte meine Frage und erwiderte (meiner Erinnerung nach wörtlich): „Darauf antworte ich mit einem bestimmten ‚Ja'." General Ludendorff führte Gründe für seine Zuversicht an. In der Niederschrift „Das Waffenstillstandsangebot", von der mir gesagt wird, daß sie von General Ludendorff herrührt[2]), und die mir am 23. Dezember 1918 zur Stellungnahme zugesandt worden ist, heißt es:

> „Anfang Juli hatte ich noch dem Staatssekretär v. Hintze sagen können, ich hoffe den Feind durch einen nächsten Schlag friedenswillig zu machen."

Nein; nicht von H o f f n u n g hat General Ludendorff gesprochen, sondern er war s i c h e r.

In seinen „Kriegserinnerungen" erwähnt General Ludendorff diesen wichtigen Vorgang gar nicht.

Ich war von der Positivität der Zuversicht des Generals Ludendorff aufs tiefste beeindruckt. Staatssekretär v. Kühlmann war auf Verlangen der O. H. L. entlassen worden[3]), weil er den Sieg mit den Waffen allein in Zweifel gezogen hatte. Der Ausspruch des Generals Ludendorff versetzte mich in die leichte und vielversprechende Rolle, auf einen sicheren Sieg die Siegel eines Siegerfriedens zu drücken.

Auch jetzt noch bin ich mir darüber klar, daß General Ludendorff damals gar nicht anders sprechen konnte. Er hatte soeben den Staatssekretär v. Kühlmann gestürzt, w e i l er Zweifel an der Herbeiführung des Friedens allein durch die Waffen geäußert hatte. Er schreibt in seinem Buche „Meine Kriegserinnerungen", S. 564: „Wir kehrten deshalb nach Spa zurück, das wir im März so zuversichtlich und hoffnungsvoll verlassen hatten." Die Rückkehr nach Spa erfolgte im September 1918. Und nun einmal von allen Aussprüchen abgesehen! S i e g — das war doch der Kern der Sache! Das war doch die Rechtfertigung aller gigantischen Opfer! Wozu sonst diese lange und bewunderungswürdig angelegten Offensiven, wenn nicht mit dem Ziel des Durchbruchs an einer Stelle und vernichtender Umfassung der Flanken des Gegners an der Durchbruchsstelle? — General Ludendorff konnte mir auf meine Frage nach dem Vorgange „Kühlmann" und nach seinen Absichten nicht anders antworten, als er es getan hat.

Anfang August 1918 verlor ich den Glauben an General Ludendorffs Versicherung vom Sieg. Ich hatte mit Vizekanzler v. Payer[4]) darüber längere Unterredungen: wir kamen übereinstimmend zu der Überzeugung, daß, statt Sieges, uns Niederlage drohe, und daß die O. H. L. veranlaßt werden müßte, ein Fazit ihrer Kriegführung und der Aussichten zu geben. Wir meinten: der Krieg sei zu liquidieren.

---

[1]) Vgl. Schreiben des Reichskanzlers Grafen Hertling vom 8. Juli 1918 an Vizekanzler v. Payer in H e r t l i n g: „Ein Jahr in der Reichskanzlei", S. 133.

[2]) Vgl. Anlage 11, S. 361 ff. (Sch.)
Vgl. auch Anlage 3, S. 344 ff.

[3]) Beweis: Protokoll über vertr. Besprechung vom 1. Juli 1918 in Spa.

[4]) Er vertrat in Berlin den in Spa weilenden Reichskanzler.

13. August 1918, 10 Uhr a. m. und 5 Uhr p. m. fanden Besprechungen zwischen R. K., dem Generalfeldmarschall, General Ludendorff und mir statt [1]). Der Geh. Kabinettsrat v. Berg wohnte einer oder beiden bei.

Vor der Besprechung nahm mich General Ludendorff zu einer Unterredung unter vier Augen beiseite und sagte (ich gebe möglichst seine eigenen Worte wieder): „Mitte Juli habe ich Ihnen gesagt, ich wäre sicher, mit der gegenwärtigen Offensive den Kriegswillen des Feindes zu brechen und ihn zum Frieden zu nötigen: diese Sicherheit habe ich nicht mehr." — Auf meine Frage, wie er sich die militärische Weiterführung des Krieges dächte, erwiderte General Ludendorff: Wir würden durch eine strategische Defensive den Kriegswillen des Feindes lähmen, allmählich. —

Diese mir separat gegebene Darstellung der militärischen Lage machte auf mich, der ich schon unter dem Druck der m. E. verhängnisvollen Entwicklung der außenpolitischen Lage stand, einen niederschmetternden Eindruck.

In den Besprechungen zu vieren vermißte ich eine positive Äußerung der militärischen Stellen entsprechend obiger Darstellung des Generals Ludendorff. — Ihre Auslassung war kurz: Das, was sie als nicht mehr angängig bezeichneten, war eine große Offensive, doch könnten gelegentlich offensive Vorstöße gemacht werden, wir brauchten uns nicht auf reine Defensive zu beschränken; sie seien der Überzeugung, durch diese im großen und ganzen defensive Kriegführung den Kriegswillen des Gegners brechen zu können und ihn zum Frieden zu zwingen. — Danach handelte es sich also lediglich um eine Änderung der Strategie. Das militärische Ziel blieb dasselbe:

> den Kriegswillen des Gegners zu brechen und ihn zum Frieden zu zwungen — und die O. H. L. sprach die Überzeugung aus, dieses Ziel erreichen zu können.

Mit keinem Wort, mit keiner Silbe, mit keiner Andeutung ließ der Generalfeldmarschall oder General Ludendorff erkennen oder ahnen, daß sie aus ihrer Bewertung der militärischen Lage die Folgerung zögen:

> es müßten diplomatische Schritte zur Herbeiführung des Friedens unternommen werden.

Ihre Sprache lief darauf hinaus, den Reichskanzler und mich über die Änderung der Strategie zu beruhigen: das Ziel sei dasselbe — und sei zu erreichen.

Bei dieser ruhigen und zuversichtlichen Sprache der O. H. L. war der Reichskanzler über diese Eröffnung der O. H. L. nicht betroffen oder gar alarmiert [2]). Um so mehr war ich es, dem General Ludendorffs separate Mitteilung auf dem Herzen lag. Aber dies war alles, was die O. H. L. über die Kriegslage vorbrachte und war ganz kurz formuliert und ausgesprochen. Den Hauptteil der Besprechung bildeten Klagen der O. H. L. über die Stimmung in der Heimat, angebliche Verfehlungen der Regierung bei Pflege dieser Stimmung unter Anführung von Spezialfällen, Rückwirkung der Flauheit in der Heimat auf das Heer im Felde; Schwächerwerden der Autorität der Regierung; unzureichende Unterstützung der Stellvertretenden Kommandierenden Generale in den Korpsbezirken (auch seitens des Kriegsministers) und Beschneidung von deren Befugnissen; Fehler bei Versorgung des Feldheeres mit Nahrungsmitteln; Erfolge der fremden Propaganda; Fehlen entsprechender eigener Organisation und Betätigung; ungenügende Gestellung von Ersatz an Mannschaften usw. Diese Klagen nahmen einen breiten Raum ein und gaben Anlaß zu langer Erörterung. Der Reichskanzler verteidigte seine Regierung gegen die erhobenen Vorwürfe und stellte gleichzeitig eingehende Berücksichti-

---

[1]) Vgl. Dienstl. Tagebuch des Leg.-Sekr. v. Vietinghoff. Leg.-Sekretär v. Vietinghoff war mir als Sekretär beigegeben.

[2]) Siehe Hertling „Ein Jahr in der Reichskanzlei", S. 148, 149.

gung der Klagen in Aussicht. Ich habe bei Besprechung dieser Fragen der inneren Politik geschwiegen. Unter dem Eindruck von General Ludendorff's oben bezeichneter Mitteilung habe ich die Probleme zur Sprache gebracht, die mir angesichts meiner Überzeugung von der Notwendigkeit diplomatischer Friedensschritte vor allen anderen einer neuen Definition zu bedürfen schienen, nämlich das belgische und das polnische [1]). Bei Erwähnung Belgiens drückte sich General Ludendorff ungefähr wörtlich wie folgt aus: „Was wollen Sie mit Belgien? Darüber besteht ja protokollarisch festgelegte Übereinstimmung!" Er meinte offenbar das Protokoll vom 3. Juli 1918 über die Besprechung zwischen Reichskanzler und O. H. L. unter Vorsitz S. M., mit seinen weitgehenden Forderungen, die nur bei Sieg verwirklicht werden konnten (in Actis A. A.). Betreffs Polens beanspruchte General Ludendorff die Bug—Narew-Linie, ein Vorgelände bei Thorn, desgl. gegenüber Bentschen, Militär-Konvention und Wirtschaftsbündnis. Weiter wurde über Kriegsziele nun nicht mehr gesprochen, nachdem bezüglich der Hauptfrage Belgien General Ludendorff sich unnachgiebig gezeigt hatte. Ganz und gar nicht kam zum Ausdruck oder war zu spüren, daß O. H. L. aus der militärischen Lage den Schluß zog,

infolge derselben nicht mehr an Kriegzielen festzuhalten, die früher aufgestellt waren,

im Gegenteil! — noch daß sie wünschte, es müßten Friedensfühler durch eine neutrale Macht ausgestreckt werden. Es ist richtig: In der Sitzung trat keine Schärfe zutage; denn der Reichskanzler verhieß größtmögliche Berücksichtigung der Forderungen und Ansprüche der O. H. L.; und ich hielt es nach der Zurückweisung betr. Belgien und der Bescheidung betr. Polen für aussichtslos, im Augenblick weiter zu drängen, wo die O. H. L. die Überzeugung ausgesprochen hatte,

den Kriegswillen des Gegners brechen und ihn zum Frieden zwingen zu können.

Ich habe die politische Lage geschildert: Österreich-Ungarn moralisch und materiell erschöpft, dem Zusammenbruch nahe; Bulgarien wenig leistungsfähig, anspruchsvoll und unsicher: zum Abfall fertig; die Türkei habe ihre Kriegführung und Politik schon seit Frühjahr 1918 von der unsrigen tatsächlich getrennt. General Ludendorff hat meine Voraussagen als „schwarzseherisch" verworfen; für die Extratour der Türkei hatte er keine Verneinung, wollte sie aber nicht als gefährlich gelten lassen. Die bulgarische Armee wäre durch Mangel an Bekleidung und in der Ernährung zurückgegangen, aber sie sei durch Sendung von Uniformen und Nahrungsmitteln nunmehr wieder gekräftigt worden.

Ein Programm für den Kronrat des folgenden Tages wurde nicht aufgestellt; mit keinem Worte wurde gesagt, daß Übereinstimmung bestände, daß ich den Hauptvortrag hielte.

Nach Aufhebung der Sitzung berichtete ich dem Reichskanzler [2]), daß ich die Auffassung der O. H. L. von den Aussichten ihrer Kriegführung zwar respektieren müßte aber nicht teilen könnte, und daß in Verbindung damit die außenpolitische Lage bei der Schwäche unserer Verbündeten Schritte nötig machen würde, die geeignet wären, zum Frieden zu führen.

Diese meine Auffassung vertiefte sich über Nacht. Der Kronrat war für 10 Uhr a. m. des 14. August 1918 im Generalstabsgebäude angesetzt. Ich suchte den Reichskanzler vorher in der großen Halle dieses Gebäudes auf, trug erneut meine hoffnungsarme, der dargelegten Auffassung der O. H. L. widersprechende Beurteilung der Kriegslage vor, bat ihn um Unterstützung meines Verlangens nach Ermächtigung zu Friedensaktionen und meldete ihm, daß ich

---

[1]) Beweis: Vietinghoff, Tagebuch.
[2]) Vietinghoff, Tagebuch.

meine Entlassung erbitten würde für den Fall, daß aus dem Kronrat solche Ermächtigung nicht hervorginge. Die Antwort des Reichskanzlers ist mir wörtlich im Gedächtnis geblieben: „Aber dann lassen Sie mich alten Mann doch lieber zuerst gehen!"

Der Kronrat war von S. M. dem Kaiser berufen worden, um

eine ungeschminkte Bilanz des Krieges zu ziehen.

Von dieser Bestimmung des Kronrats waren Reichskanzler, O. H. L. und ich unterrichtet worden. Das Protokoll über den Kronrat ist in dem amtlichen Weißbuch „Vorgeschichte des Waffenstillstandes" veröffentlicht worden. Ich habe es selbst während der Sitzung geführt (nicht ist es, wie General Ludendorff schreibt, „wie alle Protokolle" nachträglich aufgestellt worden), und es am 15. August 1918 mit Legationssekretär v. Vietinghoff persönlich zum General Ludendorff und Generalfeldmarschall gebracht [1]). Beide haben es unterschriftlich anerkannt; Datum: 14. 8. Die Erinnerung muß bei allen Stellen frisch gewesen sein.

Das Programm war: eine ungeschminkte Bilanz des Krieges zu ziehen.

Die Reihenfolge der Redner ergab sich aus den Ressorts. S. M. erteilten das Wort zunächst dem Reichskanzler, dann O. H. L., dann mir.

Der Reichskanzler legt die innere Lage dar: siehe Protokoll im Weißbuch: „Vorgeschichte des Waffenstillstandes" Nr. 1. Für die O. H. L. sprach General Ludendorff. — Siehe dasselbe Protokoll. In meinen während des Kronrats gemachten Aufzeichnungen finde ich folgende Vermerke über seine Rede:

1. Lichnowsky: Zuchthaus.
2. Stellvertretende Kommandierende Generale und Kriegsminister müssen bessere Ordnung halten im Inlande. Generale sollen neue Ordre erhalten. Zivilbehörden sollen mitwirken an Aufrechterhaltung der Staatsgewalt.
3. Ersatz: Auskämmung, mehr Heranziehung des noch freien jungen Judentums.

Über die Kriegslage: Kein Wort.

Ich hatte das nach der Erfahrung der Vorbesprechung vom 13. befürchtet. Da die zuständige militärische Stelle über die Kriegslage schwieg, die Kriegslage aber grundlegend für meinen geplanten Antrag war, so brachte ich vor, was mir General Ludendorff darüber gesagt hatte. Siehe vorzitiertes Protokoll. Ich zog daraus ausdrücklich den Schluß,

daß wir militärisch außerstande sein würden, den Kriegswillen des Gegners zu brechen,

und

daß wir daher gezwungen seien, dieser Kriegslage in der Führung unserer Politik hinfort Rechnung zu tragen.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg trat dem entgegen mit Ausführungen, die ich in dem Entwurf des Protokolls zusammengefaßt hatte in den Satz:

Generalfeldmarschall v. Hindenburg hofft, daß es dennoch gelingen werde, auf französischem Boden stehenzubleiben und dadurch schließlich dem Feind unseren Willen aufzuzwingen.

General Ludendorff hat, laut eigenem Zugeständnis, diese Fassung wie folgt geändert:

Generalfeldmarschall v. Hindenburg führt aus, daß es gelingen werde, auf französischem Boden stehenzubleiben und dadurch schließlich den Feinden unseren Willen aufzuzwingen.

Hier ist die positive Zuversicht ausgesprochen, die die O. H. L. auch in der Vorbesprechung bekundet hat.

---

[1]) Beweis: Tagebuch Vietinghoff.

Es ist nicht erfindlich, warum die O. H. L. am 14. August im Kronrat sich nicht spontan über die Kriegslage ausgesprochen hat. Das bekanntgegebene Programmm lautete doch: „Eine ungeschminkte Bilanz des Krieges zu ziehen!“ Dazu gehörte doch unbestreitbar vor allen Dingen in einem Kriege, daß

die militärische Stelle die Kriegslage schilderte! Das geschah nicht.

Geh. Kabinettsrat v. Berg in „D. T. Ztg.“ vom 23. September 1919 Nr. 472 versucht eine Erklärung: „Der Vortrag (des Staatssekretärs v. Hintze) war ein Niederschlag des am Tage vorher Besprochenen, daher lag auch weder für den Generalfeldmarschall noch für General Ludendorff ein Grund vor, noch einmal dasselbe zu sagen, da ja die Zustimmung (wessen?) am Tage vorher erfolgt war und Seine Majestät orientiert war.“

Mein Vortrag war nicht der Niederschlag des Tags vorher Besprochenen. Sondern er gab das wieder, was General Ludendorff mir separatim über die Kriegslage gesagt hatte — und zog daraus eine Folgerung, die gerade das Gegenteil war von der, die in der Besprechung vom Tage zuvor die O. H. L. aus ihrer Darlegung der Kriegslage gezogen hatte, nämlich wörtlich:

daß militärisch wir außerstande sein würden, den Kriegswillen des Gegners zu brechen —,

wo doch tags zuvor, am 13. August 1918, O. H. L. erklärt hatte, sie sei der Überzeugung, durch, im großen und ganzen, defensive Kriegführung den Kriegswillen des Gegners brechen zu können und ihn zum Frieden zu zwingen.

Das ist ein fundamentaler Gegensatz. Ich erklärte:

militärisch können wir den Kriegswillen des Gegners nicht brechen.

Generalfeldmarschall und General Ludendorff erklären demgegenüber das Gegenteil, nämlich:

Es werde gelingen, auf französischem Boden stehenzubleiben und dadurch schließlich dem Feinde unseren Willen aufzuzwingen.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg schreibt in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 23. September 1919, Nr. 472: „Jedenfalls haben wir uns beide (d. i. er selbst und General Ludendorff) am 13. August über die Lage übereinstimmend geäußert.“ Das ist nicht der Fall, wie vorstehend gezeigt. General Ludendorff sagt in seinem Buche: „Meine Kriegserinnerungen“ S. 553 für den 13. August: „In der Beurteilung der Kriegslage war er (d. i. der Generalfeldmarschall) optimistischer als ich.“ Warum hat der 1. Generalquartiermeister seine abweichende Beurteilung im Kronrat vom 14. August 1918 nicht zur Sprache gebracht? Warum hat er die meine Beurteilung der Kriegslage widerlegenden Ausführungen des Generalfeldmarschalls durch eine eigenhändige Änderung des Protokolls noch verschärft? und dadurch die Zuversicht der O. H. L., endgültig dennoch zu siegen, wenn auch durch andre Strategie als bisher, von neuem festgestellt und bestätigt?

General Ludendorff hat einige Punkte meiner Darstellung bestritten. Ich finde in meinen Akten folgenden Vermerk: 6. April 1919. Ludendorff 6. April abends besucht, erzählt angebliche Vorgänge im Juli 1918 annähernd wie in der Ausarbeitung[1]). Ich bringe ruhig und bestimmt meine Erinnerung vor, worauf Ludendorff erwidert: er habe nicht die Absicht, eine Kontroverse hervorzurufen, es sei ihm lieb, mich gesprochen zu haben, er werde in seinem Buche Modifikationen vornehmen.

Die Entscheidung S. M. war: „Es müsse auf einen geeigneten Zeitpunkt geachtet werden, wo wir uns mit dem Feinde zu verständigen

---

[1]) Das ist die Ausarbeitung „Waffenstillstandsangebot“, die mir im Dezember 1918 als von General Ludendorff herrührend zur Stellungnahme zugesandt worden ist. — (Anlage 11, S. 361 ff. [Sch.])

hätten Der König von Spanien oder die Königin der Niederlande seien geeignete Media."

Der Reichskanzler hat dazu folgende Richtlinie aufgestellt:

Diplomatisch müßten Fäden betr. einer Verständigung mit dem Feinde im geeigneten Moment angesponnen werden. Ein solcher Moment böte sich nach dem nächsten Erfolge im Westen.

Daraufhin, nachdem S. M. diesen Entscheid getroffen, der Reichskanzler diese Richtlinie aufgestellt hatte, führte Generalfeldmarschall v. Hindenburg aus:

Daß es gelingen werde, auf französischem Boden stehenzubleiben und dadurch schließlich dem Feinde unseren Willen aufzuzwingen.

Ich stelle die Frage: Wer will und kann aus dieser Ausführung der O. H. L. herauslesen, daß die O. H. L. dem Entscheid S. M. und der Richtlinie des Reichskanzlers beistimmmte?

Geh. Kabinettsrat v. Berg schreibt in der „Deutschen Tageszeitung" vom 23. September 1919, Nr. 472: „Es war aus dem Ton der Besprechung klar, daß man auf Erfüllung bisher gehegter Hoffnungen nicht mehr rechnete, sondern daß der Staatssekretär in der Hauptsache freie Hand haben sollte."

Diese Behauptung ist kühn; so kühn, daß ich mir jeden Kommentar dazu ersparen kann.

In demselben Blatt schreibt Generalfeldmarschall v. Hindenburg: „Wir waren uns voll bewußt, daß jetzt der Krieg mit diplomatischen Mitteln zu Ende zu bringen wäre."

Wenn dieses Bewußtsein bestand, so hat es O. H. L. weder ausgesprochen noch angedeutet; im Gegenteil — die von General Ludendorff bestätigte, sogar noch verschärfte Ausführung des Generalfeldmarschalls drückte die Überzeugung aus, mit militärischen Mitteln den Zweck des Sieges zu erreichen, nämlich dem Feind unseren Willen aufzuzwingen. Aber ich habe das meinige getan, meiner Überzeugung zu genügen. Doch brauchte ich, und hätte jeder dazu mehr Zeit gebraucht, als die Kriegführung dazu zur Verfügung stellte, bis zum Zusammenbruch vom 29. September 1918.

Noch am Tage des Kronrats habe ich selbständig, trotz General Ludendorffs Weigerung, in bezug auf das belgische Problem von der Vereinbarung vom 3. Juli 1918 abweichende Zugeständnisse zu machen[1]), einem Unterhändler folgende Direktiven gegeben: Faustpfand (gage) soll bedeuten ein Pfand gegenüber Entente und Amerika. Es sei Belgiens Sache, seine Alliierten dahin zu bringen, daß sie die Kolonien herausgäben. Belgien gegenüber hätten wir ein Faustpfand nicht nötig — und als der Unterhändler mitteilte: Belgien fürchte, daß Deutschland wie bei Rußland im Laufe der Verhandlungen mit Forderungen käme, die für Belgien nicht annehmbar wären, insbesondere wirtschaftlichen, habe ich ihn darüber beruhigt. Die von Belgien geäußerten Wünsche: Garantie voller Selbständigkeit und Unversehrtheit seines Besitzes, Anerkennung voller wirtschaftlichen Freiheit, habe ich für besprechbar erklärt. Über einen weiteren belgischen Wunsch: Deutschland möge sich an der Gutmachung der Belgien durch den Krieg verursachten Schäden beteiligen — habe ich Befragung des zuständigen Reichsamts (Reichsschatzamt) angeordnet. Endlich habe ich gesagt: Flämisches Problem, dieses und anderes: alles diskutabel und offen.

Am 15. August, einen Tag nach dem Kronrat, gab ich folgendes als meine Richtlinie bezüglich Belgiens aus

zur Übermittlung an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika nach Washington:

---

[1]) A. A. Belg. 20 a, Geh. 2.

„Keine Annexion, kein Vasallen- oder ähnliches Abhängigkeitsverhältnis, gute wirtschaftliche Beziehungen, Garantien für politische und militärische Unabhängigkeit auch von unseren Gegnern."

Am 19. August 1918 ging ich General Ludendorff erneut wegen Belgiens an. Am 21. August 1918 antwortete General Ludendorff in dem Sinne, daß er sich mit der Wiederherstellung des status quo ante (Belgiens) nicht einverstanden erklärt haben könnte.

Das war gerade das punctum saliens: der status quo ante.

Am 19. August war ich, nach Rücksprache mit dem Generalgouverneur von Belgien in Brüssel, wieder in Berlin zurück und berichtete dem Vizekanzler v. Payer über die Ereignisse vom 11.—18. August[1]); auch daß ich die Bedingungen der O. H. L. für Herausgabe Belgiens mit dem Zustandekommen eines Friedens für unvereinbar hielt. Als erste Voraussetzung für Einleitung von Friedensschritten betrachteten Herr v. Payer und ich die bestimmte Erklärung, daß Deutschland auf Belgien völlig verzichten und es vorbehaltlos herausgeben werde. Der Vizekanzler unternahm es, eine entsprechende Erklärung aus der O. H. L. herauszuholen und fuhr am 20. August nach Spa zum Reichskanzler und nach Avesnes. 25. August 5 Uhr 35 abends erhielt ich die Nachricht aus Spa: Der Vizekanzler hoffe, nach Meldung aus Avesnes, bestimmt, daß Einigung auf der gefundenen Formel mit kleinen Abänderungen zustande kommen werde; General Ludendorff werde übermorgen definitiv Stellung bekanntgeben . . .

Es bot sich eine günstige Gelegenheit für Übermittlung von Nachrichten nach Washington. Ich wartete die in Aussicht gestellte Stellungnahme des Generals Ludendorff nicht ab, sondern drahtete selbständig am 26. August 1918 zur Übermittlung nach Washington:

„Mit Formel status quo ante einverstanden."

Vizekanzler v. Payer hat sich nach längeren Verhandlungen mit der O. H. L. über eine Erklärung geeinigt, die in ihrer Einleitung vermeintliche englische Kriegsziele — Festsetzung in Belgien und Frankreich — zurückwies (wörtlich: Das werden wir nicht dulden!) und in dem wesentlichen Schluß besagte:

„Mit Abschluß des Friedens wollen wir Belgien ohne Belastung und ohne Vorbehalt seine völlige Selbständigkeit zurückgeben in der Voraussetzung, daß ihm gegenüber kein anderer Staat politisch, militärisch und wirtschaftlich besser gestellt werden wird als das Deutsche Reich. Wir zweifeln nicht, daß die zwischen uns und Belgien erforderliche Verständigung über Einzelheiten, auch über die Flamenfrage, den beiderseitigen Interessen gerecht werden und zur Förderung des Friedens beitragen wird."

Das ist nicht gerade der status quo ante, die belgische Regierung hat es auch nicht so aufgefaßt. Der Pferdefuß kommt im Schlußsatz hervor.

Am 28. August 1918 erhielt ich die Nachricht: O. H. L. hat sich mit Fassung betr. Richtlinien für Belgien (d. i. in der v. Payerschen Formel, siehe oben) einverstanden erklärt. Ich erwirkte am 31. August das Einverständnis der Kaiserlichen Marine zu dieser Formel — vor Vorlage bei Seiner Majestät.

Aber ich hatte, selbständig darüber hinausgehend, schon am 26. August als meine Richtschnur den status quo ante bekanntgegeben, zur Übermittlung nach Washington. Sie hätte auch den Unterhändler mit Belgien auf dem gewählten Wege erreichen können, doch war dieser gerade in Unterhandlung begriffen, und sie hat ihn, nach dem Gange seiner Unterhandlung zu schließen, tatsächlich nicht erreicht. Doch waren seine Instruktionen mit dem Schluß: „alles offen und diskutabel" in Wirklichkeit noch weiter entgegenkommend. Über die Aufnahme, die seine Mitteilungen gefunden,

[1]) Brief des Vizekanzlers v. Payer vom Januar 1919 in Actis A. A.

berichtete er am 31. August 1918: „Y. zeigte sich sichtlich erfreut über die von Deutschland gemachten Konzessionen, die sich in der Hauptsache mit bisher von der belgischen Regierung bekanntgegebenen Wünschen decken... Y. hofft, in 10 bis 14 Tagen mir die Antwort übermitteln zu können..."

Dieser Bericht kam am 31. August — unsere Kriegslage verschlechterte sich derart rapide, daß die belgische Regierung auf Verhandlungen nicht mehr einzugehen brauchte, sondern auf Sieg rechnen konnte. Am 19. September veröffentlichte sie ein communiqué officiel [1]), in dem es hieß:

> . . . Il résulte des communications reçues que les intentions de l'Allemagne seraient d'exiger de la Belgique qu'elle s'engage à donner à la question des langues une solution conforme à la politique Impériale et abdique ainsi le droit inhérent à la souveraineté de résoudre, d'après les vœux librement exprimés et les intérêts du peuple Belge, l'un des problèmes de son organisation politique intérieure; l'Allemagne réclamerait aussi l'amnistie pour les citoyens coupables d'avoir servi les plans de l'ennemi et imposerait ainsi au Gouvernement Belge un acte de soumission. Elle insisterait pour le maintien, après la guerre, des traités de commerce antérieurs qui, à la suite de la destruction de l'industrie Belge par l'envahisseur, assureraient l'empire économique allemand. D'autre part, la théorie du gage n'est pas abandonnée. L'Allemagne persisterait en effet à lier le sort de la Belgique à la solution des questions coloniales. Enfin, il n'est pas même fait allusion à l'obligation qui s'impose à l'Allemagne de réparer complètement les dommages qu'elle a injustement infligés à sa victime. L'Allemagne demeurerait ainsi enrichie des dépouilles de la Belgique dont la ruine serait consommée . . .

Dieser Text wurde in Berlin bekannt am 28. September 1918, wo ihn der Unterhändler übersandte mit dem Zusatz der belgischen Regierung:

> Il y (i. e. dans le texte du communiqué) est dit, notamment, que les exigences et les conditions du Gouvernement Allemand dominent et stérilisent toutes déclarations paraissant reconnaître l'indépendance de la Belgique et qu'elles ne peuvent servir de base à aucune discussion sérieuse. Le Y. devrait donc décliner toute invitation à recevoir ou à transmettre de nouvelles communications.

Während noch am 24. und 26. August also der belgische Unterhändler sich sichtlich erfreut über die von Deutschland gemachten Konzessionen gezeigt hatte, war am 19. September die belgische Regierung bereits auf dem Standpunkt angelangt, vielleicht auch unter Beeinflussung durch ihre Alliierten, daß sie angesichts unserer fortgesetzten militärischen Rückschläge auf Unterhandlungen verzichten und ihre Ansprüche auf „Sieg" aufbauen könnte. Sie greift in ihrem communiqué auf frühere Instruktionen unseres Unterhändlers zurück und übergeht die völlige, ihr eröffnete Freiheit (d i e s u n d a l l e s a n d e r e — d i s k u t a b e l u n d o f f e n) mit Stillschweigen.

Auf die Mitteilungen nach Washington sind Antworten nicht eingegangen.

Ich lenke die Aufmerksamkeit darauf, daß die Aktionen über den Unterhändler mit Belgien wie die Übermittlung nach Washington

am 14. und 15. August — am Tage des Kronrats bezw. 1 Tag nach dem Kronrat — eingeleitet bezw. mit neuen Richtlinien

versehen worden sind. Mit Richtlinien, die über das hinausgingen, was O. H. L. sich bereit fand, an den bis dahin vereinbarten Kriegszielen abzulassen.

Es war zu spät.

Und jedermann wird es einleuchten, daß unsere Feinde Friedensfühler ignorierten bezw. abwiesen, wo ihnen jeder Tag nach dem 8. August 1918 Zeichen dafür gab, daß i h r Sieg mit den Waffen gesichert war.

---

[1]) Uns in Berlin bekanntgeworden am 28. September 1918.

Siehe dazu das Interview, das Marschall Foch der „Daily Mail“ gegeben hat: Daily Mail vom 19. April 1919 Nr. 7187[1]).

Der Entscheid Seiner Majestät vom 14. August besagte:

Es müsse auf einen geeigneten Zeitpunkt geachtet werden, wo wir uns mit dem Feinde zu verständigen hätten . . .

und der Reichskanzler hatte im Kronrat die Richtlinie aufgestellt:

Diplomatisch müßten Fäden betr. einer Verständigung mit dem Feinde im geeigneten Moment angesponnen werden. Ein solcher Moment böte sich nach dem nächsten Erfolg im Westen.

Die O. H. L. hatte hierzu geschwiegen, aber sich diesem Entscheid und dieser Richtlinie durch ihre Unterschrift des Protokolls meines Erachtens gefügt. Ich will nicht aussprechen, daß sie auf den nächsten Erfolg im Westen vergeblich hat warten lassen: es wäre mir zu schmerzlich, das zu sagen. Aber ich habe gar nicht gewartet, sondern, wie dargelegt, am Tage des Kronrats und einen Tag nach dem Kronrat begonnen, Fäden anzuspinnen bezw. auszuspinnen. Auch habe ich natürlich noch andere Verbindungen als die berichteten angeknüpft bezw. aufgenommen. Doch über diese darf ich hier noch nicht sprechen: die Schreiben des A. A., in deren Besitz ich bin, gebieten Schweigen, aus verständigen und verständlichen Rücksichten.

Die Aufgabe nach dem 14. August ist wie folgt zu definieren:

1. unsere militärische Schwäche zu verschleiern,
2. Siegeszuversicht zur Schau zu tragen und zu verbreiten,
3. einen Verständigungsfrieden anzubahnen, zunächst: eine dem Frieden günstige Atmosphäre beim Feind zu schaffen.

Alle drei Aufgaben litten darunter, daß wir einen militärischen Rückschlag nach dem anderen erfuhren, aus einem Rückzug in den anderen gingen.

Was ich zur Verwirklichung der Aufgaben 1 und 2 getan habe, ist in großen Zügen in meiner einzigen Veröffentlichung, in der „Vossischen Zeitung“ vom 11., 12. und 13. September 1919 angedeutet worden. Ich habe vorher und nachher geschwiegen, weil ich der Überzeugung war, daß Denkwürdigkeiten der Politiker Enthüllungen bringen mußten — wenn anders sie wahr waren —, die der deutschen Politik unbequem oder nachteilig sein könnten. Die Erfahrung hat bis auf den heutigen Tag diese meine Überzeugung bestätigt. Wem haben die vielfachen „Erinnerungen“ genützt? Kaum den Verfassern; denn es ist ihnen Widerspruch widerfahren, der Vorwurf, pro domo und einseitig oder unter der Verletzung der Wahrheit zu schreiben, ist ihnen gemacht worden, und es sind ihnen erhebliche Irrtümer nachgewiesen worden. Ich habe im September 1919 erst geschrieben auf grobe Anrempelung des Generals Ludendorff hin, und ferner erst dann, als mir General Ludendorff die auf dem herkömmlichen Wege geforderte Satisfaktion verweigert hatte.

Die Aufgabe 3 setzte eine Minderung unserer bislang verfolgten und protokollarisch festgelegten Kriegsziele voraus. Meine dahinzielenden Bemühungen stießen bei der O. H. L. auf so viel Widerstand, daß ich mich häufig fragte: Die O. H. L. hat vielleicht Recht mit ihrer im Kronrat vom 14. August entgegen meinem Votum festgehaltenen Überzeugung: „Es werde gelingen, auf französischem Boden stehenzubleiben und dadurch schließlich dem Feinde unseren Willen aufzuzwingen.“ Denn kein vernünftiger Mann konnte doch an unseren auf „Sieg“ gegründeten Kriegszielen festhalten wollen, wenn er diesen Sieg nicht zu erringen meinte. Die Zähigkeit, mit der die O. H. L. ihre mir unerreichbar erscheinenden Kriegsziele verteidigte, war jedenfalls dazu angetan, in mir von der Zuversicht der O. H. L. zu ihrer militärischen Leistung eine hohe Meinung aufrechtzuerhalten; keinesfalls natürlich ließ ihr Sträuben

[1]) Im Archiv A. A. und bei mir.

gegenüber meinem Verlangen nach Herabminderung oder Streichung ihrer Kriegsziele in mir den Gedanken wach werden, als sei sie pressiert, zum Frieden zu kommen: Sie war ja nicht bereit, diejenigen Opfer an Kriegszielen zu bringen, welche zur Schaffung einer dem Frieden günstigen Atmosphäre unentbehrlich waren und später, bevor wir uns an den Verhandlungstisch setzten, unumgänglich gebracht sein mußten! Mit den Kriegszielen, die die O. H. L. bis zum 29. September 1918 festgehalten hat, waren unsere Feinde nicht an den Verhandlungstisch zu bringen. Sie konnten überhaupt dorthin nur gebracht werden, wenn wir sie in diskreter Weise davon verständigten, daß wir von unsern Kriegszielen diejenigen preisgegeben hätten, deren Opferung für sie conditio sine qua non zum Frieden war. Denn sonst hatten unsere Feinde ja den Rekurs zu den Waffen, — und dieser gab ihnen jeden Tag mehr Aussicht, durch Sieg das — und mehr — zu erreichen, als wir ihnen durch Verhandlung und Verständigung versprachen. Kurz gesagt: Der Feind ging von vereinzelter Bereitwilligkeit zu vertraulichen, unverbindlichen Unterhaltungen allmählich zur glatten Ablehnung über in dem Maße, in dem seine Waffenerfolge ihm unsere militärische Niederlage verhießen. Andererseits: Die O. H. L. sträubte sich mit Zähigkeit gegen mein Verlangen, aus ihren Rückschlägen die Folgerung zu ziehen, daß sie ihre Kriegsziele mäßigen müßte, um überhaupt zu Verhandlungen zu kommen.

Die Reichsregierung hat nach dem ersten Versuch im Kronrat vom 14. August, zweimal versucht, die O. H. L. zu einer klaren Aussprache über die Kriegslage zu bringen, eine Bilanz des Krieges zu ziehen. Am 3. September 1918 verlangte der Reichskanzler schriftlich Auskunft, „wie E. E. (d. i. der Generalfeldmarschall) die augenblickliche Kriegslage und unsere militärischen Aussichten für die nächste Zukunft ansehen"? Am 27. September 1918 — zwei Tage vor dem 29. September — ist auf diesem Schreiben der Vermerk gemacht worden: „Die Angelegenheit wird durch persönliche Aussprache erledigt." Ja, sie wurde erledigt, am 29. September mit der Forderung: sofortiger Waffenstillstand!; aber 26 Tage lang hatte die O. H. L. die Frage unbeantwortet gelassen.

Der zweite Versuch war wenige Tage nach dem 3. September, nämlich: Am 8. September gab mir, bei meiner Reise zur O. H. L., der Reichskanzler einen Fragebogen mit; General Ludendorffs Antworten darauf habe ich auf demselben Fragebogen in seiner Gegenwart notiert. Auf die Frage nach den Aussichten und die Möglichkeit zu größeren und geringeren Gegenstößen? erwiderte General Ludendorff: Größere Offensiven ausgeschlossen, Gegenstöße aber möglich. Und auf die Frage: Kann heute eine Linie angegeben werden, die unter allen Umständen, eventuell durch Gegenangriffe gehalten wird? — sagte er: Grundgedanke: wir bleiben stehen, wo wir sind (Hertling S. 165). Kein Wort des Zweifels, keine Warnung, keine Befürchtung. Nur Zuversicht.

Graf Burians „Schrei an alle" wurde am 23. August 1918 förmlich in Berlin überreicht. Er hatte davon schon in Spa — am 15. August — gelegentlich Kaiser Karls Besuch gesprochen. Ich hatte und habe ihm widersprochen, als einem Unterfangen, für das geeignete Form und geeigneter Zeitpunkt noch gefunden werden müsse, und dagegen den Vorschlag gesetzt, eine Friedensvermittlung durch die Königin der Niederlande in die Wege zu leiten. Mit einem einzigen Erfolg — am 4. September 1918, bei persönlicher Aussprache in Wien —, dem alsbald durch Kaiser Karls Veto ein Ende gemacht wurde. Die O. H. L. war über Burians Antrag unterrichtet; am 25. und 27. August hatte ich darüber an sie telegraphiert. Ich drahtete der O. H. L. aus Wien über Auswärtiges Amt am 4. September 1918: „Burian verhält sich nicht mehr gänzlich ablehnend gegenüber unserem Vorschlage, zunächst ... Vermittlung Hollands zu erreichen ... Er will ... dem Kaiser

morgen Vortrag halten, drängt gegebenenfalls auf baldige Sondierung der Königin von Holland, wogegen ich für meine Person vorbehaltlich der Genehmigung des Reichskanzlers nur den Einwand vorgebracht habe, daß der Zeitpunkt des Hervortretens Hollands mit der Vermittlung von unserer militärischen Lage abhängig gemacht und von uns bestimmt werden müßte[1])." — In den Wiener Verhandlungen habe ich u. a. geltend gemacht, „daß es sich hierbei um einen Aufschub von zwei Wochen handeln würde[2]), bis zu welchem Zeitpunkte nämlich die Rückbewegung der deutschen Armee in solche Stellungen vollzogen sein werde, die zum mindesten die Gewähr für einen längeren Widerstand gegen feindliche Angriffe böten". Am 5. September fiel Graf Burian um und kehrte zu seinem „Schrei an alle" zurück. Ich suchte Unterstützung gegen ihn beim ungarischen Ministerpräsidenten Weckerle und bei der österreichischen O. H. L. General v. Cramon drahtete 7. September aus Wien an die deutsche O. H. L.: „Wann ungefähr erscheint der O. H. L. die beabsichtigte Anregung (d. h. mein Projekt über Holland) zu Besprechungen über Friedensverhandlungen nach der Kriegslage möglich und angezeigt?" Am 8. September 1918 reiste ich ins Große Hauptquartier[3]), von Wien die Auffassung mitbringend, daß Kaiser Karl und Graf Burian nur noch mit heroischen Mitteln an- bezw. aufgehalten werden könnten. Auf meine Bitte drahtete die O. H. L. an General Cramon, zwecks Übermittlung an Kaiser Karl und General v. Arz (österr. O. H. L.). Das Telegramm lautete:

> „Nach Rücksprache mit Hintze spreche ich mich zu Punkt 3 (das ist Cramons telegraphische Frage) wie folgt aus: Einer Absendung der beabsichtigten Note Österreich-Ungarns (d. i. Burians Notschrei) kann ich nicht zustimmen. Ich halte diesen Schritt für unsere Heere und für unsere Völker für verderblich. Dagegen könnte ich mich mit einer Vermittlung einer neutralen Macht zur Herbeiführung einer Aussprache ohne Aufschub einverstanden erklären. v. Hindenburg."

Hier ist die erste und einzige Erklärung des Einverständnisses der O. H. L. mit Herbeiführung einer Aussprache durch eine neutrale Macht ohne Aufschub. Sie ist von mir persönlich bei der O. H. L. erwirkt worden. Sie datiert vom 10. September 1918.

Am 11. September 1918 unterrichtete ich die Missionen in Wien, Sofia und Konstantinopel telegraphisch, daß Seine Majestät der Kaiser und die O. H. L. mit sofortiger Einleitung einer Demarche bei der Königin der Niederlande einverstanden wären; daß die betreffenden verbündeten Regierungen zum Beitritt bezw. Einverständnis aufzufordern seien. Der Text des Telegramms ist im Weißbuch „Vorgeschichte des Waffenstillstandes" veröffentlicht worden.

Die Fassung der Entschließung der O. H. L. bezüglich Angehen einer neutralen Macht zur Vermittlung von Friedenspourparlers (Telegramm an General v. Cramon vom 10. September) läßt keinerlei Drängen oder Not aus der militärischen Lage heraus erkennen; O. H. L. gibt ihr Einverständnis nicht, weil die militärischen Geschehnisse und Aussichten eine Friedensdemarche verlangen oder bedingen, sondern um dem Burian-Notschrei vorzubeugen. Das war auch mein Eindruck bei meinen bezüglichen Besprechungen mit der O. H. L. vor Absendung ihres Telegramms. Mit keinem Wort, mit keiner Geste hat die O. H. L. damals angedeutet oder gezeigt, daß sie mit einer Friedensdemarche Eile habe. O. H. L. hatte aber Anlaß und Anregung zu einer neuen bestimmten Äußerung über die Kriegslage: denn im Auftrage des Reichskanzlers legte ich ihr ja an demselben Tage den Fragebogen des

---

[1]) A. A. acta Weltkrieg. 2 G. Bd. 62.
[2]) ibidem.
[3]) Siehe meinen Bericht an das Kgl. Pr. Staatsministerium. Sept. 1918.

Reichskanlers vor, der Auskunft über die Kriegslage verlangte! Siehe vorher Seite 18[1]) dieser Darlegung. Das war am 10. September, 19 Tage vor dem 29. September — dem verhängnisvollen Tage!

13. September erklärten sich Türkei und Bulgarien einverstanden mit unserem Projekt einer Vermittlung über Holland. An demselben Tage lehnte Kaiser Karl es endgültig ab, trotz der verschiedenen Einflüsse, die ich auf ihn hatte wirken lassen.

15. September fand eine Besprechung mit den Parteiführern des Reichstages unter dem Vorsitz des Reichskanzlers statt. Der Vertreter der O. H. L., General v. Winterfeldt, wohnte ihr bei und sagte, zum Worte aufgefordert:

„Die O. H. L. befindet sich in völliger Übereinstimmung mit den politischen Faktoren."

Die politischen Faktoren waren nicht unter dem Eindruck, daß die militärische Lage sofortige oder ungewöhnliche Friedensschritte verlangte: O. H. L. hatte sie ganz und gar nicht, durch nichts in diesem Sinne inspiriert. Wenn ihr Vertreter Übereinstimmung feststellte, so mußte O. H. L. annehmen, keinen Grund zu haben, die politischen Faktoren anders zu unterrichten als geschehen.

Ich muß die Besprechungen und Verhandlungen mit den Niederlanden in diesem Augenblick und sonst übergehen. Doch glaube ich mitteilen zu dürfen, daß ich am 18. September, 3 Tage nachdem der Burian-Schrei in die Welt gesetzt war, an die O. H. L., an Wien, Sofia und Konstantinopel gedrahtet habe:

„. . . Aussicht, holländische Mediation auf österreichische Demarche aufpfropfen zu können . . . Beabsichtige Niederländische Regierung zu bewegen, als Ort der Versammlung der Bevollmächtigten der Kriegführenden den Haag vorzuschlagen und ihre Gastfreundschaft und gegebenenfalls Vorsitz anzubieten . . . belanglos, ob Verbündete parallel mit uns vorgehen . . . oder kollektiv."

Der Schlußsatz zeigt an, daß ich es eilig hatte. Am 19. September erließ der Generalfeldmarschall eine Kundgebung an das Heer über den Burian-Notschrei. Er gipfelte in dem Satze: „Für das Heer gilt es also, weiter kämpfen."

Erst am 24. September erklärten sich Österreich-Ungarn und Bulgarien mit meinem Vorschlag vom 18. September einverstanden; doch hatte ich nicht darauf gewartet, sondern das holländische Projekt weiter ausgebaut. Es ist publici juris, daß die holländische Presse am 28. September 1918 eine offizielle Bekanntgabe der Niederländischen Regierung gebracht hat, wonach Ihre Majestät die Königin Ihre Residenz für Besprechungen im Sinne der österreich-ungarischen Note vom 14. September zur Verfügung stellt.

Vergleiche mit dieser lückenhaften, aber aktenmäßigen Darlegung General Ludendorffs Behauptung, daß bezüglich holländischer Mediation nichts geschehen sei.

25. September drahtete der bulgarische General Gantscheff der O. H. L., daß Bulgarien um sofortigen Waffenstillstand bitten müsse.

In der vermeintlich von General Ludendorff verfaßten Denkschrift vom Ende 1918 „Das Waffenstillstandsangebot" heißt es S. 7:

„Der Verrat Bulgariens kam uns überraschend."

Ich hatte ihn General Ludendorff Mitte August vorhergesagt und war von ihm daraufhin als „schwarzseherisch" bezeichnet worden.

Am 26. September drahtete ich an den Kaiserlichen Botschafter in Wien: „. . . fürchte, daß wir vor der Erklärung Österreich-Ungarns stehen, Frieden schließen zu müssen."

---

[1]) Siehe S. 396. (Sch.)

Das Problem stellte sich mir wie folgt dar:

Entweder wir hatten genug Truppen von der Westfront abzugeben, ohne davon échecs besorgen zu müssen —

dann waren solche Truppen nach der Balkanhalbinsel zu senden, die Lage dort wiederherzustellen;

oder die Westfront vertrug keinen solchen Abgang von Truppen,

dann war Bulgarien, selbst die Türkei aufzugeben und zu räumen und die Donaulinie zu besetzen, damit Österreich-Ungarn bei der Stange gehalten würde.

Der O. H. L. allein stand die Entschließung zu. Sie sandte erhebliche Verstärkungen von der Westfront, noch andere aus dem Südosten unserer Kampflinie nach der Balkanhalbinsel.

Sie kamen zu spät (28. September langten die ersten Truppen in Sofia an). Die bulgarische Regierung antwortete auf ihre Ankündigung: „. . . cette proposition arrive après notre démarche pour obtenir un armistice et la paix . . ."

Die diplomatischen Mittel der letzten Art wurden eingesetzt; vergeblich. Die Kaiserliche Botschaft in Wien meldete am 28. September:

„. . . wird mir von ernstester Seite immer wieder versichert, daß Monarchie höchstens noch drei Monate Krieg fortsetzen kann."

Meine Auffassung, daß wir militärisch einer Niederlage entgegengingen, daß unsere Verbündeten erschöpft und unsicher wären, hatte ich im Kronrat vom 14. August dargelegt. O. H. L. hatte widersprochen. Gleichwohl habe ich dem Reichskanzler wiederholt dieselbe Auffassung — mit fortschreitender Zeit in zunehmender Stärke — berichtet und Vorschläge gemacht, wie der beim Umschwung von Siegeszuversicht zu offenbarer Niederlage zu erwartenden Erschütterung von Volk und Heer zu begegnen wäre. So z. B. habe ich vorgeschlagen, die Verantwortung für die Regierung auf breitere Basis zu stellen und das Interesse an der Politik der Regierung zu vergrößern durch Beteiligung von linksparteilichen Politikern an der Regierung. — Bei einem solcher Vorschläge erwiderte mir der Reichskanzler: „Wollen Sie etwa Sozialdemokraten in Ihr Ministerium aufnehmen?" Ich antwortete: „Mit Vergnügen würde ich einen sozialdemokratischen Unterstaatssekretär anstellen." Ich war überzeugt, daß die Linksparteiler, aus der bequemen reinen Opposition herausgeholt, sehr bald die Notwendigkeiten — die dira necessitas, die alle Regierungen zwingt — erkennen und anerkennen würden. Ich glaubte ferner, daß ein neues großes Aufraffen der gesamten Nation geschehen müsse, sollte sie die drohende, schwere, schwere Stunde überstehen, und hielt dazu die Heranziehung jedes einzelnen für nötig, um den Krieg wahr und wahrhaftig zum Volkskrieg zu machen. Als Formen solchen Zusammenraffens aller geistigen und materiellen Kräfte der Nation hielt ich zwei für möglich, — nichts Neues, aber wo ist Neues in der Welt? — Entweder die Diktatur, unter einem Diktator, dessen Name Sieg verspräche; aber die Diktatur war an die Erfüllung dieses Versprechens „Sieg" gebunden, sonst fiele sie — und Deutschland mit ihr um so tiefer. Oder: die Hereinziehung breiterer Kreise in die Regierung und dadurch die Belastung von mehr Schultern mit der Verantwortung für den Ausgang des Krieges. — Die plötzliche militärische Niederlage hätte m. E. weder Volk noch Heer, noch Regierung, noch Reich, noch Dynastie ausgehalten — ohne eines dieser beiden vorbeugenden Verfahren.

Zwischen dem 22. und 27. September 1918 kam ich zu der Auffassung: eine militärische Katastrophe steht unmittelbar bevor auf Grund von Nachrichten aus der Armee, nicht von der O. H. L. Ich habe dem Reichskanzler darüber Meldung gemacht, er wollte nicht recht daran glauben und nannte mich einen Pessimisten, er hatte nur zuversichtliche Berichte von der Armee

(vgl. Hertling „Ein Jahr in der Reichskanzlei", S. 166). Doch bei Besprechung der Lage im A. A. kamen wir zu der Ansicht, daß wir uns auf eine Katastrophe vorzubereiten hätten: darauf, auf die Wahrscheinlichkeit solcher Katastrophe, gründete sich das Programm, das unter dem Datum 28. September 1918 im Weißbuch „Vorgeschichte des Waffenstillstandes" veröffentlicht worden ist[1]). Ich berichtete dem Reichskanzler am 28. September nachmittags erneut über meine Befürchtungen und schlug vor, mit der O. H. L. persönlich in Verbindung zu treten. Der Reichskanzler lehnte ab; am 28. September morgens meldete ich dem Reichskanzler, daß ich nach Spa reisen würde, um von der O. H. L. eine unzweideutige bestimmte Erklärung über den Stand des Krieges zu erwirken und die etwa danach nötig werdenden Maßnahmen vorzuschlagen.

Ich bin nicht von der O. H. L. geladen oder gerufen worden, sondern reiste aus eigenem Antriebe. Der Vertreter des A. A. bei O. H. L., Geh. Legationsrat Freiherr v. Lersner, schreibt mir darüber am 2. Oktober 1919: „Daß General Ludendorff die Reise E. E. vom 29. September ins Hauptquartier veranlaßt hat, ist mir nicht bekannt . . . Trotzdem ich doch häufig, fast täglich, bei General Ludendorff war, hat er niemals vorher (d. i. vor 25. September 1918) auch nur das leiseste Wort mir gegenüber fallen lassen, daß es mit uns schlecht stünde."

Erst nach dem Erscheinen des Buches Graf Hertlings: „Ein Jahr in der Reichskanzlei", Ende 1919, habe ich aus ihm Kenntnis davon erhalten, daß am 28. September, Tag meiner Abreise nach Spa, der Vertreter der O. H. L. beim Reichskanzler, damaliger Oberst v. Winterfeldt, dem Reichskanzler gemeldet hat: „Daß die O. H. L. zu der Ansicht gekommen sei, daß eine Umbildung der Regierung oder ein Ausbau derselben auf breiterer Basis notwendig geworden sei." Graf Hertling Vater nannte das, laut derselben Quelle: „plötzlichen Wechsel in der politischen Anschauung der O. H. L.". — Graf Hertling Sohn schreibt dazu: „. . ., daß sich die O. H. L. von einem Tag zum andern auf den Boden des Parlamentarismus stellte, dessen Anhänger sie vordem nie gewesen war."

Inzwischen habe ich gelesen, daß General Ludendorff schreibt, die Männer, die den 29. September gemacht hätten, müßten vom Deutschen Volke ebenso verantwortlich gemacht werden wie die, die den 9. November gemacht hätten.

?

Sonntag, 29. September, 10 Uhr vormittags empfing mich der Generalfeldmarschall in Gegenwart des Generals Ludendorff und des Obersten Heye im Generalstabsgebäude zu Spa.

Ich schilderte die Stellung unserer Verbündeten: Bulgarien abgefallen, der Abfall Österreich-Ungarns bevorstehend, die Türkei nur mehr Last, keine Hilfe, — Stand unserer Friedensdemarche bei Holland.

Ferner die Siegeszuversicht unserer Feinde.

Endlich unsere eigene Notlage im Innern.

General Ludendorff legte die militärische Lage dar; er ließ die Darlegung in der Erklärung gipfeln: die Lage der Armee bedinge sofortigen Waffenstillstand, um einer Katastrophe vorzubeugen. — Unter Katastrophe verstand ich Durchbruch mit entscheidender Niederlage, die zu teilweiser oder gänzlicher Déroute bzw. Kapitulation geführt haben würde.

Als Ausweg aus dieser Situation entwickelte ich: Zusammenfassen aller Kräfte der Nation zur Abwehr im Endkampf.

Als Mittel nannte ich: 1. Diktatur; die Diktatur wäre an die Bedingung

---

[1]) Unter Nr. 12. (Sch.)

geknüpft, daß in absehbarer Zeit militärische Erfolge, wenn nicht Sieg, verheißen werden könnten, sonst müßte ihr Revolution oder Chaos folgen;

2. Revolution von oben; — der plötzliche Umschwung von Siegeszuversicht zu Niederlage müßte der Nation einen Stoß geben, dessen Rückwirkung Reich und Dynastie kaum aushalten würden. Dem Choc vorzubeugen, einen „Volkskrieg" zu entfachen, der den letzten Mann in die Front stelle — seien möglichst breite Kreise an der Regierung durch Heranziehung zu interessieren.

3. Zur Herbeiführung des sofortigen Waffenstillstandes, den die O. H. L. forderte: eine Einladung zum Frieden, über den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, auf der Basis von dessen veröffentlichten Grundsätzen.

General Ludendorff verwarf die Diktatur: Sieg wäre ausgeschlossen, die Lage der Armee verlangte vielmehr sofortigen Waffenstillstand.

Der Generalfeldmarschall und General Ludendorff billigten die Revolution von oben; ich war damals von ihrer Bereitwilligkeit dazu überrascht, finde nun die Erklärung in der Mitteilung des Grafen Hertling Sohn über die Mission des Herrn v. Winterfeldt — die ich vorher angeführt habe (Hertling, S. 176).

Beide billigten auch das Projekt einer Einladung zu Friedensverhandlungen über den Präsidenten Wilson. Der Generalfeldmarschall machte die Annexion von Briey und Longwy zur Bedingung, doch General Ludendorff meinte: das wäre nicht mehr an der Zeit. Mir lag daran, da General Ludendorff unablässig die unabweisbare Dringlichkeit des Waffenstillstandes betonte, das gesamte einzuschlagende Verfahren festzulegen. Ich bat daher den Generalfeldmarschall und General Ludendorff, sofort mit mir zum Kaiser zu gehen. Der Feldmarschall sträubte sich — er habe erst um 12 Uhr Vortrag. Es war nach 11 Uhr vormittags. Da ließ Seine Majestät mich rufen. Der Generalfeldmarschall und General Ludendorff gingen mit mir zum Kaiser. —

Mittelsteine, den 14. August 1922

v. Hintze

2

Nachtrag vom 28. August 1922

General Ludendorff hat in verschiedenen Schriften behauptet: der Reichstag bzw. die Regierung sei über die Vorgänge vom 13. und 14. August nicht unterrichtet worden.

Diese Behauptung ist unzutreffend. Beweise:

A.

Vom 11. bis 18. August war ich im Großen Hauptquartier und in Belgien. Am 19. August berichtete ich dem Vizekanzler v. Payer; am 21. August den zusammengerufenen Parteiführern. Anwesend waren: Herr v. Payer, Dr. Kriege, Herr Lewald, Vizepräsident Dove, Graf Westarp, Herr Dr. Stresemann, Herr Groeber, Herr Wiemer, Herr Ebert, Herr Deutelmoser, Legationssekretär v. Vietinghoff.

Ich übergehe aus dem Protokoll die Ausführungen, die ich gegen die von O. H. L. verlangte Wiederaufnahme des Krieges gegen Rußland gemacht habe.

Ich zitiere das Protokoll nur, soweit es meinen Bericht über die Besprechungen in Spa — 13. und 14. August 1922 — auszugsweise wiedergibt:

„Siegeszuversicht der Feinde infolge der letzten militärischen Ereignisse wieder hoch aufgeflammt. Bei uns starke Depression:

„Nach Ansicht der O. H. L. gibt die militärische Lage keinen Anlaß zu gedrückter Stimmung. Es liegt kein Grund vor, am Siege zu zweifeln. Erst wenn wir zweifeln, ob wir siegen, sind wir besiegt. Nach Ansicht der O. H. L. können wir die berechtigte Hoffnung hegen, daß wir eine militä-

rische Position erreichen, die uns gestattet, einen uns genehmen Frieden zu erringen.

„Österreich-Ungarn hat uns eröffnet, daß es stark erschöpft ist. Bulgarien hat uns mitgeteilt, daß es glaubt, geleistet zu haben, was es leisten konnte, und daß ihm neue Opfer schwer fallen würden. Die Unternehmungen der Türken werden erst in ferner Zukunft von Bedeutung für den Ausgang des Krieges sein. Unsere Verbündeten fühlen sich schwach.

„Man hat daher in Spa die allgemeine Lage sehr eingehend geprüft. Das Ergebnis der Prüfung war: wir sind entschlossen, alle Fäden anzuspinnen, um zu ergründen, welche Absichten unsere Feinde für den Frieden haben. Natürlich kann es sich dabei nur um einen uns genehmen Frieden handeln. Wir sind entschlossen, auf alle Fühler von feindlicher Seite zu reagieren. Eine öffentliche (entsprechende) Erklärung hingegen würde jetzt uns als Schwäche ausgelegt werden. Die Diplomatie darf auch während der militärischen Kriegsarbeit die Hände nicht in den Schoß legen, sondern muß Ausschau halten nach Mitteln, mit denen sie an den Feind herankommen kann und seine Absichten ergründen kann. Es handelt sich hierbei selbstverständlich immer nur um das Betreten von Wegen, die zu einem uns genehmen Frieden führen können . . .

Auf eine Äußerung des Abgeordneten Groeber: daß Schritte für den Frieden j e t z t, nach den militärischen Mißerfolgen, von unseren Feinden falsch gedeutet werden könnten, stellt Hintze noch einmal ausdrücklich fest, daß er selbstverständlich nur von solchen Schritten gesprochen habe, die zur Herbeiführung eines uns befriedigenden und genehmen Friedens führen könnten. H. fügt hinzu, wir seien nur höchst aufmerksam, um Ausschau zu halten und Fäden anzuspinnen. Natürlich geschehe das bei der heiklen Natur der Dinge auf das allerbesonnenste und sorgsamste. An ein Friedensangebot sei weder jetzt noch später gedacht; es solle nur nichts versäumt werden, was der Diplomatie an Mitteln zur Verfügung stehe.

Abg. E b e r t: „. . . ich glaube, daß man die Wandlungen in der Arbeiterpartei Frankreichs und auch die Stärkung der Anhängerschaft Lansdownes in England nicht gering einschätzen soll . . ."

v. H i n t z e: „. . . Man darf die friedliche Stimmung in der Arbeiterschaft der uns feindlichen Länder nicht ü b e r schätzen. Wir haben . . . andere Agentenberichte, die die Stimmung doch ganz anders darstellen. Was hiernach die Arbeiter in Frankreich und England als Friedensziele proklamieren; ist mit einem Frieden, wie wir ihn brauchen, nicht vereinbar."

Soweit das Protokoll vom 21. August 1918

B

Der Reichskanzler führte, ü b e r S p a, am 3. September 1918 im Preußischen Staatsministerium aus: „Ein Friedensangebot könne und dürfe nicht gemacht werden, das würde von unseren Feinden doch nur schnöde abgewiesen werden. Dagegen müßten Fäden angesponnen werden, und es müßte jede Gelegenheit wahrgenommen werden, die zum Ziele führen könnte, möglichst durch Neutrale oder sonst geeignete Persönlichkeiten . . .

„Organisation der Propaganda Hintze unterstellt . . . habe schon einige günstige Wirkungen erzielt, so auf Veranlassung dieser Organisation Reden von Solf und Prinz Max von Baden . . ."

Mittelsteine, 28. August 1922

gez. v. H i n t z e

Anlage 15

Fortsetzung der Darlegungen zu den Fragen des Sachverständigen

3.

Als ich 28. September morgens dem Reichskanzler meldete: ich würde an demselben Tage nach Spa reisen, von O. H. L. eine bestimmte Erklärung über

den militärischen Stand

herbeizuführen und danach Entschließungen vorzubereiten, (die sie auf die schriftliche Aufforderung des Reichskanzlers vom 3. September 1918 unterlassen hatte, und die sie auf die mündliche und schriftliche Aufforderung vom 10. September ausweichend und teilweise zuversichtlich gegeben hatte: siehe vorher), hatte ich den Eindruck eines gewissen Unbehagens beim Grafen Hertling. Schon tags zuvor hatte ich ihn gebeten, selbst nach Spa zu reisen. Damals, am 28. September 1918, führte ich diesen Eindruck zurück auf mein Drängen auf persönliche Reise des Reichskanzlers zwecks Konferenz mit der O. H. L. — Schon am 29. September, in Spa, wurde mir jedoch klar, daß dem Grafen Hertling zugetragen war: ich hätte die Absicht, ihn zu beseitigen, und mich an seine Stelle zu setzen! Die Unsinnigkeit dieser Annahme ist heute einleuchtend; damals mochte Graf Hertling — und andere — sie immerhin für wahrscheinlich oder möglich ansehen. Gab es doch mehr als einen Bewerber um den Posten des Reichskanzlers! Das Abschiedsgesuch, das ich unmittelbar nach meinem Vortrag am 29. September 1918 S. M. dem Kaiser unterbreitete, das ich am 30. September wiederholte und dann nochmals erneuerte — wird die Erfinder der Annahme belehrt haben — oder belehren. Politik treiben wäre eine reinlichere Aufgabe, wenn das Persönliche daraus ausgeschaltet würde — oder ausgeschaltet werden könnte.

Ich bin mehr als erstaunt, in Ludendorff „Meine Kriegserinnerungen", S. 583, zu lesen:

> „Hintze begann die innere Lage ohne jede Bezugnahme auf äußere Verhältnisse darzulegen."

Das ist falsch. Ich habe damit begonnen, die außenpolitische Lage sorgfältig auseinanderzusetzen, auch ausdrücklich den Stand der Friedensdemarche über Holland dargelegt und darauf die Frage nach der militärischen Lage gestellt. Beweis: meine Erinnerung und meine Aufzeichnungen. Ein weiterer Beweis liegt in der psychologischen Kritik des Herganges. Ich war nicht auf Aufforderung der O. H. L. oder des Generals Ludendorff (die gegenteilige Behauptung in Ludendorff „Meine Kriegserinnerungen", S. 580, ist irrig,) am 28. September 1918 nach Spa gekommen, sondern einmal, weil der Abfall Bulgariens, der drohende Umfall Österreich-Ungarns und die schwankende Lage der Türkei eine Rückfrage bei O. H. L. nach dem Stand ihrer militärischen An- und Aussichten mir erforderlich zu machen schienen. Zweitens hatten mich Telegramme von der Armee zu dem Glauben gebracht: das Heer eile einer Katastrophe entgegen, und die O. H. L. sträube sich, diese Tatsache sich und anderen einzugestehen. Ich führe ein Telegramm des Vertreters des Auswärtigen Amtes bei der O. H. L., Frhrn. v. Lersner, vom 26. September 1918 an:

> „Nur eigenhändig für Staatssekretär. Geheim.
>
> . . . (verstümmelt) . . . Chef der Operationsabteilung Oberst Heye, General v. Bartenwerffer, Oberst v. Mertz halten unsere Lage für sehr bedrohlich. General Ludendorff sagte mir, als er gestern über die Lungenpest in Frankreich sprach, wörtlich: „Wie ein Ertrinkender sich an einen Strohhalm klammert." Oberst Heye wies mich heute nochmals be-

sonders auf diesen Ausspruch hin, der in seiner Gegenwart gefallen war. Ich halte baldigstes Herkommen E. E., das die gesamten Generale dringend erbitten, für das wichtigste."

Ich erwiderte, daß ich kommen würde, sobald die Sitzungen des Reichstags-Hauptausschusses es gestatten würden. Diese Sitzungen kamen am 27. September m. E. n. nach zum Abschluß.

Frhr. v. Lersner schreibt mir dazu am 11. Oktober 1919:

„. . . Oberst Heye, Oberst v. Mertz, Major v. Stülpnagel, Hauptmann v. Poseck haben mir genau wie E. E. vom Ende September an täglich mitgeteilt, daß der Krieg für uns völlig verloren sei und wir dem Durchbruch im großen Stile ausgesetzt seien, wenn der Feind nur mit seinen verfügbaren Kräften angreifen würde. Er brauche nur zu wollen, um uns über den Haufen zu rennen, denn außer einigen Offizieren mit Maschinengewehren hielte unsere Truppe nicht mehr."

Aus Herrn v. Lersners bereits teilweise mitgeteiltem Briefe vom 2. Oktober 1919[1]) zitiere ich ferner:

„Als Oberst v. Mertz Anfang September von einem kurzen Urlaub aus Deutschland zurückkam, hat er den General Ludendorff auf die militärische Lage angesprochen und von ihm ein sehr trübes Bild gezeichnet bekommen. Oberst v. Mertz fragte den General Ludendorff sofort, ob er E. E. (d. i. Hintze) oder mich (d. i. Frhr. v. Lersner) von dieser traurigen Tatsache offen und ehrlich unterrichtet habe. Darauf hat General Ludendorff geantwortet:

‚Nein, das ist auch ganz ausgeschlossen, denn das Auswärtige Amt hat sowieso stets Angst, und wenn es erfahren würde, wie die militärische Lage in Wahrheit aussieht, so wird eine Katastrophe erfolgen'.

Oberst v. Mertz hat mir Mitte September diese Begebenheit nicht nur einmal, sondern mehrfach erzählt . . .

Nachdem General Ludendorff mir von der Lungenpestangelegenheit gesprochen hatte, ließen mich am 26. (Sept) die Abteilungschefs General v. Barttenwerffer, Oberst v. Mertz, Oberst Heye bitten. E. E. (d. i. Hintze) wissen hierüber aus meinem Telegramm besser Bescheid wie ich aus der Erinnerung. Nur weiß ich genau, daß Oberst Heye damals mir sagte, ich möchte die Äußerung des Generals, daß er sich „an den Strohhalm klammere", dazu benutzen, um ihm die Ankunft E. E. für einen der nächsten Tage mundgerecht zu machen. Euer Exz. werden sich erinnern, daß ich in diesen Tagen mehrfach wegen Ihrer Reise nach Spa dringend telegraphierte, und daß E. E. mir antworten mußten, bevor die Verhandlungen im Hauptausschuß nicht zu einem gewissen Abschluß gekommen wären, sei Ihre Abreise aus Berlin unmöglich . . .

Daß General Ludendorff vor dem 29. September 1918 jemals davon gesprochen hat, der Krieg müsse diplomatisch beendet werden, ist mir nicht bekannt. Mir gegenüber hat der General stets nur von einem deutschen militärischen Sieg gesprochen. Wie könnte er denn sonst auch sein Verhalten rechtfertigen: im Februar 1918 Vormarsch nach Livland und Estland nach der Trotzkischen Erklärung vom 9. Februar, bei seinem Gewaltfrieden von Brest am 3. März, beim Frieden von Bukarest usw. . . ."

Soweit Herrn v. Lersners Brief.

[1]) Siehe oben S. 400. (Sch.)

Und ein fernerer psychologischer und logischer Beweis dafür, daß ich die Besprechung am 29. September 10 Uhr a. m. eingeleitet habe, und zwar mit Schilderung der außenpolitischen Lage liegt darin, daß ich Staatssekretär des Auswärtigen Amtes war, also verfassungsmäßig unter dem Reichskanzler und nach dessen Weisung und unter dessen Verantwortung die auswärtige Politik zu dirigieren hatte. Nicht aber die innere Politik. Meine Beflissenheit, die Zuständigkeit zu achten und zu beachten, ist stets so weit gegangen, daß ich häufig erklärt habe, Vorgesetzten, Kollegen, Journalisten u. a. gegenüber: „Von der inneren Politik Deutschlands verstehe ich nichts." Das will einmal wörtlich genommen sein: ich hatte mein Leben im Auslande zugebracht und kannte die innere Politik der Auslandsstaaten besser als die meines Vaterlandes. Dann meinte ich damit, in übertragenem Sinne zu verstehen zu geben, daß die innere Politik Deutschlands mir nicht recht verständlich war. Ich unterlag 1918 denselben Auffassungen wie 1914 bei meiner Berufung in das Gr. H. Q. —

Ich wiederhole: ich begann am 29. September 10 Uhr a. m. vor dem Generalfeldmarschall, General Ludendorff und Oberst Heye mit der Feststellung der außenpolitischen Lage — ohne daß ich zunächst die Folgerung einer Aktion daraus zog. Danach sprach General Ludendorff über die militärische Lage — wie ich bereits berichtet habe — mit dem Schlusse, daß er sofortigen Waffenstillstand verlangte. Hierauf erst habe ich die Wirkungen auseinandergesetzt, die der ruckweise Übergang von Siegesfanfare zum Grabgesang der Niederlage auf Heer, Volk, Monarchie und Reich ausüben müßte, und daß gleichzeitig mit dem Waffenstillstandsangebot die Bereitschaft zum Frieden — ja letztere vorher! — hinausgehen müßte, auch die Alternativen: Diktatur oder Revolution von oben, begründet. Danach hat General Ludendorff abermals das Wort ergriffen und die Diktatur abgelehnt und sich mit der Revolution von oben und Frieden einverstanden erklärt, unter Bestehen auf seiner Hauptforderung: sofortiger Waffenstillstand!. Jetzt hat der Generalfeldmarschall v. Hindenburg eingegriffen und verlangt, daß ich bei Friedensschluß die Annexion von Briey und Longwy durchsetze, was General Ludendorff mit den Worten abschnitt: „Dazu ist jetzt nicht mehr die Zeit." Die folgende Besprechung war den Einzelheiten des Waffenstillstandsangebotes und des Friedens gewidmet. Sie standen unter dem Zeichen des Wortes: „Jede Stunde Verzuges ist eine Gefahr!"

General Ludendorff sprach wie ein Mann, der sich zu einer schweren Erkenntnis durchgerungen hat und bereit ist, die Konsequenzen zu ziehen. Ich bin darauf gefaßt, gefragt zu werden: „Warum hast Du in diesem Augenblick General Ludendorff — die O. H. L. überhaupt — nicht gefragt, weshalb sie die Reichsregierung trotz ihrer förmlichen Fragen vom 14. August, 3. September und 10. September 1918 über die militärische Lage im Unklaren gelassen habe?"

Ist der Fragesteller je in Lagen gewesen, wo es galt, zu handeln? — nicht: zu fragen?

Ich bin das für das Leben eines Individuums häufig — zu häufig vielleicht — gewesen. Vor mir saßen die beiden Feldherren, die Deutschlands Schwert ruhm- und ehrenvoll geführt hatten. Sie erklärten in diesem Augenblick dem Sinne nach:

Alles ist verloren, außer der Ehre! — und
Rette, was zu retten ist!

Das ist nicht die Zeit zu Rekriminationen, das ist die Zeit zum Handeln.
„Jede Stunde Verzuges bedeutet Gefahr!"

So sagte auch Oberst Heye zu mir, bevor wir drei zu S. M. gingen, und erzählte, daß in den letzten Tagen General Ludendorff fast allabendlich ihm zugerufen hätte: „Heye, jetzt sind sie durch!"

Nein, ich habe die beiden großen Heerführer nicht mit Fragen nach der Vergangenheit behelligt, wo „jede Stunde Verzuges Gefahr" bedeutete. Sondern ich habe ihnen Vorschläge gemacht, wie zu handeln wäre. In erster Linie die Diktatur. Ich mußte sie von militärischen Erfolgen, zum mindesten von Stillstand der Rückbewegungen abhängig machen, andernfalls wäre die Diktatur in kurzer Frist in sich selbst zusammengebrochen und das Deutsche Reich darüber wohl auseinandergebrochen. General Ludendorff lehnte diese Bedingung — wenn nicht Sieg, so militärische Erfolge, mindestens Feststehen in irgend einer Stellung — als unerfüllbar ab. Er lehnte auch die Diktatur als solche ausdrücklich ab, nicht nur implizite. Danach blieb nur die Revolution von unten — und mit ihr das Ende des Deutschen Reiches — oder die Revolution von oben.

Ich hatte und habe keinerlei Vorlieben für irgendeinen der von mir dargelegten Auswege aus dem Konflikt[1]) und hatte und habe allein die Revolution von unten als Selbstmord Deutschlands hingestellt und bekämpft und zu verhüten gesucht, damals wie später. Ich bin — und bin stets der Meinung gewesen, daß ein Krieg die besten und sichersten Chancen auf Sieg hat, wenn die Führung des Krieges und der Politik in einem Kopf und einer Faust vereinigt ist. Siehe die Großen: Alexander, Friedrich, Napoleon. Der Weltkrieg 1914 bis heute hat solche große Männer in keinem Lande hervorgebracht; der Mann gehört aber dazu!

Die Revolution von oben dachte ich zunächst als ein Mittel, der Revolution von unten vorzubeugen; letztere halte ich, in unserer Lage, für Selbstmord. Von oben durch die Initiative des Monarchen in Szene gesetzt, sollte sie einen Übergang bilden, die Umstellung von Sieg auf Niederlage tragbar zu machen durch Heranziehung möglichst vieler Interessierter zur Mitwirkung an der Regierung; das sollte ihre palliative Wirkung sein. Noch wesentlicher und wichtiger war mir ihre positive Aufgabe: die bei Seite stehenden Kräfte heranzulocken, die bereits eingesetzten Kräfte zu ermutigen, unter der Losung:

Das Vaterland ist in Gefahr!

zur Verteidigung des Vaterlandes.

Ich habe nicht die Vorstellung gehabt, daß die Zusammenraffung der letzten — aller Kräfte des deutschen Volkes unser Schicksal hätte wenden können. Ich habe heute — wie damals — zu bekennen, daß ich der Illusion: das deutsche Volk wolle in ehrenvollem Endkampf untergehen — kritisch gegenüberstand. Aber es handelte sich für mich darum,

> im Innern eine Stimmung zu erzeugen und sie auf das feindliche Ausland zu übertragen, als ob das deutsche Volk in einem Ruf an jeden einzelnen, sich und sein Können und sein Leben der Rettung des Vaterlandes zu weihen, einig sei und das tun wolle und werde.

So glaubte ich im Innern die Parteizwiste und -ziele unter der Parole „die Verteidigung des Vaterlandes" zu dämpfen; nach außen brauchte ich, wenn die Wirklichkeit nicht zu erreichen war, den Anschein und den Klang einer Einheitsfront des deutschen Volkes, bereit eher zu sterben als unwürdige oder unerträgliche Friedensbedingungen auf sich zu nehmen.

Mitte Oktober 1918 beklagte sich General Ludendorff, daß dieses Ziel nicht erreicht worden sei. Ich habe ihm erneut Eingreifen vorgeschlagen, er hat es abermals abgelehnt.

---

[1]) Vgl. hierzu den für den deutschen Kronprinzen bestimmten Brief des Staatssekretärs v. Hintze vom 23. Oktober 1918 an den persönlichen Adjutanten des Kronprinzen, Major v. Müller. S. 414/415. (Sch.)

Alles das ist nicht neu. Ich habe das nie als neu beansprucht. Ich hatte Ähnliches in ähnlichen Lagen erlebt und getan.

Diese Anschauungen unterlagen meinen Ausführungen vom 29. September vor der O. H. L. und vor S. M. dem Kaiser. Sie führten mich zu den Schlüssen, die ich zog aus der drängenden und dringlichen Forderung der O. H. L.:

Sofortiger Waffenstillstand.

Jede Stunde Verzuges bedeutet Gefahr.

Denn diese Forderung der O. H. L., mit pathetischem Ernst am 29. September 1918 vorgetragen und seitdem mehrfach drängend wiederholt, stürzte das Programm, mit dem ich nach Spa gekommen war, um.

Das Programm besagte[1]):

„Die auf diese Weise (auf welche Weise, ist vorher gesagt) neu gebildete Regierung würde im gegebenen Moment an den Präsidenten Wilson heranzutreten haben mit dem Ersuchen, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen und zu diesem Zwecke allen kriegführenden Parteien die Entsendung von bevollmächtigten Delegierten nach Washington vorzuschlagen.

Je nach den Wünschen unserer militärischen Stellen würde dem Präsidenten nahezulegen sein, die Kriegführenden eventuell gleichzeitig zum Abschluß eines sofortigen Waffenstillstandes einzuladen."

Mein Programm sah die Friedensdemarche über Wilson vor im gegebenen Moment. Es rechnete damit, daß die Kriegslage die Zeit lassen würde zur Einleitung der Demarche ohne Überstürzung, mit den üblichen Mitteln, in den erforderlichen Zeitspannen. Dieser Programmpunkt wurde durch das bestimmte und mit großem tragischen Ernst gestellte Verlangen nach sofortigem Waffenstillstand umgestoßen. Die verantwortlichen Heerführer: der Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff stellten dieses Verlangen und bestanden auf seiner Erfüllung. An ihrer Urteilsfähigkeit in militärischen Dingen zu zweifeln, ihnen zu widersprechen, — doch darüber ist jedes Wort überflüssig. Es mußte ihnen klar sein, daß ihre Forderung nach sofortigem Waffenstillstand uns diplomatisch von vornherein benachteiligte. Die Aufgabe, die sie — die O. H. L. — der Diplomatie stellte, war

sofort einen Waffenstillstand herbeizuführen.

Die Alternative, die die O. H. L. andernfalls voraussagte, ist in das Wort zusammenzufassen: Katastrophe! Das konnte nach den Erläuterungen des Obersten Heye sein: Durchbruch des Feindes, vernichtende Niederlage an der Durchbruchsstelle, in die die benachbarten Truppenteile hereingezogen werden mußten; dadurch bedingte Zurücknahme, wenn nicht: Zurückfluten der ganzen Armee, mit mehr oder weniger schneller Auflösung und ungeheuren Verlusten an Material und Menschen. Bleibt der Einwurf: die Armee konnte in die rückwärts vorbereiteten Stellungen zurückgeführt werden. Ich habe General Ludendorff im Oktober 1918 nach diesen rückwärts vorbereiteten Stellungen gefragt, er hat mir geantwortet: sie seien nicht fertig ausgebaut.

In wenige Sätze zusammengefaßt:

1. Die O. H. L. hat der diplomatischen Leitung nicht die Zeit gelassen oder gegeben, die zur folgerichtigen Verwirklichung der Demarche über Holland nötig war;
2. die O. H. L. hat während der Vorbereitung dieser Demarche keine Eile bezeigt oder ahnen lassen, sondern hat Zuversicht in ihre militärischen

[1]) Siehe Weißbuch: Vorgeschichte des Waffenstillstandes, Nr. 12, S. 29.

Operationen bekundet; auf die Fragen des Reichskanzlers nach der Kriegslage vom 3. September und vom 10. September hat die O. H. L. geschwiegen bzw. beruhigend geantwortet;

3. die O. H. L. hat unvermutet am 29. September nicht nur die Aussichtslosigkeit ihrer militärischen Operationen proklamiert (General Ludendorff in der Besprechung vom 29. September betr. Diktatur: „Sieg ausgeschlossen, unsere militärische Lage kann sich nur noch verschlechtern"), sondern

sofortigen Waffenstillstand

gefordert, mit der nicht ipsissimis verbis, aber implizite wiederholt angedrohten Alternative einer Katastrophe.

Katastrophe konnte nicht anders wie als

völlige militärische Niederlage, Kapitulation,

verstanden werden.

Was die bedeutete, hatten wir beim Zusammenbruch der russischen Armee erlebt, und hatten wir am Beispiel der bulgarischen Armee vor Augen. Wenn ich am 28. September nach Spa gereist war mit der Befürchtung: eine gedrückte Kriegslage vorzufinden, so wurde diese meine dem Reichskanzler vorgetragene Befürchtung weit übertroffen durch das, was die O. H. L. mir am 29. September entgegenbrachte: Sorge vor unmittelbarer Katastrophe. Es galt am 29. September, der Katastrophe vorzubeugen: denn die vorauszusehende, an Beispielen belegbare Folge solcher Katastrophe hieß: finis Germaniae.

Ich habe noch ein Wort zu sagen, weshalb ich am 29. September 1918 die Verbreiterung der Basis der Regierung durch Hinzuziehung neuer Leute für nötig ansah. Die bisherige Regierung war von unseren Feinden mehrfach, z. B. bei unserem Friedensangebot und in Ansprachen Wilsons, als vertrauensunwürdig und nicht verhandlungsfähig hingestellt worden. Das war durchsichtiges politisches Manöver mit dem Ziel, Zwietracht zwischen Regierung und Volk zu tragen. Indes: so oft hatte der Feind diese Vorwürfe erhoben und so nachdrücklich vorgebracht, daß er sich der öffentlichen Meinung in seinem eigenen Lande gegenüber gebunden hatte. Der Feind konnte kaum mit der alten Regierung verhandeln, ohne die Aufrichtigkeit seiner Propaganda in ein zweifelhaftes Licht zu stellen. In den ersten Antworten Wilsons auf unser Friedensangebot vom Oktober 1918 kommt dieser Zwang zur Auswirkung und zur Sprache. Er war vorauszusehen, ist vorausgesehen worden; die Voraussicht hat, neben den anderen berichteten Motiven mich dazu geführt vorzuschlagen,

neue Elemente in die Regierung

zu nehmen, die der Feind, als unbeschrieben, ohne Schaden für seine Propaganda, als vertrauenswürdig und verhandlungsfähig ansehen und anerkennen mochte.

In Summa: ich kam 29. September 1918 nach Spa in der Auffassung, O. H. L. bereit zum Frieden zu finden; O. H. L. begegnete mir mit der dringenden Forderung nach sofortigem Waffenstillstand.

Inzwischen hat General Ludendorff viel geschrieben, um zu beweisen: O. H. L. habe damals keinen sofortigen Waffenstillstand verlangt. Seine Ausführungen haben die gegenteilige Meinung verstärkt und bewahrheitet.

General Ludendorff schreibt in „Meine Kriegserinnerungen", S. 584:

„Hintze hielt trotz meiner Einwendungen eine Neugestaltung unseres ganzen Regierungssystems für notwendig."

Nein. General Ludendorff hat wohl Einwendungen gegen die Diktatur erhoben und sie abgelehnt, wie ein zweites Mal im Oktober 1918, aber nicht gegen die von mir vorgeschlagene Hinzuziehung neuer interessierter Männer zur

Regierung. Wie hätte er das auch tun können, nachdem er tags zuvor — 28. September — durch seinen Vertreter, Oberst v. Winterfeldt, dem Reichskanzler hatte sagen lassen:

> „daß die O. H. L. zu der Ansicht gekommen sei, daß eine Umbildung der Regierung oder ein Ausbau derselben auf breiterer Basis notwendig geworden sei."

Ich stelle nochmals ausdrücklich fest, daß der Generalfeldmarschall wie auch General Ludendorff am 29. September 1918 kurz nach 11 Uhr a. m. meinem Programm zugestimmt haben, mit der Maßgabe, daß sofort ein Waffenstillstand herbeigeführt werde.

S. M. der Kaiser empfingen den Generalfeldmarschall, General Ludendorff und mich zwischen 11 und 12 Uhr vormittags 29. September 1918. S. M. nahm zunächst meinen Vortrag über die außenpolitische Lage entgegen; er hielt sich in dem Rahmen dessen, was ich soeben der O. H. L. gesagt hatte. Dann fragte mich der Kaiser nach der inneren Lage. Ich meldete S. M., daß ich mich dafür nicht zuständig ansähe, und daß der Reichskanzler, der kompetente Beurteiler, am Nachmittag eintreffen würde. S. M. beharrte auf seinem Befehl: ich schilderte die innere Lage, wie ich sie begriff, ohne Folgerungen daraus zu ziehen oder Vorschläge daran zu knüpfen. Der Kaiser hörte mich fast ohne zu unterbrechen an. Danach verlangte er den Vortrag des Generalfeldmarschalls; dieser sprach sich mit erstaunlicher Genauigkeit so aus, wie General Ludendorff kurz zuvor in unserer Besprechung, mit dem Gipfel:

Das Heer bedarf sofortigen Waffenstillstandes.

S. M. der Kaiser befahl daraufhin meine Vorschläge. Ich begann mit der Diktatur, das Für und Wider auseinandersetzend in dem Sinne, wie in diesem Bericht des breiteren geschildert. S. M. tat diesen Ausweg ab mit dem Satz (wörtlich): „Diktatur ist Unsinn." Ich entwickelte darauf die Gefahr einer Revolution — wie vorstehend beschrieben und fügte den Vorschlag daran (wörtlich): „die Revolution zu kanalisieren." Ich verstand darunter: die bei Umschwung von Sieg auf Niederlage unvermeidliche Bewegung des Volkes in das breite Bett stärkerer Beteiligung an der Regierung überzuleiten. Hieran schloß sich der Vorschlag, Präsident Wilson zur Herbeiführung einer Friedenskonferenz einzuladen, als dem billigsten — auch nicht billigen — unserer Feinde (siehe deren Antworten auf unser Friedensangebot von 1916: Vernichtung Deutschlands), auf der Grundlage seiner 14 Punkte mit self determination und Verwerfung des wirtschaftlichen Boykotts, endlich: gemäß dem dringenden Verlangen der O. H. L., damit zusammen sofortigen Waffenstillstand anzubieten.

S. M. der Kaiser hörten den Vortrag in beherrschter Bewegung, in königlicher Würde an und erklärten sich mit dem entwickelten Programm einverstanden.

Ich unterbreitete darauf S. M. mein Abschiedsgesuch mit der Begründung, daß mein Verbleiben im Amt bei der mir zugeschriebenen Qualität als Reaktionär das Vertrauen zu der Umbildung der Regierung im Lande, vor allem aber bei unseren Feinden erschüttern würde, und daraus Schwierigkeiten bei den Verhandlungen zu befürchten wären. S. M. lehnten die Stichhaltigkeit meiner Begründung anzuerkennen ab, desgl. mein Abschiedsgesuch. Ich erneuerte es am folgenden Tage, 30. September 1918, und zitiere daraus:

> „Euere Majestät wollen mir in Gnaden verstatten, mein Gesuch erneut zu begründen. Die nach den obwaltenden Verhältnissen zu verfolgende Politik erfordert neue Männer von einer ausgesprochenen politischen Richtung, zu der weder das Inland noch das Ausland mich

rechnet. Mein Verbleiben im Amte würde daher das Vertrauen zu der durch die Ereignisse diktierten Politik im Inlande wie im Auslande erschüttern. Daraus würde eine Benachteiligung des allerhöchsten Dienstes wie des Wohles des Vaterlandes entstehen, an der ich niemals, unter keinen Umständen, mit meiner Person schuld sein möchte.

Euerer Majestät in unerschütterlicher Treue ergeben würde ich, gerade unter den schwierigen Verhältnissen von heute, eine besondere Genugtuung darin finden, Euerer Majestät auf diesem ausgesetzten Posten zu dienen. Indes, meine geringen Dienste würden Euerer Majestät nicht zum Vorteil, sondern zum Nachteil gereichen. Das sind die Gründe, die es mir als eine unabweisliche Pflicht erscheinen lassen, Euerer Majestät daher nochmals alleruntertänigst die Bitte zu unterbreiten, mich von dem Posten als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in Gnaden zu entbinden."

S. M. haben auf diesem Gesuch vermerkt: „Nein".

An des Generalfeldmarschalls und meinen Vortrag beim Kaiser schlossen sich Beratungen, die S. M. über die nächsten Schritte, namentlich über die Bildung der neuen Regierung, pflog. Auf Befragen nannte ich Sr. M. als geeignet zum Nachfolger des Grafen Hertling, falls dieser ausschiede, den bisherigen Vizekanzler v. Payer, und zwar, weil dieser zu den einflußreichsten Führern der Regierungsparteien zählte und damit den unschätzbaren Vorzug verbände, seit Jahresfrist an der Regierung zu wirken, in alles eingeweiht zu sein und zu der Reputation des Parteimannes die Erfahrung und die Weisheit des Urteils des Staatsmannes gesellt zu haben. Bis etwa 3 Uhr p. m., den 29. September 1918, nahm der Kaiser Herrn v. Payer als Reichskanzler in Aussicht.

Unmittelbar nach Ankunft des Reichskanzlers Grafen Hertling am Nachmittage des 29. September 1918 berichtete ich ihm meine Besprechung vom Vormittag mit der O. H. L. und den Vortrag bei S. M. Der Reichskanzler war aufs tiefste betroffen über das Verlangen der O. H. L. nach sofortigem Waffenstillstande, ein Verlangen, das über unseren schwärzesten Pessimismus hinausging. (Vgl. Hertling, „Ein Jahr in der Reichskanzlei", S. 180.) Wenige Minuten später kamen S. M. an und gingen mit dem Reichskanzler in dessen Arbeitszimmer; der Kabinettschef, Herr von Berg, und der Staatssekretär des Reichsschatzamts Graf Roedern folgten dorthin. Da niemand mich aufforderte, gleichfalls hineinzugehen, so blieb ich draußen. Erst nach etwa $1^1/_2$ Stunden ließ mich der Kaiser hineinrufen und meinte in Gegenwart der drei obengenannten Herren: Die Sache mit der Revolution wäre nach der Ansicht des Reichskanzlers nicht so schlimm; mit der neuen Regierung und mit dem Frieden könnte daher gewartet werden, sie wollten sich erst ruhig 14 Tage in Spa hinsetzen und die Sache überlegen. — Ich erinnerte S. M. an das am Vormittag ausgesprochene und begründete Verlangen der O. H. L. nach

sofortigem Waffenstillstand,

an die Besorgnis der O. H. L. vor einem militärischen Niederbruch, dem nur sofortiger Waffenstillstand vorbeugen könnte, an die Notwendigkeit, das Friedens- bzw. Waffenstillstandsangebot von einer Regierung ausgehen zu lassen, die der Feind, im Gegensatz zur jetzigen, als verhandlungsfähig und vertrauenswürdig ansähe.

Mein stärkstes Argument war die Forderung der O. H. L. nach sofortigem Waffenstillstand und ihre Begründung, durch die O. H. L. am Vormittag gegeben.

S. M. hörten mich zwar an, schienen aber eine Entscheidung nicht recht treffen zu wollen und wandten sich zur Tür. Auf dem Tisch lag der von der

Reichskanzlei entworfene Allerhöchste Erlaß vom 30. September 1918. Ich folgte Seiner Majestät zur Tür und wiederholte, daß die Bildung einer neuen Regierung Vorbedingung für das Waffenstillstands- und Friedensangebot wäre.

Der Kaiser wandte sich um, trat an den Tisch und unterzeichnete den Erlaß.

Damit der Forderung der O. H. L. nach sofortiger Hinaussendung des Waffenstillstandsangebots genügt werden könnte, bat ich General Ludendorff um einen Extrazug nach Berlin und fuhr am Abend des 29. September noch nach Berlin. — Der Schatzsekretär Graf Roedern benutzte denselben Zug. In der Frühe des 30. September berichtete ich dem Vizekanzler v. Payer die Vorgänge des verflossenen Tages und bemühte mich mit allen Kräften, ihn zu bewegen, sich an der Bildung der neuen Regierung zu beteiligen, weil er Fühlung und Vertrauen bei den parlamentarischen Parteien hatte, staatsmännische Erfahrung besaß und in alle Vorgänge eingeweiht war. Ich habe in Spa zu verstehen geglaubt, daß Graf Roedern mit Herrn v. Payer zusammen die Bildung der neuen Regierung in die Hand nehmen sollte; ab Abend des 29. September stand ich unter dem Eindruck, daß die Kandidatur Payer verlassen und an ihre Stelle die Anwartschaft des Grafen Roedern getreten war. Die nächste Auswirkung der Besprechungen mit den Parteien war, wie herkömmlich, Jagd nach Ämtern! Personenfragen traten in den Vordergrund, darüber verzögerte sich die Bildung der Regierung mehr, als ich in Spa für möglich gehalten hatte. Daher mein Telegramm an die Vertreter des A. A. bei S. M. und bei O. H. L. vom 1. Oktober 1918:

> „Bildung neuer Regierung voraussichtlich heute 1. Oktober nachts. Dann kann Angebot sofort in derselben Nacht hinausgehen. Militärische Lage ist stärkstes Druckmittel gegenüber unsinnigen und anspruchsvollen Parteien."

General Ludendorff hatte am 29. September abends den Major Frhr. v. dem Bussche nach Berlin entsandt mit dem Auftrage, den Parlamentariern Aufschlüsse über die Kriegslage zu geben. Seine Schilderung hatte einen so durchschlagenden Erfolg, daß die sozialdemokratische Partei eine Zeitlang mit der Drohung hervortrat, nicht in die neue Regierung eintreten zu wollen. Mein Interesse am schnellen Zustandekommen der neuen Regierung war groß und wurde durch Telegramme der O. H. L., die auf Hinaussendung des Waffenstillstandsangebots drängten, beständig angefeuert. Den Vorschlag, eine Friedenskonferenz über Wilson zustande zu bringen, hatte ich noch am 29. September abends von Spa aus unseren Verbündeten zugehen lassen. Aber einer Forderung des Generals Ludendorff vom 1. Oktober 1918, das Friedensangebot sofort hinausgehen zu lassen, nicht erst bis nach Bildung der neuen Regierung damit zu warten, widersetzte ich mich, und der Kaiser entschied zugunsten meiner Auffassung. (Weißbuch, Waffenstillstandsangebot, Nr. 23 und 24.)

Am 30. September fand ich in Berlin ein Telegramm des Kaiserlichen Gesandten in Bern vor: „Amerikas Mißtrauen gegen Reichsleitung noch bedeutend gewachsen und jede Aussprache für aussichtslos gehalten, solange kein Systemwechsel bei uns eingetreten sei."

Graf Oberndorf (Sofia) drahtete am 30. September: „Ausspruch des bulgarischen Justizministers: Unsere (d. i. deutsche) Hilfe sei leider zu schwach und käme zu spät. Die (bulgarische) Regierung habe unter dem Druck der bulgarischen O. H. L. gehandelt."

Ich drahtete ihm 1. Oktober 1918:

> „. . . sind jetzt genügend deutsche und österreichische Truppen dort, um Malinows Regierung zu stürzen, mit oder ohne Hilfe Hofes? Wenn nein, werde ich O. H. L. vorschlagen, Bulgarien aufzugeben und

es lediglich als Operationsgebiet gegen Entente zu gebrauchen, obgleich desfalls mit baldigem Verlust der Türkei zu rechnen ist."

1. Oktober wünschte die O. H. L. meine Stellungnahme zu einem Entwurf eines Erlasses Seiner Majestät an Heer und Flotte; ich schrieb als Kritik: die Einleitung erweckt zu sehr den Eindruck: „Alles ist vorüber!" und drahtete 2. Oktober einen veränderten Entwurf[1]). M. E. durfte das Waffenstillstandsangebot bei der Truppe möglichst dahin auszulegen sein, daß es nun gälte, erst recht standzuhalten, weil nur dann annehmbarer Friede winke — dann aber auch bald.

Am 30. September unterzeichnete Bulgarien den Waffenstillstand. Ich drahtete der O. H. L. am 1. Oktober:

„Wir müssen Spiel dort verloren geben. Politisch an Belassung oder gar Verstärkung unserer dortigen Truppen kein Interesse. Baldige Räumung des eigentlichen Bulgariens erwünscht, um die bulgarische Regierung nicht auf die feindliche Seite zu drängen . . . Interesse daran, daß die Entente-Streitkräfte an direkter Bedrohung Ungarns verhindert und die Rumänen in Schach gehalten werden. Verbindung mit Türkei über Constanza—Odessa. Wenn dies ungenügend, müssen wir uns auch mit etwaigem Abfall der Türkei abfinden. Abfall der Türkei höchst wahrscheinlich. Militärische Folgerungen aus dieser politischen Lage darf der O. H. L. überlassen werden zu ziehen."

Darauf kam die Antwort (2. Oktober 1918):

„General Ludendorff will Sofia keineswegs aufgeben."

Ich hielt es für selbstverständlich, daß O. H. L. über die Fassung des Friedensangebots und Waffenstillstandsangebots mit zu reden hätte und drahtete am 2. Oktober 1 Uhr 10 mittags:

„Staatssekretär bittet, daß mit nachstehender Fassung (der Friedensnote) sofort Einverständnis erklärt oder umgehend dazu Änderungsvorschlag gemacht wird; endgültige Redaktion muß hier unter allen Umständen bis heute nachmittag 3½ Uhr beendet sein."

Merkwürdigerweise lief am 3. Oktober, 2 Uhr p. m., ein Telegramm der O. H. L. ein, worin sie um den Text der Note (Friedensnote) ersucht.

Am 3. Oktober 1918 wurde der Entwurf der ersten Friedensnote an Wilson vom Prinzen Max von Baden, dem neuen Reichskanzler, und dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg geprüft. Ich habe auf dem Entwurf eigenhändig als wörtliche Auslassungen des Generalfeldmarschalls notiert:

„Machen Sie schnell, damit wir nicht in eine Katastrophe zwar, aber in eine mißliche Lage geraten. Acht Tage lang kann ich nicht voraussehen. Unnützes Blutvergießen. Keine Garantie übernehmen gegen Wechselfälle."

3. Oktober teilte der Generalfeldmarschall dem neuen Reichskanzler schriftlich mit: „Heute an der gesamten Front sehr schwere Angriffe."
4. Oktober drahtete ich an O. H. L.:

„Straffe Zusammenfassung aller Kräfte geboten. Vorschlage: (1) Rumänien und Ukraine vorläufig in unserer Hand behalten; (2) Bulgarien als neu-

[1]) Siehe den Entwurf Hintzes in der endgültigen Fassung vom 6. Oktober 1918. Anlage 13, S. 380. (Sch.)

trales Land behandeln; (3) in Serbien Truppen für Österreich-Ungarns Grenzschutz; (4) Donauweg möglichst lange offenzuhalten; (5) Rumänien möglichst stark besetzen; (6) Estland, Livland, Kurland, Litauen sukzessive zu räumen; (7) Polen bleibt bis auf weiteres besetzt."

Die erste Friedensnote an Wilson mit Waffenstillstandsangebot wurde endgültig festgestellt in der gemeinsamen Sitzung der neuen Reichsregierung mit dem Preußischen Staatsministerium in der Nacht vom 3. auf 4. Oktober. Die türkische Note gleichen Inhalts ging am 4. Oktober ab. Die betreffende österreich-ungarische Note wurde an demselben Tage nach Stockholm übermittelt, zur Weiterleitung von dort nach Washington. Der Kaiserliche Gesandte in Bern meldete, daß die deutsche Note 5 Uhr 45 p. m. den 4. Oktober von dort nach Washington übermittelt wäre. (Die Schweiz hatte die Wahrnehmung unserer Interessen in den Vereinigten Staaten in Amerika.)

Ich erneuerte mein Abschiedsgesuch zum dritten Male. In einer Sitzung des Reichskanzlers (Prinz Max von Baden), des Vizekanzlers v. Payer, des Geh. Kabinettsrats v. Berg und mir im Reichskanzlerpalais am 4. Oktober, der Seine Majestät der Kaiser präsidierte, wurde neben anderem mein Gesuch behandelt. Ich führte erneut meine alte Argumentation an und betonte, daß meine Person die neue Fassade des Gebäudes der Regierung beeinträchtigte.

S. M. geruhte, mein Gesuch zu genehmigen.

Mittelsteine, Schloß, 28. August 1922

v. Hintze

4

Nachtrag 1

Ich gebe nachstehend Abschriften einiger Telegramme zwischen O. H. L. und Auswärtiges Amt von Oktober 1918:

Gr. H. Qu. S. M. — Ausw. 4/10. 10 Uhr 30 M.
dringend! Auswärtig Bln.
2327

Dringend! Für Herrn Staatssekretär v. Hintze.

General Ludendorff läßt Euere Exzellenz aufs allerdringendste bitten, doch wenn irgend möglich im Amt zu bleiben. Er würde das Ausscheiden Euerer Exzellenz aufs allertiefste bedauern und hofft bestimmt, daß Euere Exzellenz auch schon Seiner Majestät zuliebe weiter Staatssekretär bleiben werden. — Lersner.

Ferner:

Gr. H. Qu. S. M. Ausw. 5/10. Auswärtig Berlin
2338 dringend!

Für Exzellenz v. Hintze.

General Ludendorff bat mich heute zu sich, um mir mitzuteilen, wie aufrichtig er den Abgang Euerer Exzellenz bedauere. Um so mehr hoffe er, daß Euere Exzellenz die Vertretung der Reichsleitung bei den Waffenstillstandsverhandlungen übernehmen werden. General Ludendorff läßt Euere Exzellenz auf das allerdringendste bitten, dem Vaterlande für diese entscheidenden Verhandlungen Ihre Kräfte zur Verfügung zu stellen.

Lersner.

Endlich:

SS.
Nr. 452.
1918, den 6/10. 10 Uhr 10 m.
Erster Generalquartiermeister

Großes Hauptquartier

Auf Telegramm vom 5. Oktober. Mein Name hätte den beabsichtigten guten Eindruck geschädigt, mußte aber gehen, bin indes bereit zu der Funktion, die Euere Exzellenz mir zugedacht haben. In alter getreuer Verehrung

Hintze

Die Originale der Telegramme befinden sich bei mir.

Meine Verwendung bei den Waffenstillstandsverhandlungen ist durch den damaligen Staatssekretär Erzberger verhindert worden, der einen Kabinettsbeschluß dagegen herbeigeführt hat mit der Begründung: ich sei nicht in Fühlung mit dem Reichskabinett und sympathisiere nicht mit ihm. Quelle: Staatssekretär Haußmann.

Mittelsteine, 17. September 1922

(gez.) v. Hintze

Nachtrag 2

Brief des Staatssekretärs v. Hintze an den persönlichen Adjutanten Sr. K. u. K. Hoheit des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen vom 23. Oktober 1918

Durch Feldjäger
des Gen.-Stabes ab 23. Oktober 1918

An den Persönl. Adjutanten S. K. u. K. Hoheit des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen,

Herrn Major von Müller,

Hochwohlgeboren,

Charleville

Lieber Herr von Müller,

Bei den Überlegungen, die zu der „Revolution von oben" vom 29. Sept. d. J. geführt haben, spielte die Rücksicht auf die Krone und die Dynastie die gebührende Rolle. Es war erforderlich, dem Deutschen Volke etwas unvermittelt zu sagen, daß es nicht zum Sieg, sondern, im besten Falle, zu einem opfervollen Frieden kommen wird. Daran lassen die Erklärungen der O. H. L. keinen Zweifel: die Armee brauchte alsbaldige (schriftlich hat sie gesagt: „sofort") Ruhe; indes: nicht nur die O. H. L. sagte das, sondern alle Offiziere, die ich gesprochen oder die mir geschrieben haben. Am 30. Sept. reiste ich nach Berlin, mit der Ermächtigung zu einem Friedensangebot; gleichzeitig hatte der Kaiser die innere Neugestaltung genehmigt. Am 1. Oktober schon erhielt ich ein Telegramm von der O. H. L. des Inhalts: „Das Friedensangebot müsse bis 2. Okt. 10 Uhr vorm. hinausgesandt werden, wenn nicht von der neuen Regierung, so von der alten" etc. — Das hätte dem Friedensangebot jede Wirkung genommen; nur eine neue, außen und innen nicht diskreditierte Regierung konnte mit dem Friedensangebot Erfolg haben, daher die Verzögerung bis zum 4. Oktober, nach Bildung der neuen Regierung. — Was hatte die Krone mit der Neugestaltung zu tun? Die Antwort ist: „Alles". Ich habe Seiner Majestät in Gegenwart von Hindenburg und Luden-

dorff vorgetragen, daß jetzt der Zeitpunkt für Ihn gekommen sei, „in die Bresche zu treten und die Initiative zu ergreifen"; wenn jemand anders die Neugestaltung in die Hand nähme, so fiele diesem das Verdienst, der Krone aber der Tadel zu. Der Kaiser und König hat freiwillig und als Gabe dem Deutschen Volke die Gerechtsame gegeben — die es sich rüstete, sich zu nehmen. Der Entschluß unseres Kaisers ist der größte Seines Lebens. Er muß jedoch besser, zu Ehren der Krone, unterstrichen und ausgebeutet werden.

Was hat nun die Dynastie mit der Neugestaltung zu tun? Letztere dient mittelbar zur Erhaltung der Dynastie. Eine Revolution von unten hätte voraussichtlich die Dynastie hinweggeschwemmt; so wie jetzt verfahren, kann sie sich in der Verfassung und im Volke verankern. Alle Regierungsformen sind nur Gefäße: es ist der Mann, hier der Monarch, der sie mit Inhalt füllt. Siehe Eduard VII. und Wilson. —

Als überzeugter Monarchist, unserem erlauchten Herrscher in Treue ergeben, habe ich Ihn gebeten, den Erlaß vom 30. September zu unterzeichnen, als Er schon zur Tür hinausgehen wollte: vor Ihm und meinem Gewissen stehe ich ruhig da.

Wie soll sich der Thronfolger in dieser Zeit der Umwälzung verhalten? In jedem Falle zurückhaltend. Der Kronprinz ist ein Heerführer im Felde; jedermann versteht, daß er in der Jetztzeit bei Seinen Truppen bleibt. Eilte der Kronprinz nach Berlin, so wäre er Mißdeutungen ausgesetzt und würde ein Spielball der in solcher Zeit unvermeidlich auftauchenden Streber und Dilettanten. Der Kronprinz mißtraue den Ratschlägen, Sich den neuen Männern zu näheren; man will Ihn gegen den Kaiser ausspielen. Die Annäherung hat Zeit, wenn der Schlamm und der Abschaum von dem kochenden Kessel geklärt ist. Dann ist Annäherung am Platz, nötig und nützlich.

In alter Verehrung

Ihr getreuer

Hintze

16

Aufzeichnung des Staatssekretärs a. D. Grafen Roedern über die zum Friedens- und Waffenstillstands-Angebot vom 4. Oktober 1918 führenden Vorgänge

Hamburg, den 20. XII. 1923

An

den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß
z. H. des Herrn Oberst Schwertfeger,
Sachverständiger des 4. Unterausschusses

Auf die namens des Untersuchungsausschusses gestellte Anfrage vom 10. Dezember ds. Js. über meine Kenntnis der zum Friedens- und Waffenstillstandsangebot vom 4. Oktober führenden Vorgänge von Ende September und Anfang Oktober 1918 übergebe ich die folgende zum erheblichen Teil auf Aufzeichnungen aus dem Dezember 1918 beruhende Darstellung der mir bekannt gewordenen Einzelheiten. Der Inhalt meiner Aufzeichnungen war zur Veröffentlichung in jetziger Zeit bisher nicht bestimmt. Ich erteile die geforderte Auskunft nunmehr auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über die Verpflichtung zur Auskunfterteilung. Die Beantwortung der gestellten Einzelfragen ist, soweit sie mir möglich war, in der Darstellung enthalten.

In der ersten Septemberhälfte sind das preußische Staatsministerium und die Staatssekretäre des Reichs über die damalige Kriegslage durch die Darlegungen des Reichskanzlers Grafen Hertling in der Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 3. September (Nr. 3 der Amtlichen Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes) und durch eine Mitteilung des Vizekanzlers v. Payer informiert worden, der vor dem 10. September im Großen Hauptquartier war und von dort als mit der Obersten Heeresleitung vereinbarte Richtlinie der Politik den Satz mitgebracht hatte: „Der Krieg muß möglichst bald liquidiert werden". Der Anfang einer solchen Liquidation war damals noch so gedacht, daß man gemeinsam mit unseren Verbündeten zu einem militärisch etwas günstigeren Zeitpunkt in offizieller Form an die Königin von Holland mit der Bitte um Vermittelung herantreten wollte. Es entstand in dieser Zeit die bekannte Differenz mit der österreich-ungarischen Regierung, die ihre Absicht mitgeteilt hatte, ohne Rücksicht auf die augenblickliche militärische Lage sofort ein Friedensangebot herausgehen zu lassen, weil die inneren Verhältnisse der Monarchie ihr eine Weiterführung des Krieges bis in den Winter hinein unmöglich machten. Der Staatssekretär v. Hintze reiste nach Wien, um von diesem Schritt abzuraten. Bald nach seiner Rückkehr von dort, etwa um den 10. September, fand eine Besprechung zwischen ihm und dem General Ludendorff im Hauptquartier statt, über deren Inhalt den anderen Staatssekretären damals vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes keine Mitteilungen gemacht worden sind.

Am 12. oder 13. September war ich im Hauptquartier in Spa und suchte dort, um mir ein Bild der Lage zu machen, den General Ludendorff auf. Ich hatte bei der Besprechung mit ihm den Eindruck, daß die Oberste Heeresleitung mit dem Auswärtigen Amt über eine etwaige Friedensaktion, insbesondere auch darüber einig war, daß man sich dem vom Grafen Burian geplanten österreichischen Friedensschritt nicht anschließen könne. General Ludendorff sagte mir, der soeben eingetretene Verlust von St. Mihiel sei zwar unangenehm, aber nicht ausschlaggebend, die Westfront werde jetzt in die alte Hindenburglinie zurückverlegt werden, dort hoffe man den Feind eine Zeitlang aufhalten zu können. Wenn er sich dann blutige Köpfe in mehrmaligem vergeblichem Ansturm geholt haben werde, sei der Augenblick für einen deutschen Friedensschritt gekommen. Ich hatte bei der Unterredung mit dem General Ludendorff den Eindruck einer gewissen Abgespanntheit infolge eines Übermaßes der Arbeit in den letzten Monaten.

Das in diesen Tagen von Österreich-Ungarn allein herausgegebene, allgemein gehaltene Friedensangebot fand bei der Entente sofortige Ablehnung.

Etwa am 25. September, nachdem die ersten bedrohlichen Nachrichten über den Einbruch in die bulgarische Front eingetroffen waren, fand eine Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages statt, in der nicht nur von den Unabhängigen Sozialdemokraten Worte schärfster Kritik der militärisch-politischen Leitung fielen, und in der auch auf die Möglichkeiten innerer politischer Umwälzungen hingewiesen wurde. Der Reichskanzler Graf Hertling griff in die sehr erregte Debatte nicht ein, und rief gerade in dieser Sitzung bei allen Beteiligten den Eindruck hervor, daß er den Anstrengungen der jetzt eintretenden Krisenzeit körperlich nicht mehr gewachsen sein würde. Der zufällig anwesende deutsche Militärbevollmächtigte in Bulgarien, Oberst v. Massow, gab an diesem Tage noch verhältnismäßig hoffnungsvolle Erklärungen über die Möglichkeit einer Wiederherstellung der deutsch-bulgarischen Salonikifront ab.

Am 27. oder 28. September ließ General Ludendorff durch den Vertreter des Reichskanzlers bei der Obersten Heeresleitung, Grafen Limburg-Stirum, den Staatssekretär v. Hintze bitten, zu wichtigen Besprechungen in das Hauptquartier zu kommen. Graf Limburg-Stirum selbst dehnte diese Bitte auch auf den Reichskanzler aus, fand hierfür zunächst nicht die Billigung des Generals Ludendorff,

der jedoch am nächsten Tage erklärte, die Herbeirufung auch des Kanzlers sei richtig gewesen.

Staatssekretär v. Hintze, der nach der Sitzung des Hauptausschusses der Heeresleitung selbst den Wunsch nach baldiger Aussprache hatte übermitteln lassen, reiste am 28. September nachmittags ab, während der Kanzler erst am Abend die Reise nach Spa antrat. Namens des Reichskanzlers bat mich der Unterstaatssekretär v. Radowitz, den Kanzler dorthin zu begleiten, da der Vizekanzler v. Payer angesichts der Situation im Reichstage Berlin jetzt nicht verlassen wollte. Außer mir reisten noch Unterstaatssekretär v. Radowitz und General v. Winterfeldt, der Vertreter der Heeresleitung beim Reichskanzler, im Wagen des Kanzlers mit.

Am nächsten Morgen nahmen noch während der Fahrt General v. Winterfeldt und Unterstaatssekretär v. Radowitz Veranlassung, den Reichskanzler über die ihnen inzwischen bekannt gewordene Auffassung der Obersten Heeresleitung dahin zu informieren, daß es für die jetzt erforderlich werdenden Schritte wünschenswert sein werde, eine Regierung auf breiterer parlamentarischer Grundlage zu bilden. Der Kanzler erklärte, dann zurücktreten zu wollen. Dieser Absicht wurde von uns dreien nicht widersprochen, da wir überzeugt waren, daß die Anforderungen, die durch die stürmische Entwickelung der nächsten Zeit an den Leiter der deutschen Politik gestellt werden würden, über die durch Alter und schwankende Gesundheit beeinträchtigten Kräfte des Kanzlers hinausgehen würden.

Nachdem wir mit etwa einstündiger Verspätung am 29. September nachmittags um zwei Uhr in Spa angekommen waren, hörten wir, daß bereits am Morgen, ohne die Ankunft des Kanzlers abzuwarten, ein entscheidender, gemeinsamer Vortrag des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, des Generals Ludendorff und des Staatssekretärs v. Hintze, der mehrere Stunden vor dem Kanzler angekommen war, bei Seiner Majestät dem Kaiser stattgefunden hatte. Auf Grund dieses Vortrages war vom Kaiser dahin entschieden worden, daß so bald als möglich ein Friedens- und Waffenstillstandsangebot an den Präsidenten Wilson auf Grundlage seiner 14 Punkte gerichtet werden solle. Der Vorschlag des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, daß dieses Angebot von einer neuen, auf breiterer parlamentarischer Grundlage zu bildenden Regierung ausgehen solle, hatte gleichzeitig die Billigung Seiner Majestät des Kaisers und der Obersten Heeresleitung gefunden.

Staatssekretär v. Hintze erbat und erhielt in einem meiner Erinnerung nach gleich nach der Ankunft erfolgenden, ganz kurzen Vortrage die Zustimmung des Kanzlers dafür, daß sofort, also noch von der alten Regierung, eine Verständigung der verbündeten Regierungen in Wien und Konstantinopel über den geplanten Friedensschritt erfolgen solle.

Dementsprechend erging noch am selben Tage von Spa aus folgende Weisung des Staatssekretärs an das Auswärtige Amt:

> „Bitte auf Grund Befehls Seiner Majestät und Zustimmung des Herrn Reichskanzlers in Wien, Konstantinopel vertraulich mitteilen, daß ich vorschlage, Präsident Wilson Frieden anzubieten auf Grund seiner 14 Punkte und ihn einzuladen, Friedenskonferenz nach Washington zu berufen unter Aufforderung zu sofortigem Waffenstillstand."

Diese Instruktion hat das Auswärtige Amt noch am Abend des 29. September ausgeführt (Nr. 14 der Amtl. Urkunden). Damit war der Beschluß desselben Morgens in eine in ihrer Wirkung kaum mehr widerrufliche Tat umgesetzt; denn das türkische Kabinett, aber auch der österreichische Hof erfuhren nun, daß die deutsche Regierung, von der Beurteilung ihrer eigenen militärischen Lage ausgehend, einen weit über die österreichische Friedensbitte von Mitte September hinausgehenden Schritt tun wollte. Die Linie der deutschen Politik

lag also für einen weiteren, nicht deutschen und selbst dringend friedensbedürftigen Kreis von Mitwissern in den vier Punkten,

der Herausgabe eines sofortigen Friedensangebots,
seiner Verbindung mit einem Waffenstillstandsangebot,
der Person des Vermittlers und
der Grundlagen der vorzuschlagenden Friedensbedingungen

fest. Die Einstellung der öffentlichen Meinung in Deutschland auf den damit gegebenen Umschwung der Dinge und die Herausgabe des Angebotes selbst mußten daher bald erfolgen, sollten nicht die Gefahren einer Information des deutschen Publikums von dritter Seite und des Bekanntwerdens der deutschen Absicht bei den feindlichen Regierungen vor Erlaß des offiziellen Angebots und damit einer Abschwächung seiner Wirkung entstehen.

Der Vertreter des Reichskanzlers bei der Heeresleitung, Graf Limburg-Stirum, berichtete noch am Nachmittag, daß im Großen Hauptquartier die Lage an der Westfront als ganz außerordentlich ernst angesehen und die Möglichkeit des Eintritts einer Katastrophe in Rechnung gestellt werde.

Um dem Grafen Hertling nach der langen Reise den Weg zum Vortrag zu ersparen, suchte Seine Majestät der Kaiser den Kanzler bald nach der Ankunft in dessen Absteigequartier auf. Graf Hertling trug zunächst allein sein Abschiedsgesuch vor, das mit der Maßgabe angenommen wurde, daß der Kanzler noch bis zur Ernennung seines Nachfolgers, für die von ihm Vorschläge erwartet würden, im Amt bleiben solle. Ich nehme an, daß Seine Majestät bei dieser unter vier Augen stattfindenden Unterredung den Kanzler auch über die vor seiner Ankunft gefaßten Beschlüsse vom Vormittag wegen des Friedensangebots und der Erweiterung der Regierung informiert hat. Als ich nach einiger Zeit zu der Besprechung, an der später auch der Chef des Zivilkabinetts v. Berg und schließlich noch der Staatssekretär v. Hintze teilnahmen, zugezogen wurde, hatte ich den Eindruck, daß mit der Herausgabe des Friedensangebotes und mit der Umbildung der Regierung als mit feststehenden Tatsachen zu rechnen sei, da dann hauptsächlich die Art dieser Umbildung und die Frage der Nachfolgerschaft des Kanzlers erörtert wurden. Nachdem eine Reihe von Persönlichkeiten, die für den Kanzlerposten in Frage kamen, genannt waren, schlug Graf Hertling mich als seinen Nachfolger vor. Seine Majestät erwiderte, daß, wenn ein Zivilbeamter in Betracht käme — ein General, an den früher gedacht sei, könne im gegenwärtigen Moment nicht ernannt werden —, er zwischen dem früheren Landwirtschaftsminister v. Schorlemer und mir schwanken würde. Ich bat, von einer etwaigen Absicht meiner Ernennung abzusehen, da ich für die bevorstehenden Verhandlungen mit den Gegnern einerseits auf dem Gebiet der auswärtigen Politik zu wenig erfahren und andererseits als Mitglied der alten Regierung für die führende Stellung aus den Erwägungen, die zum Plan der Umbildung geführt hätten, nicht geeignet sei. Während eine Entscheidung über den Nachfolger des Kanzlers nicht getroffen wurde, war Seine Majestät in Übereinstimmung mit den am Morgen gemachten Vorschlägen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes mit der Aufnahme weiterer Parlamentarier in die Regierung einverstanden, lehnte dabei aber den Gedanken rein parlamentarischer Regierungsform ab, erklärte sich jedoch damit einverstanden, daß auch geeignete Mitglieder der sozialdemokratischen Partei — ich hatte den Abgeordneten Noske als hierfür in Frage kommend bezeichnet — zugezogen werden könnten. Der Kaiser beauftragte mich, die vorbereitenden Schritte durch Besprechungen in Berlin alsbald zu tun. Ich bat, diesen Auftrag in erster Linie an den Vizekanzler v. Payer übermitteln zu dürfen, da ich annähme, daß dieser jedenfalls in der neuen Regierung bleiben werde, und da er für eine derartige Aufgabe als an erster Stelle für die Innenpolitik verantwortlich zunächst zuständig sei. Seine Majestät war hiermit einverstanden.

Unterstaatssekretär v. Radowitz hatte inzwischen dem Kanzler den Vorschlag gemacht, daß die Umbildung der Regierung durch einen kaiserlichen Erlaß angekündigt werden möge, damit vor Beginn der Besprechung mit dem Parlament diese Umbildung als auf freier Initiative des Kaisers beruhend klargestellt werde. (Zu vergl. auch die schon vorher im Auswärtigen Amt gefertigte Aufzeichnung vom 28. September. Urk. Nr. 12.) Den Entwurf eines solchen Erlasses legte der Unterstaatssekretär vor. Er enthielt u. a. die Ankündigung, daß in weiterem Umfange als bisher Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen wären, in die Regierung aufgenommen werden sollten. Der Entwurf, der die Billigung Seiner Majestät gefunden hatte, wurde, nachdem der Staatssekretär v. Hintze und ich abgereist waren, durch Umstellungen im Zivilkabinett noch etwas geändert, und es wurde dabei anscheinend durch einen Schreibfehler statt in weiterem Umfange in weitem Umfange geschrieben. Wir fanden den Erlaß in seiner neuen Fassung bei unserer Ankunft am nächsten Mittag in Berlin bereits als der Presse übergeben vor. Der Unterschied in den beiden Fassungen war, so klein er schien, wesentlich für die Verhandlungen mit den Parteien des Reichstages. Es waren bereits Parlamentarier in der Regierung. Der Ausdruck „in weiterem Umfange" bedeutete also nur eine Fortbildung des bisherigen Systems. Dagegen knüpfte der Ausdruck „in weitem Umfange" nicht an die bisherige Art der Zusammensetzung an, sondern erweckte die Hoffnung auf etwas vollständig neues, auf die Bildung der Regierung auf rein parlamentarischer Grundlage.

Nach dem Vortrage suchte ich den Generalfeldmarschall v. Hindenburg und den General Ludendorff auf, von denen ich dann hörte, daß beide am Tage vorher getrennt zu derselben Überzeugung gekommen waren, daß die militärische Lage ein baldiges Herantreten an die Gegner auf diplomatischem Wege erfordere. Begründet wurde mir diese Ansicht damit, daß die Situation an der Front infolge der Übermacht der Gegner an Menschen und Material eine Besserung der Chancen für uns nicht mehr, keinesfalls etwa noch einen Umschwung nach der Richtung erwarten lasse, daß wir wieder eine erfolgreiche Offensive aufnehmen könnten. Die großen und bei diesen Aussichten vergeblichen Blutopfer der jetzt ununterbrochenen Schlachten ließen es also als Pflicht erscheinen, dem Kampf ein baldiges Ende zu machen. Die beiden Generale schienen die Herbeiführung eines Waffenstillstandes, auf den sie nach meinem Eindruck ebenso großes Gewicht wie auf den Beginn der Friedensverhandlungen legten, ohne militärisch entehrende Bedingungen, als welche sie damals schon die Räumung der Festung Metz bezeichneten, als eine lösbare Aufgabe der Diplomatie und der auf breiterer parlamentarischer Grundlage zu bildenden Regierung zu halten.

Ich hatte bei beiden Generalen den Eindruck des Bewußtseins der ganzen Schwere der prinzipiellen Entschließung, die auf Grund längerer Überlegung gefaßt schien. General Ludendorff sprach mit Ruhe und Klarheit und zeigte im Gegensatz zu Mitte September keine Zeichen von Abgespanntheit.

Da der nächste direkte Zug nach Berlin erst am nächsten Mittag abging, teilte ich mit, daß ich bis zu diesem Zeitpunkt noch im Hauptquartier bleiben würde, was mir auch um deswillen erwünscht erschien, weil die kurzen Nachmittagsstunden des 29. September mir das Bild der Lage noch nicht mit der nötigen Vollständigkeit gezeichnet haben konnten. General Ludendorff legte aber auf möglichst schnellen Beginn der Verhandlungen wegen Bildung der neuen Regierung entscheidendes Gewicht und bat den Staatssekretär v. Hintze und mich, noch am selben Abend wieder zurückzufahren. Er ließ, um dies zu ermöglichen, den Chef des Feldeisenbahnwesens, Oberst v. Oldershausen, kommen und ersuchte ihn, für Herrn v. Hintze und mich einen Extrazug nach Berlin einzustellen, mit dem wir dann bereits am Mittag des 30. September dort wieder eintreffen könnten.

General Ludendorff wünschte, daß den beteiligten Regierungsstellen, aber auch den Parlamentariern, als Grundlage für die zu fassenden schnellen Entschließungen mit aller Offenheit Aufschluß über den Ernst der militärischen Lage gegeben werde. Ich bezeichnete es daraufhin als notwendig, daß diese Aufklärungen von einem militärischen Sachverständigen zunächst Herrn v. Hintze und mir in ausführlicherer Weise, als dies bisher möglich gewesen sei, dann aber auch gegebenenfalls den Berliner Stellen gegeben würden, und erhielt die Antwort, daß uns zu diesem Zweck ein mit der gesamten militärischen Lage absolut vertrauter Generalstabsoffizier, der Major v. dem Bussche, begleiten würde.

Major v. d. Bussche begann mit seinen Darlegungen über die militärische Lage bald nach Abgang des Extrazuges von Spa. Ich hatte über die weitere Entwicklung der Dinge in Bulgarien seit den Mitteilungen des deutschen Militärbevollmächtigten im Hauptausschusse des Reichstages nichts wesentliches mehr gehört. Im Gegensatz zu den damals noch ausgesprochenen Hoffnungen teilte nun Major v. d. Bussche auf meine Anfrage mit, daß ein bulgarisches Heer überhaupt nicht mehr existiere, daß also die Südostfront, soweit sie bisher von den Bulgaren gehalten worden sei, für den Vormarsch der Saloniki-Armee offen stehe. Was die Westfront anlange, so sei dort der Krieg in immer höherem Maße mechanisiert und ein Materialkrieg geworden; im Material aber sei uns der Feind dank der Hilfe der Amerikaner jetzt weit überlegen. Auch der Menschenverlust sei zurzeit bei uns außerordentlich groß. So habe in den letzten Tagen eine Division — ich glaube, es war die Kavallerie-Schützen-Division — ihre sämtlichen Offiziere verloren. Major v. d. Bussche betonte dabei den ungeheuren Ernst der augenblicklichen Situation an der Westfront, die eine wesentliche Besserung zu unseren Gunsten nicht mehr erwarten lasse. Hierbei fiel von Seiten des Generalstabsoffiziers zum erstenmal das Wort, es käme für das Friedens- und Waffenstillstandsangebot unter Umständen auf einen Gewinn nicht nur von Tagen, sondern von Stunden an. Ich habe diese Bemerkung gleich so verstanden und dies meiner Erinnerung nach auch sofort dahin klargestellt, daß die Verhandlungen mit den Gegnern über die Schweiz und den Präsidenten Wilson naturgemäß einige Zeit, vielleicht ein bis zwei Wochen, bis zum Ergebnis der Waffenruhe dauern würden, und daß bis dahin eine solche Verschärfung der Situation möglich wäre, daß für das Ende der Verhandlungen, damit aber auch für ihren Beginn, ein Gewinn von Stunden von Bedeutung sein könne.

Major v. d. Bussche erklärte mir auf meine Anfrage, daß diese Mitteilungen den beteiligten Berliner Regierungsstellen, insbesondere auch dem Preußischen Staatsministerium im vollen Umfange weitergegeben werden könnten. Für die den Mitgliedern des Reichstages zu machenden Darlegungen hatte der Generalstabsoffizier eine Skizze entworfen, die sich im wesentlichen mit dem unter Nr. 28 der amtlichen Urkunden wiedergegebenen späteren Vortrage deckte. Sie war in bezug auf die Ausblicke in die Zukunft zurückhaltender gefaßt, als die für die Regierungsstellen bestimmten Mitteilungen, betonte aber auch die große Eilbedürftigkeit der Entscheidungen, indem darauf hingewiesen wurde, daß jede 48 Stunden die Lage verschlechtern könnten.

Nachdem ich mich dann um $^1/_2$1 Uhr in mein Schlafabteil zurückgezogen hatte, kam eine Viertelstunde später der Generaladjutant und Hausmarschall des Kaisers, General v. Gontard, der, auf dem Wege zur Berichterstattung an die Kaiserin im Zuge mitfahrend, bei dem Vortrage des Majors v. d. Bussche zugegen gewesen war, mit der Bitte einer Unterredung unter vier Augen zu mir. Ich kehrte mit ihm wieder in den Salon zurück und dort bat er mich in dringendster Form, alles zu tun, was in meinen Kräften stände, um den Gang der Dinge zu beschleunigen. Ich hätte aus den bisherigen Be-

richten doch noch kein genügend ernstes Bild der Lage bekommen, wie er als alter Offizier es sich nach zahlreichen Gesprächen der letzten Tage im Hauptquartier habe machen müssen. Danach sei die Gefahr einer Katastrophe, d. h. eines Durchbruches und Aufrollens von Teilen der Westfront groß. Was das aber bedeute, möge ich mir ausmalen. Auf meine Frage, ob er und das Hauptquartier sich klar wären, welche Bedingungen wir in der jetzigen Lage vom Feinde erhalten würden, und daß darunter auch der Verlust Elsaß-Lothringens sowie die internationale Aufrollung der Polenfrage für unsere Ostprovinzen sein würden, antwortete der General, daß er sich dieser Tragweite des doch wohl als Grundlage zu akzeptierenden Wilson-Programms vollkommen bewußt sei, daß wir aber, um Schlimmeres zu verhüten, darauf eingenen müßten.

Ich hatte am nächsten Morgen vor der Ankunft in Berlin noch mehrfach Gelegenheit, mit dem Staatssekretär v. Hintze über seine Auffassung der gesamten Situation und der sich daraus ergebenden Konsequenzen zu sprechen. Wir stellten dabei Übereinstimmung unsrer Ansichten darüber fest, daß für die Durchführung der im Hauptquartier gefaßten Beschlüsse Eile geboten sei, weil das militärische Bild seit unsrer letzten Anwesenheit in Spa, also seit Mitte September, sich sowohl an der Westfront als an der bulgarischen Front offenbar völlig verändert hätte, und weil für die Führung der Verhandlungen bei der Zahl unserer Gegner naturgemäß eine beträchtliche Zeit erforderlich sein würde. Grundlegend war für diese Beurteilung etwa folgender Gedankengang:

Die noch Mitte September von der Obersten Heeresleitung ausgesprochene Annahme, daß die deutschen Heere im Westen in der Hindenburglinie den Feind längere Zeit aufhalten und durch Abschlagen vergeblicher Anstürme friedenswilliger machen könnten, war nach den Ereignissen der letzten Tage nicht mehr zutreffend. Die Situation an der Westfront wurde vielmehr als so gefahrdrohend angesehen, daß Verzögerungen um einige Tage das Ende der Verhandlungen auf militärisch sehr viel ungünstigerer Grundlage als heute eintreten lassen konnten. Der Wunsch der Obersten Heeresleitung, daß mit den Friedensverhandlungen gleichzeitig der Abschluß eines Waffenstillstandes vorgeschlagen werden solle, erschien uns als ein weiteres Anzeichen für den Ernst der Situation.

Die Südostfront in Bulgarien war schon durchbrochen. Bulgarien trennte sich in diesen Tagen bereits durch Sonderverhandlungen von seinen bisherigen Bundesgenossen. Der unmittelbar bevorstehende Abschluß des Waffenstillstandes zwischen Bulgarien und der Entente (tatsächlich am 30. September, also am Tage unsrer Ankunft in Berlin, abgeschlossen) lieferte Bulgarien mit seinen Eisenbahnen und sonstigen Verkehrswegen der vorrückenden Saloniki-Armee aus. Damit war der Verteidigungsgürtel der Mittelmächte bereits an einem politisch und militärisch wichtigen Punkte zerrissen; denn der Weg zur Donau öffnete sich nun für die Heere der Entente, die Verbindung mit der Türkei wurde erneut abgeschnitten und Konstantinopel von der Landseite bedroht. Damit rückte aber auch die Gefahr nahe, daß unsre beiden anderen Bundesgenossen ebenfalls gezwungen werden könnten, allein mit den Gegnern über das Niederlegen der Waffen zu verhandeln. Das mußte vor allem dann zu einer unmittelbaren Bedrohung der ganzen südlichen deutschen Grenze von Oberschlesien bis Bayern führen, wenn Österreich-Ungarn unter ähnlichen Bedingungen wie Bulgarien sich von Deutschland trennte, wenn es auch mit den Waffen seine Verkehrswege unsern Gegnern auslieferte, und wenn die inzwischen von der Entente als kriegführende Macht anerkannten Tschechen sich offen im eigenen Lande auf die Seite der Feinde stellten. Daß eine solche Entwickelung auf Grund der bald eintretenden Bedrohung der ungarischen Grenze nicht unwahrscheinlich war, darauf hatte der österreichische

Sonderfriedensschritt von Mitte September hingedeutet, und das bewiesen später der tatsächliche Verlauf der Dinge in Ungarn und Böhmen noch im Oktober, sowie die noch vor Abschluß des deutschen Waffenstillstandes wirklich erfolgte österreichische Waffenstreckung in den ersten Novembertagen.

Ich habe schon in diesen Tagen, aber auch im ganzen Verlauf des Oktobers die Situation im Südosten in ihren Folgen für Deutschland in Übereinstimmung mit dem Staatssekretär v. Hintze als reichlich so ernst wie die möglichen Entwickelungen an der Westfront angesehen.

Die Ansicht Hintzes wegen der Form und Adresse des Friedensangebots ging dahin, daß es nur auf Grund der 14 Punkte Wilsons und daher auch nur an den Präsidenten der Vereinigten Staaten ergehen könne, da dieser der einzige unter unsern Gegnern sei, der bestimmt formulierte Friedensbedingungen bereits öffentlich aufgestellt habe, deren Annahme ihn moralisch zwingen würde, sofort zu verhandeln. Alles, was englische und französische Staatsmänner in ihren Reden Deutschland angedroht hätten, gehe weit über Wilsons Bedingungen hinaus. Es sei der einzige Weg, um für den Frieden eine Rechtsbasis zu erhalten, die für lange Zeit von Bedeutung sein und auch dann bleiben könne, wenn die Gegner zeitweise tatsächlich von ihr abwichen.

Bestimmend für meine Unterstützung der damit gegebenen Linie der Hintzeschen Politik war zunächst die Tatsache, daß die beiden zur Beratung des Herrschers in der wichtigsten militär-politischen Frage des Krieges berufenen Organe des Reiches, nämlich der Leiter der Auswärtigen Politik und die Oberste Heeresleitung, über den einzuschlagenden Weg sich völlig geeinigt hatten, sodann der Umstand, daß die Entscheidung der nach der Reichsverfassung über die Frage von Krieg und Frieden allein zuständigen Stelle, Sr. Majestät des Kaisers, bereits am Morgen des 29. September getroffen war, schließlich aber nicht zum wenigsten die sichere Empfindung, daß durch die auf Grund dieser Entscheidung ergangene Mitteilung ihres Inhalts an die Bundesgenossen die Kugel bereits aus dem Lauf gelassen war, und daß ein Abgehen von dem damit eingeschlagenen Wege an der Wirkung des Entschlusses nicht mehr viel ändern, wohl aber alle unerwünschten Folgen der Konterorder nach einer schon in Ausführung begriffenen Order herbeiführen konnte.

Nach der Ankunft in Berlin habe ich den für die Vorbereitung der Friedensfragen in Betracht kommenden Regierungsstellen, dem Vizekanzler v. Payer, dem preußischen Staatsministerium, dem mit den wirtschaftlichen Vorbereitungen für einen Friedensschluß beauftragten Kommissar des Reichskanzlers, Staatsminister Helfferich, und meinen beiden Unterstaatssekretären von den weitergehenden Darlegungen des Majors v. dem Bussche mündlich Mitteilung gemacht. Ich habe ferner dem Vizekanzler, der inzwischen den kaiserlichen Erlaß wegen Bildung der neuen Regierung erhalten und veröffentlicht hatte, sofort den Auftrag Sr. Majestät des Kaisers wegen der von ihm einzuleitenden Vorbereitungen für die Bildung der neuen Regierung übermittelt. Vizekanzler v. Payer und der Vizepräsident des Staatsministeriums Friedberg bemühten sich, im Reiche durch Bildung einer Regierung auf möglichst breiter, nationaler Grundlage, in Preußen durch Begraben des Wahlrechtsstreites eine einheitliche parlamentarische Front zu schaffen. Auf Wunsch des Herrn v. Payer habe ich an einigen Besprechungen mit Parteiführern im Reichstage und auf Wunsch des Dr. Friedberg an der Sitzung einer kleinen Kommission des Herrenhauses teilgenommen und mich bei meinen Referaten über die Gründe für eine beschleunigte, einheitliche Stellungnahme der Parteien im Wortlaut nach Möglichkeit an die Ausführungen des Majors v. dem Bussche gehalten, die er uns am Abend des 29. September durch Verlesen seiner für das Parlament bestimmten Skizze gegeben hatte. An den Besprechungen mit den parlamentarischen Führern des Reichstages bin ich nur am Nachmittag und Abend des

30. September, nicht aber am 2. Oktober, als Major v. dem Bussche auf Wunsch des Vizekanzlers sein Referat erstattete, beteiligt gewesen. Ich würde, wenn ich nicht an der Teilnahme an dieser Besprechung durch eine andere Sitzung verhindert gewesen wäre, widerraten haben, auch die Abgeordneten der Polen und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zuzuziehen. Der Eindruck, den die Eröffnungen über die Kriegslage bei den Parteien machten, war sehr verschieden. Während die konservativen und die nationalliberalen Führer durch die Mitteilung des Generalstabsoffiziers, daß „nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr bestände, den Feinden den Frieden aufzuzwingen" und durch die daraus resultierende Forderung der Obersten Heeresleitung sich tief erschüttert zeigten, erklärte mir ein sozialdemokratischer Führer — ich glaube, es war der Abgeordnete Ebert —, den ich am Tage nach dem Referat des Majors sprach, der Offizier habe ihnen mit seinen Darlegungen über die militärische Lage nichts Neues gesagt. Die Berichte, die sie seit Tagen von der Front erhalten hätten, deckten sich mit diesem Bilde vollkommen.

Am 1. Oktober traf der Chef des Zivilkabinetts v. Berg in Berlin ein, um sich an den Verhandlungen wegen Bildung der neuen Regierung zu beteiligen. Er wünschte an diesem Tage, daß ich die Führung des Kabinetts im Reiche als Kanzler übernähme, und vertrat diesen Wunsch in einer erregten Erörterung mit dem Beauftragten der Heeresleitung beim Auswärtigen Amt, Oberst v. Haeften. Dieser trat Herrn v. Berg gegenüber mit großer Bestimmtheit für die Kandidatur des Prinzen Max von Baden ein, für den ein Teil der Reichstagsabgeordneten durch den Abgeordneten Hausmann schon gewonnen war. Der Prinz kam an diesem oder am folgenden Tage in Berlin an. Auf Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts erklärte sich dann Se. Majestät der Kaiser mit der Berufung des Prinzen als Reichskanzler einverstanden.

Inzwischen waren die in der Sammlung der amtlichen Urkunden unter Nr. 21, 22, 23 und 26 abgedruckten telegraphischen oder telephonischen Mitteilungen der Obersten Heeresleitung mit den verschiedenen dringenden Ersuchen um sofortige Herausgabe des Friedensangebotes eingegangen und uns bekannt geworden. Für die Beurteilung der Situation war vor allem das Telegramm des Feldmarschalls v. Hindenburg an den Vizekanzler v. Payer entscheidend, das dahin lautete, daß die Heeresleitung einem Aufschub des Friedensangebots bis zum nächsten Tage vormittags nur dann zustimmen könne, wenn der Prinz Max noch am Abend die neue Regierung bilde. Geschähe dies nicht, sei die Herausgabe der Erklärung an die fremden Regierungen noch in der Nacht geboten.

Auf Grund einer im Telegramm Nr. 24 der Urkunden wiedergegebenen kaiserlichen Entscheidung wurde die Herausgabe des Angebots gleichwohl bis nach der Ankunft des neuen Kanzlers vertagt.

Am 1. oder am 2. Oktober war den Regierungsmitgliedern auch bekannt geworden, daß die Hindenburglinie tatsächlich an einigen Stellen schon eingedrückt war.

Nachdem Prinz Max von Baden von Dessau nach Berlin berufen war, trafen bald darauf auch Seine Majestät der Kaiser und der Feldmarschall v. Hindenburg dort ein. An der Besprechung, die am Abend des 2. Oktober zwischen dem Kaiser, dem Prinzen Max und dem Generalfeldmarschall stattgefunden hat, habe ich nicht teilgenommen.

Der neue Reichskanzler, der noch keine Kenntnis von der augenblicklichen militärischen Lage haben konnte, wurde vom Staatssekretär v. Hintze und mir in derselben Weise wie der Vizekanzler über die uns gewordenen Mitteilungen informiert. Der Prinz vertrat zunächst sehr bestimmt den Standpunkt, daß mit dem Friedensangebot noch etwa eine Woche gewartet werden

möge, bis er im Reichstage eine diesen Schritt vorbereitende Rede gehalten haben würde. Dieser Absicht widersprach die Oberste Heeresleitung in dem Telegramm Nr. 27 der Urkunden mit der Begründung, „48 Stunden könne die Armee nicht noch warten". Auch der Staatssekretär v. Hintze stellte sich erneut auf den Standpunkt der Heeresleitung unter Darlegung seiner oben angeführten Gründe. Er vertrat diesen Standpunkt des Festhaltens an den Beschlüssen vom 29. September meiner Erinnerung nach noch am Abend des 2. Oktober in einer die anwesenden Regierungsmitglieder überzeugenden Weise sehr geschickt und mit großer Energie. Der Prinz wünschte dann wenigstens keine Verbindung des Friedensangebots mit dem Waffenstillstandsangebot und legte der Obersten Heeresleitung am 3. Oktober vormittags die in Nr. 32 der Urkunden wiedergegebenen Fragen vor. Ob dies in der am selben Vormittag erfolgenden Besprechung im Reichskanzlerpalais oder schon vorher geschah, ist mir nicht mehr erinnerlich. Ebenso weiß ich nicht mehr, ob der Feldmarschall die Frage Nr. 3 durch Verlesen eines schon vorher aufgesetzten Schriftstückes beantwortet hat. Erinnerlich ist mir nur, daß der Prinz noch einmal mit Nachdruck auf die Folgen der sofortigen Herausgabe des geplanten Friedens- und Waffenstillstandsangebots unter Zugrundelegung der 14 Punkte aufmerksam machte, und daß an diesem Tage die Antwort des Feldmarschalls besonders in den folgenden Sätzen einen tiefen Eindruck machte: „Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, den 29. September d. Js., gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe an unsre Feinde bestehen. . . . Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen". Der Erteilung dieser Antwort war meiner Erinnerung nach eine lebhafte Diskussion zwischen dem Feldmarschall und dem Prinzen vorausgegangen. Der Feldmarschall sprach sich mündlich zuversichtlicher als in der schriftlichen Antwort aus. Er hielt eine unmittelbar drohende Durchbruchsgefahr für die elastisch ausweichende Front im Westen nicht für vorliegend und stellte für die nächste Zeit nur ein immer weiteres Zurückgehen auf die Maaslinie und dann eventuell an die deutsche Grenze in Aussicht Einer der militärischen Teilnehmer, ich weiß nicht, ob es der General v. Winterfeldt oder der Major v. d. Bussche oder der Oberst v. Haeften war, sagte mir bei dieser Gelegenheit leise, es bestehe in der Beurteilung der unmittelbaren Gefahren der gegenwärtigen militärischen Situation eine gewisse Divergenz zwischen dem Feldmarschall und dem General Ludendorff; die anwesenden jüngeren Vertreter des Generalstabes teilten aber die pessimistischere Auffassung des Generals Ludendorff.

Ich hatte den Eindruck, daß der Feldmarschall bei seinen Erklärungen mit sich selbst rang. Auf die Konsequenzen der Wilsonschen Bedingungen für Deutschland aufmerksam gemacht, gab er in der Debatte die Anregung, ob man in Abweichung von den Hintzeschen, in Spa angenommenen Vorschlägen nicht doch blos Frieden und Waffenstillstand nachsuchen könnte, ohne die Grundlagen, auf denen man verhandeln wolle, näher zu bezeichnen. Da der Staatssekretär v. Hintze, dessen Auffassung gerade über diesen Punkt sich nie geändert hatte, nicht zugegen war, mußte ich den Standpunkt des Staatssekretärs, aber auch des hierin mit seinem Chef völlig übereinstimmenden Auswärtigen Amtes dahin vertreten, daß ein derartiger Vorschlag eine halbe Maßregel sein würde mit allen Nachteilen einer solchen. Die Feinde hätten unsubstantiierte Friedensangebote schon mehrfach, zuletzt Österreich gegenüber abgelehnt; ein Angebot, das nicht selbst Vorschläge für die Grundlage der Verhandlungen mache, könne höchstens dazu führen, daß noch über die Wilsonschen Punkte hinausgehende Bedingungen formuliert würden. Der Feldmarschall antwortete etwa, halbe Maßnahmen wünsche er auch nicht; wenn die Feinde noch schärfere Bedingungen stellten, dann kämpften wir eben bis zum letzten Mann,

worauf ich die Bemerkung machte, das sei der Standpunkt des Feldherrn, aber nicht des Staatsmannes, von der Ansicht ausgehend, daß bis zum letzten Mann wohl ein Bataillon auf vorgeschobenem Posten, nicht aber ein Volk von 65 Millionen Einwohnern, auch wohl kaum ein Millionenheer kämpfen könne.

Die schriftliche Antwort des Feldmarschalls zu Punkt 3 der ihm gestellten Fragen war nach meiner Erinnerung entscheidend für die Stellungnahme des Prinzen Max, der nunmehr in der Frage des Zeitpunktes der Herausgabe des Angebotes nachgab. Das preußische Staatsministerium hatte sich nach längeren Debatten, in denen ich die Ansicht des Auswärtigen Amtes zu vertreten hatte, da Herr v. Hintze dem Staatsministerium nicht angehörte, mit der Herausgabe des Friedensangebotes gleichzeitig einverstanden erklärt.

Ob die Ansicht des Prinzen Max, daß das Angebot zu früh ergangen sei, oder ob der Standpunkt der Obersten Heeresleitung und des Staatssekretärs v. Hintze durch die tatsächliche Lage begründet war, wird sich erst nach Öffnung der Archive auch der Gegner beurteilen lassen. Gegen die zurzeit in Deutschland herrschende Ansicht und für die von der Obersten Heeresleitung jedenfalls bis Mitte Oktober konsequent vertretene Auffassung über die Eilbedürftigkeit des Angebotes spricht, daß die Ereignisse an der Balkanfront mit ihren Rückwirkungen auf Österreich-Ungarn automatisch, also auch ganz unabhängig davon weiterliefen, ob und wann wir ein Friedensangebot erließen. Nachdem Bulgarien sich bereits am 30. September mit der Entente geeinigt hatte, wären der Marsch der Saloniki-Armee gegen Ungarn, die Loslösung Ungarns und Böhmens aus dem Verbande der Habsburgischen Monarchie (schon im Oktober), die Niederlage der Österreicher in Italien, der Abfall auch Österreichs vom Bündnis mit dem deutschen Reich und die Bedrohung der bayrischen Südgrenze vom Brenner her Anfang November doch als Folgen des Zusammenbruchs Bulgariens eingetreten.

Nicht gegenwärtig ist mir, wie es dem Staatssekretär v. Hintze und der Obersten Heeresleitung gelang, die immer noch vorhandenen Bedenken des Reichskanzlers gegen die Verbindung des nun sofort abzusendenden Friedensangebots mit dem Waffenstillstandsangebot zu überwinden. Erinnerlich ist mir nur, daß ich, ohne selbst Gelegenheit gehabt zu haben, mich in der Frage zu äußern, die Ansicht des Staatssekretärs v. Hintze darin teilte, daß die Verbindung der beiden Angebote nicht allzu wesentlich sei, da auf ein reines Friedensangebot zweifellos die Antwort erfolgt wäre, Wilson verhandle nicht über den Frieden, ehe nicht Nordfrankreich und Belgien geräumt seien. Da man diese Räumung nicht im Kampfe hätte vollziehen können, hätte dann also eine Woche später doch die Bitte um Waffenstillstand folgen müssen.

Die Ansicht der Obersten Heeresleitung über den unmittelbaren Ernst der Situation an der Westfront blieb bis Mitte Oktober unverändert. Ihre Vertretung durch den Obersten Heye in der Besprechung vom 9. Oktober (Urkunden Nr. 38) ist mir besonders in den Worten in Erinnerung geblieben: . . . „Es kann sein, daß wir bis zum Frühjahr halten. Es kann aber auch jeden Tag eine Wendung kommen. Gestern hing es an einem Faden, ob der Durchbruch gelang. . . . Die Armee braucht Ruhe."

Graf Roedern
Staatsminister a. D.

17

Aufzeichnungen des Generalmajors a. D. v. Winterfeldt vom 4. September 1922 und 17. April 1923

I

Berlin, Voßstraße 16, 4. 9. 22

Auf die Frage, von welchem Zeitpunkt an die Oberste Heeresleitung in unzweideutiger Form der politischen Leitung erklärt hat, der Krieg könne mit

den Waffen nicht mehr gewonnen werden, es sei daher notwendig, mit den Mitteln der Politik zum Frieden zu kommen, bin ich nicht in der Lage, eine zuverlässige Antwort zu geben.

Bis zum Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann Anfang Juli 18 ist meines Wissens eine solche Erklärung nicht erfolgt. Seit dem Amtsantritt des neuen Staatssekretärs v. Hintze wurden die Fragen der Kriegsziele und Friedensmöglichkeiten vorzugsweise nur noch im allerengsten Kreise, manchmal nur zwischen Herrn v. Hintze und dem General Ludendorff besprochen. Über das Ergebnis solcher Besprechungen wurde Stillschweigen bewahrt, so daß die Persönlichkeiten, die früher zu derartigen Konferenzen zugezogen wurden, wie z. B. der Chef der Reichskanzlei, Herr v. Radowitz, der General v. Bartenwerffer und ich selbst, auf Vermutungen und Kombinationen über das Resultat solcher Besprechungen angewiesen blieben. Mir ist daher nicht bekannt, wann zum ersten Male eine Erklärung in dem oben bezeichneten Sinne abgegeben worden ist und in welcher Form.

Nach meinen Beobachtungen und auf Grund der Eindrücke, die ich in Gesprächen mit Offizieren der Obersten Heeresleitung gewonnen hatte, könnte die Zeit zwischen Mitte August und Anfang September 18 in Betracht kommen.

Das Einzige, was ich im Gegensatz zu einer noch heute viel verbreiteten Lesart mit Sicherheit behaupten kann, ist, daß mir in der ganzen Zeit meiner Tätigkeit beim Reichskanzler von August 17 bis zum Herbst 18 kein einziger Fall bekannt geworden ist, in dem die Oberste Heeresleitung Friedensmöglichkeiten „sabotiert" hätte. In zahlreichen Gesprächen mit dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg und dem General Ludendorff habe ich immer wieder feststellen können, daß diese Männer es für selbstverständlich hielten, daß jeder sich bietenden Möglichkeit, zu einem für Deutschland annehmbaren Frieden zu gelangen, sorgfältig nachgegangen werden müsse. Diese Auffassung hat sich dann im Laufe des Sommers 18 bei zunehmender Verschlechterung unserer militärischen Lage zu dem Wunsche verdichtet, nicht nur nach Friedensmöglichkeiten auszuspähen, sondern solche durch eine aktive Politik baldmöglichst herbeizuführen. Nach meiner Überzeugung haben vom Hochsommer 1918 ab alle maßgebenden Organe der Reichsleitung und der Heeresleitung in der Erkenntnis übereingestimmt, daß es dringend erwünscht wäre, den Krieg bald zu Ende zu bringen. Es blieb also nur noch zu entscheiden, welcher Zeitpunkt und welche politischen Mittel zur Herbeiführung eines Friedensschlusses am vorteilhaftesten sein würden.

v. Winterfeldt, Generalmajor a. D.

2

Berlin, Voßstraße 16, 17. 4. 23

Zu I. Die Obliegenheiten, die mir in der Stellung als Vertreter der OHL beim Reichskanzler zufallen sollten, lagen für mich so klar, daß sie einer besonderen Präzisierung nicht bedurften. Es handelte sich darum, für ein möglichst reibungsloses und vertrauenvolles Zusammenarbeiten der beiden Stellen zu sorgen, das bis dahin nicht durchweg erreicht worden war. Wie ich diese Aufgabe zu lösen gedachte, war im wesentlichen eine Frage des Takts und des persönlichen Geschicks. Meine Berufung erfolgte in der Weise, daß ich in den ersten Tagen des August 17 von der OHL den telegraphischen Befehl erhielt, mich in Berlin beim Reichskanzler zu melden. Dort hatte ich eingehende Rücksprachen mit dem Kanzler Michaelis, der gerade sein Amt angetreten hatte, und mit seinem Chef der Reichskanzlei, Herrn v. Graevenitz. In diesen Besprechungen gewannen beide Herren den Eindruck, daß sie mit mir in dem gewünschten Sinne würden zusammenarbeiten können, und sprachen mir das aus. Ich fuhr dann wenige Tage später mit dem Kanzler und Graevenitz

zur OHL nach Kreuznach, und dort wurde meine Ernennung vollzogen. Mein Titel lautete: Abteilungschef im Stabe des Chefs des Generalstabes des Feldheeres, kommandiert zum Reichskanzler. Es kann sein, daß die Reichskanzlei noch irgend etwas Schriftliches über die Art meiner Tätigkeit bekommen haben könnte, dann müßte ein solches Schriftstück in den dortigen Akten zu finden sein. Ich selbst habe mich in der Ausübung meines nicht grade leichten Amtes immer von meinem Instinkt und Gewissen leiten lassen, habe aber selbstverständlich im dauernden engsten Verkehr mit dem General Ludendorff und den maßgebenden Abteilungschefs der OHL gestanden, so daß sich die Art der Geschäftsführung aus den täglichen Erfährungen heraus von selbst ergab und entwickelte.

Zu II. Besprechungen über Propaganda habe ich oft beigewohnt, bin aber an den zwischen Haeften und Deutelmoser abgehaltenen Konferenzen nicht beteiligt gewesen, so daß ich nähere Angaben hier nicht machen kann. Daß der Reichskanzler mit mir über eine von der O. H. L. gegebene Bürgschaft [1]) hinsichtlich des Haltens der Westfront gesprochen hätte, kann ich mich nicht erinnern, wohl aber habe ich bei verschiedenen Gelegenheiten mitangehört, wie er den Feldmarschall und den General Ludendorff danach fragte, ob und wie lange die Front mit Sicherheit erhalten würde, da diese Frage ja für das Problem des Friedensschlusses von entscheidender Bedeutung war. Ich hatte immer das Gefühl, daß es sehr schwer war, auf solche Fragen eine präzise Antwort zu geben und daß die Herren der OHL bemüht waren, einerseits die Zuversicht der Reichsleitung nicht ohne zwingenden Grund zu erschüttern, andrerseits aber nicht mehr zu versprechen, als was sie als ehrliche Soldaten mit Bestimmtheit einzulösen hofften.

Zu III. Die Unterrichtung des Reichskanzlers über die Lage an der Front erfolgte in der Weise, daß ich morgens die Operationsabteilung anrief und mich genau orientieren ließ, worauf ich dem Reichskanzler sofort an der Hand der Karte Vortrag hielt. Ich nehme an, daß auch bei den Ereignissen des 18. 7. und 8. 8. 18 in der gleichen Weise verfahren worden ist. Von Zeit zu Zeit begab ich mich an den Sitz der OHL und unternahm von dort ausgedehnte Fahrten an die Front, um persönliche Eindrücke für den Vortrag beim Reichskanzler zu sammeln.

Winterfeldt

18

Aufzeichnung des Präsidenten des Reichsarchivs, Generalmajors a. D. v. Mertz, vom 29. September 1922

Potsdam, den 29. September 1922
Brauhausberg

Unter Bezugnahme auf das Anschreiben vom 15. d. Mts. [2]) teile ich folgendes mit:

Über aktenmäßige Feststellungen verfüge ich nicht, da ich von dienstlichen Schriftstücken niemals Abschrift genommen habe, noch weniger mir solche widerrechtlich aneignete oder zurückbehielt.

---

[1]) Vgl. Anlage 10, Ziffer 6, S. 360. (Sch.)

[2]) Im Schreiben vom 15. 9. 1922 waren dem Präsidenten v. Mertz aus den Bekundungen des Staatssekretärs a. D. v. Hintze (Anlage 15) die auf ihn bezugnehmenden Stellen mit der Bitte um Äußerung mitgeteilt worden. (Sch.)

Betreffend die Angaben des Herrn v. Lersner kann ich folgende Ausführungen machen, die zu beeiden ich jederzeit bereit bin.

1. Das Telegramm des Herrn v. Lersner vom 26. 9. 18[1]) gibt den damaligen Sachverhalt getreulich wieder. Das Telegramm hatte seine Veranlassung in einer Auseinandersetzung, die zwischen dem genannten Herrn, General v. Bartenwerffer, Oberst Heye und mir am Morgen des 26. 9. stattfand. Die Äußerung des Generals Ludendorff war am 25. 9. 18 nachm. gefallen, und zwar in Gegenwart von General v. Bartenwerffer, Oberst Heye, dem österreichischen Militärbevollmächtigten General v. Klepsch und Generalarzt Schjerning.

2. Was Herrn v. Lersners Beurteilung der Lage[2]) unter Anführung auch meiner Person betrifft, so entspricht auch das den Tatsachen. Wir waren sowohl durch den Gang der Ereignisse als auch durch die Berichte von Generalstabs- und Truppenoffizieren über die Lage an unserer Westfront zu dieser Auffassung gekommen.

3. Die Äußerung des Generals Ludendorff mir gegenüber über die Lage Anfang September (die Besprechung fand am 1. September statt)[3]) ist dem Sinne nach richtig wiedergegeben. Ich teilte diese Äußerung am 16. September vormittags dem Herrn v. Lersner mit, als er meine Ansicht über unsere Gesamtlage als im offenen Widerspruch zu derjenigen des Generals Ludendorff stehend erachten zu müssen glaubte. Wir kamen auf dieses Thema zu sprechen, da mir General Ludendorff die Erlaubnis erteilt hatte, bei der für uns beide zweifellos katastrophalen Entwicklung der Ereignisse in Mazedonien und Bulgarien mit dem Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier in unmittelbare Verbindung zu treten.

4. Als ich vom 16. September ab mit Herrn v. Lersner zunächst die militärische Lage in Mazedonien besprach[4]), kamen wir auch auf unsere Gesamtlage zu reden, und zwar deswegen, weil Herr v. Lersner mir gegenüber den naheliegenden Gedanken vertrat, daß wir den Bulgaren durch Zusendung etlicher Divisionen aus der Westfront helfen sollten und könnten, eine Anschauung, in der Herr v. Lersner selbst unter den militärischen Mitarbeitern in der O. H. L. Mitvertreter hatte. Hierbei zeigte es sich, daß Herr v. Lersner unserer Westlage gegenüber geradezu harmlos war. Er stützte sich meinem Urteil gegenüber auf die ihm von General Ludendorff bisher zu Teil gewordenen Informationen. Als sich dann in geradezu katastrophaler Weise herausstellte, daß ich richtig vorausgesagt hatte, war Herr v. Lersner auf das tiefste erschüttert. Ich halte es nach meinen damaligen Beobachtungen für ausgeschlossen, daß Herr von Lersner mir gegenüber nur den Enttäuschten spielte. Ich muß annehmen, daß er erst seit Mitte September unter den furchtbaren Druck der wahren Lage kam. Ob ihn General Ludendorff bis zum 29. September über diese Lage in so völliger Unwissenheit gelassen hat, wie Herr von Lersner es angibt, vermag ich nicht zu bestätigen. Ich weiß nur, daß Herr v. Lersner aus dem ewigen Zweifeln bis 29. September nicht herauskam. Ich hatte dabei aber den Eindruck, daß es ihm dabei wie so manchen anderen Mitgliedern der O. H. L. ging, daß er nämlich in einem fürchterlichen inneren Kampf stand, indem man einerseits die Katastrophe sah und sie andererseits nicht begreifen konnte und wollte.

v. Mertz

---

[1]) Vgl. S. 403/404. (Sch.)
[2]) Vgl. S. 404. (Sch.)
[3]) Vgl. S. 404. (Sch.)
[4]) Vgl. S. 404. (Sch.)

19

Schreiben des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 7. 11. 1922

Der Minister
für Wissenschaft, Kunst und
Volksbildung
B Nr. 2789.

Berlin W 8, den 7. November 1922

Die Erledigung des gefälligen Schreibens vom 23. August 1922 hat sich verzögert, da ich vor der Beantwortung Ihrer Anfrage einige Herren, die an der Besprechung im September 1918 teilgenommen haben, zu hören wünschte. Nach den Aufzeichnungen des damaligen Ministers Exzellenz Schmidt hat die Besprechung über die von der Kirche und den Schulen einzuleitende Aufklärungsarbeit am 19. September 1918 unter der Leitung des Ministers stattgefunden. An ihr nahmen die Mitglieder des Ministeriums: der Unterstaatssekretär von Chappuis, der Ministerialdirektor Gerlach, die vortragenden Räte Reinhard, Hinze und Becker, sowie von seiten des Generalstabes des Feldheeres Oberst von Haeften und als Vertreter des Reichskanzlers der Ministerialdirektor Deutelmoser teil. Eine Niederschrift über das Ergebnis der Besprechung befindet sich nicht in den Akten; doch glaubt sich der Staatssekretär Dr. Becker zu erinnern, daß auch die Frage einer Erklärung der O. H. L. über die Kriegsaussichten eine Rolle gespielt habe. Ob schon in dieser Besprechung Ministerialdirektor Deutelmoser eine Bürgschaft der O. H. L. verlangt hat, läßt sich nicht feststellen. Dagegen ist folgendes aktenkundig:

Am 25. 9. 1918 wurde dem Ministerialdirektor Deutelmoser, dem Obersten von Haeften und dem Kriegspresseamt der in jener Besprechung in seinen Grundzügen erörterte Entwurf eines Erlasses an die Regierungen, die Provinzialschulkollegien, den evangelischen Oberkirchenrat, die Konsistorien und die Bischöfe zur Mitzeichnung übersandt. Dem Entwurf des Erlasses war der Entwurf von „Richtlinien für die dringlichste Aufklärungsarbeit in der Heimat", die gleichfalls für die genannten Behörden bestimmt waren, beigefügt. In dem letztgenannten Entwurf heißt es unter Ziffer 3a: „Die Front wird und muß halten; mit allen Mitteln ist die Zuversicht zu unserer militärischen Stärke zu heben und zu festigen (Stärke unserer Front, Aussichten des U-Bootkrieges, Sicherung der Rohstoffverteilung)."

In den Akten befindet sich ferner der Entwurf eines Schreibens des Ministerialdirektors Deutelmoser an den Kultusminister, in dem er sein Einverständnis mit dem Entwurf des Kultusministeriums ausdrückt. Der Entwurf ist von Ministerialdirektor Deutelmoser am 27. 9. 1918 gezeichnet. Deutelmoser bemerkt jedoch im Entwurf seines Schreibens, daß er an Stelle der in ihm erwähnten „Richtlinien" „Leitsätze für die Aufklärungsarbeit in der Heimat" ausgearbeitet habe, mit denen sich Oberst von Haeften, dem sie zugleich mit dem Verfügungsentwurf vorgelegt seien, vollkommen einverstanden erklärt hätte. Ziffer 6 der von ihm im Einverständnis mit Oberst von Haeften aufgestellten „Leitsätze" (der Entwurf der Leitsätze befindet sich in den Akten) lautet: „Im festen Vertrauen auf unsere erprobten tapferen Truppen verbürgt sich die O. H. L. dafür, daß unsere Westfront standhalten wird. Sie muß sich dazu aber auch auf die treue Hilfe der Heimat verlassen können. So wenig wie draußen am Feind darf zu Hause irgendwer in der Pflichterfüllung versagen, denn unser Verteidigungskampf ist ein Volkskrieg, bei dem es auf die Leistungen jedes Einzelnen ankommt, gleichviel auf welchem Posten er steht." Dieser Entwurf wurde mit dem Entwurf der „Leitsätze" vor Abgang an den Kultusminister dem Stellvertreter des Reichskanzlers und

dem Kriegspresseamt zur Genehmigung bzw. Erklärung des Einvernehmens vorgelegt. Der Entwurf trägt den eigenhändigen Einverständnisvermerk des Vizekanzlers Payer. Das Kriegspresseamt gab sämtliche Entwürfe an die unter Leitung des damaligen Staatssekretärs Erzberger stehende „Zentrale für Heimatsdienst" weiter, die die Entwürfe am 29. Oktober bzw. 15. November 1918 als durch die politischen Ereignisse überholt dem Kultusministerium zurücksandte.

I. V. (gez.) Becker

20

Aufzeichnung des Obersten a. D. Nicolai vom 27. Dezember 1922

Vorbemerkung

Am 9. Dezember 1922 hatte der parlamentarische Untersuchungsausschuß, Unterausschuß 4, an Oberst a. D. Nicolai die Bitte um Äußerung über folgende Punkte gerichtet:

1. Für die Beurteilung des Niederganges der Stimmung in der Heimat im Sommer und Herbst 1918 ist es von Wichtigkeit festzustellen, wer die Nachrichten der Obersten Heeresleitung über die Kriegslage bearbeitet hat, und wer für die endgültige Fassung, in der sie veröffentlicht wurden, die Verantwortung trägt. Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 18. 10. 22[1]) bittet Sie der Untersuchungsausschuß, sich hierzu möglichst eingehend schriftlich äußern zu wollen.

2. Es wäre dem Untersuchungsausschuß, 4. Unterausschuß, erwünscht, wenn Sie sich bei diesem Anlaß gleich mit zu folgender Angelegenheit äußern möchten:

„Am 20. 7. 1918 richtete der zur Dienstleistung bei Kaiser Wilhelm II. bestimmte Major Niemann ein Schreiben (Denkschrift) „Zur politischen Lage" an die O. H. L. Darin schrieb er unter 9.: „Die Notwendigkeit, unsere Presse und Propaganda einheitlich zu organisieren, tritt immer mehr in die Erscheinung. Hinter den Erfolgen unseres Heeres muß eine einheitliche Volksmeinung stehen. Diese Meinung ist nicht da, sie ist von der Leitung der Presse abhängig. Noch ist es möglich, den Kampf gegen eine Welt der Lüge und der Verleumdung aufzunehmen. Zu diesem Kampfe muß die gesamte Presse zusammengefaßt werden. Bisher haben wir bei der Einwirkung auf die Presse zu negativ gearbeitet. Man gebe der Presse Material, statt sie durch Zensurverfügung und Zensurverbot zur Opposition zu treiben."

Hierzu hat Oberst Bauer handschriftlich am 28. 7. 1918 bemerkt:

„Zu 9. Wir müssen wieder wahrheitsgetreu werden. Das Streben, es den anderen an Propaganda gleich zu tun, hat uns zur Unwahrhaftigkeit geführt, die unserem inneren Wesen widerspricht und infolgedessen ungeschickt und unwirksam war. Bei uns lügt die offizielle Berichterstattung, während die Presse wahr und objektiv blieb (wenigstens zum großen Teil). Bei unseren Feinden lügt man unter dem Strich und ist über dem Strich verhältnismäßig wahr. Wir sollten wieder zu unserer Objektivität zurückkehren, wenn auch auf manches Propagandamätzchen deshalb verzichtet werden muß. Das bei uns vielfach verloren gegangene Vertrauen in die eigene Berichterstattung wird dann wiederkehren.

---

[1]) Die für den Unterausschuß 4 erstattete schriftliche Bekundung des Obersten a. D. Nicolai vom 18. 10. 1922 ist hier nicht abgedruckt, da sie sich mit der Stellung der O. H. L. zu Friedensmöglichkeiten beschäftigt, diese Frage aber vom Unterausschuß 4 nicht zu behandeln war. (Sch.)

„Eine wirksame Propaganda im Innern und Beeinflussung der Presse ist bei uns nur erreichbar, wenn wir die Wahrheit sagen, die Öffentlichkeit rechtzeitig orientieren und so Volk und Presse tatsächlich an den Geschehnissen teilnehmen lassen.

„Im übrigen sollten wir es unterlassen, im Auslande um die Gunst zu werben. Das liegt uns nicht und ist auch nicht nötig. Auch im Auslande macht schließlich Wahrheit und Offenheit den größten Eindruck."

Auf diese Anfragen antwortete Oberst a. D. Nicolai mit folgendem Schreiben:

Berlin-Südende, den 27. Dezember 1922

An

den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß

Berlin
Reichstag

Zu dort. Nr. IV/421 v. 9. Dez. 1922.

1. Die Nachrichten der Obersten Heeresleitung über die Kriegslage wurden in der ersten Zeit des Krieges vom Generalquartiermeister v. Stein, nach dessen Ausscheiden aus der Obersten Heeresleitung von mir etwa während eines Monats, dann von der Operationsabteilung bearbeitet. Die Fassung, in der sie veröffentlicht wurden, war verschieden. Die Heeresberichte stammen wörtlich aus der Operationsabteilung. Sie wurden etwa ab Ende 1917 ergänzt durch die „W. T. B.-(Wolff) Kommentare", deren Redaktion der militärischen Stelle beim Auswärtigen Amt (General v. Haeften) oblag. Diese Kommentare trugen einen für das Ausland bestimmten propagandistischen Charakter. Da Deutschland über einen Einfluß auf die ausländische Presse nur in sehr bescheidenem Umfange verfügte, benutzte die militärische Stelle des Auswärtigen Amtes die deutsche Presse als Plattform. Die damit verbundene, nicht immer tendenzlose Beeinflussung auch der deutschen öffentlichen Meinung gab dem General Ludendorff Veranlassung, die Einstellung dieses Verfahrens der militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes zu befehlen.

Ich nehme an, daß damit die mir gestellte Frage, wer die Nachrichten der Obersten Heeresleitung über die Kriegslage bearbeitet hat, und wer für die endgültige Fassung, in der sie veröffentlicht wurden, die Verantwortung trägt, ausreichend und klar beantwortet ist. Sollte eine weitergehende Aufklärung darüber gewünscht werden, wie die nicht bei der Obersten Heeresleitung im Wortlaut bearbeiteten Nachrichten (Kriegsberichterstatter, Kriegspresseamt, pp.) zustande gekommen sind, für welches Arbeitsgebiet ich zuständig war, so bitte ich, mir diesbezügliche Wünsche zu übermitteln.

2. Die Denkschrift des Majors Niemann hat für die Berichterstattung oder für die bezüglichen Entschließungen der Obersten Heeresleitung keine Bedeutung gehabt. Ich entsinne mich nicht, die Denkschrift gesehen zu haben, weiß auch nicht, bezweifle aber, ob General Ludendorff sie kennt. Major Niemann kann in keiner Weise als sachverständig für die von ihm angeschnittene Frage der Presse und Propaganda gelten. Was er nach dem mir vom Untersuchungsausschuß mitgeteilten Auszug sagt, war für die Oberste Heeresleitung nicht neu. Auch ihr unausgesetztes Streben ging dahin, Presse und Propaganda einheitlich zu organisieren und zwar in der Hand des nach ihrer Ansicht zuständigen und verantwortlichen Reichskanzlers. Sie hat an dieser Forderung allen Reichskanzlern gegenüber festgehalten. Reichskanzler v. Bethmann ließ seine Ablehnung durch den Staatssekretär Wahnschaffe, (dessen Befragung ich anheimstelle), mir gegenüber am 28. 4. 1917 damit begründen, daß er mit der Presse nichts zu tun haben wolle.

Reichskanzler Michaelis stellte eine Erfüllung der von der Obersten Heeresleitung erhobenen Forderung in Aussicht. Seine kurze Kanzlerschaft verhinderte die Ausführung. Graf Hertling nahm in einem Schreiben vom Ende Juni 1918 zu den Vorschlägen der Obersten Heeresleitung zustimmend Stellung und schrieb:

„Mit den vorbereitenden Arbeiten habe ich meinen Pressechef beauftragt. Dieser wird einen Erholungsurlaub von 14 Tagen, den er am 23. August anzutreten gedenkt, benutzen, um seinen Entwurf über den Ausbau der neuen Einrichtung zu vollenden. Der Entwurf wird dann, nachdem er von mir geprüft ist, der OHL. und den an der Sache mitbeteiligten Reichszentralbehörden zur Einsicht und zur Äußerung etwaiger Änderungs- oder Ergänzungswünsche zugehen. Im Anschluß daran beabsichtige ich die endgültige Feststellung des Gesamtplanes, nötigenfalls unter Zuhilfenahme kommissarischer Beratungen, derart zu fördern, daß sie in kürzester Frist beendet sein und die praktische Ausführung ohne Verzug in die Wege geleitet werden kann."

Bei einer derartigen Sachlage konnte ein Bericht wie der des Majors Niemann der Obersten Heeresleitung nichts Neues bieten. Er spielt daher keinerlei Rolle.

Dasselbe trifft für Randbemerkungen zu, die Oberst Bauer zu der Denkschrift gemacht hat. Auch dieser Offizier war weder für dieses Gebiet verantwortlich, noch über die auf ihm tatsächlich bestehenden Verhältnisse orientiert. Ich muß um so mehr Einspruch dagegen erheben, daß seine Privatansichten zur Grundlage der Begutachtung gemacht werden, als es zurzeit nicht möglich ist, ihm Gelegenheit zu geben, seine Auffassung persönlich zu begründen. Keinesfalls gibt sie die der verantwortlichen Stellen, des Generals Ludendorff, des Chefs der Operationsabteilung oder des Chefs der Abteilung III B wieder.

Der damalige Chef der Operationsabteilung, Oberst Wetzell, befindet sich als Chef der Nachrichtentruppen noch im Dienste der Reichswehr. Ich empfehle, ihn zu hören [1]).

Im übrigen glaube ich, den notwendigen Aufschluß über die militärische Berichterstattung auf schriftlichem Wege nicht ausreichend geben zu können und stelle mich dem Untersuchungsausschuß zur mündlichen Auskunft zur Verfügung [2]).

gez. Nicolai, Oberst a. D.

21

Aufzeichnung des Ministerialdirektors a. D. Deutelmoser vom 26. Juli 1922

Anlage zu B.-Nr. 2954/A
vom 26. 7. 22.

Berlin, den 26. Juli 1922

Frage des Untersuchungsausschusses, 4. Unterausschuß.

Von welchem Zeitpunkt des Jahres 1918 an hat — nach Ihrer Kenntnis — die Oberste Heeresleitung volle Klarheit darüber gegeben, daß der Feldzug

---

[1]) Vgl. Anlage 22, Aufzeichnung des Obersten Wetzell vom April 1923.

[2]) Auf mündliche Vernehmungen hat der Unterausschuß 4 verzichtet. Oberst Nicolai hat sich über alle Fragen seines Arbeitsgebietes in seinen Büchern „Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg", sowie „Geheime Mächte. Internationale Spionage und ihre Bekämpfung im Weltkrieg und heute" ausführlich geäußert. (Sch.)

mit den Waffen nicht mehr gewonnen werden könne, und daß es daher notwendig sei, sobald wie möglich zum Frieden zu kommen?

Antwort:

Die Frage kann nur darauf hinzielen, wann die Oberste Heeresleitung unzweideutig erklärt hat, der Feldzug sei militärisch verloren, und die Reichsleitung müsse, bevor das aller Welt offenbar würde, schleunigst zu retten suchen, was überhaupt noch zu retten sei.

So deutlich hat sich die Oberste Heeresleitung niemals geäußert, auch dann nicht, als sie das sofortige Waffenstillstands- und Friedensangebot von der deutschen Regierung erzwang. Im Juni hatte sie freilich gesagt, ein guter Friede sei nur erreichbar, wenn außer den militärischen auch politische Mittel angewandt würden. Aber erstens war das durchaus keine Neuigkeit, und zweitens rückte die Oberste Heeresleitung sofort von dem Staatssekretär des Äußeren ab, als er im Reichstag am 24. Juni seine bekannte, so ziemlich auf die gleiche Note gestimmte Rede gehalten hatte.

Die rein militärische Siegeszuversicht ist in der Folgezeit überdies zusammen mit allen möglichen Eroberungsplänen so lebhaft weitergepredigt worden, daß notgedrungen jedermann daraus folgern mußte, die Oberste Heeresleitung hielte das Zustandekommen eines weniger anspruchsvollen Friedens für ein Kriegsergebnis, das sie von heute zu morgen herbeiführen könnte, wenn sie nur wollte. Nach irgendwelchen ernsthaften Zweifeln des Großen Hauptquartiers am entscheidenden Waffenerfolge sah jedenfalls diese Stimmungsmache nicht aus.

Im August ließ die Oberste Heeresleitung mich bitten[1]), beim preußischen Kultusminister mit darauf hinzuwirken, daß in den Kirchen und Schulen eine lebhafte Siegespropaganda betrieben würde. Zu verantworten war das nach meiner Ansicht nur, wenn sie die schriftliche Bürgschaft dafür abgab, daß wir keinesfalls mit einer schlechteren, sondern bloß mit einer besseren Entwicklung der militärischen Lage zu rechnen hätten. Diese Bürgschaft ist in der Tat auch geleistet worden und wird sich aus den Akten des Kultusministeriums nachweisen lassen.

Meine Propaganda-Notizen vom 19. August[2]) beweisen ferner, daß die Oberste Heeresleitung damals mit allem erdenklichen Nachdruck auf die schweren Gefahren jeder Art von Schönfärberei, zugleich auf die noch immer starke Kraft unsres deutschen Volkes und endlich darauf aufmerksam gemacht worden ist, daß es keine Bedenken, sondern nur Vorzüge hatte, rechtzeitig Klarheit zu schaffen.

Da die Heeresleitung ohne Zweifel ehrlich von dem überzeugt gewesen ist, was sie damals in der Öffentlichkeit verkündet hat, steht also fest, daß ihre Zuversicht auf den militärischen Sieg um das Ende des Monats August noch unerschüttert war. Bestätigt wird das durch die dem amtlichen Weißbuch einverleibte Niederschrift über den Kronrat vom 14. jenes Monats. Es heißt darin, daß politische Schritte zum Frieden erst getan werden sollten, wenn neue Waffenerfolge zu verzeichnen seien.

Bis zur Oktoberwende sind mir dann keinerlei Nachrichten mehr bekannt geworden, die mich hätten veranlassen können, die militärische Lage düsterer anzusehen. Wie wenig Grund dafür in Berlin vorhanden gewesen ist, beweist am besten die Tatsache, daß ich die Botschaft von dem plötzlichen Waffenstillstands- und Friedensbegehren der Obersten Heeresleitung durch den damaligen Chef des Kriegspresseamtes[3]) erfahren habe. Dieser sonst vorbildlich

---

[1]) Durch Vermittlung des Obersten v. Haeften. S. S. 312 ff. (Sch.)
[2]) Vgl. Anlage 8, S. 356 ff. (Sch.)
[3]) Major Würz. (Sch.)

ruhige Mann kam voller Bestürzung in mein Amtszimmer, um zu fragen, was ich von der furchtbaren Sache hielte. Wenn die Heeresleitung nicht selbst überrascht worden wäre, hätte sich solch ein Vorgang nimmermehr abspielen können.

Es steht also ferner fest, daß die Oberste Heeresleitung erst damals erkannt hat, wie die Dinge tatsächlich lagen, und daß sie daher unmöglich früher volle Klarheit darüber geschafft haben kann. Die ganze Tragweite der Ereignisse blieb ihr noch obendrein auch ferner verborgen. Sie wollte zwar baldigst zum Frieden gelangen, verhehlte sich aber nach wie vor die militärische Niederlage mit ihren unabwendbar gewordenen politischen Folgen. Wann der Friede möglich war, das hing jetzt nicht mehr von Deutschland, sondern von unsern Feinden ab. Genau so wenig, wie deren Heeresleitung, hätte die deutsche — den umgekehrten Sachverhalt vorausgesetzt — einen Waffenstillstand billiger zugestanden, als um den Preis der künftigen Sicherheit vor jeder Wiederaufnahme der Feindseligkeiten.

Weil die Oberste Heeresleitung sich sogar noch im Oktober 1918 darüber hinweggetäuscht hat, daß der Krieg militärisch verloren war, sind wir zu dem „möglichst" baldigen Frieden, selbst in dem Sinne, wie wir ihn um jene Zeit als das kleinste der wählbaren Übel hätten auslegen müssen, überhaupt nicht gekommen.

Deutelmoser.

22

Aufzeichnung des Obersten Wetzell

(Bis Anfang September 1918 Chef der Operationsabteilung im Großen Hauptquartier)

Berlin, den 6. April 1923

Betr.: Heeresberichte der O. H. L. 1918

Verantwortlichkeit:

Verantwortlich zeichnete für die Heeresberichte der O. H. L. 1918, wie seit Übernahme der Geschäfte des Chefs des Generalstabes des Feldheeres durch Generalfeldmarschall von Hindenburg (September 1916), der 1. Generalquartiermeister: General Ludendorff, wie sich aus der Unterschrift des Heeresberichts „Der 1. Generalquartiermeister" einwandfrei ergibt.

Die Heeresberichte wurden in meiner Abteilung von einem Generalstabsoffizier entworfen, mir vorgelegt und dann dem 1. Generalquartiermeister zur endgültigen Unterschrift — im Entwurf — überreicht. Somit trage auch ich die Mitverantwortung für diese Berichte.

Bearbeitung:

Während der beiden Jahre, in denen ich Abteilungschef der Operationsabteilung war, wurden die Heeresberichte bis Herbst 1917 von Hauptmann Gabriel, dann, während des ganzen Jahres 1918, von Hauptmann Wever (z. Zt. im Generalstabe der 7. Division München) bearbeitet.

Auf die Auswahl der die Heeresberichte bearbeitenden Generalstabsoffiziere, nach Charakter, dienstlicher Befähigung, bisherigen Kriegserfahrungen in der Front, wurde vom 1. Generalquartiermeister besonderer Wert gelegt. Für ihre Wahl war maßgebend, daß sie die Befähigung besaßen, sich schnell aus den eingegangenen Meldungen ein Bild der Lage zu machen und dies in generalstabsmäßig nüchterner Darstellungsweise und in leicht verständlichem Stile schriftlich niederlegen konnten.

Entstehung der Heeresberichte:

Die täglichen Heeresberichte wurden auf Grund der von allen Heeresgruppen und Armeen eingegangenen Meldungen zusammengestellt. Diese frühmorgens und gegen 7 Uhr abends eingehenden Tagesmeldungen wurden dem General Ludendorff durch den die Heeresberichte redigierenden Generalstabsoffizier, an der Hand genauer Einzeichnungen in großen Lagenkarten, im Wortlaute vorgelegt. Ab und an gab General Ludendorff hierbei schon gewisse Richtlinien oder Gesichtspunkte für die Abfassung des Berichtes, die dann als Unterlage dienten.

Es wurden täglich zwei Heeresberichte, der große Mittags- und ein in Telegrammstil gehaltener, kurzer Abendbericht, herausgegeben. Während der Mittagsbericht in knapper Form die wesentlichen Vorgänge des Vortages und die des Berichtstages bis etwa 10 Uhr vormittags enthielt, bildete der Abendbericht in gekürzter Form eine Ergänzung der Tagesereignisse bis etwa abends 7 Uhr.

Die Abfassung der Heeresberichte vollzog sich somit nach generalstabsmäßig nüchternen und rein militärischen Gesichtspunkten. Maßgebend war, daß sie bei der ungeheuren Ausdehnung der Kriegsschauplätze ein, auch dem Laien verständliches und zutreffendes Bild der Gesamtlage, und wo der Bericht einzelne Kampffronten behandelte, auch der dortigen Sonderlage geben sollten. Bei der gebotenen Kürze und Vorsicht bei der Berichterstattung konnten die für die Öffentlichkeit (auch der Feindländer und Neutralen) bestimmten Heeresberichte die Vorgänge und Zusammenhänge der Kriegshandlungen selbstredend nur in großen Umrissen zeichnen.

Die Vorsicht in der Abfassung war aus drei Gründen dringend geboten. Einmal, um dem Gegner nicht mehr Einblick in unsere Absichten, unsere Aufstellungen, unsere Kräfteverteilung u. a. m. zu geben, als er sich auf dem Wege durch Gefangenenaussagen, Agentenmeldungen, Patrouillen oder Kampfunternehmungen aller Art mühselig machen konnte, zum andern, um die eigene Truppe durch zu frühes Aufdecken der Karten nicht zu schädigen und schließlich, um der propagandistischen Art der feindlichen Heeresberichterstattung keinen Stoff zu bieten.

Während nämlich die Heeresberichte bei uns in dem nüchternen Generalstabsstil verfaßt wurden, wurden die französischen von einem dafür besonders ausgesuchten Journalisten (Leutnant d. R. Pierrefon) mit journalistischer Phantasie und feuilletonistischem Schwung verfaßt mit dem ausgesprochenen propagandistischen Zweck, unseren Heeresberichten in jeder Weise Abbruch zu tun (vgl. das Buch Pierrefons: Im frz. Gr. H. Qu.). Diese französische Absicht, der Welt die Kriegslage im französischen Bilde zu zeigen, war ja bei dem seit Übernahme der Geschäfte durch Generalfeldmarschall von Hindenburg eingetretenen Wechsel der Lage zu unseren Gunsten (rumänischer Feldzug 16/17, strategische Rückzugsbewegung in die Hindenburgstellung im Frühjahr 17, erfolgreiche Abwehr des englischen Durchbruchsangriffs bei Arras und des großen französischen Durchbruchsangriffs an der Aisne und in der Champagne im April/Mai 17, der Siege bei Tarnopol und Riga gegen die Russen, der großen Erfolge der Offensive gegen Italien im Herbst 17, der Abwehrsiege in der Flandernschlacht und schließlich der überraschend großen Angriffserfolge in den drei ersten Offensiven 1918) verständlich.

Besondere Richtlinien:

Schon die Nennung einzelner Führernamen oder Truppenbezeichnungen irgendwelcher Art u. a. m. konnte dem Gegner wichtige Aufschlüsse und Anhaltspunkte geben und für uns außerordentlich schädlich wirken. Ebenso war peinlich zu überlegen, ob bei Eroberung feindlichen Kampfgeländes oder bei Verlust uns entrissener Stellungsteile die Nennung von Ortschaften,

Wäldern, wichtigen Punkten usw. mit Rücksicht auf die Kampflage geboten war oder nicht. Als Korps- und Armeechef habe ich es öfter erlebt, daß Truppenteile nach schönen Kampferfolgen dringend darum baten, ihre Erfolge überhaupt nicht oder noch nicht im Tagesheeresbericht aufzunehmen. Es hing dies damit zusammen, daß bei größeren Kampfhandlungen es oft tagelang dauerte, bis jeder der beiden Gegner sich ein genaues, zutreffendes Bild der Kampflage an der Front — besonders für die Weiterverwendung der Artillerie — verschaffen konnte. Es ist vorgekommen, daß bei solchen Kämpfen die feindliche Führung den Verlust eines Dorfes, Waldes oder sonst wichtigen Kampfstückes, erst durch den feindlichen Heeresfunkspruch erfuhr, und daß dann kurze Zeit nach Herausgabe des Heeresberichts auf die betreffenden Örtlichkeiten ein schweres Artilleriefeuer oder Fliegerangriffe eröffnet wurden.

Auch wir haben manchmal aus den feindlichen Heeresberichten klärende Mitteilungen über die Lage erhalten.

Aus diesen im großen gezeichneten Richtlinien geht schon hervor, wie scharf abwägend bei der Heeresberichterstattung zu verfahren war, und welche militärisch peinliche Gewissenhaftigkeit und Überlegung ihre Abfassung verlangte.

Feindliche Heeresberichte:

Ich möchte hier betonen, daß ich persönlich mich wiederholt und eindringlich gegen die Veröffentlichung der feindlichen Heeresberichte im vollen Wortlaute und ohne Zensur in unserer Tagespresse ausgesprochen habe, da sie, wie ich schon erwähnte, bewußt nichts anderes bezweckten, als wie unseren zu entstellen und ein im feindlichen Sinne gefärbtes, uns Abbruch tuendes Bild der Lage zu geben. Leider wurde diese Mahnung aus Gründen der sattsam bekannten deutschen Sachlichkeit von der politischen Leitung, aber auch militärischerseits, nicht hinreichend gewürdigt. Bei der leider auch im Kriege zutage tretenden deutschen Art, dem Gegner oft mehr als den eigenen Führern zu glauben, haben diese Veröffentlichungen der Feind-Heeresberichte in der Heimat verheerend gewirkt, der Glaubwürdigkeit der deutschen Heeresberichte unberechtigt Abbruch getan und der O. H. L. später ebenso unberechtigte Vorwürfe eingetragen. Die deutschen Heeresberichte durften in keinem der Feindländer — selbst nicht in dem freien Amerika! — in der Presse im Wortlaut veröffentlicht werden.

Wir hatten nichts zu verheimlichen, noch zu verschönern, da, wie ich ja schon erwähnte, unter der Führerschaft Hindenburg-Ludendorff sich die Lage bis zum 15. Juli 1918 in langsam aufsteigender Linie bewegt hat. Unsere inneren Gebrechen (Mangel an Ersatz, Schwierigkeiten bei der Beschaffung der Munition und Waffen, die allmählich bis zum Frühjahr 1918 behoben wurden, der langsam sinkende Durchhalte- und Kampfwille, die sich verschlechternde Stimmung der an die Front kommenden Neuausgebildeten u. a. m.) waren der O. H. L. wohl bekannt. Solche Schwächen dem Feinde durch die Heeresberichte bekanntzugeben, wird doch wohl der politisch Unfähigste nicht verlangen. Die gegnerischen Heere hatten die gleichen Schwächen und machten noch weit schwierigere Krisen unter unseren Abwehr- und Angriffsschlägen (ich erinnere nur an den Rückschlag bei den Franzosen im Frühjahr 17, der Engländer im März 18) durch. Aus ihren Heeresberichten war darüber nicht das Geringste zu entnehmen, vielmehr das Gegenteil. Wenn es ihnen am schlechtesten ging, nahmen sie den Mund am vollsten!

„Schönfärberei" der deutschen Heeresberichte:

Wenn in dem Anschreiben des Untersuchungsausschusses an mich hervorgehoben wird, daß aus den Darlegungen des Oberst a. D. Nicolai sich erkennen

ließe[1]), „daß die O. H. L. sich der Gefahr der Schönfärberei bewußt gewesen sei," so kann ich pflichtmäßig nur erklären, daß sich diese Ansicht auf die offiziellen Heeresberichte nicht beziehen kann.

Sie wurden, wie ich schon eingehend ausführte, allein nach rein militärischen Gesichtspunkten herausgegeben ohne jede Schönfärberei.

Daß der Ton bei unseren oft gewaltigen Erfolgen, bei den besonderen Leistungen der Führung, wie bei den prachtvollen Heldentaten der Truppen im Angriff und in den erfolgreichen Abwehrkämpfen, etwäs wärmer gehalten war, und daß bei Mißerfolgen (z. B. Verlust einzelner Stellungsteile pp.) die Abfassung vorsorglicher gewählt werden mußte, ist begreiflich und sachlich militärisch — wie aus meinen obigen Ausführungen sich ergeben dürfte — auch durchaus berechtigt.

Auch die Absicht der geringsten bewußten Schönfärberei, ebenso wie irgendeine Beeinflussung in diesem Sinne, muß ich pflichtmäßig zurückweisen.

Wie offizielle Nachrichten der O. H. L. in der Heimat, ja selbst im Reichstag bewertet wurden, beleuchtet eindringlichst die Aufnahme der Nachricht von dem Siege bei Tarnopol im Sommer 1917 bei der damaligen Friedensresolutionsstimmung.

Es gab eben in der Heimat Männer, die glaubten oder wollten nicht an unsere Berichte und unsere Erfolge glauben; sie lasen zunächst erst das, was der Feind schrieb, und stellten sich danach stimmungsmäßig ein. Aus dieser Einstellung stammt auch die nach der Revolution erst entstandene Behauptung, die O. H. L. habe durch ihre Heeresberichte dem Volk die Wahrheit vorenthalten.

Hierzu möchte ich mir den Vorschlag erlauben, jetzt nach dem Kriege einem Gremium militärischer Sachverständiger die deutschen, französischen und englischen Heeresberichte zu einem rein sachlichen Vergleich zu unterbreiten. Es wird dann ein einwandfreies Bild erbracht werden. Die deutsche O. H. L. braucht diesen Vergleich nicht zu scheuen.

Was hätten die Franzosen und Engländer aus unseren Erfolgen im Herbst 1916, im Jahre 1917 und im Frühjahr 1918 der Welt nicht erzählt! Man vergleiche nur, was sie bei ihren Mißerfolgen in diesen Jahren der Welt vorgelogen haben.

Die Ansicht des Obersten a. D. Nicolai in seinen Darlegungen kann sich somit nicht auf die Heeresberichte, sondern m. E. höchstens auf die von ihm an die Presse gegebenen militärischen Orientierungen zu den Heeresberichten beziehen. Die dazu nötigen militärisch-sachlichen Unterlagen holte sich Oberst Nicolai (neben den offiziellen Heeresberichten) meistens in der Operationsabteilung, ab und an bei mir persönlich. Vielfach besprach sich Oberst Nicolai meines Wissens vor Herausgabe dieser Orientierungen mit dem Herrn 1. Generalquartiermeister unmittelbar.

Ich stehe bezüglich dieser Orientierungen nicht an zu erklären, daß ich es für eine pflichtbewußte Heeresleitung durchaus angebracht halte, daß sie in diesen Mitteilungen mehr offiziöser Art die Aktivseite unserer Lage besonders betonte, um den Kampfwillen in der Heimat und die Hoffnung auf einen Enderfolg wachzuerhalten. Die geschickte Verteilung von Licht und Schatten bei diesen Orientierungen der Öffentlichkeit mit dem bewußten Ziel, den Durchhaltewillen zu stärken, scheint mir bei unserer schwierigen Lage im Weltkriege militärisch durchaus geboten, zum andern aber auch bei einem in politischer und nationaler Beziehung eigenartigen, in allen Schichten allzu

---

[1]) Aus den Darlegungen des Obersten a. D. Nicolai in seinen Büchern geht hervor, daß die O. H. L. und er als Chef der III B sich der Gefahr einer etwaigen Schönfärberei bewußt gewesen sind und eine solche nicht wollten. (Sch.)

kritisch und objektiv veranlagten Volke, wie dem deutschen, dringend erforderlich.

Der jetzige Ruhrkampf zeigt ja ein ähnliches Bild. Auch hier ist es interessant, — wie im Kriege — aus den beiderseitigen Funksprüchen den Lügenfeldzug der Franzosen zu verfolgen. Ich erlaube mir zum Beweise den Tagesfunkdienst der französischen Funkstelle Düsseldorf und einen Auszug aus Funksprüchen der französischen Grenzfunkstellen beizulegen [1]).

Ich betone zum Schluß noch einmal, daß mit den offiziellen Heeresberichten diese Presseorientierungen nichts zu tun haben.

Vorbereitungen zum Waffenstillstandsangebot:

Solange ich bei der O. H. L. Abteilungschef der Operationsabteilung war (bis 6. September 1918), ist von den beiden maßgebenden Persönlichkeiten keine diesbezügliche Richtlinie für die Fassung der Heeresberichte ausgegeben worden. Ob es nachher geschah, weiß ich nicht. Darüber könnte Generalleutnant Heye, Chef der Personalabteilung im Reichswehrministerium, der mein Nachfolger bei der O. H. L. war, sowie Hauptmann Wever im Generalstabe der 7. Division, Auskunft geben. Gleiches gilt für die Orientierung der in dem Anschreiben an mich genannten Persönlichkeiten in der Heimat, General von Winterfeldt, Oberst von Haeften, Ministerialdirektor Deutelmoser.

Unterrichtung des Kaisers 1918:

In der Zeit, in der S. M. der Kaiser im Gr. H. Qu. (Kreuznach und Spa) weilte, war täglich gegen 12 Uhr mittags ein 1—2stündiger, rein militärischer Vortrag über die Lage durch den Generalfeldmarschall und General Ludendorff, dem ich beiwohnte. An der Hand großer, bis in Einzelheiten genau gezeichneter Lagenkarten wurden dem Kaiser die Kampfereignisse und die Lage an den verschiedenen Fronten je nach ihrer jeweiligen Wichtigkeit vom General Ludendorff im großen und in Einzelheiten eingehend vorgetragen, Fragen Sr. M. entsprechend beantwortet. Bei besonders wichtigen Ereignissen, wie bei Fassung wichtiger, von Sr. M. zu genehmigender Entschlüsse leitete meist der Generalfeldmarschall den Vortrag ein, während General Ludendorff alles weitere an der Hand der Lagenkarten näher und eingehender erläuterte. So sind die für die Offensive 1918 bei allen Armeen befohlenen Angriffsvorbereitungen wie die Absichten der O. H. L. S. M. vorgetragen und von ihm genehmigt worden. Ebenso ist die persönliche Entscheidung sowohl für die große März-, wie die April- (Lys), Mai- (Chemin des dames) und Juli- (Marne) Offensive auf dem mündlichen Vortragswege bei S. M. eingeholt worden.

Nach Übersiedelung des Operationsstabes der O. H. L. in das Gr. H. Qu. Avesnes geschah die Unterrichtung des Kaisers bei seinen wiederholten mehrtägigen Aufenthalten in der Nähe von Avesnes. Der Kaiser erschien meist einige Tage vor Beginn der jeweiligen Offensivhandlungen im Gr. H. Qu. Avesnes und wohnte während dieser Zeit in seinem Eisenbahnzuge. Mit Beginn der Angriffe begab sich S. M. meist zu den betreffenden Armeen nach vorne.

Neben dieser persönlichen Berichterstattung auf dem mündlichen Vortragswege durch General Ludendorff erfolgte noch die des zu Sr. M. kommandierten Oberstleutnants Niemann auf dem generalstabsmäßig geschäftlichen Wege. Oberstleutnant Niemann und in dessen Vertretung der aus meiner Abteilung stammende Hauptmann und Flügeladjutant von Ilsemann erhielten, wenn S. M. und die O. H. L. im gleichen Gr. H. Qu. waren, durch Herren meiner Abteilung — meist Hauptmann Wever oder von Poseck — genaue

[1]) Hier nicht beigefügt. (Sch.)

Unterlagen, um die von ihnen geführten Lagenkarten auf dem laufenden zu halten. War S. M. nicht mit uns an demselben Platze, so erhielten Oberstleutnant Niemann oder Hauptmann von Ilsemann für ihren Vortrag bei Sr. M. durch Fernschreiber morgens und abends die gekürzten, Nebensächlichkeiten weglassenden Lagenmeldungen der Armeen wie die offiziellen Heeresberichte. Vielfach wurden diese Fernschreibermeldungen durch mündlichen Gedankenaustausch mit den bei mir arbeitenden Herren noch genauer ergänzt.

Es ergibt sich hieraus, daß S. M., wie der zu ihm kommandierte Oberstleutnant Niemann, in weitgehendster Weise und auf das Genaueste im Bilde gehalten wurden. Bei der persönlichen Erfahrung und der generalstabsmäßigen Durchbildung des Oberstleutnants Niemann wie des Hauptmanns von Ilsemann waren diese Herren stets und ständig aus den ihnen zugänglich gemachten Meldungen und Nachrichten, nach Einzeichnung in ihre Lagenkarten, imstande, sich ein klares Bild über die Lage zu machen, auch ohne unmittelbare mündliche Unterrichtung durch uns. Letztere fand aber auch wiederholt durch General Ludendorff persönlich statt. Auch bei mir ist Oberstleutnant Niemann und Hauptmann von Ilsemann ab und an gewesen. Ich habe beiden Herren ohne jeden Rückhalt das für sie Notwendige stets bereitwilligst übermittelt oder durch meine Herren ihnen zugänglich gemacht. Irgendeine Beschränkung ist von General Ludendorff diesbezüglich mir nicht befohlen worden, wozu auch keinerlei Grund vorlag. Beide Herren waren so gewiegte Generalstabsoffiziere, daß sie sich schon aus den Veränderungen in den Lagenkarten ein zutreffendes Bild der jeweiligen Lage machen konnten.

Das Ergebnis der einzelnen Offensiven ist Sr. M. dem Kaiser während jeder einzelnen mündlich durch den Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff im Gr. H. Qu. Avesnes oder wie bei der Lys-Offensive durch Vortrag im Gelände bei Waselkem (im Zuge Sr. M.) vorgetragen worden. S. M. pflegten bei diesen Offensiven nach ein- oder mehrtägigem Aufenthalt an der Front immer wieder zu einem längeren Vortrag in das Gr. H. Qu. Avesnes zu kommen.

Auch der Mißerfolg der Juli-(Marne-)Offensive wurde dem Kaiser in Avesnes ohne jede Abschwächung und ebenso der schwere Rückschlag am 8. August einige Tage später beim Eintreffen der O. H. L. in Spa mündlich vorgetragen.

Schriftlich sind die Vorträge des Herrn Generalfeldmarschalls und des 1. Generalquartiermeisters nicht niedergelegt worden. Was die beiden Herren Sr. M. vortragen würden, ist jedoch stets im eingehenden Gedankenaustausch der beiden Herren vor den jedesmaligen Vorträgen eingehend festgelegt worden. Für schriftliche Niederlegung reichte bei der ungeheuren Arbeitsüberlastung des 1. Generalquartiermeisters und der Operationsabteilung nicht die Zeit. Sie hätte auch niemals ein so klares Bild geben können, als es in dem lebensvollen mündlichen Verfahren an der Hand der gewissenhaft genau geführten Lagenkarten geschah.

Es ist ab und an behauptet worden, der Kaiser sei von den verantwortlichen Persönlichkeiten der O. H. L. über die militärische Lage nicht ausreichend genug im Bilde gehalten worden.

Dem muß ich schärfstens widersprechen. Ich kann nur pflichtmäßig erklären, daß diesbezüglich nicht das Geringste versäumt worden ist.

Bei der raschen, für militärische Dinge aufnahmefähigen Veranlagung des Kaisers war dieser aus den eingehenden Vorträgen und Besprechungen einwandfrei in der Lage, sich im großen und kleinen ein zutreffendes Bild über die Gesamt- wie Einzellage an allen Fronten zu machen. Nicht unterlassen möchte ich hinzuzufügen, daß bei dem lebhaften Temperament und der ausgeprägten Phantasie Sr. M. des Kaisers es nicht selten vorkam, daß

in seinen Gedankengängen er zu weitgehende Folgerungen an Erfolge schloß, und daß er umgekehrt durch Mißerfolge oft mehr bedrückt wurde, als es bei ruhig abwägender Betrachtung der militärischen Lage nötig schien. Die ungeheure Verantwortung, die auf dem Kaiser während der vier Kriegsjahre ruhte, dürfte diese innere Entwicklung bei ihm besonders gefördert haben.

gez. Wetzell, Oberst.

23

Anhang

„Kriegskritik"

Militär-Wochenblatt Nr. 18. Juli 1916
(Verfasser: Oberstleutnant Schwertfeger)

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Nicht mit Unrecht haben wir Deutschen uns bisher unserer „militaristischen" Erziehung gerühmt. Begriffe und Anschauungen, die andere Völker erst im Verlaufe des Weltkrieges sich mühsam aneignen mußten, die besaßen wir schon von Generationen als sicheres und scheinbar unverlierbares Eigentum. Scheinbar, denn jetzt, nach fast zweijähriger Kriegsdauer, will es gelegentlich scheinen, als hätten weite und gerade die am meisten in die Öffentlichkeit tretenden Kreise das Augenmaß dafür eingebüßt, was der Krieg von uns erfordert, nicht an Opfern und Leistungen, sondern in der bewußten Selbstbeschränkung des Urteils, im Zurückstellen der eigenen, stets auf unsicherer Tatsachengrundlage fußenden Überzeugung zugunsten einer einheitlichen, straffen Leitung des Gesamtstaates, lediglich nach den militärischen Geboten der Stunde. Denn darüber kann doch wohl nicht der leiseste Zweifel bestehen, daß angesichts des uns umtobenden, auf Vernichtung des Gesamtstaates abzielenden Weltkrieges das ganze Reich in seinen gesamten Lebensäußerungen nur eine geschlossene Einheit bilden darf, von der die bewaffnete Macht nur einen Teil, allerdings den zurzeit wichtigsten darstellt. Für ein siegreiches Bestehen des uns aufgezwungenen Riesenkampfes ist es unbedingt erforderlich, daß nur ein einziger, kraftbewußter und zielsicherer Wille in die Erscheinung tritt, nach innen sowohl wie nach außen. Dieser wird bei uns verkörpert durch die Oberste Staats- und Heeresleitung, deren Fäden verfassungsgemäß in den Händen des Obersten Kriegsherrn zusammenlaufen. Es scheint mitunter, als wenn man sich im deutschen Volke dieses einfachen Sachverhaltes nicht genügend bewußt wäre.

Aber auch eine weitere Tatsache gerät ab und zu in Vergessenheit, wird wenigstens nicht überall so in den Vordergrund gerückt, wie es notwendig ist: die Tatsache, daß wir uns im Kriege befinden und unter den Ausnahmegesetzen des Krieges stehen. Jedem erscheint es selbstverständlich, daß auf einem Schiffe auf hoher See niemand zu befehlen hat außer dem Kapitän, daß in einer vom Feinde bedrohten Festung der Kommandant mit den denkbar weitesten Vollmachten, unter Umständen mit dem Rechte über Leben und Tod, ausgestattet sein muß. Wer hat es einem Gneisenau in Kolberg verdacht, wenn er unbequeme Äußerungen der Bürgerschaft, widersetzliche Handlungen einzelner Festungsbewohner mit aller Schärfe unterdrückte! Es war seine Pflicht, so zu handeln, und erbarmungslos hat die Geschichte und schon vor ihr die mitleidslose öffentliche Meinung mit denen abgerechnet, die

als Festungskommandanten im großen Prüfungsjahre 1806 nicht ihre ganze Person einzusetzen wußten, um die Rechte ihrer Stellung zu wahren.

Ist man sich in Deutschland überall dessen bewußt, daß wir uns zurzeit in der Lage einer riesigen, vom Feinde belagerten und mit der Aushungerung bedrohten Festung befinden? Daß alle Kräfte angespannt werden müssen, um diesen Plan der Feinde zuschanden zu machen? Daß jede Schwächung unserer für die Verteidigung des Vaterlandes verfassungsgemäß zuständigen Persönlichkeiten eine Schwächung unserer Gesamtenergie bedeutet?

Diese Frage muß schweren Herzens jeder verneinen, der vorurteilslos die Vorgänge der letzten Zeit beobachtet hat. Vaterlandsliebende Männer nicht nur, sondern ganze Kreise und ganze politische Parteien haben sich gedrungen gefühlt, ihrer Kritik die Zügel schießen zu lassen. Einzelne Gebiete unserer Kriegsbetätigung herausgreifend, für die sie sachverständig zu sein dachten, haben sie Verbesserungsvorschläge machen zu sollen geglaubt, sind gelegentlich sogar so weit gegangen, die zur Leitung Deutschlands berufenen Männer in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Hiergegen muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, was der junge Bonaparte im hellen Unmut dem Citoyen Berlier 1794 schrieb: „Es gehört sich nicht, daß diejenigen über die Richtigkeit der Operationen aburteilen, die nicht im Mittelpunkte der Maschine stehen." Nur wer die Gesamtfäden der Politik in der Hand hat, nur wem zugleich die strategische Gesamtbewertung der tausendfach verschlungenen, unendlich schwer zu übersehenden, stündlich wechselnden Kriegshandlung jederzeit uneingeschränkt zu Gebote steht, kann zuverlässig beurteilen, was not tut. Es ist eine Gefahr sondergleichen, wenn immer und immer wieder Schlagworte in die Massen geworfen werden, die sich in das öffentliche Bewußtsein einnagen und schließlich geglaubt werden, da man von oberster Stelle aus nichts Rechtes dagegen tun kann.

Deutschland hat einen überreichen Vorrat an Intelligenzen, die während der Kriegsdauer mehr oder weniger ausgeschaltet sind und bleiben müssen. Freiwilliger Verzicht auf Kritik liegt nicht gerade in deutscher Wesensart. Jeder möchte mitregieren, mithelfen, sein eigenes besseres Urteil zur Geltung bringen. Tausendfach wird täglich in Deutschland die strategische und politische Lage erörtert, und aus scheinbar sachverständigem Munde die beste, mitunter sogar die einzig mögliche Lösung gegeben. Gehen die weltgeschichtlichen Begebenheiten einen anderen Gang, so können sich die Unberufenen nur schwer damit abfinden. Ihre Kritik aber wirkt weiter und stiftet unberechenbaren Schaden.

Wir sind in Deutschland auf diesem Wege schon zu weit gegangen. Umkehr und Selbstbesinnung tut not, damit die berufenen Führer des deutschen Volkes auf seiner schwersten Sturmfahrt in die Lage gesetzt werden, getragen von der Unterstützung und dem Vertrauen eines ganzen Volkes, ihren Weg zu vollenden und das Ziel zu erreichen, das schon Friedrich der Große als das einzige eines jeden Krieges ansah: so schnell wie möglich zu einem möglichst vorteilhaften Frieden zu gelangen.

24

Literatur-Nachweis

Nur wichtigere Werke sind aufgenommen

Albrecht, Erzherzog: Über die Verantwortlichkeit im Kriege. Wien, Verlag von Faesy & Frick, 1869.

Armee und Revolution. Entwicklung und Zusammenhänge. Von einem deutschen Generalstabsoffizier. Militärisch-politische Streit- und Zeitfragen, 2. Heft. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1919.

Baschwitz, Kurt: Der Massenwahn, seine Wirkung und seine Beherrschung. München, C. H. Becksche Verlagsbuchhandlung, 1923.

Bauer, Oberst a. D.: Der große Krieg in Feld und Heimat. Erinnerungen und Betrachtungen. Tübingen, Osiander'sche Buchhandlung, 1921.

— Konnten wir den Krieg vermeiden, gewinnen, abbrechen? Flugschriften des Tag, Nr. 2. Berlin, August Scherl, 1919.

— Der Irrwahn des Verständigungsfriedens. Flugschriften des Tag, Nr. 4. Berlin, August Scherl, 1919.

— Ludendorff oder Delbrück? Eine Antwort von Oberst Bauer. Tübingen, Osiander'sche Buchhandlung, 1922.

Baumgarten, Professor D. Otto: Die Schuld am deutschen Zusammenbruch. Tagebuchblätter eines höheren preußischen Verwaltungsbeamten (Polizeipräsident a. D. Frhr. v. Lüdinghausen gen. Wolff). Tübingen, Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 1919.

Becker, Dr. Otto: Deutschlands Zusammenbruch und Auferstehung. Die Erneuerung der Staatsgesinnung auf Grund der Lehre unserer jüngsten Vergangenheit. 1. Teil: Bismarcks Reichsverfassung und Deutschlands Zusammenbruch. 2. Teil: Bedingungen für Deutschlands Wiederaufstieg. Berlin, Carl Heymanns Verlag, 1922, 2. Auflage.

Bernhardi, Friedrich von, General a. D.: Eine Weltreise 1911/12 und der Zusammenbruch Deutschlands. Eindrücke und Betrachtungen aus den Jahren 1911—1914 mit einem Nachwort aus dem Jahre 1919. Leipzig, S. Hirzel, 1920.

Bethmann Hollweg, Reichskanzler a. D. Th. von: Betrachtungen zum Weltkriege. 1. Teil: Vor dem Kriege. Berlin, Reimar Hobbing, 1919. 2. Teil: Während des Krieges, Berlin, Reimar Hobbing, 1921.

Bismarck, Otto Fürst von: Gedanken und Erinnerungen. Zwei Bände. Stuttgart, J. G. Cotta, 1898.

— dgl. 3. Band (Erinnerung und Gedanke). Stuttgart/Berlin. J. G. Cotta, 1919.

Bloem, Walter: Der Weltbrand. Deutschlands Tragödie 1914—1918. Zwei Bände. Berlin, Reimar Hobbing, 1922.

Bouton, S. Miles: Das Ende der Großmacht Deutschland. Betrachtungen eines Amerikaners über die Revolution von 1918. Berlin, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, 1923.

Bruchmüller, Oberst a. D. Georg: Die deutsche Artillerie in den Durchbruchsschlachten des Weltkrieges. 2. Auflage. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1922.

Buat, General: Ludendorff. Lausanne, Verlag Payot & Co., 1920.

Clausewitz, Carl von: Vom Kriege. 7. Auflage. Berlin, Ferd. Dümmlers Verlagsbuchhandlung, 1912.

Conrad (von Hoetzendorf), Feldmarschall: Aus meiner Dienstzeit 1906 bis 1918. Bis jetzt vier Bände. Wien, Berlin, Leipzig, München, Rikola-Verlag, 1921—1923.

Czernin, Graf Ottokar: Über die Politik während des Weltkrieges. Rede, gehalten den 11. Dezember 1918. Wien, Verlag von Moritz Perles, 1918.

Delbrück, Prof. Dr. Hans: Krieg und Politik 1914—1916. Berlin, Georg Stilke, 1918.

— 2. Teil: 1916—1917. Berlin, Georg Stilke, 1919.

— 3. Teil: 1918. Berlin, Georg Stilke, 1919.

— Ludendorffs Selbstporträt. 1. Auflage. Berlin, Verlag für Politik und Wirtschaft, 1922.

— Ludendorffs Selbstporträt. 10. Auflage. Mit einer Widerlegung der Foersterschen Gegenschrift. Berlin, Verlag für Politik und Wirtschaft, 1922.

Der Feldherr Ludendorff. Militärpolitisch betrachtet von einem Soldaten. Berlin-Fichtenau, Verlag Gesellschaft und Erziehung, 1920.

Dibelius, Professor Dr. Wilhelm: Monarchie und Republik. Velhagen und Klasings Monatshefte, Bielefeld und Leipzig, Juli 1923.

Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch. Vollständige Sammlung der von Karl Kautsky zusammengestellten amtlichen Aktenstücke usw. Herausgegeben von Graf Max Montgelas und Prof. Walter Schücking. Vier Bände. Charlottenburg, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, 1919.

Die Tragödie Deutschlands. Im Banne des Machtgedankens bis zum Zusammenbruch des Reiches. Von einem Deutschen. München/Leipzig, Duncker & Humblot, 1922.

Dryander, D. Ernst von: Erinnerungen aus meinem Leben. 3. Auflage. Bielefeld/Leipzig, Velhagen und Klasing, 1923.

Eckardstein, Hermann Frhr. von: Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten. 3 Bände. Leipzig, Verlag Paul List. 2. Auflage. (1. Auflage 1919.)

Egelhaaf, Prof. Dr. Gottlob: Geschichte der neuesten Zeit vom Frankfurter Frieden bis zur Gegenwart. 2 Bände. 8. Auflage. Stuttgart, Carl Krabbe Verlag (Erich Gußmann), 1920.

Eggert, Oberstleutnant a. D. Hans: Ludendorff als Mensch und Politiker. Eine Entgegnung auf Prof. Hans Delbrücks Angriffe. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1922.

Eisenhart-Rothe, General d. Inf. a. D. von: Der Kaiser am 9. November. Eine Klarstellung nach noch nicht veröffentlichtem Material. Flugschriften des „Anker", Nr. 1. Berlin-Wilmersdorf, Verlag Universitas, 1922.

Endres, Kais. Osm. Major a. D. Franz Carl: Politik und Kriegführung. Eine Gegenwartsstudie. Flugschriften der Münchener Neuesten Nachrichten. München, Verlag von Knorr & Hirth, 1917.

Erzberger, Reichsfinanzminister a. D. Matthias: Erlebnisse im Weltkrieg. Stuttgart und Berlin, Deutsche Verlagsanstalt, 1920.

Falkenhayn, General der Infanterie z. D. Erich v.: Die Oberste Heeresleitung 1914—1916 in ihren wichtigsten Entschließungen. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1920.

Fehr, Major a. D. Otto, Archivrat im Reichsarchiv: Die Märzoffensive 1918 an der Westfront. Strategie oder Taktik? Eine Studie auf Grund amtlichen Materials. Leipzig, K. F. Koehler, 1921.

Fester, Prof. Dr. Richard: Die Wandlungen der belgischen Frage. Halle a. d. S., Verlag von Max Niemeyer, 1918.

Foerster, Oberstleunant a. D. Wolfgang: Graf Schlieffen und der Weltkrieg. Drei Teile in einem Bande. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1921.

— Hans Delbrück — ein Porträtmaler??? Antwort auf die Schrift „Ludendorffs Selbstporträt". Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1922.

Foß, Konteradmiral a. D.: Enthüllungen über den Zusammenbruch. Eine Betrachtung über die Ursachen, daß es so gekommen ist. Nebst Nachtrag I. Halle a. d. S., Richard Mühlmann Verlagsbuchhandlung (Max Grosse), 1919.

Freytag-Loringhoven, General der Infanterie a. D. Frhr. von: Folgerungen aus dem Weltkriege. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1917.

— Geschultes Volksheer oder Miliz? Kriegslehren aus Vergangenheit und Gegenwart. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1918.

— Politik und Kriegführung. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1918.

— Generalfeldmarschall Graf Schlieffen. Sein Leben und die Verwertung seines geistigen Erbes im Weltkriege. Leipzig, Historia-Verlag Paul Schraepler, 1920.

— Angewandte Geschichte. Ein Versuch. Berlin und Leipzig, Vereinigung Wissenschaftlicher Verleger Walter de Gruyter & Co., 1920.

— Feldherrngröße. Vom Denken und Handeln hervorragender Heerführer. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1922.

— Die Psyche im Heere. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1923.

— Menschen und Dinge, wie ich sie in meinem Leben sah. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1923.

Giehrl, Major Hermann von: Das amerikanische Expeditionskorps in Europa 1917/18. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1918.

Groener, Generalleutnant z. D. Wilhelm: Politik und Kriegführung. Ein Rückblick auf den Weltkrieg. Vortrag. Stuttgart, Verlag Ferdinand Enke, 1920.

— Der Weltkrieg und seine Probleme. Rückschau und Ausblick. Berlin, Georg Stilke, 1920.

Gleich, Generalmajor G. von: Die alte Armee und ihre Verirrungen. Eine kritische Studie. Leipzig, K. F. Koehler, 1919.

Haller, Johannes: Aus dem Leben des Fürsten Philipp zu Eulenburg-Hertefeld. Berlin, Gebrüder Paetel, 1924.

Hammann, Wirkl. Geh. Rat Dr. Otto: Der neue Kurs. Berlin, Reimar Hobbing, 1918.

— Zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Erinnerungen aus den Jahren 1897—1906. Berlin, Reimar Hobbing, 1918.

— Um den Kaiser. Erinnerungen aus den Jahren 1906—1909. Berlin, Reimar Hobbing, 1919.

— Der mißverstandene Bismarck. Zwanzig Jahre Deutscher Weltpolitik. Berlin, Reimar Hobbing, 1921.

— Bilder aus der letzten Kaiserzeit. Berlin, Reimar Hobbing, 1922.

Haußmann, Staatssekretär a. D. Conrad: Geheimbericht Nummer 7 vom Februar 1917. Die Innenpolitik Deutschlands als Instrument der Außenpolitik Frankreichs. In französischem und deutschem Text herausgegeben. Berlin, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, 1921.

Helfferich, Staatssekretär a. D. Karl: Der Weltkrieg. 3. Band. Vom Eingreifen Amerikas bis zum Zusammenbruch. Berlin, Ullstein & Co., 1919.

Hertling, Rittmeister a. D. Karl Graf von: Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters. Freiburg im Breisgau, Herdersche Verlagshandlung, 1919.

Hindenburg, Generalfeldmarschall von: Aus meinem Leben. Leipzig, S. Hirzel, 1920.

Hobohm, Dr. Martin: Delbrück, Clausewitz und die Kritik des Weltkrieges. Preußische Jahrbücher. Augustheft 1920. Berlin, Georg Stilke, 1920.

Hoffmann, General a. D. Max: Der Krieg der versäumten Gelegenheiten. München, Verlag für Kulturpolitik 1923.

Hohlfeld, Dr. Johannes: Geschichte des Deutschen Reiches 1871—1924. Leipzig, S. Hirzel, 1924.

Huldermann, Bernhard, Direktor der Hamburg-Amerika-Linie: Albert Ballin. Oldenburg i. O./Berlin, Georg Stalling, 1922.

Jagow, Dr. Kurt: Daten des Weltkrieges. Vorgeschichte und Verlauf bis Ende 1921. Leipzig, K. F. Koehler, 1922.

Jenny, Dr. E.: Die Errungenschaften der Revolution. Berlin, August Scherl, 1919.

Kerchnawe, Generalmajor d. R. Hugo: Der Zusammenbruch der Österr.-Ungar. Wehrmacht im Herbst 1918. Dargestellt nach Akten des Armee-Ober-Kommandos und anderen amtlichen Quellen. München, J. F. Lehmanns Verlag, 1921.

Koester, Reichsminister des Innern Dr. Adolf: Fort mit der Dolchstoß-Legende! Warum wir 1918 nicht weiterkämpfen konnten. Berlin, Verlag für Politik und Wirtschaft, 1922.

Krauß, K. K. General d. Inf. a. D. Alfred: Die Ursachen unserer Niederlage. Erinnerungen und Urteile aus dem Weltkrieg. 2. Auflage. München, J. F. Lehmanns Verlag, 1921.

Kuhl, General der Infanterie a. D. Hermann von: Der deutsche Generalstab in Vorbereitung und Durchführung des Weltkrieges. 2. Auflage. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1920.
— Der Marnefeldzug 1914. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1921.
— Französisch-englische Kritik des Weltkrieges. Kritische Beiträge zur Geschichte des Weltkrieges. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1921.
— Die Kriegslage im Herbst 1918. Warum konnten wir weiterkämpfen? Eine Entgegnung auf die Schrift von Adolf Köster: Konnten wir im Herbst 1918 weiterkämpfen? Berlin, Dob-Verlag, 1922.
— Ludendorffs Selbstporträt. Juliheft 1922 der Preußischen Jahrbücher.
— Die militärischen Grundlagen der deutschen Offensive im Jahre 1918. (Gutachten für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß, 4. Unterausschuß.) Berlin, 1922. Neudruck, Berlin, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, 1924.
— Durchführung und Scheitern der deutschen Offensive im Jahre 1918. (Gutachten für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß, 4. Unterausschuß.) Berlin, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, 1924.

Lehmann, Dr. Karl: Ludendorffs Schuld an der militärischen Katastrophe. Leipzig, Verlag Otto Hillmann, 1920.

Ludendorff, General a. D. Erich: Meine Kriegserinnerungen 1914—1918. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1919.
— Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1920.
— Kriegführung und Politik. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1922.
— Französische Fälschung meiner Denkschrift von 1912 über den drohenden Krieg. Ein Beitrag zur „Schuld" am Kriege. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1919.
— Entgegnung auf das amtliche Weißbuch: „Vorgeschichte des Waffenstillstandes". Heft 1. Das Scheitern der neutralen Friedensvermittelung August/September 1918. (Abgeschlossen 13. 8. 1919.) — Heft 2. Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot. (Abgeschlossen Ende August 1919.) — Heft 3. Das Verschieben der Verantwortlichkeit. (Abgeschlossen 2. 9. 1919.) Alle drei Hefte Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1919.
— General Ludendorffs Erwiderung auf Professor Delbrücks Kritik in den „Preußischen Jahrbüchern" und Professor Delbrücks Replik. Berlin, Karl Curtius, 1920.
— Verschiedene Aufsätze im Militär-Wochenblatt.

Lüdinghausen, Frhr. von, gen. Wolff: Siehe unter Baumgarten.

Meinecke, Prof. Dr. Friedrich: Der nationale Gedanke im alten und neuen Deutschland. Sonderabdruck aus dem „Deutschen Willen" (Kunstwart), 1. und 2. Februarheft 1919.
— Die geschichtlichen Ursachen der deutschen Revolution. Deutsche Rundschau. Maiheft 1919.

Meister, Al.: Unser belgisches Kriegsziel. Münster i. W., Borgmeyer & Co., 1917.

Michaelis, Reichskanzler a. D. Georg: Für Staat und Volk. Eine Lebensgeschichte. Berlin, Furche-Verlag, 1922.

Moltke, Generaloberst Helmuth von: Erinnerungen, Briefe, Dokumente 1877—1916. Ein Bild vom Kriegsausbruch, erster Kriegsführung und Persönlichkeit des ersten militärischen Führers des Krieges. Herausgegeben von Eliza von Moltke. Stuttgart, Der Kommende Tag A.-G. Verlag, 1922.

Moser, Generalleutnant z. D. Otto von: Kurzer strategischer Überblick über den Weltkrieg 1914—1918. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1921.

Müller, Ministerialdirektor a. D. Oscar: Warum mußten wir nach Versailles? Von der Friedensresolution zum Friedensschluß. Berlin, Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt, 1919.

Nowak, Karl Friedrich: Der Weg zur Katastrophe. München, Verlag für Kulturpolitik, 1919.

— Der Sturz der Mittelmächte. München, Verlag für Kulturpolitik, 1921.

— Chaos. München, Verlag für Kulturpolitik, 1923.

Nicolai, Oberst W.: Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1920.

— Geheime Mächte, Internationale Spionage und ihre Bekämpfung im Weltkrieg und heute. Leipzig, K. F. Koehler, 1923.

Niemann, Oberstleutnant a. D. Alfred: Kaiser und Revolution. Die entscheidenden Ereignisse im Großen Hauptquartier. Berlin, August Scherl, 1922. Vorabdrucke des Buches erschienen im Tag vom 9. 5. 1922 ab.

— Wanderungen mit Kaiser Wilhelm II. Leipzig, K. F. Koehler, 1924.

Paschen, Vizeadmiral z. D. A.: Das Ende des Weltkrieges. Berlin, Karl Curtius.

Payer, Friedrich, ehemals Stellvertreter des Reichskanzlers: Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder. Frankfurt a. M., Frankfurter Societätsdruckerei, 1923.

Reventlow, Graf Ernst: Deutschlands auswärtige Politik 1888—1914. 10. Auflage. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1918.

— Politische Vorgeschichte des Großen Krieges. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1919.

(Ritter): Kritik des Weltkrieges. Das Erbe Moltkes und Schlieffens im großen Kriege. Von einem Generalstäbler. Leipzig, K. F. Koehler, 1920.

Rohrbach, Dr. Paul: Chauvinismus und Weltkrieg. 1. Band: „Die Brandstifter der Entente", von Paul Rohrbach und Joachim Kühn. Berlin, Verlag H. R. Engelmann, 1918. — 2. Band: „Die Alldeutschen", von Martin Hobohm und Paul Rohrbach. Berlin, Verlag H. R. Engelmann, 1919.

Roloff, Gustav: Die Bilanz des Krieges. Ursprung, Kampf, Ergebnis. Königstein i. Taunus und Leipzig, K. R. Langewiesche, 1921.

Rosner, Karl: Der König. Weg und Wende. Stuttgart/Berlin, J. G. Cotta, 1921.

— Siehe auch unter: Wilhelm, Deutscher Kronprinz.

Said-Ruete, Rudolph: Politische Korrespondenzen und Friedfertige Kriegsaufsätze 1914—1918. Zürich, Orell Füßli, 1919.

Scheller-Steinwartz, Gesandter a. D. Dr. R. R. v.: Auswärtige Politik und Diplomatenkunst. Reform des Auswärtigen Amtes. Reform des Aus-

wärtigen Dienstes. (Im Handbuch der Politik, 3. Auflage, 3. Band.) Berlin und Leipzig, Dr. Walther Rothschild, 1921.

Schlieffen, Generalfeldmarschall Graf: „Feldherr." Aufsatz im „Handbuch für Heer und Flotte", herausgegeben von General v. Alten. 3. Band.

(Schnee, Gouverneur a. D. Heinrich): Niederbruch und Aufstieg. Wege zu Deutschlands Errettung. Von einem Staatsmanne. Leipzig, Quelle & Meyer, 1921.

— Weltpolitik vor, in und nach dem Kriege. Leipzig, Quelle & Meyer, 1923.

Schwarte, Generalleutnant z. D. M.: Die Militärischen Lehren des Großen Krieges. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1920.

— Der große Krieg 1914—1918. In 10 Bänden. Im Erscheinen begriffen. Im gemeinsamen Verlage mehrerer Verleger.

Schweinitz, Wilhelm von, ehemals deutscher Militärattaché im Haag: Abriß meiner Haager Berichterstattung. Ein Beitrag zur Geschichte des letzten Kriegsjahres. Die Grenzboten. Leipzig, Verlag K. F. Koehler, Nr. 47—52; 19. November bis 24. Dezember 1921.

Stegemann, Hermann: Geschichte des Krieges. 4. Band. Stuttgart und Berlin, Deutsche Verlagsanstalt, 1921.

(Stein, August): Irenaeus. Aufsätze August Steins. Frankfurt a. M., Frankfurter Societätsdruckerei, 1921.

Stein, General der Artillerie z. D., Kriegsminister a. D., Dr. von: Erlebnisse und Betrachtungen aus der Zeit des Weltkrieges. Leipzig, K. F. Koehler, 1919.

Steinhausen, Prof. Dr. Georg, Major d. L.: Die Grundfehler des Krieges und der Generalstab. Gotha, F. A. Perthes, 1919.

— Die Verwirrung der Geister. Märzheft 1920 der Preußischen Jahrbücher.

— Verfallsstimmung im kaiserlichen Deutschland. Novemberheft 1923 der Preußischen Jahrbücher.

Stieve, Friedrich: Gedanken über Deutschland. Jena, Eugen Diederichs, 1920.

Tirpitz, Großadmiral Alfred von: Erinnerungen. Leipzig, K. F. Koehler.

Valentin, Archivrat Prof. Dr. Veit: Deutschlands Außenpolitik von Bismarcks Abgang bis zum Ende des Weltkrieges. Berlin, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, 1921.

Volkmann, Major a. D. Erich Otto: Der Große Krieg 1914—1918. Kurzgefaßte Darstellung auf Grund der amtlichen Quellen des Reichsarchivs. 3. Auflage. Berlin, Reimar Hobbing, 1922.

Vorgeschichte des Waffenstillstandes. Amtliche Urkunden. Herausgegeben im Auftrage des Reichsministeriums von der Reichskanzlei. Berlin, Reimar Hobbing, 1919. (Jetzt im Verlage der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin. Neue, revidierte und ergänzte Ausgabe. Berlin 1924.)

Waentig, Professor Heinrich: Belgien. Halle a. d. S., Verlag Max Niemeyer, 1919.

— Zusammenbruch und Wiederaufbau. Ein Versuch zur Deutung der großen Fragen unserer Zeit im Hinblick auf Deutschlands Zukunft. Bonn und Leipzig, Kurt Schroeder, 1920.

Waldersee — Denkwürdigkeiten des **General-Feldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee.** Auf Veranlassung des Generalleutnants Georg Grafen von Waldersee bearbeitet und herausgegeben von Heinrich Otto Meisner. 3 Bände. Stuttgart/Berlin, Deutsche Verlagsanstalt, 1922/23.

Westarp, M. d. R. Graf: Die Regierung des Prinzen Max von Baden und die Konservative Partei. Beiträge zu konservativer Politik und Weltanschauung, Heft 1. Sonderabdruck aus der Konservativen Monatsschrift. Berlin, Kärrner-Verlag, 1921.

Wilhelm II., Deutscher Kaiser: Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878—1918. Leipzig/Berlin, K. F. Koehler, 1922.

Wilhelm, Deutscher Kronprinz: Erinnerungen des Kronprinzen Wilhelm. Aus den Aufzeichnungen, Dokumenten, Tagebüchern und Gesprächen herausgegeben von Karl Rosner. Stuttgart und Berlin, J. G. Cotta, 1922.

— Meine Erinnerungen aus Deutschlands Heldenkampf. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1923.

Wohlers, Günther: Die staatsrechtliche Stellung des Generalstabes in Preußen und im Deutschen Reich. Geschichtliche Entwicklung bis zum Versailler Frieden. Bonn und Leipzig, Kurt Schroeder, 1921.

Wrisberg, Generalmajor a. D. Ernst von: Der Weg zur Revolution 1914 bis 1918. Leipzig, K. F. Koehler, 1921.

— Heer und Heimat 1914—1918. Leipzig, K. F. Koehler, 1921.

— Wehr und Waffen 1914—1918. Leipzig, K. F. Koehler, 1922.

Zensurbuch für die deutsche Presse. Herausgegeben von der Oberzensurstelle des Kriegspresseamts im März 1917. Berlin, Reichsdruckerei, 1917.

Zimmermann, Bodo: Der Zusammenbruch. 2. Auflage. Berlin, Karl Sigismund, 1919.

Zwehl, General d. Inf. a. D. Hans von: Die Schlachten im Sommer 1918 an der Westfront. Einzelheft der Kritischen Beiträge zur Geschichte des Weltkrieges. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1921.

Nachschrift

Die unter dem Titel „Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914“ herausgegebenen Aufzeichnungen des ehemaligen Staatssekretärs und Chefs des Kaiserlichen Zivilkabinetts Clemens v. Delbrück, herausgegeben von Joachim v. Delbrück, München, Verlag für Kulturpolitik, habe ich nicht mehr berücksichtigen können. Was in den Zeitungen bis jetzt daraus mitgeteilt worden ist, stimmt mit meinen Darlegungen völlig überein.

Nach Abschluß meines Gutachtens sind mir bekannt geworden:

Aus Conrad Haußmanns politischer Arbeit. Herausgegeben von seinen Freunden. Frankfurter Societäts-Druckerei, Frankfurt a. M. 1923.

Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen von Conrad Haußmann. Herausgegeben von Dr. Ulrich Zeller. Frankfurter Societäts-Druckerei, Frankfurt a. M. 1924.

Zu nachträglichen Änderungen meines Gutachtens gaben diese Schriften keinen Anlaß.

Hannover, 15. Februar 1925.

Bernhard Schwertfeger,
Oberst a. D.

Register zu Band 2

Adler, Dr., Führer der österreichischen Sozialdemokratie, 1918 Staatssekretär. S. 146.
Alexander der Große. S. 20. 74. 406.
v. Alten, Generalmajor, Militärschriftsteller. S. 22.
Alfons XIII., König von Spanien. S. 221. 229. 392.
v. Arz, k. u. k. Generaloberst, Chef des k. u. k. Oberkommandos seit Februar 1917. S. 123. 234. 397.
v. Altrock, Generalleutnant, Schriftleiter des Militärwochenblatts. S. 326.
Auguste Viktoria, Deutsche Kaiserin. S. 240. 241. 268. 269.

Ballin, Direktor der Hamburg-Amerika-Linie. S. 229.
v. Bartenwerffer, Generalmajor, Chef der politischen Abteilung beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 136. 249. 264. 271. 272. 276. 403. 404. 426. 428.
Bauer, Oberst, Chef der Abteilung IIb der Operationsabteilung des Chefs des Generalstabes des Feldheeres. S. 26. 27. 29. 30. 35. 38. 42. 73. 78. 83. 88. 175. 215. 217. 219. 220. 221. 235. 275. 307. 312. 320. 363. 430. 432.
Baumgarten, D., Universitätsprofessor in Kiel. S. 312.
Becker, Dr. Prof., Vortragender Rat im Preußischen Kultusministerium. S. 313. 314, 429, 430.
v. Berg, Chef des Geheimen Zivilkabinetts des Kaisers von Januar bis Oktober 1918. S. 175. 223. 227. 266. 267. 283. 348. 367. 374. 375. 388. 391. 392. 410. 413. 417. 423.
v. Bergen, Dr., Wirklicher Legationsrat im Auswärtigen Amt. S. 251. 252. 263.
Berger, Ministerialdirektor. S. 314.
Berlier, französischer Bürger 1794. S. 441.
v. Bernhardi, General der Kavallerie, Militärschriftsteller. S. 312.
v. Bernstorff, Graf, Deutscher Botschafter in Washington bis 1917, im Jahre 1918 Botschafter in Konstantinopel. S. 31. 155.
v. Bethmann Hollweg, Dr., Reichskanzler von 1909 bis 13. Juli 1917.
— Handschriftliche Aufzeichnungen vom 11. und 14. Juli 1917. S. 152, 153.
— „Betrachtungen zum Weltkrieg". S. 74. 82. 85. 86. 327.
— Eintreten für die Berufung Hindenburgs zum Chef des Generalstabes. S. 15. 16. 29. 83. 178.
— Stellung zum Frieden. S. 112. 227. 342.
— Zusammenarbeiten mit dem Kaiser. S. 28, 31.
— Ansicht Ludendorffs über Bethmann Hollweg. S. 80. 83.
— Nachfolger Bethmann Hollwegs. S. 43. 82. 100.
— Gegensatz zur O.H.L. S. 29. 87. 174. 278. 431.
— Rücktritt. S. 27. 28. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 40. 72. 73. 88. 119. 183.
— Schreiben an den Reichskanzler Grafen Dr. v. Hertling vom 26. Januar 1918. S. 111. 142—145.
— Sittlicher Idealismus. S. 29. 85.
v. Bismarck, Otto, Fürst, Deutscher Reichskanzler 1871—1890. S. 15. 17. 18. 21. 25. 26. 46. 79. 87. 88. 120. 175. 182. 327. 339.
v. Blücher, Fürst, Preußischer Feldmarschall in den Freiheitskriegen. S. 23. 80. 184. 185.
v. Bockelberg, Major, Chef der

Abteilung Ib der Operationsabteilung beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 220.
Boris, Kronprinz von Bulgarien. S. 364.
Bornhak, Dr., Professor des Staatsrechts in Berlin. S. 327.
Bosch, Robert, Dr., Großindustrieller in Stuttgart. S. 90. 136.
Bruchmüller, Oberst, General der Artillerie bei der 18. Armee. S. 211.
v. Bülow, Fürst, Reichskanzler 1900 bis 1909. S. 32. 82.
Burian, Graf, k. u. k. Minister des Äußeren von 1915 bis 22. November 1916, und vom 16. April 1918 bis 24. Oktober 1918. S. 234. 237. 240. 241. 242. 243. 245. 352. 353. 354. 355. 356. 396. 397. 398. 416.
v. d. Bussche, Freiherr, Major in der Operationsabteilung beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 268. 269. 270. 271. 281. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 291. 293. 294. 295. 296. 297. 300. 301. 303. 304. 325. 365. 366. 374. 375. 376. 377. 411. 420. 422. 423.

v. Carmer-Zieserwitz, Graf, konservativer Reichstagsabgeordneter. S. 284.
Cave, Sir, englischer Kommissar für Gefangenenaustausch im Haag. S. 386.
Cecil, Robert Lord, Unterstaatssekretär im Foreign Office, von 1916 bis 1918 Blockademinister. S. 339.
v. Chappuis, Unterstaatssekretär im Preuß. Kultusministerium. S. 314. 429.
v. Clausewitz, Preußischer General und Militärschriftsteller. S. 20. 25. 74. 75.
Clemenceau, französischer Ministerpräsident seit 15. November 1917. S. 76. 94. 95. 362.
v. Coloredo, Graf, k. u. k. Legationsrat. S. 352.
Conrad, Freiherr v. Hötzendorff, bis Februar 1917 Chef des Generalstabes des k. u. k. Oberkommandos, später Oberbefehlshaber der k. u. k. Truppen in Tirol. S. 281. 307.
v. Cramon, Generalmajor, deutscher Bevollmächtigter beim k. u. k. Oberkommando. S. 243. 245. 363.
v. Czernin, Ottokar, Graf, k. u. k. Minister des Äußern vom 22. November 1916 bis 14. April 1918. S. 47. 48. 128. 135. 145. 146. 147. 278.

v. Dandl, Ritter, Bayerischer Ministerpräsident. S. 253.
David, Dr., sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, im Oktober 1918 Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt. S. 153.
Deutelmoser, vom 15. Oktober bis 1. November 1916 Leiter des Kriegspresseamtes, dann Ministerialdirektor der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes bis Januar 1919. S. 197. 198. 199. 201. 236. 309. 310. 312. 313. 314. 323. 356. 358. 359. 360. 401. 427. 429. 432. 434. 438.
Dove, Alfred, Schriftsteller. S. 176.
Dove, Heinrich, Vizepräsident des Reichstags, fortschrittlicher Abgeordneter. S. 236. 401.
Drews, Dr., Preußischer Minister des Innern vom 5. August 1917 bis zum Zusammenbruch. S. 45. 178.
v. Dryander, D., Oberhofprediger a. D. S. 173. 306.

Ebert, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. S. 193. 197. 206. 236. 237. 253. 282. 289. 294. 295. 298. 304. 326. 376. 401. 402. 423.
Eduard VII., König von England. S. 415.
Egelhaaf, Dr., Professor an der Technischen Hochschule in Stuttgart, Historiker. S. 277.
Eggert, Oberstleutnant a. D., Militärschriftsteller. S. 326.
zu Eulenburg, August, Graf, Minister des Königlichen Hauses. S. 153. 154. 297.
zu Eulenburg-Hertefeld, Philipp, Fürst, früherer Botschafter. S. 327.
v. Eulitz, Generalmajor, Sächsischer Militärbevollmächtigter. S. 284.
Erzberger, Reichstagsabgeordneter des Zentrums, Staatssekretär ohne Portefeuille. S. 30. 45. 46. 148.

153. 213. 298. 314. 344. 382. 414. 430.
Ellenbogen, Dr., Führer der österreichischen Sozialdemokratie. S. 146.

v. Falkenhausen, Freiherr, Führer einer Armeeabteilung, Generalgouverneur von Belgien. S. 235. 349. 393.
v. Falkenhayn, Generaloberst, Kriegsminister, Chef des Generalstabes des Feldheeres von September 1914 bis 1916. S. 12. 13. 14. 15. 16. 29. 33. 75. 161. 175. 221. 312. 328.
Ferdinand I., Zar von Bulgarien. S. 240. 241. 364.
Fischbeck, fortschrittlicher Reichstagsabgeordneter, nachher Preußischer Handelsminister. S. 294. 326.
Foch, Marschall, Generalissimus der französischen Armee, Oberbefehlshaber der Alliierten Truppen seit 22. März 1918. S. 186. 212. 318. 319. 395.
Foerster, Wolfgang, Oberstleutnant a. D., Oberarchivrat im Reichsarchiv, Schriftsteller. S. 25.
v. Freytag-Loringhoven, Freiherr, General der Infanterie, Generalquartiermeister, Chef des stellvertretenden Generalstabes des Feldheeres, Militärschriftsteller. S. 163. 175. 177. 310. 326.
Friedberg, Dr., nationalliberaler Landtagsabgeordneter, später Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums. S. 284. 422.
Friedrich der Große. S. 18. 20. 21. 74. 88. 327. 406. 441.
Friedrich II., Großherzog von Baden. S. 290. 291. 293. 375. 376.
Friedrich August III., König von Sachsen. S. 347.
Friedrich Wilhelm III., König von Preußen. S. 327.
Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen. S. 18.

Gabriel, Hauptmann und Generalstabsoffizier beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 434.
v. Gamp-Massaunen, Freiherr, Reichstagsabgeordneter (Deutsche Fraktion). S. 294. 326.
Gantscheff, General und Vertreter der bulgarischen Obersten Heeresleitung bei der Deutschen Obersten Heeresleitung. S. 398.
Gerlach, Ministerialdirektor im Preuß. Kultusministerium. S. 429.
v. Gontard, Generalmajor, Generaladjutant des Kaisers. S. 268. 269. 297. 420. 421.
v. Graevenitz, Chef der Reichskanzlei, Unterstaatssekretär während der Reichskanzlerschaft von Dr. Michaelis. S. 426.
Groeber, Reichstagsabgeordneter des Zentrums, Staatssekretär ohne Portefeuille. S. 294. 326. 367. 401. 402.
v. Grünau, Freiherr, Wirklicher Legationsrat, seit 4. Oktober 1916 Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Kaiser. S. 110. 115. 142. 168. 186. 288. 289. 291. 348.

Haase, Reichstagsabgeordneter der U.S.P.D. S. 293. 294. 326. 376.
v. Haeften, Generalmajor. Seit 8. Juli 1916 Leiter der Militärischen Abteilung des Auswärtigen Amtes.
— Richtlinien vom 19. 9. 1918 für Aufklärungsarbeit in der Heimat. S. 280. 312. 313. 323. 359. 427. 429. 433.
— Aufsatz im „Militär-Wochenblatt" vom 11. Dezember 1923. S. 168.
— Gespräch mit dem Chef des Zivilkabinetts v. Berg. S. 423.
— Bericht über seine Tätigkeit 1918. S. 294. 303. 369. 373.
— Denkschrift vom 14. Januar 1918. S. 94. 183.
— Denkschrift vom 3. Juni 1918. S. 182. 188. 189. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 203. 205. 208. 330. 339. 344.
— Reise nach dem Haag und Friedensgespräch. S. 95.
— Mitteilung von Haußmann. S. 96.
— Einfluß der Denkschrift vom 3. Juni 1918 auf die Reichstagsrede des Staatssekr. v. Kühlmann. S. 201. 331.
— Gespräche mit General Ludendorff vom 12. und 13. August 1918. S. 225. 226.
— Telephongespräche mit General Ludendorff Anfang Oktober 1918. S. 291. 292. 297. 304.

— persönliches Verhältnis zu General Ludendorff. S. 168.
— Rücksprache mit Prinz Max von Baden am 1. Oktober 1918. S. 226. 287. 293. 374.
— Besprechung am 30. September 1918 mit Vizekanzler v. Payer. S. 283.
— Art seiner Stellung. S. 168. 213. 300. 382. 438.
Hahn, Dr. Diederich, konservativer Reichstagsabgeordneter, Vorsitzender des Bundes der Landwirte. S. 284.
Haller, Dr. Professor, Herausgeber der „Denkwürdigkeiten" des Fürsten Eulenburg. S. 327.
Haniel v. Haimhausen, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt. S. 212. 348.
v. Harbou, Hauptmann und Generalstabsoffizier beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 38.
zu Hatzfeldt, Prinz, Botschaftsrat. S. 347. 353.
Haußmann, Konrad, fortschrittlicher Reichstagsabg. Staatssekretär ohne Portefeuille. S. 96. 98. 108. 414. 423.
Heckscher, Dr., fortschrittlicher Reichstagsabgeordneter. S. 229.
Helfferich, Dr., Staatssekretär des Innern, ab 5. August 1917 Stellvertreter des Reichskanzlers, vom 22. Juli 1918 bis 17. September 1918 diplomatischer Vertreter des Deutschen Reiches in Moskau. S. 50. 66. 124. 183. 186. 199. 200. 202. 205. 210. 224. 225. 231. 271. 283. 307. 308. 422.
Hentsch, Oberst im Generalstab, zuletzt Chef des Generalstabes der Militärverwaltung in Rumänien. S. 169.
v. Hertling, Dr., Graf, Reichskanzler vom 2. November 1917 bis 3. Oktober 1918.
— Ablehnung der Kanzlerschaft im Juli 1917. S. 31. 154.
— Gegner von Annexionen. S. 114. 116. 148.
— Gegnerschaft des Obersten Bauer. S. 30.
— Erklärung über Belgien vom 24. August 1918. S. 237. 238. 239. 384. 385.
— Besprechungen am 13. und 14. August 1918 in Spa. S. 223. 224. 225. 226. 227, 229. 231. 371. 372. 388. 389. 390. 392. 395.
— Schreiben von Bethmann Hollweg an Graf Hertling (26. Januar 1918). S. 111. 145.
— Fragen Graf Hertlings an die O.H.L. vom 8. September 1918. S. 244. 396. 397.
— Stellung zur Friedensresolution des Reichstags. S. 181. 337. 338. 339.
— Absicht einer Friedensvermittlung durch Spanien. S. 221.
— Kenntnisnahme der Denkschrift des Obersten v. Haeften vom 14. Januar 1918. S. 94.
— Schreiben vom 7. Januar 1918 an Generalfeldmarschall v. Hindenburg. S. 48. 49. 128. 129. 166.
— Schreiben des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg an Graf v. Hertling vom 17. Februar 1918. S. 149.
— Brief des Kronprinzen Rupprecht von Bayern an Graf Hertling vom 1. Juni 1918 und Hertlings Verhalten zu diesem Schreiben. S. 191. 192. 193. 200.
— Stellung zur Reichstagsrede Kühlmanns. S. 201—207. 347.
— Anschreiben General Ludendorffs zur Denkschrift des Obersten v. Haeften vom 8. Juni 1918 an Graf Hertling. S. 195. 196. 199. 200. 369. 370.
— Besprechungen mit der O.H.L. im Juli 1918 in Spa. S. 203. 204. 205. 206. 212. 344. 346. 347. 348. 350.
— Stellung gegenüber der O.H.L. S. 53. 56. 59. 71. 81. 124. 125. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 170. 171. 186. 197. 363. 381. 426. 427.
— Friedensschritt Österreichs. S. 240.
— Besprechungen mit Parteiführern. S. 246, 398.
— Berufung zum Reichskanzler. S. 179.
— Rücksprache vom 23. Januar 1918 mit Hindenburg und Ludendorff. S. 69.
— Rücktritt. S. 248. 250. 251. 253. 261. 266. 267. 268. 271. 272. 274.

322. 365. 377. 403. 409. 410. 416. 417. 418.
— Schuld? S. 86.
— Stellung gegenüber der Sozialdemokratie. S. 181. 182. 251. 338. 339. 399.
— Stellung zum Waffenstillstandsangebot. S. 267. 274. 275. 281. 306. 331. 383. 400. 410.
— Stellung zur Wahlrechtsfrage. S. 113. 148. 182. 183. 338. 339.
— Angehen Wilsons um Friedensvermittlung. S. 270. 351.
— Zuversicht angesichts der militärischen Lage im August 1918. S. 222. 225. 226. 231. 232. 234. 241. 242. 274. 281. 320. 331. 388. 399. 402.
v. Hertling, Karl, Graf, Rittmeister u. persönlicher Adjutant des Reichskanzlers Graf v. Hertling. S. 191. 202. 203. 206. 222. 225. 231. 237. 240. 244. 253. 266. 267. 275. 387. 388. 396. 400. 401. 410.
v. Heydebrand und der Lase, Dr., konservativer Reichs- und Landtagsabgeordneter. S. 312. 323.
Heye, Oberst, Chef der Operationsabteilung beim Chef des Generalstabes des Feldheeres, Nachfolger ger von Oberstleutnant Wetzell. S. 241. 246. 247. 249. 260. 262. 287. 288. 365. 400. 403. 404. 405. 407. 425. 428. 438.
v. Hindenburg, Generalfeldmarschall, Chef des Generalstabes des Feldheeres,
— „Aus meinem Leben". S. 189. 211. 224. 232.
— Aussprache in Spa am 29. September 1918. S. 260. 261. 262. 264. 265. 266. 400. 401. 405. 409. 410. 417. 419.
— Besprechungen in Berlin Anfang Oktober 1918. S. 296. 297. 298. 325. 377. 378. 412.
— Besprechungen in Spa vom 13. und 14. August 1918. S. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 234. 311. 320. 331. 363. 371. 372. 388. 390. 391. 392.
— Beurteilung Bethmann Hollwegs. S. 15. 30.
— Berufung zum Chef des Generalstabes. S. 83. 178.
— Denkschrift vom 10. August 1917. S. 41.
— Verleihung des E.K. mit goldenen Strahlen. S. 184.
— Erlaß vom 25. September 1918 an die Heeresgruppen. S. 255.
— Schreiben über Ersatz- und Arbeiterfragen an den Reichskanzler vom 10. September 1917. S. 125. 128.
— Fragen des Prinzen Max von Baden an die O.H.L. und Antwort Hindenburgs Oktober 1918. S. 299. 300. 301. 302.. 303. 425.
— Fragen Hertlings vom 8. September 1918 und Antwort Hindenburgs. S. 245. 396. 397.
— Gegensatz zur Reichsleitung. S. 29.
— Einverständnis mit der Haeftenschen Denkschrift vom 3. Juni 1918. S. 197.
— Schreiben Hertlings vom 7. Januar 1918 an Hindenburg und Antwort Hindenburgs vom 9. Januar 1918. S. 48. 49. 58. 59. 128. 129. 134. 135. 166. 179.
— Schreiben Hindenburgs an Hertling vom 17. Februar 1918. S. 149. 150.
— Besprechungen des Staatssekretärs v. Hintze nach seinem Dienstantritt mit Hindenburg und Ludendorff. S. 212.
— Schreiben vom 7. Januar 1918 an den Kaiser. S. 11. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 56. 59. 90. 125. 170.
— Handschreiben des Kaisers an Hindenburg vom 24. Januar 1918. S. 69. 70.
— Unterrichtung des Kaisers durch Hindenburg. S. 247. 439.
— Schreiben Michealis an Hindenburg vom 12. September 1917 betreffend Kriegsziele. Antwort Hindenburgs vom 15. September. S. 100. 101. 140.
— Gegensatz zu Kühlmann. S. 202. 203. 206.
— Kundgebung vom 19. September 1918 an das Heer über den Notschrei Burians. S. 398.

— Mitarbeiter. S. 27. 182. 315. 434.
— Ansicht über die Offensive. S. 189. 386.
— Entschluß zur Offensive. S. 89. 90.
— Unterredung mit Vizekanzler v. Payer am 24. und 25. August 1918. S. 238. 384.
— Stellung zur Politik. S. 15. 19. 30. 31. 52. 154. 155. 174. 186. 187. 273.
— Reise am 24. Oktober 1918 nach Berlin. S. 367. 368.
— Rücksprachen Hindenburgs und Ludendorffs mit Hertling am 23. Januar 1918. S. 69.
— Rücktrittsabsichten am 12. Juli 1917. S. 30. 34.
— Hindenburg im August 1918 gegen Ludendorffsche Rücktrittsgedanken. S. 222.
— Tätigkeit im Großen Hauptquartier. S. 14. 167. 438.
— Teilung der Verantwortlichkeit mit Ludendorff. S. 16. 17. 330.
— Verantwortungsbewußtsein. S. 86.
— Stellung zum Verständigungsfrieden. S. 426.
— Volkstümlichkeit. S. 23. 31. 33. 60. 72. 111. 180. 243. 308. 320. 327.
— Waffenstillstandsangebot. S. 256. 263. 264. 269. 274. 284. 285. 286. 287. 288. 324. 365. 373. 407. 409. 423.
— Zustimmung zum Anrufen einer neutralen Macht am 11. September 1918. S. 321.
v. Hintze, Staatssekretär des Äußeren vom 16. Juli bis 7. Oktober 1918.
— Friedensversuche nach dem 14. August 1918 und Richtlinien bezüglich Belgiens. S. 235. 238. 239. 246. 321. 332. 372. 382. 385. 392. 393. 394. 402. 407. 421.
— Besprechung am 29. Juli 1918 in Spa. S. 212. 348. 349. 350. 351.
— Besprechungen am 13. und 14. August 1918 in Spa und ihr Eindruck auf Hintze. S. 223—234. 311. 320. 331. 363. 372. 382. 388. 389. 390. 391 ff. 401.
— Besprechung am 29. September 1918 in Spa. S. 260. 261. 262. 264. 265. 266. 267. 275. 315. 365. 400. 401. 403. 405. 406. 408. 409. 410. 417.
— Fragen Graf Hertlings vom 9. September 1918. S. 244. 396.
— Mitwirkung bei dem kaiserlichen Erlaß an Heer und Flotte betreffend Friedensangebot. S. 296. 380. 412.
— Bericht im Hauptausschuß vom 27. September 1918 über den bulgarischen Sonderfriedensschritt. S. 248.
— Schreiben an den persönlichen Adjutanten des Kronprinzen vom 23. Oktober 1918. S. 262. 414. 415.
— Eintreten für Hereinbeziehung der Linken in die Regierung. S. 251. 373.
— Mitwirken bei Bildung der neuen Regierung Ende September/Anfang Oktober 1918. S. 267. 268. 272. 282. 289. 291. 298. 333. 373. 374. 411. 419.
— Vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit der O.H.L. während seiner Amtszeit. S. 263. 404. 413. 414. 426.
— Veröffentlichung der österreichischen Friedensnote. S. 245. 397.
— Bericht an die Parteiführer. S. 236.
— Zusammenwirken mit Vizekanzler v. Payer. S. 236. 383. 384. 387. 423.
— Pessimistische Auffassung über die Lage im Gegensatz zu Graf Hertling. S. 214. 250. 251. 252. 264. 270. 272. 282. 306. 321. 331. 382. 387. 399. 402. 421.
— Rücktritt. S. 283. 373. 410. 413. 414.
— Sitzung vom 3. Oktober 1918. S. 300. 377. 378.
— Berufung zum Staatssekretär und Bedenken Hintzes wegen Annahme. S. 205. 206. 207. 209. 212. 330. 387. 426.
— Mitteilung in der „Vossischen Zeitung" im September 1919. S. 224. 395.

— Verhandlungen mit Wien am 5. September 1918. S. 237. 239. 240. 242. 243. 352. 353. 354. 355. 356. 397.
— Waffenstillstandsangebot. S. 268. 270. 273. 284. 286. 289. 291. 298. 301. 303. 365. 377. 378. 399. 410. 411. 417. 422. 425.
— Zuversicht Ludendorffs gegenüber Hintze in Avesnes im Juli 1918. S. 209. 331. 363. 382. 387.
Hinze, Vortragender Rat im Preußischen Kultusministerium. S. 429.
Hoffmann, Generalmajor, Chef des Generalstabes des Oberbefehlshabers Ost. S. 47. 48. 50. 57. 111. 124. 133.
zu Hohenlohe-Langenburg, Fürst. S. 252.
zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Gottfried, Prinz, k. u. k. Botschafter in Berlin von 1914 bis November 1918. S. 153. 240.
zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Conrad, Prinz, k. u. k. Minister des Innern von November 1915 bis August 1916. S. 147.
v. Holtzendorff, Großadmiral, Chef des Admiralstabes bis August 1918. S. 107. 141. 247. 348. 349. 350. 351. 352. 385.

Jäckh, Dr. Prof. S. 90. 94. 108. 136.
Jekow, Oberbefelshaber der bulgarischen Truppen. S. 364.
v. Ilsemann, Hauptmann im Großen Generalstab, seit 1. August 1918 diensttuender Flügeladjutant des Kaisers. S. 167. 438. 439.
Joffe, Bevollmächtigter Vertreter der Russischen Sowjetrepublik in Berlin. S. 347.
Johannes, Dr., Ministerialdirektor, Leiter der Handelspolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt bis Oktober 1918. S. 129. 134.

v. Kardorff, freikonservativer Landtagsabgeordneter. S. 183.
Karl I., Kaiser von Österreich, König von Ungarn. S. 145. 234. 243. 244. 245. 383. 396. 397. 398.
Karl XII., König von Schweden (1697 bis 1718). S. 20. 21.
Klepsch, Ritter Kloth v. Rhoden, Feldmarschalleutnant, Vertreter des k. u. k. Oberkommandos bei der deutschen O.H.L. S. 249. 428.
v. Koerner, Dr., Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt. S. 129.
Krauß, Alfred, k. u. k. General der Infanterie, Kommandant der Ostarmee. S. 74.
Kriege, Dr., Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Leiter der Rechtsabteilung. S. 212. 236. 348. 401.
v. Kuhl, Dr., General der Infanterie, Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht von Bayern, Sachverständiger im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Reichstags. S. 89. 165. 166. 186. 189. 190. 232. 257. 258. 259. 319.
v. Kühlmann, Dr., Staatssekretär des Äußeren vom 7. August 1917 bis 9. Juli 1918.
— Artikel der „Berliner Börsenzeitung" vom 9. Januar 1918 über Kühlmann. S. 170—173.
— Leiter der deutschen Mission bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. S. 47. 65. 129. 144. 173.
— Leiter der Friedensverhandlungen in Bukarest. S. 186.
— Entlassung, erzwungen von der O.H.L. S. 193. 204. 205. 206. 207. 233. 323. 331. 387. 426.
— Haeftensche Friedensoffensive. S. 197. 330. 369. 370.
— Aktion Haußmann. S. 98.
— Übereinstimmung mit dem Reichskanzler Graf v. Hertling. S. 49. 71. 129. 203.
— Bemerkungen v. Kühlmanns vom 10. Januar 1918 zur Denkschrift des Feldmarschalls v. Hindenburg vom 7. Januar 1918. S. 53—59. 71. 130. 131. 132. 133.
— Bericht über die Audienz beim Kaiser vom 8. Juli an den Reichskanzler. S. 206.
— Gegensatz zur O.H.L. S. 48. 50. 71. 95. 134. 148. 170. 174. 182. 187. 202. 203. 205. 207. 209. 369. 387.
— Ordensauszeichnung. S. 347.
— Stellung zur Frage des polni-

schen Grenzstreifens. S. 50. 123. 128. 131.
— Reichstagsreden vom 24. und 25. Juni 1918 (Gedankengänge der Haeftenschen Denkschrift). S. 200. 201. 202. 330. 370.
— Wirkung der Kühlmannschen Reichstagsreden im Großen Hauptquartier. S. 202. 203. 323. 371. 386.

Lammasch, Dr., Hofrat, österreichischer Ministerpräsident von Ende Oktober bis 11. November 1918. S. 147.
v. d. Lancken-Wakenitz, Freiherr, Botschaftsrat, außerordentlicher Gesandter, seit Juli 1916 Chef der politischen Abteilung des Generalgouvernements in Belgien. S. 348. 349. 350.
Lansdowne, Lord, Minister ohne Portefeuille im englischen Kabinett 1915—1916. S. 237. 402.
Ledebour, Reichstagsabgeordneter der U.S.P.D. S. 376.
v. Lersner, Freiherr, Dr., Legationssekretär, seit März 1917 Vertreter des Auswärtigen Amtes bei der O.H.L. S. 168. 187. 249. 250. 287. 288. 291. 292. 296. 348. 379. 380. 400. 402. 404. 413. 428.
Lewald, Dr., Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Innern. S. 236. 401.
v. Lichnowsky, Fürst, Botschafter in London bis Kriegsausbruch, Verfasser der Lichnowskyschen Denkschrift. S. 228. 342. 390.
v. Limburg-Stirum, Graf, Landrat a. D., Vertreter des Reichskanzlers bei der O.H.L. S. 113. 167. 181. 183. 238. 337. 385. 416. 418.
Lloyd George, englischer Ministerpräsident seit Dezember 1916. S. 91. 92. 94. 137. 138. 139. 171. 342. 362.
v. Loebell, Preußischer Minister des Innern. S. 153.
Ludendorff, General der Infanterie, Erster Generalquartiermeister,
— Haltung zur belgischen Frage. S. 63. 227. 236. 237. 238. 369. 370. 384. 385. 393.
— Besprechung vom 2. Januar 1918 im Schloß Bellevue. S. 47. 134.
— Unzufriedenheit mit der Haltung der deutschen Delegation in Brest-Litowsk. S. 51. 65. 134.
— Gegensatz zu Bethmann Hollweg. S. 29. 37. 80. 83. 154.
— Urteil Bethmann Hollwegs über Ludendorff. S. 84. 85. 178.
— Differenzen mit Staatssekretär v. Hintze im Jahre 1919. S. 395.
— Gegen Diktatur. S. 261. 400. 405.
— Schreiben des Ministers Drews vom 11. September 1917 an Ludendorff wegen Empfang Erzbergers. S. 45. 46. 178.
— Bedenken wegen der Ersatzlage Mai 1918. S. 188. 189.
— Erschütterung der Stellung nach Absendung des Waffenstillstandsangebots. S. 317.
— Feldherr und Organisator. S. 211. 212. 221. 222. 228. 247. 371. 435. 437.
— Antworten Ludendorffs auf Fragebogen des Grafen Hertling. S. 396.
— Gegensatz zur Reichsleitung. S. 17. 34. 50. 52. 53. 54. 60. 67. 76. 77. 79. 84. 125. 130. 135. 361 ff., 372. 398. 404.
— Stellung zur Haeftenschen Denkschrift. S. 201. 203. 330. 369. 370.
— Heeresberichte unter Hindenburg und Ludendorff. S. 315.
— Zusammenarbeiten mit Hindenburg. S. 17. 180. 243. 330. 436.
— Zuversicht über die Lage gegenüber Staatssekretär v. Hintze im Juli 1918. S. 209. 331. 382. 386. 387.
— Unterrichtung des Kaisers. S. 14. 17. 167. 247. 438. 439.
— Verhältnis zum Kaiser. S. 78. 79.
— Denkschrift vom 14. September 1917 über Kriegsziele. S. 101. 102 ff., 106.
— Kriegsziele und Verständigungsfrieden. S. 94. 95. 96. 117. 140. 168. 195. 196. 208. 371. 426.
— Gegensatz zu Staatssekr. v. Kühlmann. S. 170. 187. 203. 206. 370. 387.
— Beantwortung der Fragen des Prin-

zen Max v. Baden Anfang Oktober 1918. S. 300—303.
— Schreiben des Reichskanzlers Dr. Michaelis vom 12. September 1917 betreffend Kriegsziele. S. 100.
— Zustimmung zur Kanzlerschaft von Dr. Michaelis. S. 31. 155.
— Mitarbeiter und deren Einfluß. S. 27. 29. 30. 168. 175. 182. 217. 246. 368. 427.
— Mitverantwortlichkeit neben Hindenburg als Generalstabschef. S. 16. 17. 434.
— „Moralische Verantwortlichkeit". S. 56. 59. 84.
— Denkschrift von Naumann, Jäckh und Genossen vom 22. Februar 1918. S. 92. 93. 94. 136.
— Niederlage vom 8. August 1918. S. 222.
— Denkschrift von Major Niemann vom 20. Juli 1918. S. 214. 215. 216. 217. 220. 221. 431.
— Ordensauszeichnung. S. 184. 185.
— Erfolge auf dem östlichen Kriegsschauplatz. S. 23. 180. 276. 328.
— Auffassung der Lage am 25. August 1918 gegenüber Vizekanzler v. Payer. S. 239. 383. 384.
— Stellung gegenüber Polen (polnischer Grenzstreifen). S. 50. 58. 64. 116. 123. 124. 134. 136. 212. 213. 227.
— Gedanken über „Politik und Kriegführung". S. 74. 75. 76. 77. 79. 80. 220.
— Beschwerde über die Führung der Presse. S. 312. 406.
— Vorschlag der O.H.L. bezüglich Tirpitz oder Bülow zum Reichskanzler an Stelle von Bethmann Hollweg. S. 82.
— Rücktrittsabsichten. S. 34. 129. 134. 154. 155. 222.
— Rücktritt. S. 368.
— Rückwärtige Stellungen. S. 407.
— Anführungen aus seinen Schriften. S. 16. 17. 31. 48. 49. 51. 56. 60. 62. 63. 64. 68. 74. 75. 76. 77. 78. 80. 89. 94. 95. 96. 168. 193. 207. 208. 211. 212. 222. 224. 228. 229. 230. 231. 267. 273. 274. 284. 285. 286. 287. 288. 291. 292. 294. 301. 302. 305. 309. 312. 324. 325. 339. 369. 373. 375. 387. 391. 401. 403. 408.
— Schuld? S. 327.
— Auffassung der Lage im September 1918. S. 249. 250. 254. 404. 416. 428.
— Besprechung vom 13. und 14. August in Spa mit Protokolländerung durch Ludendorff. S. 223—231. 234. 313. 320. 331. 371. 372. 382. 388. 389. 390. 391. 392.
— Schreiben an den Kriegsminister vom 18. Februar 1918 betreffend Streiks. S. 151 ff.
— Rücksichtsloser U-Boot-Krieg. S. 143. 347.
— Eintreten für Umbildung der Regierung im September 1918. S. 253. 256. 267. 283. 373. 374.
— Abgrenzung der Verantwortlichkeitsfrage. S. 69. 70.
— Verstärkung der Westfront durch k. u. k. Divisionen. S. 234.
— Volkstümlich mit Hindenburg. S. 23. 60. 86. 111. 118. 178. 185. 327.
— Waffenstillstandsangebot vom 29. September 1918. S. 256. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 267. 268. 269. 271. 272. 273. 274. 281. 285. 286. 287. 288. 291. 292. 297. 300. 301. 304. 305. 308. 325. 361 ff. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 400. 401. 403. 405. 407. 408. 409. 411. 412. 414. 417. 419. 420.
— Korrespondenz mit Unterstaatssekretär Wahnschaffe. S. 34. 38. 155.
— Ludendorffs Unbeliebtheit in Wien. S. 145. 309.
— Wilsons Punkte als Grundgedanke zu Friedensbesprechungen. S. 296. 297.
— Zusammenarbeit mit Hindenburg. S. 17. 180. 243. 330. 436.
Lukow, bulgarischer General, Führer der 2. bulgarischen Armee. S. 364.
Ludwig III., König von Bayern. S. 115.
v. Lüdinghausen, gen. Wolff, Freiherr, Polizeipräsident. S. 312.
v. Lyncker, Freiherr, Generaloberst, Chef des Militärkabinetts bis Mai 1918, Generaladjutant des Kaisers. S. 30. 48. 69. 154. 155.

v. Mackensen, Generalfeldmarschall, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mackensen. S. 169.
Malinow, Bulgarischer Ministerpräsident seit September 1918. S. 364. 411.
v. Mann, Ritter, Admiral, seit August 1918 Chef der Hochseeflotte. S. 151.
Marie Therese, Erzherzogin von Österreich. S. 147.
v. Marschall, Freiherr, Generalmajor, seit 27. Juli 1918 Chef des Militärkabinetts. S. 30. 154. 227. 348.
v. Masierowitsch, k. u. k. Legationsrat. S. 352.
v. Massow, Oberst, deutscher Militärbevollmächtiger in Bulgarien. S. 416.
v. Matcheko, k. u. k. Sektionschef. S. 352.
Max von Baden, Prinz, Reichskanzler vom 3. Oktober 1918 bis 10. November 1918.
— Fragen an die O.H.L. S. 299. 300. 301. 302. 366. 425.
— Bedenken gegen Ludendorff. S. 309.
— Zustimmung der O.H.L. zur Reichskanzlerschaft des Prinzen Max von Baden. S. 283. 374.
— Besprechung mit Parteiführern. S. 297. 376. 377.
— Programm. S. 303.
— Reden im Dienst der Propaganda. S. 242. 402.
— Reichskanzler. S. 267. 285. 291. 293. 298.
— Verantwortungsbewußtsein. S. 293. 333.
— Waffenstillstandsangebot. S. 316. 378. 380.
— Widerstand gegen übereiltes Waffenstillstandsangebot. S. 272. 286. 287. 289. 290. 298. 299. 300. 303. 304. 325. 333. 375. 376. 377. 378. 423. 425.
v. Merey, k. u. k. Botschafter. S. 352. 355.
Mertin, Reichstagsabgeordneter der Deutschen Fraktion. S. 153.
v. Mertz, Ritter v. Querheimb, Oberst, Chef B. der Operationsabteilung beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 226. 249. 250. 261. 263. 403. 404. 427. 428.
Michaelis, Dr., Reichskanzler vom 13. Juli 1917 bis 2. November 1917. S. 31. 35. 38. 41. 42. 79. 100. 101. 106. 108. 140. 141. 144. 155. 179. 426. 432.
v. Mirbach-Harff, Graf, Dr., Deutscher Bevollmächtigter in Petersburg. S. 205. 347. 387.
v. Moltke, Helmut, Graf, Generalfeldmarschall, Chef des Generalstabes. S. 14. 79. 175.
v. Moltke, Helmut, Generaloberst, Chef des Generalstabes des Feldheeres bis September 1914. S. 25.
v. Moltke, Legationssekretär bei der Preußischen Gesandtschaft in Stuttgart. S. 237. 282. 383. 384.
v. Moser, Generalleutnant, Befehlshaber des XIV. Reservekorps, Schriftsteller. S. 117. 118.
v. Müller, Admiral, Chef des Marinekabinetts. S. 348. 414.
v. Müller, Major, persönlicher Adjutant des Deutschen Kronprinzen. S. 262. 406.

Napoleon I. S. 18. 21. 74. 406. 440.
Naumann, Friedrich, D., fortschrittlicher Reichstagsabgeordneter. S. 90. 94. 108. 136.
Naumann, Viktor, Dr., Schriftsteller. S. 113. 145. 309.
Nicolai, Oberstleutnant, Leiter der Abteilung III B beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 114. 268. 310. 311. 323. 324. 430. 431. 432. 436. 437.
Niemann, Major, seit 2. August 1918 Vertreter des Chefs des Generalstabs des Feldheeres beim Kaiser. S. 74. 77. 79. 80. 167. 175. 214. 215. 217. 219. 220. 221. 223. 232. 235. 240. 241. 247. 264. 265. 273. 275. 297. 307. 312. 332. 430. 431. 438. 439.
Noske, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. S. 248. 418.
Nowack, Schriftsteller. S. 47. 201. 235.

v. Oberndorf, Graf, Dr., Deutscher Gesandter in Bulgarien. S. 411.
v. Oldershausen, Freiherr, Oberst,

seit 1. November 1916 Chef des Feldeisenbahnwesens. S. 419.

v. Payer, Stellvertreter des Reichskanzlers,
— Aufzeichnung vom 22. September 1922. S. 381 ff.
— Aussprache in Homburg am 13. Februar 1918. S. 114.
— Auszeichnungsvorschlag. S. 347.
— Besprechungen über Belgien am 24. und 25. August 1918 in Spa und Avesnes. S. 236. 237. 238. 364. 384. 385. 393.
— Buch „v. Bethmann Hollweg bis Ebert". S. 193. 197. 206. 253. 282. 289. 290. 294. 295. 296. 298.
— Bericht im Bundesrat über die Lage (2. Oktober 1918). S. 298.
— Vortrag des Majors v. d. Bussche vor den Parteiführern. S. 293. 294. 295. 296. 326. 376.
— Fragen des Prinzen Max von Baden an die O.H.L. S. 300.
— Friedensresolution des Reichstags. S. 154.
— Günstigere Beurteilung der Lage im August/September 1918 gegenüber v. Hintze. S. 239. 282. 382. 383. 386. 416.
— Eintreten für die Haeftensche Denkschrift. S. 197. 201. 369. 370.
— Brief Graf Hertlings an Payer vom 8. Juli 1918. S. 206.
— Zusammenarbeit mit Staatssekretär v. Hintze. S. 224. 272. 387. 393. 401.
— Gegen Rücktritt v. Kühlmanns. S. 206.
— Als Parteiführer Eintreten für das Verbleiben des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg. S. 153.
— Schreiben des Unterstaatssekretärs v. Radowitz an Payer vom 1. August 1918. S. 213.
— Mitwirkung bei der Bildung der Regierung des Prinzen Max von Baden. S. 252. 269. 282. 283. 298. 373. 374. 411. 418. 422.
— Reichskanzlerkandidat. S. 266. 267. 410.
— Stuttgarter Rede. S. 239. 282. 383. 385. 386.
— politische Verantwortlichkeit als Vizekanzler. S. 330.
— Waffenstillstandsforderung und ihr Eindruck auf Payer. S. 282. 286. 289. 306. 331. 375. 377. 378. 383. 423.
de Pierrefeu, Journalist, Kriegsberichterstatter, Redakteur der französischen Heeresberichte. S. 435.
v. Plessen, Generaloberst und Generaladjutant des Kaisers. S. 155. 227. 247.
v. Posek, Hauptmann und Generalstabsoffizier beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 404. 438.
v. Prittwitz und Gaffron, Legationsrat. S. 383. 384.

v. Radowitz, seit 20. November 1917 Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei. S. 58. 59. 69. 71. 113. 135. 136. 181. 182. 197. 201. 213. 266. 268. 300. 337. 348. 369. 377. 381. 417. 419. 426.
Reinhardt, Vortragender Rat im Preußischen Kultusministerium. S. 314. 429.
Renner, Dr., Führer der österreichischen Sozialdemokratie. S. 146.
Rizoff, Bulgarischer Gesandter in Berlin. S. 153.
v. Roedern, Graf, Staatssekretär des Reichsschatzamts seit 1. Juni 1916. S. 59. 266—273. 282. 283. 284. 289. 290. 297. 300. 303. 307. 332. 365. 375. 377. 383. 410. 411. 415. 425.
Roesicke, Dr., konservativer Reichstagsabgeordneter, Führer des Bundes der Landwirte. S. 284.
v. Rosenberg, Dr., Gesandter. S. 204. 251. 252. 263.
Rosner, Schriftsteller. S. 72. 74. 81. 100. 306. 307. 312.
Rupprecht, Kronprinz von Bayern, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. S. 191. 192. 193. 200. 205.

v. Seidler, Dr., Österreichischer Ministerpräsident. S. 147.
Seitz, Vizepräsident des österreichischen Abgeordnetenhauses. S. 146.
Seyda, polnischer Reichstagsabgeordneter. S. 293. 294. 326. 376.
Smuts, General, seit 1915 Verteidi-

gungsminister, bevollmächtigter Vertreter für Südafrika im englischen Kriegskabinett. S. 201.
Solf, Dr., Staatssekretär des Äußeren seit Oktober 1918. S. 242. 267. 298. 300. 303. 309. 347. 364. 367. 378. 379. 402.
Scheer, Admiral, seit 11. August 1918 Chef des Admiralstabes. S. 247. 267. 380.
Scheidemann, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, Staatssekretär ohne Portefeuille. S. 344.
Schiemann, Dr., Professor der Geschichte an der Universität Berlin. S. 327.
v. Schjerning, Dr., Generalarzt der Armee. S. 249. 428.
v. Schlieffen, Graf, Generaloberst mit dem Range als Generalfeldmarschall, Chef des Generalstabes von 1891 bis 1. Januar 1906. S. 22. 25.
Schmidt-Ott, Dr., Preußischer Kultusminister. S. 312. 429. 433.
Schnee, Dr., Gouverneur a. D., Verfasser von „Niederbruch und Aufstieg, Wege zu Deutschlands Errettung". S. 176. 312. 322.
v. Schorlemer-Lieser, Freiherr, Dr., Preußischer Landwirtschaftsminister. S. 418.
Schwarte, Generalleutnant und Militärschriftsteller. S. 326.
v. Schweinitz, Major, Militärattaché im Haag. S. 78. 79. 327.
Schwertfeger, Oberst, Sachverständiger im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Reichstages. S. 9. 21. 95. 163. 415. 440.
Stegemann, Schriftsteller. S. 96. 98. 99. 108. 318. 339.
v. Stein, Generalleutnant, Kriegsminister. S. 431.
v. Stein, Freiherr, Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes. S. 50. 124. 224.
Stresemann, Dr., nationalliberaler Reichstagsabgeordneter. S. 153. 236. 294. 295. 326. 401.
v. Stülpnagel, Major beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 287. 404.
v. Stumm, Freiherr, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt. S. 251. 252. 263. 270. 300. 352. 355. 370. 377.

v. Tirpitz, Großadmiral, Staatssekretär des Reichsmarineamtes. S. 32. 80. 82. 107.

v. Valentini, Dr., Geheimer Kabinettsrat, Chef des Geheimen Zivilkabinetts bis Januar 1918. S. 30. 72. 73. 116. 153. 154. 155. 174. 175.
v. Vietinghoff-Scheel, Freiherr, Legationssekretär. S. 230. 234. 236. 348. 353. 388. 389. 390. 401.

Wahnschaffe, Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei bis August 1917. S. 34—38. 155. 431.
v. Waldersee, Graf, Generalfeldmarschall. S. 327.
v. Waldow, seit August 1917 Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes. S. 242.
Warburg, Max, Bankier. S. 96.
Wekerle, Dr., Ungarischer Ministerpräsident von August 1917 bis Oktober 1918. S. 243. 397.
v. Wedel, Botho, Graf, Dr., Deutscher Botschafter in Wien 1916—1919. S. 353. 355. 398.
Wellington, Herzog von, englischer Heerführer. S. 23.
v. Westarp, Graf, konservativer Reichstagsabgeordneter. S. 100. 153. 202. 236. 294. 295. 296. 326. 401.
Wetzell, Oberstleutnant, Chef der Operationsabteilung beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 108. 109. 167. 189. 190. 207. 314. 432. 434. 440.
Wever, Hauptmann beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 434. 438.
Wiemer, Dr., fortschrittlicher Reichstagsabgeordneter. S. 236. 401.
Wilhelm I., Deutscher Kaiser. S. 18. 75.
Wilhelm II., Deutscher Kaiser.
— Auszeichnung für Hindenburg und Ludendorff. S. 184. 185. 413.
— Besprechungen über Polen und Belgien am 2. und 3. Juli 1918. S. 204.
— Besprechung am 2. Oktober in Ber-

lin unter Vorsitz des Kaisers betr. Absendung des Waffenstillstandsangebots. S. 296. 298. 423.
— Zusammenarbeit mit Bethmann Hollweg. S. 28. 29. 30.
— Rücktritt Bethmann Hollwegs. S. 153. 154.
— Bornhak und Haller über den Kaiser. S. 327.
— Einverständnis des Kaisers für Umbildung und Erweiterung der Regierung Ende September 1918. S. 268. 373. 414. 418.
— „Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878 bis 1918". S. 275.
— Erfolge seiner Regierungszeit. S. 26.
— Erlaß des Kaisers an Heer und Flotte vom 6. Oktober 1918. S. 379. 380. 412.
— Erkrankung. S. 240. 241.
— Essener Rede vom 9. September 1918 vor den Arbeitern. S. 246.
— Einverständnis zum Schreiben von Admiral v. Holtzendorff vom 14. September 1917 betr. Angliederung der flandrischen Küste. S. 107. 141.
— Friedensresolution des Reichstags. S. 154. 337.
— Gegner der Kanzlerschaft von Graf Bernstorff und der Kandidaten der O.H.L. v. Tirpitz und Fürst Bülow. S. 31. 32. 80. 82. 155.
— Vertrauen zu Staatssekretär v. Hintze. S. 240. 387.
— Aussprache in Homburg am 13. Februar 1918. S. 114. 149.
— Reise nach Kiel und Eckernförde. S. 247.
— Kompetenzkonflikt zwischen O.H.L. und Reichsleitung. Schreiben Hindenburgs vom 7. Januar 1918 an den Kaiser, Antwort Graf Hertlings vom 23. Januar 1918. S. 49—53. 59ff., 67, 123ff., 170.
— Entscheidung im Kompetenzkonflikt zwischen O.H.L. und Reichsleitung. S. 69. 70. 71. 135.
— Besprechungen in Kreuznach am 18. Dezember 1917. S. 47. 62. 131.
— Aussprache über die Kriegsziele vom 11. September 1917. S. 100.
— Verhandlungen und Kronrat in Spa am 13. und 14. August 1918. S. 223. 224. 225. 227. 228. 229. 231. 390. 391. 392.
— Stellung zu Kühlmann. S. 187. 204. 205. 206. 207. 331. 347.
— Entlassung Ludendorffs. S. 368.
— Reichskanzlerschaft des Prinzen Max von Baden. S. 291. 423.
— Ernennung Michaelis' zum Reichskanzler nach Anfrage und Befürwortung durch O.H.L. S. 31.
— Rücksprache nach der Niederlage am 8. August 1918 in Avesnes. S. 222. 223.
— Major Niemann, als besonderer Vertrauensmann der O.H.L. zum Kaiser kommandiert. S. 220. 221.
— als Oberster Kriegsherr formell verantwortlich. S. 11. 12. 17. 87. 90. 117. 165. 166. 266. 274. 285. 319. 325. 330. 332.
— Verhandlungen mit Österreich-Ungarn über Polen. S. 63. 131.
— Besprechung vom 2. Januar 1918 über polnischen Grenzstreifen. S. 69. 128. 134.
— Randbemerkungen. S. 171. 172. 173.
— Rosners „König", S. 81.
— Schuld? S. 86.
— Besprechung in Spa vom 29. Juli 1918 über Ausdehnung des Sperrgebiets. S. 212. 347ff.
— Truppenbesuche an der Front. S. 247.
— Gegen Übergriffe der O.H.L. S. 87. 88. 169.
— Unterrichtung über die militärische Lage. S. 14. 166. 167. 168. 438. 439. 440.
— Verhältnis zu Valentini. S. 174. 175.
— für Verständigungsfrieden? S. 112. 143. 144. 154.
— Volkstümlichkeit von Hindenburg und Ludendorff. S. 111.
— Waffenstillstandsangebot, Besprechung am 29. September 1918 in Spa und ihre Wirkung auf den Kaiser. S. 247. 264. 265. 266. 267. 268. 270. 272. 274. 284. 286. 306. 365. 409. 410. 411. 417.
— Wahlrecht. S. 152. 153. 154. 182. 183.

— Abschließung und Zurückhaltung im Weltkriege. S. 43. 72. 73. 75. 78. 111. 118. 119. 173. 174. 175. 176. 179. 327. 333.
— Persönliche Zurückhaltung seit November 1908. S. 32.
— Zuversicht in bezug auf die militärische Lage Anfang August 1918. S. 221.
Wilhelm, Deutscher Kronprinz, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. S. 30. 32. 72. 74. 78. 88. 99. 100. 152. 153. 154. 181. 183. 222. 223. 227. 228. 306. 307. 311. 312. 318. 322. 337. 406. 414. 415.
Wilhelmine, Königin der Niederlande. S. 229. 237. 241. 246. 252. 286. 392. 396. 397. 398. 416.
Wilson, Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika. S. 98. 137. 147. 171. 217. 218. 263 ff., 290. 297 ff., 316. 317. 318. 347. 351. 366. 367. 368. 377. 378. 401. 407. 408. 409. 411. 412. 413. 415. 417. 420. 421. 422. 425.
v. Winterfeldt, Generalmajor, Verbindungsoffizier der Obersten Heeresleitung zum Reichskanzler. S. 58. 59. 135. 168. 196. 206. 213. 230. 240. 243. 244. 246. 252. 253. 261. 266. 267. 300. 348. 369. 372. 377. 378. 379. 382. 398. 400. 401. 409. 417. 425. 426. 427. 438.
Wolff-Metternich, Graf, früher Deutscher Botschafter in London. S. 367.
v. Wrisberg, Generalmajor, Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements im Kriegsministerium, Schriftsteller. S. 112. 114.
Würz, Major, Chef des Kriegspresseamtes. S. 196. 309. 310. 433.

Zenker, Kapitän z. S., Abteilungschef beim Admiralstab. S. 348.
Zimmermann, Dr., Staatssekretär des Äußeren von November 1916 bis August 1917. S. 143.

DATE DUE